

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

1/01

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Herausgegeben von Peer Pasternack

Redaktion:

Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas,
Thomas Neie, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

E-Mail: hso@rz.uni-leipzig.de

www.uni-leipzig.de/~hso

hochschule ost ist keine Publikation der Universität Leipzig. Sie erscheint in ausschließlicher Verantwortung der Redaktion. V.i.S.d.P. ist der Herausgeber. Erscheinungsweise: halbjährlich. Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen der Redaktion wieder. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck & Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989. Dieser Band: ISBN 3-9806319-5-8

ABWEICHUNGEN

Nachrichten aus der ostdeutschen Gesellschaft

<i>Sebastian Gräfe & Peer Pasternack:</i> Vermessung der Abweichungen.....	9
<i>Bernd Lindner:</i> Nebenschauplätze. Der deutsch-deutsche Bilderstreit als Zeugnis anhaltender Fremdheit.....	13
<i>Grit Lemke:</i> Politische Leidenschaft. Vom Überleben eines Festivals gegen alle Wahrscheinlichkeiten.....	23
<i>Michael Hofmann:</i> Strukturwandel und Wandel sozialer Milieus in Ostdeutschland.....	41
<i>Peter Förster:</i> Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation – Realität und Spekulation. Empirische Ergebnisse einer wendeüberschreitenden Längs- schnittstudie bei jungen Ostdeutschen.....	62
<i>Leo Ensel:</i> „Bilder vom fremden deutschen Alltag“. Wie ost- und westdeutsche StudentInnen zu Beginn der deutschen Vereinigung sich gegenseitig sahen.....	83
<i>Ulrich Heublein:</i> Anspruch und Realität. Die Wanderung von Studierenden zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands.....	99
<i>Peer Pasternack:</i> Innerdeutsche Beziehungen. Ost und West an den Ost-Hochschulen.....	114
<i>Thomas Ahbe:</i> Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen.....	143

FORUM

Siegfried Prokop:

„Freiheit ist ein Selberwollen“.

Rudolf Schottlaender (1900-1988) zum 100. Geburtstag..... 157

Ulrich van der Heyden:

Standpunkte, Hintergründe und Diskussionen zum Für und Wider
der Beseitigung der Afrikawissenschaften aus der DDR.....

171

Anna-Katharina Szagun:

Wege entstehen beim Gehen. Hochschuldidaktik in Rostock..... 201

Dieter Dohmen:

Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern:

Effizienzsteigerung durch Umstrukturierung..... 208

Christine Titel:

Russland im Herzen und im Kopf. Absolventenorganisation der
Moskauer Lomonossow-Universität als Dach für partnerschaftliche
Projekte in Wissenschaft, Bildung und Kultur.....

223

DOKUMENTATION

Wolfgangs Rihms Rede an der Hanns-Eisler-Musikhochschule..... 231

FORUM

Eberhard Rebling:

Noch einmal Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ 232

Jan-Peter Domschke:

Gedanken zu einem neuen Buch. Von einem Eingeborenen..... 234

REAKTION

Arno Hecht:

Alles nur Lüge? Anmerkungen zum Beitrag von Lutz Gilbert

in *hso* 3-4/2000, S. 307ff..... 238

BERICHTE

Verharmlosung ohne Schnörkel (*UnAufgefordert*) 242

Neue Länder – attraktive technologieorientierte Wissens-
standorte (*HIS*) 244

Studienanfänger folgen mehrheitlich dem Bildungsweg ihrer
Eltern (*G.-W. Bathke/J. Schreiber/D. Sommer*) 248

Datenbank zur Finanzierung von wissenschaftlichen Aktivitäten zwischen Ost und West (<i>idw</i>)	252
Anstieg der Habilitation im Jahr 2000 um über 10% - Frauenanteil mit 18% auf neuem Höchststand (<i>Statistisches Bundesamt</i>)	253

FORUM

Salvatore Barbaro:

Profitieren die Reichen auf Kosten der Armen von der öffentlichen Hochschulfinanzierung?.....	254
--	-----

DOKUMENTATION

Wie wild war Friedrich Merz?	290
------------------------------------	-----

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack:

Bibliographie Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland und
Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart

1. SBZ/DDR/Ostdeutschland	
1.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990-1998.....	291
1.2. Aktuelle Publikationen.....	299
1.3. Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten.....	316
2. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa	
2.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990-1998.....	318
2.2. Aktuelle Publikationen.....	320

Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 2000 (<i>Ulrich van der Heyden</i>).....	324
--	-----

Wer ist wer? Das deutsche Who's who. Begr. V. Walter Habel, Lübeck 2000 (<i>Jürgen Werner</i>).....	326
--	-----

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 2001, München 2001 (<i>Jürgen Werner</i>).....	329
---	-----

Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte, Marburg 2000 (<i>Falk Bretschneider</i>).....	332
--	-----

Autorinnen & Autoren	337
---------------------------------------	-----

**Sebastian Gräfe
Peer Pasternack
(Hrsg.)**

Abweichungen

**Nachrichten aus der
ostdeutschen Gesellschaft**

Vermessung der Abweichungen

Sebastian Gräfe
Peer Pasternack
Leipzig/Wittenberg

Die nachfolgenden Beiträge gehen auf zwei Seminare zurück, die im Mai 1998 und im November 2000 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig bzw. Berlin durchgeführt worden waren. TeilnehmerInnen und damit Adressaten der Vorträge, deren schriftliche Fassungen hier in Auswahl vorgelegt werden, waren (ost- und westdeutsche) StipendiatInnen in der Studien- und Promotionsförderung. Inhaltlich ging es um den Stand der deutsch-deutschen (Des-)Integration und diesbezügliche Ursachen. Vorbereitung und Ablauf der Seminare erbrachten einige mitteilenswerte Erfahrungen.

Am Beginn hatte die Überlegung gestanden, dass die Folgen der deutschen Neuvereinigung sich nur verstehen ließen, wenn die zu Grunde liegende Geschichte bekannt ist. Daran schloss sich die genauere Betrachtung der Einigungsfolgen an – und das Ergebnis, dass diese in Westdeutschland ausgesprochen marginal sind. Sie bestehen im wesentlichen darin, dass einige rezessive Trends der Wirtschaftsentwicklung vom Anfang der 90er Jahre in die zweite Hälfte der 90er Jahre verschoben werden konnten. Alle bedeutsameren, im Ost-West-Zusammenhang ursprünglich mal prognostizierten Einigungsfolgen – etwa: Gesamtdeutschland werde protestantischer und entwickle stärkere Neigungen hin zur Basisdemokratie oder zu sozialer Gerechtigkeit – sind so nicht eingetreten. Selbst die Veränderung des Parteiensystems hat die westdeutsche Gesellschaft lediglich als kurzzeitige Irritation erlebt, deren Ursache mit den üblichen Absorptionsmechanismen verarbeitet wurde bzw. noch wird. Die eigentlichen Dramatiken hingegen spiel(t)en sich im Osten ab.

Daraus ergab sich der naheliegende Gedanke, dass Einigungsfolgen nicht allein durch die Geschichte bestimmt sein dürften, sondern wesentlich auch durch den Ablauf des Transformationsprozesses. Hier müsste

nun zugleich versucht werden, so die seinerzeitige seminar-dramaturgische Überlegung, von den reinen Ost-Aspekten wegzukommen hin zum Verhältnis von Ost- und Westdeutschen – wenn man davon ausgeht, dass soziale Integration wesentlich über das Sich-in-Beziehung-Setzen von Menschen realisiert wird. Bei der seminaristischen Umsetzung dieser Überlegung ergab sich eine Schwierigkeit: Zum Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen lässt sich nur sehr beschränkt etwas sagen, da dieses Verhältnis weithin nicht existiert, und dort, wo es existiert, ist es häufig kein Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen, sondern eines zwischen Harry und Ramona, beispielsweise. Dort aber, wo dieses Ost-West-Verhältnis tatsächlich in dramatischer Form existiert, etwa in Universitätsinstituten, wo die C4-Stellen vorzugsweise west- und die C3-Stellen ost-besetzt sind (oder allgemeiner formuliert: sobald es um die westliche Elitendominanz im Osten überhaupt geht) – dort lässt sich nur äußerst schwierig eine ReferentIn finden, der oder die darüber etwas erzählen wollte.

Seminaristisch war im weiteren von Interesse, dass ein bemerkenswerter Unterschied zwischen unseren Veranstaltungen im Jahre 1998 und 2000 deutlich wurde, dessen weitere Prüfung sich anböte: Seminarthemen, die sich mit der deutschen Vereinigung und deren Folgen befassen, müssen, je länger das Ereignis zurückliegt bzw. andauert, desto stärker allgemeine Aspekte politischer Bildung in den Mittelpunkt rücken und von eher speziellen Erörterungen Abstand nehmen. Für letztere fehlen inzwischen wesentliche Grundkenntnisse, um angemessene Einordnungen vornehmen (und entsprechende Diskussion führen) zu können. Diese Grundkenntnisse werden offenbar durch die Medienberichterstattung nicht mehr hinreichend vermittelt – vermutlich, da der News-Wert des Einigungsprozesses mittlerweile gegen Null geht. Ebenso muss heute stärker als vor drei Jahren noch damit gerechnet werden, dass bei einzelnen geschichtspolitisch bedeutsamen Themen Schwierigkeiten bestehen, sich von emotional aufgeladenen öffentlichen Kampfdiskursen zu lösen und die analytische Perspektive zu bewahren, die ein Seminar eigentlich produzieren sollte.

Ob angesichts solcher und vergleichbarer Erfahrungen das in der öffentlichen Debatte erörterungsreiche Ringen um eine *innere Einheit* die adäquate Reaktion auf Ost-West-Diskrepanzen ist, soll hier bezweifelt werden. Vermutlich meint, wer davon redet, eine mehr oder minder deutliche Kompatibilität und Konsistenz der individuellen wie kollektiven

Werthaltungen, Habitusformen, Gemeinschaftlichkeitsempfindungen und dergleichen. Doch liegt, wo von innerer Einheit gesprochen wird, der Verdacht nahe, dass das Vermögen unausgeprägt ist, mit Differenz umzugehen. Darum jedoch ginge es: Souveränität im Umgang mit den hier in Rede stehenden Differenzen zu erlangen. Dem würde es vermutlich entgegenkommen, das Ziel der staatsbürgerlichen Integration von West- und Ostdeutschen nicht mit dem flankierenden Streben nach kultureller Integration zu überfrachten. Es muss keineswegs anstrebenswert sein, dass sich Ost- und Westdeutsche kulturell demnächst nicht stärker voneinander unterscheiden, als Westdeutsche untereinander sich unterscheiden. Bedeutend mehr ließe sich u.U. einem Prozess der Interkulturation abgewinnen: Wanderer zwischen Ost und West wie West und Ost – und das sind irgendwann und irgendwie alle – behalten zugleich einen Teil ihres soziokulturellen Erbes, gewinnen einen Teil an Neuem hinzu und entwickeln einen Bereich an gemischter Kultur.¹

Voraussetzungen dessen beleuchten die nachfolgenden Beiträge. Die symbolisch am stärksten aufgeladenen Ost-West-Debatten hatte es in den letzten Jahren im Kulturbereich gegeben: frühere „Staatsdichter“ und „Auftragskünstler“ produzierten eine Einhelligkeit der bundesdeutschen Abwehrfront, wie man sie zuvor nur von DDR-Parteijournalisten und Auftragsschreibern gekannt hatte. Bernd Lindner nimmt die wohl am längsten anhaltende – und jüngst wieder mit neuem Stoff versehene – dieser Debatten in Augenschein: die zur in der DDR entstandenen Kunst. Einen im Vergleich dazu eher unspektakulären, für die Beteiligten und das Publikum in der ostdeutschen Provinz aber um so wichtigeren Vorgang schildert Grit Lemke: das gegen alle Wahrscheinlichkeiten erfolgte Überleben des Leipziger Dokumentarfilmfestivals.

Derart eingestimmt und mit der Kenntnis eines Milieus bereits näher vertraut, können wir uns sodann mit Strukturwandel und Wandel sozialer Milieus in Ostdeutschland befassen: Michael Hofmann liefert den entsprechenden Text. Bevor wir ins Hochschulmilieu eintauchen, macht uns Peter Förster mit den Ergebnissen einer Längsschnittuntersuchung vertraut, die eine Altersgruppe – 1989 sechzehnjährig Gewesene – über mehr

¹ Vgl. Günter Endruweit: Integration oder Interkulturation? Soziologische Hypothesen zum Identitätsproblem türkischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in Deutschland, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 3/1981, S. 261-267.

als zehn Jahre und damit deren individuelle sowie kollektive Bewältigung eines Systemwechsels verfolgt hat.

Drei Beiträge werfen dann Schlaglichter in die Hochschulen: Leo Ensel hatte Anfang der 90er Jahre ost- und westdeutsche Studierende zusammengebracht und das Experiment anschließend ausgewertet. Ulrich Heublein beobachtet seit 20 Jahren die ostdeutschen Studierenden und weiß Genaueres über die Ost-West- und die West-Ost-Wanderungen im studentischen Bereich. Peer Pasternack beobachtet seit zehn Jahren die ostdeutschen Hochschulen und sortiert die Bedingungen, Erfahrungen und Wirkungen ihrer Verwestlichung.

Mit dem abschließenden Beitrag von Thomas Ahbe „Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen“ wird die Behandlung des Themas an ihren Anfang rückgekoppelt: Infragestellung und Selbstbehauptung produzieren kollektive Sinn Güter, z.B. die sog. Ostalgie, welche zu erklären sich empfiehlt, bevor sie weitergehend bewertet werden.

Nebenschauplätze? Der deutsch-deutsche Bilderstreit als Zeugnis anhaltender Fremdheit

Bernd Lindner
Leipzig

Die für alle Beteiligte so überraschend wiedergewonnene deutsche Einheit steht erst am Beginn ihrer zweiten Dekade, da ist in den östlichen Bundesländern al-lenthalben das Erwachen eines neuen (Sonder-)Bewußtseins zu beobachten.

Symptomatisch dafür ist die plötzliche Popularität, die dem Song des bis dato unbekanntes Sangerhäuser Rock-musikers Kai Niemann "Im Osten" widerfährt. Fünf Jahre lang wollte ihn dort sprichwörtlich "niemand" hören. Scheinbar zufällig ist das Lied von einem regionalen ostdeutschen Rundfunksender wiederentdeckt worden. Das erklärt jedoch nicht, warum gerade jetzt so viele Menschen in den Neuen Ländern begeistert die simple Melodie mitsummen, wenn sie täglich mehrmals im "Ostfunk" erklingt und begeistert in den Text einstimmen, "dass (hier) eigentlich fast alles besser ist, als im Westen."

Dieser trotzigen Selbstbehauptung der Ostdeutschen ist ein jahrelanger Streit um den Wert des von ihnen in der DDR gelebten Lebens vorausgegangen. Und nicht von ungefähr war (und ist) die Kultur der untergegangenen DDR – in all ihren Dimensionen, von der Hochkunst bis zur Alltagskultur – eines der Hauptfelder des deutsch-deutschen Disputes. Bis Ende der 1990er Jahre wurde er hauptsächlich in den Feuilletons der überregionalen westdeutschen Zeitungen ausgetragen, seitdem sind auch Kunstmuseen verstärkt zum Schauplatz dieser Debatte avanciert. Eine Debatte, die bis in die unmittelbare Gegenwart anhält.

"Rahmen-Wechsel"

Begonnen hat alles auf Burg Beeskow. Im November 1998 wurde in dieser märkischen Kleinstadt bei Berlin unter dem Titel "Rahmen-Wechsel" eine Ausstellung mit Werken der Auftragskunst von Parteien und Massenorganisationen der DDR eröffnet. Der letzte Kulturminister der DDR – der Kunsthistoriker Herbert Schirmer – hatte in einer seiner letzten Amtshandlungen vor der Wiedervereinigung dort ein "Dokumentationszentrum Kunst der DDR" angesiedelt,¹ das er bis wenige Monate vor der Eröffnung der o.g. Ausstellung auch selbst leitete. Nach einer Reihe thematischer Ausstellungen unter seiner Regie sollte "Rahmen-Wechsel" die erste kulturhistorische Überblicksschau zur Kunst aus der DDR nach deren Ende werden. Sie scheiterte weniger an ihrem Anspruch als an der Art ihrer Präsentation. Die Kuratoren (unter Leitung Jochen Spielmanns) präsentierten eine große Zahl von Gemälden, die auf engem Raum Stoß an Stoß hingen, z.T. sogar ohne Rahmen. Nicht einmal die Namen der Maler und die Titel ihrer Bilder wurden den Besuchern am Original mitgeteilt; die Werke waren schlicht nur durchnummeriert. Plastiken standen dicht gedrängt, auf mit grauen Plastikplanen verhüllten Podesten. An vielen hingen noch die Schilder mit den Inventarnummern. Aus Sicht der Veranstalter war dies in Ordnung, interessierte sie an den Kunstwerken doch "vor allem ihre Eigenschaft als kulturhistorische Dokumente". Ästhetischen Wertungen meinten sie sich dagegen entziehen zu können: "Ob es sich bei den Gemälden, Grafiken und Skulpturen, die in Beeskow lagern,

¹ Der museale Grundstock des Dokumentationszentrums umfaßt ca. 23.000 Kunstwerke, die im Auftrag der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR entstanden sind und sich heute im Besitz der Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie des Magistrats von Berlin (einschließlich der Bestände des Kunstfonds der DDR) befinden. Insgesamt gibt es in den Neuen Bundesländern drei solcher Kunstdepots: Neben Burg Beeskow sind dies die Festung Königstein (für die Länder Sachsen und Thüringen) und das Regierungspräsidium Halle (für das Land Sachsen-Anhalt). Der erhalten gebliebene Gesamtbestand an Auftragskunst aus der DDR umfaßt ca. 27.500 Arbeiten. Vgl. dazu die Artikel von Nicoletta Freitag und Sigrid Lehmann, in: Dokumentationszentrum Kunst der DDR (Hrsg.): Die Depots der Kunst. Beeskow 1996, S. 84-88. Ein Bestandskatalog für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen liegt inzwischen auf einer vom Kunstfonds des Freistaates Sachsen im Jahr 2000 herausgegebenen CD-ROM vor.

im einzelnen um bedeutende oder weniger bedeutende Kunstwerke handelt, darüber mögen andere künftig befinden."²

Die Gestaltungsweise der Exposition sollte "mit ihrer engen ‚Petersburger Hängung‘ und der schwachen Beleuchtung"³ an jene Depotsituation erinnern, unter der das Gros dieses Bildererbes z.Z. überwiegend aufbewahrt wird. Doch gerade dies wurde der Ausstellung zum Verhängnis! Die inzwischen vollständig veröffentlichten Besucherbücher⁴ spiegeln die Heftigkeit der Publikumsreaktionen wider. In den 184 Eintragungen überwogen vom ersten Tag an die ablehnenden Stimmen. 43% aller Statements enthalten ein negatives Urteil zur Ausstellung. Eine Befürwortung des Konzeptes findet sich dagegen nur in 26% aller Eintragungen. Jeder vierte Schreiber im Besucherbuch meinte gar, daß die Präsentation die Absicht verfolgte, "DDR-Kunst prinzipiell nieder zu machen" (BesucherIn, o.A.O.):⁵

"Hier wird suggeriert, dies alles sei Müll" (BesucherIn aus den neuen Ländern).

"... die Präsentation der Originale ... kann ich nur als ‚Hinrichtung‘, verglichen mit der Ausstellung ‚Entartete Kunst‘ bezeichnen. (...) Hier geht es nicht um Diskussion, sondern um Verurteilung" (Besucher aus den neuen Ländern).

² Monika Geyler/Anette Leo/Beatrice Vierneisel: Einleitung, in: Volks Eigene Bilder. Kunstbesitz der Parteien und Massenorganisationen, hrsg. vom Dokumentationszentrum Kunst der DDR, Berlin 1999, S. 11.

³ Ebd., S. 10.

⁴ In: Volks Eigene Bilder (Anm. 2), S. 215 - 243; alle hier zitierten Besuchermeinungen entstammen dieser Quelle. Nicht verschwiegen werden soll, daß Besucherbucheintragungen – kunstsoziologisch betrachtet – nur für ein begrenztes Publikumssegment aussagefähig sind. In solche Bücher tragen sich überwiegend nur besonders begeisterte oder verärgerte Besucher ein. Alle anderen scheuen eher davor zurück. Daher spiegeln sich darin vor allem die extremen Meinungspole innerhalb eines Ausstellungspublikums wider. Das breite Gros des Publikums mit seinen differenzierten Wertungen erfaßt man so nicht. Dazu bedarf es repräsentativer Befragungen, die jedoch zu dieser wie auch allen weiteren, hier besprochenen Ausstellungen nicht vorliegen. Die Quantifizierung der Eintragungen wurden vom Autor des vorliegenden Beitrages vorgenommen. Deren Aussagefähigkeit steigt mit der Zahl der auswertbaren Besucherbucheinträge.

⁵ o.A.O. = ohne Angabe des Wohnortes. Die Zitate folgen in Rechtschreibung wie auch bei der Hervorhebung einzelner Satzteile den Eintragungen in den jeweiligen Besucherbüchern. Auf eine Wiedergabe von Autorennamen wird aus Datenschutzgründen generell verzichtet. Angeführt werden jedoch, wenn vorhanden, der Wohnort bzw. das Bundesland, aus denen die Besucher kamen und ihr Geschlecht (ansonsten als ‚BesucherIn‘ gekennzeichnet).

Protest kam überwiegend von ostdeutschen Besuchern: 38% der entsprechenden Statements sind ihnen eindeutig zuzuordnen; nur 5% davon kamen von Besuchern aus Westdeutschland.⁶ Umgekehrt stammen 43% der zustimmenden Äußerungen zur Ausstellung von Besuchern aus den alten und nur 27% von Besuchern aus den neuen Bundesländern.⁷ Noch deutlicher ist das Ost-West-Gefälle hinsichtlich der Behauptung, bei "Rahmen-Wechsel" handele es sich um eine bewußte Denunziation der Kunst aus der DDR durch die Ausstellungsmacher.⁸ Dies unterstellen ihnen immerhin 41% der Ostdeutschen, jedoch kein einziger Besucher aus dem Westen.⁹ Spätestens hier wird deutlich, dass sich dieser heftigen Streit nicht allein um die Kunst drehte. Doch selten wurde dies im Besucherbuch so direkt ausgesprochen wie in den nachfolgenden deutsch-deutschen Disputen. Mitte Mai 1999 stellte ein/e BesucherIn aus Kleve fest: "So erdrückend wie die Ausstellung, so war das ganze System!" Darauf antworteten – unabhängig voneinander – gleich zwei (ostdeutsche) BesucherInnen (o.A.O.):

"Kommentar: die müssen es ja wissen, wenn sie von dort kommen."

"Es ist erstaunlich, daß die Leute, die nie hier lebten, urteilen können! Auch das ist Teil der deutschen Geschichte!"

Und Mitte Juni 1999¹⁰ notierte ein/e durchaus Verständnis suchende BesucherIn aus Erlangen: "Menschen kann man nur über ihre Kunst ver-

⁶ 56% der negativen Urteile zur Ausstellung waren regional nicht eindeutig zuzuordnen. Um eine "geographische Verzeichnung" der Ergebnisse zu vermeiden, wurden all jene Statements, die keinen konkreten Hinweis auf den Wohnort des jeweiligen Besuchers enthielten, gesondert ausgewertet.

⁷ 30% der positiven Urteile zur Ausstellung waren regional nicht eindeutig zuzuordnen.

⁸ Obwohl die Kuratoren der Ausstellung immer wieder darauf hinwiesen, als gemischtes Ost-West-Team angetreten zu sein, wurde in der öffentlichen Meinung nahezu ausschließlich der westdeutsche Interimsleiter des Dokumentationszentrums für das Ergebnis verantwortlich gemacht: "Man sieht die Absicht und ist wütend. (...) Meinen die Verantwortlichen, die Herrn Dr. Spielmann diesen Posten zugeschoben haben, so könnte die ‚innere Einheit‘ erreicht werden? Nachdem ich die Ausstellung sah ... fordere ich die sofortige Absetzung des Herrn ... wegen Unkenntnis, gepaart mit Arroganz und Ignoranz" (BesucherIn aus Berlin). Die "Absetzung" Spielmanns erfolgte nahezu umgehend, sein bis Ende 1998 geltender Vertrag wurde nicht verlängert.

⁹ 59% der entsprechenden Wertungen waren regional nicht eindeutig zuzuordnen.

¹⁰ Die Ausstellung war vom 13.11.1998 bis zum 27.6.1999 in Beeskow zu sehen. Die ursprünglich vom brandenburgischen Wissenschaftsministerium angekündigte Wanderung der Exposition fand nicht statt.

stehen lernen." Darauf reagierte ein/e BesucherIn aus Brandenburg mit dem Eintrag:

"Das Dargestellte war unsere Wirklichkeit, waren unsere Hoffnungen, Wünsche, Enttäuschungen, war Inhalt unseres Lebens. Du, Wessi, kannst das nicht verstehen mit Deinem Bildzeitungs-Horizont. Also laß Dein anmaßendes Gewäsch."

Selbst wenn diese (Gegen-)Reaktionen oft überzogen waren, so wird doch gerade dadurch deutlich, dass es hier nicht nur um die Deutungshoheit über die in der DDR geschaffene Kunst, sondern zugleich um die Bewertung des gesamten gesellschaftlichen Umfeldes, in dem diese Kunst entstanden ist, geht! Zudem verrät der gereizte Ton, in dem von ostdeutschen Besuchern über die Ausstellung befunden wurde, daß bei vielen von ihnen die Grenze des Zumutbaren erreicht war. Das spiegelte sich in einem überhitzten "Pfui-Teufel! ... wir durchschauen Euch und Eure kommunistenfeindliche Politik. Nicht mit uns! Schluß jetzt!'" (BesucherIn, o.A.O.) ebenso wider, wie in der "fröhlich gestimmten" Entdeckung, "daß in diesem Buch so viele ‚Zwangsgetopfte‘ endlich Widerspruch gegen die West-Dominanz einlegen. Gegen die penetrante Sieger-Ideologie hilft nur Gegenhalten (sachlich und fachlich fundiert)..." (BesucherIn aus Berlin).

Eskalation in Weimar

Hinterließen bereits die Beeskower Besucherbücher das schale Gefühl einer fortgeschrittenen Distanzierung zwischen den Deutschen aus Ost und West, so wurde dies durch die Lektüre des – mit über 1100 Eintragungen weitaus umfangreicher gefüllten – Besucherbuches der Ausstellung "Offiziell/Inoffiziell. Die Kunst der DDR" nachdrücklich bestärkt. Potenziert wurde dessen Wirkung noch dadurch, daß diese Ausstellung im Rahmen des europäischen Kulturstadtjahres 1999 in Weimar¹¹ stattfand. Ihr Wirkungsradius war damit von vornherein größer.

¹¹ Im Rahmen des Ausstellungszyklus "Aufstieg und Fall der Moderne", eröffnet am 9.5.1999. Während jedoch dessen I. Teil zum Einzug und zur Vertreibung der Klassischen Moderne aus Weimar in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in angemessenen Räumen im Schloßmuseum zu sehen war, wurden der Ausstellungsteil zur DDR-Kunst im ehemaligen Gauforum von Weimar gezeigt, ein Ort, der nicht den mindesten musealen Anforderungen gerecht wurde. Erschwerend kam hinzu, dass zur gleichen Zeit in diesem Gebäude auch die Ausstellung "Die Kunst dem Volke – erworben: Adolf Hitler", die ebenfalls Teil des o.g. Zyklus, gezeigt wurde. Die räumliche Nähe beider Ausstellungen wurde von

Zugleich präsentierte sie sich als ein erstaunliches Pendant zur Beeskower Ausstellung. Denn auch hier hingen Bilder dicht an dicht, in Dreierreihen übereinander auf faltigen schwarzen Plastikplanen. Hinzu kam mit dem Architekturhistoriker Achim Preiß (der, aus Wuppertal kommend, seit 1993 an der Bauhaus-Universität Weimar lehrt) ein Kurator, für den die von der DDR hinterlassene Bildkunst von vornherein nichts anderes als "eine besonders autistische und formalistische Version der Antimoderne"¹² darstellte – obwohl er von der Kunst aus der DDR, wie er mehrfach zugab, kaum etwas näher kannte. Als Quelle seiner Kenntnisse um den Gegenstand führt er allein einige Ausstellungen der Sammlung Ludwig "mit Bildern aus den sozialistischen Ländern" an, die er seit den 1980er Jahren in Köln "mit Interesse verfolgt" hatte.¹³ So gerieten er und sein Konzept schnell in das Kreuzfeuer der Kritik, die ihrerseits wiederum oft nicht frei von verallgemeinernden Tendenzen war:

"Die von Herrn Preiß ... gezeigte Ignoranz und Überheblichkeit ist selbstentlarvend. Leider leistet der Ausstellungsverantwortliche dem Eindruck Vorschub, wieder einmal habe ein Westdeutscher das letzte Wort zum Geschehen in einem Land, von dem er offenkundig keine Ahnung hat, das er nicht ERLEBT hat. Frei nach dem Motto, wir wissen von nichts, aber wir reden geschwollen darüber und leisten uns ein finales Urteil ..." (Besucher aus Ost-Berlin).

Allerdings blieben die (ostdeutschen) Besucher diesmal mit ihrer Kritik nicht allein, sondern wurden darin von großen Teilen des westdeutschen Feuilletons und wichtigen Museumsfachleuten aus den alten Bundesländern (partiell) unterstützt.¹⁴

Das Besucherbuch dieser Ausstellung ist inzwischen, einschließlich einer umfangreichen Analyse, veröffentlicht worden.¹⁵ Einige Besonderheiten der Weimarer Ausstellung sprechen jedoch dafür, die Ergebnisse

vielen Besuchern als gewollte Gleichsetzung der Kunst der Nationalsozialisten mit der aus der DDR interpretiert.

¹² Achim Preiß: Offiziell/Inoffiziell. Die Kunst der DDR, in: Rolf Bothe/Thomas Föhl (Hg.), Aufstieg und Fall der Moderne, Ostfildern-Ruit 1999, S. 470.

¹³ Ebenda, S. 450.

¹⁴ Einen guten Überblick über die veröffentlichten Kritiken findet sich in dem von den Kunstsammlungen zu Weimar nachträglich herausgegebenen Band: Der Weimarer Bilderstreit. Szenen einer Ausstellung. Eine Dokumentation. Weimar 2000, S. 147-254; vgl. auch die Analysen dieser Kritiken von Bodo Baake und Ernst Seidl im gleichen Buch.

¹⁵ Ebenda, S. 39-114; sowie Bernd Lindner: Subversives Salz im klassischen Kompott? Die Weimarer Ausstellung "Offiziell/Inoffiziell – Die Kunst der DDR" im Spiegel ihrer Besucherbücher, S. 329-338.

der quantitativen Besucherbuchauswertung nicht für die gesamte Laufzeit¹⁶ gemeinsam auszuweisen. Da ist vor allem die Tatsache, daß die Exposition von der Museumsleitung auf Grund der massiven Kritik bereits fünf Wochen nach Eröffnung durch Umhängung der Bilder sowie einer Reduzierung ihrer Zahl in ihrem Erscheinungsbild erheblich "entschärft" wurde. Das blieb nicht ohne Folgen für die Bewertung der Exposition: Vor der Umhängung überwog eindeutig die Ablehnung gegenüber der Zustimmung (45 zu 37%). 44% der Ablehnungen kamen dabei aus den neuen, nur 15% dagegen aus den alten Bundesländern. Bei den Zustimmungen betrug das Verhältnis dagegen 20 zu 40%. Nach der Umhängung überwog dann die Zustimmung (36%) gegenüber der Kritik (31%); wobei der Ost-West-Dissens dennoch weiterhin bestehen blieb.¹⁷ So waren Wertungen wie "eine großartige, hochinteressante und sehr spannende Ausstellung" oder "mich hat der Besuch der Ausstellung begeistert" tendenziell häufiger von westdeutschen Besuchern zu lesen; während Urteile wie "die Gestaltung ist skandalös" oder "ich bin entsetzt über diese Ausstellung" eher von Ostdeutschen kamen.

Sucht man nach Gründen für die unterschiedlichen Reaktionen, wird deutlich, daß die häufigeren Zustimmungen westlicher Besucher zwei Hauptursachen haben:

1. daß viele von ihnen in Weimar erstmals eine solch umfangreiche Auswahl von Bildern aus der DDR gesehen haben ("Für West-Augen und jemand, die wie ich sehr wenig über DDR-Kunsttraditionen weiß ... ist die Ausstellung eine völlig faszinierende Möglichkeit des Kennenlernens", Besucherin aus Tübingen), ohne damit zugleich deren (Un-)Ausgewogenheit beurteilen zu können ("Eine ganz tolle Ausstellung ... Man bekommt eine sehr gute Idee, wie damals alles war ...", eine amerikanische Deutschlehrerin);
1. daß sie mit einer Ausstellungsregie, welche die gezeigten Bilder lediglich als Spielmaterial für kunsttheoretische Thesen und nicht als die eigentliche Botschaft nimmt (wie es bei Preiß der Fall war),

¹⁶ Die Laufzeit der Ausstellung war ursprünglich vom 9. Mai bis zum Anfang November 1999 geplant. Infolge vielerlei Proteste von Fachkritikern, Besuchern und Künstler (einschließlich der gewaltsamen Abhängung von Gemälden durch sie), sowie der gewonnenen Urheberrechtsklage einer Künstlerin vor dem Erfurter Landgericht, wurde die Schau jedoch bereits am 26. September 1999 geschlossen.

¹⁷ 30% der Ablehnungen kamen auch jetzt aus dem Osten, aber nur 17% der Zustimmungen. Von Besuchern aus dem Westen Deutschlands kamen dagegen 28% der Zustimmungen und 22% der Ablehnungen.

wesentlich vertrauter sind als die Besucher aus dem Osten ("eine gelungene Provokation", Besucher aus München).

Bei den Rezipienten mit DDR-Sozialisation verhält es sich dagegen genau umgekehrt. Ihre häufigere Kritik an der Weimarer Exposition rührt vor allem daher,

1. daß sie aus eigener Anschauung wissen, daß die dort gezeigte Auswahl nicht die (ganze) Kunst der DDR war ("Ich habe viele Bezirkskunstausstellungen ... und Republikausstellungen in Dresden ... besucht. So kann ich feststellen, daß diese Show keineswegs repräsentativ ist für die Kunstszene der DDR"; Besucher aus Leipzig);
2. daß die bildende Kunst des eigenen Landes und deren Schöpfer für sie zu DDR-Zeiten andere, weitreichendere Funktionen hatte, als ihnen die Ausstellungskonzeption unterstellte¹⁸ ("Als ständiger Besucher der Kunstausstellungen in Dresden, aus denen sehr wohl eine Entwicklung und Widerspiegelung innerer Emigration und Entmündigung des Individuums ablesbar war, vermisse ich Sach- und Detailkenntnis sowie die Sensibilität der Ausstellungsinitalatoren, um diese positiven ‚Momente‘ der DDR-Kunst darzustellen", Besucher aus Dresden).

In der DDR war seit Mitte der sechziger Jahre schrittweise ein engagiertes Kunstpublikum entstanden, das sich mit jenen bildenden Künstlern, die den Zustand der sozialistischen Gesellschaft in ihren Werken kritisch reflektierten – kaum jedoch mit unkritischen Staatskünstlern, die es selbstverständlich zu allen Zeiten auch weiterhin gab – eng verbunden fühlte. Das spiegelte sich nicht nur in wachsenden Ausstellungsbesuchen wider; die Folge war auch eine substantielle Vertrautheit mit der Kunstszene des Landes, der offiziellen wie (auch partiell) mit der inoffiziellen. Aus den anfänglichen Laien wurden zunehmend Kenner, aus den bloßen Betracht-

¹⁸ In seinen theoretischen Grundlegungen zu dem Ausstellungsprojekt ging der Kurator Achim Preiß davon aus, daß die Kunst der DDR "anders als die Kunst des Dritten Reiches und alle(r) anderen antimodernen Strömungen ... nicht populär" (in: Aufstieg ..., Anm. S. 470) war. Sie wäre "so weit vom Volk entfernt" gewesen, "wie keine andere Kunsterscheinung des 20. Jahrhunderts" (ebd. S. 456/57). Erst in Folge der nach Eröffnung einsetzenden vehementen Vorwürfe räumte er gegenüber dem "Spiegel" (Heft 22/1999) ein: "Das war offenbar ein Fehlschluß. Viele Leute kennen diese Bilder und stellen sich ein Wiedersehen anders vor als ich, der keine biographische Beziehung dazu hat."

tern von Kunst auch Käufer.¹⁹ Oder wie es ein ostdeutscher Besucher ausdrückte:

"Hätte sich das Kuratorium ernsthaft mit dem auseinandergesetzt, was die ostdeutsche Kunstszene wirklich prägte – hatte der Kurator erleben können, mit welcher Energie, Hartnäckigkeit und künstlerischem Mut sich hier wirkende Künstler von formalistischen Doktrinen befreien, und hätte der Kurator nur annähernd erleben dürfen, wie bildende Kunst, Literatur und Musik halfen, Medien nicht zu ersetzen, sondern klug und feinsinnig zu unterlaufen und über die Kunst Wahrheitsimpulse zu vermitteln – wäre mit Sicherheit die Ausstellung in dieser Form nicht zustande gekommen!" (BesucherIn aus Bad Dürrenberg).

17% aller Eintragungen im Weimarer Besucherbuch gingen davon aus, daß mit der Ausstellung die Kunst aus der DDR gezielt denunzieren sollte. Rund die Hälfte der entsprechenden Urteile (42%) stammen von Ostdeutschen. Und so bringt die, in den Augen vieler Ostdeutscher oberflächliche Sicht von Westdeutschen auf ihre DDR-Vergangenheit und das was ihnen davon heute noch lieb und teuer ist, eine entsprechende Gegenwehr hervor.

"Ost-West-Konflikt gelöst? NOCH LANGE NICHT! So lange sich die werten Bürger der alten Bundesländer noch arrogant und lieblos über unsere Kunst lustig machen, werden wir NIE ein Volk sein!!!" (o.A.O.).

Zwei Jahre weiter?

Die umstrittene Weimarer Ausstellung ist schon wieder zwei Jahre Geschichte. Nachfolgende Ausstellungsprojekte zur Kunst aus der DDR (auf der Festung Königstein und im Kunsthaus Apolda, beide noch 1999, sowie in der Galerie Moritzburg in Halle 1999/2000) wurden nicht mehr so kontrovers diskutiert. Dies schon deshalb nicht, weil sie von ihrem Konzept her um eine echte "Bestandsaufnahme" – so der Titel der Hallenser Ausstellung – bemüht waren. Aus der Diskussion und den Schlagzeilen ist die bildende Kunst aus der DDR dennoch nicht geraten. Der öffentlich ausgetragene Streit um die vom Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg erst geplante, dann ausgesetzte Ausstellung zu Leben und Werk des einstigen Präsidenten des Verbandes Bildender Künstler der DDR, des Hallenser Malers Willi Sitte, sorgte ebenso dafür, wie die von seinem ehemaligen Vize-Präsidenten und enttarnten "IM", dem Kunsthistoriker Her-

¹⁹ Dazu ausführlich: Bernd Lindner, Verstellter, offener Blick. Eine Rezeptionsgeschichte bildender Kunst im Osten Deutschlands 1945 – 1995, Köln/Weimar/Wien 1998.

mann Raum, auf Schloß Cappenberg bei Unna zur Kunst der späten DDR ausgerichtete Ausstellung "Kassandrarufe und Schwanengesänge". Man muß Sittes Werk nicht verehren, um als Ostdeutscher an der Art und Weise seiner "Ausladung" einiges als dubios zu empfinden. Eine größere Aufregung hat sie in der Bevölkerung der neuen Bundesländer dennoch nicht mehr ausgelöst. Ist man nun darüber erhaben oder erwartet man "von dort" schon gar keine faire Behandlung mehr? Vielleicht signalisiert die jetzige Reaktion darauf aber auch ein Stück von der Gelassenheit, die Kai Niemanns Song "Im Osten" auch ausstrahlt: "...daß wir irgendwann die Sieger sind, läßt sich nicht vermeiden".

„Politische Leidenschaft“

Vom Überleben eines Festivals gegen alle Wahrscheinlichkeiten

Grit Lemke
Leipzig

„Leipzig war eine Kombination aus der Wärme der internationalen Solidarität und der Kälte des Kalten Krieges. (...) Das Besondere an Leipzig war immer die politische Leidenschaft“.¹ Dieses Zitat des Briten Stanley Forman muss immer wieder erhalten, wenn vom In-

ternationalen Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm (kurz: Dokfestival) die Rede ist, und es belegt, dass es hier um weit mehr geht als „nur“ ein Filmfestival. 1955 als gesamtdeutsche Veranstaltung gegründet, musste das Festival von 1957 bis 59 pausieren, um 1960 als „Internationale Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche“ neue Bedeutung zu erlangen. Gerade nach dem Mauerbau 1961 kam dieser Veranstaltung eine explizite außenpolitische Funktion zu: Sie sollte Weltoffenheit nach außen demonstrieren und wurde – wie es die ehemalige Intendantin und Filmwissenschaftlerin Christiane Mückenberger formulierte – zum „ziemlich zuverlässigen Spiegelbild der DDR-Außenpolitik“.² Schon bald gerieten, wie Mückenberger weiter ausführt, „das gewünschte außenpolitische Image und das hypertrophierte innenpolitische Sicherheitsbedürfnis“³ in einen Widerspruch, der absurde Formen annahm.

¹ „Weiße Taube auf dunklem Grund“. 40 Jahre Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm, Redaktion K. Mauersberger, Berlin 1997, S. 55

² ebd., S. 15. In ihrem Beitrag gibt Mückenberger einen umfassenden Überblick der Geschichte des Leipziger Festivals, S. 9-24. Ebenfalls umfassend und aus der persönlichen Sicht der ehemaligen Intendantin in: Fred Gehler/Rüdiger Steinmetz (Hg.), Dialog mit einem Mythos. Ästhetische und politische Entwicklungen des Leipziger Dokumentarfilm-Festivals in vier Jahrzehnten, Leipzig 1998, S. 133-148.

³ ebd., S. 19

Das Leipziger Festival wurde einerseits zum tatsächlichen Treffpunkt von Dokumentaristen aus aller Welt, wofür das Jahr 1964 steht, in dem sich hier alle „Großen“ des internationalen Dokumentarfilms versammelten. Nicht nur mit deren aktuellen Produktionen, auch mit der Zusammenstellung filmhistorischer Retrospektiven – damals Neuland – entwickelte sich Leipzig zu einer der ersten Adressen für den Dokumentarfilm in der Welt. Andererseits wurde das Festival zunehmend politisch instrumentalisiert, gerieten künstlerische Gesichtspunkte ins Hintertreffen. Dennoch gab es gerade in den 60er Jahren Sternstunden des Dokumentarfilms in Leipzig, gingen von hier entscheidende Impulse, beispielsweise für Filme über Vietnam und Chile, aus und gab es bewegende Begegnungen mit FilmemacherInnen aus der Dritten Welt.

Leipzig war immer weit mehr als ein Filmfestival. Für die Besucher, die treu stundenlang nach Karten anstanden und im Kino auf dem Boden saßen, war es das sogenannte „Fenster zur Welt“ – ein Fenster, das nie wirklich offen war. Hier gab es zwar tatsächlich die Möglichkeit, ein Stück „Welt“ mitzubekommen – eine Funktion, die heute die Medien wahrnehmen. Gleichzeitig jedoch fanden eine Reihe von Entwicklungen wie Prag 68 oder die Biermann-Affäre in Leipzig nicht statt, öffnete man sich der Perestroika nur zögerlich und nach Auseinandersetzungen, wurden kritische Filmemacher wie Joris Ivens vom vielfach geehrten Gründervater zur Unperson. Das Festival war janusköpfig von Beginn an – zu verschieden waren die Interessen, die sich schon mit der Gründung verbanden. Im Folgenden soll es einzig darum gehen, wie es den Übergang von der Vorwende- zur Nachwendeinstitution bewältigte – wobei dramatische Entwicklungen hier nur schemenhaft umrissen werden können.⁴

Aus dem Komfort in die Turbulenzen

Leipzig war eines von vier Filmfestivals in der DDR, die – wie sich das gehörte – zentral und natürlich von Berlin aus geführt und verwaltet wurden. Bis zur Wende wurde das Festival von 1968 bis 89 unter dem Titel „Internationale Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen“ von der „Direktion der Nationalen und Internationalen Filmfe-

⁴ Sofern nicht im Einzelnen angegeben speisen sich die Quellen aus Befragungen der Festival-MitarbeiterInnen bzw. aus Beständen des Festivalarchivs – bei Interesse zu erfragen bei der DOK Filmwoche GmbH. Eine kurze Festivalchronik mit weiterführenden Links und weitere Fakten zum Festival finden sich unter www.dokfestival-leipzig.de

stivals“ geleitet. Inhaltlich zeichnete seit 1973 ein Komitee verantwortlich, dem u.a. die DokumentarfilmerInnen Gitta Nickel, Annelie Thorn-dike und Kurt Tetzlaff angehörten. Acht fest angestellte MitarbeiterInnen waren das ganze Jahr über für Leipzig zuständig. Richtig utopisch – aus heutiger Sicht – werden die Zahlen erst, wenn man die Mitarbeiterzahlen während des Festivals betrachtet: Da waren in Leipzig ca. 250 bis 300 MitarbeiterInnen im Einsatz, eine Art VEB Dokfestival also. Allein an die 150 DolmetscherInnen, 40 bis 50 davon immer auf Abruf, übersetzten Filme und Diskussionen in alle beteiligten Sprachen – und das konnten viele sein, bemühte man sich doch gerade um Länder der Dritten Welt. In einem Schreibbüro waren 12 Schreibkräfte Tag und Nacht damit beschäftigt, mehr oder weniger sinnvolle und wichtige Verlautbarungen zu Papier zu bringen. Sie arbeiteten u.a. auch für die täglich erscheinende Festivalzeitung, deren vier bis fünf Redakteure auch die Druckvorbereitung selbst übernahmen. Das alles mutet heute unglaublich an, auch dass das Festival sich über einen Zeitraum von 10 Tagen erstreckte.

Das Leipziger Festival findet und fand schon immer im Herbst statt – so geriet es 1989 in unruhige und turbulente Tage. Mit der DDR kam auch das Festival selbst als Veranstaltung und Institution auf den Prüfstand. In der Konsequenz trat das Komitee zurück und erklärte: „Die Bitte um Abberufung soll den Veranstaltern den Weg frei machen, eine Struktur zu finden, die, befreit von den politischen Zwängen der Vergangenheit, dieses Festival auch in Zukunft sichert.“⁵ Um in diesem Bild zu bleiben: Der Weg war frei, aber steinig, und die Suche nach einer Struktur erwies sich dabei tatsächlich als Knackpunkt. Klar schien, dass das Leipziger Festival etwas Besonderes in der internationalen Festivallandschaft und erhaltenswert war. Seine Tradition wirkte dabei als Kapital und Last zugleich. Entscheidend jedoch war zunächst, dass alles, was das Festival getragen hatte, in kürzester Zeit wegbrach.

Mit der Auflösung des Ministeriums für Kultur verschwindet 1990 auch die Direktion der Nationalen Filmfestivals und damit die Verwaltungsebene. Das Festival wird in die volle Verantwortung der Stadt Leipzig gegeben – wo es zu dieser Zeit ungefähr so geordnet zugeht wie überall im Land. Dennoch findet das 1990er Festival noch mit den geplanten Kapazitäten statt, eine Geschäftsstelle in Leipzig übernimmt die Organisation. Während die Umgestaltung der Struktur eher noch träge und ver-

⁵ ebd., S. 208

zögert vor sich geht, spiegeln sich die rasanten Veränderungen auf der Leinwand: In „Verriegelte Zeit“ setzt sich Sibylle Schönemann mit ihrer persönlichen DDR- und Stasi-Geschichte auseinander – ein Film, der bis heute Gültigkeit bewahrt hat und dessen Ehrung mit einer Silbernen Taube ganz gewiss nicht allein tagespolitischen Beweggründen geschuldet war. Die Goldenen Tauben gehen in die UdSSR, die im Lichte der Gorbatschow-Ära zu dieser Zeit mit erstaunlichen Dokfilm-Produktionen aufwartet.

1991 – das Schicksalsjahr

Erst das darauffolgende Jahr, 1991, wird für das Festival zum Schicksalsjahr.⁶ Während die Presse den 90er Jahrgang noch als Zeit „zwischen gestern und morgen“ betrachtete, wird 1991 allgemein als Beginn einer neuen Ära angesehen. Anfang des Jahres gründet sich eine DOK Filmwochen GmbH, die bis heute besteht. Gewechselt haben die Gesellschafter – und dies klingt undramatischer, als es sich für die Beteiligten darstellte. Zunächst war der Direktor der Sachsenradio-Tochter SARA als Gesellschafter eingestiegen. Im Zuge der Mühlfenzel'schen Neugestaltung der Rundfunklandschaft aber wird der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) gegründet – und Sachsenradio nicht übernommen. Für das Festival bedeutet dies das Aus, seine sofortige Abwicklung wird in die Wege geleitet.

Hier jedoch zeigt sich die Widerständigkeit und Beharrlichkeit kultureller Tradition. Im Nachhinein mutet es fast wie ein Wunder an, dass in einer Zeit, da ringsum abgewickelt und plattgemacht wurde, was das Zeug hielt, Öffentlichkeit zur Rettung eines luxuriösen Exotikums wie eines Filmfestival gewonnen werden konnte. Aber das Leipziger Festival war eben nicht irgend eine Institution, sondern von jeher mit Herzblut verbunden. Und so titelten denn die Zeitungen in der Region und weit darüber hinaus: „Rettet Leipzig!“, „Filmfestival in Leipzig droht zu scheitern“, „Mit diesem Festival stirbt der Dokumentarfilm“. Letzteres war mit Sicherheit übertrieben, drückt aber das Gefühl vieler Beteiligten aus. Und damit ist bekanntlich nicht zu spaßen.

Die Situation ist emotional so aufgeladen wie ausweglos. Sie steigert sich zur Absurdität: Während die Abwicklung voll im Gange ist, wird

⁶ zu den Turbulenzen der Wendezeit s.a. Christiane Mückenberger in „Weisse Taube ...“, a.a.O., S. 111-116

„nebenher“ das aktuelle Festival vorbereitet. Mittlerweile hat eine neue Intendantin die künstlerische Leitung übernommen: Christiane Mückenberger, Filmwissenschaftlerin, Dozentin und Autorin, die in der DDR mit Berufsverbot belegt worden war, ist angetreten, das Unmögliche möglich zu machen.

In dieser Situation ergeht im November 1991 ein Antrag der Leipziger SPD-Fraktion an das Stadtparlament, der die Übernahme der abzuwickelnden GmbH durch die Stadt Leipzig zum Inhalt hat. Die CDU-Fraktion, der ein Dokfestival von jeher verdächtig erschien, verhindert dessen Annahme. Der Ausgang bleibt ungewiss, und wenige Tage später findet ein Festival statt, das vielleicht das letzte ist. Dazu sind über 2.000 Beiträge eingereicht worden. Auch heute gelangt in etwa diese Zahl von Einreichungen nach Leipzig – aber mit einem enormen Vorbereitungsaufwand und nach Jahren des eher geringen Interesses. Diese 2.000 Beiträge des Jahres 1991 hingegen werden noch ohne größeres Zutun des Festivals selbst, allein auf Grund noch bestehender Strukturen oder deren Nachwirkungen, nach Leipzig geschickt. Die Produktion in den Ostblock-Staaten ist noch in vollem Gange, ebenso wie die dortigen Filminstitutionen noch zuverlässig für deren Verbreitung sorgen.

Ganze 46 Dokfilme sind im Wettbewerb vertreten – eine Zahl, die von heute aus gesehen (jetzt sind es um die 20) auch utopisch anmutet. Aber die Filme sind spannend, und dies betrifft besonders die einheimischen. Deutsch-deutsche Themen dominieren, ca. 100 deutsche Beiträge sind im Gesamtprogramm vertreten – das gibt es später nie wieder. Spürbar ist ein Nachholebedarf bei Filmemachern und Publikum. Den Problemen der Wiedervereinigung und der Vergangenheitsaufarbeitung wird ein – von heute aus betrachtet – sensationelles Interesse entgegengebracht. Diese Vorführungen sind überdurchschnittlich gut besucht – leider als einzige.

Ansonsten geht dieses „Schicksalsjahr“ als Debakel in die Festivalannalen ein. Die Presse dazu: „blamables Erscheinungsbild“, „düstere Stimmung“, „trister Eindruck“ – all dies bezogen auf leere Säle während anderer Vorführungen. Darin säße „kaum jemand aus Leipzig selbst; die Messestädter haben vermutlich andere Sorgen, als über die Würde des Menschen (das Motto des Festivals) nachzusinnen“. Hier habe man „Gelder verschleudert“. Der Einwand, dass die westdeutschen Traditionsfestivals von Mannheim und Duisburg im Allgemeinen auch nicht gerade gut besucht sind, ist zwar erlaubt, aber nicht wirklich schlagkräftig, denn

Leipzig war immer ein Publikumsfestival, ja bezog gerade daraus ein Großteil seiner Anziehungskraft für Filmschaffende.

Das Festival insgesamt bietet geradezu ein Bild des Jammers: Statt einer Statistik oder klarer Abrechnungen herrscht Zahlensalat, dessen die Veranstalter nicht Herr werden. Filmemacher und Journalisten, so wird geklagt, laufen aneinander vorbei, da es keine Anlaufpunkte gibt (die zu schaffen allerdings, aus der nachfolgenden Erfahrung betrachtet, tatsächlich nicht so einfach ist). FilmemacherInnen – mit deren Anwesenheit ein Festival steht und fällt – reisen vorzeitig und verärgert ab. Im früher stets gut gefüllten Festivalzentrum sieht man erstmals leere Gänge. Es gibt kaum internationale Gäste, im Stadtbild ist das Festival durch fehlende Werbung schlicht nicht vorhanden, und die Medien fühlen sich nicht informiert. Das Ende: „Fatales Finale“ – die Preisträger sind zur Preisverleihung nicht anwesend. „Ein Skandal!“ und: „Ein Festival auf der Kippe“.

Krisengründe

Der Hintergrund dieses Chaos ist leicht erklärbar: Die Organisatoren – alte Festival-MitarbeiterInnen zumeist – sind mit der neuen Situation schlichtweg überfordert. Der Ruf nach „Management“ wird laut. Obwohl der Etat des Festivals immer noch 1,8 Millionen DM beträgt, herrscht Einigkeit darüber, dass durch fehlendes Management tatsächlich Geld „verschleudert“ wurde. Die Gründe dafür sind vielfältig und teilweise bis heute nachhaltig wirkend. Betrachtet man sie näher, kann man wieder nur vom Wunder des Überlebens dieser Institution im Vergleich zu anderen sprechen:

- Jedes Filmfestival ab einer bestimmten Größe kommt in seiner Durchführung einem gut organisierten und geführten Unternehmen gleich, auf alle Fälle muss es auf festen Strukturen aufbauen – genau die aber waren in Leipzig praktisch über Nacht weggebrochen.
- Ein Filmfestival lebt von Internationalität. Gerade Leipzig hatte sich als Festival mit Brückenfunktion profiliert und etabliert. RegisseurInnen aus Osteuropa und der Dritten Welt kamen mit ihren Filmen und trafen auf westeuropäische Filmschaffende. Auch dahinter stand eine feste Struktur: Die Gäste aus Osteuropa kamen zentral organisiert in Delegationen angereist, was von den jeweiligen Ländern bezahlt wurde. Mit Einführung der D-Mark und dem Zusammenbruch der Wirt-

schaft in den Ostblockstaaten war das auf einmal nicht mehr möglich. Da der osteuropäische Film einen Schwerpunkt des Festivals bildete und dies ja auch ein Pfund war, mit dem Leipzig wuchern konnte, wollte man es nicht aufgeben, Osteuropa in Leipzig zu Gast zu haben. Die Einladung von FilmemacherInnen lastete nun jedoch auf einem Etat, der nicht gewachsen war und solche Posten nicht vorsah. Mit Fundraising, der Gewinnung von und dem Umgang mit Sponsoren aber gab es beim Festival keinerlei Erfahrung.

- Ein Festival ist immer so gut wie die Filme, die es zeigt. Um Filme zeigen zu können, muss man zunächst von deren Existenz erfahren und sie dann noch zu einem Festival bekommen – was an sich schon kompliziert genug ist. Leipzigs Programmstruktur baute auf den schon angesprochenen langjährig gewachsenen Kontakten mit Osteuropa und der Dritten Welt auf, die jetzt wegbrachen. Und das nicht, weil man nicht mehr miteinander hätte reden wollen, sondern weil in den Partnerländern Institutionen verschwanden und sich auflösten wie weiland das Kulturministerium der DDR. So gab es beispielsweise in der Sowjetunion seinerzeit eine Zentralverwaltung in Moskau, die filmwirtschaftlich schaltete und dirigierte. Das konnte man finden, wie man wollte – aber es gelangten derart Filme nach Leipzig (und andere natürlich nicht). Diese Zentralverwaltung befand sich jetzt ebenfalls in Auflösung, neue Leute und neue Strukturen wurden ausprobiert und verworfen, völlig neue Kontakte wurden erforderlich – und Filme gelangten so kaum nach Leipzig.
- Auf einmal musste man in Leipzig ein Wort buchstabieren lernen, das man in der Kultur gern abschaffen würde und das gerade im Festivalgeschäft zu den Basics zählt: Konkurrenz. In der DDR hatte es ganze vier Filmfestivals gegeben, die alle voll vom Staat gefördert wurden. In der Bundesrepublik sind es mittlerweile weit über hundert.⁷ Jede mittlere Kleinstadt, die etwas auf sich hält, hat heute eine Art Filmfestival. Und wer wollte es ihr verübeln angesichts des Kinosterbens, das vernünftige Filme auf Festivals verbannt, statt sie in Kinos laufen zu lassen? Alle diese Festivals aber brauchen Geld – vom Bund, vom Land, von der Stadt sowieso. Sie wollen Sponsoren, sie wollen Publikum, und sie wollen Presse – wobei einer dieser Faktoren den anderen

⁷ Aufschluss über die aktuelle Zahl gibt der jährlich erscheinende Festivalguide von Wolfgang Samlowski, Vistas Verlag, Berlin.

bedingt – das ist das Gemeine. Gerade die Presse ist für das Überleben eines Festivals heute entscheidend – eine Situation, die das Leipziger Festival so bisher nicht kannte.

- Öffentlichkeits- und Pressearbeit lief früher wie so vieles generalstabsmäßig und brach nun zusammen. Ältere JournalistInnen erinnern sich noch gut, wie vor dem Festival die wichtigsten Filmredakteure zusammen eingeladen und von Karl Eduard von Schnitzler persönlich „auf Linie gebracht“ wurden.⁸ Davon ganz abgesehen: Die Medienlandschaft war damals überschaubar gewesen, während sie sich nun in einem totalen Umbruch befand. Anfang der 90er Jahre gab es ständig Abwicklungen und Neugründungen, die Personalkarussells drehten sich, und ein Prinzip oder die Funktionsweise all dessen war für Uneingeweihte kaum durchschaubar. Es ist heute schwer zu glauben, dass ganze fünf Schreibmaschinenseiten mit Adressen die Grundlage der Medienarbeit eines so großen und renommierten Festivals bildeten. Heute beherbergt die Mediendatei des Festivals eine dreistellige Zahl von Eintragungen – dazwischen liegen allerdings auch zehn Jahre und die Arbeit einer Reihe von MitarbeiterInnen.

All diese Punkte mussten für die Festivalcrew völlig neu und ungewohnt erscheinen. Es spricht für sie, dass die Einrichtung an sich über die kritische Zeit gerettet werden konnte. Im Vergleich zu heute war das damalige Festival ja auch noch viel größer und von der Bedeutung her wie aufgeblasen. Im Nachhinein erscheint es, als habe man versucht, ein riesiges Betonelement in einem Trabant zu transportieren. Das heutige Festival ist im Vergleich dazu höchstens noch ein Gasbetonstein – der immerhin mit einem Mercedes-Transporter gefahren wird. Obgleich dieser Transporter nicht der beste ist und oft mit Pannen stehen bleibt – immerhin läuft er! Von der Gegenwart aus gesehen war die Last, die die 91er Crew da in ihrem Trabant davonzuschleppen versuchte, einfach nicht zu bewältigen.

Der Jahrgang 1991 wirkte als nachhaltiger Schock, und erstaunlicherweise erkannte auch die Presse, wo der Hebel angesetzt werden musste: „Wer wollte da Wasser auf die sich vermeintlich drehenden Mühlen der CDU-Fraktion im Stadtparlament gießen?“

Die Filme selbst hatten den besten Beweis für die Notwendigkeit des Festivals geliefert, und immer schwang dabei die Besonderheit seiner Ge-

⁸ s. dazu Hans-Dieter Tok in „Weisse Taube ...“, a.a.O., S. 74-78

schichte mit. Jegliches Resümee vermerkte: Leipzig war etwas besonderes. Das war nun, in der Masse der Filmfestivals, neu zu beweisen. Leipzig musste sich in diese Reihe einordnen und – bei Strafe seines Untergangs – Besonderheit und Tradition wahren.

Gerettet – hoffnungslos – übert Berg

Im Dezember 1991 heißt es schließlich: „Leipziger Festival gerettet“. Das Stadtparlament hat die Überführung der GmbH in städtisches Eigentum beschlossen, nachdem es eine lange Diskussion um das erforderliche Gründungskapital geführt hatte. Es ist Weihnachten, die Zeitungen überschlagen sich vor Freude, und die DOK-MitarbeiterInnen sind im Urlaub. Währenddessen lässt der neugegründete MDR, dem nunmehr die Räume der einst Sachsenradio-Involvierten gehören, die Büros des Festivals ausräumen: Möbel, Computer, sämtliche Technik, Unterlagen – alles wird auf einen Gang im Funkhaus Springerstraße gestellt, ohne dass die DOK-MitarbeiterInnen davon erfahren und einschreiten könnten. Einige Unterlagen, von anderen Materialien ganz abgesehen, verschwinden auf diese Weise für immer.

In Erzählungen der Beteiligten wird die Rückkehr aus dem Weihnachtsurlaub als einer der hoffnungslosesten Momente geschildert, obwohl doch zu diesem Zeitpunkt das Unternehmen gerettet scheint. Es folgen drei Monate Arbeit in finsternen Kellerräumen, danach der Umzug in eine Garage, die vergleichsweise hell, aber klitzeklein und bitterkalt ist. Später werden durch die Stadt Büroräume zur Verfügung gestellt – doch bis das Festival wirklich angekommen ist, bleibt noch ein langer Weg.

Die fast schon konsolidierte Situation führt 1992 dann doch zu einem großen Aufatmen. Das Festival demonstriert Selbstbewusstsein schon im neuen Slogan. Während BILD auf den Straßen titelt: „Lesen was los ist“, hält das Festival dagegen mit: „Sehen was wirklich los ist“. Die Pressestimmen vermitteln ein Gefühl vom Festival im Aufwind; das Flair sei zurückgewonnen, man sei auf der Suche nach Profil. Im Gegensatz zum Überangebot des Vorjahres hat das Festival auf Reduzierung gesetzt, es gibt weniger Filme insgesamt und im Wettbewerb. Die Reduzierung der Festival-Länge von zehn auf fünf Tage allerdings erfolgt unfreiwillig: Die (noch) wenigen Leipziger Hotelbetten sind nicht für länger verfügbar. Daneben vermittelt ein durchaus geschickter Kunstgriff den Eindruck, als sei das Publikum zu seinem Festival zurückgekehrt: Man hat kleinere Ki-

nosäle angemietet – so kommen wieder volle Säle zu Stande, und die Festivalatmosphäre scheint gerettet. Die Presse nimmt's dankbar auf und wöhnt das Festival „übern Berg“.

Intendantin Mückenberger beschreibt die Situation mit: „Wir sind zusammengerückt.“ Zusammenrücken ist das Motto des Festivals, auch in Hinblick auf die deutsch-deutsche Situation. Insgesamt wird das Festival als intimer empfunden, es ist nicht mehr die Riesen-Veranstaltung, und es gibt kaum ausländische Gäste.

Neupositionierung

Von den Filmen bleibt besonders Volker Koepps Langzeitdokumentation über DDR-Textilarbeiterinnen im Gedächtnis. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen aber steht das Thema Gewalt, wobei sich hier wieder zeigt, dass das Leipziger Festival mehr ist als „nur“ ein Filmevent. Im Leipziger Stadtteil Connewitz finden zur selben Zeit Straßenschlachten zwischen Hausbesetzern und Polizei statt. Das Festival positioniert sich wie in seinen besten Tagen und bietet den Besetzern ein Podium – sie nutzen die Möglichkeit, sich an die zum Festival versammelte Presse zu wenden. Erstmals wird das Problem des sich verbreitenden Rechtsradikalismus in Ostdeutschland thematisiert, ein Film von Thomas Heise („Stau“) ruft hitzige Diskussionen hervor. Insgesamt jedoch herrscht ein Gefühl von Sprachlosigkeit gerade gegenüber deutsch-deutschen Themen und der DDR-Vergangenheit, die an Stelle des großen Redebedarfs in der direkten Wendezeit getreten ist. Das Festival scheint institutionell gerettet – nun taucht aber die Frage auf, wo inhaltlich und künstlerisch sein Platz sein kann und ob diese Stadt zu dieser Zeit ein solches Festival tatsächlich braucht. Die Presse gibt schon mal Parolen aus: „Leipzig muß durchhalten, unbedingt!“. Es weht jetzt ein kälterer Wind für die Kultur, was besonders der Dokfilm als eine Art ‚Nischenprogramm‘ zu spüren bekommt.

Die 1992 aufgetauchten Probleme und Fragen beschäftigen das Festival bis heute. Sie sind zunächst einmal – natürlich – finanzieller Art: Kulturfinanzierung ist im allgemeinen ein unsicheres Pflaster und immer wieder parteipolitischer Spielball. Sicher scheint auf diesem Gebiet nichts zu sein, und Kürzungen der öffentlichen Gelder gehören mittlerweile schon fast zum Festivalalltag. Des weiteren schlägt sich die Situation in der Filmförderung – die gerade für Dokumentarfilme immer schwieriger wird – mehr oder weniger direkt auf so ein Festival nieder. Was nicht

produziert wird, kann man auch nicht zeigen, so einfach ist das. In den ersten Nachwende-Jahren schlug diese Situation nicht in dem Maße zu Buche, da Filme noch mit größeren Etats geplant wurden, begonnene Projekte aber laut Einigungsvertrag fortzuführen waren.

Dahinter steckt ein strukturelles Problem: In der Film Landschaft Deutschland hat der „große“, für das Kino produzierte Dokumentarfilm kaum eine Chance, obgleich sich hier in den letzten Jahren schon ein Silberstreifen am Horizont zu zeigen scheint (ein vorsichtiger Boom, der durch Musikfilme wie Wenders' „Buena Vista Social Club“ eingeleitet wurde, sich aber kaum auf „schwierige“ Themen erstreckt). Produktion und Distribution von Dokfilmen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich immer mehr auf das Fernsehen abgeschoben, ohne das im Dokfilmgeschäft heute buchstäblich nichts mehr geht. Damit entstehen für die Filmemacher neue Abhängigkeiten und Zwänge. Es wächst wiederum die Bedeutung von Filmfestivals wie Leipzig, da sie Podium und auch Markt für Filme bieten, die anderweitig kaum noch stattfinden. Obwohl Festivals so immer wichtiger werden, sehen sie sich in steigendem Rechtfertigungsdruck, müssen die Notwendigkeit ihrer Existenz stets aufs Neue nachweisen.

Der schon angesprochene Konkurrenzkampf zwischen den Festivals um Mittel, um Filme – wenn möglich Premieren! –, um Gäste, um Aufmerksamkeit überhaupt erfordert immer größere Anstrengungen und kostet wiederum Geld. In einer völlig überfütterten und unübersichtlichen Presselandschaft wird kaum noch überregional von Festivals berichtet, also werden Journalisten auf Kosten der Festivals eingeladen, ja teilweise ist es heute schon so, dass die Festivals Honorare an Journalisten zahlen – was wieder neue Abhängigkeiten schafft.

Soziales Engagement und ästhetisches Niveau

Entscheidend ist am Ende die inhaltliche Ausrichtung eines Festivals, seine Unverwechselbarkeit und Einmaligkeit – wovon bei der Masse ähnlicher Veranstaltungen eh kaum noch die Rede sein kann. Gerade der Inhalt aber ist in Leipzig immer umstritten. Die Crux des Festivals, dessen offizielles Motto ja immerhin lautet „Filme der Welt für die Würde des Menschen“, besteht darin, sozial engagierte Filme auf ästhetisch hohem Niveau zu zeigen. Beide Kriterien verbinden sich jedoch selten. Und wenn, dann gehen hier natürlich auch die Geschmäcker weit auseinander.

Zwei Seelen wohnen da oft in der Brust der Auswahlkommission, die aus Film-Fachleuten besteht (z.Z. fünf: drei Ost, zwei West) und jährlich aus ca. 2.000 Einreichungen die Festivalbeiträge auswählt. Etwa 20 Dokumentar- und 40 Animationsfilme kommen in den Wettbewerb. Auch hier zeigt sich wieder die große internationale Konkurrenz, da viele FilmemacherInnen mittlerweile ihre Filme nicht zur Verfügung stellen, wenn sie „nur“ im Programm und nicht im Wettbewerb laufen.

Da sind einerseits wichtige Themen, die „nach Leipzig gehören“ – aus der Tradition heraus ebenso wie vom Anspruch her. Da ist andererseits die ästhetische Bewältigung des Themas – bzw. da ist sie oft eben nicht. Dann wird von Fall zu Fall entschieden. Wenn ein Film beispielsweise aus einer Region kommt, aus der abgesehen von schnellen News-Bildern kaum etwas zu uns gelangt, wenn er von dort Geschichten erzählt und in Gesichter blickt, dann wird er vielleicht ins Programm genommen, auch wenn er den Kriterien großer Filmkunst nicht genügt. Die Schere zwischen politischem Anspruch und filmischer Umsetzung wird am meisten diskutiert und dem Festival alljährlich in der Presse angelastet. Es hat gelernt, damit zu leben und sich dem immer neu zu stellen.

Mehrere Probleme entstehen aus diesem Anspruch, der für das Festival aber überlebensnotwendig ist:

- Gezeigt werden kann nur, was produziert wurde. Die Produktionsbedingungen haben sich jedoch in den letzten Jahren völlig verändert, der „große“ Dokfilm wird kaum noch hergestellt. War das Format Video früher ein Sonderfall, für den es kurz nach der Wende sogar eine extra eingerichtete Video-Werkstatt gab, so wurde heute der größte Teil der Einsendungen vom Fernsehen oder mit Fernsehbeteiligung auf Video gedreht. Dieser Trend zeitigt fatale Folgen für die filmische Ästhetik. In viel zu kurzer Zeit, schlampig recherchiert und gedreht, bestehen diese Produktionen vor allem aus „Talking Heads“, es wird kaum mit *Bildern* gearbeitet – das aber zeigt sich auf der großen Leinwand. Das Festival will genau dagegen Qualität setzen und hat doch kaum die Auswahl. Hinzu kommt das Problem der technischen Projektion von Video im Kino, womit sich ein enorm hoher technischer und finanzieller Aufwand verbindet.
- Einen Schwerpunkt legt das Festival auf Filme aus Osteuropa und der Dritten Welt – Regionen, aus denen in den letzten Jahren die Einreichungen kontinuierlich abgenommen haben. Aus Afrika kommt so gut wie gar nichts mehr, aus Lateinamerika wenig – und das bei einem Fe-

stival, das einst Sternstunden mit Chile-Filmen erlebte, das Filmemacher u.a. aus Kuba und Kolumbien begrüßte. In Osteuropa ist die Filmproduktion völlig zusammengebrochen, so werden im Filmstudio Georgien heutzutage Champignons gezüchtet statt Filme gedreht. Davon abgesehen erschweren unübersichtliche politische Strukturen die Verbreitung des wenigen, was vorhanden ist. Schon der Filmtransport über mehrere Ländergrenzen (besonders bei den ehemaligen GUS-Staaten) ist ein logistisches Abenteuer für sich, ganz abgesehen von der Visa-Beschaffung für FilmemacherInnen und den „ganz normalen“ Kommunikationsproblemen. Das Festival will aber dennoch gerade auf Filme aus diesen Regionen nicht verzichten und betreibt dafür einen enormen finanziellen und personellen Aufwand. Eine der wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre war sicherlich die, ihn nicht zu scheuen. Wichtig ist, vor Ort zu recherchieren, durch die betreffenden Länder zu reisen, persönliche Kontakte in Studios und Verbänden zu pflegen und gegebenenfalls auch an der richtigen Stelle Bestechungsgelder einzusetzen.

Geld

Heute verfügt das Festival über einen Etat von 1,3 Millionen DM. Dieser teilt sich wie folgt auf: 400.000 DM kommen vom Land Sachsen, 423.000 DM von der Stadt Leipzig, 100.000 DM spendiert der Bund und 25.000 DM das Auswärtige Amt.

Der Rest muss von Sponsorengeldern aufgefangen werden. Diese aufzubringen ist schwer – schon allein wegen der bewusst kritischen Ausrichtung des Festivals. Oder wie es Festivaldirektor Fred Gehler einmal formulierte: Es ist der Versuch, die Welt zu ändern mit dem Geld von Leuten, für die die Welt in Ordnung ist. Dabei ist man immer abhängig vom Wohlwollen einzelner Personen in Führungsetagen. Jahrelang war beispielsweise Mercedes einer der Hauptsponsoren des Festivals. Wenn dann gerade dort ein Film über Zwangsarbeiterinnen bei Mercedes im Dritten Reich läuft, entsteht eine Situation, die sich ein Sponsor sicher anders vorgestellt hat.⁹ Aus verschiedenen Gründen wechseln fast jährlich

⁹ Dazu C. Mückenberger: „1993 hatten wir den Film ‚Im Schatten eines Sterns‘ über ‚Verwendung‘ von KZ-Häftlingen durch den Mercedes-Benz-Konzern. Als der Vertreter von Mercedes-Benz nach Leipzig kam, um das von seiner Firma gestiftete Stipendium zu überreichen, wollte er ahnungslos den Film über sein Unternehmen sehen. Ich war ziemlich

die Sponsoren – so ist das nächste Festival vorher nie langfristig gesichert. Zwar beträgt der Etat „nur“ 0,5 Millionen weniger als zu Wendezeiten, aber die entstehenden Kosten sind im Gegenzug enorm gestiegen. Allein ein Zehntel davon ist für Kinomiete aufzubringen. Aufzukommen ist auch für Reisekosten, Telefon (eine fünfstellige Summe), Büromiete, Personalkosten, Druckkosten für Katalog, Programmheft und Werbematerialien, Hotelkosten für Gäste, Filmtransport, Versicherungen, Technikmiete, Übersetzungen usw. usf. Beträchtlich sind auch die Werbekosten: 1/8 Seite in einer internationalen Filmzeitschrift kostet um die 1.000 \$ – und das ist schon ein ausgehandelter Sonderpreis. Ein Überspanner über eine Straße in der Leipziger Innenstadt schlägt für eine Woche mit ca. 2.000 DM zu Buche – und einer reicht nicht.

Vier feste MitarbeiterInnen arbeiten heute bei der DOK Filmwoche GmbH, während des Festivals sind es an die 80, davon ca. 25 DolmetscherInnen, die simultan dolmetschen – allerdings nur noch in zwei Sprachen und nicht wie einst in die aller beteiligten Länder.

Preisverleihungen, Marktfunktion und Publikum

Ein wichtiger Aspekt auf einem internationalen Festival sind die Preise. Leipzig vergibt sie alljährlich im Gesamtwert von 63.000 DM, wobei in den letzten Jahren besonders der Animationsfilm eine starke Aufwertung erfahren hat. Jeweils eine Internationale Jury für jedes Genre, bestehend aus FilmemacherInnen, KritikerInnen, Fachleuten, entscheidet über die Vergabe der Haupt-Preise, also hauptsächlich der Goldenen und Silbernen Tauben. Hinzu kommen weitere Fach-Juries wie die des Internationalen Verbandes der Filmkritiker, der Filmklubs oder eine Ökumenische Jury, die entsprechende Sonderpreise vergeben.

Die Preise sind wichtig und doch nicht mehr als ein Effekt unter vielen. Wichtig ist, dass das Festival als Ort der Begegnung funktioniert, dass es verschiedene Seiten zusammenbringt: die FilmemacherInnen mit dem Publikum, mit Verleihern, mit Fernsehanstalten. Mitunter gelingt so eine Vermittlung, werden Filme angekauft oder in den Verleih genommen. Insofern kommt dem Festival eine entscheidende Marktfunktion zu,

beunruhigt, wie sich das auf die Sponsor-Freudigkeit auswirken würde. Es kam ganz anders. Er zeigte sich tief erschrocken über die ihm unbekanntem Tatsachen und wollte dafür sorgen, dass die Akten bei Mercedes geöffnet und Entschädigungszahlungen in Gang gesetzt würden.“ A.a.O., S. 116

auch wenn international auf diesem Sektor das Festival von Amsterdam eher Bedeutung hat als das Leipziger. Für Leipzig liegt gerade in der Vermittlung der verschiedenen Interessen der kulturpolitische Auftrag.

Dabei spielen die Besucher eine entscheidende Rolle. Im Jubiläumsjahr 1997, als das Festival mit bescheidenem Aufwand, aber beispielsweise einer großen Retrospektive seinen 40. Jahrestag beging, waren es 18.000. Diese Zahl ist in den Folgejahren nicht wieder erreicht worden, jedoch spielen dabei auch so profane Fragen eine Rolle wie die, ob in die Festivalwoche ein Feiertag fällt oder nicht. Dass sich die Zuschauerzahl mittlerweile bei stabilen 15.000 eingependelt hat, ist auf alle Fälle als Erfolg zu werten. Zwar lag sie in DDR-Zeiten bei ca. 35.000, jedoch ging damals das Festival doppelt so lange, verfügte über größere Spielstätten und erfüllte davon abgesehen eine gänzlich andere Funktion. Im Katastrophenjahr 1992 waren es ganze 5.000 Besucher gewesen, die den Weg in die Festivalkinos gefunden hatten – insofern ist in der Zwischenzeit ein gutes Stück Arbeit geleistet worden. Eine 1997 durchgeführte Studie der Universität Leipzig¹⁰ bescheinigt dem Leipziger Publikum denn auch eine „bemerkenswerte Verbundenheit mit dem Festival“. Daraus geht ebenfalls hervor, dass es sich um ein junges und hoch gebildetes Publikum handelt: Sein Durchschnittsalter beträgt ca. 30 Jahre, zu 75 Prozent studiert es oder hat studiert. Zwei Drittel der befragten Leipziger gaben an, das Festival zu kennen und schon einmal besucht zu haben – eine Zahl, von der vergleichbare westdeutsche Festivals vermutlich nur träumen können.

Dennoch ist das Festival noch lange nicht über den berühmten Berg. Die angesprochenen Probleme bleiben ihm erhalten und sorgen dafür, dass Routine sich nur in Maßen breit machen kann. In erster Linie geht es dabei um den jährlichen finanziellen Kraftakt. Hinzu kommen Unwägbarkeiten und Bewegungen in der regionalen Kino-Landschaft, was in den letzten Jahren zu einem Hin und Her der Spielstätten führte. In Zeiten der IMAX- und Multiplex-Kinos ist es für ein Festival wie dieses nicht einfach, einen Ort zu finden. Programm kino-Spielstätten, die inhaltlich zur Veranstaltung passen würden, sind meist schlichtweg zu klein und verfügen nicht über die erforderlichen technischen Standards. Diese Situation erforderte eine ständige Neuorientierung und Mietverhandlungen mit allen erdenklichen Partnern. Sie machte langfristige Verträge fast unmög-

¹⁰ Rüdiger Steinmetz/Hans-Jörg Stiehler: Das Leipziger Dokfilm-Festival und sein Publikum. Eine Studie zu Image, Akzeptanz und Resonanz 1993-1996, Leipzig 1997.

lich, führte zu verschiedenen Experimenten und erschwerte eine Publikumsbindung. Mittlerweile hat das Festival nach Jahren des Nomadentums zwei feste Spielstätten in Leipzig gefunden – wie und wie lange diese nun funktionieren, wird die Zukunft zeigen.

Neue Themen

Aktuell bleibt auch das Problem der Filmproduktion, gerade was die Inhalte betrifft. Mehr als zehn Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es wenig Reflexion über deutsch-deutsche Themen, herrscht gerade bei diesen – wenigen – Filmen eine erstaunliche Publikumsmüdigkeit, sofern der Film nicht direkten Bezug auf die eigene Stadt nimmt. Auch die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit oder Stasi-Geschichten interessieren als Thema nicht mehr. 1991 war Sibylle Schönemanns Film über ihre Zeit als politische Gefangene in der DDR noch als Befreiung empfunden und mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen worden, wobei die persönliche Aufarbeitung eines politischen Moments im Vordergrund stand. 1997 lief der Film noch einmal – diesmal jedoch unter dem Gesichtspunkt, dass es sich um einen Tagebuch-Film handelte. Die Reflexion über das psychologische und filmische Moment war es, was nun interessierte. Politisches wurde in der Auseinandersetzung nun ausgeklammert – ein Beispiel, das als symptomatisch gelten kann.

Es gibt ihn kaum noch, den „großen Wurf“, den ganz großen Film zum ganz großen Thema. Und was ist das überhaupt? Ein Perspektivwechsel hat auch hier stattgefunden, die Zeichensprache des Dokfilms hat sich verändert, die individuelle Handschrift der FilmemacherInnen nimmt einen größeren Raum ein. Oft sind es Familiengeschichten, die erzählt werden, das scheinbar Private steht für die großen historischen und politischen Zusammenhänge. Eine Veranstaltungsreihe von sogenannten Tagebuch-Filmen, wie sie 1997 als Reflexion dieses Trends stattfand, wäre heute schon wieder absurd, da der Grossteil der ausgewählten Filme in diese Kategorie eingeordnet werden müsste. Ob es das von den Postmodernisten angekündigte Ende der Metaerzählung ist oder einfach die filmische Umsetzung des 68er Paradigmas, dass das Private politisch ist, sei dahingestellt. Diese Einkehr des Privaten in den Dokumentarfilm wurde befördert vor allem durch die Auseinandersetzung mit AIDS in den 90er Jahren. Tod und Krankheit wurden auf neue Art betrachtet, Sexualität wurde zum Thema, das gesellschaftliche Relevanz erlangte. Auf dem

Leipziger Festival ließ sich dieser Trend seit etwa 1992 beobachten, zeitweise wurde auch ein Preis der AIDS-Hilfe vergeben, was wiederum als Impetus auf das Programm wirkte.

Und noch etwas hielt in verstärktem Masse Einzug in den Dokumentarfilm: das ästhetische Experiment. Befördert wurde dies durch den Einsatz von Videotechnik, wobei Klagen über zuviel oder zuwenig Mut zum Experiment gleichermaßen den Diskurs prägen.

Dennoch zeitigt die politische Weltlage immer noch Auswirkungen auf das Festivalprogramm, schon allein durch die Tatsache, dass ein Grossteil der Filme aus Europa und Nordamerika stammen, während ganze Kontinente filmisch kaum existieren.

Neue Formen

Die Strategie des Überlebens heißt für das Festival unter diesen Bedingungen: sich erneuern und sich trotzdem treu bleiben. Damit verbindet sich die aufwendige Suche nach dem, was kaum noch vorhanden ist: engagierte Filme, Filme aus Osteuropa, aus der Dritten Welt und, wenn möglich, die gezielte Förderung von FilmemacherInnen aus diesen Regionen. Dazu gehört auch der Mut zur gewagten Entscheidung in der Annahme und Ablehnung von Filmen, die Zusammenstellung eines Programms, das Profil erkennen lässt.

Wichtig ist vor allem auch der Faktor Leipzig, die Einbeziehung und Bindung eines Publikums, das dem Festival treu ist, aber sich auch verändert, jünger und anspruchsvoller wird. Früher wurde das Festival von Berlin aus geleitet, heute ist es in jeder Hinsicht ein Leipziger Festival. Publikumsnähe heißt auch, sich in der Präsentation auf die Publikumsstruktur einzustellen. Ohne die Traditionen aus dem Auge zu verlieren, wurden in den letzten Jahren Veranstaltungen eingeführt, die sich mit Event-Charakter dezidiert an ein junges Publikum wenden, besonders die „nacht des jungen films“. Hier wird auch versucht, andere Künste einzubinden und Begegnungen zu ermöglichen. Diskussionen und Workshops haben in den letzten Jahren zunehmend das Programm geprägt, neben den nach wie vor mit großem Aufwand betriebenen Retrospektiven, den Werkschauen einzelner KünstlerInnen oder Präsentationen von Studios. Das Festival wird zum Gesamtkunstwerk, aber der Film bleibt immer die Hauptsache.

Andere Festivals verfolgen diesen Trend ebenso, haben sich aber in der Gewichtung anders entschieden. Eine Techno-Parade wie auf dem Schweriner Filmkunstfest wird man auf dem Leipziger Festival sicher auch in Zukunft eher nicht erleben. Was man aber immer mehr erleben wird, ist die Zusammenarbeit mit anderen Leipziger Kunstfestivals wie der eurosceane, die – wollen sie überleben – ohne einander kaum noch auskommen werden. Ohne eine Öffnung zu neuen Veranstaltungsformen und Zugeständnissen an die Publikumsstruktur hat ein Festival heute keine Überlebenschance. Die Kunst besteht darin, hier die Grenze zur Beliebigkeit nicht zu überschreiten.

Leipzig verfügt zudem über einen Publikumsfaktor, der in den letzten Jahren an Bedeutung zunahm und in Programm und Preisvergabe stark aufgewertet wurde: der Animationsfilm. Die Kombination von Dokumentar- und Animationsfilm ist tatsächlich auch in der internationalen Festivallandschaft einmalig und mutet nur auf den ersten Blick exotisch an. Denn zu oft wird vergessen, dass der Dokumentarfilm genau wie der Animationsfilm eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ist und dass weder der eine noch der andere Realität 1:1 abbildet. Hinzu kommt ein Trend, der sich von Jahr zu Jahr verstärkt und als spezielle Leipziger Veranstaltungsreihe „Animadoc“ schon Traditionsstatus erlangt hat: Filme, die mit Animation und dokumentarischen Sequenzen gleichermaßen arbeiten, wobei die verschiedensten Arten der Kombination beider denkbar sind.

Wichtig ist es gerade im lokalen Rahmen, als Festival in der Stadt immer präsent sein und nicht nur einmal im Jahr. Die monatlichen Veranstaltungen „Dok zwischendurch“, für die wiederum Sponsoren und Partner gesucht und gefunden wurden, etablieren das Festival zunehmend als Heimat des Dokfilms über das ganze Jahr. Und nicht nur das Publikum soll gezielt an das Festival gebunden werden, dies gilt auch für die Medien, verstärkt internationale. Leipzig hat aus der Vergangenheit noch einen Ruf in der „großen“ Filmwelt, dennoch muss gerade jetzt in die internationale Arbeit mehr Zeit – und auch Geld – investiert werden.

Letztendlich muss eine Institution wie dieses Festival sich einmischen in kulturpolitische Prozesse. Dazu gehört die Gremienmitarbeit von FestivalvertreterInnen, dazu gehören auch Wortmeldungen in den alltäglichen kommunalen Auseinandersetzungen. Vor allem heißt es immer wieder, Farbe zu bekennen und die Bodenhaftung nicht zu verlieren.

Strukturwandel und Wandel sozialer Milieus in Ostdeutschland

Michael Hofmann
Leipzig

Eine Bilanzierung der ersten 10 Jahre gesellschaftlicher Transformation in Ostdeutschland zu versuchen, gleicht einem Eiertanz. Einerseits sind die Modernisierungen, Demokratisierungen und Konsumverbesserungen der Gesellschaft unübersehbar, andererseits geriet

ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung in eine Abwärtsspirale und konnte seine strukturellen (Berufs-) Chancen nicht verbessern. Wie dieses zwiespältige Ergebnis zu bewerten sei, darüber streitet sich die politische Öffentlichkeit.¹ Denn die Diskussion ist zugleich mit der (banger) Frage nach dem „Wohin treibt Ostdeutschland?“ verbunden.

Im folgenden soll ein Überblick über die Tendenzen des sozialen Wandels in Ostdeutschlands im Jahrzehnt der Transformation gegeben werden. In einem ersten Schritt werden die strukturellen und sektoralen Veränderungen Ostdeutschlands diskutiert (die Tertiärisierung), um dann in einem zweiten Schritt soziale Entwicklungsszenarien für Ostdeutschland zu zeigen (den Wandel sozialer Milieus). Durch die kurze Beschreibung der Umbrüche in der Stadt Leipzig werden die Aussagen beispielhaft illustriert.

¹ Im Untertitel eines Buches von Thomas Roethe wird von einem „Ende der Schonzeit“ für die Ostdeutschen gesprochen und damit eine notwendige, heftige Diskussion über die Bewertung des Vereinigungsprozesses provoziert. Allerdings legt Roethe keine soziologischen Analysen vor, sondern bebildert auf fast vernüchlich sarkastische Weise politische Ressentiments. Siehe dgl.: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl, Frankfurt 1999.

1. Strukturelle Auf- und Abstiege in Ostdeutschland

Die Frage nach den strukturellen Auf- und Abstiegschancen ist die Frage nach Gewinnern und Verlierern im Transformationsprozeß. Diese Frage ist zunächst einmal klar zu beantworten: die „Wende“ in der DDR bedeutete das Ende der industriellen Epoche für Ostdeutschland. Das, was für jeden Beobachter der DDR augenscheinlich war, die fehlende Konkurrenzfähigkeit der DDR-Industrie auf dem westlichen Weltmarkt, führte zur bruchartigen Demontage: Bis 1994 gingen 2 800 000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Ähnliches galt für die Landwirtschaft, deren sektoraler Anteil am Sozialprodukt von fast zehn auf unter drei Prozent sank. In der Landwirtschaft gingen 660 000 Arbeitsplätze verloren. Diese Strukturbrüche trafen vor allem Beschäftigte mit ausführenden Tätigkeiten sowie mit Hilfstätigkeiten. Die letzte Berufszählung der DDR aus dem Jahre 1981 hatte ergeben, daß 65% aller Beschäftigten der DDR in diesen Tätigkeitsbereichen arbeiten.

Eigene Strukturierung nach den Daten der Volks- und Berufszählung der DDR 1981

Die Deindustrialisierung traf also vor allem die größte Gruppe wirtschaftlich Tätiger der DDR, die Meister und Facharbeiter, aber auch fast alle Hilfstätigkeiten.

Der massive Abbau der Industriebeschäftigten wurde allerdings, und dies ist ein wichtiges Spezifikum für Ostdeutschland, von starken arbeitspolitischen Maßnahmen begleitet. Drei Prozesse federten für große Gruppen ostdeutscher Industriearbeiter die bruchartigen Umstrukturierungen ab:

- Erstens gab es großzügige Vorruhestands- und Rentenregelungen, die die rasche Außerdienststellung der DDR-Aufbaugeneration von Arbeitern erleichterte.
- Zweitens wurden umfangreiche Kurzarbeits- und ABM-Regelungen vor allem für den Kern der traditionellen (männlich dominierten) Industrien, der Bergbau-, Kohle-, Metall-, Maschinenindustrie geschaffen.
- Drittens schließlich kam es, vor allem vor und in der unmittelbaren „Wendezeit“, zu einer starken Abwanderung junger, gut qualifizierter Facharbeiter hin zu den westdeutschen Industriestandorten.

Das Ende der Industrie war also in Ostdeutschland mit sozialen Maßnahmen umfangreich abgefedert. Außerdem gelang es, einige Kernbereiche

industrieller Produktion in Ostdeutschland zu erhalten bzw. neu aufzubauen. Es gibt einige bedeutende industrielle Kerne wie das VW-Werk in Mosel bei Zwickau, wie Carl Zeiss Jena oder Siemens in Dresden. Diese Vorzeigebispiele dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die industrielle Struktur in Ostdeutschland nicht von großen Industrieunternehmen, sondern vor allem von den lokalen, kleinen Gewerbetreibenden in den neu entstandenen, baulich stark subventionierten Gewerbegebieten repräsentiert wird.

Anders in den Dienstleistungen. Aber obwohl der tertiäre Bereich wuchs, gab es auch hier zunächst einmal viele Umschichtungen und Entlassungen. Tendenzielle Verlierer waren hier vor allem die Berufsgruppe der Verkäuferinnen, zum Teil die Angestellten der politischen und gesellschaftlichen Organisationen der DDR sowie wiederum die Hilfstätigkeiten. Allerdings gab es für sie viel weniger arbeitspolitische Stützungen und öffentliche Aufmerksamkeit, denn die Dienstleistungsbereiche galten ja als die strukturellen Gewinner der Transformation. Die enorme Modernisierung des Einzelhandels in Ostdeutschland zum Beispiel führte zu einer Verzehnfachung der Verkaufsflächen bei gleichzeitiger Reduzierung der Beschäftigten auf die Hälfte. Diese Entlassungen blieben weitgehend „unbemerkt“. Den verbliebenen Verkäuferinnen, in der DDR ein Facharbeiterberuf, forderte der Strukturwandel entweder eine weitere wirtschaftliche oder Management-Qualifizierung ab oder degradierte sie zu Pack-, Auffüll- oder Kassierungskräften.

Die große Mehrheit der ausführenden und der Hilfs-Tätigkeiten (die in der DDR immerhin ca. 400 000 Arbeitsplätze stellte) wird für die modernisierte, tertiärisierte Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands offensichtlich nicht gebraucht. Sie stellen auch den Hauptteil der ostdeutschen Arbeitslosen.

Die Verlierer sind also die Arbeiter, aber abgestuft nach Gruppen: Am schlimmsten hat es die Landarbeiter getroffen, die ohne arbeitspolitische Sonder-Interventionen und ohne Chance auf die Schaffung von entsprechenden ländlichen Wirtschaftsstrukturen ihre Arbeit verloren. Hart getroffen wurden auch die Arbeiterinnen der Textil- und der Leichtindustrie. Hier gab es vergleichsweise viel geringere arbeitspolitische Anstrengungen. Außerdem alle un- und angelernten Arbeiter und Hilfskräfte, die als billige Arbeitskräfte entweder von ausländischen (in der Bauwirtschaft) oder von höher qualifizierten Arbeitern ersetzt werden. Diese großen

Gruppen haben strukturell viel häufiger Abstiege erlebt als andere Beschäftigtengruppen.

Durch die gleichzeitige Verbesserung der Konsummöglichkeiten und die ungleich günstigeren Rentenregelungen fallen die persönlichen Bilanzen der strukturellen Verlierer jedoch unterschiedlich aus.

Räumlich konzentrierte sich der Vernachlässigungseffekt in den altindustrialisierten Regionen der DDR, zum Beispiel im Leipziger Südraum. Hier ballte sich die Energie- und Braunkohleindustrie und die Karbochemie (Böhlen, Espenhain; Thierbach) zusammen. Die total verschlissenen Industrieanlagen der Karbochemie wurden in den ersten zwei Jahren der deutschen Vereinigung geschlossen, die meisten Braunkohlewerke und -tagebaue ebenfalls. 1999 gingen dann die beiden Braunkohlekraftwerke Thierbach und Lippendorf vom Netz. Zirka 10 000 Braunkohlearbeiter verloren ihre Arbeit.

Die Anstrengungen für eine industrielle Revitalisierung der Region waren enorm. Einmal konnten Teile des Böhlener Olefinwerkes modernisiert und weitergeführt werden (durch ein französisches Unternehmen). Zum anderen wurde mit einem Milliardenaufwand das modernste Braunkohlekraftwerk Europas in Lippendorf errichtet (von einem angloamerikanischen Konsortium). Auch wurden in den zum großen Teil geschliffenen alten Industrieanlagen (sofern sie nicht als Industriemuseum genutzt werden konnten wie die Braunkohlewerke Neukirchen, Zechau oder Deutzen) neue Gewerbeparks eingerichtet und Unterstützung für Gewerbeansiedlungen gewährt. Durch die besondere Initiative des Leipziger Regierungspräsidenten wurden auch ganz moderne Forschungs- und Kommunikationsinstitutionen wie der "Campus Espenhain" mit einem hoch modernen Teleport errichtet. Es ist aber sehr schwierig, diese moderne Kommunikations- und Forschungsinsel inmitten dieses Umfeldes lebensfähig zu halten.

Die Arbeitsplatzeffekte aller dieser Anstrengungen konnten die Verluste jedoch in keinem Fall wettmachen. Im neuen Braunkohlekraftwerk, obwohl von doppelter Leistungsfähigkeit wie die alten, arbeitet weniger als ein Viertel der alten Belegschaft. Die neuen Gewerbeansiedlungen und vor allem der Campus Espenhain zogen großenteils anders qualifizierte Beschäftigte als die regionalen Arbeitskräfte an.

Das Ergebnis dieses raschen Strukturwandels ist sichtbar. Aus den ausgekohlten und stillgelegten Tagebaulöchern entstehen Bade- und Freizeitseen. Die ehemalige Industrieregion erhält mit zahlreichen Industriemuseen, Museumsbahnen und der "Böhlener Seenplatte" ein völlig verändertes Gesicht. Aber die dort angesiedelten ehemaligen Braunkohlearbeiter haben – strukturell gesehen – wenig Chancen, an diesem Wandel teilzunehmen. Sie haben sich jedoch in den letzten sechzig Jahren dort angesiedelt und sind seßhaft. Die Region bleibt strukturell unterindustrialisiert, mit hoher Arbeitslosigkeit. Ihre Chancen auf neue tertiäre Strukturen der Freizeitkultur hingegen sind eher gut. Aber: wer soll in den zahlreichen Seen baden? Die Umorientierung der

Braunkohlearbeiter zu Bademeistern bedarf wohl mindestens eines Generationswechsels wie ebenso der Imagewandel der Leipziger Südregion von einem verrauchten Industrierevier zu einer Freizeitlandschaft

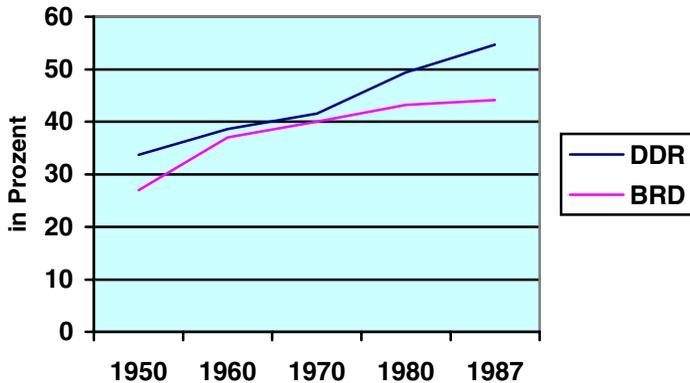
Viel günstiger sah es hingegen für die führend, leitend und verwaltend Tätigen, ein gutes Drittel aller Beschäftigten in der DDR, aus. Die Transformation brachte eine rasche sektorale Verschiebung in Ostdeutschland mit sich: der Dienstleistungssektor (tertiärer Sektor) wuchs und wurde 1990 zum dominierenden Sektor in Ostdeutschland. Die DDR hatte zu keiner Zeit den Tertiärisierungsgrad der Bundesrepublik erreicht.

Nach dem 2. Weltkrieg war die sowjetische Besatzungszone insgesamt der industrielle und tertiär weniger entwickelte Teil Deutschlands. Der Tertiärisierungsgrad der DDR betrug 1950 nur etwa 27% (gegenüber 33,7% in der BRD). Durch die Bildungsreform, den Ausbau staatlicher, kultureller, sozialer und Sicherheitsinstitutionen holte die DDR den Tertiärisierungsrückstand gegenüber der Bundesrepublik in den 1950er Jahren fast auf. 1960 hatte die DDR einen Tertiärisierungsgrad von 37%, nur 1,6% weniger als die Bundesrepublik. Erst nach der Ölkrise ab der Mitte der 1970er Jahren vergrößerte sich der Abstand wieder beträchtlich. Denn durch die Ölkrise wurde in der Bundesrepublik ein industrieller Modernisierungsschub und internationale Vernetzungs- und Globalisierungsbestrebungen ausgelöst, die in besonderem Maße sogenannte moderne Dienstleistungen (Forschung und Entwicklung, Marketing, Finanzdienstleistungen etc.) beförderten.

Abb. 1: Tabelle und Schaubild: Sektorenvergleich West- und Ostdeutschland

Erwerbstätige in tertiären Sektor in Prozent, Vergleich BRD – DDR

	1950	1960	1970	1980	1987
BRD	33,7	38,6	41,5	49,4	54,7
DDR	27,0	37,0	40,0	43,2	44,1



Quelle: Klinger (1990, 57)

Die DDR hingegen konnte die Krise nicht durch eine Modernisierung ihrer energetischen und technischen Basis überwinden. Sie mußte, eingebunden in das sowjetische dominierte Wirtschaftssystem, durch eine extensive Nutzung einheimischer Braunkohle ihre Energiebasis selbständig sichern. Außerdem hemmte die politische Monopolisierung die Entwicklung moderner Dienstleistungen in den Bereichen Finanzen, Marketing und Management. So waren es in den 1970er und 1980er Jahren vor allem der enorme Ausbau der politischen und Sicherheitsbereiche sowie die Erweiterung sozialer und kultureller Strukturen, negativ als Ausprägung des „Wasserkopfes“ bezeichnet, die den abgeflachten Tertiärisierungsverlauf in der DDR trugen. Diese Schwerpunktsetzung der DDR-Dienstleistungen im Kultur-, Sozial- und Sicherheitsbereich hatte sehr viel mit dem politischen Versuch der Stabilisierung des gesellschaftlichen Systems der DDR zu tun. Wirtschaftlich gesehen handelte es sich um einen „hinkenden Tertiärisierungsprozeß“ (Vester).² Die Transformation brachte nun wieder einen Anstieg der Tertiärisierungskurve, ohne das DDR-Muster der Tertiärisierung grundlegend zu verändern: der Schwerpunkt der Dienstleistun-

² siehe Vester/Hofmann/Zierke (Hg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln, S. 23

gen liegt in Ostdeutschland Ende der 1990er Jahre wiederum im kulturellen, sozialen und Verwaltungsbereich. Auch die Ursache dieser Neuauflage der „hinkenden Tertiärisierung“ ist die gleiche: die Notwendigkeit sozialer Stabilisierung der ostdeutschen Gesellschaft. Sogenannte wirtschaftsnahe Leistungen (Forschung, Service, Beratung, Management) konnten wegen der Deindustrialisierung in Ostdeutschland auch kaum entstehen. Im Gegenteil, fast die gesamte Industrieforschung der DDR wurde abgewickelt bzw. wanderte in die westdeutschen Zentralen ab.

Dennoch wurden in den Dienstleistungsbereichen 700 000 Arbeitsplätze gewonnen. Das liegt zum ersten daran, daß ein Beschäftigtenabbau in den sozialen, kulturellen, Bildungs- und Verwaltungsbereichen in großem Umfang nicht zu verzeichnen war. Zwar gab es Umstrukturierungen in der Medizin, der Kultur (die sogenannten freien Träger entstanden), aber die Beschäftigtenzahl reduzierte sich kaum. Zum zweiten gab es Zuwächse, die meisten in den Finanzdienstleistungen, wo verwaltungs- und führungserfahrene Erwerbstätige mittlerer und höherer Bildung gefragt waren.

Auch erlebte Ostdeutschland einen wirtschaftlichen Gründungsboom, bis 1992 hatten sich über eine halbe Million vor allem kleinere Unternehmen neu gegründet. Die soziale Zusammensetzung der Gründer war sehr verschieden, auf jeden Fall aber öffneten sich hier für die Ingenieure und Manager der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft neue Möglichkeiten. Zwar folgte dem Gründungsboom der Gründerkrach 1993/94, in dem vorübergehend höhere Ab- als Anmeldezahlen für Gründer verzeichnet wurden, aber die Wiederbelebung des „alten Mittelstandes“ im Osten Deutschlands gehört dennoch zu den Gewinnergeschichten der Transformation.

Im ostdeutschen Transformationsprozeß öffneten sich also vor allem in den Dienstleistungsbereichen soziale Räume. Dienstleistungsberufe und generell führende, leitende und verwaltende Tätigkeiten hatten strukturell Gewinnerchancen: das betraf Funktionäre und Manager in Industrie und Landwirtschaft ebenso wie Ärzte, Juristen, Lehrer und generell Angestellte der gesellschaftlichen und staatlichen Verwaltungen.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen (in Tausend):

Wirtschaftsbereiche	alte Bundesländer			DDR/ neue Bundesländer		
	1991	1995	Differenz in Prozent	1989	1995	Differenz in Prozent
Primärer Sektor	1045	900	-13,88	924	263	-71,54
Sekundärer Sektor	12065	10502	-12,95	5237	2442	-53,37
Tertiärer Sektor	16574	17842	+7,65	3358	4099	+22,70
Gesamt	29684	29244	-1,48	9519	6804	-28,52

(Berechnet aus Datenreport 7, 83 und Statistischem Jahrbuch DDR 1990, 125)

Abb. 2: Sektorenspezifischer Vergleich alte und neue Bundesländer

Faßt man nun diese beiden widersprüchlichen Tendenzen zusammen, so ergibt sich folgende Bilanz der Tertiärisierung:

Von 1990 bis 1995 erlebte Ostdeutschland eine ungewöhnlich hohe soziale Mobilität. Über fünf Jahre lang lag die jährliche Mobilität oberhalb 50%, d.h. über die Hälfte der Beschäftigten fand sich am Ende des Jahres auf einer veränderten Position gegenüber dem Jahresanfang. Diese Zeit der hohen sozialen Mobilität griff in fast jede ostdeutsche Biographie ein, zumal sie über zwei Jahrzehnte sozialer Immobilität und in den 1980er Jahren auch Erstarrung in der DDR ablöste. Jeder Ostdeutsche hat also seine eigenen, persönlichen Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Strukturbrüchen gemacht.

Dennoch stellt die Transformation keine soziale Revolution dar. Es fand keine größere soziale Durchmischung statt: oben blieb oben, Mitte blieb Mitte und unten blieb unten. Die Transformation wirkte wie ein Lösen der Fesseln, die ostdeutsche Gesellschaft trieb auseinander. Vom Startpunkt der 1980er Jahre in der DDR ausgehend vergrößerten sich lediglich die sozialen Abstände, größere soziale Ungleichheiten entstanden. Untere soziale Lagen gehörten (strukturell gesehen) viel eher zu den Verlierern als obere, Aufstiege sind wiederum vermehrt in den mittleren und

oberen sozialen Lagen anzutreffen. Von denen, die mobil waren (unabhängig davon, ob freiwillig oder gezwungenermaßen), erlebten 77% eine Abwärtsmobilität und 23% eine Aufwärtsmobilität.³

Diese strukturellen Auf- und Abwärtsbewegungen umfassen in ihrer großen Mehrheit nicht dramatische Abstürze vom Professor zum Arbeitslosen oder rasante Aufstiege vom Universitätsangestellten zum Vorstandsvorsitzenden eines Software-Unternehmens.⁴ Die typischen Mobilitätspfade waren Auf- und Abstiege um eine Stufe der sozialen Leiter. Für den Gründungsboom, soweit er auf ostdeutschen Gründern beruht, ist zum Beispiel der Aufstieg leitender Angestellter in die nächste Kategorie, die Selbständigen, typisch (etwa im Fall des *Management buy out*). In den Dienstleistungsbereichen (z.B. bei der Sparkasse Leipzig) gab es zahlreiche Aufstiege von Angestellten von einfachen zu qualifizierten Tätigkeiten. Auch auf den Modernisierunginseln der ostdeutschen Industrie gab es für Facharbeiter Aufstiegsmöglichkeiten zum Vorarbeiter, Polier oder Meister.

Bei den Abstiegen gab es die Abstufung leitender Angestellter in qualifizierte (Stellvertreter-)Tätigkeiten in vielen Bereichen. Vor allem in den Verwaltungen, Hochschuleinrichtungen und staatlichen Dienstleistungen entstand durch die westdeutsche Elitenkonkurrenz oft eine Art Überschichtung ostdeutscher Strukturen, aber auch die Vereinfachung und Verflachung der Hierarchien trug zu diesem Effekt bei. Für (Metall-, Maschinenbau- oder Bergbau-)Facharbeiter war die Umschulung bzw. das Anlernen in einer Bauhilfstätigkeit ein typischer Mobilitätspfad, sehr oft verbunden mit einem Abstieg vom Facharbeiter in die Stellung eines angelehnten Arbeiters.

Neu bei den strukturellen Abstiegen war die Entstehung eines neuen unteren Sozialraumes von risikoreichen, problematischen Positionen.⁵

³ Diese Zahlen stammen aus dem DFG-Projekt „Ostdeutschland: Soziallagen im Umbruch“ von Frank Adler und Albrecht Kretzschmar. Siehe ihr Paper auf der Arbeitstagung der Gruppe Arbeitsmarkt/Sozialstruktur in Bremen am 01.12.1994. Die Zahlen wurden durch die aktuelle Sozialberichterstattung ergänzt. Vergleiche auch Thomas Buhlmann (1996): Sozialstruktureller Wandel. In: Zapf/Habich (Hg.) (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland, Berlin, S. 25-49

⁴ Diese Auf- und Abstiege gab es und sind vor allem in den Zeitungen immer wieder beschrieben worden: siehe etwa in der *Leipziger Volkszeitung* vom 11./12.9.1999 einen Bericht über das erfolgreiche ostdeutsche Softwareunternehmen PC-Ware und seinen Geschäftsführer, einen ehemaligen Mitarbeiter der Universität Leipzig.

⁵ Siehe dazu auch Adler/Kretzschmar a.o.O. S. 7f.

Hier entstanden zum einen massenhaft prekäre Beschäftigungsverhältnisse (mit ca. 60% des Facharbeitereinkommens). Auch der massive Einsatz arbeitspolitischer Maßnahmen (die sogenannten ABM-Stellen) führten nicht zu einer Integration dieser Arbeitskräfte in den ersten Arbeitsmarkt. Zum anderen stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen (länger als 24 Monate arbeitslos). Die dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt ließ eine in Ostdeutschland neue Versorgungsklasse entstehen.

1994/95 ebte die hohe soziale Mobilität in Ostdeutschland ab. Sowohl die Schrumpfung der Industrie auf einige Kernbereiche als auch der Aufbau neuer Dienstleistungen war strukturell abgeschlossen. Die Räume sozialer Möglichkeiten schlossen sich wieder, was die Verteilungskämpfe deutlicher hervorbrechen ließ. Wir können also seit der Mitte der 1990er Jahre von einem neuen *status quo* sprechen, der als Ergebnis der ostdeutschen Transformation entstand.

Vergleichen wir nun dieses Ergebnis mit dem politischen Ziel der Strukturangleichung, so ergibt sich das Bild in Abb. 3. Dort zeigt sich noch einmal das deutliche Defizit im verarbeitenden Gewerbe (außer Bau), ein ungleicher Stand in den Dienstleistungen: hohe Rationalisierungseffekte im ostdeutschen Einzelhandel und im Finanzwesen, nahezu Gleichstand in den entstaatlichten Dienstleistungen und ein deutliches (weiblich dominiertes) Übergewicht in der Verwaltung. Die politischen Angleichungsbemühungen zur „hinkenden Tertiärisierung“ konzentrieren sich in den letzten Jahren vor allem auf die Reduzierung der Verwaltungskräfte (Sparprogramm). Eine Angleichung der industriellen Parameter ist nicht in Sicht, im Gegenteil, hier öffnet sich die Schere zwischen Ost- und Westdeutschland eher, als daß sie sich schließt. Das heißt also, daß der Osten Deutschlands strukturell anders ist und auf längere Zeit auch bleibt. Interpretativ wurden daraus verschiedene, extreme Schlußfolgerungen gezogen: vom Osten als „Mezzogiorno Deutschlands“ und vom „Versuchsfeld Deutschlands“, wo über die Außerkraftsetzung traditioneller marktwirtschaftlicher Regelungen und Tarife neue Dynamiken entfaltet werden sollen, was schließlich alte Überholängste und -hoffnungen neu entfachte.

Abb. 3: Beschäftigtenstruktur: Vergleich Ost und West

Vergleich der Beschäftigtenstruktur der Wirtschaftsbereich zwischen West- und Ostdeutschland 1995
 Basis: Statistisches Jahrbuch der BRD 1996 und eigene Berechnungen

	früheres Bundesg.		neue Länder und Ostberlin	
	insgesamt (1000)	Prozent	insgesamt (1000)	Prozent
Land,-Forstw.,Fischerei	209,3	0,93	183,9	3,33
davon weibl.	60,8	0,63	68,0	2,66
Energie,Wasserv.,Bergb.	389,1	1,72	119,2	2,16
davon weibl.	53,2	0,55	32,7	1,28
Verarb.Gewerbe	7507,6	33,22	1039,1	18,82
davon weibl.	2018,3	20,85	313,3	12,26
Baugewerbe	1592,1	7,05	832,5	15,08
davon weibl.	165,4	1,71	91,4	3,57
Handel	3225,9	14,28	591,2	10,71
davon weibl.	1747,1	18,05	340,5	13,30
Verkehr,Nachr.üb.	1132,1	5,01	378,5	6,86
davon weibl.	333,7	3,45	123,3	4,81
Kreditinst.,Versich.	959,0	4,24	102,7	1,86
davon weibl.	516,2	5,33	74,6	2,91
Dienstleistungen	5565,5	24,62	1400,4	25,37
davon weibl.	3627,0	37,47	910,0	35,54
Org. oh. Erwerbschar.	598,4	2,65	209,3	3,79
davon weibl.	399,3	4,12	139,8	5,46
Gebietskörper./Soz.vers.	1417,8	6,27	662,5	12,00
davon weibl.	759,4	7,84	465,9	18,20
ohne Angabe	0,6	0,00	1,5	0,03
davon weibl.	0,4	0,00	0,8	0,03
insgesamt	22597,3	100	5520,8	100

Realistische Szenarien werden wohl in der Mitte dieser beiden Pole liegen: es wird einfach nicht mehr viel passieren. Die Strukturen der Mitte der 1990er Jahren deuten dauerhaft die Probleme Deutschlands an: soziale Verteilungskämpfe und hinkende Tertiärisierung in Ostdeutschland.

Mit den Entwicklungen der Stadt Leipzig läßt sich der neue status quo verdeutlichen. Die Stadt begann den Strukturwandel mit großen Ambitionen. Bereits 1990 wurden ehrgeizige Vorhaben in Gang gesetzt, um der alten Messestadt wieder einen ersten Rang unter den deutschen Dienstleistungsstandorten zu verschaffen. Ein neues Messegelände wurde gebaut, die Ansiedlung des Quelle-Versandhauses gefördert, der Umbau des Hauptbahnhofes zu einem modernen Einkaufs- und Verkehrszentrums gegen Widerstand durchgesetzt und natürlich der infrastrukturelle Ausbau gefördert (Flughafen, Autobahn- und ICE-Ausbau, neues Güterverkehrszentrum usw.). All diese Anstrengungen wurden von einer aufsehenerregenden Image-Kampagne begleitet: "Leipzig kommt". Das Entwicklungsszenarium dieser Kampagne lautete: Leipzig – die Boomtown des Ostens (Anschluß an internationale Märkte finden, Neoundustrialisierung und hochwertige Tertiärisierung/ Unternehmenssitze). Auch hatte Leipzig den Bonus der "Heldenstadt" der friedlichen Revolution von 1989. All dies ließ Hoffnungen wachsen, daß Leipzig recht bald den Anschluß an die Spitzengruppe der deutschen Dienstleistungsmetropolen finden wird.

Gleichzeitig gelang es der Stadt jedoch nicht, ihre industriellen Kerne zu erhalten. Die Industriebeschäftigten reduzierten sich auf ein Viertel. Wichtige Kernbetriebe des Maschinenbaus wie etwa das Kranbauunternehmen "Kirow" konnten sich trotz Rationalisierung und Entlassung von neun Zehnteln der Beschäftigten noch immer nicht stabilisieren.

Der Neubau des Leipziger Messegeländes brachte keinen Aufschwung des Messegeschehens. Im Gegenteil, mit der neuen Messe wurden die Probleme Leipzigs als Konkurrentin der deutschen Dienstleistungsmetropolen besonders deutlich. 1997 mußte die Stadt über 200 Millionen DM zuschießen, um die Messegesellschaft über Wasser zu halten. Der avisierte Sprung an die Spitze der deutschen Messestädte gelang nicht, im deutschen Ranking belegt Leipzig, die "Mutter aller Messen", Platz 8. Auch an anderen Großprojekten mußten Abstriche gemacht werden.

Andererseits wurde Leipzig auch nie zum Sorgenkind der Transformation. Obwohl die Stadt weniger industrielle Arbeitsplätze als ihre sächsischen Schwestern Dresden und Chemnitz halten konnte, und obwohl ihre Arbeitslosigkeitsraten kaum besser als sächsischer Durchschnitt sind und die neu entstandenen Einkaufszentren auf der grünen Wiese einen "eisernen Ring" um die Stadt legten, durch den die städtische Handelstruktur zu veröden drohte, kann von einem Poortown-Szenarium (Deindustrialisierung und minderwertige Tertiärisierung, massenhafte Entstehung von "bad jobs") keine Rede sein.

Leipzig folgte einem mittleren Tertiärisierungsweg, dem Mall-City-Szenarium. Die starke Deindustrialisierung wurde durch Tertiärisierung in Form mittlerer Dienstleistungen ergänzt (geringer Anteil von produktions-, hoher Anteil von konsumorientierten Dienstleistungen). Die Gewinne der Stadt liegen besonders in der Entwicklung konsumorientierter Infrastrukturen und Dienstleistungen. Es gelang der City, dem "eisernen Ring" der Einkaufszentren, der den Einzelhandel und das städtische Leben von Städten wie Chemnitz, besonders aber von Klein- und Mittelstädten wie Mittweida, Hainichen, Borna oder Oschatz veröden ließ, eine auf die Rekonstruktion alter städtischer Infra-

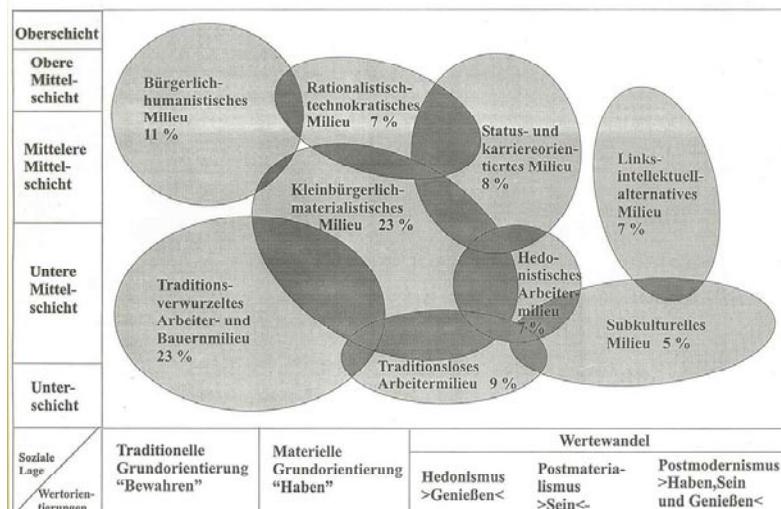
strukturen setzende Modernisierung von Handel und Dienstleistungen entgegenzusetzen. Es ist kein Zufall, das die Stadt Leipzig ein Vorreiter bei der Bekämpfung des Ladenschlußgesetzes und der Einführung des Sonntagseinkauf ist. Die alte Messestadt Leipzig vermochte als "Mall-City" die Möglichkeiten hinkender tertiärer Entwicklung recht gut zu nutzen, besitzt aber auch als angebliche "Boomtown des Ostens" keine Möglichkeiten, in der Konkurrenz der deutschen Dienstleistungsmetropolen entscheidene Durchbrüche zu erzielen.⁶

2. Der Wandel sozialer Milieus in Ostdeutschland

Deutschland ist aufgrund seiner zweistaatlichen Entwicklung auch nach der Vereinigung ein Staat mit zwei Gesellschaften. In Ostdeutschland gibt es eine andere soziale Geschichte und deshalb auch andere soziale Milieus als in Westdeutschland. Ausgehend von ihrer sozialen Stellung und Grundorientierung können wir in Ostdeutschland 1995 neun verschiedene soziale Milieus unterscheiden:

Abb. 4: Soziale Milieus in Ostdeutschland 1995

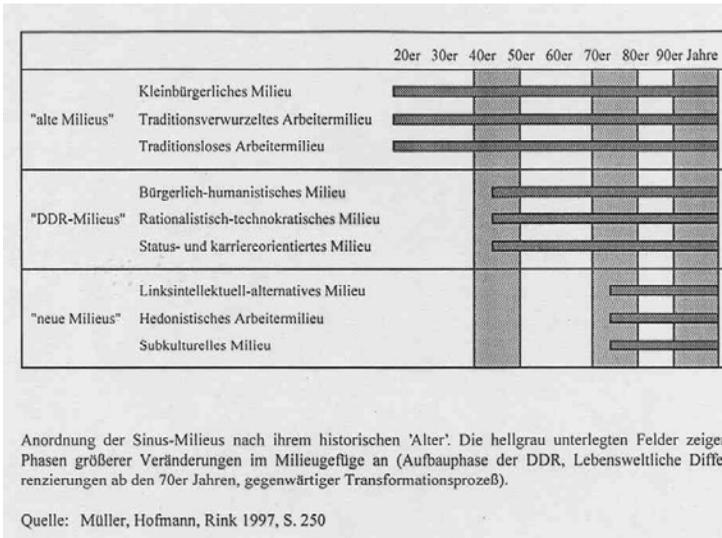
Die sozialen Milieus in Ostdeutschland: Soziale Stellung und Grundorientierung 1995



⁶ Zu den Szenarien der Stadtentwicklung siehe: Dieter Rink: Entwicklungsszenarien für die Stadtregion Leipzig, in: Sigrun Kabisch (Hg.), Handelsstrategien für den Leipziger Raum, Berichte des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle, Heft 2/1994, S. 60-75.

Sozialhistorisch gesehen lassen sich diese Milieus drei verschiedenen "Lebensaltern" zuordnen:

Abb. 5: Diachrone Milieudarstellung



Die zeitlich unterschiedlich geprägten Lebensweisen zeigen die alten, überkommenen Milieus der Unter- und Mittelschichten, die oberen DDR-zeitlich unterschiedlich geprägten Lebensweisen zeigen die alten, überkommenen Milieus der Unter- und Mittelschichten, die oberen DDR-geprägten Milieus des kollektiven Aufstiegs und die neuen, oft hedonistisch orientierten Milieus, die ihre Entstehung den Wertewandelprozessen der 1970er und 1980er Jahre verdanken:

1. Die „alten“ Milieus

Auf alle diese traditionell überkommenen Lebenswelten übte die DDR in den Jahren ihres Neuaufbaus beträchtlichen (politischen) Druck aus. Sozialhistorisch gesehen wurde die alte Arbeiterklasse in der DDR nicht „befreit“, sie paßte sich mit einer nicht zu unterschätzenden Verhandlungsmacht den sozialistischen Verhältnissen an, konnte aber auch ihre traditionellen Lebenswelten bis in die 1980er Jahre hinein verteidigen. Modernisierte, jüngere Fraktionen trennten sich ab Ende der 1970er Jahre als

hedonistisches Arbeitermilieu von den traditionsverwurzelten Lebenswelten dieser Arbeiter ab.

Die traditionslosen Arbeiter, jenes flexible um Respekt und Integration ringende, dem Berufsstolz und engen Familientraditionen aber meist entfernte Milieu, konnte seine Lebenswelt in der DDR ganz besonders stabilisieren.⁷

Dem kleinbürgerlich-materialistischen Milieu wurde in den 1950er Jahren in der DDR versucht, die eigene wirtschaftliche Reproduktionsbasis zu entziehen. Jedoch gelang das nicht vollends. Auch waren die sozialen Ausgrenzungs- und Druckerfahrungen dieser sicherheitsorientierten Lebenswelt stark genug, um sich zu verteidigen. In den 1980er Jahren stabilisiert sich dieses Milieu auch in der DDR.⁸

Diese traditionellen Lebenswelten gerieten nun durch die Transformation am meisten unter Druck. Dabei war es vielleicht sogar günstig, daß in der DDR zum größeren Teil traditionelle Lebensverhältnisse herrschten. Sie verfügen über beträchtliche soziale Ressourcen und Netzwerke, um die strukturellen Abstiege zu verarbeiten. Die traditionellen Milieus werden im weiteren Verlauf der Transformation schrumpfen bzw. sich in ihren Anteilen verschieben. Abgeschnitten von ihrer Reproduktionsbasis, den Großbetrieben, trifft der Schrumpfungsprozeß vor allem das traditionsverwurzelte Arbeitermilieu.⁹ Das traditionslose Arbeitermilieu hingegen wird wachsen und sich stärker auf moderne Jobmentalitäten ausrichten. Die stabilste der deutschen Lebenswelten, das kleinbürgerliche Milieu, wird ebenfalls von Schrumpfungsprozessen betroffen sein, weil jüngere und modernisierte Fraktionen von Aufsteigern sich von ihm abspalten. Aber durch die tendenzielle Revitalisierung des alten Mittelstandes und die starke Basis dieses Milieus in den verwaltenden Dienstleistungsbereichen werden die ostdeutschen kleinbürgerlichen Lebenswelten auch den politischen Bruch der Transformation mit neuem Anpassungsvermögen und reproduktiver Selbstbehauptung dauerhaft überleben.

⁷ siehe dazu: Vester/Hofmann/Zierke (Hg.) (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland, aber auch: Engler (1999): Die Ostdeutschen, Berlin.

⁸ siehe dazu: Müller/Hofmann/Rink: Diachrone Analysen von Lebensweisen in den neuen Bundesländern, in: Hradil/Pankoke (Hg.) (1997) Aufstieg für alle?, S. 252ff.

⁹ siehe dazu: Hofmann/Rink (1993): Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26-27/1993.

2. Die „DDR-Milieus“

Wenn die DDR eine sozialhistorische Leistung vollbracht hat, so war es eben nicht die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern die Erschaffung neuer gesellschaftlicher Eliten. Nach der Entnazifizierung und der Vertreibung des Wirtschaftsbürgertums gab es in der sowjetischen Besatzungszone nur schwach besetzte funktionelle Eliten. In einer der Transformation vergleichbaren Phase sozialer Mobilität, in einem politisch gesteuerten „Aufstiegssog“ rekrutierte die DDR Ende der 1940er und in den 1950er Jahren sämtliche Funktionseliten neu. Jene Vertreter der DDR-Aufbau- und Aufstiegs generationen besetzten in diesen Jahren alle leitenden und mittleren Funktionen in Staat und Gesellschaft. Sie wurden die staatstragende Generation der DDR. Sie sorgten dann in den 1960er und 1970er Jahren auch dafür, daß ihren Kindern gleiche Aufstiegs- und Bildungschancen zukamen. Die Selbstrekrutierung der Bildungseliten war in der DDR in den 1980er Jahren viel höher als in der Bundesrepublik: auch ein Grund der sozialen Erstarrung.¹⁰

Es gab im wesentlichen drei verschiedene Muster des Aufstiegs, der die Lebenswelten entscheidend prägte: den effizienz- und technikorientierte Typus des sozialistischen Managers in den Wirtschaftsleitungen, Verwaltungen und in der Armee (die Lebenswelt des rationalistisch-technokratischen Milieus), den anpassungs- und karriereorientierten Typus der Staatsbürokratie, der Funktionäre von Parteien und Massenorganisationen, der Sicherheitsorgane, des Leistungssports usw. (die Lebenswelt des status- und karriereorientierten Milieus) und den aufklärungs- und bildungsorientierten Typus im Bildungswesen, der Ärzteschaft, im Kultur- und Sozialbereich (die Lebenswelt des bürgerlich-humanistischen Milieus).

Entgegen vielen politischen Erwartungen bestanden gerade diese DDR-Milieus im Transformationsprozeß ihre erste historische Bewährungsprobe erstaunlich gut.

Die Vertreter des rationalistisch-technokratischen Milieus waren in der Abwicklung der veralteten DDR-Industrien und der wirtschaftsorganisatorischen Umstrukturierung wichtige Akteure. Außerdem paßte die DDR-sozialisierte Form der Technokratie (ungebrochener Modernisierungsglaube) gut zum Aufbauprogramm für Verwaltung und Wirtschaft.

¹⁰ siehe dazu: Geißler (1983): Bildungschancen und Statusvererbung in der DDR, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 35(1983).

Ein Teil der (in Ostdeutschland im Durchschnitt über vierzigjährigen) Existenzgründer kam aus diesem Milieu. Hier hingen Abstiege vor allem mit politischer Ausgrenzung (etwa Stasi-Mitarbeit) oder mit dem Alter (Vorruhestand) zusammen. Ansonsten gab es in diesem Milieu viele Aufstiege.

Im aufstiegs- und karriereorientierten Milieu wurden viele Menschen in der Anfangsphase der Transformation als „Wendehälse“ abgestempelt, weil sie aus politischen Funktionen massenhaft in Versicherungsvertreter-Jobs abwanderten. Noch in der DDR saßen sie in den wenigen Schleusen, die diese erstarrte Gesellschaft für einen schnellen Aufstieg bereitstellte: im Hochschulwesen, Bereich Marxismus-Leninismus, in politischen Ämtern und Funktionen, in der Armee und bei der Staatssicherheit, im Leistungssport oder in einigen ingenieurtechnischen Bereichen. Aus diesem Grund gehörten sie zu den ersten, die freigesetzt den neu entstehenden Arbeitsmarkt erobern konnten. Und trotz aller politischen und moralischen Diskussionen besaßen sie auch die entsprechenden Voraussetzungen und Qualifikationen für den Aufbau neuer Dienstleistungsbereiche wie das Finanzwesen, die Versicherungsbranche und natürlich die neuen Sicherungsaufgaben bei den Wach- und Schließgesellschaften. Die „good jobs“ im auf- und ausgebauten Dienstleistungsbereich gingen nicht selten an die Vertreter dieses DDR-Milieus.

Im bürgerlich-humanistischen Milieu gab es die wohl größten Anpassungsschwierigkeiten und -konflikte. Das lag zum Teil daran, dass dieses Milieu seinen Bildungsaufstieg und seine gesellschaftliche Selbstverortung eng an das Ethos einer sozialistischen Gesellschaftsutopie bzw. an ein Aufklärungsethos gebunden sah. Einerseits verhalf nun die Transformation den bildungsorientierten Vertretern klassischer Bereiche der Medizin, Kultur oder des Bildungswesens zur besseren Etablierung. Die deutliche Lohnspreizung gegenüber Arbeitern erlaubte den Vertretern dieses spezifisch ostdeutschen Bildungsmilieus eine Ausdifferenzierung und Segregierung ihrer Lebensformen, wenn man so will: einen neuen Verbürgerlichungsschub. Andererseits gab es im Hochschul- und Rechtsbereich eine starke Elitenkonkurrenz aus Westdeutschland. Hinzu kam die Delegitimierung der sozialistischen und zum Teil auch der aufklärerischen Gesellschaftsideen.

Im bürgerlich-humanistischen Milieu Ostdeutschlands bildeten sich deshalb zwei Pole heraus: die in der Elitenkonkurrenz meist unterlegenen, beruflich nicht fest integrierten Intellektuellen, die an ihrem aufkläreri-

schen und sozialistischen Ethos als Integrationsideologie festhalten. Nach einer Untersuchung des Sinus-Institutes aus dem Jahre 1998 bildet diese Fraktion sogar den Kern eines eigenen Milieus: „dem postsozialistischen Vorruhestandsmilieu“. Die Partei des demokratischen Sozialismus ist für viele Vertreter dieser sozialistischen Bildungsaufsteiger zu einer "Milieupartei" geworden.

Im anderen, etablierteren Pol des Milieus stabilisierten sich die Lebenswelten. Die schon in der DDR in den 1980er Jahren spürbar gewordene "Verbürgerlichung" (äußerlich sichtbar am Umzug aus den Plattenbauten in die alten Bürgerwohnungen, an der Verstärkung "bürgerlicher" Geselligkeitsgewohnheiten, Salons, Restaurants und Kleidungsformen, Jacketts sowie an der deutlichen Distinktion zur "Arbeiterklasse", Anredeformen, Entmischung der Freundeskreise) setzt sich verstärkt fort. Die etablierten Vertreter des sozialistischen Bildungsaufstiegs gewinnen mit neuer Verhaltenssicherheit und Deutungsmacht Züge einer ostdeutschen gesellschaftlichen Elite und eines Establishments, obwohl auch sie aufgrund ihrer Sozialerfahrungen oft Distanz zu den spezifischen Demokratie- und Freiheitserfahrungen des Westens halten. Noch, so scheint es, halten allerdings die Netzwerke und Gesellungsformen, die die Etablierten mit den nicht Etablierten verbindet. Nach unseren Erfahrungen sind die Kräfte der Milieuintegration vor allem über die sozialistisch-aufklärerische Integrationsideologie stark. Auch verbindet der Ost-West-Konflikt immer wieder beide Fraktionen. Der Spagat wird allerdings größer, so daß die vom Sinus-Institut bereits avisierte Abtrennung eines eigenen, weniger integrierten "post-sozialistischen Vorruhestandsmilieus" vorstellbar erscheint. Das hängt auch davon ab, wie weit der sozialistische und aufklärerisch-kritische Ethos zumindest im ostdeutschen Sozialraum an Deutungsmacht behält.

3. Die neuen Milieus

Mit dem Wertewandel der 1970er Jahre, der Kulturalisierung der Lebensstile und vor dem Hintergrund der „Nischengesellschaft“ DDR (Gauss) bildeten sich neue Szenen und Milieus heraus, die wegen ihrer subkulturellen, autonomen und auch oppositionellen Intentionen nicht mehr staatstragende DDR-Sozialwelten darstellten. Zuerst sind hier die hedonistischen Arbeiter zu nennen, modernisierte, freizeit- und konsumorientierte jüngere Arbeiter, die ironischerweise oft die Ziehkinder der Honeckerschen Sozialpolitik und der Förderung junger Arbeiterfamilien waren.

Diese neuen Arbeiter, meist beschäftigt auf den Modernisierungsinselfen der DDR-Industrie, hatten von ihren traditionellen Eltern durchaus das Arbeitsethos und die Arbeitsdisziplin übernommen, orientierten sich in ihren Lebensstilen aber zunehmend an den Konsum- und Freizeitkulturen der westlichen Welt. Für sie bot die DDR kaum Entfaltungsmöglichkeiten. Die Vertreter dieses Milieus stellten deshalb den Kern der Antragsteller auf Ausreise aus der DDR: es waren dies vorwiegend männliche, jüngere (im Schnitt 27 Jahre), gut ausgebildete Facharbeiter. Dieses Milieu ist in der Wendezeit stark dezimiert worden, konnte sich aber durch die Rettung und Modernisierung industrieller Kerne in Ostdeutschland rasch stabilisieren.

Zu den neuen Milieus zählt auch das linksintellektuell-alternative Milieu. Die Integrationsideologie dieses Milieus bezieht sich, ethisch hoch besetzt, auf alternative Gesellschaftsvorstellungen und Lebensweisen. Diese alternativen Ideologien und Lebenswelten waren in den 1970er und 1980er Jahren einerseits stark von den westlichen Friedens-, Reform- und Ökologiebewegungen bzw. von den Reformkonzepten des Prager Frühlings¹¹ beeinflusst, andererseits gerieten sie mit den politischen Verhältnissen in der DDR immer stärker in Konflikt. Gerade weil in diesem linksintellektuellen Milieu vor allem sozialistische Reformhoffnungen kursierten, wurde es zu einem alternativen Milieu.¹²

Das linksintellektuell-alternative Milieu war die Lebenswelt vieler Vertreter der Bürgerbewegungen der DDR. In der Wendezeit bekamen sie kurzfristig großen Einfluß und Deutungsmacht, ließen sich aber nicht ohne weiteres in die neuen staatlichen und politischen Strukturen einpassen. So gibt es auch in diesem Milieu starke Differenzierungen und Polarisierungen zwischen den Etablierten, die langsam aus dem Milieu herauswachsen (in eher technokratische oder bürgerlich-humanistische Lebenswelten hinein) und den an ihren alternativen Lebensstilen Festhaltenden. Ähnlich wie in Westdeutschland in den 1980er Jahren wird dieses alternative Milieu in Ostdeutschland wohl weiter schrumpfen.

Am schwierigsten ist die Geschichte des subkulturellen Jugendmilieus zu erzählen. Diese jugendlichen (Musik-)Szenen, die sich in den 1980er

¹¹ siehe dazu: Radovan Richta (1970): Zivilisation am Scheideweg, München

¹² Paradigmatisch dafür steht das Buch von Rudolf Bahro: Die Alternative, Berlin 1990, das bereits in den 1970er Jahren in intellektuellen Kreisen als Manuskript kursierte und einen Beginn alternativer, linksintellektueller Szenen markiert.

Jahren in der DDR zu eigenen, autonomen Lebenswelten verdichteten, bekamen in der Transformation zu einer freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft große Entfaltungsräume. Versucht man ihre rasche Differenzierung in den 1990er Jahren nachzuzeichnen, stößt man an die Grenzen einer Milieustrukturierung Ostdeutschlands. Es läßt sich nicht entscheiden, ob es diesen jugendlichen Szenen gelingt, eine eigene, autonome Lebenswelt zu stabilisieren und auch im ökonomischen Sinne eigene (tertiäre) kulturelle Strukturen zu entfalten, oder ob diese Milieukonstruktion vielmehr ein Passagemilieu beschreibt, das von Jugendlichen zeitweilig genutzt und durchschritten wird. Diese Frage ist vor allem bei den rechten, gewaltbereiten Szenen bedeutsam, weil sie darüber entscheidet, ob sich in Ostdeutschland diese rechtsextremen, gewaltbereiten Muster dauerhaft als Teil der politischen Kultur etablieren können. Zahlreiche rechtsextreme Saubermänner aus allen Teilen Deutschlands versuchen genau dieses zu erreichen.

Insgesamt sind diese neuen Milieus der westdeutschen Sozialerfahrung sehr ähnlich und entwickelten sich auch mit ähnlichen Integrationsideologien. Obwohl die Abgrenzung von benachbarten Szenen besonders scharf akzentuiert wird, ist die deutsche Einheit in diesen Lebenswelten viel weniger als Problem thematisiert. Es ist zu vermuten, dass in diesen sich an internationalen kulturellen Trends orientierenden Szenen wohl am ehesten zusammenwachsen wird, was zusammen gehört. Dies ist dann aber kaum mehr ein Problem des Transformationsprozesses.

3. Ausblick

Nachdem in der Mitte der 1990er Jahre der institutionelle Strukturwandel weitgehend abgeschlossen wurde und die ostdeutsche Gesellschaft eine strukturelle Stabilität aufweist, sind die sozialen Veränderungen wieder viel stärker mit kulturellen Mustern erklärbar. Ab Mitte der 1990er Jahre können wir streng genommen nicht mehr von Transformation reden. Wir haben es in Ostdeutschland wieder mit einem „ganz normalen“ sozialen Wandel zu tun. Die soziale Mobilität reduzierte sich auf ein normales Maß, die Gesellschaft ist „zur Ruhe“ gekommen. Die Transformation ist abgeschlossen. Ihr Ergebnis ist eine soziale Gliederung Ostdeutschlands, die zahlenmäßig starke Ober- und Unterschichtmilieus, aber eher schwache Mittelschichtmilieus aufweist. Von dieser Gesellschaft am Anfang des neuen Jahrtausends „einen großen Sprung“ zu erwarten, eine Aufholjagd

oder auch nur eine rasche Angleichung, wäre wenig sinnvoll. Es wird einfach alles so bleiben, wie es ist. Für Deutschland wird die Tatsache, das es nunmehr ein Staat mit zwei Gesellschaften ist, aber wohl eher ein Motor als ein Bremsklotz sein.

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation – Realität und Spekulation

Empirische Ergebnisse einer wendeüberschreitenden
Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen

Peter Förster
Leipzig

1. Die Frage nach Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation auf das heutige Denken und Verhalten der inzwischen – mehr oder weniger – in der Bundesrepublik angekommenen DDR-Bürger gehört zweifellos zu den interessantesten und zugleich brisante-

sten Problemstellungen der Transformationsforschung. Nicht zufällig gehen bei ihrer Beantwortung die Ansichten sehr weit auseinander, sind empirische Fakten äußerst rar, Vermutungen und reine Spekulationen dagegen weit verbreitet. So ist es vor allem im Zusammenhang mit der Suche nach den Ursachen rechtsextremen Denkens und Verhaltens junger Ostdeutscher in Mode gekommen, diese Erscheinungen a priori als „hausgemacht“, zum „Erbe“ der DDR, der in ihr erfahrenen Sozialisation zu erklären – und damit in der Regel die „Analyse“ abzubrechen. Nur selten macht man sich die Mühe, auch die gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen danach zu befragen, ob und inwieweit sie zur Aufklärung dieser äußerst komplexen Erscheinung heranzuziehen sind. Mitunter ist das aus vordergründigen ideologischen Motiven wohl auch gar nicht beabsichtigt.

Bei den folgenden Ausführungen stützen wir uns auf Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“. Sie gehört zwar nicht zu den großen, deutschlandweiten Jugendstudien wie z.B. die jüngste Shellstudie „Jugend 2000“, sagt aber dennoch viel über Jugendentwicklung in Deutschland Ost im Allgemeinen und zur Thematik Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation im Besonderen aus, und zwar infolge zweier Besonderheiten ihrer Anlage:

Die erste Besonderheit: Es handelt sich um eine *Längsschnittstudie*. Die Teilnehmer wurden zu den interessierenden Themen nicht nur einmal befragt, sondern mehrmals. Auf diese Weise konnten bei den einbezogenen Jugendlichen über Momentaufnahmen hinaus bemerkenswerte *Veränderungsprozesse ihrer Mentalität und Lebenslagen* über einen längeren Zeitraum hinweg dokumentiert werden. Schon das hat heute (leider) Seltenheitswert.

Die zweite Besonderheit macht zugleich die Einzigartigkeit der Untersuchung aus: *Die ersten Befragungen wurden bereits vor der Wende, in den Jahren 1987 bis 1989 durchgeführt*. Im Frühjahr 1989 waren die beteiligten Jugendlichen 16/17 Jahre alt, standen kurz vor dem Verlassen der 10. Klasse. Nach der Wende, ab 1990 konnten die Befragungen dann mit einem hinreichend großen Teil der Jugendlichen fortgesetzt werden, vorläufig bis Sommer 2000 in bisher 11 Untersuchungswellen. Insgesamt fanden *seit 1987 14 Untersuchungswellen* statt. Damit ist diese Untersuchung die einzige in Ostdeutschland, die *personenbezogen* auf Daten zu politischen Orientierungen vor dem Systemwechsel zurückgreifen und somit die Auswirkungen des „Sozialen Experiments“ deutsche Einheit auf den politischen Mentalitätswandel dieser Jugendlichen untersuchen kann.

Diese Besonderheiten prädestinieren unsere Studie auch für eine empirisch fundierte Analyse von tatsächlichen Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. Längsschnittstudien sind bekanntlich nicht nur geeignet, Entwicklungs-/Veränderungsprozesse abzubilden, sondern auch mit hinreichender Exaktheit festzustellen, auf welche Einflussfaktoren bestimmte Entwicklungen/Veränderungen ursächlich zurückzuführen sind – natürlich nur insoweit, als diese in der Studie erfasst wurden. So kann z.B. genau geprüft werden, ob der Schluss von der abhängigen Variable A („Wirkung“, z.B. Ausländerfeindlichkeit) auf die unabhängige Variable B („Ursache“, z. B. frühere System- oder Kollektivbindung) zulässig ist.

Die folgende Übersicht informiert zunächst über einige Merkmale der Studie und der Population, die für das Verständnis der darzustellenden Ergebnisse wesentlich sind:

- Start 1987 bei rund 1200 14jährigen Schülern der 8. Klasse der POS: In die Untersuchung waren Schülerinnen und Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ für die jeweilige Klassenstufe. Die Schüler gehörten den Geburtsjahrgän-

gen 1972/73 an. Sie hatten als letzter Jahrgang die zehnklassige polytechnische Oberschule voll durchlaufen. Im Frühjahr 1989 erklärten sich 585 Panelmitglieder bereit, an weiteren Untersuchungen nach der Schulzeit teilzunehmen.

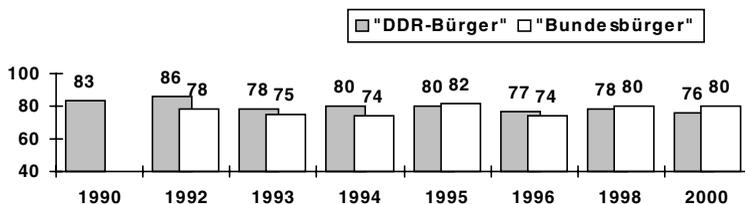
- Damalige hauptsächliche Untersuchungsgegenstände: Langfristige Analyse des Prozesses der Entwicklung politischer Grundüberzeugungen, insbesondere der Bindung an die DDR und an das sozialistische Gesellschaftssystem. Weitere Schwerpunkte: Einstellung zum Kollektiv, gesellschaftliche Aktivität, Lerneinstellung, Zukunftszuversicht, Lebensziele, Rezeption westlicher Sender.
- Fortsetzung nach der Wende (ab Frühjahr 1990): In der Wendezeit verringerte sich die Population durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) auf ca. 485 Teilnehmer. Von ihnen beteiligte sich (nunmehr postalisch) ein großer Teil an bisher 11 Wellen nach der Wende mit steigender Tendenz. Die jüngste, 14. Welle fand zwischen Mitte Juni und Ende August 2000 statt; 398 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück (höchste Beteiligung seit der Wende), das sind 82% der potenziellen Teilnehmer.
- Forschungsgegenstände nach der Wende: Wissenschaftliche Begleitung des Weges dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der BRD, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger; Analyse von Nachwirkungen früherer Systembindungen und früherer Westsenderrezeption auf heutige politische Einstellungen.
- Angaben zur Population der 14. Welle im Sommer 2000: Durchschnittsalter: 27,2 Jahre; die meisten TeilnehmerInnen (67%) sind erwerbstätig, 6% studieren noch; 89% haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen; 28% sind verheiratet.

Die in diesem Beitrag getroffenen Aussagen gelten für die Altersgruppe der gegenwärtig (2001) etwa 28-Jährigen; wir vermuten aber ähnliche Ergebnisse zumindest bei den unmittelbar benachbarten Jahrgängen. Repräsentativität für junge Ostdeutsche wird ausdrücklich nicht unterstellt.

2. Der bisherige Stand der Auswertung lässt die empirisch gesicherte Aussage zu, dass bei der untersuchten Altersgruppe tatsächlich Langzeitwirkungen der in der DDR erfahrenen Sozialisation auf die heutigen politischen Einstellungen zu beobachten sind, und zwar in einem teilweise überraschend starkem Maße. Als einen Beleg dafür führen wir exempla-

risch den Trend der Identifikation mit der untergegangenen DDR bzw. mit der Bundesrepublik an (Abb. 1).

Abb. 1: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2000



Die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst. Fragetext: Inwieweit fühlen Sie sich a) als Bürger der ehemaligen DDR, b) als Bundesbürger? – 1 ja, vollkommen; 2 ja, etwas schon; 3 nein, eigentlich nicht; 4 nein, absolut nicht.

In diese und weitere Trendanalysen wurden nur jene Panelmitglieder einbezogen, die an der letzten, 14. Welle im Jahr 2000 teilgenommen haben. Damit ist sichergestellt, dass es sich dabei (auch bei unterschiedlicher Größe der Populationen) um vergleichbare Daten identischer Personen handelt.

Ablesbar ist, dass sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger selbst bei den verhältnismäßig jungen Panelmitgliedern als ein sehr langwieriger Prozess erweist. Im Jahr 2000 fühlen sich reichlich drei Viertel der Panelmitglieder als Bürger der Bundesrepublik (80%), zugleich fühlen sich jedoch knapp ebenso viele noch als Bürger der DDR (76%). Die beiden Prozentverteilungen unterscheiden sich statistisch nicht.

Die staatsbürgerliche Identifikation der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2000 nicht gravierend verstärkt. Und: Die Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR ist im Untersuchungszeitraum 1990 bis 2000 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Zusammenbruch nur leicht rückläufig.

Die Kopplung des Zugehörigkeitsgefühls als Bundesbürger einerseits und als DDR-Bürger andererseits zeigt – leicht vereinfacht (die vier Antwortpositionen wurden dichotomisiert) – 2000 diese Relationen:

- 17% fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger;
- 63% fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben;
- 13% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als Bürger der DDR;
- 7% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

Diese Teilgruppen unterscheiden sich in allen relevanten politischen Einstellungen deutlich; wir können hier nicht näher darauf eingehen. Die Relationen zwischen ihnen haben sich seit 1992 nur leicht verändert. *Für die meisten Panelmitglieder ist nach wie vor charakteristisch, dass sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben.* Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher meist angenommen wurde. Absehbar ist, dass die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik bei ihnen noch längere Zeit dauern wird.

3. Die bisherige Analyse der Langzeitwirkungen lässt Einflüsse auf zwei (zusammenhängenden) Ebenen erkennen: Auf der Ebene der Alltagserfahrungen der Panelmitglieder in der DDR (z.B. ihre Erfahrungen hinsichtlich der sozialen Sicherheit, der Beziehungen zwischen den Menschen, der Kinderbetreuung usw.) sowie auf jener der damals erfahrenen politischen Sozialisation. Diese (vorläufige) Klassifizierung ergibt sich aus den Untersuchungsgegenständen und gilt deshalb nur für die hier erwähnte Untersuchung.

Im Rahmen dieses Beitrages konzentrieren wir uns auf die erkennbaren Langzeitwirkungen der vor der Wende erfahrenen politischen Sozialisation. Belege für die Existenz von relevanten und nachweisbaren Langzeitwirkungen erfahrener politischer Sozialisation bietet unsere Untersuchung in mehrfacher Hinsicht. *So ist erkennbar, dass bei den Teilnehmern offensichtlich ein Prozess der Aufwertung früherer politischer Kenntnisse eingesetzt hat, insbesondere von Kenntnissen über das kapitalistische Gesellschaftssystem.* So stimmen im Jahr 2000 immerhin 73%

aller Teilnehmer mehr oder weniger stark der Aussage zu: „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Nur 8% widersprechen der Aussage, 19% äußern sich ambivalent. Schon in den vorangegangenen Jahren wurde dieser Satz häufig so oder ähnlich formuliert von den Panelmitgliedern spontan in ihren zusätzlichen Angaben über ihre Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem notiert.

Eine Aufwertung früher vermittelter politischer Informationen zeigt sich 2000 über diese generalisierende Wertung hinaus auch bei wesentlichen konkreten Lerninhalten des damaligen Unterrichts im Fach Staatsbürgerkunde (Klassen 7 bis 10) :

- Für 76% der Panelmitglieder stimmt 2000 die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken seien;
- 50% meinen, dass es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf geben würde;
- für 49% trifft heute die damalige Kennzeichnung der BRD als Gesellschaft zu, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten würden (1996: 48%, 1998: 50%);
- 41% akzeptieren heute die damals verbreitete These, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem nicht in der Lage sei, die dringenden Menschheitsprobleme zu lösen.

Bei aller Differenziertheit geht aus diesen Angaben hervor, dass die damalige politische Wissensvermittlung durchaus nicht wirkungslos war, obwohl seitdem mehr als ein Jahrzehnt vergangen ist. Wie Korrelationsanalysen belegen, steht diese Aufwertung in einem engen Zusammenhang mit den aktuellen persönlichen Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem. Besonderes Gewicht hat dabei die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit, die inzwischen 58% der TeilnehmerInnen ein- oder mehrmals machen mussten und die in ihren politischen, materiellen und psychischen Auswirkungen wie ein Riss durch die gesamte Population geht. Weitere wesentliche Einflussfaktoren sind die stark verbreiteten Bedrohungsängste wie insbesondere die existenzielle Angst vor eigener Arbeitslosigkeit, vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage, vor zunehmendem Leistungsdruck u.a.

Andererseits hemmt die erwähnte Aufwertung signifikant die Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem: Während von den Panelmitgliedern, die die heutige Existenz von Ausbeutung bejahen, nur 26% mit

der heutigen Wirtschaftsordnung sehr zufrieden oder zufrieden sind, gilt das für 58% derer, die dies verneinen. Und: Von den Panelmitgliedern, die meinen, dass die damalige Charakterisierung der BRD als Ausbeutergesellschaft auch heute zutrifft, fühlen sich nur 26% einschränkungslos als Bundesbürger; von jenen dagegen, die das zurückweisen, immerhin 52%. Auch wenn wir es bei diesen u.a. Zusammenhängen zweifellos mit Wechselbeziehungen zu tun haben, zeichnet sich doch deutlich eine bemerkenswerte Langzeitwirkung damals vermittelter und mehr oder weniger stark verinnerlichter politischer Kenntnisse über die kapitalistische Gesellschaft ab, die sich angesichts der wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland möglicherweise fortsetzen wird.

4. Die Anlage der Untersuchung macht es darüber hinaus auch möglich, dem Einfluss früherer politischer Bindungen an das sozialistische System und dessen Werte auf die heutigen politischen Einstellungen nachzugehen. Wie die Analysen in dieser Studie vor der Wende zeigen, sind diese Bindungen zwar in der Endzeit der DDR stark zurückgegangen, ein „Nullpunkt“ war jedoch auch im Frühjahr 1989 nicht erreicht.

Unsere Studie belegt, dass solche früheren Bindungen in der jüngsten Zeit wieder aufleben, reaktiviert werden. *Untersuchungsteilnehmer, die vor der Wende stark systemverbunden waren, urteilen jetzt fast durchweg signifikant kritischer über die gegenwärtige Gesellschaft als jene, bei denen das weniger oder nicht zutraf.* Anzunehmen ist, dass sie ihre ursprünglichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen in der allgemeinen Euphorie der Nachwendezeit zunächst verdrängt, „vergessen“ hatten. Sie wurden bzw. werden ihnen im Kontext neuer, häufig ambivalenter oder negativer eigener Erfahrungen, aber auch einer kritischen Stimmung in Ostdeutschland zum realen Verlauf des Vereinigungsprozesses wieder bewusst. Vermutlich hat auch ein gestiegenes Selbstbewusstsein dazu beigetragen. So ist es kein Zufall, dass der Einfluss früherer starker Systembindung bei jenen Panelmitgliedern besonders hervortritt, die bereits arbeitslos waren bzw. erhebliche existenzielle Verunsicherungen verarbeiten mussten. Frühere Systembindungen – und damit letztlich die in der DDR erfahrene politische Sozialisation – wirken offensichtlich nicht zwangsläufig, automatisch nach, sondern vor allem oder nur dann, wenn Erfahrungen vorliegen, die die damals verinnerlichten Ansichten und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen.

Wir führen dazu ein typisches Beispiel an, bei dem es um den Zusammenhang zwischen der früheren Systembindung einerseits und der heutigen Einstellung zum jetzigen politischen System andererseits geht (Tab. 1).

Tab. 1: *Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und heutiger Einstellung zum politischen System*

	Zufriedenheit mit dem heutigen politischen System 2000:			
	sehr zufrieden	zufrieden	weniger zufrieden	unzufrieden
Systembindung Frühjahr '89				
stark	1	22	55	22
mittel	1	25	49	25
schwach	1	34	51	14

($r = -.15$; $P = .003$; sign.)

> nur stark:

* arbeitslos gewesen	0	12	55	33
* nicht arbeitslos gewesen	3	34	54	9

($P = .000$; sign.)

Bei dem Merkmal „frühere Systembindung“ stützen wir uns auf Ergebnisse, die im Rahmen der 3. Welle im Frühjahr 1989 mittels geeigneter (methodisch geprüfter) Indikatoren zu deren Ausprägung gewonnen wurden. Durch die Anlage der Studie können diese Daten personenbezogen mit aktuellen Daten in Beziehung gesetzt werden. Die Werte von P im oberen Tabellenteil beziehen sich auf die Korrelationskoeffizienten der Originalskalen.

Die früher stark systemverbundenen Teilnehmer (und nur sie) unterscheiden sich hoch signifikant in Abhängigkeit davon, ob sie arbeitslos waren oder nicht. Erstere sind mit dem politischen System signifikant weniger zufrieden als Letztere (Antwortpositionen 1 und 2 zusammengefasst: 12% gegenüber 37%; sign.).

5. Durch eine personenbezogene Kopplung früherer und aktueller Daten ist es im Rahmen unserer Langzeitstudie auch möglich, Hypothesen zu den *Ursachen heutiger Ausländerfeindlichkeit* zu prüfen. Darauf soll jetzt etwas ausführlicher eingegangen werden.

Zunächst stellen wir den zwischen 1992 und 2000 erhobenen Trend der Einstellung zu Ausländern dar (Tab. 2; Abb. 1).

Tab. 2: *Emotionales Verhältnis zu Ausländern im Trend 1992 bis 2000*

„Wie ist - ganz allgemein - Ihre Einstellung zu Ausländern?“

Ich bin gefühlsmäßig ...

- 1 klar gegen Ausländer
- 2 mehr gegen als für Ausländer
- 3 weder gegen noch für Ausländer
- 4 mehr für als gegen Ausländer
- 5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X
1992	6	34	(40)	31	21	8	(29)	2,9
1993	4	24	(28)	33	28	11	(39)	3,2
1994	4	20	(24)	31	32	13	(45)	3,3
1995	5	20	(25)	44	22	9	(31)	3,1
1996	4	25	(29)	44	16	11	(27)	3,1
1998	5	27	(32)	43	19	6	(25)	3,0
2000	4	28	(32)	43	18	7	(25)	3,0

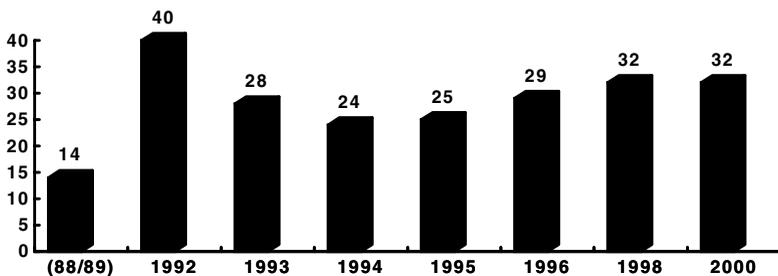


Abb. 2: *Anteil der TeilnehmerInnen mit ablehnender Einstellung gegenüber Ausländern seit 1988/89 bzw. 1992 (die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)*

Im Jahr 2000 sind mehr Untersuchungsteilnehmer gegen als für Ausländer eingestellt: 32% gegenüber 25%. Der Trend zeigt, dass die Ablehnung nach der sehr starken Ausprägung 1992 deutlich zurückgegangen war, ab 1996 jedoch wieder leicht angestiegen ist.

Die Daten von 1988/89 bedürfen der Erläuterung: Im Rahmen der 8. Welle 1992 hatten wir die Teilnehmer gebeten, sich daran zu erinnern, wie ihre Einstellung zu Ausländern vor der Wende war („1988/89, als Sie die 10. Klasse besuchten“). Diese Rückschau von 1992 auf die Zeit unmittelbar vor der Wende ist natürlich mit gewissen Verzerrungen behaftet. Sie lässt aber mit hoher Wahrscheinlichkeit darauf schließen, dass auch damals nach den eigenen Angaben der Panelmitglieder ein kleiner Teil von ihnen (14%) gegen Ausländer eingestellt war. Hinzuzufügen ist allerdings, dass nicht jeder, der 1992 gegen Ausländer eingestellt war, dies auch bereits für die Zeit vor der Wende einräumt. Eine solche Kontinuität (die aber noch nichts über die eigentlichen Ursachen der Ablehnung aussagt) trifft nur für knapp jeden Dritten (29%) von ihnen zu. Nach der Wende erhöhte sich dann der Anteil ablehnender Teilnehmer sehr deutlich.

Tabelle 3 beinhaltet die Darstellung von im Jahr 2000 ermittelten Zusammenhängen zwischen der Einstellung zu Ausländern einerseits und in der Studie erfassten Einflussfaktoren andererseits. Wir wählen bewusst diese ausführliche und differenzierte Darstellung, weil sie nachprüfbar ist, die Richtung des Zusammenhangs abgelesen werden kann und vor allem die Vielschichtigkeit der Bedingungen sichtbar macht. Alle aufgeführten Zusammenhänge sind statistisch hoch signifikant.

Tab. 3: Einstellung zu Ausländern 2000, differenziert nach ausgewählten relevanten Merkmalen (reduzierte Darstellung)

- Ich bin gefühlsmäßig
- 1 klar gegen Ausländer
 - 2 mehr gegen als für Ausländer
 - 3 weder gegen noch für Ausländer
 - 4 mehr für als gegen Ausländer
 - 5 klar für Ausländer

	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)
<i>Gesamt 2000</i>	32	43	25

a) Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum 2000

Linksorientiert	11	31	58
weder-noch	31	52	17
Rechtsorientiert	84	16	0

b) Ausprägung der nationalen Identität als Deutscher

vollkommen	40	40	20
mit Einschränkung	23	50	27
schwach/überhaupt nicht	5	39	56

c) persönlicher Zukunftsoptimismus 2000

optimistisch	26	35	39
eher optimistisch	35	45	20
eher pessimistisch/pessimistisch	46	50	4

d) Berufliche Zukunftszuversicht 2000

sehr stark	27	30	43
stark	30	46	24
mittel bis schwach	38	42	20

e) Zukunftszuversicht für Entwicklung in Ostdeutschland

sehr stark	20	33	47
stark	33	39	28
mittel	30	47	23
schwach/sehr schwach	43	37	20

f) Zufriedenheit mit dem Einkommen

zufrieden	25	37	38
eher zufrieden	31	43	26
eher unzufrieden	33	47	20
unzufrieden	43	38	19

g) Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens

stark	40	46	14
eher stark	32	41	27
eher schwach/schwach	17	38	45

h) Zufriedenheit mit den Leistungschancen in jetziger Gesellschaft

zufrieden	30	34	36
eher zufrieden	29	46	25
eher unzufrieden/unzufrieden	38	42	20

i) Erfahrung: Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse

stimmt vollkommen/mit Einschränkung	36	45	19
stimmt teils-teils	32	40	28
stimmt kaum/nicht	22	40	38

k) Zufriedenheit mit dem politischen System 2000

sehr zufrieden/zufrieden	21	46	33
weniger zufrieden	34	43	23
unzufrieden	43	37	20

Am stärksten von den in der Studie erfassten Faktoren beeinflusst offensichtlich die politisch-weltanschauliche Position (a) das emotionale Verhältnis zu Ausländern. Die Zahlen sprechen für sich und müssen nicht erläutert werden. Sehr stark ist auch der Einfluss der nationalen Identität (b), die in einem engen Zusammenhang mit der politisch-weltanschaulichen Position steht ($r = -.36$; $P = .000$). Übersteigertes Nationalbewusstsein (deutlich rechtslastig ausgewiesen) geht mit erheblicher Ablehnung von Ausländern einher.

Die Einstellung zu Ausländern hat sehr viel mit dem Vorzeichen der Zukunftszuversicht zu tun: Je pessimistischer, ungewisser die eigene Zukunft gesehen wird, um so stärker ist die Ablehnung von Ausländern (c). Und: Mit abnehmender Zuversicht, seine beruflichen Pläne verwirklichen zu können (d), nimmt der Anteil derer zu, die gegen Ausländer eingestellt sind bzw. – noch deutlicher – der Anteil derer ab, die sich für Ausländer aussprechen. Dasselbe gilt für die Zukunftszuversicht in Bezug auf die weitere Entwicklung in Ostdeutschland (e), die in den Jahren nach der Wende deutlich zurückgegangen ist.

Auch materielle Faktoren spielen eine Rolle: Unzufriedenheit mit dem Einkommen (f), verbreitete Angst vor einer immer weiter fortschreitenden Verteuerung des Lebens (g) und massenhaft erfahrene Ungerechtigkeit hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes (nicht dargestellt) wirken sich negativ auf die Einstellung zu Ausländern aus. Dasselbe bewirkt die von sehr vielen Panelmitgliedern geäußerte Unzufrie-

denheit mit den Chancen, die die jetzige Gesellschaft bietet, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen (h). Der Einfluss materieller Sorgen ist unübersehbar.

Das noch immer von sehr vielen Teilnehmern erlebte Gefühl einer zweitrangigen, ungerechten Behandlung als Deutsche zweiter Klasse (i) entläßt sich häufig in Ablehnung von Ausländern.

Bemerkenswert ist der klare Zusammenhang mit der Systemzufriedenheit (k): Mit abnehmender Zufriedenheit mit dem politischen System nimmt die Ablehnung von Ausländern deutlich zu. Dasselbe gilt für die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Im Kontext mit weiteren Ergebnissen der Studie ist festzustellen, dass die 2000 bei einem beträchtlichen Teil der Panelmitglieder bestehende Ablehnung von Ausländern nachweislich in bedeutendem Maße durch die nach der Wende bei ihnen entstandenen Verunsicherungen, Ängste und Enttäuschungen hervorgerufen wurde und noch wird. Die Korrelationsanalysen in den vorhergehenden Untersuchungswellen führen zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Dabei ist natürlich davon auszugehen, dass alle genannten Faktoren nicht isoliert voneinander stehen, sondern im Komplex wirken und einander verstärken.

An dieser Stelle ein kurzer Exkurs zur Aussagekraft dieser Angaben: Der Nachweis des Einflusses der genannten Faktoren auf die Einstellung zu Ausländern kann im Rahmen einer Längsschnittstudie über die bestehenden Querschnittskorrelationen hinaus exakt mit Hilfe bedingter Längsschnittkorrelationen geführt werden, die Prozesse abbilden, die bei den Panelmitgliedern in einem bestimmten Zeitraum *tatsächlich so abgelaufen sind*. Wir können das hier nur exemplarisch veranschaulichen. So kann nachgewiesen werden, dass ein Rückgang des persönlichen Zukunftsoptimismus tatsächlich mit zunehmender Ablehnung von Ausländern einhergeht (Tab. 4).

Tab. 4: *Längsschnittanalyse der Veränderung der Einstellung zu Ausländern zwischen 1993 und 2000, differenziert nach in der in diesem Zeitraum erfolgten Veränderung des persönlichen Zukunftsoptimismus*

Ich bin gefühlsmäßig

- 1 klar gegen Ausländer
- 2 mehr gegen als für Ausländer
- 3 weder gegen noch für Ausländer
- 4 mehr für als gegen Ausländer
- 5 klar für Ausländer

Jahr	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)	X	n	DX	P
<u>bei Negativierung der Zukunftssicht</u>							
1993	30	35	35	2,05			
2000	41	40	19	1,78	37	0,27	.001 sign
<u>bei Positivierung der Zukunftssicht</u>							
1993	28	31	41	2,14			
2000	29	31	40	2,10	58	0,04	.735 ns

Ein Rückgang des Zukunftsoptimismus zwischen 1993 und 2000 („Ursache“) hat zu einer Zunahme der Ablehnung von Ausländern bzw. zu einem Rückgang ihrer Akzeptanz („Wirkung“) geführt. Die Veränderungen in den Mittelwerten sind hoch signifikant. Bei einer Zunahme des Zukunftsoptimismus in diesem Zeitraum sind dagegen faktisch keine Veränderungen zu erkennen.

Auf die Darstellung weiterer Längsschnittkoeffizienten müssen wir hier aus Platzgründen verzichten, sie gehen in ihrer Aussage in dieselbe Richtung.

Die Abkürzung DX bedeutet die Mittelwertdifferenz zwischen beiden Messungen, P steht für die Überschreitungswahrscheinlichkeit.

Bisher war von relevanten Einflussfaktoren nach der Wende die Rede. Wie unsere Studie ebenfalls erkennen lässt, sind dagegen keine negativen Nachwirkungen früherer politischer oder kollektivbezogener Einstellungen auf die heutige Haltung gegenüber Ausländern nachweisbar (Tab. 5).

Tab. 5: *Einstellung zu Ausländern 2000, differenziert nach relevanten Merkmalen vor der Wende (reduzierte Darst.)*

Ich bin gefühlsmäßig 1 klar gegen Ausländer
 2 mehr gegen als für Ausländer
 3 weder gegen noch für Ausländer
 4 mehr für als gegen Ausländer
 5 klar für Ausländer

	1+2 (gegen)	3 (neutral)	4+5 (für)
<i>a) Systembindung Frühjahr 1989:</i>			
stark	35	36	29
mittel	30	51	19
schwach	30	40	30
(P = .345; es besteht <u>kein</u> Zusammenhang)			
<i>b) Politische Identifikation mit der DDR Frühjahr 1989</i>			
uneingeschränkt	27	44	29
eingeschränkt	36	40	24
mittel	35	37	28
kaum/überhaupt nicht	24	48	28
(P = .790; es besteht <u>kein</u> Zusammenhang)			
<i>c) Kollektivorientierung 1989:</i>			
sehr stark	34	39	27
stark	30	41	29
mittel bis schwach	30	54	16
(P = .817; es besteht <u>kein</u> Zusammenhang)			

(Bei den Merkmalen "Politische Identifikation mit der DDR" und „Kollektivorientierung“ vor der Wende stützen wir uns wie beim bereits erwähnten Merkmal „Systembindung“ auf Ergebnisse, die im Rahmen der 3. Etappe im Frühjahr 1989 mittels geeigneter Indikatoren zu deren Ausprägung gewonnen wurden.)

Die angeführten Verteilungen und Koeffizienten verweisen auf „Nullkorrelationen“. Das gilt für die generelle frühere „Systembindung“ (a) ebenso wie für die damalige politische Identifikation mit der DDR (b). Aber auch die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung hat bei den in unsere Studie einbezogenen jungen Ostdeutschen nicht jene negativen

Auswirkungen, wie sie immer wieder unterstellt werden.¹ Panelmitglieder, die in der 10. Klasse nach ihrer Zugehörigkeit zu zahlreichen Gruppen/Kollektiven (vom Kindergarten bis zur Pionier- bzw. FDJ-Gruppe in der Schule) sehr stark kollektivorientiert waren (c), äußern heute nicht häufiger eine Ablehnung von Ausländern als jene, für die das nicht in diesem Maße zutrif. Für die Richtigkeit solcher Unterstellungen gibt es aus der Sicht dieser Studie keinerlei Anhaltspunkte, wir betrachten sie als reine Spekulationen.

Diese Aussagen werden durch eine zusätzlich berechnete multiple Regressionsanalyse mit der Einstellung zu Ausländern als abhängige Variable bestätigt. Die in sie mit aufgenommenen Merkmale „Systembindung“, „DDR-Identifikation“ und „Kollektivorientierung“ leisten keinen Beitrag zur Erklärung der Varianz und fielen deshalb aus den Berechnungen heraus.

Aufschlussreich ist eine weitergehende Analyse der oben ausgewiesenen sehr engen Beziehung zwischen der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum und der Einstellung zu Ausländern. So finden sich für die von Pfahl-Traugher aufgestellte Behauptung eines Zusammenhanges zwischen früherem „Kollektivismus“ und heutigem Rechtsextremismus (als dessen Folge) in unserer Studie keine Belege. Neben Autoritarismus, Antipluralismus, Freund-Feind-Denken bezeichnet er Kollektivismus als DDR-Mentalität, die auch nach 1989 bestehen blieb und sich als extremistisches Strukturprinzip nun unter politisch „rechtem“ Vorzeichen weiter artikuliert.² Diese (nicht belegte) These lässt sich in unserer Studie empirisch prüfen, gehörten doch Entwicklungsstand und Entwicklungsbedingungen der Orientierung der Panelmitglieder auf das Kollektiv (Kollektivbewusstsein/Kollektivität) zu den zentralen Forschungsgegenständen vor der Wende. Zwar besteht zwischen früherer Kollektivorientierung und heutiger politisch-weltanschaulicher Position tatsächlich ein signifikanter Zusammenhang, aber in umgekehrter Richtung als von Pfahl-Traugher unterstellt (Tab. 6).

¹ Vgl. u.a. Anleitung zum Hass. Der Kriminologe Christian Pfeiffer über das Erziehungssystem der DDR und die Folgen, in: *Der Spiegel* 12/1999, S. 60-66.

² Vgl. Armin Pfahl-Traugher: „Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 39/2000, S. 13

Tab. 6: *Zusammenhang zwischen Kollektivorientierung vor der Wende und politisch-weltanschaulicher Position im Jahr 2000*

Kollektivorientierung 1989	Selbsteinstufung in das Links-Rechts- Spektrum 2000		
	links	weder-noch	rechts
	(1+2)	(3)	(4+5)
sehr stark	33	56	11
stark	28	60	12
mittel bis schwach	19	54	27

(N = 361; P = .016 sign.)

Die Links-Rechts-Einordnung wurde seit 1992 mit folgender bewährter Skala erfasst:

„Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?

1 links 2 eher links 3 weder-noch 4 eher rechts 5 rechts 0 das weiß ich (noch) nicht

Bei Korrelationsrechnungen wurde die nur sehr schwach besetzte Position „0“ (2000: 4%) eliminiert, die Berechnungen erfolgten auf der Basis der fünfstufigen Originalskala.

Eine Indexbildung für die Ausprägung der Kollektivorientierung auf der Grundlage der Daten aller drei Wellen vor der Wende führte zu gut übereinstimmenden Ergebnissen.

Ähnliche Relationen wurden auch in vorhergehenden Wellen ermittelt. Durchgängig ist ablesbar: Je stärker die Kollektivorientierung (als Ergebnis damaliger Kollektiverziehung) vor der Wende war, desto seltener ist das Selbstverständnis als Rechter im Jahr 2000.

Den Behauptungen von Pfahl-Traughber u.a. zu angeblich negativen Nachwirkungen früherer Kollektiv-/Gruppenbindungen stehen viele weitere Ergebnisse unserer Studie wie z. B. die folgenden entgegen (Tab. 7).

Tab. 7: Relevante politische und soziale Einstellungen im Jahr 2000, differenziert nach der Kollektivorientierung vor der Wende

Einstellung zur Gewalt 2000: „Manchmal muss man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.“

Das entspricht meiner Meinung...

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Kollektivorientierung 1989

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	2	4	(6)	16	20	58
stark	2	5	(7)	13	26	54
mittel bis schwach	9	9	(18)	21	14	47

(N = 377; P = .017 sign.)

Einstellung zur politischen Toleranz 2000: Lebensziel: „Politisch Andersdenkende tolerieren.“

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	21	31	(52)	37	8	3
stark	10	29	(39)	48	8	5
mittel bis schwach	11	30	(41)	37	17	5

(N = 378; P = .021 sign.)

Soziale Einstellung 2000: Lebensziel: „Für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muss.“

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	34	49	(83)	16	1	0
stark	22	59	(81)	16	2	1
mittel bis schwach	16	68	(84)	14	0	2

(N = 378; P = .076, deutliche Tendenz)

Nationalistische Einstellung 1998: „Wir Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.“

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	0	6	(6)	20	12	62
stark	1	6	(7)	17	23	53
mittel bis schwach	6	9	(15)	31	14	40

(N = 357; P = .024, sign.)

Autoritäre Einstellung 1998: „Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten.“

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
sehr stark	4	9	(13)	25	26	36
stark	5	12	(17)	28	33	22
mittel bis schwach	5	11	(16)	33	27	24

(N = 356; P = .106, nicht sign.)

Diese Ergebnisse von 2000 bzw. 1998 sprechen für sich: Je stärker die Kollektivorientierung vor der Wende war, desto seltener ist heute die Bejahung von Gewalt und die Zustimmung zu nationalistischen Positionen bzw. desto häufiger ist die Zustimmung zu politischer Toleranz und zu solidarischem Verhalten. Folgt man den erwähnten Behauptungen, so müsste ein entgegengesetzter Effekt zu erwarten sein. Zwischen damaliger Kollektivorientierung und einem heute ohnehin nur von einer Minderheit der Panelmitglieder geäußerten autoritären Erziehungsbild besteht überhaupt kein Zusammenhang. Auch der im Rahmen der 12. Welle 1996 eingesetzte Autoritarismustest von Detlef Oesterreich³ lässt nicht darauf

³ Vgl. Detlef Oesterreich: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim und München 1993.

schließen, dass eine damalige besonders intensive Kollektivorientierung ursächlich autoritäre Persönlichkeitszüge zur Folge hat.⁴

Zusammenfassend heben wir hervor:

Erstens: Für die Mitglieder unseres Panels kann festgestellt werden, dass die stärksten, entscheidenden Einflüsse auf ihre heutigen Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem von den differenzierten persönlichen, überwiegend ambivalenten oder negativen Erfahrungen ausgehen, die sie in diesem System bisher gesammelt haben.⁵ Die nachgewiesenen signifikanten Langzeitwirkungen früherer Systembindungen sind demgegenüber zwar schwächer, jedoch ebenfalls relevant und beachtenswert.

Für die weitere Diskussion über den Einfluss von früheren, unter DDR-Bedingungen entstandenen sozialisatorischen Prägungen auf die heutigen politischen Einstellungen bedeuten die hier dargestellten und weitere Ergebnisse unter anderem, dass stärker die bestehenden *Rückwirkungen ambivalenter oder negativer aktueller Erfahrungen auf frühere sozialistische Prägungen* berücksichtigt werden sollten – auch bei jungen Menschen. Solche Erfahrungen können zu einem Wiederbewusstwerden und einer Verstärkung von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z.B. über das kapitalistische Gesellschaftssystem) führen, wodurch die Distanz gegenüber der heutigen Ordnung und ihren Werten noch erhöht wird. Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Ostdeutschland und der Prognosen ihrer weiteren Entwicklung in naher Zukunft erwarten wir für die Teilnehmer an unserer Untersuchung, dass dieser sozialisationstheoretisch wie politisch bemerkenswerte Prozess sich fortsetzen wird.

Zweitens: Auch die heutige Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern hat sich unseren Ergebnissen zufolge in erster Linie unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Bedingungen nach der Wende entwickelt.

⁴ Die Auswertung des Tests ist dokumentiert bei: Peter Förster: Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende. Dokumentation ausgewählter Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie zwischen 1987 und 1998. Leipzig 1999.

⁵ Ausführlicher zu diesen Erfahrungen der Panelmitglieder und deren Einfluss auf ihr Denken und Verhalten siehe die unter Fußnote 4 genannte Dokumentation sowie folgende weitere Publikationen: Peter Förster: Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 43-44/99, S.20-31; ders.: „Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben“, in: *Deutschland Archiv* 2/2001, S. 197-218.

Eine ablehnende Haltung gegenüber Ausländern war vor der Wende nur bei einer Minderheit von ihnen festzustellen, erst danach ist sie erheblich angestiegen. Häufig behauptete Ursachen wie die in der DDR praktizierte Gruppen- bzw. Kollektiverziehung können für unsere Untersuchungspopulation – empirisch belegt – ausgeschlossen werden. Solche Erklärungsansätze lenken von den tatsächlichen Ursachen ab, von denen unserer Studie zufolge in erster Linie die nach der Wende, als Folge des Transformationsprozesses entstandenen massiven existenziellen Verunsicherungen und Ängste, aber auch zunehmende politische Enttäuschungen zu nennen sind.

„Bilder vom fremden deutschen Alltag“

Wie ost- und westdeutsche StudentInnen zu Beginn der deutschen Vereinigung sich gegenseitig sahen

Leo Ensel
Oldenburg

Der Gedanke einer Untersuchung der unterschiedlichen Mentalitäten von Ost- und Westdeutschen kam mir kurz nach dem Fall der Berliner Mauer. Dieses Ereignis war präzedenzlos und damit für einen Sozialwissenschaftler eine Herausforderung, der schwer zu widerstehen war: Hier waren über Nacht zwei jahrzehntelang hermetisch voneinander abgeriegelte Gesellschaften aufeinandergeprallt, die einmal ein Land gebildet hatten, dann aber völlig unterschiedliche Wege gegangen waren. Wie würde sich nun der Alltag in beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten verändern? Wie würden 'Ossis' und 'Wessis' sich gegenseitig wahrnehmen? Welche charakteristischen Mißverständnisse und Konflikte würden sich ergeben, wenn Ostler und Westler zusammentreffen?

Hier waren über Nacht zwei jahrzehntelang hermetisch voneinander abgeriegelte Gesellschaften aufeinandergeprallt, die einmal ein Land gebildet hatten, dann aber völlig unterschiedliche Wege gegangen waren. Wie würde sich nun der Alltag in beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten verändern? Wie würden 'Ossis' und 'Wessis' sich gegenseitig wahrnehmen? Welche charakteristischen Mißverständnisse und Konflikte würden sich ergeben, wenn Ostler und Westler zusammentreffen?

Im November 1990 begannen wir an der Universität Oldenburg mit der näheren Planung des Projektes "Bilder vom fremden deutschen Alltag", das sich eine szenische Erkundung der wechselseitigen Selbst- und Fremdbilder von Ost- und Westdeutschen zum Ziel gesetzt hatte. Als Untersuchungsgruppe wählten wir Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften aus der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. Die Gruppe der StudentInnen interessierte uns, weil diese Generationen von Anfang an mit der Teilung Deutschlands aufgewachsen waren und somit nur Vor-Urteile über die jeweils andere Seite haben *konnten*. Insgesamt führten wir zwischen 1991 und 1992 sechs Bildungsseminare durch, in denen ost- und westdeutsche StudentInnen aus Leipzig, Potsdam und Oldenburg im szenischen Spiel wechselseitig die Fragen "Wie nah und wie fremd sind wir uns?" und "Welche Vorstellungen haben wir vom jeweils anderen deutschen Alltag" erkundeten.

Heute, zehn Jahre später, mag ein Blick auf die damals erhobenen Daten noch einmal zum Nachdenken darüber anregen, wie weit der Prozeß der inneren Vereinigung seitdem fortgeschritten ist und welche Differenzen nach wie vor bestehen. Im folgenden möchte ich zunächst an einem konkreten Beispiel – aus westdeutscher Sicht – genauer demonstrieren, wie eine charakteristische Begegnung zwischen Ost- und Westdeutschen damals aussah, bevor ich die wichtigsten Ergebnisse unseres Projektes zusammenfasse. Zum Schluß werden die damaligen Erfahrungen kurz aus heutiger Sicht reflektiert.

Drei Oldenburger in Leipzig – erste Konfrontation der fremden Deutschen

Unser erstes Seminar mit den LeipzigerInnen Ende April 1991 wurde zu einem der spannendsten Kurse des gesamten Projektes. Schon die Hinfahrt mit dem Auto war einigermaßen abenteuerlich, da wir auf dem Gebiet der Ex-DDR am Freitag spätnachmittags in den Feierabendverkehr hineingerieten, was durch die Tatsache, daß es zu diesem Zeitpunkt im Osten noch kaum Ortsumgehungen gab, noch außerordentlich verschärft wurde. Überall Lastwagen, Staus, Tempo 60 oder gar Stop and Go, auf den engen Landstraßen zudem kaum Möglichkeiten zum Überholen. In Halle schließlich suchten wir eine halbe Stunde lang erfolglos die Abfahrt nach Leipzig. Schließlich fanden wir die richtige Abfahrt, die allerdings nicht ausgeschildert und zugleich dermaßen unscheinbar war, daß wir mit unserem Westblick nie auf die Idee gekommen wären, daß es hier zur zweitgrößten ostdeutschen Stadt gehen sollte.

Als wir endlich in der Universität Leipzig ankamen, war es bereits eine halbe Stunde vor Seminarbeginn. Um 18.00 wollten wir anfangen. Nachdem wir vorbei an der ebenfalls unübersehbaren Karl-Marx-Büste den Eingang zum “Turm” gefunden hatten, wurden wir von einer Pförtnerin barsch zurückgehalten. Ihr autoritärer Ton verwirrte uns, da wir nicht wußten, welche Regeln wir anscheinend gebrochen hatten. Offenbar hätten wir uns ausweisen müssen, bevor wir ihr “Heiligtum” betreten. Erst nach einer kurzen Erklärung ließ sie uns endlich passieren. Zum Glück klappte wenigstens das Treffen mit unserer Kontaktfrau reibungslos, so daß wir nach einem hastigen “Abendessen” in der Mensa tatsächlich pünktlich den Raum betreten, in dem 15 Personen bereits gespannt auf uns warteten.

Der ganze Kurs fand unter nicht ganz einfachen Bedingungen statt. Schon der Seminarraum war eigentlich eine Zumutung: Keine Fenster, Neonlicht, schmutziger Boden, schäbiges Mobiliar und eine laut brummende Klimaanlage, die jedoch weder an der unerträglichen Hitze noch an der stickigen Luft etwas änderte.

Unsere erste Schwierigkeit begann damit, daß wir zu Beginn schnell feststellen mußten, daß die TeilnehmerInnen offenbar kaum über Thema und Forschungscharakter unseres Seminars informiert worden waren. Entsprechend löste schon unser Kennenlernspiel, bei dem die TeilnehmerInnen sich mit dem Vornamen vorstellen und dabei eine Haltung zum Stichwort "Wiedervereinigung" einnehmen sollten, vorwiegend Verblüffung, Unruhe und Gelächter aus. Offenbar waren die meisten auf dieses Thema gar nicht vorbereitet, sondern hauptsächlich wegen der Methode des Szenischen Spiels gekommen. So wehrten sich auch am Ende dieser Übung zwei Teilnehmerinnen dagegen, "*gleich etwas von sich zeigen zu müssen*". Wahrscheinlich fühlten einige sich bereits durch diese Übung mit dem anscheinend unerwarteten Thema überfahren, ohne daß wir dies allerdings gleich richtig bemerkten.

Blickwechsel

Gemeinsam warteten wir im Hörsaalgebäude der Leipziger Uni auf die drei "Wessis". Mit leichter Verspätung trafen drei "Stressis" ein. (Typisch studentisches Aussehen: Birkenstock- oder Turnschuhe, Jeans, weite Hemden oder T-Shirts, jede Menge Silberschmuck mit Mond- oder Türkissteinen, Nickelbrille und als besondere individuelle Note Leos blauer Seidenschal. Witzig, viele Weststudenten, die ich kannte, sahen so oder ähnlich aus). Die Autofahrt im Ostteil ihres neuen Heimatlandes schien anstrengend gewesen zu sein. Ich konnte es verstehen. Die Hinweisschilder waren so schlecht wie die Straßen!

Wir waren gespannt aufs Spiel und die Methode und nach einer kurzen Räumaktion (Tische und Stühle, die nicht gebraucht wurden, türmten wir in eine Ecke) konnte es auch schon losgehen. Gleich beim Kennenlernspiel waren nicht nur unsere Namen, sondern auch noch eine Geste zum Thema "Wiedervereinigung" gefragt. Daß es sich hierbei um das Thema des Seminars handelte, war vorher nicht zu uns durchgedrungen. So kam es dann auch, daß ich mich anfangs gleich ins kalte Wasser geworfen fühlte. Leo hatte hier gleich meine zu dieser Zeit sensibelste Stelle getroffen. Ein großer Teil der Gruppe hatte eher erwartet, vorwiegend Methoden zu erlernen, wie man im Unterricht szenisches Spiel durchführen könne. An einem konkreten Thema zu arbeiten, war anstrengender, aufwühlender, aber für mich gewinnbringender. (Grit Schmieder, Leipzig)

Wir Westler begannen mit dem Namensspiel und zeigten dabei eher nachdenkliche Haltungen. Dann waren die LeipzigerInnen an der Reihe. Gezeigt wurden von ihnen u.a. folgende Haltungen:

- Kopf in die Hände legen;
- sich am Kopf kratzen;
- Wegwerfbewegung mit der Hand;
- mit den Schultern zucken;
- mit den Händen die Augen verschließen;
- die Arme schützend um die hochgezogenen Knie legen;
- sich die Ohren zuhalten.

Wir entnahmen diesen Haltungen Ratlosigkeit, Ohnmacht, Resignation und Suche nach Schutz. Besonders bei der letztgenannten Haltung präsentierten sich die TeilnehmerInnen sehr auf sich selbst bezogen und wirkten sehr verletzlich. Schnell wurde offensichtlich, daß die Leipziger Gruppe und wir eine völlig unterschiedliche Grundhaltung zum Thema “Wiedervereinigung” hatten: Während seit der Wende in der DDR in unserem Lebensalltag sich noch nichts Wesentliches verändert hatte und wir daher ein eher distanzierendes Verhältnis zur “Einheit” hatten, waren die LeipzigerInnen von ihren Auswirkungen auf das Vielfältigste betroffen.

“Mach mir mal den Ossi!” – Erste Konflikte

Bei der anschließenden Übung gerieten wir erstmals mit der Gruppe in einen Konflikt. Die LeipzigerInnen hatten den Auftrag, möglichst spontan Spielszenen zum Thema “Wiedervereinigung” zu entwickeln. Um den TeilnehmerInnen den Einstieg in das Spiel zu erleichtern, unterhielten sich die Spieler dabei nicht mit Worten, sondern nur mit Zahlen in fortlaufender Reihenfolge. Aufgabe der jeweiligen BeobachterInnen war es zu erraten, worum es in der dargestellten Szene ging. Wir Westler teilten ebenfalls unsere Wahrnehmungen mit, so daß die Szenen aus einer West- und einer Ostperspektive wahrgenommen und kommentiert wurden.

1. Wahlkampf nach der Wende

Ein Westpolitiker steht auf einem Podium und hält eine Wahlkampfreden. Eine Frau steht mit einer Rose in der Hand vor ihm und schaut bewundernd zu ihm hoch. Eine andere Frau steht protestierend weiter abseits. Gegen Ende der Veranstaltungen geraten die begeisterten und die skepti-

sche Frau zunehmend aneinander. Alle BeobachterInnen aus dem Osten erkennen sofort, daß es sich um eine Wahlkampfveranstaltung *nach* der Wende handelt. *Wir Westler dagegen kommen nicht auf diese Bedeutung, sondern assoziieren eine Jubelveranstaltung vor der Wende.*

Auf die Frage des Spielleiters, woran die Ost-TeilnehmerInnen einen West-Politiker erkennen würden, erklären sie, daß SED-Politiker gar nicht frei reden konnten. *“Dann hätte er ja einen Zettel in der Hand gehabt!”* Außerdem hätte die jubelnde Frau vor der Wende keine Rose, sondern ein Fähnchen in der Hand gehalten. *“Unsere Politiker waren immer ganz steif, und er stand da vorne und war die Persönlichkeit!”* Der Spielleiter fordert die Leipziger Gruppe daraufhin auf, die unterschiedlichen Haltungen von West- und Ost-Politikern darzustellen. Als die Haltung des verkampt stehenden Ost-Politikers gezeigt wird, klatschen und lachen die LeipzigerInnen vor Begeisterung. Im Gegensatz zu dieser Haltung steht der West-Politiker strotzend vor Selbstbewußtsein da.

Weiterhin betonen die Leipziger, die Reaktion der Leute sei *vor* der Wende völlig anders gewesen. *“Bei einer Veranstaltung in der DDR hätte es nie offene Kritik oder offene Begeisterung gegeben, sondern es hätte dort eine emotionslose Front gestanden.”* Eine andere Unklarheit bei der ersten Spielszene war für uns Westler die Rolle der bewundernden Frau. Sie erschien uns als SED-Jubelmädchen, weil im Westen eine derartig ausgeprägte öffentliche Bewunderung für Politiker ungewöhnlich ist. Mit dieser Sichtweise werden wir ausgelacht! Nach Ansicht der Leipziger ist eine “echte” Bewunderung, wie sie in der Szene dargestellt wurde, für einen “gekauften Winker” nicht realistisch. Der Spielleiter fordert daraufhin eine Teilnehmerin auf, die offizielle Haltung der “gekauften Winkerin” und danach deren tatsächliche innere Haltung zu zeigen. Offiziell lächelt die “Winkerin” verklärt dem Politiker zu. In ihrer wirklichen Haltung zeigt die “Winkerin” jedoch Desinteresse und Langeweile. Sie schaut auf die Uhr, wann ihr Einsatz beginnt.

2. Gesamtdeutscher Grundstücksdeal

Ein Westdeutscher will mit Hilfe eines Stasibeamten, der sich in die Treuhand hinübergerettet hat, in den Besitz eines Grundstückes in der ehemaligen DDR gelangen. Angeblich hat es vor dem Krieg seinen Verwandten gehört. Als Beweis führt er einige Dokumente an. Die jetzige Besitzerin ist eine Ost-Hausfrau, der das Grundstück nun abgegaunert werden soll.

Sie wird von den beiden Männern eingeschüchtert, bis sie schließlich nachgibt.

Die Bedeutung dieser Szene wurde von der gesamten Gruppe im wesentlichen erkannt. Allerdings erkannten wir Westler nicht gleich die Bedeutung der Stasi bzw. der Treuhand. Dazu betont eine Spielerin, es sei auch schwierig gewesen, die Rolle der Treuhand darzustellen, da diese ja *“eine Mischform zwischen Wessi, Ossi und ehemaliger Stasi”* sei.

3. Ost-West-Deutscher Einkauf in West-Berlin

Zu sehen sind zwei DDR-Frauen in einem West-Berliner Warenhaus, die bewundernd die Auslagen in den Regalen betrachten. Die ganze Zeit läuft hinter ihnen ein Westberliner her, der sie mißbilligend beobachtet. Eine der Frauen steckt sich etwas ein, da sie offenbar zuwenig Westgeld dabei hat. Als der West-Mann bemerkt, was sie gemacht hat, entwendet er den Gegenstand heimlich wieder aus ihrer Tasche und freut sich diebisch.

Im Gegensatz zu unserem West-Team erkennt die Leipziger Gruppe sofort, daß der Mann in der Szene ein Westdeutscher ist! Auf Anregung des Spielleiters baut eine Teilnehmerin nun nach Anweisung der gesamten Gruppe einen “Wessi” als Statue auf, um “das Charakteristische” eines Westlers zu verdeutlichen. Der Aufbau erfolgt in großer Übereinstimmung und Begeisterung. Der “Wessi” wird als Mann dargestellt, der ein dickes Portemonnaie in der Brusttasche trägt und einen gönnerhaften Blick über die Menge schweifen läßt.

Der Spielleiter will es nun genau wissen. Er fordert die LeipzigerInnen auf, den “Wessi” in einen “typischen Ossi” zu verwandeln. Die Statue wird ständig verändert. Die TeilnehmerInnen sind mit der Darstellungsweise nicht einverstanden. Es gibt laute und heftige Diskussionen. Auch die endgültige Darstellung löst Unzufriedenheit und Ablehnung aus. Die Leipziger Gruppe wehrt sich gegen die platte Erscheinung: *“Nicht ganz so dusselig!”* – *“So dumm sind wir nun auch nicht!”* Sie identifizieren sich nicht mit dem dargestellten Bild und wehren sich gegen das “Ossi”-Klischee: *“Das ist eine andere Generation!”* – *“Das sind die älteren, die ich mir als typische Ossis vorstelle.”* – *“Es gibt in jeder Gesellschaft welche, die so und welche, die so rumlaufen!”*

Spätestens an dieser Stelle wurde uns deutlich, auf was für einem schwierigen Terrain wir uns mittlerweile bewegten. Nachdem die TeilnehmerInnen bereits einen Ost- und einen Westpolitiker sowie eine ‘ge-

kaufte Winkerin' mit äußerer und innerer Haltung einander gegenübergestellt hatten, war mir die Übung, einen 'typischen Wessi' mit einem 'typischen Ossi' zu kontrastieren, nicht weiter problematisch erschienen. Daß die LeipzigerInnen im Gegensatz zu uns bei den jeweiligen Spielszenen West- und Ostdeutsche stets genau identifizieren konnten, hatte mich fasziniert. Offenbar mußte es wohl ganz spezifische Ost- und Westhaltungen geben. Nun zeigte sich jedoch – und dies charakterisiert die schwierige Umbruchsituation sehr deutlich –, daß bereits die Themenstellung von vielen LeipzigerInnen als diskriminierend empfunden wurde. Hier hatte also eindeutig mein "Forscher-Interesse" im Vordergrund gestanden, während ich mir zu wenig überlegt hatte, wie dieser Arbeitsauftrag wohl auf die TeilnehmerInnen wirken würde.

Blickwechsel

Die Aufgabe, einen "Ossi" als Standbild aufzubauen, empfanden wir als befremdlich; es klang für uns in der Tendenz unterschwellig so wie: "Mach mir mal den Ossi", was zu einem starken "Zoo-Effekt" führte. Hinzu kommt, daß wir uns keineswegs als "typische Ossi" empfanden, unser Selbstbild also von dem zu zeigenden abwich. So wurden sicherlich bestimmte Typen und Handlungsweisen von uns eher karikiert, als aus eigenem Erleben heraus gestaltet. Auffällig war, daß das Leben der "Westler" nicht so ungewöhnlich, geradezu exotisch auf uns wirkte, wie es umgekehrt der Fall zu sein schien. Bis heute begegnen uns Menschen aus den "Altbundesländern", denen man anmerkt, daß sie oft ein falsches, verschobenes Bild vom Leben in der ehemaligen DDR haben, das nicht nur von Frust, Trauer und Stasi gekennzeichnet war (wobei wir keinesfalls "DDR-Nostalgiker" waren oder sind). (Anke und Henning Brandt, Leipzig)

Damit war unser erster Abend beendet. Gemeinsam mit den LeipzigerInnen bummelten wir durch die nächtliche Innenstadt, aßen in einem neu errichteten Bistro, das sich in einem abbruchreifen Altbau befand, eine Linsensuppe – was wiederum bei den LeipzigerInnen, die mehr auf italienische Küche standen, befremdliche Blicke provozierte – und wurden dann von den LeipzigerInnen 'nach Hause' ins Connewitzer "Internat" gebracht.

“Kolumbus bei den Indianern” – oder: Wie Osis Wesis im Osten wahrnehmen ...

Was uns als westdeutschem Forschungsteam in der unmittelbaren Konfrontation mit den LeipzigerInnen am zweiten Tage immer dichter auf die Haut rückte, war die Konfrontation mit der Tatsache, daß wir Oldenburger *West-Deutsche* sind! Wir hatten nach einigen Aufwärmspielen die TeilnehmerInnen aufgefordert, Standbilder zum Thema “Wie erlebt Ihr Westler?” zu präsentieren. Die Bilder, die nun aufgebaut wurden, sprachen für sich.

1. Wohnungsamt in Erfurt

Ina zeigt eine Situation, die im Wohnungsamt Erfurt spielt. Viele Personen warten genervt aber diszipliniert vor der Tür eines Sachbearbeiters. Es ist sehr voll. Ein Mann, der sich als Westdeutscher ausgibt, drängelt sich vor. Er ist gut gekleidet, gibt sich jung und dynamisch und lächelt. Der Mann schüchtert die Wartenden durch Äußerungen wie: *“Ihr wohnt in Bruchbuden!”* ein. Die Erbauerin legt ihm den Satz: *“Jetzt nehme ich die Chose in die Hand!”* in den Kopf. Als Kommentar sagt Ina, sie würde sich im Gegensatz zu den Wartenden gegen eine solch anmaßende Art wehren.

2. Bewerbungsgespräch einer Ostdeutschen in einem westdeutschen Ministerium

Grit baut eine Szene auf, die sie als Studentin im Westen erlebt hat. Sie sitzt in Stuttgart im Kultusministerium einem Beamten gegenüber, bei dem sie sich für die Zeit nach ihrem Studium um einen Referendariatsplatz in Baden-Württemberg bewirbt. Während sie freundlich lächelnd auf ihre Zeugnisse und ihre Diplomarbeit verweist, gibt sich der Beamte blasirt, genervt und ablehnend. Grit legt ihm folgenden Satz in den Kopf: *“Ihr schreibt doch immer so’n pädagogischen Scheiß, der wird bei uns nicht anerkannt!”* Sie selbst denkt in der Situation: *“Du Arsch, Deine Arbeit möchte ich sehen!”*

3. Westler in der "Moritzbastei"

Ralf baut ein Standbild auf, das in einer Leipziger Studentenkneipe, der "Moritzbastei", spielt. Zwei Leipziger Studenten sitzen an einem Tisch, trinken Bier und unterhalten sich. Drei Westdeutsche gehen langsam an ihrem Tisch vorbei, starren sie an und denken: *"Das sind ja Menschen!"* und *"Ganz schön runtergekommen das alles hier."* Ralf selbst hat ein Gefühl *"wie im Zoo"*. In seinem Kommentar bezeichnet er unter großem beifälligem Gelächter der Leipziger die Westler als *"Legoland-Kinder"*. Der Begriff wird von ihnen sofort verstanden. Ist das schon eine stehende Redewendung?

Ralf charakterisiert die "Legoland-Kinder" anhand ihres Äußeren und ihrer Haltung: Sie sind *"in wohlgeordneten Verhältnissen aufgewachsen, wohlgekämmt und gebräunt"*, die Eltern sind *"wohlsituiert"*, und die Kinder tragen *"durchgescheuerte Hosen, weil das jetzt modern ist, etwas abgerissen zu sein. Sie haben glatte und junge Gesichter."*

4. Brillenbegutachtung auf einer Leipziger Straße

Annett H. präsentiert ein Bild, in dem ein westdeutscher Mann mitten auf der Straße auf eine Frau zugeht, sie begutachtend mustert und ihr dann an die Brille faßt. Die Szene spielt vor einem Optikerladen. Der Mann ist nach Annetts Angaben Brillenvertreter und hat gerade bei einem Leipziger Optiker kein Geschäft machen können. Draußen vor dem Geschäft versucht er, ein Gespräch mit der Frau über ihre Brille anzufangen. Als diese nicht darauf eingeht, regt er sich auf und sagt: *"Ob Ihr wollt oder nicht, eines Tages sind wir da; Ihr habt es ja nicht anders gewollt!"* Annett hat dabei das Gefühl, *"er springt mir ins Gesicht."*

Der Spielleiter fordert Annett auf, die Rolle der aufgebauten Frau selbst einzunehmen, um aus dieser Haltung heraus ihre Gedanken und Empfindungen zu äußern. Sie denkt: *"Geh mir von der Brille!"* Sie ist jedoch unschlüssig, ob sie gehen soll oder nicht, weil sie *"nicht weiß, was noch kommt"* und nicht unhöflich sein will.

5. Kaffeefahrt nach Koblenz

Annett W. zeigt eine von einer Westfirma organisierte "Kaffeefahrt" nach Koblenz, an der Ostdeutsche teilnehmen. Der Veranstalter preist vor einer

Gruppe von ZuhörerInnen begeistert Lamadecken an: *“Und das ist unser Rolls Royce! Eine Decke aus Babylama für 1.400,- DM.”* Gerade hat er gratis ein Lamakissen in die Menge der Zuhörer hineingeworfen. Ein älteres Ehepaar ist entzückt, eine andere Frau langweilt sich, und Annett betrachtet andächtig den Verkäufer, den sie *“schnuckelig”* findet. Sein Lächeln und seine *“angenehme Erscheinung”* gefallen ihr. *“Man kauft ihm das ab, was er hier anpreist. Man möchte es ihm glauben. Mich interessiert der Mann.”*

Diskussion der Grundthemen

Welche Themen ziehen sich durch das Material? Anders formuliert: Welche charakteristischen Fremdheiten zwischen den StudentInnen aus Ost- und Westdeutschland konnten wir in unserem Projekt beobachten? Wie verhalten sich unsere Beobachtungen zu vergleichbaren Aussagen in der Literatur? Welche Schlußfolgerungen oder weiterführende Fragen lassen sich daraus ableiten? Und wie präsentieren sich diese Themen heute, fast zehn Jahre danach?

Ost-Frauen – West-Frauen

Eines der herausragendsten Themen, das uns im Laufe unseres Projektes immer wieder über den Weg lief und auch in der Literatur zur deutschen Vereinigung mittlerweile ein fester Topos ist, waren die auffallenden Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen zum Thema *“Emanzipation der Frau”*. Bei diesem Konfliktfeld überlagerte der Ost-West-Gegensatz in den Positionen fast immer die Geschlechterpolarität. Für die meisten LeipzigerInnen waren im Frühjahr 1991 die westdeutschen Feministinnen eher verwöhnte, etwas überkandidelte Exotinnen, bei denen man nicht recht wußte, worüber sie sich eigentlich aufregten. Viele von den ostdeutschen Frauen fühlten sich diesen ‘hysterischen West-Frauchen’ insgeheim überlegen und betonten demgegenüber die Selbständigkeit der ostdeutschen Frau, die tapfer gegen die Widernisse des DDR-Alltags ankämpfte. So meinte beispielsweise eine Leipziger Studentin:

“Für uns ist es manchmal wirklich problematisch, die westdeutsche Frauenbewegung überhaupt zu verstehen. Weil die für Dinge kämpfen, die für uns sinnlos sind. Wenn ich zum Beispiel sehe, daß drüben ein Frauchen, die den ganzen Tag nicht arbeiten geht und nur ein Kind hat, total überfordert ist und vorne und

hinten nicht mehr weiß: ‚Ach, wie bin ich heute wieder gestreift, hab' heute Gardinen gewaschen!‘. Dann ist das ‚ne Sache, da kann ich nur lächeln. Da sag' ich zu der: ‚Also, paß mal auf: Unsere Frauen, die sind arbeiten gegangen. Die haben nicht bloß ein Kind gehabt, sondern manchmal zwei Kinder, und dann sind die noch rumgerast und haben sich angestellt. Und die ist abends nicht zusammengebrochen und hat gesagt: ‚Mein Gott, ich arme ausgedrückte, ääh, ausgebeutete Frau!‘ Die war irgendwo in ihrem Selbstverständnis ganz anders. – Natürlich hat das die Frauen bei uns geprägt, die sind natürlich auch viel selbstbewußter. Weil sie wissen, was sie können, und deswegen sind die auch selbständiger, auch durch den Zwang zur Improvisation. Was man nicht gehabt hat, hat man eben versucht, irgendwie anders zu bekommen. Ohne daß die Welt zusammengebrochen ist!‘

Allerdings gab es auch andere Positionen: Eine Minderheit unter den Leipzigerinnen sprach von einer Dreifachausbeutung – Kinder, Küche, Kommunismus – der Frauen in der DDR und vertrat einige Positionen, die der westdeutschen Frauenbewegung nahestanden. Dennoch war auch bei ihnen auffallend, daß sie Emanzipation eher als einen Prozeß begriffen, den sie als Frauen nicht *gegen* die Männer, sondern *mit* ihnen realisieren wollten.

Umgekehrt wirkten auf die Westdeutschen – Frauen *und* Männer – die Frauenbilder, die die meisten Ostdeutschen präsentierten, eher konventionell, hausbacken und weitgehend im patriarchal dominierten Rollenverhalten verhaftet. So hätten beispielsweise viele Frauen aus Ostdeutschland überhaupt kein Gespür für den sexistischen Charakter ihrer Sprache: In Westdeutschland sei es undenkbar, daß eine Frau von sich sagen würde, sie sei „Lehrer“ oder wolle „Ingenieur“ werden. So würden im Westen ja nicht einmal mehr die *Männer* sprechen! Etwas enttäuscht mußten die OldenburgerInnen zunächst registrieren, daß sie sich die emanzipierten DDR-Frauen, die es aus west-feministischer Sicht doch in diesem Punkt etwas besser gehabt hatten, so nicht vorgestellt hatten.

Heute nach zehn Jahren Wiedervereinigung stellt sich vor allem die Frage, ob die ostdeutschen Frauen den westdeutschen Feminismus immer noch als eine Variante der Westkolonisation empfinden oder ob sich unter den veränderten Lebensbedingungen im Osten die Positionen mittlerweile angenähert haben.

Gemeinschaftsorientierte Osis – individualisierte Wesis?

Vereinzelte Wesis und gemeinschaftsorientierte Osis – auch dieses Bild zog sich quer durch unser gesamtes Projekt: Die LeipzigerInnen betonten

ihr gutes Verhältnis zu den Eltern, die OldenburgerInnen waren in Abgrenzungskämpfe verstrickt. Die meisten Ostdeutschen wollten eine Familie gründen, die Westdeutschen waren da skeptischer. Weihnachten war für viele PotsdamerInnen ein Familienfest, auf das man sich freute, für die StudentInnen in Oldenburg dagegen der Horror. Und ein Zusammenleben von vier Personen in einem Zimmer wie im Connewitzer Studenten-Internat war für die Westdeutschen schlicht unvorstellbar.

Elmar Brähler und Horst-Eberhard Richter (1995, 16f.) haben in einer repräsentativen Untersuchung ähnliche Beobachtungen gemacht. Danach suchen Ostdeutsche im Gegensatz zu den individualistischeren Westdeutschen mehr soziale Nähe und erleben sich im Ganzen als mehr sozial verbunden. Im Vergleich mit den Westdeutschen fühlen sie sich wohler in Ehe, Partnerschaft, Sexualität und im Verhältnis mit ihren Kindern. Mit Verwandtenkontakten und mit Unterstützung durch Freunde und Bekannte sind die Ostdeutschen ebenfalls zufriedener.

Auf dem Hintergrund unserer Projekterfahrungen wäre es allerdings problematisch, diese Gemeinschaftsorientiertheit der Ostler vorschnell einseitig zu idealisieren. Zumindest bei der Leipziger Studiengruppe konnten wir als Rückseite dieser Gemeinschaftsorientierung auch einen starken gruppeninternen *Konformitätsdruck* beobachten. Die Gruppe tat sich sehr schwer damit, innere Differenzen in den Meinungen auszuhalten. Abweichende Positionen wurden gerügt, Außenseiter hatten es schwer. Die einfache Polarisierung "Gemeinschaftsorientierung = positiv" und "Individualisierung = negativ" ist also zu undifferenziert.

Es würde sich daher lohnen, über folgende Fragen weiterzuforschen: Sind heute Studierende in Ostdeutschland immer noch so gemeinschaftsorientiert oder nimmt mit der Verwestlichung des Ostens auch die Individualisierung zu? Hat die 'Festung Familie' die Wende ebenso gut überstanden wie den realen Sozialismus? Wie wirken Gemeinschafts- und Familienorientiertheit der Ostler auf die individualisierten Westler? Aber auch umgekehrt: Sind die Ostdeutschen harmoniesüchtiger als die Westdeutschen? Können sie schwerer gruppeninterne Unterschiede aushalten? Hat die Individualisierung im Westen vielleicht auch mehr Toleranz hervorgebracht?

Ostdeutscher Pragmatismus – westdeutsche Innerlichkeit?

“Westler sind Legoland-Kinder. Sie haben glatte und junge Gesichter. An jeder Ecke gibt es einen Laden, wo man alles kriegt. Ihre Universität sieht aus wie ein Sanatorium. Dort wühlen sie in ihren Psychoproblemen und suhlen sich im Innerlichkeits-Sumpf. Selbst die scheinbar dreckigen Punks bei ihnen sind in Wirklichkeit nur nette Abiturienten. Wer sich dagegen durch unseren Konsummangel, durch die Leipziger Wohnverhältnisse und diesen ganzen Dreck gekämpft hat, der ist ein anderer Mensch. Jemand, der Krieg mitgemacht hat, sieht auch anders aus, als jemand, der nur im Frieden gelebt hat. Legoland-Kinder, das sind eben keine Kämpfer. Westler sind nichts gewöhnt.” – So sah der – zugegebenermaßen etwas verkürzte und zugespitzte – Blick vieler LeipzigerInnen auf den Westen aus, wie er sich in unserem Projekt artikuliert.

Demgegenüber zeichnete sich das Bild der Westler von der DDR durch Konsummangel und politische Repression aus. Die StudentInnen aus Oldenburg hatten zudem einen scharfen Blick für manifeste und latente Machtverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands. Mit feinem Gespür orteten sie sublimste Formen von Gewalt in der Sprache, im Geschlechterverhältnis und im (universitären) Alltag, wo den meisten LeipzigerInnen gar nichts besonderes auffiel.

Auf ostdeutscher Seite entsprach dem ein Unbehagen am ständigen westdeutschen “Wiederkäuen” von Psycho- und Identitätsproblemen. Bei genauerer Sicht wurde allerdings deutlich, daß die LeipzigerInnen ebenfalls mit großen inneren Unsicherheiten und Krisen zu kämpfen hatten, diese jedoch nicht so offen artikulierten. Ein möglicher Erklärungsversuch für diese Differenzen wurde von einer Leipzigerin selbst gegeben: Es läge vielleicht am Stadium, d.h. die Alltagsprobleme im Osten seien noch so manifest, daß man darüber hinaus nicht mehr viel Energie für die Konfrontation mit ‘Psychoproblemen’ habe.

Es stellen sich hier jedenfalls eine ganze Reihe von Fragen, die der Klärung bedürfen: War der ostdeutsche Pragmatismus vielleicht auch ein Ausdruck von Konfliktunfähigkeit? Eine Form von Sprachlosigkeit und Gefühlsabwehr? Oder haben demgegenüber die Westler eine Tendenz, alles aber auch alles zu zerreden? Haben sich *heute*, zehn Jahre nach der Wende, beide Seiten in diesem Punkt stärker aneinander angenähert?

An dieser Stelle sollte noch ein weiterer Problembereich erwähnt werden, der möglicherweise die Rückseite des ‘abgehärteten’ und scheinbar

pragmatischeren ostdeutschen Habitus darstellt, nämlich das, was ein Teilnehmer in Leipzig die "Arroganz der Osis" nannte. Daß Wessis arrogant sind, ist seit der Wende ein Allgemeinplatz. In der trotzigen Identifizierung mit den Widernissen des DDR-Alltages schien sich jedoch auch etwas zu artikulieren, was man das 'moralische Überlegenheitsgefühl der Unterlegenen' nennen könnte: "Wir hatten es zwar schwerer, dafür sind wir aber abgehärtet." Oder: "Die Wessis sind zwar reicher, aber dafür zählen bei uns noch menschliche Werte." Gabriele Rappensperger (1993, 165) bringt dies in einer Studie über Studierende in den neuen Bundesländern auf die Formel: "Ihr seid die Erfolgreichen, dafür sind wir menschlicher."

Wie hat sich dieses moralische Überlegenheitsgefühl in Ostdeutschland in den letzten Jahren entwickelt? Gibt es eine weitere Tendenz zur Verhärtung? Oder ist die ostdeutsche 'Trotz-Identität' für die heutigen Studierenden bereits ein Thema von gestern? Fragen, denen intensiver nachzugehen sich lohnen würde.

Umgang mit dem Faschismus / Nationalsozialismus

Der Unterschied war unübersehbar: In der spielerischen Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich zeigten die Westler Szenen von Gewalt, von Opfern, (Mit-)Tätern und Menschen, die angeblich nichts mitbekommen hatten – die Ostler dagegen bauten Bilder vom Widerstand, die so aussahen wie das Denkmal vor dem KZ Buchenwald. Für die OldenburgerInnen war es wichtig, sich im Spiel auch mit den Haltungen der Täter auseinanderzusetzen – die Potsdamerinnen taten sich damit sehr schwer. Der antifaschistische Widerstand wurde von den Ostdeutschen so idealisiert, daß an diesem Bild keine Kratzer geduldet wurden – die Westdeutschen waren da skeptischer. Während für die OldenburgerInnen die Mehrheit aller Deutschen Mittäter waren, schien dieser Aspekt im Bewußtsein der Potsdamerinnen gar nicht richtig vorhanden zu sein. Ihr Bild vom Nationalsozialismus war fast manichäisch gespalten in negative Faschisten und positive Widerstandskämpfer. Dieser Polarisierung entsprach auch die unterschwellige Phantasie der Ostdeutschen, die BRD sei das Volk der Täter, die DDR dagegen das Volk des Widerstands gewesen. – Die ostdeutsche Historikerin Anka Schaefer hat ähnliches beobachtet:

"Die DDR-Bürger standen auf der 'Seite der Sieger der Geschichte'. Mit dem Bekenntnis zum sozialistischen, deutschen Staat hatten die DDR-Bürger den

Antifaschismus sozusagen für sich gepachtet. Die DDR hat es tatsächlich vollbracht, daß ihre Bevölkerung die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht mehr als ihr subjektives, eigenes Problem begriff, sondern als Problem des anderen deutschen Staates, der BRD. Für die Kinder und Kindeskinde dieser Generation kam die Frage nach der möglichen Mitschuld der Eltern kaum auf, da sie im großen und ganzen die Vorstellung vermittelt bekamen, alle Nazi- und Kriegsverbrecher, alle irgendwie in das NS-Regime Verstrickten saßen in der BRD. Es gab daher in der DDR nicht das Befragen der Elterngeneration zu ihrem Verhalten in der Nazizeit wie es in der Bundesrepublik der 60er Jahre der Fall gewesen ist.” (Behrens-Cobet/ Schaefer 1994, S. 89f.)

Demgegenüber stellt sich gegenwärtig auf dem Hintergrund des zunehmenden Rechtsradikalismus in beiden Teilen Deutschlands die dringende Frage, was ost- und westdeutsche Studierende überhaupt noch über die Nazizeit wissen und wie sie darüber denken. In diesem Zusammenhang wäre es unumgänglich, genauer zu untersuchen, inwieweit und in welchem Ausmaß rechtsradikales Gedankengut auch bei Studierenden verbreitet ist.

Ausblick

Sechs Jahre nach Abschluß unseres Projektes, im Frühjahr 1998, führte ich mit StipendiatInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig nochmals ein Seminar über die innerdeutschen Fremdheiten durch. Das Seminar war ungefähr paritätisch mit ost- und westdeutschen Studierenden besetzt; dazu kamen drei ausländische Stipendiaten, zwei aus Schwarzafrika und einer aus Asien. Ziel war es, die spontanen Bilder, die Ost- und Westdeutsche von der jeweils anderen Seite hatten, zu erkunden. Dazu sollten die Ausländer eine Außenperspektive liefern, indem sie ihre Spontanbilder von Deutschland allgemein präsentierten. Das Ergebnis war überraschend: Gegenüber den Bildern, die die StudentInnen in unserem Projekt sechs bis sieben Jahre zuvor unmittelbar nach der Vereinigung gezeigt hatten, hatte sich so gut wie nichts verändert. Das Bild der Westdeutschen von den Ostlern war nach wie vor das Bild der *DDR-Bürger!* Warteschlangen vor Geschäften, Passivität und Langeweile, gedopte Sportlerinnen, und nicht zu vergessen die ostdeutsche Bananenbegeisterung bestimmten auch fast acht Jahre nach der Wiedervereinigung das westdeutsche Bild vom Osten. Umgekehrt war das Bild, das die Ostdeutschen von den Westdeutschen hatten, durch Ellenbogenmentalität, narzißtische Selbstinszenierung und Ignoranz gekennzeichnet. Den Ausländern fiel die Aufgabe zu, den Ost-

und Westdeutschen ihre Gemeinsamkeiten zurückzuspiegeln: Es waren Arbeitswut, Trinkfreudigkeit und Ausländerhaß.

Selbstverständlich können unsere Daten keine Repräsentativität beanspruchen. Was an den präsentierten Bildern unserer Ausgangsstudie nach wie vor aktuell ist und was sich dagegen verändert hat, wird man als LeserIn am leichtesten durch Vergleich mit den eigenen Alltagserfahrungen herausfinden. Eins jedoch ist aktueller denn je: Es spricht für die Zukunft des Einigungsprozesses alles dafür, daß die eigentliche Aufgabe nicht in einer herbeigezwungenen Angleichung beider Seiten, schon gar nicht in einer 'inneren Einheit' besteht, sondern in der Herausforderung, *Unterschiede aushalten zu lernen*. So gesehen ist die deutsche Vereinigung nach wie vor ein spannendes Experimentierfeld für 'interkulturelles Lernen'. Sollte das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen in mittlerer Zukunft einmal so aussehen wie das Verhältnis zwischen Norddeutschen und Bayern heute, dann wäre der Einigungsprozeß gelungen.

Literatur

- Behrens-Cobet, Heidi/ Schaefer, Anka: Geteilte Erfahrungen. Ein deutsches Dialogprojekt zur Geschichte nach 1945. Münster 1994
- Brähler, Elmar/Richter, Horst-Eberhard: Deutsche Befindlichkeiten im Ost-West-Vergleich. in: *Psychosozial* (18. Jg.), "Ossis und Wessis. Psychogramm deutscher Befindlichkeiten", Weinheim 1/1995 (Nr. 59), S. 7-20.
- Ensel, Leo: "Warum wir uns nicht leiden mögen ..." Was Ossis und Wessis voneinander halten. Münster 1993
- ders.: Bilder vom fremden deutschen Alltag. Szenische Erkundung des innerdeutschen Ost-West-Konflikts. Oldenburg 1996 (= Diss.)
- Rappensperger, Gabriele u.a.: "... eine Tendenz zur Kälte". Eine qualitative Studie über Studierende aus den neuen Bundesländern. in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 1993, S. 156-166.
- Rohnstock, Katrin: Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken. Frankfurt a.M. 1994
- Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Hamburg 1996

Anspruch und Realität

Die Wanderung von Studierenden zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands

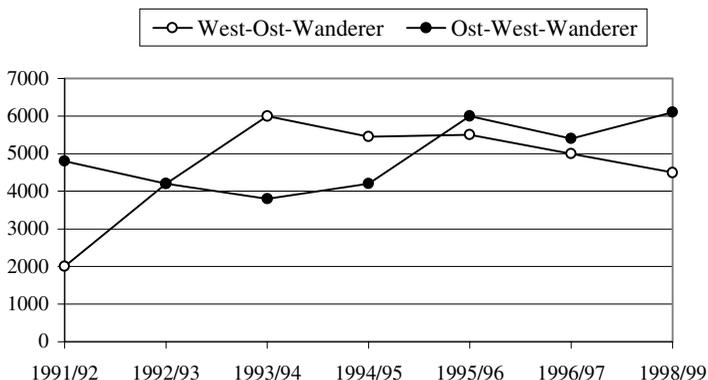
Ulrich Heublein
Leipzig

Mobilität ist eine häufig gebrauchte Vokabel. Kaum ein Text, der sich der modernen Arbeitswelt zuwendet und die Folgen weltumspannenden Wirtschaftens und Handelns beschreibt, kommt ohne sie aus. Ihr ursprünglicher Begriffsinhalt, der sich auf Beweglichkeit und

Beweglichkeit im Physischen wie Geistigen beschränkte,¹ ist längst schon über die Zwischenstufe Wohn- und Arbeitswechsel hinaus ausgeht auf die Entkopplung von Biographie und regionalem Gebundensein, ja Gebundenfühlen. Mobilität steht heute für eine Art modernes Nomadentum, für die Bereitschaft, so wie man früher mit seiner Herde dem Wachsen der Weidegründe folgte, jetzt die Arbeits- und Lebensorte unkompliziert nach Bedarf zu wechseln. Vor allem für die akademisch Gebildeten wird dieses Leitbild entworfen; mobil und flexibel sollen sie dem Globalisierungsdruck begegnen. Dies geschieht unbedacht z.B. des eigentlich augenfälligen Widerspruchs zwischen der Forderung nach personeller Mobilität und der gleichzeitig flächendeckenden Ausbreitung elektronischer Kommunikationsmedien. Die mediale Erschließung der Welt via E-Mail, Internet, Mobilfunk, ergänzt durch die stete Präsenz des Fernsehens müsste im Grunde genommen das Sesshaftsein erleichtern und das Verlangen nach direkter Begegnung – zumindest im Bereich sachrationalen Handelns – begrenzen. Aber alle Beschreibungen gegenwärtiger und künftiger Berufswelten bedienen eher ein Paradoxon: Je mehr und einfacher elektronische Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, desto stärker der Ruf nach Mobilität.

¹ Vgl. z. B. Meyers Konversations-Lexikon, 11. Band, Leipzig 1877, Stichwort "Mobilität", S. 628

Abb. 1 Wanderungsbewegungen deutscher Studienanfänger zwischen alten und neuen Ländern in den Wintersemestern 1991/92 bis 1998/99¹ (in absoluten Zahlen)



1) ab Wintersemester 1994/95 ohne Berlin

HIS-Studienanfängerbefragungen

Diesem ‚Mobilitäts-Sog‘ scheinen sich auch die Studierenden nicht entziehen zu können. Studienaufenthalte im Ausland oder gleich ein Auslandsstudium gelten als beruflich erfolgsversprechend und deswegen zunehmend als selbstverständlich. Nicht minder evident ist die bundesweite Ausrichtung schon der Studieninteressierten bei ihrer Hochschulwahl. Die deutschlandweite Verteilung der neuen Studierenden bei Studienanfang gilt als nur allzu logisch; wenn es angebracht erscheint, wechselt man von Kiel nach Konstanz oder von Frankfurt/Main nach Frankfurt/Oder. Auf diese Annahme bauen weitverbreitete Reformvorstellungen des Hochschulzugangs: Die besten Studienanfänger sollen an die besten Hochschulen kommen; durch Eingangsprüfungen, Aufnahmegesprächen oder ähnlichen institutionellen Hürden will man erreichen, dass die Studienberechtigten und Studienentschlossenen an die Hochschule kommen, die in Anforderungsniveau und Profil ihren Fähigkeiten und Vorstellungen jeweils am besten entspricht. Während die damit verbundene Abschaffung der ZVS, die Begründung neuer Zulassungsbedingungen durchaus heftig diskutiert werden, bleibt der Aspekt der für den Erfolg einer solchen Reform notwendig hohen Mobilitätsbereitschaft seltsam unbeleuchtet.

Aber angesichts der allseitigen Wechsel- und Wanderungserwartungen scheint dies auch kaum verwunderlich zu sein. Es gibt jedoch noch einen tieferliegenden Grund. Studium und Wanderung bzw. Hochschulwechsel wird quasi seit den Gründungszeiten der europäischen Universitäten miteinander verbunden. Nicht zufällig entstand die Rede von den "fahrenden Schülern". Was aber damals vor allem seine Ursachen in der geringen Zahl der Hochschulen und Gelehrten haben mochte, das begründet sich heute ganz anders. Da verknüpft sich das Sich-Einüben in wissenschaftlicher Rationalität, der universitäre Umgang mit differierenden Anschauungsweisen und der Gewinn eigener Positionen idealerweise mit dem Wechsel von Lehrern, Hochschulen und Orten. Der Erwerb von geistiger Souveränität und Beweglichkeit scheint häufig räumliche Mobilität vorauszusetzen. Dieser Zusammenhang hat das Bild vom "wandernden", vom mobilen Studenten immer wieder reproduziert. In der Öffentlichkeit wird Mobilität als ein immanentes Element der studentischen Lebensweise verstanden. Wobei der Begründungszusammenhang in den letzten Jahren noch durch die Vorstellung einer globalisierten Welt Ergänzung erfahren hat.

Ein solches Konstrukt verlangt natürlich nach empirischer Prüfung. Viele Entwicklungsmomente verdienen dabei Interesse – bildungsökonomische, motivationspsychologische etc. Dabei sei auf drei Aspekte besonders verwiesen, die in der Debatte um studentische Mobilität eine besondere Rolle spielen bzw. spielen sollten. Zunächst gilt es, überhaupt nach den wirtschaftlichen Grundlagen für Mobilität zu fragen. Heimatfernes Studium, Hochschulwechsel, Aufenthalt an anderen Orten erhöhen die individuellen Studienkosten. In welchem Maße besteht die Möglichkeit und die Bereitschaft, dies auch zu tragen? Das steht im Zusammenhang mit einem zweiten Aspekt, mit der Motivation für Mobilität. Die örtliche Beweglichkeit findet dann Sinn, wenn sie sich aus der Studienlogik ergibt, wenn sie also in einem festen Bezug steht zu möglichen Studien- und Berufsabsichten.

Da im Folgenden vor allem die studentischen Wanderungen zwischen den alten und neuen Ländern betrachtet werden sollen, ist noch ein weiteres Moment bedeutsam: Das virulente Bild vom mobilen Studenten ermöglichte es, den Ost-West-Austausch von Studienanfängern und Studierenden quasi "vereinigungsideologisch" aufzuladen. Allgemeine Mobilitätsbereitschaft vorausgesetzt ließen sich entsprechende Wanderungsbewegungen leicht zu einem Indikator für Ressentiments bzw. Sympathie

stilisieren. Der Wechsel zwischen Hochschulen in den alten und neuen Ländern wurde nicht nur als ein studentisches Urteil über Studienqualitäten vor allem an den ostdeutschen Bildungseinrichtungen interpretiert, sondern auch als Maß für gegenseitige Neugier, Zusammengehörigkeit, ja, für deutsch-deutsches Zusammenwachsen². Auf die Weise tritt neben den Fragen zu den finanziellen Grundlagen und dem Studienbezug noch die Mentalitäts- und Identitätsfrage. Wie weit differieren Studierende auf Grund unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen in ihren Denk- und Verhaltensweisen, in ihren Lebens- und Studienvorstellungen? Und: welche Konfliktfelder entstehen dadurch?

Umfang der Mobilität zwischen alten und neuen Ländern

Alle drei Aspekte lenken die Aufmerksamkeit zunächst auf den Umfang der West-Ost- und Ost-West-Mobilität. Als Datengrundlage dafür werden Ergebnisse von Studienanfänger-Befragungen und der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks verwendet, die vom HIS Hochschul-Informationssystem Hannover durchgeführt wurden. Allerdings kann mit ihnen nicht die Situation in Berlin beleuchtet werden, da dort – nicht nur in einem lokalen Sinne zu verstehen – die geringste Distanz zwischen ehemaligen bundesdeutschen und DDR-Hochschulen besteht. Die dargestellten Angaben zu den Studienanfängern beziehen sich deshalb nur auf die west- bzw. ostdeutschen Bundesländer, ohne die entsprechenden Bezirke Berlins. Des weiteren gelten die angesprochenen Zahlen nur für die Wintersemester, in denen sich allerdings jeweils der größte Teil der neuen Studierenden immatrikuliert.

Welche Wanderungsbewegungen lassen sich (außerhalb Berlins) zwischen alten und neuen Ländern registrieren? Zu Beginn der 90er Jahre, im Wintersemester 1991/92, sind es 4800 Studienanfänger aus den neuen Ländern, die den Schritt an eine Hochschule im Westen Deutschlands wagen. Sie stellen dort ganze zwei Prozent der neubeginnenden Studierenden. Gerade zu diesem Zeitpunkt wird angesichts ungewisser Verhältnisse an den ostdeutschen Hochschulen ein sprunghaft steigendes Interesse an einem Studium in den alten Ländern erwartet. Doch diese Erwartungen erfüllen sich nicht. Es dauert bis zum Wintersemester 1995/96, bis

² Ein Beispiel von vielen: H.-U. Wendt: Hier bin ich Mensch nicht Masse. In: *Spiegel special* "Student '98" Heft 6/1998, S. 118 ff.

sich der niedrige Anteil ostdeutscher Studienanfänger an westdeutschen Hochschulen verdoppelt. Danach ändert sich an diesem Verhältniswert bis Ende der 90er Jahre nichts mehr, der Wanderungsumfang stagniert, jedes Wintersemester kommen rund 6000 Studienanfänger aus den neuen Ländern zum Studium in den Westen Deutschlands.

In umgekehrter Richtung, von West nach Ost, fällt das „Wechsel-Interesse“ noch zaghafter aus. Im Wintersemester 1991/92 immatrikulieren sich 2000 Studienanfänger aus den alten Ländern an einer Hochschule in den neuen Ländern, das sind hier 6% aller Erstimmatrikulierten. Bis Mitte der 90er Jahre verdreifacht sich ihr Anteil, bis zu 20% der Studienanfänger an den ostdeutschen Hochschulen, das sind rund 6000 Studierende, kommen aus dem Westen. Zum Ende der 90er Jahre sinkt aber ihre Zahl, im Wintersemester 1998/99 nehmen nur noch 4500 westdeutsche Studienanfänger ein Studium in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen auf, sie stellen dort rund 13% aller neubeginnenden Studierenden. So wächst über den gesamten Untersuchungszeitraum der Saldo nicht über 12 000 Studienanfänger, die zwischen alten und neuen Länder wechseln. Das kann bei jeweils über 180 000 erstimmatrikulierte Studierende im Wintersemester kaum als besonders hoch eingeschätzt werden. Dabei wandern zwar zahlenmäßig mehr Studienanfänger von den neuen in die alten Länder, trotzdem sind ihre Kommilitonen aus dem Westen Deutschlands, die in den Osten wechseln, dort stärker präsent. Ende der 90er Jahre stammt jeder siebte Studienanfänger an einer ostdeutschen Hochschule aus einem Ort zwischen Bayern und Schleswig-Holstein.³

An diesem Bild ändert auch der spätere Hochschulwechsel nichts. Nach den Angaben der 15. Sozialerhebung wechselten lediglich 17% aller Studierenden die Hochschule. (Dies korrespondiert durchaus mit den Ergebnissen von Absolventenstudien, nach denen 20-25% der Befragten im Laufe ihres Studiums die Hochschule gewechselt haben.) Bezeichnend für sie ist vor allem, dass – bei einer Einteilung Deutschlands in vier Regionen entsprechend der Himmelsrichtungen – mit einem Hochschulwechsel die bisherige Studienregion häufig nicht verlassen wird. Zu einem intensiveren Ost-West-Austausch kommt es dabei nicht. Nur jeweils 4-7% der Hochschulwechsler aus der nördlichen, westlichen und südlichen Region

³ Vgl. K. Lewin u. a.: Studienanfänger im Wintersemester 1998/99. HIS Hochschulplanung 138. HIS GmbH Hannover 1999, S. 14ff.

zieht es an eine ostdeutsche Hochschule; sie stellen insgesamt 7% aller Hochschulwechsler. Umgekehrt begibt sich zwar rund die Hälfte der entsprechenden Studierenden aus den neuen Ländern zur Fortsetzung ihres Studiums an eine Hochschule in den alten Ländern, aber in der Gesamtbilanz decken sie auch nur 9% des Hochschulwechsels ab. Der wichtigste Befund dabei ist aber, dass dies in etwa dem Größenverhältnis der Wanderungen zwischen den verschiedenen westdeutschen Regionen entspricht. Dem Ost-West-Wechsel kommt damit kein anderer Platz zu als z. B. dem Wechsel zwischen westlichen und südlichen Bundesländern.⁴ Bei allen Interpretationsversuchen gilt erst einmal festzustellen: Zwischen alten und neuen Ländern herrschen "normale" Verhältnisse – Mobilität findet nur eingeschränkt statt, typisch ist heimatnahes Studieren.

Belegen lässt sich das auch durch einen Blick auf die regionale Herkunft der Studierenden. Bei einer Einteilung der deutschen Hochschulen in fünf Regionen, diesmal einschließlich Berlins, zeigt es sich, dass die überwiegende Mehrzahl der Studierenden der jeweiligen Hochschulregion entstammt. Lediglich Berlin stellt eine leicht zu begründende Ausnahme dar, ansonsten aber gibt es in dieser Hinsicht keine wesentlichen Unterschiede zwischen den westdeutschen Regionen und Ostdeutschland. Immer sind es lediglich rund ein Fünftel der Studierenden, die aus anderen Regionen kommen. Diese Zahl relativiert sich noch bei einer Mobilitätsbetrachtung auf Ebene der Bundesländer. Dabei zeigt es sich, dass zwar rund 30% der Studienanfänger zum Studium in ein anderes Bundesland wandern, aber zwei Drittel von diesen nur ins benachbarte. Ihre gewählte Hochschule ist meist näher an ihrem Heimatort als die nächstgeeignete ihres Bundeslandes. Deshalb können diese Studierenden selten als Beispiel für Mobilität dienen, eher für die Vermeidung von Mobilität.⁵

⁴ Vgl. Schnitzer u.a.: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 15. Sozialerhebung des DSW. Bonn 1998, S. 301ff.

⁵ Vgl. K. Lewin u. a.: Studienanfänger zwischen alten und neuen Ländern. In: HIS Kurzinformation A 4/95, Hannover 1995, S. 21ff. sowie: Statistisches Bundesamt: Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen Wintersemester 1999/2000, Wiesbaden 2000, S. 260ff.

Abb. 2 *Regionale Herkunft der Studienanfänger an deutschen Hochschulen im Wintersemester 1999/2000 in Prozent*

Region des Studienorts	Region des Erwerbes der Hochschulzugangsberechtigung						insgesamt
	Süd	Ost	Nord	West	Berlin	Ausland	
Süd	82	2	4	10	0	1	100
Ost	6	82	4	5	4	< 1	100
Nord	5	4	78	12	1	1	100
West	10	2	7	80	0	1	100
Berlin	11	16	10	11	51	1	100
Insgesamt	29	13	17	35	5	1	100

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, R4.1, WS 1999/2000

Gründe für den Verbleib in der heimatischen Region

Offensichtlich scheinen nicht politische Differenzen und Mentalitätsunterschiede einem stärkeren Ost-West-Austausch vorrangig im Wege zu stehen, sondern dieser findet zunächst deswegen nicht statt, weil Mobilität kein besonders ausgeprägtes Element studentischer Lebensweise ist. Gründe für diesen Verzicht finden sich in den Motiven der Hochschulwahl von Studienanfängern. Auch wenn dies hier am speziellen Fall der Hochschulentscheidung westdeutscher Studienanfänger, die im Westen, und ostdeutscher Anfänger, die im Osten geblieben sind, dargestellt wird, so kann das doch durchaus als symptomatisch für das Problem ausbleibender Wanderung aller Studierenden genommen werden.

Warum also wählen Ostdeutsche ostdeutsche und Westdeutsche westdeutsche Hochschulen? In den Antworten darauf gibt es in den letzten zehn Jahren wenig Veränderung. Die Hochschulwahl wird dominiert durch das Streben nach Heimatnähe, für rund zwei Drittel der betreffenden Studierenden ist dieser Aspekt von hoher Relevanz. Studienbedingungen dagegen, wie der Ruf der Hochschule, das Lehrangebot oder die Ausstattung der Hochschule sind zwar nicht unwichtig, aber sie werden von weitaus weniger Studierenden bei ihren Entscheidungen bedacht. Hinter dem starken Heimatbezug verbergen sich natürlich unterschiedliche Beweggründe, nicht zuletzt auch regionale Ressentiments, Empfinden von Fremdheit und mangelnde Akzeptanz, aber die enge Verknüpfung

dieses Aspektes mit solchen Indikatoren wie starkes Gebundensein an Partner und Freunde, verwandtschaftliche Bindungen und das Achten auf günstige Lebensbedingungen weisen doch daraufhin, dass es vor allem zwei Momente sind, die hier eine Rolle spielen. Zum einen bedeutet heimatnahes Studium für die Studienanfänger wirtschaftliche Vorteile. Die während des Studiums anfallenden Aufwendungen lassen sich in der Nähe elterlicher oder anderweitig vertrauter Unterstützungsnetze leichter tragen. Zum anderen hat Heimatnähe auch einen entwicklungspsychologischen Hintergrund. Ein großer Teil der Studienanfänger befindet sich in einer Lebensphase, in der er sich noch nicht vom Elternhaus gelöst und diese sowie weitere aus Kindheit oder Jugend stammende Beziehungen neugestaltet hat. Das ist ein Prozess, der heutzutage häufig erst im Studium einsetzt. Die Nähe zum Elternhaus wird zu Studienbeginn nicht zufällig oder aus Bequemlichkeit gesucht, sondern entspringt einer inneren Bedürfnislage.⁶

Diese „wanderungsgehemmten“ Studienanfänger offenbaren gleichzeitig, dass eine bewusste Wahl einer Hochschule, eines Hochschulortes im Sinne einer intensiven Prüfung nach Kriterien, wie sie sich aus den eigenen Studienabsichten ergeben, bei ihnen nur eingeschränkt stattfindet. Hochschulferne Aspekte spielen bei der Entscheidung für den Studienort eine größere Rolle als hochschulimmanente. (Auf das dabei häufig bestehende Informations- und Kommunikationsproblem kann im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen werden.⁷)

Gründe für den Wechsel in eine andere Region

Angesichts eines solchen Befundes erhebt sich die Frage: Was ermöglicht denn überhaupt Mobilität? Aus welcher Motivationslage heraus entscheiden sich Studieninteressierte für ein Studium im jeweils anderen Teil Deutschlands? So verwandt west- und ostdeutsche Wanderungsvermeider in ihren Beweggründen sind, mobile Studienanfänger differieren dennoch je nach regionaler Herkunft in ihren Absichten. Für Westost-Wanderer spielen Heimatnähe und persönliche Beziehungen so gut wie gar keine, Zulassungsbeschränkungen dafür aber eine wesentliche Rolle. Zwar hat

⁶ Vgl. Lewin u. a.: Studienanfänger a. a. O. S. 74ff.

⁷ s. dazu aber: Lewin u. a.: Vorbereitung auf das Studium und Informationsstand deutscher Studienanfänger bei Studienbeginn. HIS Kurzinformationen A8/97. Hannover 1997

sich der Anteil jener westdeutschen Studienanfänger, die sich quasi nicht aus freier Entscheidung an einer ostdeutschen Hochschule immatrikuliert haben bzw. für die diese Hochschule nicht die erste Wahl war, im Laufe der Jahre verringert, von 41% im Wintersemester 1991/92 auf 29% im Wintersemester 1998/99, das heißt jedoch nicht, dass damit das normale Ausmaß an unfreiwilliger Hochschulwahl erreicht wäre. Unter den Westost-Wanderern ist der Anteil an Studienanfänger, die durch ZVS-Entscheid oder andere NC-Regelungen nicht an der von ihnen gewünschten Hochschule ihr Studium aufnehmen, dreimal so hoch wie im Mittel. Der Rückgang der NC-bedingten Hochschulwahl geht interessanterweise einher mit einem allgemeinen Rückgang dieser Wechsler.

Studienbedingungen werden bei der Entscheidung für eine Hochschule von den Westost-Wechslern genau so oft berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt wie von den „sesshafteren“ Studienanfängern. Eine Ausnahme gibt es allerdings: Ein wichtiges Wanderungsmotiv ist das Streben nach überschaubaren Studienverhältnissen. Bis Mitte der 90er Jahre wurde von den betreffenden Studierenden solche Überschaubarkeit an den Hochschulen in den neuen Ländern gesucht und gefunden. Mit steigenden Studentenzahlen, vor allem in bestimmten Studienrichtungen, verliert dieses Motiv an Bedeutung. Auffällig ist auch der relativ hohe Wert, den die wanderungswilligen Studierenden der Atmosphäre des Hochschulortes beimessen. Sie nehmen die kulturellen Eigenschaften und Besonderheiten ihres Studienumfeld offensichtlich sensibel wahr und suchen nach Orten, mit deren Eigenarten sie sich identifizieren können. Hochschulen und Städte mit erlebbaren Traditionen, mit einem reichen kulturellem Umfeld haben hier gute Chancen.

Mit etwas anderen Motivkonstellationen warten die Ostwest-Wanderer auf. Unter ihnen hat ein überraschend hoher Anteil, zwischen einem Viertel und der Hälfte, seine Hochschule nach dem Aspekt der Heimatnähe und dem Bestehen persönlicher Beziehungen ausgewählt. Das ist ein Anzeichen dafür, dass nicht wenige dieser Studienanfänger aus Grenzregionen der neuen Länder stammen, so dass die nächste Hochschule, die in ihrem Studienfach für sie in Frage kommt, unter Umständen eine westdeutsche ist. Zulassungsbeschränkungen spielen dagegen nur eine geringe Rolle. Als wesentlich werden häufig bestimmte Studienbedingungen genannt. Dabei handelt es sich vor allem um den guten Ruf, das vielfältige Lehrangebot und die Ausstattung der Hochschule. Anfang und Mitte der 90er Jahre wurden solche Aspekte besonders häufig angeführt, um die

Immatrikulation an einer Hochschule in den alten Ländern zu begründen. Auch wenn deren Bedeutung seitdem etwas zurückgegangen ist, sind sie für diese Gruppe immer noch überdurchschnittlich wichtig. Auch sie beachten besonders häufig die kulturelle Atmosphäre des Studienortes. Nicht gesichtslose Hochschulen werden gesucht, sondern jene, die sich durch Unverwechselbarkeit, Charakter und studentisches Flair auszeichnen.⁸

Die motivationale Situation der Westost- und Ostwest-Wechsler bestätigt damit zunächst einmal den geringen Bedarf, heimatliche Regionen zu verlassen. Ein Teil der Wanderung zwischen alten und neuen Bundesländern ist mehr oder minder stark durch Zulassungsbeschränkungen oder gewünschte Heimatnähe „erzwungen“. Bei allen anderen Wanderern aber kommen unmittelbar hochschulbezogene Aspekte stärker zur Geltung als bei den „wanderungsunwilligen“ Studienanfängern. Deren Hochschulwahl wird dominiert von wirtschaftlichen und psychologisch-emotionalen Erwägungen. Das dürfte auch allgemein das wesentliche Unterscheidungskriterium zwischen mobilen und sesshaften Studienanfängern sein, unabhängig von ihren Heimatregionen.

„Uneingelöstes“ Wanderungspotenzial

Mit der im Grunde bewussteren Hochschulwahl der Westost- bzw. Ostwest-Wanderer ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass Mentalitätsunterschiede, politische Differenzen und sogar Ängste den deutsch-deutschen Austausch verhindern, auch wenn schon evident sein dürfte, dass das Mobilitätsverhalten keinesfalls in erster Linie darauf zurückgeführt werden kann. Als Beleg dafür stehen auch jene studentischen Gründe, warum trotz ernsthafter Erwägungen zum Wechsel an eine Hochschule im jeweils anderen Teil Deutschlands, ein solcher Schritt dann doch nicht vollzogen wurde. Dieses sozusagen „uneingelöste“ Wanderungspotenzial ist in den Jahren seit der deutschen Vereinigung unter den westdeutschen Studienanfängern nie größer als 2-3% gewesen. In den neuen Ländern dagegen war das Interesse an ein Studium in den alten Ländern zunächst weitaus größer. Anfang der 90er Jahre überlegte über ein Viertel der ostdeutschen Studienanfänger, ob sie sich nicht an einer Hochschule zwischen Flens-

⁸ Vgl. Heublein: Mobilität deutscher Studienanfänger. Unveröffentl. Forschungsbericht. Leipzig 1999

burg und Konstanz immatrikulieren sollten, entschied sich dann aber dagegen. Sieben Jahre später hatte sich dieser Anteil schon halbiert und betrug nur noch 13%.

Wichtigster Hinderungsgrund dabei für einen solchen regionalen Wechsel der betreffenden ostdeutschen Studieninteressenten ist von Anfang an die Sorge um bestimmte Lebensbedingungen. Die Studierenden sahen und sehen in einem solchen Fall große finanzielle und damit in Verbindung auch Wohnungsprobleme auf sich zukommen. Sie schätzen beim Studium an einer heimatnahen Hochschule die wirtschaftlichen Risiken für sich geringer ein. Auch bestimmte emotional-psychische Kriterien werden von ihnen häufig zur Begründung ihrer Wanderungsablehnung angegeben. „Fühle mich hier wohler!“, „Hier kenne ich alles, hier ist mir alles gewohnt!“ – so lauten die Argumente von mindestens zwei Fünfteln der betreffenden ostdeutschen Studienanfänger. Sowohl die wirtschaftlichen als auch diese eher ortsbezogenen Beweggründe korrespondieren eng mit der Tendenz einer heimatnahen Hochschulwahl.

Die letztgenannten Aspekte können dabei nicht als psychologische oder politische Distanzierung von den westdeutschen Studierenden, Hochschulen und Orten in Anspruch genommen werden. Zum einen spielen nämlich in diesem Zusammenhang Mentalitätsdifferenzen, das Empfinden der Menschen in den alten Bundesländern als fremd, nur kurzzeitig gleich nach der deutschen Vereinigung eine Rolle. 19% der wanderungsinteressierten, sich dann aber nicht dafür entscheidenden Studienanfänger gebrauchen dieses Argument. Schon 1994 ist seine Bedeutung unter die Zehnprozent-Marke gefallen. Zum anderen werden die mehr emotionalen Beweggründe – „ungewohnte Umgebung“, „fühle mich hier wohler“ – von ostdeutschen Studienanfängern, die ein Studium nicht an einer west-, sondern an einer anderen ostdeutschen Hochschule erwogen und ihnen dennoch nicht gefolgt sind, ähnlich häufig zur Begründung herangezogen. Das kann nichts anderes bedeuten, als dass hinter diesen Motiven kein bewusstes Abwenden von den Kommilitonen an den Hochschulen in den alten Ländern steht, sondern die hohe persönliche Bedeutung des Verbleibs am ausgewählten (heimatnahen) Studienort.

Indirekte Bestätigung erfährt diese Schlussfolgerung dadurch, dass erst an dritter Stelle in der Rangfolge der Ablehnungsgründe bestimmte Studienbedingungen stehen. Lediglich ein Viertel der Studienanfänger im Wintersemester 1996/97 aus den neuen Ländern, die zwar über einen Wechsel in die alten nachdenken, es aber damit bewenden lassen, schrek-

ken vor überfüllten Hochschulen zurück; nur in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung waren es noch doppelt so viele.

Den ostdeutschen Studienanfängern ganz ähnlich argumentieren ihre westdeutschen Kommilitonen, die sich nun umgekehrt zwar ein Studium in den neuen Ländern ernsthaft überlegen, dann aber doch Abstand davon nehmen. Nur problematische Lebensbedingungen spielen für ihre Ablehnung eine etwas geringere Rolle. Heimatverbundene Beweggründe werden aber genauso häufig genannt. Das ist ebenso der Fall bei jenen westdeutschen Studienanfängern, die ein Studium an einer anderen westdeutschen Hochschule erwogen haben. Studienbedingungen als Hinderungsgrund für einen Westost-Wechsel sind nur bis Mitte der 90er Jahre bedeutsam. Ein Fünftel der betreffenden Studienanfänger empfand damals die Lehre an den ostdeutschen Hochschulen als zweifelhaft oder hatte Sorge, dass dort erworbene Abschlüsse keine Anerkennung finden. Schon im Wintersemester 1996/97 lag ihr Anteil unter einem Zehntel.⁹

So bleibt es dabei: Der deutsch-deutsche Austausch an Studienanfängern und Studierenden könnte für manche ernüchternd ausfallen. Die Ursachen dafür sind weniger mentalitätsbegründete Abneigungen oder politisches Unverständnis, sondern letztlich neben verzögerten Ablösungsprozessen vom Elternhaus mangelhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen für das Studium. Zu wenig erfolgt in Ost wie West die Hochschulwahl als studienbezogene Entscheidung, wird also mit ihr versucht, Studien- und Berufsabsichten mit den realen Studienverhältnissen in Einklang zu bringen.

Differenzen zwischen mobilen und in der heimatlichen Region verbliebenen Studierenden

Mit der Darstellung der motivationalen Hintergründe des Wanderungsverhaltens lässt sich aber die Frage nach den Mentalitätsdifferenzen nicht beiseite schieben. Gerade an den ostdeutschen Hochschulen behauptet sie ihre Gültigkeit, weil – wie schon dargestellt – dort der Anteil westdeutscher Studierender bei fast einem Fünftel liegt; im umgekehrten Fall machen ostdeutsche Studierende deutlich weniger als ein Zehntel aus. Führen die zweifellos unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen zu Kon-

⁹ Vgl. Heublein: Mobilität a.a.O.; K. Lewin u.a.: Studienanfänger im Wintersemester 1996/97. HIS Hochschulplanung 128. HIS GmbH Hannover 1997, S. 77ff.

fliktfeldern, deren Beachtung ratsam ist? Mit den vorliegenden Studien ist dieser Aspekt nur schwer zu klären. Weder wenden sie sich vorrangig den entsprechenden Herkunftsbedingungen zu noch den sich daraus möglicherweise ergebenden Denk- und Verhaltensweisen. Der Abstand zwischen Westost-Wechslerinnen und ihren ostdeutschen Kommilitonen ist vorläufig unbestimmt. Allerdings ist das Material hinreichend, um einige Konfliktzonen zu markieren, ohne sie schon empirisch verifizieren zu können. Unbeachtet muss auch die Entwicklungsdynamik bleiben. Die vor allem für diese Probleme herangezogene HIS-Studienanfängeruntersuchung von 1998 erlaubt es gewissermaßen einen Anfangszustand zu kennzeichnen, sie gibt aber nicht Auskunft über einsetzende Änderungen und Vermittlungsprozesse, also darüber wie sich das Verhältnis sowohl im Laufe des Studiums als auch in der Abfolge der Studienanfänger-Jahrgänge entwickelt.

Abb. 3 *Ausgewählte Hochschulwahlmotive deutscher Studienanfänger im Wintersemester 1998/1999 (Mehrfachnennungen; Anteil der Studienanfänger, die das jeweilige Motiv als "wichtig" kennzeichneten, in Prozent)*

	Studienanfänger West	Studienanfänger Ost	West-Ost-Wanderer	Ost-West-Wanderer
wegen Zulassungsbeschränkungen	10	8	29	9
guter Ruf der Hochschule	24	32	27	33
vielfältiges Lehrangebot	21	28	24	33
Ausstattung der Hochschule	20	33	25	29
überschaubare Verhältnisse	31	44	40	36
Nähe zum Heimatort	61	67	9	25
günstige Lebensbedingungen	30	44	28	25
Atmosphäre am Hochschulort	28	34	39	42

HIS-Studienanfängerbefragungen

Dargestellt wurde schon, dass Studienanfänger, die jeweils in den anderen Teil Deutschlands wechseln, in ihrer Motivationslage vieles gemeinsam haben, gleich, ob sie aus den alten oder neuen Ländern kommen. Dies

lässt sich auch auf weitere mentale Bereiche ausweiten. So fühlen sich Wanderer generell leistungsstärker. Der Anteil unter ihnen, der sich Sorgen macht wegen den Studien- oder Prüfungsanforderungen ist niedriger. Häufiger sind sie interessiert an einem zumindest zeitweisen Wechsel ins Ausland. Dabei kalkulieren sie den Preis für ihre Mobilität immer mit ein: sie sehen sich häufiger in der Not, während des Studiums zu jobben und sind auch weniger auf Partnerschaft orientiert.¹⁰

Solcherart Studienauffassung verbindet sich bei jenen Studienanfängern, die vom Westen in den Osten wechseln, mit einem Studienverhalten, das stärker als das ihrer Kommilitonen aus den neuen Ländern auf Selbststudium und eine Studiengestaltung nach eigenen Kriterien setzt. Ihr Studienziel beschränkt sich häufiger nicht nur auf das Fachwissen, sondern sie streben zu drei Vierteln für sich Kritikfähigkeit an, von ihren Mitstudierenden nur rund die Hälfte. Auch wollen sie häufiger über die Grenzen ihres Faches schauen und sind immerhin zu einem Fünftel an politischem Engagement interessiert. Von ihren Kommilitonen verfolgt solche Interessen nur jeder Zehnte. Dabei sind die Westost-Wechsler seltener als die ostdeutschen Studierenden auf beruflichen Erfolg orientiert. Das kann aber auch darin begründet sein, dass sie durch ihr Elternhaus häufiger finanziell bessergestellt sind. Sie haben weniger Sorgen um die Studienfinanzierung und selbst um den künftigen Arbeitsplatz. Offensichtlich ist bei ihnen auch ein geringeres soziales Interesse außerhalb eines politischen Kontextes. Mit einem Anteil von einem Fünftel haben sie doppelt so häufig wie ihre Kommilitonen Sorge um einen guten Kontakt mit ihnen. Auch wenn gerade letzteres der Situation zu Studienanfang geschuldet sein mag, so zeigt sich doch eine recht deutliche Erkennbarkeit der Studienanfänger aus den alten Ländern in den ostdeutschen Hochschulen.

Ein ähnlicher Befund lässt sich auch für die Ostwest-Wechsler formulieren. Für sie ist eine starke extrinsische Studienmotivation bezeichnend. Sie wollen durch das Studium deutlich häufiger günstige berufliche Chancen, einen guten Verdienst und einen hohen Status erreichen. Allerdings sind sie stärker auf soziale Beziehungen, auf Teamarbeit und intensiven Kontakt im Studium orientiert. Soziale Fähigkeiten sind ihnen ein wichtigeres Studienziel als ihren westdeutschen Kommilitonen. Der auffälligste Unterschied ist aber vielleicht der, dass die Studierenden aus den neuen

¹⁰ Vgl. Heublein: Mobilität a. a. O.

Ländern weitaus weniger Kritik an den Studienbedingungen üben, obwohl sie sich anteilmäßig nicht seltener an den großen Universitäten und auch in den begehrtesten Studienfächern immatrikuliert haben. Nur ein Fünftel findet die Studienorganisation unzulänglich, aber über die Hälfte ihrer Mitstudierenden aus den alten Ländern. Seltener beklagen sie sich über den Lehrstoff, über mangelnde Orientierungsmöglichkeiten oder über die Didaktik der Lehrveranstaltungen, selbst mit den Freizeitmöglichkeiten sind sie zufriedener.

Innerdeutsche Beziehungen

Ost und West an den Ost-Hochschulen

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

Es ist Widersprüchliches zu hören. In der Wissenschaft und an den Hochschulen sei die Ost-West-Integration hervorragend geglückt, sagen die einen. Man lebe bestenfalls in halbwegs friedlicher Koexistenz nebeneinander her, so die anderen. Hinzu treten diejenigen,

denen weder das eine noch das andere zu erleben vergönnt ist, da sie im Zuge der Neuordnung aus akademischen Beschäftigungszusammenhängen herausgeschleudert worden waren. An illustrierenden Beispielen mangelt es keiner Seite. Woraus speisen sich die einander ausschließenden Wahrnehmungen? Sortieren wir dazu ein wenig die empirischen Hintergründe.

1. Die Studierenden

Am wenigsten problematisch verhält es sich augenscheinlich bei den Studierenden. Deren West-Ost-Wanderung bleibt in Grenzen (wie auch die Ost-West-Wanderung), doch ist das kein Grund zur Beunruhigung: Zwischen Schleswig-Holstein und Bayern bspw. sind die Studierenden-Ströme ebenfalls nicht sehr viel größer, auch wenn der allgegenwärtige Mobilitätsdiskurs andere Vermutungen produziert.¹ Wer zum Studium aus dem Westen in den Osten kommt, folgt entweder einer eigenen Entscheidung oder ist ZVS-verschickt. Die zweite Variante ist naturgemäß nicht so beliebt, aber es hat zumindest kaum mehr jemand das Gefühl, in die Wildnis verbannt worden zu sein – anders als zu Beginn der 90er Jahre. Überdies entstehen, wenn die ZVSl'er dann erst einmal da sind, Bewer-

¹ Genauer dazu vgl. den Beitrag von Ulrich Heublein in diesem Band.

tungsunterschiede, die sich aus schlichten Attraktivitätsdifferenzen der einzelnen Studienorte ergeben. Studienzeit ist ja auch Lebenszeit, mit der sich bestimmte Spaßerwartungen verbinden – und diese eingelöst zu bekommen, ist in Ilmenau oder Greifswald ein wenig mehr Eigenaktivität erforderlich, während man in Dresden oder Leipzig aus einer Überfülle des Angebots auswählen kann. Eine ostdeutsche Besonderheit hierbei ist die anhaltende Existenz einer ausdifferenzierten Studentenclub-Landschaft in nahezu allen Hochschulstädten.

Die Studienbedingungen sind formal weitgehend angeglichen. Auseinandersetzungen, die es diesbezüglich gegeben hatte, sind weitgehend zu Gunsten der ‚bewährten‘ westdeutschen Üblichkeiten entschieden worden – etwa beim Multiple choice in der Medizinerbildung als einem der größeren Streitfälle: Dort hatten bis 1996 die Vertretungen der ostdeutschen Medizinstudierenden in einer Einmütigkeit mit ihren Professoren, die in Westdeutschland unbekannt ist, gegen die mechanische Ankreuzprüfung und für die mündliche Examination gekämpft² (wobei freilich, wie zugleich erwähnt werden muss, die Sache nebenher einen befremdlichen Beigeschmack erhielt: bald nämlich war die Mündliche Prüfung zum nicht mehr steigerungsfähigen Höhepunkt zwischenmenschlicher Begegnung im Studium stilisiert worden; die Gefahr subjektiver Verzerrungseffekte, wie sie mündlichen Prüfungen notwendig eignet, spielte aus taktischen Gründen kaum eine Rolle mehr). In zahlreichen Fächern sind die Betreuungsrelationen an der ostdeutschen Hochschulen nach wie vor besser als in Westdeutschland. Die technische Infrastruktur rangiert z.T. vor der westdeutschen Hochschulen, weil die Neuausstattungen der letzten zehn Jahre naturgemäß auf dem jeweils aktuellsten Stand erfolgten.

Im Bereich der studentischen Selbstverwaltung fällt an den Ost-Hochschulen ein doppeltes Phänomen auf. Einerseits gibt es eine Teilung der überregionalen Zusammenarbeit zwischen den Studierendenvertretungen in West und Ost: Während in den westdeutschen Bundesländern der *freie Zusammenschluss von studierendenschaften* (fzs) den (konfliktgeneigten) Ton angibt, veranstalten die ostdeutschen StudentInnenRäte und Asten regelmäßig ein eigenes *ostdeutsches studierendenvertretungstreffen*

² Vgl. AG „Studiengestaltung in den neuen Ländern“ (1993); die Beiträge des Themenschwerpunkts „Streitfall Multiple Choice“ in: *hochschule ost* 2/1994, S. 39-58; Westhoff (1995).

(o.s.t.).³ Andererseits überrascht die Präsenz der StudentInnen westdeutscher Herkunft in den selbstverwalteten studentischen Strukturen der Ost-Hochschulen. Während sie dort zwischen 10 und 25% der jeweiligen Studierendenschaft ausmachen, sind sie in den studentischen Vertretungsgremien mit einem jeweils etwa doppelt so hohen Anteil präsent. Dabei tragen sie auch das eher pragmatisch orientierte StuRa-Modell und die entsprechende Kooperationskultur voll mit; sie sind in dieser Hinsicht regelmäßig binnen kurzem gleichsam ossifiziert.⁴ Dass sie sich zugleich immer noch durch dominanteres Kommunikationsverhalten von ihren ostdeutschen KommilitonInnen unterschieden bzw., umgekehrt, die Ostdeutschen nach wie vor einen zurückhaltenderen Stil pflegten, wird immer einmal wieder behauptet. Es wäre dies möglicherweise ein lohnender Untersuchungsgegenstand, der ggf. etwas über nach wie vor differierende Ost- und Westsozialisation aussage.⁵

Problembeladener als bei den Studierenden sind die Verhältnisse im Bereich des Hochschulpersonals.

2. Das Personal: Ost-West-Quantitäten und ungleiche Bedingungen

Die statistisch abgesicherten Erhebungen, denen sich für unseren Zweck relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen in den Einzelheiten miteinander schwer vergleichbar. Zunächst lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiographien gegeben hat. Dessen Ausmaß wird erst dann wirklich deutlich, wenn der Blick über die Hochschulen hinaus in die Bereiche der außeruniversitären Forschung gelenkt wird. So ist das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden:⁶

³ Vgl. näher Pasternack/Neie (2000, 372-389).

⁴ ausführlich zur Entwicklung der studentischen Selbstverwaltung in Ostdeutschland: Pasternack (2000).

⁵ Vgl. als empirische Untersuchung zum Zusammenstudieren von Ost- und Westdeutschen die (unveröffentlichte) Dissertation von Albert (1998), die das Thema am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin verhandelt. Einige (Vorab-)Ergebnisse daraus sind veröffentlicht in Albert (1995).

⁶ wobei hier auf Grund der erwähnten Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden kann. Grundlage

- ca. 30% an den Hochschulen (mit starken regionalen Unterschieden, die daraus resultierten, dass die Hälfte des gesamten DDR-Wissenschaftspotentials auf Ost-Berlin und die drei sächsischen Bezirke konzentriert war),
- ca. 50% in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 50% sind heute in Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Instituten tätig),
- ca. 85% in der Industrieforschung (eine Leistung vor allem der Treuhand-Anstalt, die wiederum „den Markt“ dafür verantwortlich macht, der seinerseits dafür nichts kann, da es die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen – war, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und da „dem Markt“ diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes nicht direkt zugerechnet werden kann).

In dieser Gesamtansicht ließe sich bezüglich der Hochschulen also auch sagen, dass sie vergleichsweise glimpflich davon gekommen sind. Im Ost-West-Focus ist hinzuzufügen, dass das entlassene ostdeutsche Hochschulpersonal nicht vollständig durch auswärtiges ersetzt wurde, da zugleich ein teilweise drastischer Stellenabbau stattfand. Dennoch ergaben die Neubesetzungen ein deutliches Übergewicht an Personal westdeutscher Herkunft. Dabei wiederum muss auf erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Fächergruppen hingewiesen werden:

- Die Sozial- und Geisteswissenschaften sind stärker verwestlicht als die Naturwissenschaften.
- Innerhalb der Letzteren hatten ostdeutsche Professoren in den Ingenieurwissenschaften die größten Verbleibschancen, während die Verhältnisse an den medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten stärker ost-west-ausgeglichen sind.
- Innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften wurden die Sozialwissenschaften deutlicher verwestlicht als die Geisteswissenschaften. Doch ist dort intern nochmals zu differenzieren:
- Einerseits gibt es Bereiche wie die Politikwissenschaft, die nahezu vollständig westdeutsch besetzt sind, da es dieses Fach so in der DDR nicht gab, während es sich in der Soziologie ausgeglichener verhält:

dieser Zusammenschau sind: Meske (1993), Hg. Meyer (1993), Neie (1996), Buck-Bechler et al. (1997), Lewin (1997), Burkhardt (1997).

Von 53 dort an ostdeutsche Universitäten berufene ProfessorInnen waren 1997 elf in der DDR promoviert oder habilitiert worden (Kaube 1998, 297).

- Andererseits sind bei die Geisteswissenschaften Fächer wie die Philosophie, die Geschichts- oder die Literaturwissenschaften sehr westdominant besetzt, während es in den Sprachwissenschaften und den sog. Kleinen Fächern eine deutliche Ausgewogenheit zwischen Ost und West gibt – zumindest solange Pensionierungen und darauf folgende Neubesetzungen noch keine Veränderung bewirken.⁷

Das relative Übergewicht westdeutscher Berufungen muss grundsätzlich weder verwundern – die ostdeutsche Partialpopulation bildet nun einmal nur 20% der gesamtdeutschen Bevölkerung –, noch muss sich dahinter ein prinzipielles inhaltliches Problem verbergen.⁸ Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Ebenso ist aber darauf hinzuweisen, dass die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland insbesondere dann kein Problem wäre, wenn es auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen gäbe. Dies ist freilich weder der Fall noch absehbar.

Zu den schlichten Quantitäten gesellen sich indessen weitere bewertungsrelevante Umstände. Hier sind vor allem unterschiedliche Beschäftigungsbedingungen zu nennen. Bereits die Berufungen Ostdeutscher, wo sie zu Stande kamen, waren dadurch problembeladen, dass es sich rechtlich durchweg um Neuberufungen handelte. Das hieß, dass zwar alle RufempfängerInnen im Prinzip auch Verhandlungen führen konnten, aber: die Verhandlungsposition der Ostdeutschen, also oft der alten Stelleninhaber, war die eines Privatdozenten. Wenn ein solcher seine erste Stelle antritt, hat er keine Verhandlungsspielräume. Was dieser Unterschied in der ostdeutschen Ausnahmesituation bedeutete, erschließt sich erst bei genauerem Hinschauen. Der sächsische Wissenschaftsminister bezeugte aus

⁷ zu den Geisteswissenschaften vgl. die Erhebungen in Pasternack (1996).

⁸ zum ostdeutschen Berufungsgeschehen vgl. Meyer (1993), Stand der personellen Erneuerung (1993), Nature (1994); Brentjes/Pasternack (1994), Pasternack (1996); Abbott (1999); Hecht (2000); Gilbert (2000); zu den geschlechtsspezifischen Implikationen vgl. Burkhardt (1995) und Zimmermann (1997; 1999; 2000).

seinen Amtserfahrungen die Diskrepanz: Den zu berufenden Ostdeutschen habe man zum Rufschreiben gleich den ausgefertigten (also nicht mehr änderungsfähigen) Dienstvertrag hinzulegen müssen. Ganz anders dagegen bei den nichtostdeutschen Berufungskandidaten:

„In einer solchen Situation bedarf es schon eines besondern psychologischen Kraftaktes und eines Übermaßes an heiterer Gelassenheit, z.B. den vielseitigen Brief eines ‚Westbewerbers‘ bis zu Ende zu lesen, der in den schwärzesten Farben den drohenden Weltuntergang – jedenfalls für dieses Fachgebiet – ankündigt, falls die C3 nicht in eine C4-Stelle umgewandelt wird. Man sieht förmlich, wie fassungslos der Briefschreiber ob der Borniertheit dieses Ministers ist, der derartig kleinlich mit Assistentenstellen, Institutsbibliotheken, neuen Geräten und anderen Notwendigkeiten zurückhält. Wenn man die Anstrengungen sieht, die in Berufungsverhandlungen unternommen werden, der mangelnden Einsicht von Ministerien in die finanziellen Bedürfnisse von Professoren abzuhelfen, braucht einem um den pädagogischen Eros der Hochschullehrerschaft nicht bange zu sein.“ (H. J. Meyer 1993, 298)

Zunächst hielt sich der Ärger darüber, solche Briefe nicht schreiben zu können, bei den wiederberufenen Ostdeutschen in Grenzen. Immerhin standen ihnen ja unmittelbar auch andere Vorgänge vor Augen. Etwa der eines Leipziger Ethnologie-Professors, der im Oktober 1991 zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) gewählt worden war, dann 1992 nicht zu denjenigen WissenschaftlerInnen gehörte, die an der Leipziger Universität aus hochschulpolitischen Gründen im sog. verkürzten (d.h. nichtöffentlichen) Verfahren zum Professor neuen Rechts berufen wurden, so dass seine Stelle nach dem Sächsischen Hochschulstrukturgesetz ausgeschrieben wurde. Daraufhin bewarb er sich auf diese seine Stelle, während innerhalb der (westdeutsch dominierten) DGV ein Streit darüber entbrannte, inwiefern es opportun sei, dass sich DGV-Mitglieder auf die Stelle ihres soeben gewählten Vorsitzenden bewerben, obgleich sie das Verfahren der Ausschreibung nicht unbesetzter Stellen zur Besetzung „im Grundsatz“ ablehnten. Am Ende siegt die Aussicht auf eine Stelle über moralische Erwägungen. Das Besetzungsverfahren endete für den Leipziger Ethnologen negativ. (Vgl. Pommerening 1993)

Ebenso haben diejenigen Ostdeutschen, die bei den Berufungen zum Zuge gekommen waren, noch die besondere Gruppe sog. Professoren alten Rechts vor Augen, also jene bereits in der DDR Berufenen, die – da positiv evaluiert – weder entlassen noch auf die ausgeschriebenen Professuren (z.T. ihre ursprünglich eigenen) berufen worden waren. Diese befinden sich in einer merkwürdigen Position zwischen wissenschaftlichem MitarbeiterInnen- und ProfessorInnenstatus. Ihre mitgliedschaftliche Stel-

lung ist z.T. von gesonderten Entscheidungen der Fakultäten abhängig, z.T. regeln die Hochschulgesetze der Mitwirkungsmöglichkeiten in der akademischen Selbstverwaltung. (Vgl. Neie 1997)

Doch auch, wo es das Bedürfnis gibt, einzelne gezielt zu ärgern, hält das akademische Stichelei-Repertoire reichhaltige Instrumente bereit. Diese wurden und werden auch mit viel Fantasie eingesetzt, ob es nun um mitgliedschaftliche Rechte als HochschullehrerIn geht, um Prüfungsbechtigungen, mehr oder weniger komfortable Büros, Ressourcenzugriff, etwa Mittel für studentische Hilfskräfte, oder um so feinsinnige wie unsouveräne Abstufungen in Personal- und Vorlesungsverzeichnissen. Für Letztgenanntes ein Beispiel aus der Leipziger Universität: Dort wollte man offenbar die Überreste der personellen Flurbereinigung 1990ff. zwar schamhaft, aber doch kenntlich machen und verfiel zu diesem Zweck darauf, im Personalverzeichnis bei den ProfessorInnen neuen Rechts korrekt das jeweilige Berufungsgebiet in Klammern zu vermerken, hingegen bei den Überresten der DDR-Hochschullehrerschaft allein „Professor“ hinzuschreiben – was offenbar soviel bedeuten soll wie: „Professor für nichts“. Einzelne Institute wie das für Geschichtswissenschaften sortierten die (wenigen) Hochschullehrer alten Rechts denn auch gleich in die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter. (Vgl. Universität Leipzig 1996)

Doch selbst nach dem Ausscheiden aus dem Hochschuldienst wird das Personal ostdeutscher Herkunft, gleich in welcher Position in den Ruhestand gegangen, monatlich daran erinnert werden, wo es herkommt: Die Ruhestandsbezüge eines ostdeutschen Professors erreichen selbst nach zehnjähriger Tätigkeit als Hochschullehrer neuen Rechts kaum mehr als ein Viertel der Bezüge des Kollegen im Nachbarzimmer, den der Zufall ursprünglich in Westdeutschland platziert hatte. Schließlich kann auch kein Angehöriger des ostdeutschen Personals generell sicher sein, die Rente im aktuellen Beschäftigungsverhältnis zu erreichen: Da in der Regel nicht verbeamtet, unterliegen sie dem BAT-Ost, und dieser setzt unter anderem die BAT-Bestimmung außer Kraft, die nach 15 Beschäftigungsjahren im Öffentlichen Dienst vor der betriebsbedingten Kündigung schützt.

Kaum verwundern kann es vor solchen Hintergründen, dass die nach wie vor 14% unter den westdeutschen Gehältern liegende Bezahlung der ostdeutschen Arbeitsleistung Unmut reproduziert. Zwar war hier immerhin eine anfängliche Absurdität nicht mehr weiter betrieben worden, nämlich KollegInnen, die einer vergleichbaren Beschäftigung nachgingen

und z.T. im gleichen Zimmer saßen, aber unterschiedlicher Ost-West-Herkunft waren, unterschiedlich zu bezahlen. Doch die fehlende Angleichungsperspektive irritiert zunehmend auch diejenigen, die anfangs den Haushaltsargumenten zu folgen durchaus gewillt waren.

Größere Gelassenheit hingegen ist unterdessen hinsichtlich der sog. Di-Mi-Dos eingekehrt, also derjenigen, die ihre Anwesenheit am Hochschulort auf zwei bis drei Wochentage beschränken. Hier wissen inzwischen auch sehr viele Ostdeutsche durch ihre eigenen Erfahrungen der letzten zehn Jahre, dass dahinter nicht zwingend eine tiefe Abneigung gegen den ostdeutschen Charakter der jeweiligen Campusumgebung steckt. Es kann durchaus gute Gründe geben, nicht dort zu siedeln, wo man Lehrveranstaltungen hält: fehlende berufliche Möglichkeiten für den oder die Lebensgefährten etwa oder Mobilitätsmüdigkeit nach zuvor bereits mehrfach vollzogenen, beruflich veranlassten Ortswechselln mit der entsprechendem Notwendigkeit, fortwährend neu soziale Netzwerke aufzubauen.

Nicht gänzlich ohne Ressentiments findet sich indes immer einmal wieder ein Vorwurf formuliert, der dann in der Regel mit der Di-Mi-Do-Problematik verknüpft wird: Der Osten, so lautet der Vorwurf, sei für viele Westdeutsche nichts weiter als ein Karrieresprungbrett (und deshalb würden sie auch gar nicht erst ihren Wohnsitz in eine ostdeutsche Stadt verlegen). Viele hätten nichts Eiligeres zu tun, als sich so schnell wie möglich wieder von ihrer ostdeutschen Hochschulen weg zu bewerben. Dieser Vorwurf kollidiert freilich mit einem anderen: dieser sieht vornehmlich mittelmäßige Professoren aus dem Westen in den Osten gewandert.

Übersetzt man ‚mittelmäßig‘ mit ‚durchschnittlich‘, dann wird jedoch zunächst deutlich, dass diese Einschätzung wohl weder falsch ist noch ein irgendwie geartetes Problem formuliert: Es ist normal, dass die meisten HochschullehrerInnen ‚durchschnittlich‘ sind, denn erst von diesem Durchschnitt werden über- und unterdurchschnittliche Talente und Leistungen unterscheidbar. Darüber hinaus wäre aber auch zu entscheiden, was man wirklich kritisieren möchte. Wenn kritisiert wird, dass C3-Ost-Besoldete erfolgreich danach streben, C4-Normal-Besoldung zu erlangen, eines wird dann implizit bestätigt: Es verschlägt auch WissenschaftlerInnen an ostdeutsche Hochschulen, die so gut sind, dass sie auch noch andernorts Chancen haben. Wenn hingegen alle nach Ostdeutschland Berufenen dort ihren Lebensabend erwarten sollen, obwohl viele von ihnen

vom Lebensalter her durchaus noch andere Berufungen anstreben könnten, dann sollte man realistischerweise keine qualitativ allzu überdurchschnittlichen Berufungen erwarten.

Damit soll indes ein Problem nicht relativiert werden: Die unterschiedlichen wissenschaftlichen Biographien der ost- und westdeutschen Stellenprätendenten machten es durchaus leicht, bei den Berufungen mit formalen Argumenten zu operieren, um von qualitativen Gesichtspunkten ggf. absehen zu können. Weniger eindrucksvolle Publikationslisten und geringe oder keine Auslandserfahrung der ostdeutschen WissenschaftlerInnen ersparten es den Berufungskommissionen oft, sich in allzu tief gehende inhaltliche Debatten hineinbegeben zu müssen. Hier liegt nun allerdings ein Grund, weshalb die Ergebnisse der Besetzungsverfahren auch Beobachtern, die um Unvoreingenommenheit bemüht sind, nicht immer spontan einleuchten. Um einen überdurchschnittlichen ostdeutschen Bewerber hinter sich zu lassen, genügte dem westdeutschen Konkurrenten unter den obwaltenden Umständen auch eine Durchschnittsbegabung; und der durchschnittliche Ost-Bewerber konnte durchaus auch von einem unterdurchschnittlichen Konkurrenten ausgestochen werden, soweit dieser nicht aus dem Osten kam.

Zusammengefasst: Wenn oben gesagt worden war, dass man es den Studierenden kaum habe wünschen können, von möglichst vielen ostdeutschen HochschullehrerInnen sozial- und geisteswissenschaftlich unterrichtet zu werden, dann gilt ähnliches gewiss auch für die heutige Situation. Nicht bei jedem seit 1990 Berufenen ist man sich sicher, ob es Studierenden wirklich zu wünschen ist, bei ihm zu studieren. Das Wettbewerbslichkeitsargument jedenfalls – die Besten setzen sich durch und nur die Schlechten bleiben auf der Strecke – ist in den ostdeutschen Besetzungsverfahren der 90er Jahre sehr viel gründlicher desavouiert worden, als es die sonstigen akademischen Üblichkeiten vermögen.

Das langfristige Hauptproblem der Ost-West-Verteilung im akademischen Personal der ostdeutschen Hochschulen scheint indes sehr viel gravierender zu sein: Es ist dies der quantitative und qualitative Anteil Ostdeutscher an *gestaltenden* Positionen überhaupt. Das gilt im Prinzip für Gesamtdeutschland, doch wirkt im Ostteil der heute sehr geringe Anteil besonders auffällig. An den Hochschulen lässt es sich fasslich greifen, wenn die Verteilung der ost- und westdeutschen StelleninhaberInnen auf die C3- und die C4-besoldeten Professuren in Augenschein genommen wird: Ostdeutsche besetzen überdurchschnittlich die geringer dotierten

Stellen. Dies setzt sich fort bei den Entscheider-Positionen, also in Rektoratskollegien, in Ministerialapparaten und bei der Vertretung in Wissenschaftsorganisationen oder Gutachterstrukturen. Bürklin/Rebenstorf (1997) sehen im Bereich der gesamtdeutschen Wissenschaft lediglich 7,3% der funktionalen Elitepositionen⁹ ostdeutsch besetzt – bei 20% ostdeutschem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik.

Die Ursachen dieses Problems sind nicht ganz so einfach zuzuordnen, wie das die populäre Publizistik gern tut. Einerseits gab es ein strukturelles Dilemma des politisch gewollten Elitenwechsels: Wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989 an der Hochschule verbleiben zu können, war eine politische Mindestunauffälligkeit in der DDR; wer diese nicht entwickelt hatte, war – im Falle größerer Renitenz – bereits von den DDR-Machthabern aus der Hochschule entfernt worden oder wurde – im Falle politischen Engagements im Sinne der DDR – von den nach 1989 tätigen Personalkommissionen nicht zur Weiterbeschäftigung empfohlen.

Andererseits lassen sich ostdeutsche Rektoratsämter bspw. nicht einfach deshalb mit Ostdeutschen besetzen, um Selbstbewusstseinsdefizite der ostdeutschen Bevölkerung auszugleichen. Denn schließlich muss den Hochschulen eine Amtsbesetzung nicht deshalb zwingend gut bekommen, weil es eine Koinzidenz von geographischem Hochschulstandort und biographischer Herkunft der AmtsinhaberInnen gibt. Zumindest hat manche Hochschule in den letzten Jahren das Ende eines ostdeutsch besetzten Rektorates oder Prorektorates schon mit guten Gründen herbeisehnen müssen. Zwar hat auch nicht jede Besetzung mit einem westdeutschen Kandidaten die Erwartungen erfüllen können, doch scheinen insbesondere die Professionalitätsdefizite bei ostdeutschen Amtsinhabern ausgeprägter. Hier dürfte der Hinweis auf mentale und sozialisatorische Prägungen so berechtigt sein, wie er nicht ewig entschuldigend wirken kann.

3. Mentalitäten – Rückblick: 1995

1995 hatten wir die ‚innerdeutschen Beziehungen‘ an den ostdeutschen Hochschulen bereits einmal näher untersucht (Pasternack 1996), wobei eine Konzentration auf eine größere Fächergruppe erfolgt war: analysiert

⁹ unter „Elite“ werden dort die Personen gefasst, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken (Bürklin/Rebenstorf 1997, 14ff.).

wurden die geisteswissenschaftlichen Fakultäten/Fachbereiche¹⁰ an den sechs traditionellen Universitäten¹¹ im ostdeutschen Siedlungsgebiet. Sie umfassten damals insgesamt 428 Etatprofessuren;¹² dieser Lehrkörper setzte sich aus 119 Ostdeutschen (33,5%), 229 Westdeutschen (65%) und sechs AusländerInnen (1,4%) zusammen, 74 Professuren waren zum Erhebungszeitpunkt noch unbesetzt.¹³

Die Auswertung der damals geführten Interviews¹⁴ hatte gezeigt, dass sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre an den ostdeutschen Hochschulen Wahrnehmungskollektive Ost und West herauskristallisiert hatten – trotz seinerzeit auch anzutreffender, z.T. vordergründiger Bemühungen um ein behagliches Bild des Miteinanders. Zunächst gab es unbestreitbar Ost-West-Unterschiede in den sozialen Erfahrungen und kulturellen Bezügen, was hier insbesondere an den jeweiligen fachlichen Bio-

¹⁰ Geisteswissenschaften i.e.S.: Philosophie, Geschichts-, Sprach- und Literatur-, Musik- sowie Kulturwissenschaften, Kunstgeschichte, Asien-, Afrika-, Orient- und Altertumswissenschaften. Außer Acht blieb die Theologie.

¹¹ und zwar die, welche bereits 1990 Volluniversitäten waren: Rostock, Greifswald, (Ost-) Berlin, Leipzig, Halle-Wittenberg und Jena.

¹² Zu den regulären Stellenbesetzungen hinzu kamen insgesamt 78 ostdeutsche HochschullehrerInnen (Dozenten & Professoren), die außerhalb von regulären Professuren beschäftigt waren: entweder als Hochschullehrer alten Rechts – auf etatisierten Mittelbau- oder C2-Stellen oder auf Überhangstellen, z.T. infolge von Wiedereinklagung ins Arbeitsverhältnis nach vorangegangener Kündigung – oder auf Stellen, die aus dem Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) finanziert wurden.

¹³ Dabei ist zu beachten, dass die Schwankungsbreite recht groß war. Während etwa in den geisteswissenschaftlichen Instituten des FB Geschichte/Philosophie/Sozialwissenschaften der Universität in Halle nur eine Professur von insgesamt 14 ostdeutsch besetzt war, fanden sich Bereiche wie die Philologische Fakultät der Leipziger Universität mit einem ausgeglichenen Ost-West-Verhältnis. Eines gab es indessen nicht: eine Fakultät, in der auf mehr als die Hälfte der Professuren ostdeutsche BewerberInnen berufen worden waren. Die Schwankungsbreite erklärte sich zum wesentlichen Teil durch die jeweils vertretenen Fächer. So gehörten Philosophie und Geschichtswissenschaften in den meisten Bundesländern zu den abgewickelteren Einrichtungen. Der Anteil ostdeutscher StelleninhaberInnen war hier ähnlich niedrig wie in den gleichfalls völlig neu aufgebauten Sozialwissenschaften. Vornehmlich in den sog. kleinen Fächern dagegen waren Ostdeutsche relativ gut vertreten, obschon hier bei (um Standardausstattungen zu erreichen) zusätzlich eingerichteten Professuren auch meist westdeutsche BewerberInnen zum Zuge kamen.

¹⁴ mit 26 Dekanen und Institutsdirektoren geisteswissenschaftlicher Fakultäten bzw. Institute an sechs Universitäten; hinzu kamen zwei ostdeutsche GesprächspartnerInnen, die aus Einrichtungen stammten, welche in ihrem früheren strukturellen Zuschnitt nicht mehr bestanden. Die Quellen sind im folgenden, bzgl. ihrer Herkunft, mit O = Ostdeutscher, W = Westdeutscher sowie A = Ausländer spezifiziert und im übrigen anonymisiert. Die Kategorisierung folgt keiner Tendenz gefälliger Ethnisierung; sie soll lediglich biographisch-kulturelle Kontextualisierungen ermöglichen.

graphien manifest wurde. Daraus begründeten sich differierende Habitusformen, Wissenschaftsverständnisse und Lehrkulturen. Sodann trugen einige der oben schon erörterten Beschäftigungs- und Berufsmodalitäten jedenfalls nicht dazu bei, die Unterschiede zu vernebeln.

Aus Perzeptionen einschließlich Missperzeptionen zusammen mit den Beschäftigungsmodalitäten konstituierte sich eine mehr oder weniger diffuse Stimmungslage. Bestandteil dieser waren beobachtbare Abneigungen zwischen Ost- und Westdeutschen, und wo sie vorkamen, trafen sie kollektiv. Zuneigungen gab es als individuelle. Das funktionierte jeweils in beide Richtungen. In einigen Bereichen war freilich bereits 1995 das Zusammenwachsen merklich erleichtert dadurch, dass kaum noch Ostdeutsche da waren. In mehreren Instituten waren die Ost-West-Beziehungen überdies mit einer hierarchischen Brechung parallelisiert: Ostdeutsche fanden sich vornehmlich auf den untergeordnet(er)en Stellen, C3-besoldet bzw. im Mittelbau. Dies mündete unter anderem in eine schwächere Vertretung der Ostdeutschen in den Gremien der hochschulischen Selbstverwaltung und eine westdominierte Diskurskultur. Einige der seinerzeitigen Befunde verdienen insoweit Interesse, als sie sich auch heute hätten erheben lassen können.

Sehr ausführlich fanden sich differierende Habitusformen geschildert. Das reichte von der vorsichtigen Formulierung: „unterschiedliche Stile sind spürbar“ (O), über transzendierende Aussagen wie: „Merkwürdig ist es, in einem Umfeld zu leben, wo '68 nicht stattgefunden hat: '68 hatte eine neue, zivile Kultur gebracht (und das kann man auch sagen, wenn man mit der Bewegung damals Schwierigkeiten hatte)“ (W), bis hin zu sehr deutlichen Meldungen:

„Wir haben hier ein vielfältig zusammengesetztes Gemisch aus inhaltlichen und ideologischen Dispositionen. Die Fähigkeit zur Rollendistanz ist bei den Ostdeutschen geringer ausgeprägt. Sie haben große Schwierigkeiten, sachliche Auseinandersetzungen, insbesondere wenn die hart geführt werden, nicht auf die persönliche Ebene zu beziehen, also auf emotionale Implikationen zu verzichten. Deutlich wurde das z.B. bei einer Kolloquiumsreihe im ersten Jahr, in der alle Wissenschaftler ihre Projekte vorstellten, und sachliche, aber natürlich deutlich vorgetragene Einwände seitens der Westler bei den Ostdeutschen erhebliche Verstärkungen auslösten. Bei den Ostlern gibt es eine stärkere Ängstlichkeit in Debatten und die Neigung, Unterstellungen zu vermuten bzw. mit solchen zu operieren. Das ist dann schon schwierig für jemanden, der aus einer eher rationalen Diskurskultur kommt, wo man sich argumentativ nichts schenkt.“ (W)

Das war an einem Leipziger Institut. Ein anderer Gesprächspartner fasste es so zusammen:

„Aus informellen Dingen wie Gesprächskulturen und Habitus ergeben sich automatische Gruppenzuordnungen – Fremd- und Selbstzuordnungen. Hier dann Grenzüberwindungen zu leisten, kostet Energie. Die aufzubringen verlangt bewusste Entscheidungen.“ (A)

Differenziert wurde dabei immer wieder zwischen älteren und jüngeren WissenschaftlerInnen: „Die älteren Mittelbau-Kollegen machen im wesentlichen, was sie schon immer gemacht haben“ (Sprachwissenschaftler W). Doch den „jungen Leuten – sie müssen sich der Konkurrenz stellen – gelingt die Öffnung nach außen problemlos. Bei den älteren Kollegen wirkt ganz augenscheinlich eine starke Traditionalität in der Methodenorientierung“ (anderer Sprachwissenschaftler W). Der Kontrast zeige sich auch in der Bewältigung des Institutsalltags:

„Es gibt einen signifikanten Unterschied zwischen älteren und jüngeren Ost-Kollegen: Die Älteren fragen ‚Was sagt dazu die Institutsleitung?‘ Die Jüngeren sind wohl ziemlich froh über die eher lockeren Westverhältnisse bezüglich der allgemeinen Abläufe des akademischen Betriebs.“ (Literaturwissenschaftler W)

Die Gründe für solche habituellen Differenzen sind, naheliegenderweise, wesentlich in den unterschiedlichen fachlichen Biographien zu finden. Beispiele aus den Fächern:

„Die Profilschneidung geht von westlichen Voraussetzungen aus. Daraus folgt eine strukturelle Benachteiligung der Ostdeutschen, da deren Profile meist schmaler sind. Zum Beispiel können viele Slawisten nur Russisch und haben kein weiteres Standbein.“ (W) „In Westdeutschland hatte sich in den letzten 20 Jahren eine Kultur der werkimmanenten musikalischen Analyse aufgebaut, die in der DDR wohl keine so große Rolle gespielt hat. Im Augenblick findet gerade eine Verabschiedung davon statt hin zu stärker soziologischen Fragestellungen. Jedoch ist es ein Unterschied, ob man sich von etwas verabschiedet, das man durchgemacht, oder ob man sich – wie die ostdeutschen Kollegen – davon nicht verabschieden muss, da man es nie kennen gelernt hat.“ (W) „Im Prinzip gibt es keine Kulturunterschiede. Die Westdeutschen haben lediglich bestimmte Ausbildungs- und Fremdsprachenvorteile.“ (O) Oder zum Spezialisierungsverständnis: „Bei der Ausarbeitung der Studienordnungen gab es dadurch Probleme, dass die Ostdeutschen gewohnt waren, dass für jedes Land ein eigener Studiengang bestand, es nun aber nur noch Südostasien und dgl., also regional spezifizierte Studiengänge gibt.“ (A)

Aus den unterschiedlichen fachlichen Biographien resultieren deutlich verschiedene Wissenschaftsverständnisse. Die Ostdeutschen seien stark positivistisch fixiert, wo bei den Westdeutschen mehr ein Offenhalten der Ansätze gepflegt werde (Historiker W). Freundlicher drückte es ein Philosoph (W) aus: „Es gibt eine Entwicklung bei den ostdeutschen Kollegen dahingehend, die Offenheit der philosophischen Debatte als ‚allgemeiner

Verunsicherung` zu akzeptieren.“ Eine „augenscheinliche Traditionalität in der Methodenorientierung“ fand sich häufig erwähnt. „Viele ostdeutsche Kollegen haben Schwierigkeiten, neue methodische Ansätze aufzunehmen – oder überhaupt einen.“ (Sprachwissenschaftler W) Dies habe auch ganz praktische Folgen:

„Da der Mittelbau im Grundstudium tätig ist und dort andere nicht lehren können, um dem Mittelbau nicht die Arbeit wegzunehmen, fehlt dann bei den Studenten im Hauptstudium die Kenntnis der methodischen Vielfalt.“ (Literaturwissenschaftler W)

Eine andere häufig genannte Differenz betraf die unterschiedlichen Lehrkulturen. Ein ostdeutscher Dekan nannte die vormalige DDR-Lehrkultur „stärker lehrerorientiert“. Zwei Konflikte ergaben sich dabei: Zum einen eine Neigung zu mehr Reglementierung zur Einhaltung der Regelstudienzeit, zum anderen tendierten die Ostdeutschen „stärker zu mündgerechtem Darbieten, während die Wessis deutlicher auf die Anregung der Entwicklung eigener Positionen orientiert sind.“ Ein Institutsdirektor (Geschichtswissenschaft W) erwähnte, er habe als Gründungsprofessor zunächst einmal die bis dahin übliche Testierung der Vorlesungen abgeschafft. Ein ostdeutscher Literaturwissenschaftler sah die Einheimischen „eher auf Studienerfolg orientiert“. Differenzierend meinte ein Berliner Institutsdirektor (W):

„Manche der Westdeutschen kamen aus Unis mit sehr unstrukturierten Studiengängen und waren von daher ganz angenehm überrascht über die hiesige Situation. Zugleich genossen die Osis stark die Freiheit der Lehre. Wiederum zugleich hatten aber auch die Ost-Professoren die Studien- und Prüfungsordnungen von FU und TU abgeschrieben.“

Hier klangen zahlreiche Ost-West-Differenzen an. Diese wurden freilich auch häufig von Gesprächspartnern bestritten. In den Interviewverlauf eingebaute Kontrollfragen ergaben indes fast immer auch in deren Einrichtungen bestehende, oft unterschwellige Differenzen. Völlige Eintracht, zumindest im Ost-West-Fokus, herrschte wohl nur in solchen Instituten, deren Ostpersonal-Anteil gegen Null ging. „Ein Zusammenraufen ist fast nirgends notwendig, da kaum Ost-Professoren da sind“, formulierte es ein Historiker und Dekan (W). Zudem schienen deutliche Fächerunterschiede durch. Zuvörderst in den Kleinen Fächern tauchten Äußerungen auf, wie: „Ich habe noch nie so harmonisch in meinem Leben gearbeitet“ (ein Musikwissenschaftler W), oder: „Die Zusammenarbeit verläuft ausgesprochen harmonisch, es ist kaum bemerkbar, woher die

einzelnen jeweils kommen“ (ein Archäologe O). Ein anderer Archäologe (O) benennt mögliche Gründe für die Problemlosigkeit:

„Es gab im Prinzip keine getrennte Ost-West-Rezeption innerhalb des Faches. Entweder etwas war gut oder nicht gut. Zudem waren in gewisser Weise manche West-Archäologen marxistischer als die DDR-Archäologen, etwa bei der Interpretation von Mensch-Umwelt-Beziehungen.“

Das ost-west-deutsche Zusammentreffen zweier gravierend differierender Lehr- und Forschungskulturen stellte wissenschaftshistorisch einen eher seltenen Fall dar: einerseits die aus der DDR kommende, 40 Jahre lang weitgehend in sowjetisch-osteuropäischem Kulturtransfer entwickelte, andererseits die in der ehemaligen Bundesrepublik zuvörderst in westlich-transatlantischen Bezügen herausgebildete Wissenschaftskultur. Wenn dieser Vorgang des Zusammentreffens vornehmlich als Verwestlichung inszeniert und empfunden wird, ergibt sich zwangsläufig eine soziale Überlegenheit der einen Seite und Unterlegenheit der anderen – wenigstens für eine Übergangszeit. Am deutlichsten offenbarte sich dies immer wieder in den vergangenheitsbezogenen Debatten. Von der Universität Potsdam berichtete ein Besucher:

„Den Studenten wird hier wahrlich einiges geboten. Junge Leute, die bei irgendeinem westdeutschen Karriere-Historiker studieren, genießen dieses Privileg nicht. Nie werden sie erleben, wie sich ihr Professor im Vorlesungsraum geknickt angeklagt: daß er schändlicher Weise und ohne Not den herrschenden Diskurs nachgeplappert habe; daß er konkurrierende Kollegen weggeboxt habe; daß er eigene Schüler rücksichtslos auf Versorgungsstellen gehievt habe; daß er strategische Koalitionen geschlossen habe, um der eigenen Forschung Geldmittel zu sichern; daß er planmäßig Berufungskommissionen infiltriert habe; und daß er das alles jetzt bereue.“ (Schümer 1995)

Die Frage wird zu stellen sein, wie lange das Andauern einer solchen Übergangszeit vertretbar ist. Dies wiederum wird nicht allein in den Institutionen – Hochschulen, Fachbereichen, Instituten –, sondern mindestens ebenso in den Fächern – Fachgesellschaften, Gutachtungsstrukturen, Netzwerke – entschieden. Ein Indiz kann der Umgang der Einzelfächer mit ihrer jeweiligen DDR-Geschichte sein.¹⁵ Eines der aufregendsten Beispiele lieferte hier die Philosophie.

1996 hatte Ulrich Johannes Schneider im Auftrag der UNESCO einen Bericht zur Lage der deutschsprachigen Universitätsphilosophie verfasst. Ein Auszug daraus war in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* unter

¹⁵ ausführlich dazu Pasternack (2001).

dem Titel „Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie“ abgedruckt worden (Schneider 1996). Darin ging es um die Modalitäten der Abwicklung der ostdeutschen Philosophie und die inhaltliche Fundierung dieses Vorgangs. Schneider – zwar in Leipzig lehrend, doch in tribalistischer Perspektive westdeutsch einzuordnen – kritisierte, dass die deutsche Universitätsphilosophie aus einer Selbstverständlichkeit in die andere geraten scheine, ohne dass eine nicht bloß lokale Diskussion darüber stattgefunden hätte (ebd., 150). Dass die „Veränderung von den Philosophieprofessoren schweigend akzeptiert wurde“, erweise „sie alle, in Ost und West, als gute Staatsbürger und disziplinierte Wissenschaftler, zu deren Wissenschaft es offenbar nicht mehr gehört, Probleme einer zwar friedlichen, aber radikalen Revolution aller Verhältnisse, gedanklich und im Hinblick auf das eigene Tun zu begleiten“ (ebd., 158).

Diese Publikation löste eine heftige Debatte über den Umbau der Philosophie in Ostdeutschland in den Jahren nach 1989 und über die Geschichte der DDR-Philosophie aus. Eine Disziplin, der gemeinhin eine besondere Neigung zum Nachdenken über sich selbst nachgesagt wird, veranstaltete nun, nachdem alles bereits gelaufen war, eine nachholende Debatte. Diese verspätete Diskussion hatte freilich auch Vorteile. Die Betrachtung konnte von den Ergebnissen her geschehen. Da die DDR-Philosophie final deaktiviert war, durfte die Umbaufolgenanalyse auf prozessuale Rücksichtnahmen verzichten: Ein „Augias-Stall“ war „auszumisten“, schätzte der aus Westdeutschland nach Jena berufene K.-M. Kodalle (1996, 507) ein. Der Ostdeutsche H.-U. Wöhler (1996, 508), TU Dresden, informierte in der gleichen Zeitschriftennummer über die „Ahnungslosigkeit“ von Leuten, die „die getane Arbeit mit dem Ausmisten eines Augiasstalles verglichen“. Die Debatte endete Anfang 1998, also nach zwei Jahren, infolge Ermattung ihrer Protagonisten.¹⁶

4. Wahrnehmungsmuster & Legitimitätsdefizite

Aus den gesammelten Erfahrungen ergaben sich auf Seiten der Ostdeutschen deutliche Legitimitätsdefizite für den erfahrenen Umbauprozess. Ein wesentlicher Teil dieses Befundes begründet sich aus dem weitgehenden individuellen Verlust zuvor gültiger sozialer Wahrnehmungsmuster.

¹⁶ Vgl. die Komplettdokumentation der Debatte in Pasternack (1998).

Es war die Konfrontation mit einem völlig neuen System von – insbesondere informellen – Codierungen zu realisieren. Alte Vertraut- und Gewissheiten, in die man hineingewachsen war, waren auszutauschen gegen neue Unvertraut- und Ungewissheiten, in die man plötzlich und vorbereitungslos geriet. Die bisherige personale Souveränität wurde so zunächst in Frage gestellt.

Als erste Orientierungspunkte in solch unbekanntem Verhältnissen werden naheliegenderweise deren formalisierte Regeln genommen. Diese sind weitgehend einsichtig, die Akteure sind bekannt, deren Ziele meist formuliert – und dennoch stellen sich vielfach nicht die erwarteten Ergebnisse ein. Solche Kontingenzerfahrungen, geschuldet der vorläufig defizitären Beherrschung nunmehr gültiger sozialer Codierungsregeln, verschafften dem durchlebten Vorgang das erste Legitimitätsdefizit. Sein zweites Legitimitätsdefizit wuchs ihm dadurch zu, dass offenkundige Differenzen zwischen erfolgreich durchgesetzten Partikularinteressen externer Akteure und systemischen Rationalitäten bestehen.

Nun gibt es in den sozialen Erfahrungen und kulturellen Bezügen unbestreitbar Ost-West-Unterschiede. Das wird insbesondere in den jeweiligen fachlichen Biographien manifest. Daraus begründen sich differierende Habitusformen, Wissenschaftsverständnisse und Lehrkulturen. Deren Wahrnehmungen produzieren in beiden Gruppen jeweils immanent weitgehend einheitliche Bewertungen: Diese „kognitive ‚Mechanik‘ der Kategorisierung“ (Tajfel 1982, 101) generalisiert, in unterschiedlich zugespitzten Formulierungen, insoweit, als sie die je ‚andere Seite‘ als intern gering differenzierte Population auffasst. In den Wahrnehmungskollektiven Ost & West aktualisieren Selbst- wie Fremduordnungen eine Reihe von Stereotypen.

Dem entspricht auch, dass die öffentliche Debatte, die dazu – über die Hochschulen hinaus – geführt wird, in zwei einander ausschließende Diskurse zerlegt ist:

„In dem einen Diskurs wird der Vereinigungsprozeß im großen und ganzen als gelungen angesehen. Innerhalb dieses Diskurses werden Probleme der Vereinigung [...] auf die Altlasten des DDR-Systems zurückgeführt, werden die Ostdeutschen zu mehr Geduld aufgefordert, und es wird ihnen Aktivitätszurückhaltung, Institutionenskepsis und Autoritarismus vorgeworfen. Die andere Position hält Mahnwache vor den bedrohten Beständen der ostdeutschen Lebenswelt, fordert von den Westdeutschen eine höhere Opferbereitschaft, rechnet Vereinigungsprobleme der kolonialisierenden Form der Wiedervereinigung zu und sieht den Vereinigungsprozeß als überstürzt und im großen und ganzen als mißlungen an.“ (Pollack 1996, 412)

Zunächst müssen die sozialen Kategorisierungen, die sich in diesem Kontext entfalten, nicht verwundern. Die Mitglieder einer Gruppe streben, auf Grund eines Bedürfnisses nach einem zufriedenstellenden Selbstkonzept, nach positiver sozialer Identität und möglichst großer Unterscheidung von anderen Gruppen (Tajfel 1982, 101ff.). Hierzu müssen sie sich in wichtigen Vergleichsdimensionen überlegene Positionen zuschreiben. Das ist selbstredend mit entsprechend abwertenden Einschätzungen der jeweiligen Vergleichsgruppe verbunden. Doll et al. (1994) ermittelten bspw., dass sich das dominante Urteilsverhalten der Westdeutschen als eine „indirekte Diskriminierung“ der Ostdeutschen deuten lässt, durch die sie, die Westdeutschen, eine positive soziale Distinktheit zu bewahren suchen. Sie schrieben ausschließlich sich selbst „Kompetenz-“ und „Arbeitstugendmerkmale“ (zuverlässig, fleißig, ideenreich und dgl.) stark zu, den Ostdeutschen hingegen nur zwei weniger wichtige ‚moralische‘ Merkmale, nämlich „bescheiden“ und „rücksichtsvoll“.

Verschiedene der weiter oben beschriebenen Umstände des Zusammenwirkens von Ost- und Westdeutschen an den Ost-Hochschulen bewirken, dass die Bedeutung der jeweiligen kategoriellen Zugehörigkeit in den Interaktionssituationen relevant bleibt. Rippl (1995, 281f.) stellte in Auswertung empirischer Daten fest: Unter solchen Umständen werden Generalisierungen von individuellen Erfahrungen auf die Gruppenebene vorgenommen und sind in Beziehungen mit hohem Kategorisierungsniveau negative Kontakterfahrungen wahrscheinlicher. Folglich werden in Kontaktsituationen – wie sie an den Hochschulen alltäglich sind – negative Erfahrungen mit Individuen auf die Gruppenebene übertragen. Kontakte allein jedenfalls gäben wenig Grund zu der Hoffnung, positivere Einstellungen zwischen Ost- und Westdeutschen zu fördern.

Die von den ostdeutschen Hochschulangehörigen empfundenen Legitimitätsdefizite des erlebten Prozesses und mithin seiner Ergebnisse münden in vereinfachende Urteilsstrategien. Diese finden in dem Rückbezug auf solche Wahrnehmungsmuster und informellen Codes, die souverän beherrscht werden, ihr Referenzmedium. Das zeigt sich in den fortdauernden Selbst- und Fremdzurechnungen innerhalb des Kollektivraums Ostdeutsche/Westdeutsche. So spiegelt sich auch im Hochschulbereich ein über diesen hinaus feststellbarer Umstand: Die einheitsstaatliche neue Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat mit zwei Gesellschaften.

Daneben ist freilich auch des öfteren zu vernehmen, dass es keineswegs nur Konfliktlinien zwischen Ost & West gebe. Als eines der Motive

dieser Relativierung ist zu orten, dass manche auch ein wenig enerviert sind von der deutsch-deutschen Nabelschau. Sie möchten deshalb darauf aufmerksam machen, dass Konflikte und Differenz in jeglichen sozialen Bezügen eine wenig überraschende Normalität darstellen.

5. Umdeutungen

Zu den frappierendsten ostdeutschen Transformationserfahrungen – über den Hochschulbereich hinaus – gehört die folgende: Erstaunliche Vorgänge wurden von denjenigen in Westdeutschland, die ob ihres Stattfindens erstaunt waren, im Laufe der Zeit akzeptiert, ohne dass die Vorgänge plötzlich weniger erstaunlich geworden wären. Diese Einschätzung meint nicht den schlichten Umstand, dass nun einmal Passiertes als solches zur Kenntnis genommen werden muss, ohne sich fortwährend darüber empören zu können. Sie meint vielmehr eine grundsätzliche Übernahme neuer Akzeptanzmuster.

An zwei Beispielen zeigte sich das besonders eindrücklich: bei der Bewertung der Treuhandanstalts-Tätigkeit zum einen und der Neuordnung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft zum anderen. Erstere gilt mittlerweile als zwar nicht im engeren Sinne erfolgreiche oder saubere, aber doch weitgehend akzeptable Erledigung einer Aufgabe, der es von vornherein an realistischen Erfolgsaussichten ermangelte – was freilich die Öffentlichkeit in einem längeren Aufklärungsprozess erst schmerzhaft habe zur Kenntnis nehmen müssen; inzwischen hat sie zur Kenntnis genommen.

Ebenso gibt es bei der Bewertung des Umbaus der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft kaum noch öffentlich wahrnehmbare Kritik, obgleich das Kopfschütteln über die Art der Umgestaltung Anfang der 90er Jahre auch in Westdeutschland weit verbreitet war. Tatsächlich fiel die Transformationsbehandlung der ostdeutschen Wissenschaft so gründlich aus, wie es sonst nur in den Bereichen der Armee (NVA) und des Geheimdienstes (MfS) beobachtet werden konnte. Weitaus besser als die Hochschulen/Forschungsinstitute, Armee und Geheimdienst kamen die anderen Teile der DDR-Funktionselementen davon: Polizei, Justiz (hier nicht zuletzt durch die Wechselmöglichkeit in die Rechtsanwaltschaft), Schulwesen, Medien, kommunale Verwaltungsapparate und Wirtschaftsleiter (seit 1990 ‚Geschäftsführer‘) – wer dort war, ist in aller Regel geblieben, was er oder sie war. Dies gilt selbst für den Mittelbau des SED-Apparates,

wenn berücksichtigt wird, dass dieser in der DDR auch wirtschaftsleitende Funktionen hatte: ein Großteil dieses Apparates ist heute (soweit nicht verrentet) in der Wirtschaft tätig.

Gehen wir von der Selbstverständlichkeit aus, dass die Transformation einer Gesellschaft immer um der Menschen willen stattfindet, die diese Gesellschaft bilden, dann können Bewertungen nicht nur erfolgreichen Strukturtransfer bilanzieren (zumal im Wissenschaftsbereich selbst dieser gewissen Zweifeln unterliegt). Betrachten wir aber, was den ostdeutschen WissenschaftlerInnen der Umbruch gebracht hat, so ist zunächst zu konstatieren: Nahezu jede und jeder von ihnen hat seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren müssen. Die Aufwärtsmobilität (von der wissenschaftlichen Mitarbeiterin zur Professorin) war dabei signifikant geringer als die Abwärtsmobilität (vom Wissenschaftler zum Vorrühständer, vom Professor zum sog. Professor alten Rechts, von der unbefristeten Oberassistentin zur befristeten Projektmitarbeiterin, vom Industrieforscher zum Versicherungsvertreter usw.). Im Ganzen ist das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert. Neben dieser Reduzierung ist das Personal deutlich vermännlicht und verwestlicht worden.¹⁷ –

Mancher gestaltende Akteur wurde angesichts der Ergebnisse mitunter von Zweifeln geplagt. Inzwischen hat sich jedoch die Anschauung durchgesetzt, dass dies nun einmal so radikal nötig gewesen sei. Rainer M. Lepsius sprach 1999 auf einer Tagung in Dresden vom „Kohortenschicksal“, das mitunter einzelne Generation ereile. Er verglich die ostdeutschen Wissenschaftler mit Kriegsgenerationen: Letztere hätten immer überdurchschnittliche Todesopfer zu beklagen, was nicht wiedergutmachbar sei, und ebenso hätten die DDR-Wissenschaftler überdurchschnittlich berufliche Existenzopfer bringen müssen.

Zwischenzeitliche Erfahrungen auf der persönlichen Ebene lassen bei vielen Beobachtern oder Gestaltern die radikalen Maßnahmen zusätzlich berechtigt erscheinen: Die ostdeutschen WissenschaftlerInnen, so die Wahrnehmung, passen habituell nicht so recht in den gewohnten akademischen Betrieb, sie gehören nur ausnahmsweise zu denjenigen, die unablässig neue Ideen versprühen, sie neigen eher zur Zurückhaltung, haben nicht so viele interessante Kontakte, auch nach zehn Jahren noch nicht, wirken in ihren Denkweisen häufig ein wenig barock und im Argumentationsstil unbeholfen, sprechen einen weithin unbeliebten Dialekt (und

¹⁷ worauf erstmals Schluchter (1993, 13) hinwies.

wenn nicht den, dann berlinern sie, was wieder eine Spur zu selbstbewusst wirkt), legen Wert auf akademische Titel und Etikette, anstatt das feinere und raffiniertere Distinktionsrepertoire des westlichen Wissenschaftsbetriebs zu erlernen, usw. usf. Kurz: es scheint vermutlich eher von Vor- als von Nachteil, dass RepräsentantInnen dieses Wissenschaftlertypus nur noch eine eingeschränkte Anzahl der begrenzten Stellen besetzt halten. Das scheint inzwischen auch frühere Kritiker des Instrumentariums der ostdeutschen Wissenschaftstransformation mit den abgeschlossenen Vorgängen versöhnt zu haben.

Nach dem Ende der Kritik häufen sich die positiv ausfallenden Bilanzen. Eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft sei in Ostdeutschland entstanden, wird immer wieder betont, und in der Tat: Es gibt selbstredend Ergebnisse der letzten zehn Jahre, die heute niemand mehr missen möchte, die gleichwohl 1989 alles andere als selbstverständlich waren: freier Studienzugang und eine ebensolche wissenschaftliche Debatte gehören dazu; die regionale Auffächerung hochschulischer Angebote und die wieder flächendeckende Vertretung der meisten Fächer machten DDR-Konzentrationstendenzen – etwa Psychologie nur an drei Hochschulen landesweit studieren zu können – rückgängig; die Bibliotheken sind deutlich vielfältiger bestückt; es wurde und wird viel in die technische Infrastruktur investiert; ebenso geht die Sanierung der maroden Bausubstanz voran; Spannteppich statt Linoleumbelag auf den Fußböden der Institutsbüros vermittelt das Gefühl, mit beiden Beinen im Westen zu stehen; die internationalen Kommunikationsmöglichkeiten sind fortdauernder Anlass zur Freude; auch die akademische Selbstverwaltung ist ein täglich neu genossenes Glück. Die Systemintegration also scheint gelungen. Die Frage ist: War dies tatsächlich nur um den Preis des weitgehenden Scheiterns der Sozialintegration möglich?

Die Beantwortung muss wohl recht grundsätzlich ansetzen. Dann wäre zunächst zu sagen: Es kennzeichnet einen Rechtsstaat, dass die Anwendung seiner Grundsätze und Verfahren nicht davon abhängig ist, ob die jeweils Regelungsbegünstigten sympathisch sind oder nicht. Rechtsstaatlichkeit gilt für alle gleichermaßen: genau das macht den Rechtsstaat aus. Über die Geltung dieser elementaren Norm freute man sich auch in Ostdeutschland mit ungebrochener Herzlichkeit, wenn da nicht zugleich untergründig bohrende Fragen wären: Kann es wirklich so korrekt gewesen sein, dass es bei den Massenkündigungen manchmal die Richtigen mit falschen Gründen traf, mitunter hingegen die Falschen in formal fehlerfrei

abgelaufenen Verfahren? Kann es wirklich so korrekt gewesen sein, dass der Verbleib mancher im Wissenschaftsbetrieb auf dummen Zufällen beruhte, der Verbleib anderer auf Dreistigkeit, ohne dass man sagen müsste, abseits ihrer Dreistigkeit hätte es keinen Grund für ihren Verbleib gegeben? Warum bloß ist plötzlich das Hochschulpersonal so überdeutlich vermännlicht? War es wirklich segensreich, wenn z.B. in der BWL kein einziger westelbisch Habilitierter abgelehnt werden konnte – einfach weil auf einen Schlag so viele Stellen neu zu besetzen waren? Weshalb bloß war die Befreiung von den einen Seilschaften nur um den Preis der Aufnahme der anderen Seilschaften, die jetzt Netzwerke heißen, hinzukriegen?

Das paradigmatische Muster für die Vorgänge hatten die Abwicklungen 1990/91 abgegeben. Diese wiederum bauten auf einer Vorgeschichte auf, nämlich dem Verhalten der Hochschulen seit dem Herbst 1989. Ähnlich wie die Volkspolizei oder Kommunalverwaltungen bspw. waren sie kein Ort flächendeckender revolutionärer Aufbrüche. Immerhin aber war die Notwendigkeit eines Umbaus der Hochschulen im Grundsatz von niemandem streitig gestellt worden:

„Es war zumindest öffentlich keine Stimme vernehmbar, die für den Erhalt des Status quo der Jahre 1989/90 plädierte. Insofern gab es über die sich bildenden Lager hinweg einen gemeinsamen Ausgangspunkt“ (Neidhardt 1994, 34).

Das gilt auch entgegen der Außenwahrnehmung mancher Bestrebung an den Hochschulen als restaurativer. Denn war die Neustrukturierung innerhalb der Einrichtungen im Grundsatz auch nicht strittig, so musste doch die Einschätzung ihrer notwendigen Gründlichkeit naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen: nämlich abhängig von der jeweiligen Prognose individueller sozialer Betroffenheit. Der Reformeifer der „management- und politikerfahrenen alten Kader“ etwa musste „dadurch gebremst sein, daß sich nicht wenige von ihnen selber hätten abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung ernst gemacht hätten“ (ebd., 38). Zugleich bestritt keiner der beteiligten Akteure, dass es bei diesem Umbau um eine demokratische Erneuerung gehen müsse. In aller analytischen Unterkühltheit: Auch wer in der DDR im Interesse staatssozialistischer Herrschaftssicherung demokratische Entscheidungserzeugung und Machtkontrolle für entbehrlich gehalten hatte, musste nun keineswegs heucheln, wenn er jetzt demokratische Prozesse als situationsadäquat betonte. Schließlich, so das schwer zu widerlegende Argument, seien ja veränderte Rahmenbedingungen gegeben.

Doch im Wesentlichen verlegte man sich 1990 dann erst einmal darauf, den Hochschulbetrieb am Laufen zu halten, die neuen politischen Leitlinien abzuwarten und sich im übrigen nicht zu weit aus der Deckung zu wagen. Zugleich scheint das, im Rückblick betrachtet, auch nicht gänzlich unsinnig gewesen zu sein. Denn die vereinzelt Innovationsversuche, die es auch gab, überlebten in aller Regel kaum die Jahre 1991/92. Die politischen Instanzen jedenfalls sahen vornehmlich Unzulänglichkeiten in den Selbsterneuerungsprozessen, und dort setzten dann um die Jahreswende 1990/91 die Abwicklungen an. Sie betrafen vorrangig Hochschulinstitute, die inhaltlich eng mit der DDR-Gesellschaftsordnung verbunden waren, also Philosophie, Geschichte, Soziologie usw.

Abwicklung bedeutete Schließung der Einrichtungen und Fortdauer der Bezahlung ihrer MitarbeiterInnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs. Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Kollektivmerkmal entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass der/die Einzelne eine realistische Chance hatte, der kollektiven Verdammung zu entgehen. Die Protagonisten dieses Vorgehens argumentierten jakobinisch: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei dem Leipziger Kirchenhistoriker Nowak (1991, 373).

Eine Maßnahme von solcher Eingriffstiefe wie die Abwicklung konnte dann auch nicht ohne Auswirkungen auf den Gesamtprozess bleiben. In der retrospektiven Betrachtung erweisen sich die Abwicklungen als die demokratischen Maßstäbe verderbende Diskursfolie. Sämtliche nachfolgenden Maßnahmen wurden vor diesem Hintergrund betrachtet und bewertet. Alles weitere fand sich dann als vergleichsweise ‚nicht so schlimm‘ beurteilt, was sachlich durchaus zutreffend war: Denn es griff in der Tat geringer in individuelle Rechte ein als eine Abwicklung. Mit der Bewertungsfolie Abwicklung im Hintergrund war jedenfalls die Voraussetzung geschaffen worden, innerhalb der Hochschulerneuerung normabweichenden Vorgängen den Status der Hinnehmbarkeit zuzuerkennen.

6. Desintegrationsmuster

In einigen Fällen gab es dann auch institutionelle Anschlüsse an die alten, nun abgewickelten Einrichtungen in Gestalt von Neugründungen. Diese hatten in der Regel westdeutsch dominierte Gründungsgremien. Das konnte einerseits ihre künftige Akzeptanz im gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb fördern, hatte andererseits Auswirkungen auf die Einstellungs- und Berufungspraxis. Auf Stellen in solchen Neugründungen konnten sich auch die Ost-WissenschaftlerInnen aus der Warteschleife heraus bewerben. Dann aber standen sie in der offenen Konkurrenz zu westdeutschen (und ausländischen) BewerberInnen, die naheliegenderweise meist eindrucksvollere akademische Biographien vorzuweisen hatten. Da auch in der Wissenschaft, wie überall, nicht nur Spitzenleistungen vollbracht werden, sondern ein breites Mittelfeld existiert (vor dem die Spitzenleistungen als solche erst erkennbar werden), lässt sich die Schiefeit der Situation durch den Satz charakterisieren: Wo in einer wettbewerblichen (also nicht durch Patronage zusätzlich verzerrten) Auswahl-situation ein durchschnittlicher westdeutscher Kandidat einem durchschnittlichen ostdeutschen Kandidaten gegenüber stand, kam regelmäßig der Westdeutsche zum Zuge, weil er durch längere Publikationsliste, der Kommissionsmehrheit vertrautere Themen seiner Qualifikationsarbeiten, durch Auslandsaufenthalte und passfähigeren Habitus immer ein klein wenig mehr zu beeindrucken vermochte.

Wolfgang Kaschuba verdanken wir den Hinweis, dass sich die derart entstehende Gesamtsituation im Stile eines ethnologischen Feldtagebuchs beschreiben ließe:

„Fremde rücken in das Gebiet einer indigenen Stammeskultur vor, sie übernehmen dort die Schlüsselpositionen der Häuptlinge und Medizinmänner, zerstören einheimische Traditionen, verkünden neue Glaubenssätze, begründen neue Riten. Das klassische Paradigma also eines interethnischen Kulturkonflikts, nur daß sein Schauplatz nicht in Papua-Neuguinea liegt, sondern ganz unexotisch nah, in Berlin, Unter den Linden.“ (Kaschuba 1993)

Das Muster, das nun wirkte, ist bereits aus der Frauenforschung bekannt. Vielfach ist dort das Phänomen beschrieben worden, dass Männer vorzugsweise Männer fördern, und dies auch dann, wenn sie – da inzwischen aufgeklärt und eigentlich guten Willens, sich geschlechtsblind zu verhalten – von sich selbst meinen, keineswegs frauendiskriminierend zu agieren. Dennoch gelingt es Männern in konkreten Konkurrenzsituationen immer wieder, den Zuschlag vor vergleichbar oder besser qualifizierten

Frauen zu bekommen. Frauen stoßen an eine gläserne Decke, die nicht sichtbar, aber umso fühlbarer ist. Ein vergleichbares Muster wirkt seit Anfang der 90er Jahre in Konkurrenzsituationen, in denen Ost- und Westdeutsche aufeinander stoßen.

Dies lässt sich aus aktueller Sicht an einer speziellen Gruppe von Ost-WissenschaftlerInnen beschreiben. Neben den Evaluationen von Instituten Anfang der 90er Jahre hat es auch noch eine andere Evaluation gegeben: die durch das Leben. Deren Kriterien waren und sind die Anforderungen, die heute üblicherweise an einen Wissenschaftler oder eine Wissenschaftlerin gestellt werden: originell und zugleich nicht völlig inkompatibel zum Mainstream soll er oder sie sein, zugleich flexibel, mobil und innovativ, im weiteren eifrig publizierend, fremdsprachig und polyzentriert, nicht zu vergessen sind Kommunikationsfähigkeit wie ein gewisses Talent für Präsentation und Projektmanagement, und schließlich möge man multitasking-fähig sowie stressstabil wirken. Davon nun, so war die landläufige Auffassung, fehle den Ost-WissenschaftlerInnen meist einiges, und das war nicht immer falsch. Allerdings: inzwischen gibt es im Osten eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, die all diese Qualifikationen hat und es nachgewiesen hat. Das sind Angehörige der mittleren Generation, die seit zehn Jahren, ohne unterwegs einzuknicken, von einem Projekt zum nächsten geturnt sind – damals zwischen 35 und 45 Jahre alt, heute entsprechend zwischen 45 und 55. Manche konnten durch ihre Projektaktivitäten nicht habilitieren, andere konnten es, aber sie haben, wie es aussieht, ebenso wenig eine Chance auf Berufung, denn: Auch die Ostdeutschen stoßen an die oben erwähnte gläserne Decke. (vgl. Bollinger et al. 2000)

Auffällig waren bereits in unseren 1995 geführten Interviews die Hinweise auf die jungen Ostwissenschaftler, die, von westdeutschen GesprächspartnerInnen, immer wieder aus einzelnen negativen Bewertungen herausgenommen wurden. Hier schien sich den osterfahrenen Westdeutschen in besonderer Weise zu zeigen, was als übergreifende Notwendigkeit für erfolgreiches Agieren gilt: Flexibilität. Die trat an den ostdeutschen Hochschulen, aber nicht nur dort, in zweierlei Weise auf: als kreative Beweglichkeit und als anpasserische Wendigkeit. Erstere eignete sowohl DDR-Karrieristen, gespeist aus trainiertem Durchsetzungsvermögen, wie -Nonkonformisten, begründet in Konfliktfähigkeit, die auf individueller Autonomie beruht. Anpasserische Wendigkeit zeichnet(e) den klassischen Mitläufertyp aus. Er ist zu flexibler Verhaltensanpassung so-

lange fähig, als die neuen Rahmenbedingungen strukturelle Ähnlichkeiten zu den vorangegangenen aufweisen. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Flexibilitätsformen war: Die Träger der ersteren suchten sich ggf. ihre Möglichkeiten selbst. Die Träger der letzteren jedoch mussten die Möglichkeiten geboten bekommen. Andernfalls versagten die ihnen zur Verfügung stehenden subjektiven Handlungspotentiale vor den Anforderungen der geänderten Bedingungen.

Dennoch: weitere fünf Jahre später stoßen die seinerzeit positiv erwähnten Kreativ-Beweglichen an die gläserne Decke. Dafür scheint es zwei Gründe zu geben. Die Ostdeutschen gehören nicht zu den etablierten Netzwerken, und sie gehören bis heute nicht dazu, weil sie den Netzwerkkern eigentümlich fremd sind. Es läuft da ein vergleichsweise simples Schema ab (ohne dass dies denjenigen, die es ablaufen lassen, bewusst sein muss): Wer nicht so ist wie wir, der/die ist anders; wer aber anders ist, könnte u.U. mal Schwierigkeiten machen oder schlicht Reibungen verursachen; wer Schwierigkeiten machen oder Reibungen verursachen könnte, muss nicht unbedingt bei uns integriert werden – jedenfalls nicht solange noch andere zur Verfügung stehen, die mit ziemlicher Sicherheit keine Schwierigkeiten machen, weil sie schon von vornherein so sind wie wir.

Natürlich gibt es Gegenbeispiele, aber: dass diese zu Stande kommen, setzt eine bewusste Ausschaltung der Gegenmechanismen voraus. Diese bewusste Ausschaltung von Gegenmechanismen müsste politisch organisiert werden. Der Wissenschaftsbetrieb leistet dies nicht von allein. Das – unter anderem – haben die letzten zehn Jahre gezeigt.

Literatur

- Abbott, Alison (1999): Tough measures bring a scarred back to the world stage, in: *Nature* 401 (1999), S. 635-639.
- AG „Studiengestaltung in den neuen Ländern“ [der Fachtagung Medizin] (Hg.) (1993): MC-Reader der AG „Fünf neue Länder“. Unterlagen bis 14.12.1993, o.O. [Dresden/Leipzig].
- Albert, Kati (1995): Warum kommen Student(inn)en aus Westdeutschland und aus West-Berlin an die ostberliner Humboldt-Universität? In: *hochschule ost* 5-6/1995, S. 95-104.
- dies. (1998): Zur Selbst- und Fremdwahrnehmung ost- und westdeutscher Studenten/innen an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II, Berlin, unveröff.

- Bollinger, Stefan/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (2000): Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 195-203.
- Böttcher-Ilal, Tatjana (1998): Identitäten im Umbruch. Eine empirische Untersuchung zu Voraussetzungen der sozialen Interaktion zwischen ost- und westdeutschen Professoren an der Humboldt-Universität zu Berlin. Dissertation. Humboldt-Universität zu Berlin, Math.-Nat. Fak. II Berlin, unveröff.
- StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.) (1999): 1989-1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach (= *UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität* Nr. 106/November 1999), Berlin.
- Brentjes, Sonja/Peer Pasternack (1994): Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung, in: *hochschule ost* 4/1994, S. 28-43.
- Bretschneider, Falk/Peer Pasternack (Hg.) (1999): Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen, Leipzig.
- Buck-Bechler, Gertraude/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.) (1997): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1995): "Besser als befürchtet - schlechter als erhofft". Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost* 2/1995, S. 107-121.
- dies. (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung, Wittenberg.
- dies. (2000): Wissenschaftlerinnen – Stiefkinder der ostdeutschen Hochschulerneuerung?, in: Beate Kraus (Hg.), *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*, Frankfurt/New York, S. 171-194.
- Bürklin, Wilhelm/Hilke Rebenstorf (Hg.) (1997): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen.
- Doll, Jörg/Rosemarie Mielke/Michael Mentz (1994): Formen und Veränderungen wechselseitiger ost-westdeutscher Stereotypisierungen in den Jahren 1990, 1991 und 1992, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 3/1994, S. 501-514.
- Gilbert, Lutz (2000): Zu Arno Hecht: „Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländern“, *hso* 1-2/2000, in: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 307-309.
- Hecht, Arno (2000): Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit, in: *hochschule ost* 1-2/2000, S. 210-221.
- Kaschuba, Wolfgang (1993): Neue Götzen, alte Rituale. Die Berliner Humboldt-Universität im Kulturkonflikt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20./21.3.1993, S. 49.
- Kaube, Jürgen (1998): Soziologie, in: J. Kocka/R. Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin, S. 255-301.
- Kocka, Jürgen/Renate Mayntz (Hg.) (1998): *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin.

- Kodalle, Klaus-Michael (1996): Zur Erneuerung der philosophischen Institute. Über die Unfähigkeit zur analytischen Kritik, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 503-507.
- Lang, Sabine/Birgit Sauer (Hg.) (1997): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin, Frankfurt a. M./New York
- Lewin, Dirk (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim.
- Mayntz, Renate (Hg.) (1994): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a. M.
- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Meyer, Hans Joachim (1993): Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 296-298.
- Nature (1994) = German academics find career boost in east, in: *Nature* 370 (1994), S. 240.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): Konflikte und Balancen. Die Umwandlung der Humboldt-Universität zu Berlin 1990-1993, in: Renate Mayntz (Hg.), *Aufbruch und Reform von oben*, Frankfurt a. M., S. 33-60.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 – 1993, in: *hochschule ost* 1/1996, S. 133-148.
- ders. (1997): Zur Stellung der DDR-Hochschullehrer nach Abschluß der Hochschulerneuerung, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 247-255.
- Nowak, Kurt (1991): Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 4/1991, S. 371-381.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur, Leipzig.
- ders. (1996a): Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: *Deutschland Archiv* 3/1996, S. 371-380.
- ders. (Hg.) (1998): Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 (=hochschule ost special), Leipzig.
- ders. (1999a): Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Weinheim.
- ders. (1999b): „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 - 1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim.
- ders. (2000): Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989, in: ders./Th. Neie (Hg.), *stud. ost 1989-1999*, Leipzig, S. 28-53.

- ders. (2001): Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen. Wahrnehmungs- und Verarbeitungsmuster, in: ders. (Hg.), DDR-bezogene Hochschulforschung, Weinheim/Basel, S. 219-238.
- ders. (Hg.) (2001a): DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg, Weinheim/Basel.
- ders./Thomas Neie (Hg.) (2000): stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig.
- Pollack, Detlef (1996): Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen, in: *Soziologische Revue* 4/1996, S. 412-429.
- Pommerening, Christian / Fachschaft Afrikanistik/Orientalistik der Universität Leipzig (Hg.): Der „Fall Treide“. Dokumentation einer Debatte, Leipzig o.J. [1993].
- Rippl, Susanne (1995): Vorurteile und persönliche Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen, in: *Zeitschrift für Soziologie* 4/1995, S. 273-283.
- Schluchter, Wolfgang (1993): Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig, Teil 2, in: *hochschule ost* 9/1993, S. 5-18.
- Schneider, Ulrich Johannes (1996): Situation der Philosophie, Kultur der Philosophen. Über die neudeutsche Universitätsphilosophie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 1/1996, S. 149-159.
- Schümer, Dirk (1995): Geschichte als Wundpflaster. Die Potsdamer Historiker rechnen mit ihrer Vergangenheit ab – aber nur mit der vor 1989, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.7.1995, S. 29.
- Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern – eine Zwischenbilanz, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 5/1993, S. 308-310 und 6/1993, S. 387.
- Tajfel, Henri (1982): Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen, Bern/Stuttgart.
- Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): Universität Leipzig Personalverzeichnis 1996/97, Leipzig o.J. [1996].
- Westhoff, Karl (Hg.) (1995): 1. Symposium zu Prüfungen in der Medizin: Multiple Choice. Möglichkeiten und Grenzen von Multiple-Choice Prüfungen in der Medizin, Lengerich/Berlin/Riga/Scottsdale AZ/Wien/Zagreb.
- Wöhler, Hans-Ulrich (1996): Die Erfahrung des Anderen, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 3/1996, S. 507-513.
- Wolter, Henner (1992): Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern, Baden-Baden.
- Zimmermann, Karin (1997): Wissenschaftliche Netzwerke im deutsch-deutschen Wissenschaftstransfer, in: S. Lang/B. Sauer (Hg.), *Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin*, Frankfurt a.M./New York, S. 247-262.
- dies. (1999): Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Am Beispiel der Reorganisation ostdeutscher Universitäten, in: Falk Bretschneider/Peer Pasternack (Hg.), *Akademische Rituale*. Leipzig, S. 171-194.
- dies. (2000): *Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen*, Berlin 2000.

Ostalgie und die Lücke in der gesellschaftlichen Produktion von Erinnerungen

Thomas Ahbe
Leipzig

„...jeder von uns lebt innerhalb bestimmter Erzählungen, ja, er ist ein Konstrukt derselben – Erzählungen über unser Volk, unsere Kultur, Region, Familie und dergleichen mehr. Mein Vermögen, in der Gegenwart eine moralische Identität zu erlangen, ist aufs Engste mit meiner Beziehung zu den Erzählungen der Vergangenheit verknüpft.“

Kenneth J. Gergen¹

Das Phänomen ‚Ostalgie‘ ist aus soziologischer und sozialpsychologischer Perspektive in den vergangenen Jahren mehrfach detailliert beschrieben und mehr oder weniger systematisch analysiert worden.² Die Thematik soll an

¹ Gergen, Kenneth J.: Erzählung, moralische Identität und historisches Bewusstsein, in: Jürgen Straub (Hrsg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte. Erinnerung, Geschichte, Identität 1*, Frankfurt/M. 1998, S. 170-202,

² Thomas Ahbe: Ostalgie als Selbstermächtigung. Zur produktiven Selbststabilisierung ostdeutscher Identität, in: *Deutschland Archiv* 4/1997, S. 614-619, ders.: Ostalgie als Laienpraxis. Einordnung, Bedingungen, Funktion, in: *Berliner Debatte Initial* 2/1999, S. 87-97, ders.: „50 Jahre DDR“ - Identität und Renitenz. Konjunkturen und Krisen der Identifikation mit der DDR, in: Monika Gibas/Rainer Gries/Babara Jacoby/Doris Müller (Hrsg.), *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR*. Leipzig 1999, S. 266- 284, ders.: ‚Ostalgie‘ als eine Laien-Praxis in Ostdeutschland. Ursachen, psychische und politische Dimensionen, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Die DDR in Deutschland. Politische und historische Rückblicke*, Berlin 2001 (in Druck). – Implizit wurde des Thema auch diskutiert bei Monika Gibas: "Hammer, Zirkel, Ährenkranz". Anmerkungen zur Symbolkultur der DDR, in: *Deutschland Archiv* 4/1999, S. 552-563; Rainer Gries: Der Geschmack der Heimat. Bausteine zu einer Mentalitätsgeschichte der Ostprodukte nach der Wende, in: *Deutschland Archiv* 10/1994, S. 1041-1058; Thomas Koch: „Die DDR ist passé, aber die Zeiten des naiven Beitritts auch“. Von der Renaissance ostdeutschen Wirk- und Selbstbewußtseins nach der Vereinigung, in: *Die real-postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur*. Berlin 1994, S. 161-175, ders.: Ostdeutsche Identitätsbildung in der dualistischen Gesellschaft. Fokus – Phänomenologie – Forschungsfragen, in: *Berliner Debatte Initial* 3/1997, S. 93-108; ders.: *Wohin treibt der Osten? Parteienwettbewerb und Deutungsmacht im vermeintlichen*

dieser Stelle nun vor allem vor dem Hintergrund narrationstheoretischer Überlegungen zur gesellschaftlichen Konstruktion von personaler Identität und gruppenbezogenen Identifikationen³ interpretiert werden.

Im Hinblick auf die ihre spezifische kommunikative Situation kann die Dekade nach dem Beitritt der Ostdeutschen zur Bundesrepublik sozusagen als ‚natürliches Großexperiment‘ genommen werden. Die ‚Versuchsanordnung‘ hat darin bestanden, daß das den Ostdeutschen gewohnte Kontinuum der gesellschaftlich vermittelten Konstruktion von Identitäten im Jahr 1990 ‚abriß‘. Das identitätsreproduzierende Wechselspiel zwischen den heimischen Intellektuellen beziehungsweise dem Offizialdiskurs einerseits und andererseits den diesbezüglichen Laien mit einem ähnlichen Erfahrungshintergrund wie die Intellektuellen, brach zusammen. Der gewohnte – oft freilich auch ungeliebte, aber nichtsdestotrotz eigene – Kommunikationszusammenhang wurde durch einen neuen ersetzt. In diesem neuen Kommunikationszusammenhang wird der ostdeutschen Bevölkerung durch einen anderen Offizialdiskurs, andere Medienakteure, andere Institutionen und Intellektuelle mit einem andersgearteten Erfahrungshintergrund und der vagen Kenntnis des Erfahrungs- und Sinn-Horizontes ihrer Adressaten ‚erzählt, wer diese als Ostdeutsche seien‘.

Die professionelle Spiegelung des Alltags und der Erfahrungen der ‚einfachen Leute‘ durch die Medien, durch Künstler, Intellektuelle und den politischen Offizialdiskurs, wurde in der Transformationsdekade also nicht durch die *eigenen* ostdeutschen Intellektuellen geleistet. Statt dessen dominierte die westdeutsch geprägte Erzählung über die Ostdeutschen, deren Vergangenheit, Gegenwart und Eigenart. Diese neue gültige Erzählung zu den Ostdeutschen als Gruppe - zu deren mentalen Beständen und Werten und zu deren Alltag vor und nach ihrem Beitritt - war jedoch zu den Sinn- und Erfahrungshorizonten der neuen Bundesbürger oft

Niemandsland, in: *Deutschland Archiv* 3/1999, S. 440-451; Hans-J. Misselwitz: Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn 1996.

³ Vgl. dazu die Aufsatzsammlung: Jürgen Straub (Hrsg.), *Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte. Erinnerung, Geschichte, Identität*, Frankfurt/M. 1998; des weiteren ders.: *Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs*, in: Aleida Assmann/Heidrun Friese (Hrsg.), *Identitäten, Erinnerungen, Geschichte, Identität*. Frankfurt/M. 1998, S. 73-104, sowie Norbert Meuter: *Narrative Identität. Das Problem der personalen Identität im Anschluß an Ernst Tugendhat, Niklas Luhmann und Paul Ricoeur*. Stuttgart 1995.

sehr wenig anschlußfähig. Innerhalb dieses ‚Großexperimentes‘ bildete sich ein Phänomen heraus, das als ‚Ostalgie‘ bezeichnet wurde.

Brucherfahrungen und Belastungen der ostdeutschen Gruppe in der Transformationsphase – Das Phänomen Ostalgie

Das Phänomen Ostalgie wird deutlich, wenn man sich den Einstellungswechsel vieler Ostdeutscher in Bezug auf Symbole und Markenprodukte der DDR beziehungsweise aus Ostdeutschland vor Augen führt.⁴ Während im Jahr 1990 die politischen und ästhetischen Symbole der DDR aus der Öffentlichkeit verschwanden, tauchten eben jene Symbole wenige Jahre später in zahlreichen Ostalgie-Parties oder subkulturellen Bezügen als ironisch verfremdeter Identifikationsgegenstand wieder auf. Während das Jahr 1990 zum tatsächlich *schlagartigen* verschwinden ostdeutscher Konsumgüter und Markenprodukte führte, gibt es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine Reihe von „bekennende Ostmarken“⁵ – das sind Markenprodukte, die ihre DDR-Abstammung nicht verleugnen, sondern bewußt in das Marketing integrieren –, die im Osten guten Absatz realisieren beziehungsweise die Marktführerschaft behaupten können. Außerdem hat sich noch ein großer Markt für Produkte etabliert, deren Gebrauchswert einzig und allein darin besteht, ostalgische oder nostalgische Bedürfnisse zu befriedigen. Es handelt sich hier um Bücher, Tonträger und Videos, Gesellschaftsspiele, Kult- und Designprodukte, um Internet-Angebote, bis hin zu kommerziellen Ostalgie-Parties oder „Ostalgie-Hotels“.⁶

Dieser deutliche Wechsel in Bezug auf den Zeichenvorrat⁷ der DDR läßt sich nicht einfach mit den Belastungen der – freilich sehr tiefgehenden – Transformation erklären, sondern vor allem mit der *Interpretation* der Belastung und der Belasteten von seiten des hegemonialen Diskurses. Zur Analyse dieser Zusammenhänge muß demzufolge eine auf die symbolische Ebene verweisende Perspektive eingenommen werden. Entscheidend für die beschriebenen Phänomene ist also, welche Meta-Erzählung während der Transformation zu den Ostdeutschen und ihren Werten und

⁴ Vgl. Thomas Ahbe: Ostalgie als Laienpraxis, a.a.O.; ders.: „50 Jahre DDR“, a.a.O.; ders.: ‚Ostalgie‘ als eine Laien-Praxis in Ostdeutschland, a.a.O.

⁵ Vgl. Rainer Gries: Der Geschmack der Heimat, a.a.O., S. 1042.

⁶ Vgl. Anm. 4.

⁷ Vgl. Monika Gibas: „Hammer, Zirkel, Ährenkranz“, a.a.O.

ihrem Leben als Bürger der DDR beziehungsweise der neuen Bundesländer erzählt wurde. Diese Erzählung führte zu einer auch symbolischen Schlechterstellung der Ostdeutschen als Gruppe.

Nur knapp seien hier die alltagsrelevanten Brüche und Belastungen im Bereich der Arbeitswelt und in der Lebenswelt der Ostdeutschen genannt. Der Bruch in der Arbeitswelt betraf nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch jene, die sich noch in Beschäftigung befanden. Die „Arbeitsgesellschaft“ DDR, in der die Betriebe „Sozialisationskerne“ darstellten und in der Kommunikations- und Prozeßstrukturen in der Arbeitswelt lebensweltliche Züge trugen, wandelte sich radikal in eine „Leistungsgesellschaft“.⁸ In der DDR war „die Regulation der Arbeit politisiert, personalisiert und nicht zuletzt moralisiert“.⁹ Der Einzug marktwirtschaftlicher Verhältnisse wurde von den so sozialisierten Beschäftigten demzufolge als – zumindest ungewohnte – Leistungsanforderung und innerbetriebliche Konkurrenz, als ungewohnte Distanzverhältnisse und Leitungsstile erfahren.¹⁰ Die Betriebe und die Arbeitsstätten verloren ihre Funktion als Vergesellschaftungskerne.¹¹

Ein Bruch in der Lebenswelt ergab sich, weil die DDR deutlich nivellierter und egalitärer verfaßt war als die Zielgesellschaft der Transformation. Während der Transformation führten die neue und zentralere Bedeutung des Geldverdienens, des Arbeitsplatzerhaltes und der Karriere

⁸ Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31-61, hier S. 46.

⁹ Werner Schmidt: Metamorphosen des Betriebskollektivs. Zur Transformation der Sozialordnung in ostdeutschen Betrieben, in: *Soziale Welt* 3/1995, S. 305-325, hier S. 306.

¹⁰ Instruktiv dazu sind die von Schmidt 1992-94 geführten Interviews mit sächsischen Metallarbeitern zu Erfahrungen mit der alten und der neuen Arbeitswelt: „Wir, die wir im Sozialismus groß geworden sind, wollen wir mal so sagen, das waren eigentlich alles Kollegen. Wir sind in Brigaden gewesen, da wurde das Brigadeleben gefördert ... das war eigentlich ein gutes Verhältnis. Und ich möchte sagen, das ist auch nicht mehr rauszubringen.“ - Eine Verwaltungsleiterin beschreibt – mit „verbittertem Blick“ auf Differenzierungen, neue Privilegien bei der Arbeitsplatz- und Büroausstattung und ungewohnte Distinktionsformen in der Nach-Wende-Arbeitswelt – die Vergangenheit so: „Für uns galten die Menschen verhältnismäßig gleich. Also man hat keine großen Unterschiede gemacht, ob das jetzt der Werkleiter ist, wenn der Werkleiter ‚ne Kaffeemaschine hatte, hatte der Kumpel auch eine gekriegt.“ Werner Schmidt: Metamorphosen des Betriebskollektivs, a.a.O., S. 311, 319.

¹¹ Einen Überblick über diese Funktion liefert Wolfgang Schluchter: Institutionen und Mentalitäten. Über die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen oder: Von dem schließlich doch nur allmählichen Übergang der DDR, in: ders.: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang. Frankfurt/M. 1996, S. 34f.

auch in der privaten Lebenswelt zu veränderten Prioritäten, zu einem neuen Zeitregime und zu neuen Selektionskriterien und Umgangsformen in den sozialen Netzwerken. Das zeigt sich an den äußeren Statussymbolen, an der Entmischung und Neubestückung der städtischen Wohnquartiere, die sich nun krasser als in der DDR in Problemviertel und in gehobene Wohngegenden unterteilen, was auf dem vorgenannten Erfahrungshintergrund einschneidend wirken mußte.

Zu diesen allgemeinen Transformationsbelastungen¹² kamen noch Asymmetrien, die auf einer symbolischen Ebene relevant wurden und zu der Formel führten, die Ostdeutsche als „Deutsche zweiter Klasse“¹³ bezeichnet. Als zweitklassig sehen sich die Ostdeutschen zunächst auf materieller Ebene. Zwar ist den Ostdeutschen bewußt, daß sie einen höheren materiellen Lebensstandard als in der DDR haben, man mißt den eigenen Lebensstandard jedoch – wie schon zu DDR-Zeiten – vor allen an dem in Westdeutschland.¹⁴ Die oft unterschätzte Vermögenskluft zwischen westdeutschen und ostdeutschen Familienverbänden¹⁵ hat weitergehende und symbolische Dimensionen, in der sich die „ostdeutsche Gesellschaft als peripherisierte Gesellschaft, als relativ arme und abhängige Region“ ge-

¹² Die fremde Kultur ist für den Fremden dann begreiflicherweise kein Instrument, um problematische Situationen zu meistern, sondern das Problem selbst. „Man kann sich die Veränderungen des Alltags in Ostdeutschland nicht radikal genug vorstellen. Fast nichts mehr blieb, wie es war. einen solchen Umbruch als Abbruch subjektiv zu verarbeiten, wird einer Bevölkerung selten zugemutet.“ Ebd., S. 43.

¹³ 1995 bestätigten 75% der Ostdeutschen diese Behauptung. Vgl.: Stolz aufs eigene Leben. *Spiegel*-Umfrage. Viele Ostdeutsche trauern der alten Zeit nach, in: *Der Spiegel* Nr. 27, 3. Juli 1995, S. 40-52.

¹⁴ Im monatlichen „Meinungsbarometer“ wurde im Februar 2001 festgestellt, das der „Vergleichmaßstab für die ostdeutschen Lebensverhältnisse“ für 63% der Ostdeutschen in den alten Ländern liegt, 14% nehmen „die DDR als Vergleichmaßstab. Am meisten vertreten diese Sicht die Arbeitslosen“. (*Leipziger Volkszeitung*, 12. Februar 2001, S. 8)

¹⁵ Der durchschnittliche ostdeutsche Haushalt hat nur ein Drittel der finanziellen Reserven der Altbundesbürger und zwei Drittel der Versicherungsguthaben. – Bei den Bruttojahresverdiensten ergibt sich eine Ost-West-Verdienstrelation von 71% der Westbezüge. Nach: Datenreport 1997. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 1997, S. 338. - Jeder 5. Deutsche ist ein Ostdeutscher, aber nur jeder 16. deutsche Immobilienbesitzer ist ein Ostdeutscher. Vgl.: Datenreport 1997. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 1997, S. 126, 127; Anfang 1991 betrug das Geldvermögen pro Haushalt im Osten 19,5% des Geldvermögens der Haushalte im Westen. 1995 steigerten sich das Geldvermögen pro Haushalt im Osten auf 28,5% der Westhaushalte. Dennoch vergrößerte sich der absolute Abstand zwischen dem Vermögen pro Haushalt, im Jahr 1991 lag die Westquote um 84.700 DM vor der Ostquote, im Jahr 1995 bereits bei 99.000 DM. Vgl.: Christian Thimann: Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland, Tübingen 1996, S. 26, 137.

genüber dem Westen zeigt. Durch die spezifische Art der Privatisierung des Ostens durch den Westen „wurde zugleich ein sozialökonomisches Verhältnis konstituiert: zwischen westdeutschen Kapitaleignern und ostdeutschen Lohnabhängigen, westdeutschen Immobilieneigentümern und ostdeutschen Mietern und Pächtern, westdeutschen Investoren und ostdeutschen Schuldnern“.¹⁶

Der Eindruck, nicht nur materiell, sondern auch dezidiert symbolisch schlechter als die westdeutsche Vergleichsgruppe gestellt zu sein, ist dem Umstand geschuldet, daß die Ostdeutschen von ‚fremden Herren‘ regiert werden. Ostdeutsche Inhaber von sogenannten Elite-Positionen sind – beispielsweise in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Militär und Wissenschaft *extrem* unterrepräsentiert.¹⁷ Diese Asymmetrie unterstützt auch eine bestimmte Sichtweise *auf* die Ostdeutschen und begünstigt einen latenten Stigmatisierungsdiskurs der Meinungseliten und Medienvertreter gegen die Ostdeutschen und ihre Werte. Das Ostvolk hat also nicht nur die Illusion verloren, durch den raschen Beitritt zur Bundesrepublik den Positiva des Sozialismus auch noch die Annehmlichkeiten des Kapitalismus hinzufügen zu können. Das Ostvolk hat dabei auch erheblich an Prestige verloren. Die Ostdeutschen haben das Prestige jenes Volkes verloren, welches mit dem gewohnt nachhaltigen Effekt von sich sagen konnte, daß es ‚das

¹⁶ Ulrich Busch: Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland, in: *Berliner Debatte Initial* 5/1996, S. 103-119, S. 113f.; ders: Transfer West-Ost und Ost-West: Wer macht das große Geschäft?, in: Fritz Vilmar (Hrsg.), *Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen*. Berlin 2000, S. 161-192.

¹⁷ Bei einem Bevölkerungsanteil von insgesamt etwa 20% Ostdeutschen an der deutschen Gesamtbevölkerung sind von den Menschen in Elitepositionen lediglich 11,6% Ostdeutsche. Die ‚Ost-Quote‘ variiert nach verschiedenen Sektoren, im Sektor Militär liegt sie bei 0%, Justiz 0%, Wirtschaft 0,4%, Verwaltung 2,4%, Wissenschaft 7,3%, Massenmedien 11,8%, Kultur 12,9%. Nach: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorff (Hrsg.), *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen 1997. – Diese Studie arbeitet nicht mit einem normativen Elite-Begriff, demgemäß Personen aufgrund hervorragender persönlicher Qualitäten der Elite zugerechnet werden, sondern mit einem formalen und funktionalen Elitebegriff. Demzufolge werden zur Elite jene Personen gerechnet, die an den für die Gesamtgesellschaft zentralen Entscheidungen in strategischer Weise, maßgeblich und regelmäßig mitwirken (ebd., S. 14ff.). Die Positionsinhaber verteilen sich in der genannten Elite-Studie auf 14 Sektoren, für jeden Sektor wird dargelegt, in welchen Bereichen wieviel Positionen in die Gesamtrechnung mit eingingen. Die Elitepositionen im Sektor "Kultur" (insgesamt 205) verteilen sich auf den Bereich des öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunk mit 70 Positionen, die Presse mit 17 Positionen, Verlage mit 60 Positionen und noch drei weitere Bereiche. Im weiteren wird darüber Auskunft gegeben, welche Positionen in den einzelnen Bereichen – beispielsweise im Bereich "Presse" welche Redakteursstellen bei welchen Qualitäts- und Wochenzeitungen – zur Anrechnung kamen. (Ebd., S. 58ff.)

Volk' sei. Aus der passiven Stärke der ‚Arbeiterklasse der DDR‘ wurde der Passivposten der Arbeitslosen, aus dem Volk der ‚Helden von 1989‘ das der ‚psychisch Deformierten‘, aus den ‚Streitern für Demokratie‘ die Krakeeler mit einer sachunkundigen ‚Anspruchshaltung‘ an Demokratie und Sozialstaat, und aus dem ‚Volk der Revolutionäre‘ wurde ein Haufen undankbarer Nostalgiker.

Zur kommunikativen Konstruktion symbolischer Zweitklassigkeit

Viele linksliberal orientierte Westdeutsche konnten sich durch die Wahlentscheidung der ostdeutschen Wähler bei der Bundestagswahl 1990 um den aus ihrer Sicht anstehenden politischen und geistigen Wechsel in der Bundesrepublik gebracht sehen. Diese Rettung der Konservativen durch die Ostdeutschen veranlaßte die sich als modern, linksliberal und aufgeklärt verstehende Reflexionselite der Bundesrepublik offensichtlich zur Konstruktion eines bestimmten Klischees von ‚den Ostdeutschen‘, das weit über das Politische hinausging.

Das Bild vom selig-blöden Ossi mit der Banane war eine der ersten Metaphern des nun beginnenden kulturellen Stigmatisierungsdiskurses.¹⁸ Nicht nur hitzige Journalisten, sondern auch Wissenschaftler entdeckten im Jahr nach dem Beitritt im Osten den „resignierten und völlig angepaßten Mensch als die sozialistische Persönlichkeit“. Neben einem „totalen Wissensmanko“ sei „totale Vereinnahmung und Verkollektivierung des einzelnen“ zu konstatieren.¹⁹ Die Ostdeutschen wurden latent als eine Spezies konstruiert, die demokratieunfähig, autoritätsgläubig und konservativ sei. Kulturell wurden die Ostdeutschen als provinziell, spießig-piefig und völlig rückständig gezeichnet, insgesamt entsprächen ihre Werte-

¹⁸ Als Otto Schily (damals Grüne Partei) in einem Fernsehinterview um einen Kommentar zum Ausgang der Volkskammerwahl 1990 gebeten wurde, zog er wortlos und lächelnd eine Banane aus der Tasche und hielt sie in die Kamera. Die *taz* schmückte ihre Wahlstatistik mit einem abgewandelten DDR-Emblem, statt Hammer und Zirkel war im Ährenkranz eine Banane.

¹⁹ Peter Eisenmann: Die Jugend in den neuen Bundesländern. Sozialistische Bewußtseinsbildung und ihre Folgen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 27, 1991, S. 3-10, hier S. 8f.

haltungen jenen „der Bundesrepublik der fünfziger Jahre“.²⁰ Zum Allgemeinplatz in der populären und sozialwissenschaftlichen Diskussion wurden die „Deformationen“ der Ostdeutschen: „Vierzig Jahre antrainierte Unselbstständigkeit lassen sich nicht einfach abschütteln. Der Wandel von Befehlsempfängern zu eigeninitiativ und selbstbewußt handelnden Arbeitnehmern braucht Zeit“, prophezeite man.²¹

Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet jene Werte der politischen Kultur der Bundesrepublik, die als Früchte der 1968er Bewegung gelten, die Kritik- und Meßpunkte an den Ostdeutschen wurden: Antiautoritarismus, Antifaschismus und reformpädagogisches Denken. Man diagnostizierte, daß die Ostdeutschen autoritärer²² seien als die Westdeutschen und daß der „verordnete Antifaschismus der DDR“ ohne die richtige Wirkung auf die Bevölkerung geblieben sei,²³ daß in ostdeutschen Familien repressiver als in westdeutschen erzogen worden sei,²⁴ daß der Osten eine feministische Wüste und die Emanzipation der ostdeutschen Frauen keine gewesen sei.²⁵

Man stellte also fest, daß den Ostdeutschen all das fehlt, worauf man selbst so stolz war. Das Bild von den Ostdeutschen entsprach dem ins Negative gewendeten idealisierten Selbstbild, das eine sich als modern, linksliberal und aufgeklärt verstehende Gruppe von Westdeutschen von der Kultur ihres Landes hatte. Dieser in Wissenschaft und Feuilleton über

²⁰ Martin Greiffenhagen: Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1990. Reformen und Defizite der politischen Kultur, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 1-2, 4. Januar 1991, S. 16-26, hier S. 25.

²¹ Werner Weidenfeld/Karl Rudolf Korte: Die pragmatischen Deutschen. Zum Staats- und Nationalbewußtsein in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 32, 1991, S. 3-12, hier S. 8.

²² Was sich als empirisch nicht haltbar erwies. Vgl.: Hendrik Berth/Wolf Wagner/Oliver Decker/Elmar Brähler: Und Propaganda wirkt doch! ... ? Eine empirische Untersuchung zu Autoritarismus in Deutschland und zur Überprüfung von Theorien über die Entstehung von Einstellungsunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.), *Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall*. Berlin 1999, S. 141-159.

²³ Empirisch läßt sich dagegen bei den Ostdeutschen ein höheres Problembewußtsein feststellen. Wolf Wagner: *Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick*. Hamburg 1999, S. 116f.

²⁴ Hier scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Vgl.: Elmar Brähler/Richter Horst-Eberhard: Ost- und Westdeutsche – 10 Jahre nach der Wende, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.), *Deutsch-deutsche Vergleiche*, a.a.O., S. 9-27.

²⁵ Dieser Trend hält auch im Jahr 1999 noch an. Vgl. Thomas Ahbe: Hohnarbeit und Kapital. Westdeutsche Bilder vom Osten, in: *Deutschland Archiv*, 1/2000, S. 84-89.

beinahe alle politischen Spektren hin und über Jahre anhaltende Diskurs, führte in der politischen Kultur der Bundesrepublik zu einem „Konsensschwall“,²⁶ der den 1989 erreichten Stand einer kritischen Selbstreflexion der politischen Kultur der Bundesrepublik fortspülte. Freilich ist es in diesem Zusammenhang zu unpräzise, pauschal von ‚den Ostdeutschen‘ zu reden, denn es ist natürlich relevant, ob sich die so Bezeichneten in ihrer kulturellen Selbstdefinition vor allem als ‚Ostdeutsche‘ oder als ‚Bundesbürger‘ definieren. Insgesamt 60% der Ostdeutschen haben ein spezifisch ostdeutsches Wir-Bewußtsein und die Gewißheit, „nicht westdeutsch zu sein“; nur 20% der Ostdeutschen fühlen sich als Bundesbürger und nicht oder weniger als Ostdeutsche. Doch genau jenes Fünftel hat die meisten Ressourcen und Unterstützung durch Westdeutsche, in den Medien ihre Wirklichkeitsdefinition als die ‚der Ostdeutschen‘ auszugeben.²⁷ Auch diese Konstellation verstärkt den Trend, demgemäß im Offizialdiskurs und dem der meinungsbildenden Medien²⁸ die positiven Bezüge zum Osten, zur DDR und dem Leben in ihr tabuisiert, ignoriert, stigmatisiert oder mit zwar wohlmeinendem aber nichtsdestotrotz fehlgehendem Unverständnis thematisiert werden.

Zur psychischen Funktion von Ostalgie

Diese Situation ist auch auf der einfachen Alltagsebene nicht unproblematisch. Identitätstheoretisch gesehen gehört die subjektive Konstruktion einer Biographie, eines Kontinuums von erfolgreicher Lebens-Bewältigung infolge eigener Fähigkeiten und Eigenschaften zu den zentralen Bewältigungsressourcen eines Subjektes. Gerade diese prospektiven und protektiven Ressourcen der Ostdeutschen wurden jedoch durch die Politik der Nachwende-Zeit praktisch entwertet sowie diskursiv stigmatisiert – in einer Situation, die man als eine kollektive psychische Ausnahmesituation kennzeichnen kann.

Identitätsarbeit ist ein alltäglicher Prozeß der Herstellung eines Passungsverhältnisses von Innen- und Außenwelt sowie zur Aufrechterhal-

²⁶ So Lutz Niethammer im Januar 1998 auf einer Konferenz an der TU Dresden.

²⁷ Vgl. Thomas Koch: *Wohin treibt der Osten?*, a.a.O.

²⁸ Werner Früh, Uwe Hasenbrink, Friedrich Krotz, Christoph Kuhlmann und Hans-Jörg Stiehler: *Ostdeutschland im Fernsehen*. Bd. 5 der Schriftenreihe der Thüringer Landesmedienanstalt, München: KoPäd Verlag, 1999.

tung der Handlungsfähigkeit der Person. Dabei muß das Individuum Selbst- und Fremddefinition, eigene Bedürfnisse, Ziele und Projekte einerseits wie auch die Anforderungen aus den Rollen und Bezügen andererseits in eine stimmige, lebbare Balance gebracht werden.²⁹ Für diese permanente Aushandlungsarbeit, für die Konstruktion von Sinn und die aktuelle und prospektive Aufrechterhaltung von Handlungsfähigkeit sind Ressourcen notwendig. Subjektive oder individuelle Ressourcen, insbesondere ein hohes Kohärenzgefühl,³⁰ beeinflussen die Wahrnehmung, Bewertung und Mobilisierung von objektiven Ressourcen,³¹ also dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital.

Die Form, in der sich personale Identität organisiert, in der sie intra- und interpersonell präsentiert, transportiert und verhandelt wird, sind Selbstnarrationen.³² Als Umsetzung personaler Identität in Geschichte(n), angefangen von kurzen Selbstthematierungen, über die Form des ‚Lebenslaufs‘ bis hin zu ausführlichen Selbstbeschreibungen, sind Selbstnarrationen sowohl subjektiv, individuell, wie auch standardisiert und von den Mustern einer Kultur geprägt. Das zeigt sich, wenn die Konstruktionsregeln, die dramatischen Stilmittel, die Vorstellungen von Plausibilität und Kausalität und von der gültigen Hierarchie der Werte analysiert werden, die in den Selbstnarrationen der verschiedenen Kulturen und Milieus eine Rolle spielen. Indem die Subjekte ebenso organisierte Selbstnarrationen konstruieren, sind sie in bestimmten kulturellen Kontexten an-

²⁹ Vgl. Keupp/Ahbe u.a.: Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Reinbeck 1999.

³⁰ „Antonovsky hat den Kohärenzsinn als eine globale, affektiv-kognitive Orientierung definiert, die das Ausmaß ausdrückt, in dem jemand ein durchgehendes, überdauerndes und dennoch dynamisches Gefühl der Zuversicht hat.“ Der Kohärenzsinn bezieht sich auf drei Ebenen: Auf die „*Sinnebene*“ bezogen geht es um das Gefühl oder die Gewißheit, daß „die Anforderungen es wert sind, sich dafür anzustrengen und zu engagieren“. Auf der „*Bewältigungsebene*“ geht es um das Gefühl, daß „die Ressourcen verfügbar sind, die man dazu braucht, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden“. Und auf der „*Verstehensebene*“ geht es um den Eindruck, daß „die Ereignisse der inneren und äußeren Umwelt strukturiert, vorhersehbar und erklärbar sind“. Vgl. Heiner Keupp: Von der (Un)Möglichkeit erwachsen zu werden. Jugend zwischen Multioptionalität und Identitäts-diffusion, in: ders., Ermutigung zum Aufrechten Gang. Tübingen 1997, S. 49-68, hier S. 62.

³¹ Thomas Ahbe, Ressourcen - Transformation – Identität, in: Heiner Keupp/Renate Höfer (Hrsg.), Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt am Main 1997. S. 207-226; Keupp/Ahbe u.a., Identitätskonstruktionen, a.a.O., S. 198ff.

³² Vgl. Wolfgang Kraus: Das erzählte Selbst. Die narrative Konstruktion von Identität in der Spätmoderne. Pfaffenweiler 1996.

schlußfähig. Selbstnarrationen rekurren also immer auch auf gesellschaftliche Meta-Erzählungen.³³

Wechselt in kurzer Zeit die allgemein gültige gesellschaftliche Metaerzählung und der gültige Kanon der Werte- und Identitäts-Formen, so wird das Verfertigen von situationsadäquaten Selbstnarrationen natürlich schwieriger. Das wird für die Subjekte zum Problem, weil die kommunikative Funktion von Selbstnarration, nämlich sich in einer solchen Weise identifizierbar zu machen, daß man in der jeweils subjektiv angestrebten Weise Anerkennung findet, nicht mehr erfüllt wird.

Für die Ostdeutschen besteht das Problem des Nachwendediskurses über die ‚verbrecherische und marode DDR‘ sowie die ‚deformierten und in Schuld verstrickten Ostdeutschen‘ darin, daß sich mit dieser neuen dominierenden gesellschaftlichen Metaerzählung kaum positive Anknüpfungspunkte für ihre Selbstnarrationen bieten. Die subjektive Konstruktion von kohärenz- und identitätsstiftender biographischer Kontinuität wird von der dominierenden gesellschaftlichen Metaerzählung eher angegriffen als unterstützt. Für die Subjekte bedeutet das, daß ihre Vergangenheitskonstruktion mehr oder weniger massiven Revisionen unterworfen ist: Frühere Engagements und Erfolge erscheinen als Belanglosigkeiten, Vergeblichkeiten, Mißerfolge, Fehler oder Verbrechen. Die einst maßgeblichen Ziele, Werte und Utopien stellen sich als Verirrungen heraus – oder werden als solche herausgestellt. Folgt man dem deutschen Offizialdiskurs über das Leben in der DDR, dann war das, was die Ostdeutschen vor der Wende getan haben, bestenfalls gut gemeint und fleißig getan, und gläubig-naiv, ansonsten aber kärglich und vergeblich.

Gerade an Nichtigkeiten läßt sich das Problem der asymmetrischen Verwaltung kollektiver Erinnerungsbestände gut schildern. Der Dresdner Kabarettist Wolfgang Schaller äußerte hierzu: „Vergangene Woche, in einer Sendung des Norddeutschen Rundfunks, da ging es schlicht um die Schlager der 50er/60er Jahre, und da wurde die heile Showwelt des Westens mit lieber Verklärung gezeigt. Und wenn der Osten dran war, sangen junge Talente mit piepsiger Stimme und dazu wurden marschierende

³³ Thomas Ahbe/Monika Gibas: Erbschaft einer Zeit. Zur Persistenz der sozialistischen Metaerzählung nach dem Systemwechsel, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik* 1/1998, S. 55-71; Heiner Keupp: Wer erzählt mir, wer ich bin? Identitätsofferten auf dem Markt der Narrationen, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik* 4/1996, S.39-64.

Armisten und verwehrte Krippenkinder eingeblendet. Das sind unverschämte Attacken gegen unsere Erinnerung.“³⁴

Ostalgie als Versuch, eine Lücke in der gesellschaftlichen Produktion der Erinnerung zu schließen

Unter den Bedingungen *dieser* veränderten Vergangenheits- und Gegenwartsdefinition ergibt sich für jene Ostdeutschen, die sich vor allem als Ostdeutsche identifizieren, ein Kommunikations- und Kompensationsbedarf. Da innerhalb der hegemonialen Kultur ein nichtstigmatisierender Bezug zum Alltagsleben in der DDR und auch zur aktuell beschreibbaren sozialisatorischen Andersartigkeit der Ostdeutschen nahezu ausgeschlossen ist, wird auf diesen Kommunikations- und Kompensationsbedarf mit einem Laien-Diskurs reagiert – das heißt: In der Lücke zwischen dem hegemonialen professionellen Diskurs zu den Ostdeutschen einerseits und den Erfahrungen und Erinnerungen der Ostdeutschen andererseits entfaltet sich also ein kompensierender Laien-Diskurs, ein Diskurs von Laien, der damit also auch indirekt, diffus, teilweise unterreflektiert und sprachlos ist. Auf der in den 90er Jahren entstandenen Identitäts-Brache, auf diesem diskursiven Niemandsland, verhandelt also ein Teil der ostdeutschen Durchschnittsbürger in indirekter Weise ihre Identität als Ex-DDR-Bürger, ihre Identifikation mit der Gruppe der Ostdeutschen und deren sozialisatorischer Spezifik. Die Semantik für diesen Laien-Diskurs liefern Symbole, Artefakte Produkte, Sprüche und Rituale aus der verschwundenen Kultur. Diese informellen Praxen eines Teils der Ostdeutschen sind damit gewissermaßen ein Akt der *Selbstermächtigung*,³⁵ ein eigenständiger, auch widerständiger Versuch der Aneignung der eigenen Vergangenheit – im Lichte neuer Erfahrungen.

Das kommerzialisierte und nicht kommerzialisierte Wiederauftauchen der Symbole aus der DDR-Zeit, die Konjunktur von Büchern, Tonträgern und Videos, Gesellschaftsspielen, Kult- und Designprodukten, die die DDR-Kultur thematisieren, stellen einen mehr oder weniger reflektierten Akt der Wiederaneignung von kollektiven Erinnerungsbeständen dar.

³⁴ Schaller, Wolfgang Interview, in: *Neues Deutschland*, 30./31. Oktober 1999, Beilage, S. 11.

³⁵ Vgl. Thomas Ahbe *Ostalgie als Selbstermächtigung*, a.a.O.

Derzeit ist also folgende widersprüchliche Situation zu beobachten: Der Ostalgie-Markt mit seinen Produkten und Events hat sich längst als eine *marktwirtschaftlich bestätigte Realität* erwiesen. Wie alle Märkte reagiert auch der Ostalgie-Markt auf eine Nachfrage und hält diese Nachfrage durch immer neue Angebote aufrecht. Während aber im kommerziellen Bereich Ostalgie befriedigt, gewissermaßen auch ermutigt und ‚warmgehalten‘ wird, ignoriert und konterkariert man sie im politisch-administrativen Bereich und im Rahmen des hegemonialen Diskurses der Meinungs-Eliten.³⁶

Diese Konstellation illustriert, wie sehr die oft scheinbar so individuell, ‚ganz einer Person gehörende‘ Erinnerung ein *gesellschaftlich* moderierter Prozeß ist. Die Konstruktion personaler Identität geht mit der Erinnerung – genauer: der Konstruktion von Erinnerung – Hand in Hand. Die Konstruktion personaler Identität ist nicht nur ein Ergebnis des Vergangenen, vielmehr ist das, *was* als individuelle Vorgeschichte erinnert wird und *wie* sie erinnert wird, eine Konstruktionsleistung der Gegenwart. Diese Interpretation von Erinnerung wird nicht nur identitätspsychologisch,³⁷ sondern auch aus der Perspektive der Wahrnehmungs- und Gedächtnisforschung³⁸ gestützt. Erinnerungen sind demnach keine klar adressierten Archivalien auf der subjektiven ‚Festplatte‘, also unveränderliche Engramme, bei denen lediglich die Adressierung verloren gehen kann, sondern Ergebnisse von immer wieder neu vonstatten gehenden Konstruktionsprozessen. Aus diesem Grunde sind „Erinnerungen auch immer mit einer Aktualisierung der Perspektive verbunden, aus der die erinnerten Inhalte wahrgenommen werden. Die ursprüngliche Perspektive wird dann überformt und verändert durch all die weiteren Erfahrungen, die der Be-

³⁶ Der sächsische CDU-Generalsekretär Fritz Hähle stellte fest: „Wir Sachsen sind keine Ostdeutschen“, und der aus Rheinland-Pfalz stammende Ministerpräsident von Thüringen sagte: „Ost-Identität wollen wir hier gar nicht pflegen. Wir wollen Thüringen-Mentalität“. Die Broschüre mit Kurt Biedenkopfs Rede vor dem sächsischen Landtag zum Haushalt 1999/2000 am 8. Dezember 1998 ist überschrieben mit „Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen“ (Hrsg. von der Sächsischen Staatskanzlei, Dresden 1999).

³⁷ Vgl. Jürgen Straub: Personale und kollektive Identität, a.a.O., S. 93; Donald E. Polkinghorn: Narrative Psychologie und Geschichtsbewußtsein. Beziehungen und Perspektiven, in: Jürgen Straub (Hrsg.), Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein, a.a.O., S. 26.

³⁸ Siehe auch die Darstellung des Paradigmenwechsels in der Gedächtnisforschung und die der „Fals-Memory-Debatte“ bei Aleida Assmann, Stabilisatoren der Erinnerung - Affekt, Symbol, Trauma, in: Jörn Rüsen/Jürgen Straub (Hrsg.) Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein. Erinnerung, Geschichte, Identität 2. Frankfurt/M. 1998, S. 131-152.

obachter seit der Ersterfahrung des Erinnerten gemacht hat.“³⁹ Aufgrund dieser Zusammenhänge bedürfen diese identitätsstrukturierenden Erinnerungsprozesse Symbole als „Stabilisatoren der Erinnerung“⁴⁰, in unserem Falle sind das Gegenstände und Zeichen, die nun, nachträglich, symbolische Qualität gewinnen und die Vergangenheit, die individuelle wie auch die vergangene Kultur, symbolisieren.

Für gewöhnlich stellt der Vergangenheitsdiskurs einer Gesellschaft die rationalen und sinnlichen Stabilisatoren und Konstruktionsprinzipien der Erinnerung zur Verfügung. In dem hier beschriebenen Fall produzierte der hegemoniale Diskurs jedoch eine Lücke, da er Erinnerung an die DDR nur in einer sehr selektiven Weise stützte und auch nur bestimmte Konstruktionen über die Ostdeutschen moderierte. Ostalgie ist ein Beispiel, wie innerhalb einer solchen kommunikativen Konstellation durch die von dieser identitätsbedrohenden Diskurs-Lücke betroffenen Laien *selbst* versucht wird, diese Erinnerungs-Lücke zu schließen.

³⁹ So der Hirnforscher Wolf Singer in seinem Eröffnungsvortrag zum 43. Historikertag, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. September 2000, S. 10.

⁴⁰ Aleida Assmann: *Stabilisatoren der Erinnerung*, a.a.O.

„Freiheit ist ein Selberwollen“

Rudolf Schottlaender (1900-1988) zum 100. Geburtstag

Siegfried Prokop
Berlin

Rudolf Schottlaender war in der Zeit meines Studiums und meiner Vorbereitung auf die Promotion Professor an der Humboldt-Universität. Ich hörte niemals Vorlesungen bei ihm und nahm auch nicht an anderen Lehrveranstaltungen Schottlaenders teil, und dennoch war er

mir sehr gut bekannt. Man sah ihn häufig auf dem Flur des alten Audimax in reger Debatte mit seinen Studenten stehen. Er war wahrscheinlich der studentenfreundlichste Professor dieser Jahre.

Zwei Berührungspunkte waren es, die mich in direkten Kontakt zu Schottlaender brachten. Das war die Mitwirkung am künstlerischen Sprechchor unter Leitung von Frau Dr. Herta Reclam vom Institut für Rhetorik, der die Aischylos-Tragödien „Agamemnon“ und „Die Perser“ aufführte und zu regelmäßigem Erfahrungsaustausch mit der Gruppe Rudolf Schottlaenders zusammentraf, die überwiegend antike Komödien aufführte.¹ Die Inszenierungsstile der Reclam und Schottlaenders wichen erheblich voneinander ab. Frau Reclam bevorzugte den eher konservativen, steifen Stil ihres Doktorvaters aus den 20er Jahren. Schottlaender pflegte seinen eigenen, eher lockeren, vielleicht sogar lustigen, Stil. Die

¹ Vgl. Detlev Lücke: Gelebte Autorität. Systemkritik in beide Richtungen. Zum 100. Geburtstag von Rudolf Schottlaender. In: *Freitag*, 4.8.2000, S.17.

Zusammenkünfte waren durch zweierlei geprägt. Einmal durch ein Gefühl der Verbundenheit, denn unsere Gruppen waren im universitären Kulturgeschäft dieser Zeit so etwas wie einsame und exotische Inseln. Beide Gruppen wurden nicht gerade verboten, aber besonders erwünscht waren sie nicht. Das schuf ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Andererseits gab es immer auch Zoff, weil sich die Herangehensweise an antike Stoffe so überaus unterschiedlich gestaltete. Trotz aller streitbaren Dispute kam es aber nie zu einem Bruch. Nach dem Mauerbau entschied sich Frau Reclam für ihren Wohnsitz in Westberlin, was für den künstlerischen Sprechchor das Ende bedeutete. Schottlaender zog nach Ostberlin um. Seine Gruppe bestand weiter.

Die zweite direkte Begegnung mit Schottlaender ist mir aus den Tagen des Deutschlandtreffens zu Pfingsten 1964 in Erinnerung. Damals trafen sich vor der Universität tausende Jugendliche aus Ost und West zu fröhlichem Meinungsstreit. Ulbricht hatte rechtzeitig sein Angebot für einen Zeitungsaustausch (das ND gegen SZ und Die Zeit) auf den Weg gebracht und richtig kalkuliert, dass der Vorschlag von den Kalten Kriegern der anderen Seite abgelehnt würde. So waren die Debatten zwar kontrovers, aber doch in dem einen Punkt des Zeitungsaustauschs von gemeinsamem Unverständnis für die Ablehnung geprägt. Zwischen diesen Trauben diskutierender Jugendlichen war nur ein Professor zu erkennen, es war Rudolf Schottlaender. Seine Einlassungen wurden, so schien es mir, von den Jugendlichen nicht so recht verstanden, nicht von denen aus dem Osten, aber auch nicht von denen aus dem Westen. Das hing wohl damit zusammen, dass Schottlaender sich nicht in die Fronten des Kalten Krieges einreichte. Er stand darüber, hatte gänzlich andere Maßstäbe. Ich gestehe, dass auch ich Mühe hatte, ihn in allen Verästelungen seiner Argumentation zu verstehen. Wer war Schottlaender?

Rudolf Schottlaender entstammte einem liberalen, konventionellen jüdischem Elternhaus. Er besuchte den jüdischen Religionsunterricht in der Schule. Mit 15 Jahren begann er selbst zu philosophieren. Er stieß dabei auf Spinoza, der der Abstammung nach auch ein Jude war. Spinoza war aus philosophischen Gründen seiner Religion abtrünnig geworden und wurde von der Amsterdamer jüdischen Gemeinde ausgestoßen. Schottlaenders Austritt vollzog sich im Unterschied dazu ohne besondere Nachteile. Schottlaender hatte sich nicht mit dem biblischen Dogma des "ausgewählten Volkes" identifizieren können. Für ihn bedeutete das Jüdischsein nicht mehr und nicht weniger als die Zugehörigkeit zu einer "Schick-

salsgemeinschaft". Er ließ sich nicht taufen, was seinen gesellschaftlichen Aufstieg sicher erleichtert hätte: "Verbunden habe ich mich dem Judentum insofern immer gefühlt, als die Geschichte meines ganzen Lebens mit geprägt war durch die mehr oder weniger freundliche oder feindliche Einstellung der deutschen Umwelt zu den deutsch-jüdischen Mitbürgern."²

Den ersten Weltkrieg erlebte Schottlaender als Episode. Er war Soldat vom 1. November 1918 bis zum Ausbruch der Revolution 1918. In der Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte sympathisierte Schottlaender "mit den zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten stehenden ,Unabhängigen Sozialisten"³.

Von 1918 bis 1923 studierte Rudolf Schottlaender Philosophie und Philologie in Berlin, Marburg, Freiburg und Heidelberg. Zu seinem Studium bemerkte er im Rückblick:

"Es war die große Zeit des gerade nach München übergesiedelten Max Weber. Weniger interessierten mich daneben Heinrich Rickert oder Hans Driesch, die offiziellen Philosophen, um so mehr Karl Jaspers, der noch keinen Lehrstuhl hatte. In seinen Vorlesungen und Privatgesprächen zitierte er immer wieder Max Weber als Leitfigur. Webers Reden, die gedruckt umliefen, beeindruckten mich aufs stärkste. Jaspers hatte damals den Übergang von der Medizin zur Philosophie hinter sich. Seine ‚Psychologie der Weltanschauungen‘ war gerade erschienen. Die Zusammenstellung so verschiedenartiger Denker wie Kierkegaard und Nietzsche war für den damaligen Jaspers charakteristisch; vollzog er sie doch im Namen der ‚Echtheit‘, eines Vorbegriffs dessen, was er später ‚existentielles Philosophieren‘ nannte."⁴

Schottlaender litt als Student nicht unter Minderwertigkeitskomplexen. Schon zu Beginn des Studiums schockierte er Kommilitonen mit der Behauptung, er verstünde Hegel. In Jaspers Seminar über Hegels "Phänomenologie des Geistes" übernahm Schottlaender ein Referat, das ihm ein Lob eintrug. Während seines Studiums erteilte Schottlaender mit viel Engagement auch Griechisch-Unterricht. Hans Georg Gadamer hat ihm später berichtet, das er sich dadurch angeregt gefühlt habe, nach seinem Philosophie-Studium auch noch ausgiebig klassische Philologie "nachzustudieren"⁵. Im Sommer 1922 startete Schottlaender mit der Arbeit an

² Thomas Grimm: Gespräch mit Rudolf Schottlaender, in: Gedenkwerk. Vorerst herausgegeben von Rainer Schottlaender, Berlin 2000, S. 830.

³ Rudolf Schottlaender: Trotz allem ein Deutscher. Mein Lebensweg seit Jahrhundertbeginn, Freiburg i. Br. 1986, S. 15.

⁴ Ebenda, S. 21.

⁵ Ebenda, S.25. Gadamer erwähnt seine Begegnung mit Schottlaender nicht. Er schreibt aber, dass er nach seinem Studium der berühmten Bultmannschen Graeca angehört habe:

seiner Dissertation zum Thema "Die historische Bedingtheit des Gehalts der Nikomachischen Ethik des Aristoteles". In dieser Zeit verliebte er sich in Hilde Stern, die ältere Schwester von Günther Anders, und heiratete sie. Als Wohnsitz nutzte das Paar ab September 1922 die Berliner Wohnung seiner Mutter, die inzwischen verstorben war. Den Lebensunterhalt verdiente er durch Schreibarbeiten bei einer Bank, während er in der übrigen Zeit für die Dissertation recherchierte. Am 23. Mai 1923 promovierte er mit dem Prädikat "Magna cum laude". Obwohl er nicht "Summa" erreicht hatte, erschien seine Arbeit sofort in der Fachzeitschrift "Sokrates", die sein Betreuer Ernst Hoffmann herausgab. 1924 erhielt Schottlaender seine erste stetige Arbeit in den Vorbereitungskursen von Dr. Auerbach in den alten Sprachen.

Die politischen Vorgänge, mit denen er in dieser Zeit konfrontiert war, begriff er als Zeitzeuge überwiegend nicht. Später gewonnene Einsicht über den Zeitraum von 1917 bis 1945 fasste er prägnant zusammen. Wer außer Schottlaender könnte schon auf so kurzem Raum so treffend und differenziert urteilen?

"Hierbei ist es eine Tatsache von größter geschichtlicher Tragweite, dass Mussolini zuerst ein, wenn auch später abtrünnig gewordener, Schüler Lenins war. Einrichtungen wie die Einparteiherrschaft samt parteilich gelenkter Gewerkschaft, Jugendziehung, Presse sind original durch Lenin begründet und von Mussolini sowie später von Hitler übernommen worden. Daher die Ähnlichkeiten! Hinzugebracht aber hat Mussolini den extremen italienischen Nationalismus mit seinem ruhmredigen und eroberungssüchtigen Anspruch auf Nachfolge der alten Römermacht. Dieser Einschlag von kriegslüsterner Eitelkeit und heroisierendem Gebaren sticht aufs ungünstigste ab von Lenins großem Gedanken der Ersetzung überkommener russischnationaler Vorherrschaft durch das sowjetische Nationalitätenprinzip. Das ist und bleibt eine gewaltige Errungenschaft, wie viel Beschwerden auch immer von einzelnen Nationalitäten gegen russisches Übergewicht bis heute geltend gemacht werden. War nun schon der Weg vom führenden Revolutionär Lenin zum nationalistischen Duce ein enormer Abstieg in moralischer und politischer Hinsicht, so kam es zu einer weiteren, in noch höherem Grade verwerflichen und gefährlichen Abwärtsentwicklung durch den biologisch verbrämten Rassenwahn, der mit Hitler seinen Einzug hielt. So kann man zwar mittels unzähliger Belege zeigen, dass, egal ob die Farbe rot, schwarz oder blau ist, Uniform immer Uniform bleibt und den Hineingezwungenen entmündigt, man sollte aber, zugleich mit den vom gemeinsamen Ursprung herrührenden fa-

„Ob es nun die griechische Tragödie oder die Komödie war, ob ein Kirchenvater oder Homer, ob ein Historiker oder ein Redner, wir durcheilten die ganze antike Welt, 15 Jahre lang wöchentlich einen Abend.“ Hans-Georg Gadamer: Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau. Frankfurt am Main, S. 38.

*talen Ähnlichkeiten, die den Kommunismus vom Faschismus und erst recht vom Nationalsozialismus unterscheiden und somit die simple Unterbringung unter dem Dachbegriff ‚Totalitarismus‘ als zur Ungerechtigkeit verführend erscheinen lassen.“*⁶

Auch der heutige Zeitgeist muss sich durch Schottlaender herausgefordert fühlen.

Schottlaender brachte es unter den umrissenen Umständen dieser Zeit nicht zur Habilitation. Seine erste Ehe zerbrach schon 1926. Ein Jahr später heiratete er Wally Damm, eine Frau nichtjüdischer Herkunft. Diese Heirat sollte reichlich ein Dezennium später eine geradezu existentielle Bedeutung erhalten. Nach Protesten infolge der Reichspogromnacht war mit Blick auf das hitlerfreundliche Ausland ein Gesetz über “privilegierte Mischehen” beschlossen worden. Damit erhielten nicht nur die beiden Söhne, die nun als “Geltungsjuden” klassifiziert wurden, einen gewissen Schutz, sondern auch er selbst:

*„... daher brauchte ich später, trotz ‚J‘ im Pass und trotz Vornamens ‚Israel‘, keinen Judenstern zu tragen und war vor dem Abtransport insoweit geschützt, als korrekt verfahren wurde – was freilich nicht überall garantiert und weitgehend Glücksache war, aber: ich hatte Glück.“*⁷

Schottlaender war dadurch natürlich nicht gegen Denunziationen geschützt. So kam es im Herbst 1937 zu einer Besichtigung seiner Bibliothek durch die Gestapo. Da er keine eigentlich marxistische Literatur besaß, konfiszierte die Gestapo etwas “Russisches”, die Übersetzung von Tolstois “Auferstehung”. Der glimpfliche Verlauf dieser Inspektion wurde von Schottlaender auch darauf zurückgeführt, dass es ihm inzwischen gelang, auf entgegenschlagenden Judenhass nicht mit “urteiltrübendem Gegenhass” zu antworten:

*“Zu einer solchen Haltung war ich philosophisch prädisponiert. Die antike Philosophie, insbesondere der Stoizismus, aber auch Spinoza und Goethe, die Großen meiner Gymnasiastenlektüre, hatten mich ein solches Verhalten gelehrt.“*⁸

An Widerstandskampf hat Schottlaender zu keiner Zeit gedacht. Er kannte keine Gruppe, der er sich hätte anschließen können. Aber seine Art, der Herausforderung einer Inspektion seiner Bibliothek erfolgreich zu begegnen, war nicht frei von Aspekten einer Resistenz. Scherzhaft

⁶ Ebenda, S. 33/34.

⁷ Ebenda, S. 40/41.

⁸ Ebenda, S. 41.

wurde er von seiner Frau mit den Worten "Mein nüchterner Grieche" angesprochen. Mit Sokrates verglich ihn der Freundes- und Bekanntenkreis. Sokrates war ein Mann, der sich Tag und Nacht unermüdlich bewegte, sich als Soldat bewährte und nicht unter den Tisch getrunken werden konnte. Den Vergleich mit Sokrates wies Schottlaender folglich von sich:

„... nicht nur unmilitärisch und unsportlich, sondern so beschaffen, dass mein Leben fast keine Nächte enthält, die ich durchdiskutiert, durchgearbeitet, durchgezecht oder auch nur durchgetanzt oder durchgeliebt hätte. Das alles sind Zeichen nicht von Stärke, sondern von Schwäche. ... In der Einsamkeit der Jahre des Dritten Reichs ist durchaus der Charaktertyp geworden, als der ich in der zweiten Hälfte meines Lebens, vom Ende Hitlerdeutschlands bis heute, meinen Weg gesucht habe, einen Weg über Rufmorde...“⁹

Nach 1938 ließ sich seine Einsamkeit in der Form der Berufslosigkeit nicht länger durchhalten. Kurzzeitig gelang ihm eine Anstellung als Lateinlehrer bei Dr. Leonore Goldschmidt, die Gymnasialkurse für jüdische Kinder hatte einrichten dürfen. Dann arbeitete er als ungelernter Krankenpfleger in einem Israelitischen Krankenhaus. Von dort verschlug es ihn in gleicher Tätigkeit ab 1940 für zwei Jahre nach Stuttgart in einen jüdischen Privathaushalt. 1942 kehrte er nach Berlin zurück und wurde Hilfsarbeiter in der Pulverfabrik der Gebrüder Bock in Buchholz. Bei den langen Bahnfahrten von Heiligensee nach Buchholz lernte er heimlich Russisch. Das Familienleben war unerträglich geworden. Er dachte an Scheidung. Doch wurde ihm sehr schnell die Schutzlosigkeit bewusst, in die er sich bei Auflösung der "Mischehe" begab. Zwei Monate musste er sich in den "Untergrund" einer Portierloge begeben. Die Ehescheidung wurde schließlich auf die Zeit nach der Befreiung verschoben. In einem Pfarrhaus konnte Schottlaender ein Zimmer mieten, weil der Pfarrer schon einkalkulierte, dass ihm ein jüdischer Mieter bei Kriegsende von Nutzen sein könnte. Heiligensee wurde am 22. April 1945 besetzt. Die Erwartung des Pastors sollte nicht enttäuscht werden: "Tatsächlich gelang es mir, bald danach mit meinem bisschen Russisch der hochschwangeren Frau des Pastors in ihrer Angst vor einer Vergewaltigung insofern beizustehen, als ich umherschweifende Sowjetsoldaten vor der Tür des Pfarrhauses abfing und radebrechend verschwatzte."¹⁰

Schottlaender war nicht traurig, dass er infolge der frühen Inbesitznahme von Heiligensee die "Schlacht um Berlin" nicht mit ansehen muss-

⁹ Ebenda, S. 43.

¹⁰ Ebenda, S. 50.

te. Den Einmarsch empfand er anders als fast alle anderen, die darin ein Unheil erblickten. Schottlaender schöpfte neue Hoffnung. Schon Anfang April hatte er sich in eine Sonntagsmatinee der Staatsoper, in der Paul Wegener Besinnliches rezitierte, gewagt. Einen Skakespeare-Vers behielt er in Erinnerung:

*“Nun ward der Winter unsres Missvergnügens
Glorreicher Sommer durch die Sonne Yorks”,
und Mephistos kupplerisches Teufelsgelächter:
,Hab ich doch meine Freude dran!’”¹¹*

Das Kriegsende gestaltete sich für Schottlaender zu etwas ganz Besonderem. Ein Glücksgefühl erfüllte ihn:

“Für mich war eben Befreiung, was ringsum nur Niederlage und Schrecken bedeutete. Mein bisschen Russisch und mein schon am Aussehen abzulesendes russisches Verfolgtsein empfahlen mich dem Besatzungstrupp sofort als Helfer. Ich wurde neben einen kutschierenden Soldaten auf einen Wagen gesetzt, nachdem ich von einem Offizier durch verschiedene Häuser geflüchteter Nazis geführt worden war und den Auftrag erhalten hatte, fehlende Möbel herbeizuschaffen ... Ich nahm das keinen Augenblick ernst, und wirklich: trotz höchst unvollständiger Erledigung des Auftrags geschah mir nichts.”¹²

Der Mai dieses denkwürdigen Jahres wird zu einem Monat des gesellschaftlichen Wiedererwachens. Er spürt, welche Kräfte bei ihm und in seiner Umgebung hatten brachliegen müssen. Im Alter von Mitte Vierzig empfand er eine “neue Pubertät”¹³.

In diesem Mai versammelten sich zu seinen Füßen ein ziemlich alter Schulrat und ein Bezirksbürgermeister, um bei ihm das kyrillische Alphabet und einige russische Redewendungen zu lernen. In dieser Zeit machte er sich schon daran, Lermontows Kosakenwiegenlied zu übersetzen. Schottlaender wurde von der neuen Verwaltung mit der Durchführung von Volkshochschulkursen betraut.

In diese Wochen fiel die Scheidung der zweiten Ehe. In einem Philosophiekursus lernte Schottlaender die viel jüngere Edith Theuser kennen, die Tochter eines “einfältigen Naziparteigenossen”¹⁴. Am 30. April 1946 schloss er in der Dorfkirche von Reinickendorf die dritte Ehe. Der Pfarrer hatte ihn zuvor vom Niederknien entbunden, weil er ein Nichtgläubiger

¹¹ Ebenda, S. 50.

¹² Ebenda, S. 52.

¹³ Ebenda, S. 53.

¹⁴ Ebenda.

war. 1946 wurde er als Lateinlehrer an der Humboldtschule in Tegel beschäftigt. 1946 begann für ihn und seine neue Familie eine glückliche Zeit. Der beginnende Kalte Krieg allerdings entsetzte ihn, weil er eine neue Art von "Großgruppenhass" etablierte: "Der Konflikt zwischen revolutionärem Klassenhass und antikommunistischem Gegenhass bewirkte eine neue Spaltung in Deutschland, die ich nicht für möglich gehalten hätte."¹⁵

Jedoch betraf dies anfangs noch nicht die neue Familie Schottlaender. Während sich das Ehepaar auf das kommende Kind freute, traf die überraschende Nachricht ein, dass Karl Jaspers und Ernst Hoffmann Rudolf Schottlaender für einen an der TH Dresden freigewordenen Philosophie-Lehrstuhl vorgeschlagen hatten. Am Tag vor der Geburt der Tochter Irene erhielt Schottlaender die Berufungsurkunde nach Dresden. Bald traf er beim ersten deutschen Philosophentag in Garmisch Nicolai Hartmann und Julius Ebbinghaus, die in dieser Zeit in der Philosophie den Ton angaben. Hartmann äußerte danach über Schottlaender zu einem seiner Schüler: "Der kann was."¹⁶ Der Umzug nach Dresden führt die Familie Schottlaender in das Haus Victor Klemperers, der gerade nach Greifswald berufen worden war. Zwischen Klemperer und Schottlaender kam es zu einem Missklang, den letzterer später sehr bedauerte.¹⁷ Die kritische Distanz Schottlaenders zur Sowjetmacht hatte offenbar Klemperer nicht zugesagt, während Schottlaender Klemperers Ergebnisse missfiel.

Philosophie war in Dresden wie auch an anderen TH kein Hauptfach. Die Philosophie wurde umrahmt von der Psychologie und der Pädagogik. Schottlaender arbeitete seine philosophiehistorische Vorlesung neu aus und trug sie mit Frische vor. Unbefangen äußerte er sich im Kollegenkreis kritisch zu dem Todesurteil im "Wirtschaftsverbrecherprozess". Schottlaender wurde unter die "schwarzen Schafe" eingereiht. Auslösender Funke für den nun folgenden Konflikt wurde ein Schreiben an den Rektor, in dem er erklärte, warum er am 1. Mai 1949 nicht mitmarschieren werde. Am 25. Mai 1949 erschien die *Sächsische Zeitung* mit einem Artikel unter der Überschrift: "Historische Gerechtigkeit? – Angloamerika-

¹⁵ Ebenda, S. 54.

¹⁶ Ebenda, S. 56.

¹⁷ Vgl. ebenda, S. 57; Klemperer weist mehrfach auf Begegnungen mit Schottlaender hin, enthält sich jedoch jeglicher Wertung. Vgl. Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945 – 1949. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser. Bd. I. Berlin 1999, S. 449, 450, 454, 462.

nische Propaganda! Professor Schottlaender steht nicht ‚abseits‘ und nicht ‚darüber‘. Am 31. Mai wurde ihm ohne jedes Disziplinarverfahren gekündigt. Die Kündigung trug die Unterschrift des sächsischen Volksbildungsministers Helmut Holtzhauer, der später bis zu ihrem Scheitern die unsäglich dogmatisch agierende Kunstkommission leiten sollte, die 1953 von Brecht in dem Gedicht „Nicht feststellbare Fehler der Kunstkommission“¹⁸ verspottet wurde. Unter Künstlern wurde Holtzhauer „Holzhamer“ genannt.

Die Presse im Westen würdigte die Standhaftigkeit Schottlaenders: „Professor zeigt Zivilcourage.“¹⁹ Obwohl in Dresden eine Verhaftung nicht drohte, begab sich die Familie Schottlaender zurück nach Berlin.

Nun folgte für Schottlaender ein Jahrzehnt Schuldienst in Westberliner Gymnasien. An eine Professur im Westen für Schottlaender war jetzt schon nicht mehr zu denken, denn es kam die Zeit, da mit Vorrang andere auf freiwerdende Lehrstühle wiederberufen wurden. Über die Westberliner Zeit hat Götz Aly neue Ergebnisse vorgelegt, die in der *Berliner Zeitung* veröffentlicht wurden.²⁰ Noch ist die immerhin elfbändige Personalakte, die Schottlaender in Westberlin hatte, nicht aufgefunden worden. Man darf da schon gespannt sein.

Ich möchte hier besonders auf die Teilnahme Schottlaenders an der legendären Freiheitskonferenz in Ostberlin im März 1956 hinweisen. Bei dieser Konferenz handelte es sich um den ersten Versuch einer philosophischen Neubestimmung der internationalen Linken nach Stalins Tod. Mit Ausnahme von Georg Lukacs waren alle vertreten, die im internationalen Maßstab Rang und Namen hatten, so z.B. Ernst Bloch, Hermann Duncker, Ernst Fischer, Emil Fuchs, Roger Garaudy, Wolfgang Harich, Leszek Kolakowski, Henri Lefebvre und Klaus Zweiling. Schottlaender, der in diesem erlauchten Kreise bereits als Dritter zu Wort kam, sprach zum Thema: „Zur überzeitlich kritischen Vergegenwärtigung historisch bedeutender Freiheitstheorien“. Schottlaender packte den Stier gleich im ersten Satz seines Vortrags bei den Hörnern. Er erklärte, dass Platon eine gänzlich andere Freiheitsauffassung gehabt habe, als sie Bloch soeben in

¹⁸ Bertolt Brecht: Gedichte. Redaktion: Elisabeth Hauptmann, Benno Slupianek. Berlin und Weimar 1961-1978. Bd.7, S. 108.

¹⁹ *Früh-Kurier*, Berlin (West), 7.7.1949; *Telegraf*, Berlin (West), 22.11.1949.

²⁰ Götz Aly: Schottlaender, da war doch was! Er suchte die „Doppelrepublik Deutschland (DRD)“ und wurde zum gesamtdeutschen Staatsfeind, in: *Berliner Zeitung*, 3.11.2000, S. 11/12.

seinem Vortrag vertreten habe. Er distanzierte sich von Blochs These, die Sowjetunion sei "die Wegbereiterin der Freiheit". Allein diese These sei ihm Anlass, dagegen jetzt eine Attacke zu reiten:

*"Zur Sache selbst, die Herr Prof. Bloch vorgetragen hat, möchte ich bemerken, dass es mir unzulässig scheint, das Moment der ‚Ordnung‘ oder auch der ‚Einsicht in das Notwendige‘ schon in den Begriff der Freiheit hineinzunehmen. Die Freiheit, die einen Spielraum des Beliebens behält, mag in ihrem Wert umstritten sein; sie aber geradezu nicht mehr ‚Freiheit‘ nennen, heißt dem Problem ausweichen, das uns mit der Frage nach dem Wert der Freiheit gestellt ist."*²¹

Zur Begründung seines Standpunktes griff Schottlaender souverän auf das Gedankengut von Kant, Schelling und Schopenhauer zurück und entfaltete ein wahres Geistesfeuerwerk. Sein Resümee lautete:

*"Das Einanderergänzen der beiden alternativ gegensätzlichen, d.h. disjunktiv zusammengehörenden Begriffsmomente ‚Entselbstung‘ und ‚Entmachtung‘, rührt daher und bestätigt erneut, dass – um zu meiner Definition zurückzulenken – die Freiheit ein Selberwollen ist, dem die Verwirklichung des Gewollten entspricht. Denn 1. als ein Selberwollen ist Freiheit bedroht von der ‚Entselbstung‘: die sei's durch gewaltsamen Druck, sei's durch arglistige Täuschung vollzogene Ersetzung des Eigengewollten durch das Fremdgewollte verdrängt das Selberwollen und presst es in den Widerwillen, das zu späte Bedauern, den ohnmächtigen Groll zurück. Und 2. im Hinblick auf die Realisierbarkeit des Gewollten ist Freiheit gehemmt durch die ‚Entmachtung‘ in allen ihren Spielarten, die durchgängig an dem Gram des Scheiterns kenntlich werden."*²²

Diese sachliche und zugleich radikale Kritik an der DDR-typischen Lesart der Freiheit wurde auf dieser Konferenz nur noch von Wolfgang Harich erreicht. Die geistige Begegnung dieser beiden Philosophen²³ sollte erst nach Harichs Entlassung aus Bautzen eine Fortsetzung finden.

1957 veröffentlichte Schottlaender das Buch "Theorie des Vertrauens"²⁴, das auch als Lehrbuch für Konflikt-Management geeignet war. In dieser Zeit mehrten sich die beruflichen Schwierigkeiten in Westberlin. 1958 wurde Schottlaender von Hermsdorf nach Lichterfelde strafver-

²¹ Rudolf Schottlaender: Zur überzeitlich kritischen Vergegenwärtigung historisch bedeutender Freiheitstheorien, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 8.-10. März 1956. Protokoll, Berlin 1956, S. 52.

²² Ebenda, S. 58.

²³ Vgl. dazu Stefan Dornuf: Rudolf Schottlaender, in: Wolfgang Harich zum Gedächtnis. Eine Gedenkschrift in zwei Bänden. Herausgegeben von Stefan Dornuf und Reinhard Pitsch. Bd. I, München 1999, S. 368-370.

²⁴ Rudolf Schottlaender: Theorie des Vertrauens. Berlin 1957.

setzt.²⁵ Am 28. Mai 1959 entfernte ihn der Steglitzer Bezirksbürgermeister Peter Bloch im Auftrage des Senats von der Schule. Der gerade stattfindende Latein-Unterricht wurde unter Protest der Schüler abgebrochen. Auch jetzt jubelte dieselbe Presse, die das schon 1949 getan hatte, jetzt aber in der umgekehrten Diktion: "Endlich abberufen!"²⁶

Vorgeworfen wurde Schottlaender die Teilnahme an einem Kongress des Nationalrats der Nationalen Front in Ostberlin. Schottlaender habe wiederholt kommunistische Propaganda betrieben. Auf dem Kongress in Ostberlin hatte Schottlaender lediglich seine Vorstellung entwickelt, die beiden deutschen Staaten zu einer "Doppelrepublik Deutschland", zur "DRD", zusammenzuschließen. Die Doppelrepublik verstand er als ein Staatsgebilde zwischen einem Staatenbund und einem Bundesstaat. Es handelte sich bei diesen Vorstellungen durchaus um eine Variante des Konföderationskonzeptes, das von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU) in seinen Gesprächen mit KVP/NVA-Generalleutnant Vincenz Müller 1955/56 erläutert worden war und an das später auch Walter Ulbricht anknüpfte.²⁷ Schottlaender verlor also aus politischen Gründen ein zweites Mal seine Arbeit. Auch der Beamtenstatus und die Pensionsberechtigung wurden dem fast Sechzigjährigen gestrichen. Der Innensenator erkannte ihm ferner den Status des rassistisch Verfolgten ab, was nach Klage beim Landgericht am 26. Oktober 1962 zurückgewiesen wurde.

Rudolf Schottlaender traf am Rande einer Konferenz den an der Humboldt-Universität tätigen, einflussreichen Medizinhistoriker Alexander Mette. Dieser bot Schottlaender Unterstützung an, und 1960 wurde er auf den Lehrstuhl für Römische Literatur berufen, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1965 innehatte. Schottlaender war der DDR jedoch nur "halb willkommen"²⁸. Er wurde gebraucht als klassischer Philologe und

²⁵ Ausführlich vgl. Götz Aly: ...Von den tragenden Volkskräften isoliert. Erinnerung an einen guten Bekannten. Zum 100. Geburtstag des Philosophen Rudolf Schottlaender, in: *Berliner Zeitung*, 5./6. 8. 2000, Magazin, S. 4.

²⁶ BZ, 30.5.1959.

²⁷ Vgl. Peter-Joachim Lapp: Ulbrichts Helfer. Wehrmachtsoffiziere im Dienste der DDR. Bonn 2000, S. 113-117; Hanns Jürgen Küsters: Wiedervereinigung durch Konföderation! Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1/1992, S. 107-153.

²⁸ Roland Köhler: Rudolf Schottlaender. Wissenschaftler gegen Block-Denken, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*. Nr. 5, Berlin 1998, S. 48.

als erfahrener Übersetzer. Hingegen wurde ihm, wie Wolfgang Harich 1993 im Rückblick feststellte, „seine philosophische Aversion gegen den Marxismus“²⁹ verübelt. Folglich sah sich Schottlaender auf den klassischen Philologen reduziert.

Nach seiner Berufung beauftragte ihn der Rat der Philosophischen Fakultät der Humboldt-Universität, ein Gedenkwerk „Verfolgte Berliner Wissenschaft“ zu verfassen. Diesen Auftrag erfüllte er mit Fleiß und Akribie. Jedoch konnte das Werk trotz zweier empfehlender Gutachten nicht erscheinen, weil, so wurde behauptet, „die Zionisten zuviel Kapital daraus schlagen“ könnten.³⁰ Das Buch wurde lediglich maschinenschriftlich vervielfältigt und in Universitätsbibliotheken zugänglich gemacht. Erst viele Jahre später, kurz nach seinem Tod im Jahre 1988, erschien das Buch in der Westberliner Edition Hentrich.³¹ Die Tagesschau, die die Buchvorstellung in Westberlin filmte, sendete nichts darüber. Der für das Programm zuständige Chefredakteur hatte den Beitrag mit der Bemerkung abgesetzt: „Schottlaender?! Da war doch irgendwas!“³²

Schottlaender verhielt sich Havemann gegenüber solidarisch, der 1964/65 ein Opfer der Repression durch das SED-Politbüro wurde. Er nahm auch zu Wolfgang Harich Kontakt auf, der im Dezember 1964 aus der Haft entlassen wurde. Während er die selbstgefällige Hofhaltung Havemanns sehr kritisch beurteilte, blieb er mit Harich im regelmäßigen Gedankenaustausch. Harich mochte Schottlaender, weil dieser in seinen Werken häufig Bezüge zu seinem Lehrer Nicolai Hartmann herstellte, diesen jedenfalls gegenüber Heidegger bevorzugte. Er schätzte in Schottlaender den Übersetzer von sieben Sophokles-Tragödien sowie der führenden römischen Komödiendichter und Satiriker. Harich holte sich 1972 Rat, bevor er Heiner Müllers Antike-Adaptionen einer scharfen Kritik unterzog.³³ Schottlaender wiederum plädierte dafür, Harich nach seiner eruptiven Nietzsche-Schelte von 1987 Gerechtigkeit widerfahren zu lassen:

²⁹ Zit. nach Stefan Dornuf, a.a.O., S.368.

³⁰ Rudolf Schottlaender: Trotz allem ein Deutscher, a.a.O., S. 102.

³¹ Vgl. Rudolf Schottlaender: Verfolgte Berliner Wissenschaft: Ein Gedenkwerk. Mit Vorworten von Wolfgang Scheffler und Kurt Pätzold und einem Nachwort von Götz Aly, Berlin 1988 (= Stätten der Geschichte Berlins, Bd. 23)

³² Zit. nach Götz Aly: Schottlaender, da war doch was!, a.a.O., S. 12.

³³ Vgl. Wolfgang Harich: Der entlaufene Dingo, das vergessene Floß. Aus Anlass der „Macbeth“-Bearbeitung von Heiner Müller, in: *Sinn und Form* 1/1973, S.128-254.

„Das von Harich beigebrachte Material enthält aufschlussreiche Beiträge zur Beurteilung des Einflusses von Nietzsches Werken auf die Denkweise und Politik in Europa während der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Hierzu gehört in erster Linie sein Nachweis, dass es kein verzerrter, sondern der originale Nietzsche war, der auf Mussolini und damit auf den italienischen Faschismus bestimmend eingewirkt hat. Die rassistischen deutschen Zutaten, mit denen der Nationalsozialismus den ursprünglichen Faschismus überbot, dürfen nicht davon ablenken, dass es ein gemeinsames faschistisches Gedankengut gibt, wozu Nietzsche unentbehrliche Bestandteile geliefert hat. Es ist Harich auch darin zuzustimmen, dass die immer wieder in apologetischer Absicht vorgetragene Beteuerung, Nietzsche sei kein Antisemit gewesen, nicht dazu ausreicht, ihn aus der Reihe der unmittelbar präfaschistischen Autoren herauszunehmen.“³⁴

Bedauerlich fand Schottlaender aber, dass Harich sich zu polemischen Übertreibungen hinreißen ließ. Die immer noch anregende, wenn auch oft zu heftigem Widerspruch reizende, Lektüre von Nietzsche dürfe durch keinerlei Hygienevorschriften unterbunden werden. Ihm genüge es, aus Nietzsche zu lernen, was das kritische Sieb an Lehren durchlasse.

Nach seiner Emeritierung konnte Schottlaender reisen und großzügiger als zuvor auch im Westen publizieren. Der Aufsatz „Solschenizyns Tragik“³⁵ erregte den Unwillen des Prorektors der Humboldt-Universität. Das schon im Titel erkennbare Mitgefühl für einen „Verräter am Sowjetvolk“³⁶ wurde ihm angekreidet. Da half nichts, dass er im Text auch Distanz zu Bölls uneingeschränktem Eintreten für Solschenizyn übte.

Schottlaender übte Kritik an der hohen Strafe gegen den Ostberliner Wehrdienstverweigerer Nico Hübner. Ebenso stellte er sich öffentlich hinter Rudolf Bahro.³⁷ Es konnte nicht ausbleiben, dass er in das Fadenkreuz umfänglicher Beobachtungen durch das MfS geriet. Guntolf Herzberg hat die 3000-4000 Blatt durchgesehen, die in diesem Zusammenhang von IM's und Führungsoffizieren beschrieben wurden.³⁸ Dumm-dreist

³⁴ Vgl. ders.: „Revision des marxistischen Nietzschebildes?“ In: *Sinn und Form* 5/1987, S. 1018-1053; Rudolf Schottlaender: Richtiges und Wichtiges, in: *Sinn und Form* 1/1988, S. 183/184.

³⁵ Ders.: Solschenizyns Tragik, in: *Frankfurter Hefte*. Jg. 29, 1974, S. 314-317.

³⁶ Ders.: Trotz allem ein Deutscher, a.a.O., S.115.

³⁷ Vgl. ders.: Wie die DDR ihre Bürger bei der Stange hält. Orden, Prämien, Gratifikationen – und eine Amnestie? In: *Frankfurter Hefte* 4/1979, S. 61-66;- Interview von Lutz Lehmann mit Rudolf Schottlaender, in: ARD-Fernsehen am 24.1.1979.

³⁸ Guntolf Herzberg: Homo philosophicus et politicus. Symposiums-Vortrag am 1. November 2000 in der HUB.

wurde in einem solchen Papier befunden, dass Schottlaender “auf Philosophie-Kongressen nichts zu suchen habe”.³⁹

Bei Ehrungen Schottlaenders anlässlich seines 100. Geburtstages wurde darauf hingewiesen, dass die Oppositionsforschung bis heute vom Wirken Schottlaenders keine Kenntnis genommen habe.⁴⁰ Das ist sicher ein unverzeihlicher weißer Fleck. Jedoch kann es auch gut sein; denn eine Vereinnahmung Schottlaenders in die Rubrik “Dissident” würde der sperrigen Persönlichkeit Schottlaenders kaum gerecht. Er war ein deutsch-deutscher Querdenker, und er stieß folglich auf beiden Seiten des Kalten Krieges auf heftigen Widerspruch bis hin zu Berufsverboten. Sein Prinzip, dass einzig das Zwischen-den-Fronten-Segeln Entspannung bringen könne, wurde durch den weiteren Gang der Geschichte als richtig bestätigt. Wenn es je darum gehen sollte, die innere Einheit der Deutschen herzustellen, würden Persönlichkeiten vom Schrot und Korn eines Rudolf Schottlaender sich als Leitbild empfehlen.

³⁹ Zit. nach Roland Köhler: Geist gegen Dreistigkeit. Symposium für Rudolf Schottlaender, in: *Neues Deutschland*, 11./12.11.2000, S. 21.

⁴⁰ Guntolf Herzberg wies in seinem Vortrag am 1.11.2000 darauf hin, dass in Erhart Neuberts Buch “Geschichte der Opposition in der DDR 1945 – 1989“, Bonn 1998, der Name Schottlaenders nicht vorkomme.

Standpunkte, Hintergründe und Diskussionen zum Für und Wider der Beseitigung der Afrikawissenschaften aus der DDR

Ulrich van der Heden
Berlin

Im Gegensatz zu anderen Wissenschaftsdisziplinen der ehemaligen DDR¹ sind die einzelnen Disziplinen der Regionalwissenschaften nach der sogenannten Wende in der DDR bislang relativ selten Untersuchungsgegenstand von umfangreicheren wissenschaftshistorischen Forschungen geworden. Das mag insofern nicht verwundern, weil es auch in den alten Bundesländern bislang keine tiefergreifenden und über die Disziplingeschichte von einzelnen Wissenschaftsstandorten² hinausgehenden Darstellungen der bundesdeutschen, dort nicht so ge-

¹ Vgl. Pasternack, Peer: Hochschule und Wissenschaft in der SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945 - 1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 - 1998, Weinheim 1999. Vgl. auch ders.: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung "Geisteswissenschaften in der DDR", Konstanz 1990, Leipzig 1996.

² Vgl. z.B. Meyer-Bahlberg, Hilke/Wolff, Ekkehard: Afrikanische Sprachen in Forschung und Lehre. 75 Jahre Afrikanistik in Hamburg (1909-1984), Berlin(West)/Hamburg 1986; Institut für Afrika-Studien. Universität Bayreuth (Hrsg.): Afrikaforschung an der Universität Bayreuth, Bayreuth 1995; dass. (Hrsg.): Afrikaforschung an der Universität Bayreuth. Bibliographie, Bayreuth 1995; Dammann, Ernst: Dreißig Jahre Afrikanistik in Marburg, in: *Alma Mater Philippina*, hrsg. vom Marburger Universitätsbund e.V., Sommersemester 1993, Marburg 1993, S. 9 ff.; Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main in Verbindung mit dem Frobenius-Institut (Hrsg.): Afrikaforschung in Frankfurt. Begleitheft zur Ausstellung anlässlich des 75jährigen Bestehens der Frankfurter Universität, 8. 11. bis 16. 12. 1989, Frankfurt am Main 1989; Institut für Ethnologie und Afrika-Studien der Universität Mainz (Hrsg.): Zehn Jahre Institut für Ethnologie und Afrika-Studien, 1975 - 1985, Mainz 1985; Haberland, Eike/Heintze, Beatrix: Forschungen zur afrikanischen Geschichte. Aus der Arbeit des Frobenius-Instituts, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1983, München/New York et al. 1984, S. 54 ff.; Jones, Adam (Hrsg.): Afrika in Leipzig. Erforschung und Vermittlung eines Kontinents 1730 - 1950, Leipzig 1995.

nannten Regionalwissenschaften und vor allem der hier im Mittelpunkt stehenden Afrikawissenschaften gibt. Auch steht eine umfassende Geschichte der gesamten deutschen Afrikanistik bzw. Afrikawissenschaften von den Anfängen bis zur Gegenwart noch aus.³ Leider scheint auch die Arbeitsgruppe "Geschichte der Ethnologie" in der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde, die im März 1995 ein Rundtischgespräch in Leipzig "Zur Geschichte der Afrikaforschung" durchführte, trotz aller verheißungsvollen Anfänge, sich der Erforschung der Entwicklung der Afrikawissenschaften in Deutschland nicht explizit zuwenden zu wollen.⁴ Ohne Zweifel stehen wichtige Vorarbeiten und Einzelstudien, gerade für das jüngste Kapitel deutscher Wissenschaftsgeschichte, noch immer aus. Allerdings gibt es erste analytische Darstellungen, auf die in weiterführenden Studien aufgebaut werden kann.⁵

³ Jüngste Versuche indes, wissenschaftshistorische Fallstudien vorzulegen, sind regional und zeitlich begrenzt, wie Brauner, Sigmund: Afrikanistik in Leipzig (I), 1895 - 1945, Köln 1999, oder besitzen vor allem autobiographischen Wert, wie das Buch von Dammann, Ernst: 70 Jahre erlebte Afrikanistik. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte (=Marburger Studien zur Afrika- und Asienkunde), Berlin 1999.

⁴ Vgl. Jones, Adam (Hrsg.): Mitteilungen der Arbeitsgruppe Geschichte der Ethnologie (Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde), August 1995, Leipzig (1995); Hausschild, Thomas/Verne, Markus (Hrsg.): Mitteilungen der Arbeitsgruppe Geschichte der Ethnologie (Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde), Juli 1999, Tübingen (1999).

⁵ Für die sogenannten Regionalwissenschaften liegen bislang nur wenige aus der Zeit nach der deutschen Vereinigung entstandene Darstellungen vor, die zudem vornehmlich die Orientwissenschaften zum Inhalt haben. Vgl. z.B. Barthel, Günter: Die Orientforschung in der DDR - Bedingungen und Resultate, in: Hartmann, Angelika/Schliephake, Konrad (Hrsg.): Angewandte interdisziplinäre Orientforschung. Stand und Perspektiven im westlichen und östlichen Deutschland. Ergebnisse eines Kolloquiums an der Universität Würzburg im Juni 1990, Hamburg 1991; ders.: Reflexionen aus der Retrospektive. Gedanken zu den Orientwissenschaften der DDR, in: *Wiener Zeitschrift für die Kunde des Morgenlandes*, 85. Bd., Wien 1995, S. 31ff.; ders.: Die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften in der ehemaligen DDR, in: *hochschule ost* 5/1993, S. 5ff.; Hafez, Kai: Orientwissenschaft in der DDR. Zwischen Dogma und Anpassung, 1969-1989, Hamburg 1995. Zur Geschichte der Abwicklung der Lateinamerikawissenschaften in Rostock vgl. den kurzen Abriss bei Wahl, Detlev: Lichter aus! Die Abwicklung der Lateinamerikawissenschaften in Rostock, in: *Lateinamerika Nachrichten*, Nr. 287, Berlin 1998, S. 53 f. Umfangreichere Untersuchungen sind im Rahmen der Arbeitsgruppe "Wissenschaft und Wiedervereinigung" der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vorgenommen worden. Vgl. dazu Krauth, Wolf-Hagen/Wolz, Ralf (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch, Berlin 1998; Krauth, Wolf-Hagen: Die Asien- und Afrikawissenschaften, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaften und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch (=Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Forschungsberichte. Hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 6), Berlin 1998, S. 21ff.

Paradigmen, Defizite und Verdienste der Afrikawissenschaft der DDR

In der Tat hat sich herausgestellt, daß, wie es Wolfgang Schwanitz für die Orientalistik feststellte, die historische Entwicklung eines Wissenschaftszweiges "erst in vollem Umfange mit einigem historischen Abstand (zu erschließen" ist.⁶ Es ist jedoch zu beachten, daß für die Rekonstruktion einzelner Details und Vorgänge eventuelle Zeitzeugen noch zur Verfügung stehen. Diese sollten, solange sie zur Verfügung stehen können, auch genutzt werden. Gerade die jüngste Geschichte der Wissenschaften schlug sich nicht nur in Akten nieder. Denn Wissenschaftsgeschichte, so der Leipziger Islamwissenschaftler Holger Preissler, besteht "nicht nur aus Berufungen, Veröffentlichungen und Vorlesungen. Sie wird von dem konkreten gesellschaftlichen Hintergrund, ebenso von der Atmosphäre in einer Disziplin, an einer Universität, vom Verhältnis zwischen Kollegen, Lehrern und Schülern geprägt."⁷

Es scheint nicht nur aus wissenschaftsgeschichtlichem Interesse notwendig zu sein, sich mit der Geschichte einer Wissenschaftsdisziplin auseinanderzusetzen, sondern weil noch nach mehr als zehn Jahren deutscher Einheit immer wieder festzustellen ist, was schon Franz Ansprenger 1964 monierte, nämlich, daß er "von den Aufgaben und Problemen der Kollegen auf der anderen Seite (der Mauer - U.v.d.H.) zu wenig weiß".⁸ Diese Feststellung brachte auch den Kenntnisstand anderer westdeutscher Wissenschaftler der damaligen Zeit zum Ausdruck. Anscheinend hat sich auch nach dem Fall der Mauer hieran nicht viel geändert. Dies zu ändern war eines der Ziele, dem sich der Verfasser in einer umfangreicheren Studie zugewandt hat.⁹ Die Afrikawissenschaften stellen nämlich einen relativ kleinen, überschaubaren Teil der Wissenschaftslandschaft in der DDR

⁶ Schwanitz, Wolfgang: Deutsche Orientalistik, wohin?, in: *asien afrika lateinamerika* 1/1995, S. 63.

⁷ Preissler, Holger: Hans Stumme in der orientalistischen Tradition der Universität Leipzig, in: Brauner, Siegmund/Wolff, Ekkehard (Hrsg.): *Progressive Traditions in African and Oriental Studies (=Asia Africa Latin America, special issue 21)*, Berlin 1988, S. 133.

⁸ Ansprenger, Franz: Aufgaben der deutschen politischen und historischen Wissenschaft in Bezug auf Afrika (=Afrikas Gegenwart und Zukunft. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich Ebert-Stiftung), Hannover 1964, S. 107.

⁹ van der Heyden, Ulrich: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung, Münster/Hamburg 1999.

dar; gleichwohl können sie aber auch als repräsentativ für die gesamten Gesellschaftswissenschaften der DDR angesehen werden.

Außerdem ist es notwendig, daß "die Geschichte der DDR ... nicht allein von ihren früheren Gegnern geschrieben werden" sollte.¹⁰ In den wissenschaftshistorischen Untersuchungen jüngerer Datums werden leider allzu oft Erkenntnisse und Leistungen der DDR-Wissenschaft daran gemessen, wie die westdeutsche Seite den Gegenstand des Interesses sah und sieht.¹¹

Eine wichtige Aufgabe sieht der Verfasser, der ein knappes halbes Jahrzehnt die Wissenschaftslandschaft der DDR intern kennenlernen konnte, nicht zuletzt darin, Fakten und Vorgänge "ganz einfach" zu dokumentieren und zu analysieren.¹² Dies erscheint ihm um so notwendiger, als gerade von der DDR-Afrikawissenschaft durchaus Impulse und Inspirationen auf die Forschungsrichtungen und Debatten der *international scientific community* ausgingen und nicht zuletzt deshalb in ihrer Struktur und ihrer Methode Erhaltenswertes und Nachahmenswertes enthalten war. Um so schwerer wiegt der fast vollständige Abbruch der aus der DDR übernommenen afrikabezogenen Wissenschaftstraditionen an den ostdeutschen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die zunächst laut Empfehlungen internationaler und westdeutscher Experten fortgesetzt werden sollten.

Ohne Zweifel waren die Afrikawissenschaften in der DDR als Zweig der Gesellschaftswissenschaften,¹³ eingebunden in die Unterordnung aller

¹⁰ Zimmer, Dieter E.: Erst mal auflösen, dann weiterdenken. Geisteswissenschaftliche Erblast im Osten. Wo Reform versprochen war, droht jetzt die Demontage, in: *Die Zeit*, Nr. 45, 4.11.1994, Hamburg, S. 51.

¹¹ Gleiches trifft auch auf andere Zweige der Regionalwissenschaften der DDR zu. Vgl. Winter, Heinz-Dieter: Orientwissenschaften in der DDR - „Markt der Außenpolitik“?, in: *Asien-Afrika-Lateinamerika*, Nr. 3, Berlin 1996, S. 318.

¹² Das Festhalten von Fakten, das Dokumentieren des Vergangenen versteht der Verfasser durchaus in dem Sinne, wie es der letzte AdW-Präsident, Horst Klinkmann, Mitte 1997 in einem Interview umriß. Auf die Frage "Es wird in der Geschichtsschreibung nur akzeptiert, was das Negativbild der DDR bestätigt. Wird sich Ihre Generation noch erfolgreich dagegen wehren können?", antwortete Klinkmann: "Nein. Deshalb bleibt als wichtigste Aufgabe meiner Generation, wenigstens zur Faktensicherung beizutragen – Faktensicherung, die nach unserer Zeit gerechtere Bewertung ermöglichen kann. Kann!". Interview mit Horst Klinkmann: Ich bin froh, nicht zu verbittern, in: *Neues Deutschland*, 28./29.7.1997.

¹³ "Die Mitarbeiter des LFB Afrika verstehen sich dabei als Teil der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR mit spezifischen Aufgaben." So zitiert bei Stark, Klaus: 20 Jahre Afrika-Institut an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Bericht über die Festveranstaltung am 13. Oktober 1980 in Leipzig, in: *asien afrika lateinamerika*

gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen unter die Beschlüsse der Parteiführung, die sich als oberste wissenschaftliche Instanz in grundlegenden theoretischen Fragen ansah. Im Parteiprogramm der SED von 1976 war ausdrücklich festgelegt:

"Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften sind das theoretische und politisch-ideologische Instrument der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfpartei bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sowie in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und der bürgerlichen Ideologie."

Weiter heißt es apodiktisch: "Der Marxismus-Leninismus ist die Grundlage aller Gesellschaftswissenschaften."¹⁴

Auch für die Regionalwissenschaften wurde die führende Rolle der SED festgeschrieben und behauptet:

"Wie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bewährte sich auch beim Aufbau der marxistisch-leninistischen Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften die Partei der Arbeiterklasse als lenkende und leitende Kraft, die es verstand, die schöpferische Aktivität und Initiative der Wissenschaftler und Studenten zu wecken und zu fördern."¹⁵

Damit war die Unterordnung auch der oft als exotisch angesehenen Afrikawissenschaften unter den Führungsanspruch der SED, den diese durch zentrale Forschungspläne in die Praxis umzusetzen versuchte, verbindlich festgeschrieben und wurde von den führenden Regionalwissenschaftlern auch niemals in Zweifel gezogen. Allerdings wurden in den Forschungsplänen den verschiedensten Wertigkeitsstufen der breiten disziplinären, überregionalen wie auch großen temporären Fächerung der Regionalwissenschaften – wie übrigens auch der mit der historischen Afrikawissenschaft aufs engste verbundenen Allgemeinen Geschichte, die

1/1981, S. 162. An anderer Stelle heißt es: "Die Asien- und Afrikawissenschaften sind untrennbarer Bestandteil der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in unserer Republik." Siehe Brauner, Siegmund/Selter, Gerhard/Voigt, Manfred: Die Asien- und Afrikawissenschaften im Dienst des proletarischen Internationalismus, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe* 5/1974, S. 409. Auf diese enge Verquickung zwischen Regional- und allgemeinen Gesellschaftswissenschaften sei mit allem Nachdruck verwiesen, weil in den letzten Jahren verschiedene ehemalige DDR-Regionalwissenschaftler diese Feststellung zu leugnen, abzuschwächen oder zu negieren versuchten.

¹⁴ IX. Parteitag der SED, Berlin, 18. bis 22. Mai 1976, Programm der SED, Berlin 1976, S. 46.

¹⁵ Brauner, Siegmund/Selter, Gerhard/Voigt, Manfred: Die Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Karl-Marx-Universität Leipzig im 25. Jahr der Deutschen Demokratischen Republik, in: *asien afrika lateinamerika* 5/1974, S. 755.

sich mit den verschiedensten historischen Fragestellungen außerhalb der deutschen Geschichte befaßte – bewußt oder unbewußt keine oder nur sehr geringe Rechnung getragen.¹⁶ Somit galt diesen historischen Disziplinen weit weniger die Aufmerksamkeit von politischen Kontroll- und Zensurinstitutionen. Größere Aufmerksamkeit fanden vielmehr direkt diejenigen Forschungsthemen und Wissenschaftsdisziplinen, die zur Legitimierung der Macht der herrschenden Politbürokratie angesehen wurden.

Abgesehen von einem mehr oder minder regelmäßig von der Parteiführung geforderten rituellen Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus oblag es letztlich jedem einzelnen Forscher, der auf dem Gebiet der Afrikawissenschaften wirkte, den ihm überlassenen Raum mit ernsthafter Forschung auszufüllen.

Wie auch für andere Gesellschaftswissenschaftler war der "Zentrale Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR" indes für die Afrikawissenschaftler der DDR letztlich verbindlich. Er bot einerseits genügend Spielraum für eigene Forschungsthemen, und andererseits waren zumindest zu Projektbeginn bzw. bei Projektbeantragung geistige Spagatübungen notwendig, um etwa für einen Afrikahistoriker, der sich mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts beschäftigte, sein Vorhaben unter solch gewaltigen Worthülsen wie "Grundfragen des revolutionären Weltprozesses und des antiimperialistischen Kampfes in der Gegenwart"¹⁷ oder "Der antiimperialistische Kampf in Asien, Afrika und Lateinamerika für Frieden, für Überwindung von Unterentwicklung und für gesellschaftlichen Fortschritt"¹⁸ unterzubringen. Wenn dies einmal gelungen war, und ein selbst gewähltes oder im Kollektiv diskutiertes oder vom Vorgesetzten vorgeschlagenes oder auch oktroyiertes Thema (die Zustimmung des Betreffenden war indes in jedem Fall erforderlich) war von der übergeordneten Instanz (sei es Bereichs- oder Forschungsgruppenleiter oder Institutsdirektor) genehmigt worden, dann war ein selbständiges Forschen im Rahmen der materiellen Grenzen

¹⁶ Vgl. Schmidt, Walter: Geschichte zwischen Professionalität und Politik. Zu zentralen Leitungsstrukturen und -mechanismen in der Geschichtswissenschaft der DDR, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11/1992, S. 1019.

¹⁷ Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975, in: *Einheit* 2/1972, S. 169ff.

¹⁸ Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR, 1986 bis 1990, in: *Einheit* 8/1986, S. 681ff.

(Reisebeschränkungen, verminderte Kontakte zu Fachkollegen im westlichen Ausland, eingeschränkter Zugang zur Literatur) durchaus möglich.

Über die Unzulänglichkeiten der hochtrabenden und unkorrekten Formulierungen in den zentralen Planvorgaben durchaus im klaren, forderten gegen Mitte der 80er Jahre führende Vertreter der Regionalwissenschaften, die zentralen Forschungsprojekte überschaubarer und abrechenbarer zu gestalten.¹⁹

Der zweifellos vorhandene ideologische Freiraum wurde von einigen Wissenschaftlern genutzt und gar versucht, diesen zu erweitern. Die Mehrheit jedoch nutzte diese Möglichkeit kaum aus. Es mußte immer wieder im nachhinein selbstkritisch konstatiert werden, daß die vorhandenen Eigenständigkeiten nicht ausgenutzt und schon gar nicht ihre Grenzen eruiert wurden. Die Gründe mögen im Opportunismus, Bequemlichkeit, Karrieredenken, Unfähigkeit oder in der nach der Wende häufig bemühten Selbstzensur zu suchen sein. Nur zaghaft wagten einige Wissenschaftler aus dem regionalwissenschaftlichen Bereich den durch die Entwicklung in der Sowjetunion gegen Mitte der 80er Jahre objektiv entstandenen ideologischen Freiraum zu nutzen.²⁰

Es gab in der Regel auf dem Gebiet der Afrikawissenschaften keinen bis in die einzelnen Forschungsvorhaben hineinreichenden Dirigismus von oben. Ausnahmen hat es allerdings bei aktuellen Themenstellungen gegeben. Aber auch hier hat es keine, anders als es auf dem Gebiet der sowjetischen oder DDR-Geschichte oder der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung²¹ der Fall gewesen ist, direkten Eingriffe von Mitgliedern der Parteiführung oder ihrer Beauftragten gegeben. Für "höher angebundene" Forschungsvorhaben, das heißt für politisch relevante Themen,

¹⁹ Regionalwissenschaften 2000. Grundsätze für die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften und Nordeuropawissenschaften (Regionalwissenschaften) beim Übergang ins 21. Jahrhundert, S. 5. Unveröffentlichtes Papier, Privatbesitz.

²⁰ Vgl. van der Heyden: Die Afrikawissenschaften in der DDR, a.a.O., S. 95f.

²¹ Vgl. hierzu aus subjektiver Sicht: Petzold, Joachim: Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft (=Potsdamer Studien Bd. 15), Potsdam 2000.

gab es allerdings staatliche Planungs- und Kontrollinstanzen,²² die bis auf untere administrative Ebenen aufgegliedert waren.²³

Neben Maßregelungen, Zensur, Dogmatismus und ähnlichen charakteristischen Merkmalen einer Diktatur, die in anderen gesellschaftswissenschaftlichen Zweigen mit Sicherheit stärker ausgeprägt waren als in den Afrikawissenschaften, gab es für den einzelnen Wissenschaftler in der Regel doch immer wieder "Erfolgserlebnisse" in Form von bewilligten Reiseanträgen, Publikationsmöglichkeiten und anderen "Auszeichnungen", die die offensichtlichen Mängel und Hindernisse in der wissenschaftlichen Tagesarbeit in den Hintergrund treten ließen. Mit solchen Erfolgen söhnte man sich oftmals wieder mit dem die Kreativität oft einengenden Wissenschaftssystem aus. Je aktueller die Forschungsfelder wurden, um so mehr glaubte die Parteiführung diese letztlich für den eigenen Machterhalt einsetzen zu können und kontrollieren zu müssen. Als Begründung für die "Einengungen" wurden von offizieller Seite neben der Wahrung des Klassenstandpunktes vor allem die Finanz-, insbesondere die permanente Devisenknappheit oder außenpolitische Rücksichtnahmen angeführt. Auch mit nicht ausreichender Qualität wurde schon mal eine Ablehnung begründet. Diese Argumente wurden von der Mehrheit der Betroffenen in der Regel akzeptiert.

Verwundern mag heute, daß die DDR sich überhaupt eine nicht gerade kostenarme akademische Disziplin wie die Afrikawissenschaft leistete. Doch selbst die heute schwer um ihre Existenz ringenden sogenannten kleinen Fächer konnten sich in der DDR bei entsprechenden Leistungen nicht nur auf die wohlwollende Duldung, sondern durchaus auch auf eine Förderung durch staatliche Instanzen verlassen. International anerkannte Leistungen von Wissenschaftlern aus der DDR und die damit verbundene internationale Anerkennung des Staates DDR war auf allen Gebieten,

²² *Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen* 4/1986: "Gemeinsame Anweisung über die Verteidigung von Aufgaben und Ergebnissen der Forschung vom 30. April 1986", S. 36ff.

²³ Für die AdW z.B. "Richtlinien für die Verteidigung von Projekten und Ergebnissen der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der Akademie der Wissenschaften der DDR" vom 30. September 1987. Vgl. Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften: Akte A 359 (o.P.).

auch in der Wissenschaft, gefordert. Erinnerung sei nur an die Meroetistik und Sudanarchäologie.²⁴

In der Tat wurde in der DDR in der ganzen Zeit ihrer Existenz Wert auf die Beibehaltung und Pflege kleiner Fächer – was nach der Wende für Überraschungen bei den westdeutschen Evaluatoren stieß – gelegt, auch wenn manche von ihnen zeitweilig nicht expandieren konnten und einem Vergleich – sowohl in der finanziellen als auch in der personellen Ausstattung – mit politiknahen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen nicht standhalten konnten. Das kam auch immer wieder in Planungsdokumenten zum Ausdruck. So heißt es etwa in einem internen Strategiepapier für die Gesellschaftswissenschaften von etwa Mitte der 80er Jahre zu den "Hauptforschungslinien": "Dabei sind gleichzeitig weiterführende Forschungslinien sogenannter kleiner, ausgewählter Wissenschaftsgebiete, wie sie in nicht unbeträchtlichem Umfang in den Regionalwissenschaften inkorporiert sind (z.T. Individualforschung), zu berücksichtigen."²⁵

Bei der Bewertung der Afrikawissenschaften der DDR gilt es zu beachten, daß in dieser Wissenschaftsdisziplin, wie überhaupt in den Entwicklungsländerwissenschaften der DDR, wenigstens zwei verschiedene Arbeitsweisen bzw. -profilierungen auszumachen sind. Zur ersten Gruppe zählten jene Kollegen, die eher theoretisch arbeiteten und versuchten, originäre Forschungsergebnisse anderer Wissenschaftler in ein revolutionstheoretisches Modell einzuordnen, welches sie gerade bezüglich der Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung als Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Afrikawissenschaft verstanden. Dies waren diejenigen Teildisziplinen innerhalb der Afrikawissenschaften, die, wie Kai Hafez in seiner umfassenden Studie über die Orientwissenschaft in der DDR richtig feststellte, "von Anfang an unter dem bestimmenden Einfluß des Marxismus-Leninismus und der Außenpolitik" standen.²⁶

Mit der Bestimmung des Marxismus-Leninismus als Basis jedweder Forschungen und somit auch alleinbestimmend für die afrikabezogenen Forschungen wurden nichtmarxistische Denkansätze pauschal als "bürgerlich" abqualifiziert und aus der Sphäre der Wissenschaftlichkeit weit-

²⁴ Vgl. Neumann, Hans: Altorientalistik in der DDR (1986-1990) und ihre inhaltlich-strukturelle Umgestaltung in den neuen Bundesländern (1990/91-1995), in: Krauth, Wolf-Hagen/Wolz, Ralf (Hrsg.), a.a.O., S. 165ff.

²⁵ Vgl. Regionalwissenschaften 2000, a.a.O., S. 2.

²⁶ Hafez, Kai, a.a.O., S. 1.

gehend verbannt. Die "bürgerliche Wissenschaft" als Ganzes wurde als Gegner in der politischen wie wissenschaftlichen Auseinandersetzung ausgemacht und von den Wissenschaftlern der DDR in aller Regel auch so verstanden. Dabei bemühte man sich im Verlaufe der mehr als 30jährigen Entwicklung der Wissenschaftsgeschichte in unterschiedlichem Maße, zwischen den verschiedenen Richtungen der "bürgerlichen Afrikawissenschaft" zu differenzieren.

Das fiel den Kollegen im Osten Deutschlands nicht immer leicht. Als in den 60er Jahren sich in der BRD eine neue Riege jüngerer Wissenschaftler mit den verschiedensten Fragen aus Geschichte und Gegenwart des afrikanischen Kontinents zu befassen begann, sich deutlich von der dort bislang vorherrschenden Kolonialapologetik distanzierte und später die Geschichtsschreibung Afrikas in der Bundesrepublik bestimmte, nahm man dies in der DDR mit Aufmerksamkeit, aber auch etwas ratlos zur Kenntnis.²⁷

Die Ergebnisse der jüngeren westdeutschen Kolonialgeschichtsschreibung, die sich spätestens mit der Untersuchung über Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika von Helmut Bley²⁸ im Jahre 1968 etabliert hatte, wurden zwar ausdrücklich anerkannt, aber es wurde moniert, daß in den kolonialgeschichtlichen Arbeiten darauf verzichtet wurde, die "untersuchten Komplexe in Beziehung zu setzen zur allgemeinen Entfaltung deutscher imperialistischer Kolonialexpansion im Rahmen eines imperialistischen Weltsystems". Außerdem würde trotz scharfer Kritik an der Kolonialherrschaft der Vergangenheit nicht anerkannt werden, daß "der Kolonialismus unseres Jahrhunderts als wesentlicher Bestandteil des monopolkapitalistischen, imperialistischen Weltsystems verstanden wird."²⁹

Eine andere als die zuvor skizzierte „revolutionstheoretische“ Wissenschaftspraxis pflegten Historiker, Sprachwissenschaftler, Literaturwissenschaftler, Geographen, Wirtschaftswissenschaftler und einige Philosophen

²⁷ Vgl. Rüger, Adolf: Zu modernisierungs- und elitetheoretischen Aspekten in Schriften von Franz Ansprenger und Imanuel Geiss über Afrika, in: *asien afrika lateinamerika* 3/1979, S. 487ff.

²⁸ Bley, Helmut: *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894-1914*, Hamburg 1968.

²⁹ Stoecker, Helmuth: *Bürgerliche Literatur seit 1945 zur Geschichte der deutschen Kolonialherrschaft*, in: Stoecker, Helmuth (Hrsg.): *Drang nach Afrika. Die koloniale Expansionspolitik und Herrschaft des deutschen Imperialismus in Afrika von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges*, Berlin 1977, S. 357.

sowie Vertreter anderer Disziplinen, die sich mit Entwicklungsländer- bzw. Afrikaforschung beschäftigen. Sie hätten ihre empirischen Forschungsergebnisse, wenn wir hier die spezifischen, durch den Marxismus-Leninismus gesetzten Grenzen vernachlässigen, im Prinzip ebenso in westlichen Ländern erzielen können. Die Grenzen zwischen den beiden Richtungen in der DDR-Afrikawissenschaft waren oftmals fließend.

Das Bild der DDR-Afrikawissenschaften, wie überhaupt der Regionalwissenschaften insgesamt, wurde indes maßgeblich durch die generalisierenden "Grundfragen-" oder "Überblicksdarstellungen" und revolutionstheoretischen Arbeiten aus der ersten hier angeführten Gruppierung bestimmt. Sie fielen nicht nur durch die bevorzugte Plazierung in Zeitschriften und Sammelbänden auf, sondern ihre Vertreter traten auf internationalen Kongressen auf, weilten oftmals als "Dauerreisekader" im westlichen Ausland und stellten die Vertreter der DDR-Wissenschaft in internationalen wissenschaftlichen Gremien. Darüber hinaus wurden sie durch die Bereitstellung von Papier- und Druckkapazitäten im chronisch an Papiermangel leidenden DDR-Verlagswesen bevorzugt, so daß sie das "Außenbild" der DDR-Afrikawissenschaften durch ihre Publikationen wesentlich bestimmten. Auf sie trifft mit Sicherheit zu, was der stellvertretende Hochschulminister der DDR aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der DDR 1979 über die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften schrieb:

"Jeder Fortschritt in Forschung, Lehre und Erziehung und im praktischen politischen Wirken war das Ergebnis gründlichen Studiums des Marxismus-Leninismus, der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und der Dokumente der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Diese prinzipielle Grundlage der gesamten wissenschaftlichen Tätigkeit ist auch weiterhin Garantie für die Entwicklung der Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften."³⁰

Was in dieser Forderung eines der obersten Dienstherren der Regionalwissenschaftler der DDR deutlich wird, bestätigt sich auch hinlänglich bei der Lektüre von "marxistisch-leninistischer Überblicksdarstellungen": das Fehlen originärer Forschungen oder zumindest Referenzen auf den internationalen Forschungsstand. Die obersten politischen Ideologiewächter sahen darauf, daß die Forschungen auch in das Korsett des Marxismus-Leninismus hinein paßten, wenn nicht, wurden sie hineingepreßt.

³⁰ Engel, Gerhard: Die Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften an den Universitäten im dreißigsten Jahr der Deutschen Demokratischen Republik. Gedanken zur Bilanz und zu den kommenden Aufgaben, in: *asien afrika lateinamerika* 5/1979, S. 774.

Ihnen standen dazu verschiedene Möglichkeiten. z.B. in Gutachten, in forschungskoordinierenden und -beratenden Gremien, als staatliche Vorgesetzte oder in Rezensionen zur Verfügung. Mit gewissen Abstrichen kann man in diese Kategorie auch die an außenpolitische Prämissen orientierten politikwissenschaftlichen Arbeiten rechnen, jedenfalls diejenigen, die "den Bedürfnissen der Entwicklung der Außenbeziehungen der DDR zu den Ländern Afrikas" nachgekommen sind.³¹

Die Afrika- und Kolonialgeschichtsschreibung jedoch, die Linguistik mit ihren nicht nur in Westdeutschland geschätzten Wörter- und Sprachlehrbüchern, die Literaturwissenschaft mit ihren einen breiten Interessenskreis erreichenden Anthologien – die, wie es 1980 im Börsenblatt der Bundesrepublik hieß, alle gleichlaufenden Bemühungen im Westen "in den Schatten stellte"³² – und den für europäische Verhältnisse unikatsten Analysen zeitgenössischer Literaturentwicklungen in den verschiedensten Regionen und Ländern Afrikas sowie Untersuchungen zur afrikanischen Philosophie – die in Europa neben Leipzig nur noch in Wien und Rotterdam gelehrt und deren Geschichte kaum der akademischen Beschäftigung im internationalen Rahmen für Wert erachtet wird³³ – standen im Vergleich zur ersten Gruppe zu Zeiten der DDR kaum im Schlaglicht der staatlichen Aufmerksamkeit. Sie konnten sich auch in der Phase der Evaluierung nicht aus dem Schatten der ehemals von staatlicher Seite privilegierten Gruppe trennen und wurden im sogenannten Transformationsprozeß nach der deutschen Vereinigung mit eliminiert.

³¹ BArch, DR 3, 1705 (o.P.): Stellungnahme zur "Konzeption für die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Afrikawissenschaften im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen bis 1990" von der Abteilung Gesellschaftswissenschaften des MHF, Berlin, 3.10.1980, S. 4.

³² Vgl. Becker, Jörg: Wir haben viel nachzuholen. Broschüre mit Übersetzungsvorschlägen, in: *Börsenblatt des deutschen Buchhandels*, Nr. 70, Frankfurt am Main 1980, S. 2076. Vgl. ausführlicher über Misere der afrikanischen Literaturwissenschaft in der alten Bundesrepublik bei Nordmann-Seiler, Almut: *Afrikanische Literatur an deutschen Universitäten*, in: Benzing, Brigitte/Bolz, Reinhardt (Hrsg.): *Methoden der afrikanistischen Forschung und Lehre in der BRD. Eine kritische Bilanz. 5. Jahrestagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD) 1973* (=Studien der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland, Bd. 8), Hamburg 1976, S. 87 ff.; dies.: *Afrikanische Literatur an deutschen Universitäten*, Wiesbaden 1972.

³³ Vgl. Hoffmann, Gerd-Rüdiger: Wie und warum im subsaharischen Afrika Philosophie entstand, in: Moritz, Ralf/Rüstau, Hiltrud/Hoffmann, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Wie und warum entstand Philosophie in verschiedenen Regionen der Erde?*, Berlin 1988, S. 194.

Damit verschwand ein multimethodisches Strukturmodell, ein Unikat in der deutschen Hochschullandschaft, welches bei allen Mängeln, Disproportionen und einseitigen Denkmustern neue Wege und Möglichkeiten in der Afrikawissenschaft hätte ermöglichen können.³⁴ Die in der DDR praktizierte Hinwendung zu einem modernen Wissenschaftskonzept, das die klassische Afrikanistik und Orientalistik ergänzte und bereicherte, hatte internationalen Trends in der Wissenschaftsentwicklung entsprochen.³⁵ Gerade die "interdisziplinäre Lehrpraxis" wurde selbst von Evaluierern und Gutachtern aus dem Westen als gut bezeichnet und einige von ihnen plädierten dafür, diese beizubehalten.³⁶ In der DDR wurde nämlich unter Afrikawissenschaften ein Komplex von einzelnen Wissenschaftsdisziplinen verstanden, die sich mit den afrikanischen Völkern und Staaten im allgemeinen, ihrem heutigen und vergangenen Gesellschaftsaufbau und ihrer wirtschaftlichen Struktur, ihrer Kultur und Geschichte, ihrer Sprachen und Literaturen, ihrer gegenwärtigen Politik sowie ihrer sonstigen gesellschaftlichen und ethnischen Verhältnisse verstanden.³⁷

Hinter den Fassaden ideologischer Einheitlichkeit der Forschungsaufgaben und -richtungen verbarg sich eine relativ große Variation wissenschaftlicher Themen, die sich nur z.T. in vorgegebene Schemata einpassen ließen. Sie boten trotz aller Konformitätszwänge und Zensurpraktiken einen allerdings selten voll ausgeschöpften Raum für die Entfaltung wissenschaftlicher Kreativität und oft auch vielfältig benutzte Gelegenheiten, die Grenzen einer stereotypen Weltansicht zu überschreiten.³⁸

Zu einer interessanten Schlußfolgerung gelangte in dieser Hinsicht der Heidelberger Ägyptologe Jan Assmann, der im Auftrag eines an der Universität Konstanz angesiedelten Forschungsprojektes unmittelbar nach der

³⁴ Vgl. Rathmann, Lothar: Walter Markov und die "farbigen Kontinente". Persönliche Reminiszenzen, in: Neuhaus, Manfred/Seidel, Helmut, in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell (Hrsg.): "Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt..." Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov, Leipzig 1995, S. 184f.

³⁵ Etwa, wie es in Wien seit 1983 üblich war. Vgl. Mukarowsky, Hans/Sommerauer, Erich: Die Afrikanistik in Österreich, 1824 - 1992, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 1/1993, S. 96.

³⁶ Vgl. Rothermund, Dietmar: Bericht über den Fachbereich Asien- und Afrika-wissenschaften der Humboldt-Universität Berlin, in: Steinwachs, Burkhard (Hrsg.): Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR, Bd. 1: Berichte, Konstanz 1993, S. 67.

³⁷ Vgl. SAPMO, BArch, J IV 2/9.04/249 (o.P.): "Konzeption für die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Afrikawissenschaften bis zum Jahre 1970", 5.7.1962.

³⁸ Vgl. van der Heyden, Ulrich: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Das Beispiel südliches Afrika, in: Krauth, Wolf-Hagen/Wolz, Ralf (Hrsg.), a.a.O., S. 371ff.

Wiedervereinigung die Orient-, Altertums- und einzelne Zweige der Regionalwissenschaften der ehemaligen DDR untersuchte. Er berichte:

"Diese Fächer bedürfen weder ideologischer Umerziehung noch theoretischer Fortbildungskurse. Da sie in der Vergangenheit genug unter bevormundenden Einnischungen zu leiden hatten, ist hier äußerste Zurückhaltung am Platze. Sie brauchen vor allem Ruhe (und Geld), um sich zu regenerieren. Nach den Jahren der Zwangsvereinnahmung drängen sie verständlicherweise auf Autonomie. Die 'Isolationskrise' ihrer westlichen Kollegen, die umgekehrt nach Formen sinnvoller Integration Ausschau halten, ist nicht ihr Problem. Das muß man im Westen respektieren, auch wenn diese ersten Nahziele bieder, restaurativ, theoriefern anmuten. Es handelt sich um notwendige Schritte, die nicht im Hinblick auf integrative Konzepte westlicher Provenienz übersprungen werden können. Hier ist vielmehr Geduld, Takt und Verständnis am Platze. Von gewaltsamer Öffnung und 'Durchmischung' ist hier eher abzuraten".³⁹

An keine der für den Fortbestand der relevanten Wissenschaftsdisziplinen plädierende Empfehlungen, insbesondere für die Afrikawissenschaften, hat man sich gehalten, genauso wie an keine andere Empfehlung, die sich von den in der alten Bundesrepublik üblichen Mustern der Wissenschaftsgestaltung unterschieden. Nahezu alles ist, wie es der ehemaligen Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, ausdrückte, "mehr oder weniger in westdeutsche Formen gegossen worden".⁴⁰ Die Afrikawissenschaften reihen sich damit ein in die übrigen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften aus der DDR, die rigoros abgewickelt worden sind. Somit ist jedwedes eigenständige Denk- und Kommunikationsgefüge im Osten Deutschlands ausgeschaltet worden.

Statt Neuanfang: Evaluation, Abwicklung, Verdrängung, Liquidierung

Die politische Wende in der DDR im Herbst 1989 brachte für die Regionalwissenschaftler, wie überhaupt für die Mitarbeiter der sich mit den Problemen der Dritten Welt beschäftigenden wissenschaftlichen Institutionen der DDR,⁴¹ die Hoffnung auf ein Ende der Fremdbestimmung und auf die Wiedererlangung akademischer Freiheiten mit sich. Allzu schnell

³⁹ Assmann, Jan: Orient- und Altertumswissenschaften, in: Steinwachs, Burkhart (Hrsg.): a.a.O., S. 84.

⁴⁰ Simon, Dieter: Die Wissenschaft hat sich selbst amputiert, in: *Berliner Zeitung*, 26.1.1993, Berlin.

⁴¹ Vgl. Ministerrat der DDR: Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Grundlagen der Entwicklungspolitik der DDR, Berlin 1990.

erfolgte indes eine inhaltliche und qualitative Zurichtung der Forschungslandschaft "nach den Bedürfnissen der ökonomischen Verwertbarkeit und der Sicherung von Herrschaftspositionen."⁴² Die Folgen bekamen sowohl die außeruniversitären Forschungsinstitutionen, als auch die relevanten Sektionen der Universitäten der DDR zu spüren.

Was die afrikabezogene universitäre Lehre und Forschung anbelangt, so war besonders die Karl-Marx-Universität Leipzig, die alleinige multidisziplinäre Ausbildungsstätte für eine staatlicherseits stets klein gehaltene Zahl von Studierenden, von der Abwicklung betroffen.⁴³ Dabei waren in der ersten Euphorie der Wende detaillierte Konzeptionen für die deutsche Afrikawissenschaften etwa zur Philosophieausbildung oder auch Vorstellungen über eine zeitgemäße Entwicklungsländerwissenschaft unter Einschluß der klassischen Afrikanistik, Arabistik und anderer regionalwissenschaftlicher Disziplinen ausgearbeitet worden, die international ihres Gleichen suchten. Viele Wissenschaftler hingen der Illusion an, daß ihr Wissen, ihre Erfahrung, ihr Können in einer erneuerten DDR oder in einem vereinten Deutschland gebraucht werden. Es gab wohl kaum eine wissenschaftliche Einrichtung, in der nicht Pläne für die Zukunft erarbeitet worden wären.

Die mit der Wende im Herbst 1989 verheißungsvoll beginnende Entwicklung der "Selbsterneuerung" wurde schon bald durch eine "Denunziationskampagne", wie es ein Afrikawissenschaftler aus Leipzig bezeichnete, und durch die vom Einigungsvertrag verordnete "Abwicklungen", die nach Ansicht eines Betroffenen vor allem an der sächsischen Universität nachweislich nicht nach rechtsstaatlichen Kriterien verliefen, abgebrochen.⁴⁴

Die Abwicklungen wurden mit der Evaluation der wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR durch den Wissenschaftsrat der Bundesrepublik, der schon sehr früh aktiv geworden war und bereits im Januar 1990 zwölf Empfehlungen zur Umgestaltung der Forschungslandschaft im Osten

⁴² Döge, Peter: Umbau der universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft, in: *Berliner Debatte Initial* 1/1994, S. 86.

⁴³ Vgl. Arnold, Anne-Sophie: Zur Lage der Afrika-Studien an der Universität Leipzig, in: Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (Hrsg.): *Rundbrief* Nr. 52, Hamburg 1991, S. 28.

⁴⁴ Vgl. Hoffmann, Gerd-Rüdiger: Von Selbsterneuerung, Selbstkasteiung und Abwicklung. Die Hoffnungen '89 und die Dynamik der Entsolidarisierung. Rückblick auf die Wende und ihre Folgen an der Leipziger Uni, in: *Neues Deutschland*, 28.10.1994, Berlin.

Deutschlands verabschiedet hatte,⁴⁵ begründet. "Es waren Gremien", so beschreibt Martin Robbe den Vorgang, "in denen Wissenschaftler aus den alten Bundesländern das Sagen hatten, die das wissenschaftliche Potential der Ex-DDR evaluierten und entschieden, was mit ihm zu geschehen habe. Die Betroffenen wurden kaum in die Entscheidungsfindung einbezogen, so daß auch ihre (nach der Wende erarbeiteten - U.v.d.H.) konzeptionellen Vorstellungen weithin unbeachtet blieben."⁴⁶

Daß die Mißachtung der Ideen und Vorschläge zur Umstrukturierung der Wissenschaftslandschaft im Osten Deutschlands im Sinne, wenn nicht gar im Auftrag der Politik geschah, bestätigte Mitte 1997 Dieter Simon, von 1989 bis 1993 Vorsitzender des Wissenschaftsrates:

*"Durch die Stilisierung dieses Vorgangs (die Evaluation und Umstrukturierung der außeruniversitären Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern - U.v.d.H.) zu einer Selbstbewertung der Wissenschaft, der sich die Politik in fraglosem Vertrauen angeschlossen habe, wurde der erhebliche Anteil der Politik an jenen Entscheidungen wirkungsvoll verschleiert, aber deren Akzeptanz nachhaltig erhöht."*⁴⁷

Noch klarer drückte es der damalige Präsident der Leibniz-Sozietät aus:

*"Eine wahrhaft tragische Rolle war dem Wissenschaftsrat zugeteilt. Er sollte in quasi objektiver Weise die Qualität der Wissenschaft in Ost und West bewerten. ... De facto fungierte der Wissenschaftsrat als Feigenblatt für das politische Ziel, die DDR auch auf dem Gebiet der Wissenschaft zu delegitimieren."*⁴⁸

Diese Tatsache wollen natürlich nicht alle wahrhaben, vor allem diejenigen Wissenschaftler aus dem Westen, die meinen, eine missionarische Aufgabe erfüllen zu müssen. Sie bestreiten vehement, daß hinter der Abwicklung und Verdrängung der ostdeutschen Wissenschaftler irgend ein politischer Plan gestanden habe. Aber, so kontert in einer Kolumne Jörn Schüttrumpf, "dafür, daß es ihn gar nicht gab, hat er ganz fabelhaft funktioniert."⁴⁹

⁴⁵ Vgl. Döge, Peter: a.a.O., S. 89.

⁴⁶ Robbe, Martin: Die Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch. Tagung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 4./5. Oktober 1995. Ein kommentierender Bericht, in: *asien afrika lateinamerika* 2/1996, S. 194.

⁴⁷ Simon, Dieter: Im Block. Der Wissenschaftsrat bringt Forscher und Politiker zusammen und bitter wenig zustande, in: *Die Zeit*, Nr. 40, 26.9.1997, Hamburg.

⁴⁸ Bericht des Präsidenten der Leibniz-Sozietät. Bericht des Präsidenten der Leibniz-Sozietät, Samuel Mitja Rapoport, auf dem Leibniz-Tag am 2. Juli 1998 (Pressefassung), Bl. 4.

⁴⁹ Schüttrumpf, Jörn: Ende einer Abwicklung, in: *Das Blättchen* 1/2001, S. 1.

Daß die Ergebnisse der Evaluation (und vor allem die schleppende oder nicht vollzogene Umsetzung, wie das Beispiel der Afrikawissenschaften zeigt) politisch bedingt waren, räumen zunehmend Kollegen aus den alten Bundesländern ein. So äußerte der Philosoph Ulrich Johannes Schneider, der die Abwicklung und die allgemeine Neubesetzung philosophischer Lehrstühle in Ostdeutschland für die UNESCO untersuchte, in einem Interview: "Die Abwicklung war vor allem ein politisches, nur bedingt ein wissenschaftliches Urteil über die Betroffenen, und das unter einem enormen Druck von Sachzwängen."⁵⁰

Dazu gehört, daß eigene Vorstellungen von DDR-Wissenschaftlern im Prozeß der Evaluierung weitgehend ignoriert wurden.⁵¹ Dabei waren relativ bald nach der Wende vermutlich schon seit längerem diskutierte Vorstellungen zur Effektivierung des Studiums erfolgreich umgesetzt worden. An der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Universität Leipzig konnte in "Wendezeiten" laut einer Selbstdarstellung aus dem Jahre 1990 Afrikanistik studiert werden in den Studiengängen Afrikanische Literatur und Kultur, Afrikanische Geschichte, Ökonomie in Afrika, Philosophie in Afrika, Afrikanische Sprachwissenschaft, Soziologie und Internationales Recht als Hauptfach oder Nebenfach. Das Erlernen zweier afrikanischer Sprachen (für Linguisten drei afrikanische Sprachen), ein interdisziplinäres Studienprogramm auch an anderen Fakultäten der Universität sowie das Erlernen mindestens einer modernen Fremdsprache gehörten zum zu absolvierenden Studium.⁵²

Lediglich der Lehr- und Forschungsbereich "Grundfragen der Nationalen Befreiungsbewegung", der in der Vergangenheit personell gut ausgestattet war (bis zu 26 Mitarbeiter/innen unterschiedlicher Qualifikationsstufen) und eine eigene, mit der Gesamtsektion Afrika-/Nahostwissenschaften vergleichbare Struktur besaß, hatte sich zu jener Zeit separiert. Aus diesem abgetrennten Bereich sollte, so die Vorstellungen nach der Wende, ein "Institut für Entwicklungsstudien" hervorgehen,

⁵⁰ Decker, Kerstin: Wenn Philosophen sich streiten. Gab es in der DDR nur eine staatlich verordnete Philosophie oder auch philosophisches Denken?, in: *Der Tagesspiegel*, 12.8.1997, Berlin.

⁵¹ Vgl. Renate Mayntz unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolf: Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992, Frankfurt am Main/New York 1994.

⁵² Vgl. Heine, Bernd/Hünemeyer, Friedrich/Möhlig, Wilhelm (Hrsg.): *Erasmus Network on African Studies. Student-Guide*, Köln 1990, S. 45 ff.

welches in Fortführung der Bereichstradition in der Kombination des regionalwissenschaftlichen Prinzips mit einschlägigen Sozialwissenschaften die regionalübergreifende "Dritte-Welt"-Problematik querschnittshaft und komparativ thematisieren, multidisziplinär analysieren sowie interdisziplinär rezipieren und darstellen sollte. Dieses in Deutschland einzigartige Konzept konnte nicht mehr realisiert werden, wenngleich sich auch Experten aus der alten Bundesrepublik hierfür einsetzten. Im Verlaufe des Jahres 1992 wurde das Personal auch nach internen Querelen mit den anderen Mitarbeitern der ehemaligen Sektion Afrika-/Nahostwissenschaften vollständig "abgewickelt".⁵³

Es gab aber auch andere Überlegungen nach der Wende, um das in Leipzig vorhandene geistige Kapital in einer erneuerten Universität einbringen zu können. So existierten beispielsweise Überlegungen zu einem Vorlesungsangebot, welches "alle an der Sektion vertretenen wissenschaftlichen Disziplinen mit ihren Lehrangeboten" einbeziehen sollte,⁵⁴ aber auch Überlegungen zur Installierung für eine neue "Studienordnung für die Fächer Afrikanistik/Literaturwissenschaft und Kulturwissenschaft für den Hauptstudiengang an der Universität Leipzig"⁵⁵ oder eine gemeinsame Initiative der ökonomischen Lehrstuhlinhaber für die "Installation eines neuartigen Studiengangs" zur "akademischen Ausbildung von Nationalökonomen mit einer Dritte-Welt-Spezialisierung".⁵⁶

Die genannten und weitere nicht mehr zu rekonstruierende Initiativen mögen dazu beigetragen haben, daß es nach der Wende für den Beobachter von außen sehr schwer geworden war, an der betreffenden Leipziger Sektion (später Fachbereich und dann Institut) eine einheitliche oder wenigstens von einem gewissen Teil der Mitarbeiter getragenes neues kohärentes Konzept zu erkennen. Die Nichtexistenz eines solchen Konzepts

⁵³ Vgl. Hopfmann, Arndt/Krause, Arndt/Schilling, Hartmut: Entwicklung und Abwicklung. Eine Dokumentation zu Entstehung, Werdegang und Beseitigung regionalübergreifender "Dritte-Welt"-Forschung und -Lehre an der (Karl-Marx-)Universität Leipzig, in: *Utopie kreativ*, Nr. 21/22, Berlin 1992, S. 143 ff.

⁵⁴ Vgl. Archiv der Universität Leipzig: ZM 5248 (o.P.): "Information über das Ausbildungsprogramm auf dem Gebiet der Afrika- und Asienwissenschaften für das Studienjahr 1990/91", ohne Datum.

⁵⁵ Vgl. ebenda. ZM 5249 (o.P.): "Studienordnung für die Fächer Afrikanistik/Literaturwissenschaft und Kulturwissenschaft für den Hauptstudiengang an der Universität Leipzig", ohne Datum.

⁵⁶ Ebenda: Brief von fünf Professoren an den Rektor der Karl-Marx-Universität Leipzig, 8.8.1990.

sowie die durch Ängste vor dem Verlust des Jobs hervorgerufene Ellenbogenmentalität, die bis zu Denunziationen führte, erleichterte die "Abwicklung" der Afrika- wie auch der anderen Regionalwissenschaften in Leipzig maßgeblich.

Auch ohne Einbeziehung des "Instituts für Entwicklungsstudien" hätte sich die Struktur und die Aufgabenstellung der reformierten Sektion und späteren Fachbereiches Orientalistik und Afrikanistik an der Universität Leipzig, so wie sie im Oktober 1990 vorgelegt worden ist,⁵⁷ nicht wesentlich von denen anderer international renommierter Universitäten in Europa unterschieden.⁵⁸ Diese Einschätzung wurde auch in ihrem formalen Modell von Kollegen aus dem Westen geteilt.⁵⁹

Freilich wären bei einer neu konzipierten Fortführung des Instituts oder der beiden Institute personelle Umstrukturierungen und natürlich auch personelle Konsequenzen notwendig gewesen. Denn die Leitungspositionen waren nach wie vor mit dem alten Personal besetzt. So zählte der langjährige Leiter des Grundfragen-Bereiches, der in den "Wendezeiten" unter etwas dubiosen Umständen an das Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften überwechseln konnte, zu den Einpeitschern eines formalen, an Zitaten und Gedankengänge aus SED-Parteiprogrammen und Reden des SED-Generalsekretärs orientierten Marxismus-Leninismus in der Afrikawissenschaft. Auch der nach der Wende eingesetzte geschäftsführende Direktor des Instituts/Fachbereichs für Afrikanistik/Orientalistik der Universität Leipzig, der im Rahmen der Erlangung der *Facultas docendi* einige Jahre zuvor über "Spezielle Probleme des Wissenschaftlichen Kommunismus" referiert hatte, gehörte nun

⁵⁷ Strukturmodell für den künftigen Fachbereich Orientalistik und Afrikanistik an der Universität Leipzig (Oktober 1990), in: *hochschule ost* 5/1993, S. 37ff.

⁵⁸ Vgl. z.B. Heine, Bernd/Hünemeyer, Friedrich/Möhlig, Wilhelm (Hrsg.): a.a.O., S. 13 ff.; Ferguson, P. (Hrsg.): Trinity Term 1994. African Studies Oxford University, Oxford 1994.

⁵⁹ Vgl. Ansprenger, Franz: Zur Wiedervereinigung der deutschen Afrikawissenschaft, in: *Internationales Afrikaforum* 1/1991, S. 72. Schon das alte DDR-Modell wurde 1987 anerkennend von zwei bundesdeutschen Entwicklungsländerexperten hervorgehoben: "Im Unterschied zur Bundesrepublik und ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika verfügt die DDR seit geraumer Zeit über regionalwissenschaftliche Studiengänge ..." Vgl. Spanger, Hans-Joachim/Brock, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR - eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987, S. 80.

zu den unglaublichen Erfüllungsgehilfen der sogenannten personellen Erneuerung an der Universität.⁶⁰

Die Abwicklung der Afrikawissenschaften in Leipzig wurde trotz Proteste führender Afrikawissenschaftler der Bundesrepublik und aus anderen Ländern sowie trotz mehrerer Appelle an Politiker für den Erhalt der interdisziplinären Ausbildung an der traditionsreichen sächsischen Universität rigoros durchgeführt. Das stieß und stößt noch immer bei Vertretern der *international scientific community* auf Unverständnis. So wiesen im September 1991 führende Afrikawissenschaftler verschiedener Universitäten der alten Bundesländer und Mitglieder der Vereinigung der Afrikanisten in Deutschland (VAD) in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen darauf hin, daß "es aus übergeordneter Perspektive sinnvoll" wäre,

"in Leipzig ein Institut zu erhalten, das sich insbesondere mit den Ländern beschäftigt, mit denen die ehemalige DDR intensive Beziehungen pflegte (Äthiopien, Angola, Mosambique), und das die Disziplinen umfaßt, die sich darauf besonders spezialisierten (Afrikanische Philologie, Geschichte, Rechtswissenschaft, Soziologie) ... Nicht alle Wissenschaftler, die bisher an der Universität Leipzig über Afrika arbeiteten, waren lediglich Exponenten der herrschenden marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Einige von ihnen sind von ihrem Lebensalter her und aufgrund ihrer Publikationen durchaus fähig, mit modernen wissenschaftlichen Methoden die Probleme Afrikas zu bearbeiten. Man sollte auf das vorhandene Potential an Sprachkenntnissen, Literaturkenntnissen und soweit das damals möglich war Landeskenntnissen nicht verzichten, da es Jahrzehnte dauern würde, dies wieder neu aufzubauen."⁶¹

Alle Interventionen nützten letztlich nichts. Zu Beginn der 90er Jahre wurden mit ganz wenigen personellen Ausnahmen die aus der DDR stammenden Afrikawissenschaftler in Leipzig vollständig "abgewickelt".

Ähnlich verlief die Abwicklung der Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Am Bereich Afrikanistik (dann Institut für Afrikanistik, später Afrika-Institut, schließlich Seminar für Afrikawissenschaften) der Humboldt-Universität zu Berlin wurde zu Beginn der 90er Jahre die Afrikawissenschaften neu strukturiert. Unter den mehr als

⁶⁰ Über einige speziell im Bundesland Sachsen durchgeführte "Abwicklungen" am "Rande der Rechtsstaatlichkeit" gibt einige Einblicke Porsch, Peter: Hochschulernerneuerung oder Hexenjagd? "Revolutionstribunale" im Freistaat Sachsen, in: *Weg und Ziel* 3/1993, S. 55ff. Vgl. auch Hoffmann, Gerd-Rüdiger, a.a.O.

⁶¹ Brief vom 30.9.1991 an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Herrn Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dresden, in: Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland e.V. (Hrsg.): *Rundbrief* Nr. 52, Hamburg 1991, S. 29 f.

230 Professoren, die nach der Wende aus dem Westen an die hauptstädtische Universität kamen,⁶² befanden sich auch zwei Afrikawissenschaftler. Ein Lehrstuhl wurde mit einer Mitarbeiterin besetzt, die bereits vor der Wende an der Humboldt-Universität tätig war. Die ursprünglich unbefristeten Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mittelbaus, die ebenfalls noch aus der Humboldt-Universität stammten, wurden in den meisten Fällen in befristete umgewandelt, so daß von ihnen zum Ende des Jahres 2000 keiner dort noch arbeitete.

An der Pädagogischen Hochschule in Magdeburg, wo zu Zeiten der DDR einer der produktivsten Afrikahistoriker, Heinrich Loth, arbeitete, wurde dieser Zweig der Geschichtswissenschaft ersatzlos gestrichen. Loth konnte jedoch ein Projekt in dem von der DFG zu Beginn der 90er Jahre aufgelegten Schwerpunktprogramm "Transformationen der europäischen Expansion" einbringen.⁶³ Mit der Emeritierung Heinrich Loths Mitte der 90er Jahre endete jedoch die afrikabezogene Forschung und Ausbildung in Magdeburg.

Diejenigen außeruniversitären Institutionen, in denen noch Ende 1989 Afrikawissenschaftler arbeiteten, wie in dem Institut für Politik und Wirtschaft,⁶⁴ wurden im Verlaufe des Jahres 1990 vollständig abgewickelt und die Mitarbeiter entlassen.

Die Afrikawissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften wurden mit der Auflösung der Akademie Ende 1991 ebenfalls abgewickelt. Drei von ihnen erhielten die Möglichkeit, am neu gegründeten Forschungsschwerpunkt Moderner Orient der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben befristet zu arbeiten. Als die aus den mehrfach positiv evaluierten Wissenschaftlern und Forschungsgruppen der Akademie hervorgegangenen Forschungsschwerpunkten in eine andere Trägerschaft übergingen, entledigte mach sich auch des letzten ostdeutschen Afrikawissenschaftlers.⁶⁵

⁶² Vgl. Rasmus, Anne: Zu jung für die Routine. West-Professoren sehen ihren Neuanfang im Osten als einmalige Chance, in: *Berliner Zeitung*, 1.8.1995, Berlin.

⁶³ Vgl. Loth, Heinrich/Schreiber, Harald: *Prinzipien deutscher Entwicklungspolitik. Gegenwart und geschichtlicher Hintergrund*, o.O. 1991, S. 18.

⁶⁴ Zur Institutionsgeschichte vgl. Klein, Michael B.: *Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971 bis 1974*, Berlin 1999.

⁶⁵ Vgl. van der Heyden, Ulrich: Der Forschungsschwerpunkt Moderner Orient - wie die ostdeutsche Afrikawissenschaft in einer "späten Abwicklung" beseitigt wurde, in: Bollinger, Stefan/van der Heyden, Ulrich (Hrsg.): *Die Beseitigung der ostdeutschen Eliten*, Berlin 2001 (im Druck).

Die Retraditionalisierung und "personelle Erneuerung"

Alle Appelle und Proteste der betroffenen Mitarbeiter und die der leider viel zu wenig über die unglaublichen Vorgänge informierten Kollegen aus dem Ausland fanden jedoch kein Gehör. Die "Abwicklung" blieb indes nicht auf das wissenschaftliche Personal beschränkt. Ebenso wurden die Institutionen an den Universitäten so abgewandelt, daß kaum etwas heute an deren Vorgänger erinnert. Mit den Institutionen und den Mitarbeitern starben auch die Lehr- und Forschungsprofile.

In der afrikabezogenen Lehr- und Ausbildungsstätte in Leipzig wurde bereits im Herbst 1992 eine "Retraditionalisierung" deutlich.⁶⁶ Wurden in der DDR die afrikanischen Gesellschaften als Ganzes beschrieben und analysiert, überwiegt in der neu strukturierten Studentenausbildung der kulturwissenschaftlich-linguistische Aspekt.⁶⁷ Die relativ wenigen Professoren und sonstigen Mitarbeiter der afrikabezogenen Ausbildungseinrichtungen an den Universitäten müssen nun ein Lehrgebiet abdecken, wofür früher weit mehr Wissenschaftler zur Verfügung standen. Nach Aussagen von Studierenden, die beide Ausbildungen genossen haben, ist die neue Situation nicht gerade als Vorteil zu bezeichnen.

Bedauerlich ist dies vor allem deshalb, weil das zur Verfügung stehende wissenschaftliches Potential ungenutzt ist oder unwiederbringlich zerstört wurde. Dies betrifft auch solche Potentiale, die zu den Vorteilen ostdeutscher Afrikaforschung gerechnet werden können, wie die Geschichte sozialer und politischer Bewegungen insbesondere im Süden Afrikas, die Ausnutzung missionarischer Quellen für profangeschichtliche Fragestellungen, die Genesis vorimperialistischer Kolonialsysteme, das Verhältnis von Bourgeoisie zum Proletariat in den unterschiedlichsten afrikanischen Ländern, der Rolle der Intelligenz und des Militärs in dem Unabhängigkeitsprozessen, die Philosophieentwicklung in Afrika, historische Prozesse der Staatsentstehungen, die verschiedensten quellenorientierten Themenschwerpunkte zur Kolonialgeschichte sowie, um ein Beispiel aus den praxisorientierten tropischen Landwirtschaftswissenschaften – die an der Leipziger Universität vollständig liquidiert worden ist – zu nehmen, die unterschiedlichen Mechanisierungskonzeptionen im Bereich

⁶⁶ Vgl. Hoffmann, Gerd-Rüdiger/Huth, Karin: IX. Afrikanistentag in Leipzig. Konferenzbericht, in: *Zeitschrift für Afrikastudien* 17-18/1993, S. 52ff.

⁶⁷ Vgl. Krauth, Wolf-Hagen: *Die Asien- und Afrikawissenschaften*, a.a.O., S. 38ff.

der angepaßten Technologie im Pflanzenbau. Die Auflistung unwiederbringlich verloren gegangener Forschungsschwerpunkte ließe sich fortführen.

Es ist zu konstatieren: Wie im allgemeinen in den neuen Bundesländern zur Zeit der DDR geschaffene Strukturen beseitigt wurden, geschah dies auch mit den Afrika- und den anderen Regionalwissenschaften. Die fast vollständige Verdrängung der ehemaligen Akteure zeigt deutlich, daß die Afrikawissenschaften der DDR auch nach einer gründlichen Neustrukturierung keine Chance gehabt haben. Diese gab es, so ein Mitglied des Anfang der 90er Jahre die ostdeutschen Hochschulen evaluierenden Wissenschaftsrates, eigentlich für keinen Wissenschaftszweig im Osten Deutschlands.⁶⁸

So besteht in der Bundesrepublik nach wie vor "eine tiefe Kluft zwischen den philologischen, kulturhistorischen, ethnologischen, religionswissenschaftlichen und den mehr entwicklungsländerspezifischen ökonomischen, soziologischen, zeithistorisch-politologischen Disziplinen der aktuellen Afrikawissenschaften."⁶⁹ Das wird nicht nur deutlich an den relativ abgegrenzten relevanten Forschungszentren in den alten Bundesländern, sondern auch in den zwei Berufsvereinigungen, Afrikanistentag und Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD) sowie in den unterschiedlichen Forschungskonzepten.⁷⁰

Um so mehr sollte die multidisziplinäre und in der DDR im Ansatz praktizierte interdisziplinäre Orientierung der afrikawissenschaftlichen Disziplinen nach wie vor für den heutigen Wissenschaftsbetrieb aktuell sein. Jedoch gibt es generell keine oder nur sehr wenige Ansätze, die in der DDR gemachten Erfahrungen aufzugreifen,⁷¹ kritisch zu bewerten und

⁶⁸ Vgl. Schuster, Ferdinand: Die Chance der Stunde Null gab es eigentlich nicht. In der einstigen DDR überlebten nur 23 von 53 Hochschulen. West-System rasch übernommen, in: *Die Welt*, 12.8.1997, Berlin.

⁶⁹ Büttner, Thea: Die Afrikawissenschaften in der DDR. Überlegungen für eine weiterführende Analyse. Erweiterter Kommentar zu den Ausführungen von U. van der Heyden auf der Konferenz "Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch" an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 4./5. Oktober 1995 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 2.

⁷⁰ Vgl. Benzing, Brigitta/Bolz, Reinhardt (Hrsg.): Methoden der afrikanistischen Forschung und Lehre in der BRD. Eine kritische Bilanz. 5. Jahrestagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland (VAD) 1973 (=Studien der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland Bd. 8), Hamburg 1976.

⁷¹ Bemerkenswert in diesem Zusammenhang erscheint mir die Tatsache zu sein, daß man außer auf dem Gebiet des Sports nun auch auf erziehungswissenschaftlichem Gebiet

in die Praxis umzusetzen. Dabei wäre dies angesichts der gegenwärtigen Situation im Bereich der außereuropäischen sozialwissenschaftlichen Forschungen dringend angeraten.

Insbesondere trifft die Mahnung auf die historischen Disziplinen der Afrikawissenschaften zu. Erst Ende des Jahres 1996, also zu jenem Zeitpunkt, als wieder einige aus der DDR stammende Afrikawissenschaftler ihren Job verloren, bedauerte der Bochumer Historiker Hans Mommsen, "daß wir eine rein deutsche Geschichtsschreibung betreiben und über den eigenen Tellerrand nicht hinausschauen". Er kritisierte, daß in der deutschen Geschichtswissenschaft "mit Ausnahme Ost- und Südasiens die anderen Kontinente virtuell nicht vertreten sind" und daß es wünschenswert wäre, "zu einer gesamteuropäischen Geschichte, zugleich (zu einer) Öffnung zur Dritten Welt, zur Einbeziehung der afrikanischen und australischen Geschichte" zu gelangen.⁷²

Neu sind solche Kritiken und Aufforderungen, diese Verhältnisse in der Bundesrepublik zu ändern, nicht. Schon 1988 wurde auf dem deutschen Historikertag in Bamberg gefordert, der außereuropäischen Geschichte in Deutschland mehr Aufmerksamkeit zu schenken.⁷³ Nur hat sich in den vergangenen Jahren in dieser Beziehung nicht viel getan. Im Gegenteil. Durch das Überstülpen des westdeutschen Wissenschaftsmodell über das der DDR nach der deutschen Vereinigung wurden auch die Defizite und wissenschaftsorganisatorischen Mißbildungen in den Osten Deutschlands übertragen. Hierauf wurde zwar schon des öfteren aufmerk-

beginnt "umzudenken", was bedeutet, "daß das erziehungswissenschaftliche Potential der ostdeutschen Kollegen – beispielsweise in Form von Projekten – stärker eingebunden wird ... Aufarbeitung kann nicht unter Ausschluß derjenigen erfolgen, deren Biographien im Osten ihre Wurzeln haben. Zu häufig hat man in den letzten Jahren auf die östliche Zeitgeschichte lediglich einen westlich orientierten Blick geworfen ... Nach dem rigorosen und unvermeidlichen Einschnitten der letzten Jahre muß es zu einer Phase der Besinnung und des Dialogs kommen ... Neue Lösungen sind aber nur möglich, wenn man mit denjenigen kommuniziert, die im Osten ihre Wurzeln haben und Probleme oft anders interpretieren." So jedenfalls Jan H. Olbertz von der Enquete-Kommission "Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern" in einem Interview im August 1997. Olbertz, Jan H.: Auf Ost-Erfahrung bauen?, in: *Neues Deutschland*, 19.8.1997, Berlin.

⁷² Mommsen, Hans: Von Heldentenören und Professoren, in: *Berliner Zeitung*, 28./29.12.1996, Berlin.

⁷³ Vgl. Ross, Thomas: Aschenbrödel in Bamberg. Eine Konferenz über außereuropäische Geschichte beim 37. Historikertag, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.10.1988, Frankfurt am Main.

sam gemacht,⁷⁴ aber die Kritik hatte keine erkennbaren Folgen weder für die Afrikaforschung, noch für den einzelnen Wissenschaftler.

Die in den 60er Jahren von dem Historiker und Politologen Franz Ansprenger artikuliert Utopie, daß einst nach dem Fall der Mauer, "sich aus dem Nebeneinander von zwei deutschen Afrikawissenschaften mit verschiedenem ideologischen Hintergrund vielleicht ein fruchtbarer wissenschaftlicher Disput ergeben" könnte,⁷⁵ ist eine Wunschvorstellung geblieben.

Von der politisch motivierten zur fiskalisch motivierte Abwicklung der Afrikawissenschaften – Das Berliner Beispiel

Die von der Abwicklung betroffenen Wissenschaftler sind neben dem Schaden auch noch dem Spott ausgesetzt, etwa wenn süffisant von westdeutschen Kollegen formuliert wird, daß "manche" auf Grund der rigorosen Abwicklungspraxis "belieben ... von einem 'Kahlschlag' zu sprechen".⁷⁶

Sozial- oder Gesellschaftswissenschaften, so auch die Afrikawissenschaften, sind von sich aus politische Wissenschaften. Bei allen Fehlern und Versäumnissen, die in der DDR auch auf dem von den Vertretern dieser Auffassung verantworteten Gebiet begangen wurden, so die Ansicht von nicht wenigen in dieser Thematik Agierenden, zählt doch letztlich nur der Fakt, ob der selbst gestellte Auftrag erfüllt worden ist. Dieser bestand für die Afrikawissenschaftler nicht in erster Linie darin, zur Legitimation des herrschenden Systems in der DDR beizutragen, sondern den Objekten der Untersuchung mit den speziellen Mitteln der Wissenschaft

⁷⁴ Vgl. z.B. Simon, Dieter: Bankrott der Heuchler. Zum Semesterbeginn prophezeit der ehemalige Präsident des Wissenschaftsrates das Ende der Universität - es sei denn, sie erkämpfe sich Autonomie, in: *Die Zeit*, Nr. 43, 21.10.1994, Hamburg; Zimmer, Dieter E.: Erst mal auflösen, dann weiterdenken. Geisteswissenschaftliche Erblast im Osten. Wo Reform versprochen war, droht jetzt die Demontage, in: *Die Zeit*, Nr. 45, 4.11.1994, Hamburg.

⁷⁵ Ansprenger, Franz: Aufgaben der deutschen politischen und historischen Wissenschaft in bezug auf Afrika (=Afrikas Gegenwart und Zukunft. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich Ebert-Stiftung), Hannover 1964, S. 107.

⁷⁶ Eberwein, Wolf-Dieter/Dörrenbecher, Heike: Lehre und Forschung im Bereich internationale Beziehungen in den Neuen Bundesländern. Eine Dokumentation, Berlin (1994), S. 8.

zu helfen. Und dies sei – so viele der damaligen Akteure – doch trotz aller Einschränkungen gelungen.

So fanden einige Wissenschaftler aus der ehemaligen DDR in Afrika, die dort in der Regel schon früher gern gesehene Kollegen und Gäste waren,⁷⁷ nach ihrem Rausschmiß wegen angeblicher Unfähigkeit oder Nichtbedarf an den deutschen Universitäten Dankbarkeit und Mitgefühl und wenn es möglich war, auch zeitweilig Anstellung und Lehraufträge. Nicht wenige afrikanische Universitäten und andere Einrichtungen – vor allem auch im Süden Afrikas – halfen im Rahmen ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten ihren ostdeutschen Kollegen. Insgesamt gesehen, so wird von den "abgewickelten" Wissenschaftlern wohl nicht zu Unrecht bedauert, sind die Kollegen in Afrika, aber sicherlich auch in anderen Regionen der Welt, viel zu wenig über den personellen Kahlschlag informiert worden, was im Osten Deutschlands auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften geschehen ist. Natürlich sind die "Kriegsgewinnler nach dem Scheitern des Kommunismus", wie Erhard Crome diese Leute nennt,⁷⁸ nach geltendem Recht zu ihren einträglichen Stellungen gekommen. Hierzu hat sich als einer von wenigen westdeutschen Wissenschaftlern der Münchener Völkerkundler und damalige Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ethik der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde im März 1993 geäußert:

"Gäbe es keine Differenz zwischen Legalität und Moralität, das ganze Unterfangen einer Ethik wäre überflüssig. Geltendes Recht darf nicht das eigene Urteil ersetzen. Vor diesem Problem aber stehen heute Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Westen, die sich auf frei werdende Posten im Osten bewerben. Diejenigen, die auf dieses Dilemma hinweisen, haben keine Macht. Sie können, es gibt dafür in unserer Kultur keine andere Instanz, nur ans Gewissen appellieren."⁷⁹

Solche moralischen Appelle von Fachkollegen aus der alten Bundesrepublik blieben indes die Ausnahme, ja, in dem zitierten Fall sah sich der Autor gar scharfer Kritik seiner westlichen Kollegen ausgesetzt.

Letztlich haben die Wissenschaftsverantwortlichen in dem vereinten Deutschland mit ihrer Politik der gnadenlosen Abwicklung der ostdeut-

⁷⁷ Vgl. Schulz, Brigitte H.: The two German States and Apartheid, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 4/1988, S. 5ff.

⁷⁸ Crome, Erhard: Ossi-Quote, in: *Das Blättchen* 4/2001, S. 5.

⁷⁹ Rundbrief der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde, Arbeitsgruppe Ethik, PD Dr. Hermann Amborn, Vorsitzender, März 1993, in: Pommerening, Christian (Hrsg): Der "Fall Treide"? Dokumentation einer Debatte, Leipzig 1993 (als Manuskript vervielfältigt), S. 20.

schen Wissenschaftstradition nicht nur großen Schaden für die weitere Entwicklung der afrikawissenschaftlichen Disziplinen im ganzen Land angerichtet. Denn die Abwicklung der ostdeutschen Wissenschaft war nur der Anfang für die Reduzierung der einschlägigen Wissenschaftsdisziplinen in Gesamtdeutschland. Die Sparpolitik führte in der Folgezeit beispielsweise zu unhaltbaren Zuständen in den Afrikawissenschaften an den westdeutschen Universitäten.

Der nach der Wende berufene Professor für Afrikanische Geschichte an der Humboldt-Universität, Albert Wirz, erkannte im Jahre 1995 eine durch die Sparmaßnahmen hervorgerufene Gefahr für Gesamtberlin,⁸⁰ nämlich, "daß eine erfolgreiche, über Jahrzehnte geleistete Aufbauarbeit nun wieder verspielt wird".⁸¹ Diese Situationsbeschreibung war zutreffend. Zu Beginn des Sommersemesters 1996 mußte er in bezug auf die Afrikawissenschaften in Berlin erneut konstatieren:

"Derweil streicht die Freie Universität die Professur für Politik Afrikas. Am Geisteswissenschaftlichen Zentrum 'Moderner Orient' wird die Afrika-Forschung ebenfalls zurückgedrängt. Und die Humboldt-Universität? Sie ist lahmgelegt. Es fehlen selbst die Mittel zum Bücherkauf. Nicht ein einziges Buch kann in diesem Jahr neu gekauft werden. Nicht eins. Und es gilt absoluter Einstellungsstopp. Austretende Hilfskräfte werden nicht ersetzt, es dürfen auch keine neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter eingestellt werden. Die Lage ist katastrophal."⁸²

Die besonders katastrophale Lage in bezug auf die Afrikawissenschaften in Berlin läßt sich wie folgt charakterisieren:

1. Es wurden die ostdeutschen Traditionen der historisch orientierten, multidisziplinär ausgerichteten Afrikawissenschaft vollständig beseitigt durch die "Abwicklung" der an der Akademie der Wissenschaften beschäftigten Afrikawissenschaftler sowie durch die Verdrängung der vom Wissenschaftsrat positiv evaluierten Afrikahistoriker, die aller-

⁸⁰ Im September 1997 beschloß der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin, bis zum Jahre 2000, um den Sparauflagen des Landes zu entsprechen, 82 Professuren zu streichen. 60 Professuren sollen davon allein in den Geistes- und Sozialwissenschaften wegfallen. Vgl. Meldung in BZ, 10.9.1997, Berlin.

⁸¹ Wirz, Albert: Grusswort, in: *Berliner Afrika-Bulletin: Studienführer für afrikabezogene Lehrveranstaltungen an Berliner Universitäten*, 6. Ausgabe, Wintersemester 1995/96, Berlin 1995, S. 3.

⁸² Wirz, Albert: Der Wissensdurst ist gross, in: *Berliner Afrika-Bulletin: Studienführer für afrikabezogene Lehrveranstaltungen an Berliner Universitäten*, 7. Ausgabe, Sommersemester 1996, Berlin 1996, S. 3. Vgl. auch Interdisziplinäre Kommission Berliner AfrikawissenschaftlerInnen: *Afrika an den Berliner Hochschulen: Probleme, Aufgaben, Ziele*, Berlin 2.6.1996 (als Manuskript vervielfältigt).

- dings zunächst am Forschungsschwerpunkt Moderner Orient die Chance zur Weiterarbeit gefunden hatten.
2. Mit der aus finanziellen Gründen erfolgten Streichung des Lehrstuhles für Politik Afrikas an Europas größtem Fachbereich für Politikwissenschaft, dem Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, fiel der in Deutschland einzige Lehrstuhl, der sich mit aktuellen politischen Entwicklungen in Afrika beschäftigte, weg. Seit der Emeritierung von Franz Ansprenger, der sich über 30 Jahre lang für eine differenzierte politologische Afrikaforschung engagiert hatte, ist die Stelle unbesetzt. Interventionen, wie von der "Interdisziplinären Kommission Berliner Afrikawissenschaftler" oder des Beauftragten für Afrikapolitik im Auswärtigen Amt, die sich für eine Neubesetzung des Lehrstuhles aussprachen, blieben erfolglos.⁸³ Zwar besteht ein Interesse von Studierenden und Examenskandidaten an politikwissenschaftlichen Afrikathemen, jedoch kann dieses mit den verringerten personellen Ressourcen nicht angemessen zufrieden gestellt werden.⁸⁴ Spätestens seit Beginn des Jahres 1998 wird inoffiziell von einer "Abwicklung" der Arbeitsstelle Politik Afrikas gesprochen.⁸⁵
 3. Ende der 90er Jahre schieden auch die letzten der aus der DDR stammenden Mitarbeiter am Seminar für Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin aus, denen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen nach deren Abwicklung zu Beginn der 90er Jahre eine befristete Beschäftigungsmöglichkeit an ihren alten Arbeitsplätzen eingeräumt worden war. Ab Januar 1997 standen die meisten von ih-

⁸³ Vgl. Afrika-Lehrstuhl in Berlin gestrichen, in: *Forum Eine Welt*, 2. Quartal, Bonn 1996 sowie in *E + Z. Entwicklung und Zusammenarbeit* 2/1996, S. 13.

⁸⁴ Vgl. Arbeitskreis der Deutschen Afrika-Forschungs- und Dokumentationsstellen (ADAF): Rundbrief 1996, Hamburg 1996, S. 9.

⁸⁵ Interessant erscheint mir die Stellungnahme eines Afrikaners zu diesem Vorgang. So schreibt Kum'a Ndumbe III in einer Broschüre der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats: "Ich habe diesen Lehrstuhl zwei Jahre vertreten. Aber der Lehrstuhl wurde, wie man sagt, in einen Lehrstuhl für Westeuropa 'umgewidmet'. Er wurde also gestrichen. Ich habe das immer als eine Schande empfunden. Ich habe damals gesagt: 'Die Abteilung German Studies in Jaounde, die ich leitete, hatte vier habilitierte Professoren. In der ganzen Bundesrepublik gibt es einen Lehrstuhl über die Politik Afrikas.' Also, die müssen sich schämen. Sie können nicht sagen, daß sie kein Geld haben. Darum geht es nicht. Es geht einfach darum, wie wichtig man das findet. Afrika hat 54 Länder. Es gibt jetzt keinen Lehrstuhl mehr für 'Politik Afrikas', es war der einzige Lehrstuhl für die 'Politik Afrikas' in der ganzen Bundesrepublik." Kum'a Ndumbe III, Alexandre: Afrikapolitik, in: Reed-Anderson, Paulette: *Metropole - Menschen - Nahaufnahme. Afrikaner in Berlin*, Berlin 1997, S. 25 f.

nen für universitäre Verpflichtungen jedoch nicht mehr zur Verfügung. Das gleiche trifft für afrikabezogen arbeitende Wissenschaftler des WIP-Programms zu, die aus abgewickelten Instituten Berliner Akademie-Einrichtungen an der Humboldt-Universität eine befristete Beschäftigungsmöglichkeit gefunden hatten und ebenfalls ab Januar 1997 ohne Job dastehen.⁸⁶

4. Das afrikabezogene Wissenschaftlerpotential aus dem Osten Berlins wurde so gut wie vollständig beseitigt. Nach 1990 sind bis auf ein Institut bzw. Seminar an der Humboldt-Universität aus der DDR stammende afrikabezogenen Institutionen abgewickelt und die Mitarbeiter entlassen worden.
5. Die finanziellen Mittel für das Institut für Afrika- und Asienwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin werden ständig reduziert. Die Streichung von Professuren hat jedoch bislang vornehmlich Auswirkungen auf die Asienwissenschaften gehabt.⁸⁷
6. Durch den Beschluß des Bundestages, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen, zogen einige der wichtigsten bisher in der Stadt vorhandenen Institutionen, die sich auf entwicklungspolitischem Gebiet mit Afrika beschäftigten, nach Bonn um. Somit gingen wichtige Verbindungen zwischen Ausbildungs- und Praxisinstitutionen verloren.
7. Das Geisteswissenschaftliche Zentrum Moderner Orient, welches eigentlich zum Zwecke der Weiterbeschäftigung positiv evaluierter Mitarbeiter der AdW zu Beginn der 90er Jahre gegründet worden war,⁸⁸ befindet sich nicht einmal zehn Jahre später fast ausschließlich in westdeutscher Hand.

Die ein Jahrzehnt nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands für jeden offensichtlich gewordene Misere der Afrikawissenschaften nicht nur, aber vor allem in der Hauptstadt Berlin, steht nicht zuletzt mit

⁸⁶ Vgl. Zimmer, Dieter E.: WIP und weg, in: *Die Zeit*, Nr. 51, 13.12.1996, Hamburg; Kollwe, Peter: Vom WIP bleibt ein Rest oder gar nichts. Wissenschaftler-Integrations-Programm am Ende, in: *Neues Deutschland*, 19./20.10.1996, Berlin; ders.: 251 Wissenschaftler vor dem Aus. Verfassungsgericht lehnte Anspruch der WIPianer auf Weiterbeschäftigung ab, in: *Neues Deutschland*, 27.11.1996, Berlin.

⁸⁷ Vgl. Woicke, Jan-César: Streichung von Professuren ist falsches Signal. Institut für Afrika- und Asienwissenschaften der HU droht Verlust seiner Exklusivität, in: *Neues Deutschland*, 21.4.1998, Berlin.

⁸⁸ Eckert, Andreas/Reinwald, Brigitte: Das Geisteswissenschaftliche Zentrum Moderner Orient in Berlin, in: *Periplus. Jahrbuch für außereuropäische Geschichte*, Bd. 9, Münster/Hamburg 1999, S. 153.

der Verdrängung der DDR-Afrikawissenschaftler im engen Zusammenhang. Der auf der Basis der Evaluierung begonnene Kahlschlag an den Ostberliner Institutionen ging von der Politik aus. Der Kahlschlag in der gesamten Berliner Wissenschaftslandschaft geht spätestens seit 1997 vehement voran, wovon bislang vor allem die kleinen Fächer – auch aus den Nachbardisziplinen der Afrikawissenschaften – betroffen sind.⁸⁹ Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis auch die letzten afrikabezogenen Fächer an den Berliner Universitäten dem Sparzwang zum Opfer gefallen sind. Schon jetzt kritisieren afrikanische Studierende, daß an den Berliner Universitäten das Interesse für Afrika minimal ist. Legt man das administrative Interesse der Universitätsleitungen bzw. das des die Gelder bereitstellenden Berliner Senats zu Grunde, kann man der explizit von einem südafrikanischen Studenten⁹⁰ formulierten Kritik durchaus zustimmen.

Es klappt also eine Differenz zwischen Notwendigkeit und vorhandenen Ressourcen. Kann man bezüglich der Verdrängung der ostdeutschen Wissenschaftler, wie es der Sprecher der WIP-Kommission an der Humboldt-Universität Anfang Oktober 1996 in einem Interview ausdrückte, noch davon reden, daß man "uns einfach weg vom Fenster haben (will). Aus Konkurrenz-, vielleicht auch aus anderen Gründen",⁹¹ so sind als Hintergründe für die sukzessive Reduzierung der Afrikawissenschaften in Deutschland eine verfehlte Wissenschaftspolitik, eine kurzsichtige Sparpolitik sowie die Tatsache, daß man Afrika im Gegensatz zum Orient⁹² aus politischen Gesichtspunkten nicht so viel Gewicht beimißt, zu nennen.

⁸⁹ Vgl. Harmsen, Torsten: Wissenschaft der Scherben. Ägyptologen, Ur- und Frühgeschichtler setzen sich zur Wehr, in: *Berliner Zeitung*, 2.12.1997, Berlin.

⁹⁰ Seraje, Bert: Hochschulen, in: Reed-Anderson, Paulette: *Metropole - Menschen - Nahaufnahme. Afrikaner in Berlin*, Berlin 1997, S. 33.

⁹¹ Sager, Dietmar: Kippt die Politik WIP?, in: *Neues Deutschland*, 4.10.1996, Berlin.

⁹² Vgl. hierzu van der Heyden, Ulrich: *Die Afrikawissenschaften der DDR*, a.a.O., S. 434 ff.

Wege entstehen beim Gehen

Hochschuldidaktik in Rostock

Anna-Katharina Szagun
Rostock

In dem berühmt gewordenen Briefwechsel des französischen Scholastikers Abaelard (1079-1142) mit seiner Freundin Heloise berichtet er, selbst Hochschullehrer in den Frühzeiten der Pariser Universität, über einen seiner eigenen Universitätslehrer: Der wegen seines

Wissens hochgerühmte Berthold habe zwar seine Scripten gut vorlesen können, sei aber unfähig gewesen, auf Nachfragen der Studenten zu reagieren, d.h. habe nichts erklären können. Deshalb habe er, Abaelard, sich bald von Berthold abgewandt, weil man nichts wirklich von ihm habe lernen können.

Der Bericht Abaelards spiegelt ein schon in den Gründungszeiten der Universitäten bestehendes Problem: die mangelnde Fähigkeit von Gelehrten, ihr Wissen adressatengerecht zu präsentieren, d.h. die mangelnde Fähigkeit (z.T. auch Bereitschaft), ihre Lehre primär am Lernen der Studierenden auszurichten statt vorrangig oder ausschließlich an dem in Gelehrtenköpfen präsenten Stoff. Dieses Problem scheint die Universitätsgeschichte begleitet zu haben: So begründete der Weggefährte Wilhelm von Humboldts, Fichte, erster Rektor der Berliner Universität, 1807 die Notwendigkeit einer speziellen pädagogischen Zurüstung von Hochschullehrenden in Form eines "Professor-Seminariums", weil bisher niemand "an eine besondere Übung oder Prüfung in der Kunst des akademischen Vortrages gedacht (habe) gleich, als ob es sich von selbst verstände, dass man, was man nur wisse, auch werde sagen können".¹

Ob und welchen Erfolg der hochschuldidaktische Impuls Fichtes gehabt hat, bleibe dahingestellt: Das Problem eines marginalen Interesses

¹ Fichte, Schleiermacher, Steffens über das Wesen der Universität, Leipzig 1910, S. 21, hier zitiert nach Hans-Jürgen Schulz (Hg.), Einführung in die Hochschulpädagogik, Teil 1, Berlin 1983, S. 9.

für Fragen der Lehre und einer fehlenden pädagogischen Professionalisierung von Gelehrten hat sich an Universitäten weitgehend erhalten. Zur Rechtfertigung solcher Praxis haben sich im Laufe der Universitätsgeschichte verschiedene noch heute verbreitete Ideologien gebildet. Eine der populären universitären Ideologien besagt, dass sich gute Lehre quasi automatisch aus guter Forschung ergebe (d.h. dass die Forschung bereits implizit die Didaktik einer effektiven Wissenskommunikation enthalte), weshalb eine spezielle didaktische Zurüstung von Wissenschaftlern für ihre Rolle als Lehrende eigentlich nicht nötig sei. Eine andere Ideologie sieht in der Vermittlungskompetenz etwas Naturgegebenes: Der eine hat's und der andere eben nicht. Daran lasse sich wenig ändern. Die Gemeinsamkeit beider Ideologien: Die Notwendigkeit einer systematischen pädagogischen Professionalisierung des Hochschullehrernachwuchses wird bestritten. Nicht verwunderlich bei diesem Denken, dass bei Ergänzung des Lehrkörpers durch Berufungen (fast) ausschließlich nach Kriterien der Forschungsqualifikation (und neuerdings auch der Fähigkeit zur Drittmittelinwerbung) entschieden wird. So reproduziert man sich hinsichtlich der Qualifikationsprofile – subjektiv guten Glaubens und im Bewusstsein, die Standards einer bewährten Hochschultradition hochzuhalten – weitgehend selbst.

Die Frage ist, ob die über Jahrhunderte hoch gehaltenen universitären Qualifikationsprofile und der daraus resultierende professionelle Habitus von Gelehrten noch zur gewandelten Bildungslandschaft passen. Könnte es sein, dass Universitäten ihren Bonus als exzellente Bildungsanbieter in der gewandelten europäischen (bzw. globalen) Gesellschaft verspielen (oder längst verspielt haben), sofern sie hinsichtlich der Aufmerksamkeit und Anstrengungen bezüglich der Qualität der Lehre nicht radikal umsteuern?

Werfen wir einen Blick auf die Herausforderungen an Bildung heute und morgen: Nicht erst seit heute sind die Begriffe "Schlüsselqualifikationen" und "Lebensbegleitendes Lernen" bezüglich der gewandelten Anforderungen an schulische und außerschulische Bildungsinstitutionen infolge rasanter gesellschaftlicher Veränderungen im Gespräch. Das Europäische Weißbuch "Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft" benennt drei große Umwälzungen, die tiefgreifend und nachhaltig die Bedingungen der Wirtschaftstätigkeit und das Funktionieren unserer Gesellschaft verändert haben und rasant weiter verändern: Die

Herausbildung der Informationsgesellschaft, die wissenschaftlich-technische Zivilisation und die Globalisierung.

„Die Internationalisierung des Wirtschaftsaustausches, die Globalisierung der Technologien und insbesondere die Herausbildung der Informationsgesellschaft haben die Möglichkeit des Zugriffs zur Information und zum Wissen für den einzelnen verbessert. Gleichzeitig verlangen all diese Faktoren auch eine Veränderung der erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und der Arbeitssysteme. Diese Entwicklungen schaffen für alle stärkere Unsicherheiten, und für manche führen sie zu unerträglichen Ausgrenzungssituationen. Es liegt auf der Hand, dass die allen gebotenen neuen Möglichkeiten jedem einzelnen ein Bemühen um Anpassung abverlangen. Es geht insbesondere darum, die an unterschiedlichen Stellen erworbenen Grundkenntnisse durch selbstdefinierte Qualifikationen zu ergänzen. Die Gesellschaft der Zukunft wird eine kognitive Gesellschaft sein.“²

„In diesem Zusammenhang haben eindeutig die Bildungssysteme eine zentrale Aufgabe“, nämlich die Motivation wie die Fähigkeit zu lebenslangem selbstgesteuerten Lernen aller Bevölkerungsgruppen zu vermitteln. Denn die sinkende Halbwertszeit des Wissens und die Beschleunigung des Wandels der Gesellschaft nötigt im Rahmen von Individualisierung und Globalisierung unter dem Zwang von Selbstbehauptung in verschärftem Wettbewerb alle zu lebenslangem Lernen. Und d.h., neben eine solide Basis von Erstausbildung muss ständige lebensbegleitende Weiterentwicklung treten. Damit steigt für alle die Bedeutung von Vermittlungs- und Aneignungsprozessen, von Orientierungs- und Veränderungskompetenz. Zugleich wandeln sich z.B. an Universitäten die ehemals (hinsichtlich Alter, Lebenssituationen, Lernvoraussetzungen, Zeitbudget usw.) relativ homogenen Lerngruppen zu zunehmend heterogenen, was rechtlich (etwa im Hinblick auf die Zugangsberechtigungen), organisatorisch wie didaktisch-methodisch zu vielfältigen neuen Herausforderungen führt.

Nun kommen im Zuge der Informationsgesellschaft zahlreiche neue Bildungsinstitutionen auf den Markt, und in nationalen Gremien,³ im

² Europäische Union, Lehren und Lernen. Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft. Bedingungen Lebensbegleitenden Lernens, 1996. <http://www.iid.de/schule/studien/w-buch.html>, S.7.

³ Z.B. arbeitet eine Gutachtergruppe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zu Möglichkeiten der Akkreditierung von erbrachten Bildungsleistungen auf individuellen „Bildungskonten“, deren Stand zu Berechtigungen führen würde, die heute formale Bildungsgänge vergeben. Vgl. G.-A. Eckerle, Rezension zum Weißbuch der Europäischen Union in: *Pädagogisches Handeln*, 2/1997, S. 109-112, hier S. 109.

Weißbuch der EU (wie anderenorts bereits praktiziert, u.a. in Südafrika⁴) wird darüber nachgedacht, auch außerhalb formaler Bildungssysteme erworbene Abschlüsse anzuerkennen bzw. auch "Teilkompetenzen auf der Grundlage eines zuverlässigen Systems zu akkreditieren".⁵ Insofern dürfte die Anpassung der formalen Bildungssysteme an die neuen Herausforderungen im ureigensten Interesse der Hochschulen liegen: Denn auch wenn das von der EU vorgeschlagene freiwillige Akkreditierungssystem zunächst nur eine Ergänzung formaler Bildungsabschlüsse darstellen soll, bringt die geplante europaweite Möglichkeit der Akkreditierung von informell erworbenen Kenntnissen, Kompetenzen und Qualifikationen die bereits heute im Wettbewerb miteinander stehenden Institutionen des formalen Bildungssystems unter weit stärkeren Konkurrenzdruck. Staatliche Hochschulen, auch Universitäten verlieren ihre Monopolstellung. Sie müssen sich deshalb nicht nur ihrer AbsolventInnen wegen, sondern auch aus Selbsterhaltungsinteressen den neuen Anforderungen stellen.

D.h. auch Universitäten stehen unter erheblichem Veränderungsdruck. Sie haben ihre über jahrhundertealte fraglose Führungsrolle verloren und müssen sich als Bildungsanbieter in Konkurrenz mit vielen anderen auf dem breiter und flexibler gewordenen globalen Bildungsmarkt behaupten. Wollen sie ihre intellektuelle Führungsrolle verteidigen bzw. zurückgewinnen, müssen sie in Reaktion auf die gewandelten Herausforderungen der Bildungslandschaft das eigene Selbstverständnis wie die daraus resultierenden Strukturen und Handlungsgewohnheiten überprüfen und neu zu definieren. Andernfalls werden sie – national wie international – abgehängt.⁶ „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“

⁴ Vgl. A. David Adey/Michael Andrew, Neue Entwicklungstrends im Südafrikanischen Bildungswesen. Ein Überblick. In: *Pädagogisches Handeln* 2/1997, S. 17-24: „Der Erwerb einer Qualifikation wird nicht mehr länger davon abhängen, dass ein Lernender einen bestimmten Bildungsgang abschließt, entsprechend dem traditionellen Verständnis, sondern dass er/sie ‚Credits‘ erwirbt. Und zwar durch Vollzeit-, Teilzeit- oder Fernstudium, ferner durch ein auf der beruflichen Arbeit aufbauendes Lernen oder eine Kombination dieser hier genannten Möglichkeiten, einschließlich der Anrechnung früherer Lernbemühungen und Erfahrungen“ (S. 23f.).

⁵ Ebd. S. 25: „Ganz gleich, ob Wissen und Kompetenzen nun im Rahmen eines formalen Bildungssystems oder auf informellem Weg erworben werden, der einzelne muss in seinem Vorhaben unterstützt werden“. Gudrun-Anne Eckerle dazu: „Das Akkreditierungssystem ist eine konsequente Schlussfolgerung aus der Forderung nach lebensbegleitendem Lernen. Der Erwerb von Berechtigungen muss der biografischen Ausweitung des Lernens folgen“. Ebd. S. 112.

⁶ In anderen westeuropäischen Ländern wie z.B. Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Schweden werden seit Jahren umfassende und z.T. verpflichtende hochschuldidaktische

Erster Schritt zur Neudefinition der eigenen Rolle angesichts der gewandelten Gesellschaft und ihrer Herausforderungen ist die Kommunikation der bisherigen Selbstverständlichkeiten und die Auseinandersetzung mit Neuansätzen. Zu beidem will der im LIT-Verlag frisch erschienene Band I der Reihe *Forum Hochschuldidaktik* am Beispiel der Universität Rostock anregen. Sein Titel: „Rostock – Wege entstehen beim Gehen“. Die Bildungslandschaft wird als Raum gesehen, der in Form seiner institutionalisierten Bildungswege, Prüfungsordnungen usw. wie auch eingeschliffener Denk- und Verhaltensmuster und Medien des Lehrens und Lernens einerseits bereits von z.T. jahrhundertealten bewährten Straßen durchzogen ist, andererseits auf Grund der z.T. radikal veränderten Topographie und Dynamik offensichtlich auch neuer Strukturen, Zugänge und Verarbeitungswege bedarf: „Trampelpfade“ in bisher unerschlossenem Gelände werden beschrieben und zur Diskussion gestellt. Der Band versteht sich als Momentaufnahme aus begrenzter Perspektive: Zwar wurde versucht, aus verschiedenen Fakultäten/Bereichen AutorInnen zu gewinnen, aber nicht alle mit Neuaufbrüchen in der Lehre befassten Personen an der Universität Rostock gelangten der Herausgeberin rechtzeitig zur Kenntnis bzw. fanden die Zeit, ein Manuskript zu erstellen.

Was den Leser/die Leserin in diesem Band erwartet? Eingangs wird unter „Wege entstehen beim Gehen“ aus genetischer wie systematischer Perspektive das im Laufen entwickelte Konzept und die bisherige Wegstrecke der Rostocker Initiative „Tage der Lehre“ und ihrer Implikationen beschrieben: Ein hochschuldidaktischer Verbund-Ansatz, der bei hochschulübergreifender Abstimmung von Bedarfen und Ressourcen und sparsamster Mittelbewirtschaftung für die Hochschulen des Landes wie für regionale Partner aus Wirtschaft, Verwaltung, Bildungs- und Sozialeinrichtungen seit fünf Jahren Angebote zur vielfältigen Kompetenzerweiterung bereitstellt. Neben Kursangeboten zur didaktischen Qualifikation stehen vielfältige Angebote zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen. Neben der Beschreibung der Chancen und Stolpersteine des einer ,rol-

Weiterbildungsaktivitäten aufgelegt. Die Novellierung des HRG schreibt die Verpflichtung zur Evaluation der Lehre, die Prüfung der pädagogischen Eignung in Berufungsverfahren und nicht zuletzt die Berücksichtigung von Lehrleistungen bei der leistungsorientierten Mittelvergabe vor. Angesichts insgesamt rückgehender Studentenzahlen haben nationale und internationale Rankings mit ihrer hohen Bewertung der Qualität der Lehre u.U. auch materiell erhebliche Auswirkungen auf Hochschulen.

ling-reform' verpflichteten Konzeptes steht die detaillierte Analyse der mehrjährigen Erprobung des Kooperationsmodells.

Unter der Rubrik „Wegweisungen. Anreizsysteme und ihre Wirkungen“ wird der seit mehreren Jahren von der Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock ausgelobte Preis für Lehre vorgestellt. Sämtliche Preisträger der letzten Jahre sind mit einem eigenen Beitrag im Band enthalten. – Unter der Überschrift „In die Lehre investieren – lohnt denn das?“ geht es anhand einer universitätsinternen Befragung vom SS 2000 um Anreizsysteme zum Optimieren der Qualität von Lehre an den Beispielen Lehrveranstaltungskritik und Überprüfen der Lehrkompetenz in Berufungs- und Qualifikationsverfahren.

Im Kapitel „Von Umwegen – Abkürzungen – Sackgassen“ setzen sich mehrere AutorInnen kritisch-konstruktiv mit traditionellen Lernwegen sowie ihrer möglichen (z.T. auch technologisch vermittelten) Optimierung auseinander, und im Kapitel „Begegnungen und gemeinsame Wegstrecken“ finden sich Berichte zu interdisziplinären Veranstaltungen.

Die weitaus meisten Beiträge finden sich im letzten Kapitel „Simulations- oder Survivaltraining und Reisegepäck. Integrative Ausbildung“. Hier werden aus verschiedenen Fakultäten/Bereichen Lehrveranstaltungen vorgestellt, in denen in je spezifischer Weise Forschung und Lehre und/oder Theorie und Berufspraxis und/oder Theorievermittlung und persönlichkeitsentwickelndes Lernen miteinander verknüpft sind. Vielfältige selbstmotivierte und -tätige Kompetenzentwicklung in Herausforderungssituationen ist angestrebt. Während einige Beiträge neue Lernkonzepte bzw. Projekte nur skizzieren, gewähren andere ausschnitthaft einen Blick in die Lernwerkstatt.

Die LeserInnen des Bandes wird möglicherweise überraschen, wie viele Ähnlichkeiten sowohl der Problemstellungen wie der möglichen Lösungswege es trotz der unterschiedlichen Fachkulturen quer durch die Bereiche gibt – und d.h. wie viel wir wechselseitig von den schmerzlichen und den positiven Lehr- und Lernerfahrungen anderer Fachbereiche profitieren könn(t)en, wenn wir sie denn miteinander kommunizier(t)en. Dem Ziel, eine solche Kommunikation zu fördern, dient die Reihe *Forum Hochschuldidaktik*: Mut zu machen und Anregungen zu geben für die noch zu bahnenden fachspezifischen Trampelpfade, fach- und hochschulübergreifende Netzwerke der Kommunikation und Kooperation bezüglich des Lehrens und Lernens zu fördern und durch den Austausch zu experimentellen Lernwegen in den verschiedensten Fachkulturen erfah-

runngesättigte (und d.h. gelände- und personenerprobte) Anregungen für den künftigen (institutionellen) „Wegebau“ in der Gegenwartskultur zur Verfügung zu stellen.

Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Effizienzsteigerung durch Umstrukturierung

Dieter Dohmen
Köln

Das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) hat in den vergangenen eineinhalb Jahren mehrere Gutachten im Auftrag des Bildungsministeriums Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin durchgeführt: Am Anfang stand die Studierendenprognose bis

2020 (Dohmen 1999); diese wurde durch eine Abschätzung des zukünftigen Finanzbedarfs der Hochschulen (Dohmen 2000a) ergänzt. Abschließend wurden die Effizienzpotentiale im Hochschulsystem des Landes und an den einzelnen Hochschulen untersucht (Dohmen 2000b).

Den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern könnte eine erhebliche Veränderung bevorstehen, wenn sich die vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie prognostizierte Entwicklung der Studierendenzahlen bewahrheitet. Auf jeden Fall allerdings sollte die Studentenprognose – unabhängig von der letztlichen Treffgenauigkeit – in jedem Fall zum Anlaß für die Diskussion über die weitere Entwicklung des Hochschulsystems und der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern genommen werden. Die *Rahmenbedingungen* dieser weiteren Entwicklung des Hochschulsystems in Mecklenburg-Vorpommern stellen sich wie folgt dar:

- a) Die Zahl der Studierenden dürfte bis 2010 im wesentlichen konstant auf dem heutigen Niveau von ca. 25.000 bleiben und anschließend um 30 bis 50% auf 11.000 bis 17.000 Studierende absinken.¹
- b) Das heutige System, insbesondere an den Universitäten in Rostock und Greifswald, ist gekennzeichnet durch eine hohe Zahl an Fach-

¹ Ein deutlicher Rückgang der Studierendenzahlen wird auch von den Kritikern der Studentenprognose wie Klüter (2000) und Matschke (2000a, b) nicht bestritten; streitig ist allenfalls die Größenordnung des Rückgangs.

richtungs- und Hochschulwechslern sowie 'echten' Studienabbrechern auf der einen Seite und teilweise sehr geringen Absolventenzahlen bzw. -quoten auf der anderen. Diese geringen Absolventenquoten von 40% an den Fachhochschulen² und 46% an den Universitäten werden in den kommenden Jahren kaum ausreichen, um den Bedarf an Akademikern abzudecken, der durch ausscheidende ältere Arbeitnehmer frei wird.

- c) Nach den Ergebnissen der Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleiche (AKL) (HIS, 2000a, 2000b; Leszczensky u.a. 2000) sind die vorhandenen Studienplatzkapazitäten vor allem an den Universitäten häufig zu weniger als 50% ausgelastet, teilweise gar zu weniger als 20%. Besonders betroffen hiervon sind die doppelt angebotenen Studienfächer in den Geistes- und Naturwissenschaften.

Diese Unterauslastung führt zu vergleichsweise hohen Kosten je Studierenden (in der Regelstudienzeit)³ und zu einem hohen Anteil an ungenutzten Kapazitäten. Geringe Absolventenzahlen führen gleichermaßen zu hohen Kosten je Absolvent, die in einigen Fachbereichen erheblich über den Beiträgen vergleichbarer Einheiten liegen. Auch die Einwerbung von Drittmitteln liegt in den meisten Bereichen deutlich unter den Werten vergleichbarer Einheiten.

Dies bedeutet in der Zusammenfassung, daß die Hochschulen des Landes nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen ein erhebliches Effizienzproblem haben. Allerdings muß einschränkend darauf hingewiesen werden, daß sich der AKL überwiegend auf das Jahr 1998, teilweise 1997 bezieht, d.h., daß die Ergebnisse noch stark von der bundesdeutschen Vereinigung und den daraus resultierenden Veränderungen beeinflusst sein können. Sollten diese Ergebnisse jedoch bei der anstehenden Neuauflage des AKL bestätigt werden, dann besteht meines Erachtens ein unmittelbarer Handlungsbedarf. Mit Blick auf die sinkenden Studierendenzahlen besteht un-

² Diese unterdurchschnittlichen Absolventenquoten an den Fachhochschulen dürften zumindest teilweise auf die Aufbausituation zurückzuführen sein.

³ Es ist darauf hinzuweisen, daß die Ausgabendifferenzen sehr unterschiedlich sind, je nachdem, welches Ausgabenkonzept man zugrunde legt. Die deutlich niedrigeren Ausgaben je Studierenden in den alten Bundesländern werden vor allen Dingen durch die geringeren Investitionsausgaben und die erheblich höhere Auslastung beeinflusst. Dies zeigt sich, wenn man die Ausgaben je Studierenden mit den Ausgaben je Studienplatz vergleicht. Bei dieser Kennziffer sind die Ausgabendifferenzen wesentlich geringer als bei den Ausgaben je Studierenden. Allerdings weisen auch die 'Ausgaben je Studienplatz' methodische Probleme auf, so daß sie nicht unmittelbar vergleichbar sind (Dohmen 2000b).

abhängig davon in jedem Fall ein mittelfristiger Handlungsbedarf, da für die Zeit ab 2010 in einer Reihe von Fächergruppen von erheblichen Überkapazitäten auszugehen ist. Dies bedeutet zumindest, daß effizienzsteigernde Umstrukturierungen ohne negative Qualitätseffekte möglich sind und vorgenommen werden sollten.

1. Konzentration doppelt angebotener Studiengänge an einer Universität

Es wurde bereits kurz darauf hingewiesen, daß an beiden Universitäten einige Lehreinheiten kaum ausgelastet sind. Mit Blick auf mögliche Effizienzsteigerungen sind diese Fächer natürlich von Bedeutung. Hierbei werden Überlegungen anzustellen sein, wie die Auslastung erhöht werden kann. Zu entsprechenden Maßnahmen zählen etwa die besondere Profilbildung oder eine Ausweitung des Studienfachangebotes etc. In einigen Fällen, in denen die Auslastung extrem niedrig ist und dieser Zustand anhält bzw. Verbesserungen nicht absehbar sind, wird allerdings zu überlegen sein, ob dieser Fachbereich oder diese Lehreinheit im Landesinteresse aufrechterhalten werden sollte. Noch deutlicher stellt sich die Frage nach der Schließung von Einheiten, wenn diese an beiden Universitäten nur in geringem Umfang ausgelastet sind.⁴

Zu solchen Studiengängen zählten 1998 z.B. die Mathematik, die an beiden Standorten zu weniger als 50% ausgelastet war, oder die Physik, deren Diplom-Studiengang in Greifswald mit nicht einmal 10% und in Rostock mit knapp 20% ausgelastet war. Auch in der Chemie bzw. Biochemie könnte sich eine Zusammenlegung an einem Standort anbieten, da die Biochemie 1998 in Greifswald zu gerade 5% belegt war, was sich mittlerweile allerdings erheblich geändert hat, und die Chemie (Diplom) in Rostock nur zu knapp 20% ausgelastet war.

Der Magister-Studiengang Politikwissenschaften ist in Greifswald zu 60% und in Rostock zu 54% ausgelastet, so daß sich bezogen auf die Zahl der Studienplätze insgesamt nicht einmal eine Vollauslastung an einem Standort Rostock ergeben würde. Eine Zusammenfassung wäre daher vorteilhaft und könnte Synergieeffekte schaffen. Das Kostensenkungspro-

⁴ Ich gehe im folgenden nur auf die besonders auffälligen Fächer ein. Unterkapazitäten gibt es darüber hinaus auch in anderen Studiengängen (Dohmen 2000b), allerdings sind sie bei weitem nicht so gravierend.

tential durch eine entsprechende Maßnahme wäre zwar gering, allerdings dürfte die Zusammenfassung die Ausbildungsqualität bzw. -breite erhöhen und erscheint auch aus diesem Grund vorteilhaft.

Die Erziehungswissenschaften werden als Magisterfach an beiden Universitäten angeboten, wobei sich aufgrund der 40prozentigen Auslastung in Greifswald die Frage stellt, warum dieser Studiengang zusätzlich in Rostock aufgebaut wurde. Allerdings übersteigt die Nachfrage bereits in der Aufbauphase das Angebot um 75%. Auch der ebenfalls im Aufbau befindliche Diplomstudiengang verzeichnet eine Überauslastung von 17%.

Neben diesen beiden eigenständigen Studiengängen gibt es die Pädagogik noch in verschiedenen Formen als Begleitstudium zum Lehramt. Sofern die Lehramtsausbildung an beiden Universitäten bestehen bleiben sollte – Vor- und Nachteile dieser Dopplung können letztlich nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes beurteilt werden⁵ –, müßte auch ein Teil der Pädagogik an beiden Universitäten bleiben. Geht man allerdings von einem sinkenden Bedarf an Lehrkräften aus, dann muß in der Folge auch der Umfang der entsprechenden Kapazitäten verringert werden. Insoweit scheint sich eine Konzentration an einem Standort anzubieten (siehe auch Mittelstraß 2000).

Etwas überraschend ist auch das Doppelangebot im Fach Sport, das in Greifswald eine Auslastung von 40% für Magister und Lehramt an Realschulen bzw. zwei Drittel für Lehramt an Gymnasien hat. In Rostock sind die Kapazitäten bei den Lehrämtern voll ausgelastet, während die Auslastung beim Magister-Studiengang bei knapp zwei Drittel liegt. Dies bedeutet, daß bei einer Konzentration die Magisterkapazitäten insgesamt voll ausgelastet wären, während es im Bereich der Lehrämter teilweise zu Überlast käme.

Nicht ausgelastet sind auch die Kapazitäten in Geschichte und zwar weder im Magister- noch im Lehramtsbereich, so daß auch hier eine Zusammenfassung an einem Standort zu einer höheren Kapazitätsauslastung und damit zu Effizienzsteigerungen führen würde.

⁵ Unter Kostenüberlegungen lautet die Frage, ob es günstiger ist, Pädagogik als Begleitfach an beiden Hochschulen anzubieten oder die jeweiligen fachspezifischen Einheiten doppelt zu haben. Dies läßt sich jedoch nur im Gesamtkontext beurteilen, da die Gesamtzahl der jeweiligen Lehrstühle bzw. Mitarbeiter von zentraler Bedeutung ist.

Die Anglistik bzw. Anglistik/Amerikanistik würde im Prinzip einen Standort auslasten, da die Kapazität in Greifswald zu knapp 20% genutzt wird und der nur gut halb so große Fachbereich in Rostock zu 70%.

Erhebliche Synergieeffekte würden sich auch bei Deutsch bzw. Germanistik ergeben, da die Kapazitäten in Greifswald nur zu gut einem Drittel (Magister) bzw. 50% (Lehramt) genutzt werden, während sie in Rostock fast vollständig ausgelastet sind. Allerdings würden möglicherweise an dem verbleibenden Standort in geringem Umfang zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden müssen, so daß nicht die gesamten Ausgaben einer Lehreinheit eingespart werden könnten.

Die Kapazitäten in den romanischen Sprachen sind vor allem in Rostock konzentriert und werden dort insgesamt etwa zur Hälfte und in Greifswald zu einem Drittel genutzt. Entsprechend sollten die romanistischen Angebote vollständig an einem Standort konzentriert werden.

Gering ist auch die Nachfrage nach mittel- und osteuropäischen Sprachen und Studiengängen mit jeweils rund 15% an beiden Standorten, so daß eine Zusammenfassung dringend angeraten erscheint.

Die Philosophie wird an beiden Standorten gut nachgefragt, so daß unter diesem Gesichtspunkt keine Zusammenlegung erforderlich ist. Ob eine solche Maßnahme davon unabhängig zu Synergieeffekten oder Verbesserungen des Studienangebotes führen könnte, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden.

Die Kapazitätsauslastung in der evangelischen Theologie liegt in Greifswald bei 24% und in Rostock bei 34%. Daß dies zu sehr hohen Ausbildungskosten je Studierenden führt, ist evident (HIS 2000a). Im Umkehrschluß bedeutet dies sehr hohe Vorhaltekosten für nicht nachgefragte Studienplätze, wobei sich die Nachfrage im Zuge wahrscheinlich deutlich absinkender Studierendenzahlen noch erheblich verringern dürfte. Dies ist mit Blick auf die effiziente Verwendung knapper Finanzmittel und auf die ökonomische Entwicklung des Landes nicht vertretbar.⁶

Aber selbst wenn die Landesregierung bzw. das Bildungsministerium die Auffassung vertreten sollte, daß die Schließung mindestens einer

⁶ Um hier pauschalen Gegenargumenten entgegenzutreten: Es wird von unserer Seite nicht bestritten, sondern unterstützt, daß Bildung und Ausbildung an Hochschulen sich nicht nur nach ökonomischen Kriterien richten kann und soll. Allerdings sollte man auch berücksichtigen, daß bei knappen Kassen die ökonomische Bedeutung im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Vorrang haben sollte vor kulturellen und sonstigen Aspekten.

theologischen Fakultät hinsichtlich der Kirchenverträge nicht möglich ist bzw. zu nicht vertretbaren Verwerfungen mit einer der beiden Landeskirchen führen könnte, muß die Frage gestellt werden, ob dieses Angebot nicht kostengünstiger erstellt werden kann, z.B. durch die stärkere Nutzung von Lehraufträgen. Allerdings ist dabei auch der Hinweis von Mittelstraß (2000) zu berücksichtigen, daß es besser sei, einen Fachbereich zu schließen, als ihn unter ein vertretbares Maß hinaus auszudünnen.

Stellt man die Angebotsstruktur der beiden Universitäten zusammenfassend dar, dann zeigt sich, daß das Angebot in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Mathematik und Naturwissenschaften fast deckungsgleich ist.

Geht man davon aus, daß der Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften weiterhin einen hohen Bedarf an Akademikern hat und die Nachfrage nach Studienplätzen ungefähr auf dem derzeitigen Niveau bleibt, dann spricht einiges dafür, diesen Bereich an beiden Universitäten aufrecht zu erhalten.

Somit blieben noch die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Mathematik und Naturwissenschaften für eine komplementäre Ausrichtung zwischen den beiden Universitäten. Mittelstraß (2000) hat eine Schwerpunktsetzung in den Geisteswissenschaften einschließlich der Lehrerbildung in Greifswald vorgeschlagen. Die wesentlichen inhaltlichen Unterschiede zu Rostock sind die Baltistik, die jedoch nur geringfügig ausgelastet ist, und die vollausgelastete Psychologie. In Rostock ist der fast doppelt ausgelastete Studiengang Sonder- und Heilpädagogik ein Unikat, wobei es den Bereich Erziehungswissenschaften oder Pädagogik auch in Greifswald gibt.

Etwas größer sind die Unterschiede im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften, in denen die Geologie und die Geographie, die Pharmazie und die Biochemie in Greifswald Unikate im Lande sind. Würde man sich für Greifswald hinsichtlich der Sprach- und Kulturwissenschaften und der Lehrerbildung entscheiden, dann sollte auch ein Teil der Mathematik und Naturwissenschaften dort verbleiben, um die fachspezifische Lehramtsausbildung zu ermöglichen. Für einen Verbleib der Lehramtsausbildung in Greifswald würde auch die Geographie sprechen, da sie nur dort angeboten wird. Ein Unikat ist auch die Agrarökologie in Rostock.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen scheint es durchaus gute Argumente für den Vorschlag von Mittelstraß (2000) zu geben, die

Sprach- und Kulturwissenschaften einschließlich der Lehrerausbildung in Greifswald zu konzentrieren. Dieses bedeutet zugleich, daß ein Teil der Mathematik und der Naturwissenschaften auch dort verbleiben muß, vor allem die Fächer, die es sonst im Land nicht gibt. Dies gilt außerdem auch für die 'Life Sciences' und deren Einzelgebiete wie z.B. die Biochemie.

In Rostock würde dann noch die Physik, abgesehen von den lehramtsrelevanten Teilen in Greifswald, neben der Mathematik und der Informatik verbleiben, die z.B. für die Techno- oder Wirtschaftsmathematik von Bedeutung sind. Dies bedeutet jedoch, daß Teile der naturwissenschaftlichen Fächer an beiden Universitäten soweit erhalten bleiben würden, wie sie für andere Fächer von Bedeutung sind bzw. eine eigenständige Relevanz haben. Ferner würde auch die Agrarökologie in Rostock verbleiben.

Ein erhebliches Kostensenkungspotential ergäbe sich, wenn ein Medizinstandort geschlossen würde.⁷ Mecklenburg-Vorpommern bildet – relativ gesehen – doppelt so viele Medizinstudierende aus wie die anderen Bundesländer, obwohl hierfür im Land kein unmittelbarer Bedarf vorhanden ist. Dies scheint angesichts der begrenzten Haushaltsmittel nicht vertretbar.

Angesichts der Zusage der Landesregierung, daß beide Standorte aufrechterhalten bleiben, sind Strategien zu diskutieren, die dies gewährleisten, aber gleichzeitig eine erhebliche Reduktion der Studienkapazitäten ermöglichen. Ein Ansatz hierfür wäre etwa die teilweise Integration der Pflegewissenschaften, die heute auch bereits an der Fachhochschule Neubrandenburg angeboten werden, in die medizinische Fakultät, z.B. in Greifswald. Hierbei geht es ausschließlich um eine Ergänzung zu Neubrandenburg auf universitärem Niveau und nicht um eine neue Konkurrenzsituation.

Gleichzeitig oder alternativ könnte die auf 'High-tech'–Medizin ausgerichtete Fakultät in Rostock zu einem Forschungs- und Entwicklungszentrum um- oder ausgebaut werden, bei zugleich deutlichem Abbau der Studienkapazitäten. Es wäre parallel zu prüfen, inwieweit sich durch die Schwerpunktsetzung auf 'Community Medicine' bzw. 'High-tech'–Medizin besonders günstige Rahmenbedingungen für eine verstärkte Ausrichtung

⁷ Die vollständige Schließung einer der beiden Kliniken würde zu Einsparungen von rund 70 Mio. DM führen; jedoch wird ein solcher Schritt vom Bildungsministerium aus übergeordneten Gründen grundsätzlich ausgeschlossen.

auf den Weiterbildungsbereich anstelle des originären Hochschulbereichs anbieten.

2. Auslastung der Kapazitäten an den Fachhochschulen

Die Auslastung an den Fachhochschulen ist insgesamt wesentlich besser als die der Universitäten. Auch besteht kein unmittelbar zwingend erscheinender Handlungsbedarf, weil die Kapazitäten an mehreren Standorten nur zu einem geringen Teil nachgefragt werden, wie dies in einigen Fällen an den Universitäten der Fall ist.

Lediglich die Ingenieurwissenschaften bleiben zu einem erheblichen Teil ungenutzt, was zum Teil durch eine bundesweit geringe Nachfrage erklärt werden kann. Sollte diese Nachfrage, wie bereits festzustellen, wieder ansteigen, dann wird zu prüfen sein, inwieweit davon auch die Standorte in Mecklenburg-Vorpommern profitieren.

Zu überlegen wäre allenfalls, inwieweit der Erhalt der Ingenieurwissenschaften an der Fachhochschule Neubrandenburg sinnvoll ist und in das Profil der Hochschule paßt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Bereich Vermessungswesen eine Einzelstellung im Lande hat.

Bei den Fachhochschulen scheinen sich strukturelle Ansätze eher in Verbindung mit einer 'größeren Lösung' in Form von Verbundhochschulen oder hochschulübergreifenden Kooperationen anzubieten.

3. Zusammenfassung von Universitäten und Fachhochschulen zu Verbundhochschulen

Neben den im vorangegangenen Abschnitt vorgestellten Überlegungen, die im wesentlichen auf der Basis der derzeitigen Untergliederung in Universitäten und Fachhochschulen ansetzen, wäre auch ein wesentlich weitergehender struktureller Schnitt möglich, indem die fünf Hochschulen zu zwei Verbundhochschulen zusammengefaßt würden oder regional kooperieren. Hierbei gibt es einerseits die Möglichkeit, daß alle fünf Hochschulen formal eigenständig sind und lediglich das Studienangebot koordiniert wird, und andererseits die Option, sie zu zwei ortsübergreifenden Einheiten auch formal zusammenzufassen. Die zweite Überlegung erscheint konsequenter, dürfte jedoch mit erheblich größeren Problemen in der Umsetzung verbunden sein, da von vielen Seiten zwischen beiden Hochschularten immer noch Statusunterschiede gesehen bzw. eingefordert

werden. Geht man von der Annahme aus, daß das Lehrangebot zwischen beiden Hochschularten bereits heute in einigen Bereichen nicht mehr trennscharf ist und einige Studiengänge, wie z.B. das Lehramt- oder Jura-studium, von ihrer Ausrichtung her besser an den praxisorientierteren Fachhochschulen aufgehoben wären, und sich der Unterschied zwischen den beiden Hochschularten mittelfristig nivellieren wird, dann wäre eine Zusammenfassung der Universitäten und Fachhochschulen zu Verbundhochschulen konsequent.

Aus regionalen bzw. geographischen Überlegungen heraus bietet sich die Zusammenfassung der Fachhochschule Wismar und der Universität Rostock zur Verbundhochschule West und die Zusammenfassung der Fachhochschulen Stralsund und Neubrandenburg mit der Universität Greifswald zur Verbundhochschule Ost an.

Worin wäre der große Vorteil einer solchen Zusammenlegung bzw. Zusammenfassung zu sehen?

Geht man von den Überlegungen im vorangegangenen Abschnitt aus, dann liegt insbesondere bei den Universitäten eine Schwerpunkt- bzw. weitgehende Komplementärstruktur nahe. Sie würde bedeuten, daß es – abgesehen von einigen wenigen Fächergruppen oder Studiengängen – keine Doppelangebote an beiden Hochschulen mehr geben würde, sondern die Studiengänge und Fächergruppen entweder an der einen oder an der anderen Universität angeboten würden.

In den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften gibt es weitgehende Überschneidungen zwischen den beiden Universitäten. Hier würde man unabhängig von der Bildung von zwei Hochschulregionen bzw. Verbundhochschulen in jedem Fall strukturelle Veränderungen vornehmen müssen.

Geht man einen Schritt weiter als im vorangegangenen Kapitel und diskutiert Hochschulregionen unter grundsätzlicher Einbeziehung der eingangs dieses Artikels angedachten strukturellen Überlegungen, dann könnte man mit den beiden Hochschulen in Rostock und Wismar einen technisch-wirtschaftlichen Schwerpunkt aufbauen, während die Hochschulen im östlichen Landesteil einen geistes- und sozialwissenschaftlichen Schwerpunkt hätten. Es wäre dann noch zu diskutieren, in welchem Umfang man dort die Ingenieurwissenschaften weiterhin aufrechterhält. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Vermessungswesen in Neubrandenburg ein Unikat ist, während die anderen Studiengänge auch

in Wismar angeboten werden und bei einer entsprechenden Schwerpunktsetzung der Verbundhochschule West auch dort erhalten bleiben würden. Mit Blick auf die recht ordentliche Auslastung ließe sich der Erhalt eines kleineren ingenieurwissenschaftlichen Bereichs in der Verbundhochschule Ost durchaus rechtfertigen.

Die bereits oben diskutierte Schwerpunktsetzung ließe sich bei der Zusammenfassung zu Verbundhochschulen noch konsequenter umsetzen und könnte zu weiteren Synergieeffekten führen. So könnte die Verbundhochschule West einen technisch-wirtschaftlichen Schwerpunkt haben, wobei das Studienangebot insbesondere in den Ingenieurwissenschaften gut aufeinander abgestimmt werden könnte. So könnte z.B. ein gemeinsames Basisstudienangebot (Bachelor?) mit ggf. komplementären Schwerpunkten oder Wahlpflichtfächern und ein anschließendes Aufbaustudium (Master?) angedacht werden, das durchlässig und durchstrukturiert ist und dabei die Stärken beider Hochschulen nutzt. Dieses Schwerpunktangebot würde ergänzt durch die Agrarökologie und ggf. originäre Agrarwissenschaft sowie evtl. einen neuen ingenieurwissenschaftlichen Studiengang Agrartechnik oder Landmaschinenbau. Hinzu kämen noch einige Teile der Mathematik und Naturwissenschaften sowie die Medizintechnik.

In der Verbundhochschule Ost würden die Sprach- und Kulturwissenschaft, die gesamte Lehrerbildung einschließlich der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer, die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die Pflegewissenschaften und Medizin sowie die 'grünen' Fächer und sozialen Berufe angeboten.

Unabhängig davon, ob derart weitreichende Umstrukturierungen wirklich diskutiert und umgesetzt werden, erscheinen neue Strukturen in Organisation und Finanzierung der Hochschulen angebracht.

4. Autonomie und Finanzierung der Hochschulen und Erwirtschaftung zusätzlicher Einnahmen

4.1. Autonomie der Hochschulen

Die Forderung nach einer stärkeren Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen ist immer wieder erhoben worden und m.E. ein Gebot der Stunde. Die bisherige staatliche Detailsteuerung hat sich als ineffektiv und letztlich schädlich für das deutsche Hochschulsystem erwiesen. Die zuständi-

gen Stellen bzw. Personen in den Hochschulen sind wesentlich näher am Geschehen, als dies die Mitarbeiter in den Ministerien sein können. Allerdings müssen die Rektoren und Kanzler der Hochschulen in ihren Kompetenzen und Zuständigkeiten auch wesentlich gestärkt werden. Sie sollten in diesem Zusammenhang sowohl die Dienstaufsicht als auch die Verantwortung für die Hochschulhaushalte übernehmen. Dies kann allerdings auch nur dann erreicht werden, wenn nicht mehr der vor allem in Rechtskategorien denkende Jurist das Sagen hat, sondern jemand, der *auch* in unternehmerischen Kategorien denken und handeln kann und Managementfähigkeiten hat. Er oder sie muß jedoch zugleich die rechtlichen Rahmenbedingungen bekommen, um seine Vorstellungen auch um- und ggf. durchsetzen zu können. 'Bockige' oder unwillige Professoren sollten nicht länger in der Lage sein, Veränderungsprozesse mit fadenscheinigen Argumenten blockieren zu können, was nicht heißt, daß um Ideen, Konzepte und Strategien nicht auch heftig gestritten und diskutiert werden kann. Vor diesem Hintergrund könnte es durchaus vorteilhaft sein – wenn auch nicht zwingend –, wenn der Rektor oder Präsident einer Hochschule nicht aus der Mitte ihrer Professoren gewählt werden muß. Die Sach-, Fach- und Wissenschaftskunde sowie die Fähigkeiten einer Person sollte für diese Aufgabe von wesentlicher Bedeutung sein und nicht der Status, wie dies bisher (noch) der Fall ist.

Dies heißt im übrigen nicht, daß die Ministerien überflüssig werden, sie sollten sich jedoch auf ihre Kernaufgabe Rahmensteuerung statt Detailsteuerung konzentrieren. Gleichermaßen könnten sie eine koordinative und moderierende Rolle bekommen.

4.2. *Hochschulfinanzierung durch Bildungsgutscheine*

Als wesentliche Probleme der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern wurden die in vielen Fächern geringe Auslastung und die fast durchgängig sehr geringen Absolventenzahlen und -quoten ausgemacht. Es stellt sich die Frage, ob es ein Finanzierungssystem gibt, das geeignet ist, diesem Problem zu begegnen, und wie man es gestalten müßte.

Ein wesentlicher Nachteil der häufig diskutierten Pro-Kopf-Finanzierung ist seine Undifferenziertheit im Hinblick auf die tatsächlich von den Studierenden nachgefragten Veranstaltungen. Das heißt, es wird so getan, als würden alle eingeschriebenen Studierenden mehr oder weniger Vollzeit studieren, auch wenn von ihnen nur 30, 50 oder 75% der vorge-

sehenen Veranstaltungen besucht werden. Dies kann zwar pauschalisiert bei der Bemessung berücksichtigt werden, nicht jedoch individuell. Eine solche pauschale Festsetzung der Pro-Kopf- oder Kennziffernzuweisung verhindert somit nicht die Über- oder Unterauslastung gemessen an den tatsächlich nachgefragten Lehrleistungen.

Wesentlich besser kann die tatsächliche Auslastung einer Hochschule oder eines Fachbereichs auf der Grundlage von Bildungsgutscheinen finanziert werden.

Ein Bildungsgutschein ist ein Coupon mit einem bestimmten Geld- oder Zeitwert, z.B. für die insgesamt im Rahmen eines Studiums nachzufragenden Veranstaltungen. Die Studierenden erhalten den Gutschein vom Staat, hier etwa dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der sie berechtigt, an einer Hochschule des Landes zu studieren.⁸ Schreiben sie sich nun an einer Hochschule für einen Studiengang oder eine Veranstaltung ein, dann übergeben sie den Gutschein an die Hochschule oder den Fachbereich. Diese bzw. dieser wiederum erhält für den Gutschein den entsprechenden finanziellen Gegenwert vom Land.

Ein wesentlicher Vorteil wäre, daß die Hochschulen nunmehr ein konkretes Interesse an ihren Studierenden haben. Jeder Studierende, der eine Veranstaltung nachfragt, ist bares Geld wert, d.h. die Hochschulen haben einen wesentlich stärkeren Anreiz als im heutigen System, sich um die Studierenden und deren Interessen zu kümmern. Im heutigen System verringern abwesende Studierende die lehr- bzw. prüfungsbezogene Arbeitsbelastung, d.h. je nach Interessenlage der Professoren und Dozenten sind sie eine eher positive als negative Begleiterscheinung.

Die günstigste Ausgestaltungsform von Bildungsgutscheinen wäre, wenn sie für jede einzelne Veranstaltung verwendet würden, d.h. bei jeder Anmeldung für eine Veranstaltung abgegeben würden und auf den jeweiligen Fachbereich (Lehreinheit) ausgestellt wären. Dies bedeutet, daß der jeweilige Fachbereich bzw. die Lehreinheit, die die Lehrleistung erbringt, den entsprechenden Geldbetrag erhalten würde und gleichzeitig die Möglichkeit gegeben wäre, die Lehrbelastung einzelner Dozenten und Profes-

⁸ Um weitergehende Studieninteressen zu fördern, ist es durchaus möglich, zusätzliche Bildungsgutscheine zu verteilen, die den Studierenden ermöglichen, zusätzliche Veranstaltungen nachzufragen. Wieviele Gutscheine vergeben werden, ist eine politische Entscheidung.

soren nachzuvollziehen.⁹ Zugleich würden auch Dienstleistungsverpflichtungen berücksichtigt.

Die meines Erachtens zentralen Vorteile von Bildungsgutscheinen gegenüber Pro-Kopf-Zuweisungen bestehen in der größeren Flexibilität hinsichtlich seiner Ausgestaltung, der leichteren Administrierbarkeit und in einem psychologischen Vorteil (Dohmen 2000c).¹⁰ Dieser psychologische Vorteil gegenüber Pro-Kopf-Zuweisungen aus Sicht der Studierenden besteht darin, daß die Übergabe des Gutscheins ein aktiver Prozeß im Sinne einer Entscheidung für die jeweilige Veranstaltung ist, während die für den Studierenden verdeckt erfolgende Zuweisung bei einer Pro-Kopf-Finanzierung keinen Einfluß auf das Entscheidungsverhalten der Studierenden hat.

4.3. *Erzielung zusätzlicher Einnahmen*

Neben der effizienzsteigernden Neuorganisation der staatlichen Finanzzuweisungen an die Hochschulen kommt vor allen Dingen die Steigerung der eigenen Einnahmen aus anderen Aktivitäten in Betracht. Anders als im heutigen System müssen sie allerdings dazu dienen, das verfügbare Budget der Hochschulen zu erhöhen und nicht den Landeszuschuß zu vermindern.

Daß die Weiterbildung eine nicht nur monetäre, sondern auch strategische Bedeutung für die Hochschulen hat, ist in den vergangenen Jahren immer wieder betont worden. Es soll daher auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, jedoch hier nicht weiter ausgeführt werden.

Als weitere Ansätze zur Akquisition von Einnahmen bieten sich etwa die Vermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder die Organisation derselben an, zumindest wenn sie – im Auftrag von Externen – an der Hochschule durchgeführt werden.

Weiterhin wäre auch an die verstärkte Beteiligung der Hochschulen an den Einnahmen aus Patenten und Nebentätigkeiten der Professoren zu

⁹ Ausführlichere Begründungen für diese Ausgestaltung finden sich in Dohmen (2000c); Dohmen/Koppenhöfer (2000).

¹⁰ Soweit eine Einführung von Studiengebühren in Erwägung gezogen wird, besteht ein weiterer Vorteil von Bildungsgutscheinen darin, daß sie einkommensabhängig gestaltet werden können, und die Höhe der Studiengebühren mit dem Elterneinkommen steigen würde. D.h. sie können Bestandteil eines einkommensabhängigen Studiengebührensytems sein und hätten somit – anders als etwa eine Pro-Kopf-Finanzierung – eine distributive Komponente (Dohmen 2000c; Dohmen/Koppenhöfer 2000).

denken. Die Einnahmen aus Patenten fließen heute den Professoren zu, obwohl die Kosten der dazu erforderlichen Forschung und Entwicklung vom Land und damit dem Steuerzahler getragen werden. Es ist kaum vermittelbar, daß die Kosten sozialisiert, die Erträge aber privatisiert werden. Ähnliches gilt auch für die Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sei es durch Gutachten, Vorträge, Artikel und Bücher, für deren Erstellung und Durchführung fast immer auf Ressourcen der Hochschulen zurückgegriffen wird. Sei es die vorhandene Literatur, das Sekretariat, einschließlich der bereitgestellten Kommunikationsmöglichkeiten, oder der Rückgriff auf studentische Hilfskräfte. Selbst wenn dies nicht in jedem Einzelfall der Fall sein sollte, blieben immer noch die Synergieeffekte (Kuppelprodukte) aufgrund der Tätigkeit an der Hochschule. Kein wirtschaftlich denkendes und handelndes Unternehmen könnte es sich leisten, seinen Mitarbeitern ein derart großzügiges Nebentätigkeitsrecht zu gewähren, ohne zumindest in angemessenem Umfang daran zu partizipieren. Eine solch größere Beteiligung der Hochschulen an den privaten Erträgen könnte natürlich umgekehrt mit entsprechend an der individuellen Leistungsfähigkeit ausgerichteten Gehältern honoriert werden, wie dies auch in Unternehmen und Betrieben der Fall ist.

Zu guter Letzt könnten sich die Fachbereiche und Lehrereinheiten stärker als bisher auf nationale und internationale Projektausschreibungen bewerben. So ist kaum einsichtig, warum sich niederländische Hochschulen aktiv an Ausschreibungen der Europäischen Union für Evaluationen und Projekte in Entwicklungsländern beteiligen, nicht jedoch deutsche Hochschulen. Dies sollen nur einige exemplarische Anregungen sein. Weitere Beispiele für unternehmerische Ansätze in Hochschulen sind in dem sehr interessanten Buch von Burton Clark "Creating Entrepreneurial Universities" beschrieben. Der Phantasie scheinen hier jedenfalls wenig Grenzen gesetzt.

Literatur

- Clark, Burton R. (1998), *Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation*, Oxford-Amsterdam.
- Dohmen, Dieter (1999), *Prognose der Studierendenzahlen für Mecklenburg-Vorpommern bis 2020*, Köln.
- Dohmen, Dieter (2000a), *Nachhaltigkeit der Hochschulfinanzplanung in Mecklenburg-Vorpommern*, unveröffentlichtes Gutachten im Auftrag des Mini-

- steriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Köln.
- Dohmen, Dieter (2000b), Effizienzpotentiale der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Köln.
- Dohmen, Dieter (2000c), Vouchers in Higher Education, FiBS-Forum No. 4, Köln (www.fibs-koeln.de).
- Dohmen, Dieter/Silke Koppenhöfer (2000), Hochschulfinanzierung durch Bildungsgutscheine, unveröffentl. Gutachten, Köln.
- HIS (2000a), Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich norddeutscher Hochschulen, Abschlußbericht Universitäten, erstellt von Michael Leszczensky, Frank Dölle, Ingo Kuhnert, Markus Wortmann, Hannover.
- HIS (2000b), Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich norddeutscher Hochschulen, Abschlußbericht Fachhochschulen – Entwurf –, erstellt von Ákos Barna, Michael Leszczensky, Frank Dölle, Martin Schacher, Gert Winkelmann, Hannover.
- Klüter, Helmut (2000), Zur Prognose der Studierendenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern (vorläufige Fassung), vervielfältigt, Greifswald.
- Leszczensky, Michael/Frank Dölle/Ingo Kuhnert/Markus Wortmann (2000), Ausstattungs- und Kostenvergleich norddeutscher Universitäten 1998. Kennzahlenergebnisse für die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, HIS Reihe Hochschulplanung, Band 145, Hannover.
- Matschke, Manfred Jürgen (2000a), Stellungnahme zu Dieter Dohmen: Prognose der Studierendenzahlen für Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 (Stand: 22.3.2000), vervielfältigt, Greifswald.
- Matschke, Manfred Jürgen (2000b), Studentenprognose und Hochschulentwicklung, Folien eines Vortrages am 10. Mai 2000 vor dem Wissenschaftsausschuß des Landtages und am 27.10.2000 bei einem Gespräch im Bildungsministerium, vervielfältigt.
- Mittelstraß, Jürgen (2000), Die Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern – Problemlagen und Perspektiven, Texte zur Hochschulreform Nr. 1, hrsg. vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

Russland im Herzen und im Kopf

Absolventenorganisation der Moskauer Lomonossow-Universität als Dach für partnerschaftliche Projekte in Wissenschaft, Bildung und Kultur

Christine Titel
Berlin

So mancher ostdeutsche Verein feierte im vergangenen Jahr sein 10-jähriges Gründungsjubiläum. Brachte doch die politische Wende in der DDR nicht nur die Freiheit, sich entsprechend vielfältigen Bedürfnissen zu organisieren, sondern oft auch die Notwendigkeit, sich

für ureigenste Interessen stark zu machen und sich zusammenzuschließen. Auch die Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU) entstand 1990 vor allem aus der Motivation heraus, den vielen ehemaligen Studierenden der „ersten Universität“ der Sowjetunion Unterstützung beim Übergang in das westdeutsche System zu geben. Das Hochschulwesen der DDR und der Forschungsbetrieb der Akademie der Wissenschaften waren, ebenso wie die Industrieforschung, nicht ohne Komplikationen für die einzelnen Mitarbeiter abzuwickeln oder umzustrukturieren. Dabei traten für Absolventen ausländischer Hochschulen spezifische Fragestellungen auf. Ganz wesentlich war in jener Zeit deshalb der Einsatz der DAMU für die Anerkennung von Diplomabschlüssen und Promotionen, über die in der Kultusministerkonferenz der Länder beraten wurde. Von Anbeginn an beschäftigte uns auch das Problem der Rentensicherung für Absolventen russischer Hochschulen, die z.B. in vielen Fällen länger als in Deutschland üblich in Ausbildungsverhältnissen beschäftigt waren. In die Anfangsjahre der Arbeit des Vereins fallen außerdem besondere „humanitäre“ Aktionen wie die Lieferung von Chemikalien aus abgewickelten DDR-Wissenschaftseinrichtungen an die Moskauer Universität.

Sehr schnell aber entwickelte sich die Assoziation von der Interessenvertretung einer bestimmten Klientel zu einem Projektverein, der sich die aktive Förderung deutsch-russischer Beziehungen vor allem in den Berei-

chen Wissenschaft, Bildung und Kultur auf die Fahnen schreibt. Und so verbinden unsere Partner in beiden Ländern das Kürzel DAMU heute vor allem mit wissenschaftlichen Expeditionen und wissenschaftshistorischen Kolloquien, studentischen Workcamps und Zukunftswerkstätten, mit Seminaren und Vortragsveranstaltungen.

Auf den Spuren Alexander von Humboldts in Russland

Humboldts russisch-sibirische Reise im Jahr 1829, die ihn auf Einladung des Zaren neun Monate lang durch die Weiten des Reiches führte, war der Ausgangspunkt eines DAMU-Projekts, das im Jahr 1993 seinen Anfang nahm. Es vereint seitdem deutsche und russische Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen, die sich zum Teil langjährig mit der Persönlichkeit und dem Werk Alexander von Humboldts beschäftigen. Während vier Expeditionen, die die Forscher 1994 in den Altai, 1995 in den Ural, 1997 in den Süden Russlands und 1999 nach Westsibirien führten, wurde die historische Reiseroute Humboldts und seiner Professorenkollegen Rose und Ehrenberg in Etappen nachvollzogen. Dabei war es möglich, an historischen Örtlichkeiten und Einrichtungen, in nun besser zugänglichen nationalen und regionalen Archiven wichtige wissenschaftshistorische Recherchen zur Humboldtschen Reise vorzunehmen. Das interessierte natürlich vor allem die Historiker, die in so manch kleinem Archiv fündig wurden. Physiker, Biologen und Mineralogen verschafften sich ein Bild vom derzeitigen Zustand der von Humboldt und seinen Mitreisenden beschriebenen Ansiedlungen und Volksstämme, Bergwerke und Salzseen, Magnetischen Häuschen etc. etc. Ausgewählte fachliche Probleme wurden unter Einbeziehung der historischen Quellen aktuell bewertet. Ein weiteres wichtiges Anliegen des Projekts war und ist der Ausbau (z.T. die Wiederaufnahme) von Kontakten mit wissenschaftlichen Einrichtungen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten in Russland.

Die Ergebnisse der Arbeit der Expeditionen wurden auf drei Berliner Kolloquien (1994, 1995 und 1997), zwei Seminaren in Nowosibirsk und Omsk sowie auf einer Konferenz in Barnaul (alle 1999) präsentiert. Derzeit wird die Herausgabe eines Buches vorbereitet, welches einen Abriss über die historische Humboldt-Reise geben und in Einzelbeiträgen der beteiligten Wissenschaftler die DAMU-Expeditionen dokumentieren wird. Einen visuellen Eindruck vermittelt die Ausstellung mit Fotografien

von Jürgen Strauss (Potsdam) „Auf den Spuren Alexander von Humboldts in Russland. DAMU-Expeditionen in den Ural und den Altai“. Sie wurde in verschiedenen deutschen und russischen Städten gezeigt und steht auch weiterhin zur Präsentation zur Verfügung. Neben den ausgezeichneten fotografischen Impressionen geben ausführliche Begleittexte dem interessierten Besucher einen Überblick über die historische Reise Humboldts und die Spurensuche der DAMU heute.

Geschichte und Gegenwart deutsch-russischer Wissenschaftsbeziehungen

Regelmäßige Veranstaltungen des Vereins sind wissenschaftshistorischen Aspekten der deutsch-russischen Beziehungen gewidmet. Exemplarisch seien hier drei von ihnen benannt.

Im Dezember 1998 fand aus Anlass des 300. Jubiläums der als Große Gesandtschaft bezeichneten Westeuropareise Peter I. ein Kolloquium statt, das unter dem Titel „Reformen für Russland – Leibniz und Peter I. und der Transformationsprozess der Gegenwart“ rund 100 interessierte Zuhörer fand. Welche Reformen brauchte Russland in der Vergangenheit, welche braucht es heute und braucht es den Westen dabei? Wie passen die Reformangebote des Westens zur russischen Wirklichkeit? In der Beantwortung dieser Fragen schlugen Vorträge und Diskussion eine Brücke vom Gedankenaustausch zwischen Gottfried Wilhelm Leibniz und Peter dem Großen und Leibniz' Plänen zu Reformen des Russischen Reiches zum aktuellen Transformprogramm der deutschen Bundesregierung für die Russische Föderation. In den historischen Exkursen von Manfred von Boetticher (Hannover) und Jewgeni Anissimow (St. Petersburg) zeigten sich manche Parallelen zwischen der Petrinischen Zeit und der Gegenwart. Über die Erwartungen des modernen Russland und die besondere Rolle der Regionen äußerte sich der Gouverneur des nordrussischen Gebiets Wologda, Wjatscheslaw Posgaljow. Das Transformprogramm der Bundesregierung und die Hermes-Deckungen als aktuelle Instrumente der deutsch-russischen Beziehungen wurden von Josef Stadlbauer (Moskau) und Hans Janus (Hamburg) dargestellt.

Dem Agrarbiologen Lyssenko als Exempel für die Ideologisierung der Wissenschaft galt ein Seminar im November 1999. Es beschäftigte sich mit der Person Trofim Denissowitsch Lyssenkos und den Auswirkungen der wissenschaftlichen und vor allem politischen Strömung in der Wis-

senschaftsgeschichte der Sowjetunion, der er einen Namen gab – Lysenkoismus. Vorträge und Diskussion waren auf die politischen Bedingungen gerichtet, die den Boden dafür bereiteten, dass diese Lehre eines mittelmäßigen Wissenschaftlers den weltweit akzeptierten Erkenntnisstand der Genetik und Evolutionslehre aus dem wissenschaftlichen Leben verdrängen und kaum wieder gut zu machenden Schaden in Forschung und Lehre ebenso wie in der landwirtschaftlichen Praxis anrichten konnte. In den Beiträgen der Seminarteilnehmer aus Russland und Deutschland spielte auch das Wirken einzelner Wissenschaftlerpersönlichkeiten in den politischen Auseinandersetzungen jener Zeit eine Rolle, so in Simon Schnols (Moskau) sehr persönlichen Erinnerungen an „Helden und Missetäter“ und Eduard Koltzschinskis (St. Petersburg) Porträt des Ideologen des Lysenkoismus, I. I. Present. Deutscher Wissenschaftsgeschichte, die zu verschiedenen Zeiten ebenso belastet von politischen Vorgaben ablief, war der Vortrag von Uwe Hoßfeld (Jena) zu ‚Deutscher Biologie‘, Lysenkoismus und evolutions-ideologischer Axolotl-Forschung gewidmet.

Mit einer Veranstaltung über das Forscherpaar Nikolai und Elena Timoféeff-Ressovsky und seinen wissenschaftlichen Leistungen als Wegbereiter der modernen Molekulargenetik setzte der Verein im September 2000 seine Reihe wissenschaftshistorischer Seminare fort, die sich mit den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen auf dem Hintergrund politischer Zeitläufe befassen. Anlass war der 100. Geburtstag Nikolai Timoféeff-Ressovskys, der seit den 20er Jahren und bis 1945 gemeinsam mit seiner Frau am Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch arbeitete. Die Vorträge des DAMU-Seminars beleuchteten die spannungsreiche Biographie der Timoféeff-Ressovskys und das produktive Zusammenwirken des Forscherpaares in Deutschland und in der Sowjetunion. Zeitzeugen erzählten von ihren persönlichen Begegnungen mit den Wissenschaftlern und die Dokumentarfilmregisseurin Elena Sakanjan (Moskau) stellte ihr Filmporträt über Nikolai Timoféeff-Ressovsky vor.

Hochschule in Ost und West

Natürlicherweise beschäftigt sich ein Verein, dessen Mitgliedschaft vorwiegend (aber nicht ausschließlich) aus Absolventen russischer Hochschulen besteht, mit den aktuellen Problemen deutscher und russischer Hochschulpolitik. Ihnen waren und sind verschiedene Veranstaltungen gewidmet, deren Ziel vor allem im Informations- und Erfahrungsaustausch

über den Wandel in Lehre und Forschung während gesellschaftlicher Umbruchsperioden besteht. 1995 diskutierten russische und deutsche Hochschullehrer auf einem Forum „Fachgelehrte oder Universalidioten? – Fragen an die Bildungspolitik“ über moderne Bildungsinhalte und -ziele. In einem Podiumsgespräch „Umbruch – Aufbruch – Abbruch? Frauen in der Wissenschaft in Russland und Deutschland heute“ (1996) benannten Wissenschaftlerinnen aus beiden Ländern Fakten und Erfahrungen zur Situation von Frauen in den sich wandelnden Systemen universitärer und akademischer Forschung. Die Veranstaltung wurde von einer Ausstellung „Aus dem Exil der Unwissenheit in das gelobte Land des Wissens. Russische und deutsche Frauen auf dem langen Weg in die Wissenschaft“ begleitet. Für das Jahr 2001 ist ein Forum zu privaten Hochschulen in Russland und Deutschland geplant.

Ein von der DAMU gemeinsam mit der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität organisierter Workshop "On the Collaboration of Russian Universities with Institutes in the European Community" (Herbst 1993) wurde durch das TACIS-Programm der Europäischen Union gefördert. Die mehr als 20 teilnehmenden Wissenschaftler aus Deutschland, Spanien und Frankreich sammelten während ihres Aufenthalts Fakten und Eindrücke über den Status quo an Russlands größter Universität und legten diese in einer Publikation „Moscow Lomonosov University. Harvard of the East?“ (1994) nieder. Eine Ausstellung über die Ergebnisse angewandter Forschung an der Lomonossow-Universität, veranstaltet mit Unterstützung der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, präsentierte im November 1993 im Berliner Haus der Russischen Kultur und Wissenschaft mehr als 70 technische Exponate und weitere Dokumentationen.

„Demokratie?“ war das umfassende Thema einer ersten Zukunftswerkstatt, die Studierende aus Deutschland und Russland auf Initiative der DAMU und des Berliner Vereins KONTAKTE im September 1994 in Otradnoe bei Moskau zusammenführte. Der Begriff „Demokratie“ stand und steht in beiden Ländern im Mittelpunkt der Diskussion einer interessierten Öffentlichkeit: In Russland ist immer noch unklar, aus welchen gesellschaftlichen Strömungen und Schichten sich demokratisches Denken und Handeln herausbilden und verbreiten soll. In Deutschland gerät die Praxis der Demokratie (Stichworte „Zuschauerdemokratie“, „Politikverdrossenheit“) immer wieder in die Kritik. Das gruppenorientierte, selbst zutiefst demokratische Arbeitskonzept der Zukunftswerkstatt – viele der

Studentinnen und Studenten erlebten es zum ersten Mal – ermöglichte eine unkomplizierte, sachorientierte Diskussion der Teilnehmer und einen umfangreichen Informations- und Meinungsaustausch zu dieser Problematik. Und erfreulicherweise wandten sich die Studierenden schnell der konkreten Situation an ihren Hochschulen und in anderen Lebensbereichen zu. Eine zweite Zukunftswerkstatt 1995 in Flecken Zechlin (Brandenburg) beschäftigte sich dann auch mit studentischen Initiativen in Moskau und Berlin, die Demokratisierungsprozesse in Universitäten und Schulen einleiten und unterstützen sollen.

Erlebnis- und ergebnisreich – Studentische Workcamps am Polarkreis

Die oft beschriebene russische Seele, die Faszination der Natur im nördlichen Russland und die Unkompliziertheit des ziemlich unzivilisierten Lebens auf der Biologischen Station der Moskauer Universität am Weißen Meer lassen keinen der deutschen Teilnehmer an den DAMU-Workcamps unberührt. Seit drei Jahren ist der Verein Träger und Organisator eines deutsch-russischen studentischen Sommerlagers, das inzwischen 34 deutsche Studierende, Abiturienten und Auszubildende weit in den russischen Norden brachte. Gemeinsam mit Studenten der Lomonossow-Universität Moskau arbeiten sie dort an der Rekonstruktion der Biologischen Lehr- und Forschungsstation und können auf ganz materielle Ergebnisse ihres jeweils etwa dreiwöchigen Aufenthalts am Polarkreis verweisen: Sechs Zimmer im Studentenwohnheim der Station konnten bisher neu eingerichtet werden. Aus Holz, dem natürlichen Material vor Ort, wurden Doppelstockbetten, Tische und Bänke gezimmert. Für die Studenten auf der Station wurde damit eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse geschaffen.

Im Rahmen der praktischen, auf ein sinnvolles Ergebnis orientierten Arbeit lernten sich die deutschen und russischen Studenten gut kennen und bewältigten gemeinsam nicht wenige Probleme – interkulturelle Kompetenz und gegenseitiges Verständnis zu fördern ist ein wesentliches Anliegen dieses Projekts. Zeit für Exkursionen in die Natur, Fahrten über's Meer, für Lagerfeuer und Sport blieb natürlich auch. Die Reiseroute (die per Zug bewältigt wird, damit Entfernungen auch spürbar werden) führte die Studenten auf der Hinfahrt über Moskau und auf der Rückfahrt über Murmansk und St. Petersburg – Gelegenheit, während ei-

niger Tage Aufenthalt das vielfältige Leben in Rußlands Städten kennen zu lernen.

Die Partner an der Biologischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität stellten, neben dem praktischen Ergebnis, besonders den „moralischen“ Wert dieses Unternehmens in den Vordergrund: In den letzten Jahren war es zunehmend schwerer geworden, freiwillige Aufbauarbeit auf der Station zu organisieren. Die Tradition der früher wesentlich den Aufbau und Erhalt der Siedlung bestimmenden Baubrigaden schien unterbrochen; mit „kommerziellen“ Einsätzen hatte man schlechte Erfahrungen gemacht. In diesem Sinne ist der positive Verlauf der Workcamps (vor allem aufgrund der guten, disziplinierten Arbeit der Teilnehmer) hoch bewertet worden.

Das Spektrum der unter dem Dach der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität organisierten Veranstaltungen und Unternehmungen spiegelt nicht nur vielfältige Interessen wider. Es zeugt auch vom nicht unbedeutenden Reservoir an fachlich kompetenten Mitgliedern, die unter Nutzung ihrer oft langjährigen Kontakte nach Russland und in andere Länder der ehemaligen Sowjetunion immer wieder interessante Projekte realisieren. Inzwischen gehören der DAMU auch längst nicht mehr nur Absolventen der Moskauer Universität an. Zu den etwa 180 Mitgliedern in ganz Deutschland, in Russland und in einigen anderen Ländern zählen auch viele, die andere Hoch- und Fachschulen abgeschlossen haben und sich für Kontakte zu Russland engagieren.

Neben der organisatorischen Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Vorhaben zur Zusammenarbeit mit russischen und anderen Partnern sorgt der Verein nach wie vor für die Beratung seiner Mitglieder zur Anerkennung von in Russland erbrachten Studienleistungen und erworbenen Rentenansprüchen. Er organisiert über Partner in Moskau die Direktlieferung von Büchern russischer Verlage und veranstaltet nicht zuletzt in regelmäßigen Abständen gesellige Treffen von Absolventen russischer Hochschulen.

Die Tätigkeit des Vereins ist in den periodisch erscheinenden DAMU-Heften LOMONOSSOW dokumentiert, unter ihnen bisher drei umfangreichere Sonderausgaben, die die Beiträge entsprechender Veranstaltungen zusammenfassen: „Reformen für Rußland - Leibniz und Peter I. und der Transformationsprozeß der Gegenwart“ (3/1998), „Der Agrarbiologe

Lyssenko - ein Exempel für die Ideologisierung der Wissenschaft“ (3/1999) und „Wolfgang Steinitz und die westsibirischen Völker der Chanti und Mansi“ (2/2000).

DAMU hat sich der Unterstützung durch einen kompetenten Beirat versichert, dem Carola von Braun (Politikerin, Land Berlin), Marlis Dürkop (Politikerin, Freie und Hansestadt Hamburg), Peter Knoll (Chemiker, Berlin), Waleri W. Lunin (Dekan der Chemischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität), Hans Meyer (ehem. Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin), Siegfried Nowak (Chemiker, Berlin), Wiktor A. Sadowitschi (Rektor der Moskauer Lomonossow-Universität), Werner Schaal (ehem. Präsident der Philipps-Universität Marburg) und Klaus Steilmann (Unternehmer, Bochum) angehören.

Gefördert wird die Arbeit des gemeinnützigen eingetragenen Vereins vor allem von den drei Universitäten, die zu den juristischen Mitgliedern der DAMU zählen, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Philipps-Universität Marburg und der Moskauer Lomonossow-Universität. Fördermitglieder sind aber auch verschiedene andere Institutionen und Unternehmen in Deutschland und Rußland, so das Klaus Steilmann Institut (Bochum) und die Firmen Marathon Ltd. und Nikos Corporation in Moskau. Finanzielle Unterstützung für unsere Projekte warben wir bei verschiedenen Stiftungen, u.a. der Stiftung West-Östliche Begegnungen und der Heinrich-Böll-Stiftung, bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der Europäischen Union, dem Auswärtigen Amt und bei privaten Unternehmen ein. Die Basisarbeit des vollständig ehrenamtlich arbeitenden Vereins wird durch Mitgliedsbeiträge gewährleistet.¹

¹ 60,- DM pro Jahr für individuelle Mitglieder, 300,- DM für Fördermitglieder. Kontakt und Bestellung der Publikationen über Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e. V. (DAMU), Postfach 33, 10121 Berlin, Tel.: 030/47472437 (Dr. Andreas Förster, Vorsitzender), Fax: 030/47472438, E-mail: vorstand@damu.de, Internet: www.damu.de

Wolfgang Rihms Rede an der Hanns-Eisler-Musikhochschule

Ringens mit Schönberg

Aus Anlaß des Fünfzig-Jahr-Jubiläums der Berliner Hanns-Eisler-Musikhochschule wurde der Komponist Wolfgang Rihm zum Ehrensenator ernannt. Dies wiederum nahm er zum Anlaß einer improvisierten Rede, in der er auch auch die Namensgebung einging, was Mißverständnisse verursachte.

F.A.Z.

„Besonders heftig aufgefordert von Daniel Barenboim, beuge ich mich jetzt in die Situation, noch unvorbereiteter als er vor Ihnen zu stehen und nicht einmal die Möglichkeit zu haben, auf ein etwa nicht geübtes Klavierstück verweisen zu dürfen. Ich bin wirklich total unvorbereitet jetzt hier vor Ihnen, versuche aber, einiges aufzugreifen, was in den Reden vorhin meine Aufmerksamkeit erweckt hat.

Die immer wieder vollzogenen Versuche, Musik zu definieren, die beschäftigen mein ganzes Leben ebenfalls. Ich versuche vor jeder Note, die ich schreibe, immer wieder in Kontakt zu kommen mit dem, was Musik ist. Dabei bin ich schon bei der Frage, was sie denn sei. Und einmal habe ich es für mich versucht zu erklären. Es ist der Versuch des Menschen, ein Äquivalent für die Verläufe, die er beobachtet, ja fast möchte ich sagen, den eigenen Zustand in der Zeit zu finden. Beim Bild kann man es sich leicht erklären: Es ist der Bann des Gesehenen. Aber was ist es bei der Musik? Wir beobachten den Wechsel der Tageszeiten, der Jahreszeiten, wir sehen unseren eigenen Verfall, wir sehen das Wachsen, wir spüren unsere Verläufe, wir spüren den Blutkreislauf. Ich versuche es mir immer mit diesem Naturbild zu erklären und komme dadurch auf eine ganz eigentümliche Weise dann doch auf das, was die deutsche Frühromantik mit Natur gemeint hat, wenn sie sie in Beziehung zur Musik gesetzt hat.

Klammer zu, neuer Abschnitt: Es wurde über Hanns Eisler gesprochen. Ich gestehe offen, daß Hanns Eisler für mich ein Problemfall ist. Denn als Komponist ist er mir fremd. Aber, er hat natürlich dadurch, daß er diese enorme Bindung und diese Kraftbeziehung mit Schönberg sein ganzes Leben ausgefochten hat, für mich auch eine hohe Bedeutung als jemand, der mit Schönberg ringt. Und das

tun wir, wenn ich jetzt für meine Kollegen, lebenden Komponisten sprechen darf, nach wie vor. Schönberg ist für mich die überragende Figur, und deswegen, das gestehe ich offen, habe ich damals gehofft, die Hochschule würde in Arnold-Schönberg-Hochschule umbenannt. Aber sie blieb Hanns-Eisler-Hochschule, was ich auch richtig finde. Ich sage das ganz offen, denn man sollte diese Dinge nicht immer nur im semi-politischen Bereich lassen, sondern auch wissen: Wie denkt ein schöpferischer Mensch, der nicht jetzt unbedingt mit diesen feinstofflichen politischen Bezugseinheiten täglich zu tun hat, darüber? Also Arnold Schönberg, gut.

Neue Notiz: Wenn ich für etwas stehen kann, dann dafür, daß ich nichts Gewisses zu vermitteln habe. Als Lehrer versuche ich, die Ungewißheit, aus der alles Schöpferische, so glaube ich, kommt und stammt, denn es ist kein hierarchischer Vorgang, daß von Oben nach Unten irgendeine Bestimmung gegeben würde, die dann Unten ausgeführt wird, sondern das Schöpferische entsteht, weil es nicht vermutet ist, es wird erhofft. Musik entsteht nicht da, wo man sagt: Hier soll sie sein! Sondern sie kommt meist von ganz anderen Beweggründen und Flußfeldern her. Also, wenn ich für etwas stehen kann, auch vor meinen Schülern, dann für die Ungewißheit, für das Nichtwissen um die Ableitbarkeit dessen, was ich tue. Und deswegen stehe ich als Subjekt, als Individuum, als subjektiver Künstler, wenn, dann als dieser, hier. Hinter mir ist kein System, hinter mir ist kein mich in irgendeiner Weise tragendes Gedankengebäude, sondern immer nur der Versuch, es wieder und wieder zu beginnen. Und deswegen ist mein Unterricht auch immer wieder eine ständige Begegnung mit der Unsicherheit, die ich mit den Studenten teile. Und so versuchen wir gemeinsam, unsere Frage herauszufinden. Was ist Deine Frage, was ist meine Frage?

Wenn das ein Lehrinhalt sein kann, und wenn diese Subjektivität Platz in einer Hochschule haben kann, dann stehe ich zu Recht hier. Wenn nicht, dann bin ich fehlbesetzt, auch als Ehrensenator. Aber mit dieser Subjektivität werde ich, und das ist versprochen, für die Hochschule in jeder Form eintreten, die sie von mir fordert. Vielen Dank.“

aus: F.A.Z., 17.11.2000

Noch einmal Hochschule für Musik “Hanns Eisler” Berlin

Eberhard Rebling
Ziegenhals

Kürzlich veröffentlichten einige Tageszeitungen eine quasi improvisierte Rede des Komponisten und Hochschullehrers Wolfgang Rihm, die dieser am 4. November 2000 anlässlich seiner Ernennung zum Ehrensator während der Festveranstaltung zum fünfzigjährigen

Bestehen der Hochschule für Musik “Hanns Eisler” gehalten hatte. Er ging darin auch auf die Namensgebung der Hochschule ein, die er seinerzeit als Mitglied der “Evaluierungskommission” lieber in “Arnold Schönberg-Hochschule” umbenannt hätte. Diese Bemerkungen haben nun einige Irritationen ausgelöst. Rihms Rede ist aber nur im Zusammenhang mit der ganzen Festveranstaltung zu verstehen, zu der man auch mich als ehemaligen Rektor und 1964 als Initiator der Namensgebung eingeladen hatte, nachdem in *hochschule ost* (1-2/1999) mein Artikel “Wie die Berliner Musikhochschule den Namen ‚Hanns Eisler‘ erhielt” erschienen war.

Den bislang meines Wissens noch nicht veröffentlichten Festvortrag auf dieser Veranstaltung hielt – vor der Ansprache Rihms – nicht ein Vertreter der Hochschule selbst, sondern der langjährige verdienstvolle Leiter der (West)berliner Festspiele Ulbrich Eckardt. Unter dem Motto “Tradition annehmen” ging er ausführlich auf das konfliktreiche Leben und Wirken Hanns Eislers ein, auch auf das Zerwürfnis mit seinem hoch verehrten Lehrer Arnold Schönberg und seine lebenslange Bemühungen,

gesellschaftlich relevante, breiten Kreisen der Arbeiterklasse zugängliche Musik mit dem seinerzeit höchsten artifiziellen Anspruch zu schaffen. Eckardt betonte, daß die von Eisler geprägte Tradition in einer unserer Zeit gemäßen Weise fortgeführt werden sollte.

Auf diese spezifische Tradition ging auch Christine Lemke-Matwey in einem längeren Essay ein, der in der Festschrift zum Hochschuljubiläum erschien. Darin heißt es: “Die Hochschule für Musik ‚Hanns Eisler‘ Berlin ist ein Ort der Auseinandersetzungen, ein Ort der Reibungen – zwischen innen und außen, zwischen Ästhetik und Politik, zwischen den Visionen der Kunst und einer sich immer schneller, immer paradigmatischer wandelnden Welt. Das ist der Eislersche Geist, der im Grunde noch heute durch die Korridore weht ...”.

Da Wolfgang Rihm bekannte, Hanns Eisler sei “für ihn fremd”, stellte er sich bewußt in Gegensatz zu dem Festredner Ulrich Eckardt und dem “Eislerschen Geist” in der jetzigen Hochschule. Nicht erwähnt wurde allerdings in den Reden der Festveranstaltung, daß Hanns Eisler bereits 1950 zum Professor für Komposition an die Hochschule berufen wurde, Arnold Schönberg dagegen bis zu seinem Tode 1951 im amerikanischen Exil lebte und mit der neuen Ostberliner Hochschule in gar keiner Verbindung stand.

Rihms Bemerkungen werfen jedoch ein Licht auf die Anfang der neunziger Jahre geführten harten Auseinandersetzungen der Hochschule um ihren Namen, ja sogar um ihre Existenz. Unter der Leitung der von 1988 bis 1993 amtierenden Rektorin Annerose Schmidt entschied sich die Mehrheit der Hochschulangehörigen für die Beibehaltung des Namens “Hanns Eisler”. Rihm bekennt damit, daß er sich schon damals nicht – und jetzt schon gar nicht mehr – durchsetzen konnte. Zum Vorteil und Glück der Hochschule, die unter ihrem Namen dank ihrer hohen Leistungen weltweit geschätzt wird.

Gedanken zu einem neuen Buch

Von einem Eingeborenen

Jan-Peter Domschke
Mittweida

Ob mit „wir da drüben – Gedanken einer vereinigten Generation“ im vereinigten Deutschland eine neue Art oder gar Gattung von Literatur im Entstehen ist, das sollte man Marcel Reich-Ranicki fragen, der soeben eine ebenso inhalts-

reiche wie literarisch anspruchsvolle Autobiographie¹ vorgelegt hat.

Nach den inzwischen zwiefachen Absonderungen von Luise Endlich² kommt diesmal ein ähnlich merkwürdiges Produkt auf den Markt. Die Herausgeber von „wir da drüben – Gedanken einer vereinigten Generation“,³ Dr. Gabriele Goderbauer-Marchner und Dr. Ludwig Hilmer, gehören zu den „Medienprofessoren“, so die von ihnen selbst gewählte und gewünschte Bezeichnung, an der Hochschule Mittweida (FH). Erschienen ist die 191 Seiten lange Broschüre im bayerischen Ergolding, mit beidem, dem Arbeitsort der Herausgeber und dem Verlagsort, ist über die Qualität des Büchleins allerdings noch nichts gesagt.

Es enthält eine Einführung der Herausgeber, betitelt „Die Wendejugend“, 100 von den Herausgebern als „Kommentare“ bezeichnete Schreibübungen von Studenten der Studiengänge „Medientechnik“ und „Medienmanagement“ sowie 16 Statements von 15 bekannten und einem weithin unbekanntem Politiker, wobei ein Übergewicht der mit dem „C“ agierenden politischen Richtung nur unschwer übersehen werden kann. Dabei könnte man es eigentlich bewenden lassen.

Leider geht es hier um mehr, nämlich die „Umgestaltung“ einer sächsischen Hochschule zur „Medienhochschule“, selbstverständlich unter der Leitung der „Medienprofessoren“. Nach ihrem Selbstverständnis „erret-

¹ Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben, München, 1999.

² Luise Endlich: NeuLand. Ganz einfache Geschichten, Frankfurt a.M. 2000; dies.: OstWind. Nicht ganz einfache Geschichten, Berlin 2000.

³ Gabriele Goderbauer-Marchner/Ludwig Hilmer (Hg.): Wir da drüben, Ergolding 2000.

teten“ und retten sie immer noch die Hochschule vor „roten Socken“, anderen finsternen Mächten, vor wem oder was auch immer. Es ist das uralte Spiel um Macht und Einfluß, hier allerdings auf dem Rücken von „Kommentatoren“ ausgetragen.

Das hier in Rede stehende Produkt gehört zu jenen Versuchen, die jüngste Geschichte zum Vehikel der eigenen Weltsicht zu gebrauchen. Für ihre Mühen lassen sich die Herausgeber auch ein wenig feiern: „Wer als Westdeutscher genug Schneid besaß, sich in den Osten zu begeben und dort Entwicklungshilfe zu leisten, für den war es zwar eine oft energieauf-fressende und nervenzersetzende Lebensaufgabe, aber die Zeit heilt ja be-kanntlich alle Wunden...“ (S. 44), oder: „Respekt denjenigen, die sich in den anderen Teil vorwagen. In ihnen wird die Grenze bald erloschen sein“ (S. 79).

Auf den Seiten 5 bis 12 schreiben die Herausgeber eine Art Einfüh-rung. Sie bemühen als Legitimation für ihr Buch die Methode der Oral Hi-story (S. 5), Wolf Biermann (S. 5) und sich selbst: „Wir, die Herausgeber dieses Buches, suchen nach den Urteilen einer Altersgruppe, die aus zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen in ein gemeinsames wechselt.“ (S. 5)

Ihre Frage sei: „Entwickeln junge Menschen, die mit und parallel zum gemeinsamen Deutschland aufwachsen, eine engere, eine kritischere oder gar gleichgültigere Beziehung zum vereinten Staatsgebilde?“ (S. 6) Abge-sehen davon, daß wohl niemand erklären kann, wie junge Menschen par-allel zum gemeinsamen Deutschland aufwachsen, geben sie dazu Aus-kunft: „Die Antwort darauf bestimmt das Erkenntnisziel unserer Texte. Sie sollen nämlich erlebte Perspektive vermitteln und sich nicht nur auf historische Erinnerung und Wertung beschränken.“ (S. 6) Was auch im-mer „erlebte Perspektive“ sein mag, mir jedenfalls blieb der Sinn dieser Einlassung weitgehend verschlossen.

Sehr viel weniger Zurückhaltung üben die Herausgeber dort, wo es um ihre Wunschvorstellungen geht: „Das Kratzen an der bürgerlichen Spie-ßigkeit des Nachkriegswestens war facettenreich. Das jugendliche Aufbe-gerehen gegen das erwachsene Establishment stellte die kritische Frage der Söhne an die Väter nach deren Verhalten im Nationalsozialismus und verband den latenten Vorwurf des persönlichen und kollektiven Versa-gens mit der Forderung nach Aufarbeitung. Es bleibt abzuwarten, ob sich im Osten bei der Diskussion um den SED-Staat Ähnliches wiederholen wird. Vieles deutet darauf hin, daß sich die Solidarität der Generationen

mit der Angleichung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse abschwächen wird.“ (S. 10f.)

Entkleidet man diese verquasteten Formulierungskünste ihrer Scheinobjektivität, dann wird hier nicht nur die faschistische Diktatur mit der in der DDR gleichgesetzt, sondern eins oder mehrere Tribunale gegen die „roten Socken“ gefordert, es könnten aber auch alle diejenigen sein, die nicht so recht an die edle Gesinnung der „Medienprofessoren“ glauben wollen.

Es wäre allerdings unanständig, den jungen Leuten ihre gelegentlich naiven oder auch wenig überzeugenden Ausführungen anzulasten, denn sie waren zur Zeit der „Wende“ allesamt Kinder. Deshalb gab man so ziemlich alle Klischees und Vorurteile, die ein Zusammenwachsen der Deutschen verhindern, den ihnen anvertrauten und vertrauenden jungen Menschen vor. Unter dem Vorwand, aktive Vorkämpfer für die Einheit zu sein, siehe „wir da *drüben*“, schrecken die Herausgeber nicht davor zurück, ihre Ideologie dem mit Indoktrination wahrlich genug gestrafften DDR-Volk aufzunötigen.

In vielen Beiträgen läuft die Geschichte nach folgendem Muster ab: Günter Schabowski verkündet Reisefreiheit, die Mauer fällt, es bricht Euphorie aus, die inzwischen einer Ernüchterung gewichen sei. Es scheint so, als ob weder die Autoren noch die Herausgeber den Beitrag von Manfred Stolpe auf Seite 109ff. gelesen haben, der die Vorgänge klar beschreibt. Die unsinnige Darstellung verführt einige Autoren sogar zu wenig wahrscheinlichen Darstellungen. So heißt es in einem Beitrag: „Meine Eltern sitzen fassungslos vor dem TV-Gerät. Das kann alles nur ein Scherz sein“ (S. 80), und in einem anderen: „Obwohl ich erst zehn Jahre alt war, gaben mir meine Eltern ein Glas Sekt, um mit ihnen anzustoßen, als im Fernsehen die Öffnung der Mauer verkündet wurde“ (S. 114).

Manche der jugendlichen Schreiber verlegen sich auf Moralpredigten. Sie bescheinigen wiederholt den Bürgern, die in der DDR lebten, daß sie viel lernen mußten oder noch müssen „Um ... kulturell an den Westen anzuknüpfen...“ (S. 54), denn „Das Geld liegt nicht auf der Straße, aber die Freiheit auch nicht“ (S. 18f.) Dem unwilligen „Ossis“ geschähe ganz recht, wenn es ihnen schlecht gehe. „Müssen doch die Ostdeutschen verstehen lernen, daß die ‚gebratenen Tauben nicht vom Himmel geflogen kommen‘ und die Menschen in den alten Bundesländern auch von vorn beginnen mußten. Den erwirtschafteten Wohlstand auf alle zu übertragen, ist eine unlösbare Aufgabe.“ (S. 84f.)

Manche Verfasser vermuten, daß es Leute gäbe, die „die Mauer allen Ernstes wieder haben wollen.“ Es seien zwar nur wenige, aber sie besäßen „verschiedene Medien“ (S. 16), und an anderer Stelle werden Zensuren verteilt: „Fehl am Platz sind da jene Schriftsteller, die ihre Geschichtchen als Wahrheit verkaufen wollen.“ (S. 170) Was wäre denn der „richtige“ Platz?

Bei allem Aufwand scheint der von den Herausgebern erwartete Gewinn eher bescheiden. Selbst dem Berichterstatter der *Freien Presse*, der an der Präsentation des Buches in Mittweida am Eröffnungstag der Frankfurter Buchmesse teilnahm, kamen offensichtlich erhebliche Zweifel:

„Ein Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte ... ist ‚wir da drüben‘ auf keinen Fall, schon gar nicht einer, auf den die Nation zehn Jahre gewartet hat. Dafür sind die Beiträge ... größtenteils zu oberflächlich und die persönlichen Blickwinkel nicht geradlinig genug. Tiefgang fehlt vor allem, Betroffenheit sowieso.“⁴

Die Lektüre dieses Büchleins ist gelegentlich auch erheiternd, denn manche Entäußerungen sind schlicht und einfach sogenannte „Stilblüten“. Da liegt die Mauer in „Schutt und Asche“ (S. 118), „Die freudige Wiedervereinigung wird von allen verhöhnt“ (S. 93), da fällt die modische Formulierung „an Weihnachten“ (S. 26) so sehr nicht ins Gewicht, aber der ganze Beitrag auf Seite 33 dürfte Suchern dieser Art von „Blüten“ Freude bereiten. Am schönsten fand ich die Sentenz: „Die friedliche Revolution wäre ohne den alten Kremlchef und den Vater der Einheit sicherlich genauso rot geworden, wie jener Mittwoch im Jahre 1953.“ (S. 158) Über den Sinn dieses Satzes kann man wahrlich lange nachdenken. Es stellt sich die Frage, welches Handwerkszeug man den Studierenden eigentlich vermittelt, denn das ist ja die eigentliche Profession der Herausgeber.

⁴ Reinhard Oldeweme: Nicht nur Frage der Perspektive. In: *Freie Presse - Mittweidaer Zeitung* v. 21./22.10.2000.

Alles nur Lüge?

Anmerkungen zum Beitrag von Lutz Gilbert in *hso* 3-4/2000, S. 307ff.

Arno Hecht
Auerbach

Zu dem Diskussionsbeitrag von Herrn Gilbert¹ folgende Anmerkungen: Auf die erhobenen Vorwürfe möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen. Die in einer „SMS“ notwendigen Verkürzungen würden vermutlich zu neuen Missverständnissen führen. Die Bewertung von

Fakten wird immer unterschiedlich sein, da es die absolute Wahrheit nicht gibt und der Standpunkt der Betrachter differiert. Wenn auch Toleranz nicht zu den Wesensmerkmalen „deutscher Leit(d)kultur“ gehört, toleriere ich die Meinung von Herrn Gilbert, ohne sie in allen Punkten zu akzeptieren. Es bereitet zweifellos Schwierigkeiten, Realitäten anzuerkennen, vor allem wenn sie im eigenen Verantwortungsbereich liegen und durch eigenes Mittun bewirkt wurden.

Gilbert befasst sich nicht mit dem eigentlichen Gegenstand der von ihm kritisierten Arbeit, sondern konzentriert sich auf eine beiläufige, zugegebenerweise fehlerhafte Aussage in der FN 14. Zu den beanstandeten Fakten: Bei sorgfältigem Lesen bleibt zweifelsfrei, dass an dieser Stelle in

¹ Gilbert, Lutz: Zu Arno Hecht: Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der neuen Bundesländer“. In: *hochschule ost* 3-4/2000, S. 307-309.

der Möglichkeitsform gesprochen wurde, weil der Autor selbst Zweifel an den Zahlen hatte. Dieser Zweifel hätte eindeutiger zum Ausdruck gebracht werden müssen, oder noch besser, das Resultat weiterer Recherchen abgewartet werden sollen. Trotzdem schwankt der Anteil der ostdeutschen Wissenschaftler an den Fachhochschulen der neuen Länder (NL) zwischen nunmehr 14,3% und 73%. Bestätigt durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern (MV) macht der Anteil der Ostwissenschaftler an den Fachhochschulen von MV 27,3%, in Thüringen, mitgeteilt durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, 51,1% aus. Im Durchschnitt sind wir an den Fachhochschulen für alle neuen Länder, einschließlich Ost-Berlin, auf 54% Ostwissenschaftler gekommen. Leider hat auf eine direkte Anfrage im Freistaat neben der FHTW Leipzig nur die FH Zittau geantwortet, welche die von uns erfasste zu geringe Zahl auf 73% korrigiert hat. Für Mittweida ergaben sich unbestätigte 48%, für die FH Zwickau ebenfalls unbestätigte 63%. Für die FHTW Berlin wurden durch die zuständige Senatsverwaltung zwischenzeitlich 45% Ostwissenschaftler mitgeteilt. Die Zahlen für die beiden unbestätigten sächsischen Fachhochschulen scheinen zu niedrig, und sind entsprechend dem Hinweis von Gilbert vermutlich auf etwa 70% zu korrigieren. Für die Fachhochschulen im Freistaat Sachsen ergibt sich mit obigen Einschränkungen somit ein durchschnittlichen Ostanteil von 68%, welcher deutlich über dem Durchschnitt der NL liegt und möglicherweise auf 70% zu korrigieren ist. Ich denke, dass damit dieser Sachverhalt geklärt ist, zumindest was die beanstandeten Zahlen in der Fußnote angeht. Leider ist es sehr schwierig, von offizieller Seite quantitative Angaben zur personellen Transformation der Hochschullehrer in den NL zu erhalten.

Ich habe mich in meinem Beitrag vorwiegend mit der personellen Transformation an den Universitäten beschäftigt. Zu diesen Zahlen erfolgt leider keine Stellungnahme. Ergänzend ist zu den fünf NL und Ostberlin festzuhalten, dass von für das Jahr 2000 in der Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbands *Forschung & Lehre* mitgeteilten 100 Berufungen an ostdeutsche Universitäten nur sieben an ostdeutsche Wissenschaftler erfolgten. Dem Hochschulmagazin *Universität Leipzig* ist für 1999/2000 zu entnehmen, dass von 26 erfolgten Berufungen nur drei ostdeutscher Provenienz waren. Ehe erneut zum Totschlagwort der Lüge gegriffen wird, sei festgehalten, dass die in *Forschung & Lehre* veröffentlichten Berufungen nicht vollständig sind. Es ist zweifelsfrei, dass die C4-Professuren an

den Universitäten inzwischen zu 80% von westdeutschen Kollegen eingenommen werden. Bei den C3-Professoren hat sich die Zahl von ursprünglich 80% Ostdeutschen auf einen Anteil von 48% reduziert (wiederum der Durchschnitt von allen NL). An den beiden Universitäten von MV z.B. sind 10,5% der C4-Professoren und 12,6% der C3-Professoren ostdeutscher Herkunft (mitgeteilt durch das zuständige Ministerium). Der Trend der fortschreitenden Verwestlichung statt der ursprünglich angestrebten Durchmischung findet sich auch in einer Publikation in *Nature* bestätigt.² Übrigens hat bereits vor mehreren Jahren ein Gründungsdekan in Leipzig, Prof. Schluchter,³ Zweifel an der Möglichkeit einer Durchmischung geäußert.

Die von Herrn Gilbert durch den Sächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst auf eine große Anfrage der PDS mitgeteilten Zahlen⁴ sind für sich genommen wenig aussagekräftig und mit unseren nur eingeschränkt vergleichbar. Unsere Angaben beziehen sich auf einen etwa 18 Monate späteren Zeitraum, in dem noch zahlreiche personellen Verschiebungen erfolgt sind. Diese waren einmal bedingt durch das Auslaufen einer großen Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse und zum anderen dadurch, dass zahlreiche aus der DDR übernommene Hochschullehrer aus Altersgründen ausgeschieden sind. Zudem beziehen sich die in der Antwort des Ministers angegebenen Zahlen für die C3-Professuren auf Universitäten und Fachhochschulen, wobei zwischen den 751 aufgelisteten C3-Professuren und 384 C4-Professuren bei insgesamt 1416 erfolgten Berufungen 269 Stellen keine Zuordnung erfahren haben. Eine verbindliche Aussage ist nur zu erhalten, wenn diese Zahlen auf die vorhandenen Hochschullehrestellen insgesamt bezogen werden.

Auch die Tatsache, dass mehr als 80% der Hochschullehrer der DDR an den Universitäten aus unterschiedlichsten Gründen ausscheiden mussten, stellt wohl keine Lüge dar. Diese Zahl wurde mit geringfügigen Abweichungen in zahlreichen Untersuchungen, die nicht als „Brei“ anzusehen sind, bestätigt. In diesem Kontext sei auf die zwar nicht ganz aktuelle,

² Abbott, Alison: Tough measures bring a scarred science back to the world stage. Ten years after the fall of the Berlin wall, east German scientists are putting the pain of reunification behind them. In: *Nature* 401(1999), S. 635-639.

³ Schluchter, Wolfgang: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1996, S. 126.

⁴ Personelle Erneuerung in Sachsen. Ministerielle Bilanz. In: *hochschule ost* 3-4/1999, S. 263-276.

aber trotzdem aussagekräftige Untersuchung von Burkhardt und Scherer verwiesen.⁵

Nichts für ungut, doch Gegensätze sind nun mal, um auf Karl Marx zurückzugreifen, die Triebkraft unseres Daseins oder auch Geworfenseins, um mit dem – dem Diskutanten wahrscheinlich mehr zusagenden – Martin Heidegger die Balance herzustellen. Das persönliche Erleben von drei politischen Systemen provoziert folgende Empfehlung: mehr Contenance im Umgang mit Andersdenkenden und nicht zu widerlegenden Fakten. Deshalb ist auch Zurückhaltung bei der Verwendung des Begriffs „Lüge“ und seinem Gebrauch als Differenzierungsmerkmal von gesellschaftlichen Systemen geboten. Da existieren härtere Kriterien. Die Lüge gehört leider zum Instrumentarium jeder Gesellschaft, und damit müssen wir uns auch gegenwärtig abfinden. Die Frage, ob Politiker ehrlich sein müssen, wird von Sachkennern mehrheitlich verneint,⁶ was seine Bestätigung z.B. in der CDU-Spendenaffäre oder den Unwahrheiten, mit denen der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien begründet wurde, findet.

⁵ Burkhardt, Anke u. Doris Scherer: Kapitel IV. Wissenschaftliches Personal. In: Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schäfer/Carl-Hellmut Wagemann (Hrsg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997, S. 283-355.

⁶ Kemper, Peter (Hrsg.): Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein? Insel Verlag, Frankfurt am Main/Leipzig, 1993.

Verharmlosung ohne Schnörkel

Leipziger Juristen streiten über ihre Geschichte

Die Ursache des Streits, der die Juristische Fakultät der Universität Leipzig seit Wochen beschäftigt, ist ein Satz im Sonderheft der *Neuen Juristischen Wochenschrift* zum 63. Deutschen Juristentag, der Ende September in Leipzig stattfand. Der Rechtshistoriker Bernd-Rüdiger Kern, Professor in Leipzig, hatte einen Aufsatz über die Geschichte der Fakultät veröffentlicht. Dort wird berichtet, daß im Jahre 1933 vier Professoren “auf der Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen wurden. Im nächsten Satz folgt die einzige Bewertung dieses Vorganges durch Kern: “Erfolgreiche Neuberufungen glichen die Verluste aus.”

Was zunächst niemanden aufgefallen zu sein schien, entrüstete den Berliner Juraprofessor Uwe Wesel von der FU: “Er verharmlost mit seiner Sprache die Taten der Nationalsozialisten”, wirft er Kern vor. Die Wellen schlugen hoch: Nach einem Bericht in der süddeutschen Zeitung wachten Kerns Kollegen an der Fakultät auf. Auf der Diskussionsseite der Leipziger Juristen im Internet (www.uni-leipzig.de/~jura/forum) wird Kern massiv angegriffen: Seine Äußerungen seien nicht nur “im Ton unangemessen und moralisch angreifbar”, auch objektiv konnten “die Verluste durch die den Faschisten genehmen Ersatzprofessoren nie ausgeglichen werden”, schreibt Peter Hense aus Rom. Eine Bewertung, die Kern anzweifelt: “Immerhin kam 1937 Franz Wieacker nach Leipzig, einer der bekanntesten und einflußreichsten Juraprofessoren des 20. Jahrhunderts.” In den folgenden Wochen wird deutlich, daß die kritisierte Formulierung des Artikels nur eine abgeschwächte Variante früherer Äußerungen Kerns war: “Den geringen Aderlaß des Jahres 1933 konnte die Fakultät durch erfolgreiche Neuberufungen mehr als ausgleichen”, ist in einer Veröffentlichung von 1994 zu lesen. Eine gleich lautende Passage fand sich vor

wenigen Wochen auch auf der offiziellen Homepage der Fakultät (<http://rzaix530.rz.uni-leipzig.de/jura/geschichte.htm#1993>).

War es mangelnde Sensibilität Kerns im Umgang mit dem Schicksal der jüdischen und politisch mißliebigen Juristen, die nach 1933 aus der Universität gedrängt wurden, oder war dieser scheinbare Flüchtigkeitsfehler eine bewußte Provokation? Kern selbst tut nicht viel, um Klarheit in die Situation zu bringen. Aber er beteuert, daß er die Dimension der Diskussion nicht habe absehen können – “sonst hätte ich es anders formuliert”. Auch veröffentlichte er eine Erklärung, in der es bedauert, “wenn mein nüchterner, schnörkelloser Stil den Eindruck hervorgerufen hat, ich lasse es an der gebotenen Anteilnahme fehlen”. Doch gleichzeitig verteidigt er seinen “von der Sache her absichtlichen Tabubruch” und verweist auf die spezielle Leipziger Faktenlage, die bisher nicht diskutiert worden sei. In Leipzig sei der Einfluß der Nationalsozialisten lange Zeit geringer als anderswo gewesen.

Vehement und unbeeindruckt von den Vorwürfen fordert der 1949 geborene Kern eine “wissenschaftliche Diskussion” ein: “Die NS-Zeit ist jetzt 55 Jahre vorbei, da dachte ich, man könnte das langsam auch als normale Geschichtsepoche betrachten. Aber es gibt wohl einige Leute, die das nicht mögen und mich metawissenschaftlich-politisch angreifen.” Die Fakultät bemüht sich um Schadensbegrenzung. Der Fakultätsrat hat eine Stellungnahme abgegeben, Dekan Franz Häuser verweist auf eine geplante Vortragsreihe, in der zusammen mit der Ephraim-Carlebach-Stiftung die Geschichte der Fakultät nach 1933 beleuchtet werden soll. Kern sitzt als Ordinarius derweil fest im Sattel; so fest, das auch kritische Mitarbeiter, die ihn als konservativ und unsensibel bezeichnen, lieber anonym bleiben wollen. Die Fachschaft möchte keine eigene Stellungnahme veröffentlichen und verweist auf den Fakultätsrat – man hat schließlich noch Prüfungen vor sich: “Das ist eine Angelegenheit der Fakultät. Im übrigen haben wir das Gefühl, daß die Studierenden sowieso kein großes Interesse an der Sache zeigen.” Ob Kern allerdings nächstes Jahr allerdings nächstes Jahr turnusgemäß Dekan und damit Aushängeschild der Fakultät wird, ist fraglich. “Die Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen”, so der amtierende Dekan Häuser. – jps

aus: *UnAufgefordert* Dezember 2000

Neue Länder – attraktive technologieorientierte Wissensstandorte

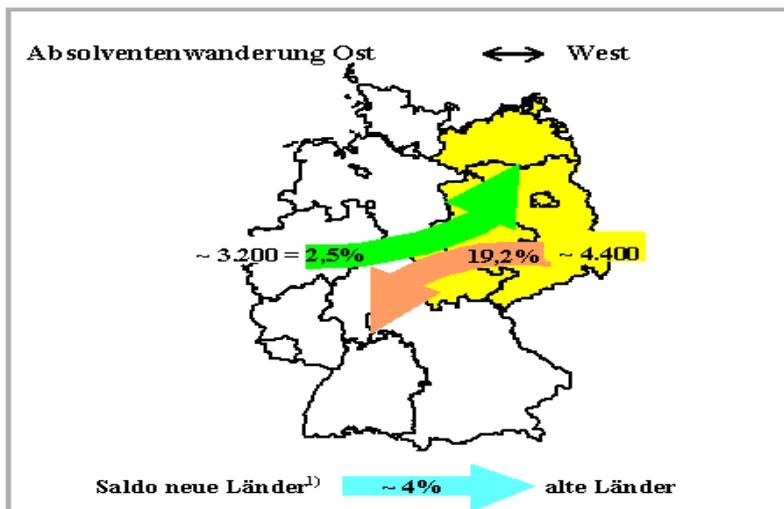
Vermutungen über die "Auswanderung" des wissenschaftlichen Nachwuchses der neuen in die alten Länder haben in letzter Zeit für einige Unruhe gesorgt. Im Raum stehen vermutete Abwanderungsquoten in Größenordnungen von 75-80%. HIS hat aus diesem Grund Daten seiner bundesweit repräsentativen Hochschulabsolventen-Befragungen ausgewertet, um die Größenordnung der Zu- und Abwanderungen von erwerbstätigen Hochschulabsolventen zwischen den alten und den neuen Ländern zu schätzen. Die Befragung der Absolventen fand 1998/99 statt.

Demnach hat knapp jeder fünfte in den neuen Ländern (inkl. Berlin) ausgebildete erwerbstätige Hochschulabsolvent – das sind ca. 4.400 des befragten Prüfungsjahrgangs – seine Arbeitsstelle in einem alten Bundesland gefunden. Umgekehrt wanderten 2,5% der erwerbstätigen Absolventen westdeutscher Hochschulen (~ 3200) in die neuen Länder ab. Verrechnet man die absoluten Zahlen der Zu- und Abgänge gegeneinander, so verlieren die neuen Länder aktuell nur vier Prozent des in dieser Region ausgebildeten Potentials an erwerbstätigen Hochschulabsolventen an die alten Länder. Umgekehrt bedeutet dies eine saldierte Zuwanderung von knapp einem Prozent in die alten Länder – bezogen auf die Zahl der erwerbstätigen Hochschulabgänger aus der westdeutschen Region. Zwischen einzelnen Fachrichtungen bestehen allerdings je nach Hochschulart und Fachrichtung große Unterschiede in den Zu- und Abwanderungsquoten.

Jeder vierte Fachhochschulabsolvent aus den neuen Ländern findet Arbeit im Westen

So ist es von den Fachhochschulabsolventen aus den neuen Ländern jeder Vierte, der eine Erwerbstätigkeit in einem alten Bundesland aufgenommen hat. Rechnet man die Zugänge aus den alten Ländern dagegen, so verliert "der Osten" jeden achten Fachhochschulabsolventen. Dies gilt (mit Ausnahme der baubezogenen Fachhochschul-Studiengänge) besonders für die Ingenieurwissenschaften und die Informatik (per Saldo minus 15%), au-

berordentlich stark aber für die Betriebswirte mit FH-Diplom (minus 27%).



1) neue Länder inkl. Berlin HIS-Absolventenbefragung: Prüfungsjahrgang '97, befragt 1998/99

Für die Universitätsabsolventen ergibt sich eine fast ausgeglichene Bilanz der neuen Länder (minus 0,3%). Diese ist allerdings durch zum Teil extreme und gegenläufige fachspezifische Zu- und Abwanderungen bedingt. Die Ingenieurwissenschaften der neuen Länder (mit Ausnahme der baubezogenen Universitätsabschlüsse) geben per Saldo – also Zu- und Abgänge verrechnet – gut ein Viertel ihrer Absolventen an die alten Länder ab. Jedoch nur ca. 3% der Absolventen der neuen Länder aus dem Fächerspektrum Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften gehen den neuen Ländern ohne Ersatz aus den alten Ländern verloren. Den größten Zustrom erlangen die neuen Länder bei den Juristen und bei den Absolventen der baubezogenen Universitätsstudiengänge mit einem Zugewinn von jeweils einem Sechstel.

Die Größenordnung der Wanderungsbewegungen hochqualifizierter junger Fachkräfte zwischen dem Osten und dem Westen der Republik dürfte ebenso wie ihre gegenwärtig noch hohe Dynamik ein wenig zurückgehen, wenn die vereinigungsbedingten fachrichtungsspezifischen Strukturanpassungen abgeschlossen sind.

nisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen derzeit die wirtschaftliche Basis für den Verbleib in dieser Region noch zu schwach ist, so ist bei verbesserter Ausgangslage damit zu rechnen, dass ein Teil der Abwanderer später mit Berufserfahrung in den Osten zurückkehrt und dort ein wichtiges Potential für den wirtschaftlichen Aufbau bildet. Eine gezielte Förderung der Selbständigkeit des technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchses in den neuen Ländern, aber auch ein angesichts dieses hervorragenden Wissensstandorts selbstbewusstes Marketing vonseiten der Hochschulen und Kommunen zur Ansiedelung von Unternehmen aus dem Ausland und aus den alten Ländern könnte die Abwanderungstendenzen zum Abklingen bringen.

Die Nachfrage nach Hochschulabsolventen der neuen Länder spricht für Qualität

Eine Abwanderung von hochqualifizierten technisch-naturwissenschaftlichen Nachwuchskräften in die alten Bundesländer fände nicht statt, wenn diese nicht besonders begehrt wären. Die Qualität der Ausbildung in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen ostdeutscher Hochschulen ist ein wichtiger Wettbewerbsvorteil. Die Urteile ihrer Absolventen belegen dies zum Teil überdeutlich. So sehen sich in den neuen Ländern ausgebildete Ingenieure von ihrem Hochschulstudium besonders in den Qualifikationsmerkmalen überdurchschnittlich gut auf den Beruf vorbereitet, die für die Beschäftigung in modernen Unternehmen von hohem Wert sind (fachübergreifendes Denken, Teamfähigkeit, kommunikative Kompetenz, Organisationsfähigkeit, Führungsqualitäten und EDV-Wissen). In fachlichen Aspekten des Studiums sehen sie sich gegenüber den Absolventen der alten Länder ebenbürtig qualifiziert. Ausgesprochen positive Urteile fallen Ingenieurabsolventen der neuen Länder auch über Organisation, Betreuung und Aktualität der Inhalte und Methoden ihres Studiums. Das gilt für Methoden- und Forschungsaspekte ebenso wie für praxisorientierte Studienanteile, für die fachliche Betreuung wie für den Studienaufbau (s. Abb. 2).

Ob und wie die neuen Länder aus diesen Qualitätsbekundungen ihrer Absolventen einen Nutzen ziehen, hängt davon ab, ob sie sich im Zuge der Wettbewerbsorientierung des Hochschulwesens – ähnlich wie z.B. Hochschulregionen in Australien oder Israel – als Dienstleistungsstandorte für Wissensproduktion etablieren können. Beim Erfolg einiger hoch-

technischer und moderner Industrie- und Dienstleistungsansiedelungen in Wachstumsregionen der neuen Länder war der Standortfaktor Wissen von entscheidender Bedeutung. Dieser Standortfaktor sollte weiter als Vorleistung ausgespielt werden und nicht kurzsichtigen Befürchtungen geopfert werden, es werde "zu viel für den Westen" ausgebildet.

Hochschul-Informationen-System Hannover

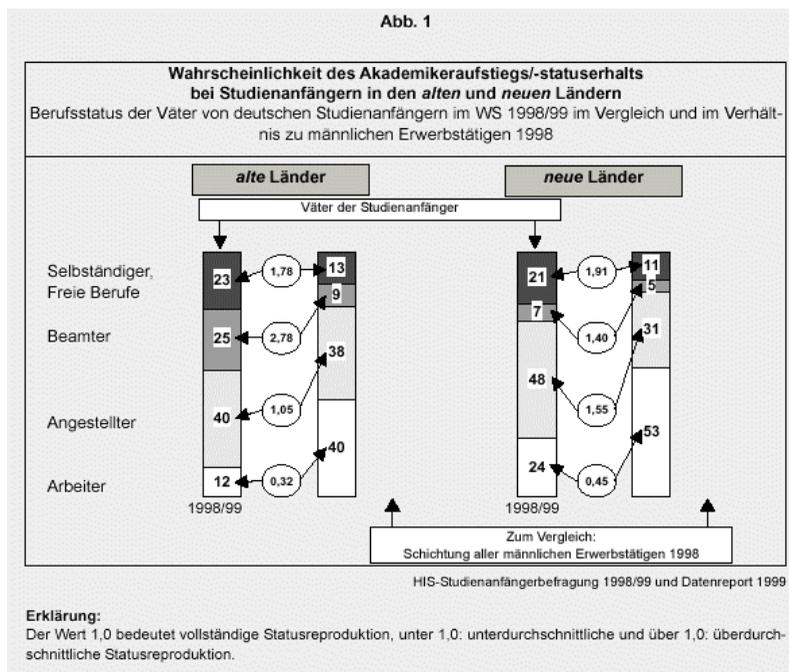
Studienanfänger folgen mehrheitlich dem Bildungsweg ihrer Eltern

Trotz Bildungsexpansion tradierte soziale Selektion beim Hochschulzugang

Das Hochschul-Informationen-System (HIS) führt seit 1983 regelmäßig Befragungen der deutschen Studienanfänger zu ihren Studienwünschen und Studienzielen, zur Fachwahl und zu aktuellen Studienproblemen durch. Diese Erhebungen erfassen auch Informationen über die Bildungsabschlüsse und das beruflich-soziale Profil der Väter und Mütter der Studienanfänger. Zentrale Ergebnisse und Entwicklungstrends sind folgende:

- Im *Wettbewerb um höhere Ausbildung* setzen sich nach wie vor eher Kinder aus Elternhäusern durch, in denen sich hohe Bildung sowie kulturelle und finanzielle Ressourcen bündeln. Zwischen 1992 und 1999 hat sich der Anteil der Studierenden, deren Väter oder Mütter einen Universitätsabschluss haben, um 9 Prozentpunkte erhöht. Nunmehr ist der Akademikeranteil bei den Vätern der Studienanfänger mehr als fünfmal so hoch wie in der Bevölkerung insgesamt.
- Auch ein Vergleich zwischen dem Berufsstatus der Väter von Studienanfängern mit der beruflichen Stellung der erwerbstätigen männlichen Bevölkerung Deutschlands zeigt die *Disproportionen in der Herkunft der Studienanfänger*: Kinder aus Arbeiterfamilien sind an den Hochschulen unterrepräsentiert, während Kinder aus Familien

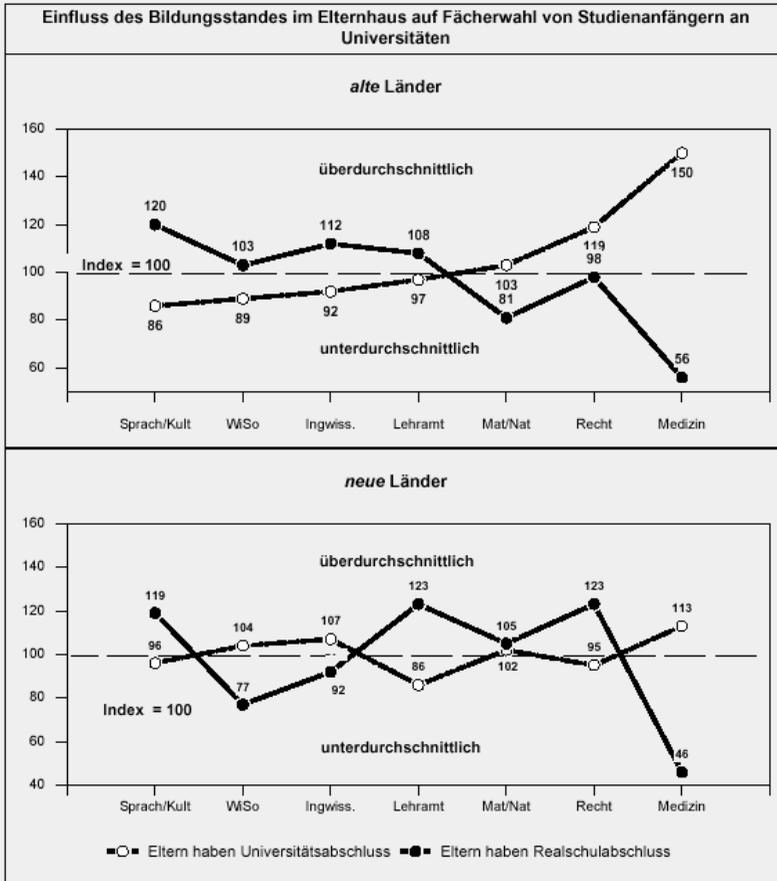
von Beamten, Selbständigen, freiberuflich Tätigen und Angestellten überproportional häufig ein Hochschulstudium aufnehmen (vgl. Abb. 1).



- Typische *soziale Herkunftsunterschiede* existieren zwischen Studienanfängern an Universitäten auf der einen und Fachhochschulen auf der anderen Seite. An den Universitäten haben die Studienanfänger häufiger als an Fachhochschulen Eltern mit höheren Bildungsabschlüssen.
- Außerdem bestehen charakteristische Zusammenhänge zwischen Bildungsstatus, beruflich-sozialem Profil der Eltern und der *Fachrichtungswahl* der Kinder. Studienanfänger der Medizin, der Rechtswissenschaft, der Kunst und Kunstwissenschaften sind zumeist in einer akademischen Familie aufgewachsen: zwischen 53% und 65% der Eltern dieser Studienanfänger haben eine Universität absolviert. Im Unterschied dazu kommen die Studienanfänger der Ingenieur-, Ag-

rar- und Ernährungswissenschaften, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften deutlich seltener aus Elternhäusern mit solcher Bildungstradition (vgl. Abb. 2).

Abb. 2



HIS-Studienanfängerbefragung 1998/99

Erklärung des Index:

Ein Indexwert unter 100 bedeutet, dass Studierende dieser Herkunftsgruppe diese Fachrichtung unterdurchschnittlich bzw. über 100 überdurchschnittlich belegt haben.

- Das soziale *Herkunftsprofil der Studienanfänger aus den alten und den neuen Ländern* unterscheidet sich auch 10 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch in wesentlichen Merkmalen: Einerseits stammen Studienanfänger aus den neuen Ländern noch häufiger als solche aus den alten Ländern von Eltern, die eine akademische Ausbildung absolviert haben. Generell sind Studienanfänger aus den alten Ländern weitaus häufiger Bildungsaufsteiger als die aus den neuen Ländern. Andererseits ist unter den Studienanfängern aus den neuen Ländern der Anteil von Arbeiterkindern höher als unter den Studienanfängern aus den alten Ländern (24% zu 12%, Abb. 1).
- Diese *Unterschiede in den Anteilen der verschiedenen Statusgruppen* (z.B. Arbeiter, Selbständige) bei den Studienanfängern aus den alten und neuen Ländern relativieren sich, wenn man die beachtlichen Unterschiede in der Sozialstruktur der Bevölkerung in den westlichen und östlichen Bundesländern berücksichtigt. So steht in den alten Ländern den 12% Studienanfängern mit Arbeiter-Vätern ein Arbeiter-Anteil von 40% in der Bevölkerung gegenüber. In den neuen Ländern beträgt dieses Verhältnis 24% zu 53%.
- *Arbeiterkinder* sind im Hochschulstudium im Westen wie im Osten deutlich unterrepräsentiert, wobei in den alten Ländern die Proportion noch etwas ungünstiger ausfällt als in den neuen Ländern (vgl. in Abb. 1. die Verhältniszahlen für die Statusgruppen in den alten und neuen Ländern.)

Das Fazit der Studien seit Beginn der 80er Jahre bleibt auch für die 90er Jahre gültig: Für das akademische Studium bestehen die tradierten Mechanismen sozialer Vererbung fort. Auch die Trends der 90er Jahre belegen die ungebrochene Steuerkraft der familiären Herkunft für die Bildungslaufbahn der nachkommenden Generation. Ungeachtet aller beachtlich erweiterten Bildungschancen bleiben bisherige soziale Auswahlmechanismen wirksam.

Gustav-Wilhelm Bathke/Jochen Schreiber/Dieter Sommer
(Hochschul-Informations-System Hannover)

Datenbank zur Finanzierung von wissenschaftlichen Aktivitäten zwischen Ost und West

Das Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität Gesamthochschule Kassel hat die "Information zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zwischen Ost und West" aktualisiert und erweitert. Sie ist jetzt in neuem Design im Internet aufrufbar unter http://www.uni-kassel.de/wiss_tr/owwz/

In diese Datenbank werden alle Programme aufgenommen, die eine Förderung von wissenschaftlichen Aktivitäten mit osteuropäischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und deren Institutionen erlauben. "Osteuropa" ist so definiert, dass auch die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion damit einbezogen werden. Zur Zeit enthält die Datenbank rund 150 Programme. Zu den jeweiligen Programmen gehört eine kurze Übersicht, jeweils mit Kontaktadressen, Antragsformalitäten, geförderten Aktivitäten und den Ländern, die in das jeweilige Programm einbezogen sind.

Wo immer möglich, findet sich ein Verweis auf die Internet-Adresse der jeweiligen fördernden Institution, damit dort detaillierte und authentische Information abgerufen werden können. Seit zwei Jahren liegt dieses Angebot in englischer Sprache vor. Damit haben alle Mitglieder der scientific community die Möglichkeit, dieses zu nutzen.

Die Recherche ist nun besser und zielgerichteter möglich als bisher. Es kann gezielt nach Institutionen, Programmen, Nutzergruppen oder Förderungszwecken gesucht werden. Auch die Suche nach Ländern oder bestimmten Gruppen von Ländern (die baltischen Länder, Länder der früheren Sowjetunion, Länder des früheren Jugoslawiens oder Länder, die früher zu den asiatischen Republiken der Sowjetunion gehörten) ist jetzt per Maus-Klick möglich, was Schreibfehler ausschließt. Nach wie vor gibt es die Möglichkeit, Programme, die uns entgangen sein sollten, extern in die Datenbank einzugeben. Kontakt und Information: Dr. Wolfgang Adamczak, Tel.: 0561/804-2224, E-Mail: wissinfo@uni-kassel.de

informationsdienst wissenschaft (idw)

Anstieg der Habilitationen im Jahr 2000 um über 10% – Frauenanteil mit 18% auf neuem Höchststand

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, schlossen im Jahr 2000 in Deutschland insgesamt 2.128 Wissenschaftler ihr Habilitationsverfahren erfolgreich ab, 202 oder 10% mehr als im Vorjahr. Mit der Habilitation haben diese Wissenschaftler den Nachweis der wissenschaftlichen Lehrbefähigung erbracht und können sich mit dieser Qualifikation beispielsweise um eine Professur an Hochschulen bewerben.

Von den im Jahr 2000 habilitierten Akademikern waren 392 Frauen, 52 oder 15% mehr als 1999. Der Frauenanteil bei den Habilitationen erreichte mit 18% einen neuen Höchststand. Seit 1992 hat sich damit die Zahl der weiblichen Habilitierten in Deutschland mehr als verdoppelt (+ 132%).

111 oder 5% der im Jahr 2000 Habilitierten besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das entspricht einem Zuwachs von 7% gegenüber dem Vorjahr.

Die meisten Habilitationsverfahren wurden in den Fächergruppen "Humanmedizin" (700 oder 33% aller Habilitationen), "Mathematik, Naturwissenschaften" (587 oder 28%) sowie "Sprach- und Kulturwissenschaften" (410 oder 19%) abgeschlossen. In den "Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften", der von Studierenden und Studienanfängern derzeit am stärksten besetzten Fächergruppe, habilitierten sich 253 Nachwuchswissenschaftler (12%).

Das Durchschnittsalter der neu Habilitierten betrug unverändert knapp 40 Jahre. Damit liegen zwischen Studienbeginn und Habilitation in Deutschland durchschnittlich fast zwei Jahrzehnte.

Nahezu zwei Drittel (1 368 oder 65 %) der Habilitierten standen zum Zeitpunkt der Habilitation in einem Beschäftigungsverhältnis mit einer Hochschule, darunter 233 Frauen (17%). Die Mehrzahl der Beschäftigten (750 oder 54 %) war hauptberuflich als Dozent und Assistent tätig.

Statistisches Bundesamt

Profitieren die *Reichen* auf Kosten der *Armen* von der öffentlichen Hochschulfinanzierung? Tragen Akademiker die Kosten ihres Studiums?

Einige methodologische Anmerkungen zum Forschungsstand über die Verteilungswirkungen der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland¹

Salvatore Barbaro
Göttingen

If what government takes would otherwise not have been produced at all, it cannot be said to have been squeezed out of anybody. Government spending and taxing, which used to be primarily a mechanism for transferring income, have become in large measure a mechanism for creating income.

*Paul A. Baran and Paul M. Sweezy
(1966:150)*

1. Einleitung

Folgende Passagen aus einem Lehrbuch von A. Woll stehen exemplarisch für die herrschende Sicht innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu den Verteilungswirkungen der öffentlichen Hochschulfinanzierung:

„Eine [...] Besonderheit der Hochschulpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist das Finanzierungssystem der Ausbildung, das den erklärten Zie-

¹ Dieser Aufsatz stellt die erweiterte Fassung eines Beitrages auf dem Workshop des DFG-Projektes „Mikrostrukturen der Hochschulpolitik“ vom 16.-18.03.2001 an der Universität Hamburg dar. Mein Dank gilt den Teilnehmern dieser Tagung für die fruchtbare Diskussion.

len der 'gerechten' Einkommensverteilung zuwiderläuft. [...] Die 'Armen' subventionieren letztlich die 'Reichen'; auch der Millionärssohn studiert auf Kosten des Hilfsarbeiters. Damit gerät die Hochschulausbildung in Widerspruch zum erklärten Ziel, die Einkommensverteilung durch staatliche Politik so zu gestalten, das sie 'gerechter' im Sinne von gleichmäßiger wird.“ (Woll 1984:293f)².

Dabei ist die These von der regressiven Verteilungswirkung praktisch so alt, wie die Forderung nach einer öffentlichen Hochschulfinanzierung. Als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihrem legendären Parteitag in Gotha 1875 ihr *Gothaer Programm* verabschiedete, formulierte sie erstmals die Forderung nach einem gebührenfreien Hochschulzugang (wie es ihn damals in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten gab), um die Abhängigkeit des Hochschulzugangs von sozialen Faktoren zu reduzieren. Die ersten Kritiker waren damals Karl Marx und Friedrich Engels, die in ihrer *Kritik des Gothaer Programms* gegen diesen Programmpunkt stark polemisierten: Die Umsetzung hieße „faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel [zu] bestreiten“ (Marx/Engels 1962[1875]:30).

Damit war – wenn auch nur implizit – zum ersten Mal die These von einer Umverteilung von *unten nach oben* durch den kostenfreien Hochschulzugang proklamiert. In den nachfolgenden 125 Jahren sollte diese These immer wieder angeführt werden.

Zu den prominenten Autoren zählt Milton Friedman, der die Verteilungsproblematik aufgriff und von „surely perverse redistribution of income“ sprach (Friedman 1962:105; auch schon ähnlich 1955:140). In Deutschland wird diese Umverteilungsthese seit der Tagung des *Vereins für Socialpolitik* 1970 verstärkt diskutiert, nachdem Carl Christian von Weizsäcker dort ein vielbeachtetes Referat über alloкатive und distributive Aspekte der Hochschulfinanzierung hielt (Weizsäcker 1971). In den 70er und 80er Jahren entstanden mehrere Untersuchungen zu diesem Thema. Pfaff et al. (1978), Helberger (1982) im Zuge der Arbeiten zum

² Hier sei gleich auf eine Eingrenzung dieses Beitrages hingewiesen. Neben der Frage, ob Akademiker die Kosten ihres Studiums selbst tragen wird in der Literatur auch untersucht, wie sich Bildungsaktivitäten auf die personelle Einkommensverteilung auswirken: Wenn alle Individuen in gleichem Maße ihre Lebensarbeitszeit zur Akkumulation von Humankapital verringern, werden sich die jährlichen Einkommensdisparitäten zwischen zwei Individuen mit unterschiedlichen Bildungsbiographien aber gleichem Lebenszeiteinkommen vergrößern. Die Einkommensverteilung nimmt folglich mit wachsender Bildungsnachfrage an Linkssteile zu, was auch das Ergebnis des klassischen Mincer-Modells (Mincer 1958:284) darstellt. Insofern ist Wolls These, wonach es das Ziel der Bildungspolitik sei, auf gleichmäßigere Einkommen hinzuwirken, verwunderlich.

Bericht der Transfer-Enquete-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“ und Gernot Weißhuhn (1977) seien exemplarisch für empirische Studien genannt, welche diese *Umverteilungsthese* stützten.

In jüngerer Zeit wird wieder verstärkt in der Wissenschaft und insbesondere in der wissenschaftlichen Politikberatung die *Umverteilungsthese* aufgegriffen, wofür in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere auf eine Studie von Karl-Dieter Gröske zurückgegriffen wird. Gröske (1994, 1997) fasst seine Ergebnisse wie folgt zusammen:

"Die Nichtakademiker mit deutlich geringeren Lebenseinkommen übernehmen bis zu 90 % der akademischen Ausbildungskosten. In der Lebensbetrachtung kommt es also [...] zu einer eindeutigen Umverteilung 'von unten nach oben!'" (Gröske 1997:283).

Auf diese Studie und ihrem Ergebnis aufbauend spricht auch Wolfram Richter in einem Gutachten für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage von einer "verteilungspolitischen Schiefelage" (Richter 1999:49) und kommt zur Schlussfolgerung: „Fragwürdig ist indessen die undifferenzierte staatliche Studienfinanzierung, weil sie Unterschiede in den Lebenseinkommen nicht ausgleicht, sondern schafft.“ (Richter 1999:50f).

Es lässt sich jedoch zeigen, dass eine methodologische Kritik an den empirischen Studien die *prima facie*-Plausibilität der Umverteilungsthese zumindest zweifelhaft erscheinen lässt. Dies aufzuzeigen, ist Ziel dieses Beitrages.

II. Wer sind die Verteilungssubjekte?

Dominierend in der (auch internationalen) Forschung³ sind die Verteilungswirkungen zwischen Haushalten mit unterschiedlichem Einkommen.

³ Als Meilenstein in der Diskussion kann sicherlich die Monographie von Hansen/Weisbrod (1969) gesehen werden. Die Autoren versuchen dort, eine regressiv wirkende Verteilungswirkung nachzuweisen, indem sie zeigen, dass Familien mit Kindern in öffentlichen Hochschulen in Kalifornien im Durchschnitt höhere Einkommen erzielen als Familien ohne Kinder an diesen Hochschulen (Hansen/Weisbrod 1969:76). Jedoch, und darauf hat Pechman (1970) in einer grundlegenden Kritik an den Ausführungen von Hansen/Weisbrod hingewiesen, „at no point do Hansen and Weisbrod compare the benefits and costs of public higher education at different income levels, as they seem to suggest. Their comparison is between benefits and taxes paid on the average by families with and without children enrolled in the California system. When the benefits and costs are distributed by income levels, using their own fig-

Etwas zugespitzt kann zwischen den Verteilungswirkungen zwischen *armen* und *reichen* Haushalten gesprochen werden und die Frage lautet, ob die oberen (reichen) Haushalte durch die öffentliche Hochschulfinanzierung mehr Leistungen erhalten, als sie selbst beitragen. In diesem Falle wäre unter realistischen Annahmen davon auszugehen, dass andere (*arme*) Haushalte saldiert (*netto*) mehr zahlen als erhalten.

Um diese Inzidenz zu ermitteln, bedarf es eines Zeithorizonts, in der sich die Positionen der Haushalte nicht verändern. Typischerweise ist dies in der Querschnittsbetrachtung der Fall. Untersucht werden also die empfangenen und erbrachten Leistungen unterschiedlicher Haushaltsgruppen innerhalb einer Periode (üblicherweise ein Jahr).

Neben den Verteilungswirkungen zwischen *Arm* und *Reich* interessiert die Frage, ob Akademiker die als Studierende erhaltenen Leistungen im Laufe ihres Lebens zurückzahlen. Es liegt auf der Hand, dass hierzu eine Längsschnittsbetrachtung, also eine Betrachtung über die gesamte Lebenszeit, angebracht ist.

Genau diese Unterscheidung hat Grüske (1994) in seinem bereits erwähnten Beitrag unternommen und damit die methodologische Grundlage für einen sauberen Umgang mit den beiden Fragestellungen geschaffen.

3. Verteilungswirkungen im Querschnitt

3.1 Die Querschnittsstudie von Grüske

Im Querschnitt geht es um die Verteilungswirkungen innerhalb eines bestimmten Jahres. Betrachtet werden hier Familien, als Indikator der Klassifikation dieser dient ihr Haushaltsbruttojahreseinkommen. Berücksichtigt werden sowohl „lehrbezogene Realleistungen“ (Grüske 1984:78) in Form eines gebührenfreien Lehrangebotes als auch alle anderen „direkten Förderleistungen“ (ebd.:79), die Studierende aufgrund ihres Status erhalten.⁴

ures, it turns out that their conclusion is reversed, that is, that the California system of public higher education is progressive.” (Pechman 1970:361)

⁴ Dies sind: Leistungen nach dem BAföG, Wohnraumförderung, Kindergeld, Ausbildungsfreibetrag. Daneben werden noch die indirekten Förderungen über die Anrechnungszeiten berücksichtigt. Dies sind: die Anrechnung der Studienzeit auf die Versicherungszeit in der GRV und – bei Beamten – die Anrechnung auf das Dienstalter.

3.1.1 Methode

Alle Studierenden werden ihren Herkunftshaushalten zugeordnet, wobei alle Haushalte auf Basis der Sozialerhebung des DSW von 1983 in vier Einkommensklassen („niedrig, mittel, gehoben, hoch“) eingeteilt werden. Für jede dieser vier Einkommensklassen werden die Beiträge zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulbildung als auch der jeweilige Anteil an den empfangenen Leistungen ermittelt. Ziel ist es, über jede Einkommensklasse eine Aussage treffen zu können, ob sie Nettoempfänger oder -zahler öffentlicher Hochschulfinanzierung ist.

3.1.2 Ergebnisse

Trivialerweise sind Haushalte ohne Studierende Nettozahler, woraus Grüske eine Umverteilung von Haushalten ohne zu jenen mit Studierenden schließt (ebd.:103). Innerhalb der Haushalte mit Studierenden kommt es zu einer Umverteilung von den beiden oberen Einkommensklassen zugunsten der beiden unteren. Dabei wirken sich jene Leistungen besonders aus, die obere Einkommensklassen in der Regel nicht erhalten; etwa seien an die Leistungen nach dem Bafög gedacht. Die Nettoergebnisse sind dabei: für die Einkommensklasse „niedrig“ + 3 %; für „mittel“ +11 %; für „gehoben“ +5 % und letztlich für die Einkommensklasse „hoch“ – 19 % (vgl. Grüske 1994:133f [Tab. A6 und A7])

Grüske unterscheidet hierbei zwischen der absoluten und der relativierten Nettoinzidenz. In der absoluten Nettoinzidenz geht es um die Differenz zwischen den empfangenen Leistungen und den Lasten. Diese empfangenen Leistungen der untersten Schicht übersteigen die Lasten dieser um mehr als das Fünzigfache (vgl. Grüske 1994:94). Wenn die absoluten Nettoeffekte auf das Bruttoeinkommen bezogen werden, ist die Inzidenz nivellierender.

„Die niedrige Einkommensschicht profitiert mit über 30% ihres Einkommens, während der relativierte Nettoeffekt für die hohen Einkommen bei 9% liegt.“ „Insgesamt kommt es zu der wohl auch politisch erwünschten Besserstellung von Studenten aus Haushalten mit niedrigem Einkommen sowie aus Arbeiter- und Nichterwerbstilligenfamilien gegenüber anderen Gruppen.“ (Grüske 1994:94 und 101)

3.1.3 Kritik

a) Haushalte werden nicht nach der Haushaltsgröße gewichtet

Problematisch ist die Klassifikation der Haushalte nach ungewichteten Haushaltseinkommen, denn ein Single mit einem Einkommen von 5.000 DM wird genauso klassifiziert wie eine sechsköpfige Familie mit gleichem Haushaltseinkommen. In der empirischen Sozialforschung gehört die Berechnung auf Basis von Äquivalenzeinkommen zum Standard.⁵ Sturn/Wohlfahrt (1999:285) haben auf Basis solcher Äquivalenzeinkommen die Verteilungswirkungen der öffentlichen Hochschulfinanzierung im Querschnitt untersucht und dabei festgestellt, dass die (ohnehin progressiven) Verteilungswirkungen ohne Berücksichtigung der Haushaltsgröße dramatisch unterschätzt werden. Allerdings bezieht sich ihre Studie auf Österreich. Sie ermittelten, dass das untere Einkommensdrittel mehr als das Doppelte der geleisteten Beiträge, das obere Einkommensdrittel nur knapp die Hälfte erhält (ebd.).

b) Die Ermittlung der „lehrbezogenen“ Steuerleistungen ist problematisch

Ebenfalls nicht unproblematisch ist die Zurechnung der geleisteten „lehrbezogenen“ Steuerleistungen. Aufgrund des Nonaffektationsprinzips gibt es keine direkten Zahlungen in einen Haushaltstopf für „lehrbezogene“ Hochschulausgaben. Grüske berechnet 60% der Hochschulausgaben für die Lehre. 60% der gesamten Hochschulausgaben entsprechen 2% des gesamten Steueraufkommens. Folglich werden 2% der gesamten Steuerzahlungen eines Haushalts als geleistete Steuerleistungen für lehrbezogene Hochschulausgaben definiert. Da diese Zurechnungsmethode in der Längsschnittbetrachtung ebenfalls und noch gewichtiger zum Tragen kommt, findet erst im Kapitel 4.2 eine Auseinandersetzung mit dieser Form der Rückzahlungszurechnung statt.

⁵ Von der OECD gibt es eine „ältere“ und eine „neuere“ Äquivalenzskala, darüber hinaus speziell für die Bundesrepublik eine Sozialhilfeskala auf Basis des SGB (wurde 1990 reformiert). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage als auch das DIW gewichten die Haushalte mit der Quadratwurzel ihrer Haushaltsmitglieder. Vgl. hierzu Faik (1998:17) und DIW (2001:52)

c) *Die Referenzsituation enthält keine Anpassungsreaktionen der Individuen*

Referenzsituation ist ein Zustand, in der es keine öffentliche Bildungsfinanzierung gibt. Dabei wird angenommen, dass durch diese alternative Hochschulfinanzierung keine Anpassungsreaktionen stattfinden. Dies ist offensichtlich eine sehr restriktive Annahme, denn normalerweise wird angenommen, dass Individuen auf Preisänderungen reagieren. Empirische Untersuchungen zeigen zudem, dass vor allem untere Einkommenschichten sehr elastisch auf Preisänderungen reagieren (vgl. McPherson/Shapiro 1991; Shea 2000; Blossfeld/Shavit 1993; Mare 1980 und 1993).

3.1.4 *Resümee*

Methodische Kritik an dem Untersuchungsdesign in der Querschnittsbetrachtung wie die Nichtbeachtung der Äquivalenzeinkommen kann das Gesamtergebnis bestenfalls leicht, nicht aber in der Tendenz verändern. Insofern kann resümiert werden:

Die Verteilungswirkungen im Querschnitt für das betrachtete Jahr sind progressiv und eine rein private Hochschulfinanzierung würde die unteren Einkommensklassen aufgrund ihrer höheren Nachfrageelastizität stärker belasten und somit die progressive Verteilungswirkung tendenziell nivellieren.

3.2 *Die Studie von Helberger für die Transfer-Enquête-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“ 1982*

Die Bundesregierung setzte 1977 eine Sachverständigenkommission zur Ermittlung des Einflusses staatlicher Transfereinkommen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ein. Diese „Transfer-Enquête-Kommission“ beendete 1981 ihre Arbeit mit der Vorlage ihres Abschlussberichtes. Eines der für die Arbeit der Kommission beauftragten Gutachten wurde von Christof Helberger verfasst, der die *Auswirkungen öffentlicher Bildungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland auf die Einkommensverteilung der Ausbildungsgeneration* untersuchte. Primäre Datengrundlage war die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1969.

3.2.1 Methode und Ergebnisse

In einer Querschnittsuntersuchung geht es Helberger um das Verhältnis der empfangenen Bildungsausgaben zum Nettoeinkommen einer Haushaltsgruppe als Herkunftsgruppe der Studierenden. Seine Datenerhebung führte zum Ergebnis, dass

„...im Jahr 1969 die empfangenen Bildungsausgaben für weiterführende Schulen und wissenschaftliche Hochschulen, in Prozent des Nettoeinkommens der jeweiligen Gruppe, mit wachsendem Einkommen anstiegen: Die Familien mit Einkommen zwischen 1.500 und 2.000 DM monatlich erhielten Hochschulausgaben in Höhe von 0,7% ihres Nettoeinkommens, bei den Haushalten mit 4.000 bis 5.000 DM Einkommen lag dieser Prozentsatz bei 0,9. Die Ungleichheit der Einkommen wurde also durch die Nutzung der Hochschulen vergrößert.“ (Helberger 1982:55f)

Dabei wurde aufgrund der mangelhaften Datenlage stark progressiv wirkende Leistungen der Ausbildungsförderung nicht berücksichtigt. Die Werte für die unteren Einkommensgruppen dürften deshalb wohl stark unterschätzt werden.

3.2.2 Kritik

Helberger hatte für 10 Einkommensklassen die entsprechenden Werte ermittelt. Mit dem Vergleich lediglich zweier Werte begründet und unterscheidet er seine These von der regressiven Verteilungswirkung. Nimmt man statt dieser zwei Werte alle zehn Werte, so offenbart sich eine stark negative Korrelation! Sie beträgt $-0,52$. Dies liegt vor allem daran, dass die empfangenen Bildungsausgaben der unteren Einkommensklassen einen relativ hohen Anteil an ihrem Einkommen ausmachen (die unterste Einkommensklasse erreicht einen Wert von 3,79% und liegt damit fast 2,8 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Doch selbst wenn man diese unterste Einkommensklasse aus der Korrelationsberechnung herausnimmt, ergeben die verbleibenden Daten eine Korrelation von $-0,14$.

Insofern kann festgehalten werden: nur eine beliebige und nicht zu begründende Selektion von 2 der 10 Daten kann die These von der regressiven Verteilungswirkung unterstützen. Das Gesamtbild widerlegt die These und unterstützt die Ergebnisse Grüskes, die dieser im Querschnitt für die Verteilungswirkungen der Familien mit Studierenden ermittelt hat.

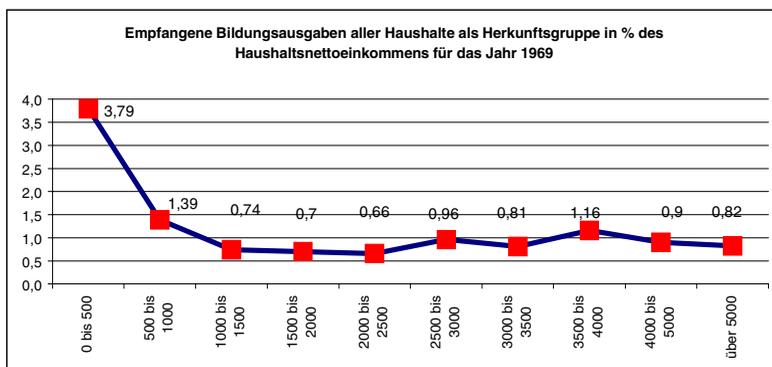


Abb. 1: Ergebnisse von Helberger (1982: Tab. 3.9; S. 30)

Allerdings ist auch die Datengrundlage nicht unproblematisch. Der hohe Wert für die unterste Einkommensgruppe resultiert auch daraus, dass sich hierunter viele Studierendenhaushalte befinden. Die EVS wählt Haushalte beliebig zur Datengewinnung aus; dabei ist es unerheblich, ob es sich um Studierendenhaushalte oder um klassische Familienhaushalte handelt. Wenn Studierende bei den Eltern wohnen, dann werden sie auch dem Elternhaushalt zugerechnet; hingegen erfolgte eine Zuordnung zu dem Elternhaushalt nicht, wenn sie einen eigenen Haushalt führen. Ein Student aus einem Haushalt mit einem Nettoeinkommen von über 5.000 DM wurde also dann dieser Haushaltsgruppe zugeordnet, wenn er bei den Eltern wohnte, jedoch als Teil einer unteren Einkommensklasse betrachtet, wenn er einen eigenen Haushalt führte. Insofern werden viele Studierende nicht ihren wirklichen Herkunftshaushalten zugeordnet, was aber eigentlich ein zentrales Anliegen der Untersuchung war.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Konzentration auf die Ausgabeninzidenz (Inzidenz der Staatsausgaben). Es wird nicht ersichtlich, was die einzelnen Haushaltsgruppen an Steuerleistungen erbracht haben und ob nun die Haushalte Nettogewinner oder -verlierer sind⁶. Wohl auch konditioniert durch die Datengrundlage der EVS wurden nur die Nettoeinkommen zugrunde gelegt. Sinnvoller wäre es gewesen, Haushaltsbrutto-

⁶ Helberger selbst rechtfertigt die Konzentration auf die Ausgabeninzidenz damit, dass aufgrund des Nonaffektationsprinzips die „Verteilungswirkungen der Einnahmen [...] unmittelbar kein Problem der Bildungsfinanzierung, sondern der allgemeinen Steuer- und Einnahmenpolitik“ darstellen (Helberger 1982:55).

einkommen einzubeziehen und dann die Inzidenzhypothese aufzustellen, wonach unabhängig von der Einkommenshöhe über alle Steuerarten hinweg eine proportionale Belastungswirkung angenommen wird, was innerhalb der Finanzwissenschaft durchaus als Hypothese verwendet wird (vgl. Grüske 1994:93). Helberger selbst schreibt, dass von der Vorstellung ausgegangen werden könne, „dass von jeder DM, welcher der Staat über direkte Steuern, indirekte Steuern oder sonstige Einnahmen von einer Einkommensgruppe erhält, ein Betrag in Höhe des Anteils der Bildungsausgaben an den gesamten Einnahmen auf die Bildungsfinanzierung entfällt.“ (Helberger 1982:54)

Werden beide Annahmen kombiniert, dann könnte davon ausgegangen werden, dass jede Einkommensgruppe Steuerleistungen für die Hochschulen in gleicher Relation zum Bruttoeinkommen erbringt. Dann hätte man auch weniger problematisch die empfangenen Leistungen ins Verhältnis zum Einkommen setzen können, wie es Helberger getan hat, jedoch nicht zum Nettoeinkommen, sondern zum Bruttoeinkommen.

Hätte Helberger die Bruttoeinkommen zugrunde gelegt, dann würden mit steigender Einkommensklasse (also mit steigendem Haushaltsbruttoeinkommen) die in Abb. 1 ablesbaren Werte deutlich sinken, da hier die Progressivität der Einkommensbesteuerung berücksichtigt werden muss. Die Korrelation zwischen Haushaltseinkommen einerseits und dem Verhältnis der empfangenen Bildungsausgaben zum Haushaltseinkommen andererseits wäre dann jedoch noch stärker negativ und würde die von Helberger unterstützte These von der regressiven Verteilungswirkungen noch mehr ins Gegenteil verkehren.

Schließlich sei noch erwähnt, dass auch in dieser Untersuchung die Haushalte nicht mit Äquivalenzziffern gewichtet wurden.

3.3 *Falscher Ruf nach Gerechtigkeit? Die Argumentation von Walter Krämer*

In einem Beitrag in der *Forschung & Lehre* 8/1999 begründet Walter Krämer seine These, wonach gerade die Gebührenfreiheit zu einer Situation führt, in der „die Armen den Reichen das Studium [bezahlen].“ (Krämer 1999:401)

Dazu ermittelt Krämer die hochschulbezogenen Steuerleistungen diverser Einkommensgruppen im Querschnitt und ermittelt zudem, wie viele Studierende S_i aus diesen Einkommensgruppen jeweils abstammen. Jede Einkommensgruppe i zahlt einen Beitrag in Höhe von αT_i an die

Monatliches Nettoeinkommen der Einkommensklasse i	$\frac{\alpha T_i}{S_i}$
unter 2.000	12.000
2.000 bis 3.000	9.100
3.000 bis 4.000	9.300
4.000 bis 5.000	11.000
über 5.000	über 12.000
Werte in DM	
Abb. 2: Quelle: Krämer (1999:402)	

Hochschulen. Der Steuerbeitrag pro Student für die Einkommensgruppe i ergibt sich aus

$$\frac{\alpha T_i}{S_i}$$

Die so ermittelten Werte sind in Abb. 2 wiedergegeben. Aus diesen Daten folgert Krämer:

„Diese durch die sogenannte ‘freie’ Hochschulbildung bewirkte Umverteilung von unten nach oben ist eine triviale Konsequenz der Tatsache, dass einkommensschwache Familien nur selten ihre Kinder auf die Universitäten schicken. Sie zahlen zwar weniger Steuern [...], aber verglichen mit der Gegenleistung sind diese Beiträge immer noch zu hoch. [...] Pro Kind, das sie auf die Universitäten schicken, zahlen Arme mehr als Reiche.“ (Krämer 1999:402)

Leider ist dem Aufsatz Krämers nicht zu entnehmen, wie hoch der Betrag der Einkommensklasse mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen liegt. Die einzige Information lautet nur, dass der Betrag über 12.000 DM liegt. Offenbar handelt es sich um ungewichtete Haushaltseinkommen, da ein Hinweis auf die Umrechnung zu Äquivalenzgrößen fehlt. Auf jeden Fall ergeben die Daten, sieht man von der untersten Einkommensgruppe ab, eine eindeutig positive Korrelation: Mit steigendem Einkommen steigen die von Krämer ermittelten Werte.

Die unterste Einkommensgruppe lohnt eine genauere Betrachtung, denn offensichtlich handelt es sich bei dieser Gruppe vor allem um Single-Haushalte. Diese haben qua definitionem entweder keinen Studenten oder sie sind der Student. Nur bei einem geringen Teil der Haushalte dieser Einkommensgruppe mit einem Nettoeinkommen unter 2.000 DM dürfte es sich um Mehrpersonenhaushalte (Familien) handeln.

Soweit in dieser Gruppe nichtstudentische Single-Haushalte einbezogen wurden, ist klar, dass der Anteil der Studierenden aus dieser Gruppe sehr gering ist und deshalb die Kosten pro Student sehr hoch. Sind auch noch jene Single-Haushalte einbezogen, die nur aus einem Studenten be-

stehen, so sind diese Haushalte auf jeden Fall Nettogewinner (da Studierende im Normalfall mehr Leistungen durch das Studium erhalten als sie Steuern tragen). Gerade hier zeigt sich die Schwäche in Krämers Ansatz, nur die Kostenseite (im Sinne der Lasten) einzubeziehen.

Aufgrund dieser methodischen Probleme wäre es angebracht, diese Gruppe herauszunehmen. Doch selbst wenn die unterste Einkommensgruppe nicht herausgenommen würde, ergäbe sich aus den Zahlen keine regressive Verteilungswirkung, sondern eine Verteilungswirkung hin zu den mittleren Einkommen. Denn nur sie liegen mit ihren Werten unterhalb des Durchschnitts.

Im Gegensatz zu Helberger, der nur die empfangenen Leistungen explizit berücksichtigt, bezieht Krämer allein die geleisteten Beiträge der einzelnen Einkommensgruppen ein. Dabei haben die empfangenen Leistungen (vor allem die Ausbildungsförderung) deutlich progressive Verteilungswirkungen.

3.4 Zusammenfassung und Vergleich der Querschnittsstudien

Die hier behandelten Studien/Beiträge bieten vier unterschiedliche Verfahren zur Ermittlung der Verteilungswirkungen. Die für die jeweilige Einkommensgruppe relevante Größe Ξ ermittelt sich

bei Grüske durch: $\Xi_{G1} = \phi_i L - \alpha T_i$ bei der absoluten Nettoinzidenz

und bei ebd. durch: $\Xi_{G2} = \frac{\phi_i L - \alpha T_i}{Y_i^b}$ bei der relativierten Nettoinzidenz

bei Helberger durch: $\Xi_H = \frac{\phi_i L}{Y_i}$

und bei Krämer durch: $\Xi_K = \frac{\alpha T_i}{S_i}$.

Dabei bezeichnet ϕ den empfangenen Anteil an den gesamten Hochschulleistungen $L \left(\sum_{i=1}^n \phi_i = 1 \right)$. Der Wert ϕ_i hängt positiv von der Zahl der

Studierenden aus der Gruppe i ab.

α steht für den Anteil an den Steuerleistungen, die den Hochschulen zugerechnet werden, Y steht für das Nettoeinkommen (in Kombination mit einem b steht Y für das Bruttoeinkommen), S für die Zahl der Studierenden und T für die Gesamtsteuerleistungen. Das i im Index kennzeichnet die jeweilige Einkommensgruppe. Da es in der Querschnittsbetrachtung um die Verteilungswirkungen innerhalb einer Periode ankommt, wurde auf den Zeitindex t verzichtet

Krämer berücksichtigt nicht die empfangenen Leistungen, sondern nur die Kostenseite. Dabei wirken gerade spezifische Transfers wie etwa das Bafög zwangsläufig progressiv.

Als erstaunlich bleibt zu resümieren, dass Krämer bemängelt, dass „die Mär von der sozialen freien Hochschulbildung nicht auszurotten [sei], trotz [der Existenz] verschiedener seriöser Studien“ (Krämer 1999:402). Zu diesen Studien zählt er explizit die Studie von Grüske. Dabei widerspricht Krämer eindeutig den von Grüske ermittelten Ergebnissen im Querschnitt.

Die Nichtbeachtung der Äquivalenzeinkommen führt bei allen Studien mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Unterschätzung der progressiven Verteilungswirkung. Die in den Studien zu Grunde gelegte Referenzsituation ist nur schwierig auszumachen. In keinem Beitrag wurde thematisiert, wie sich die Verteilung ohne die öffentliche Bildungsfinanzierung entwickelt hätte. Dabei kommt bei allen Autoren der Zahl der Studierenden aus einer Einkommensgruppe eine entscheidende Rolle zu. Deshalb hätte thematisiert werden müssen, ob durch eine rein private Finanzierung der Hochschulkosten die Zahl der Studierenden aus der untersten Einkommensgruppe nicht stärker abnimmt als die Zahl der Studierenden aus den oberen.

Wird die relevante Größe Ξ_K bei Krämer dynamisiert, indem sie logarithmiert und nach der Zeit t differenziert wird, ergibt sich

$$W_{\Xi_K} = W_{\alpha} + W_{T_i} - W_{S_i}$$

Wenn durch eine Privatisierung der Hochschulkosten die Einkommensteuersätze gesenkt werden (Differentialinzidenz), diese Privatisierung aber auch die Zahl der Studierenden aus einer Einkommensgruppe senkt, kommt es darauf an, ob

$$wT_i - wS_i$$

größer, kleiner oder gleich 0 ist. Analoges gilt für die relativierte Nettoinzidenz bei Grüske und für Helberger.

Die schon erwähnten empirischen Studien von Mare (1980 und 1993); McPherson/Shapiro (1991) und Shea (2000) zeigen deutlich auf, dass vor allem die unteren Einkommensgruppen starke Anpassungsreaktionen auf eine Umstellung zu einer privaten Finanzierungsmodalität zeigen würden. In der Tat zeigen Fernandez/Rogerson (1995) in ihrem Modell einen Anreiz für die oberen Einkommensklassen, für eine stärkere private Finanzierung der Hochschulkosten zu plädieren, obwohl auch sie dadurch stärker belastet würden. Jedoch können sie erwarten, einen höheren Anteil an den öffentlichen Leistungen für die Hochschulen für sich beanspruchen zu können, da durch die geringere öffentliche Subventionierung die Zahl der Studierenden aus unteren Einkommensklassen deutlich abnimmt und somit der zuerst beschriebene Aspekt überkompensiert wird.

4. Verteilungswirkungen im Längsschnitt

In der Bundesrepublik Deutschland wird seit geraumer Zeit die Verteilungswirkung zwischen Akademikern und Nichtakademikern erforscht. Die hierzu notwendige Lebenszeitbetrachtung wirft neben vielen Problemen der Datenerhebung und -schätzung (vgl. Psacharopoulos 1994:1326) auch eine Reihe methodologischer Probleme auf.

Die wissenschaftliche als auch die politische Diskussion bezieht sich bei dieser Frage primär auf die schon behandelte Studie von Grüske. Dieser ermittelte neben den schon besprochenen Verteilungswirkungen im Querschnitt auch die Längsschnittswirkungen. Im Gegensatz jedoch zu den Querschnittsergebnissen bestätigt Grüske in der Lebenszeitbetrachtung die These von der regressiven Verteilungswirkung – wenn auch nur indirekt. Grüske kommt zum Ergebnis, dass Akademiker die Kosten ihres Studiums nicht zurückzahlen. Hierauf aufbauend kommt er zu dem schon zitierten Ergebnis:

„Die Nichtakademiker mit deutlich geringeren Lebenseinkommen übernehmen bis zu 90% der akademischen Ausbildungskosten. In der Lebensbetrachtung kommt es also [...] zu einer eindeutigen Umverteilung 'von unten nach oben!'" (Grüske 1997:283)

Indirekt ist das Ergebnis deshalb, da in der Lebenszeitbetrachtung nicht *Arm* und *Reich*, sondern Akademiker und Nichtakademiker verglichen werden. Da jedoch Studierende und somit auch Akademiker überproportional aus oberen Einkommensschichten stammen, wird eine Verknüpfung zwischen Längsschnitt- und Querschnittsdaten gewagt.

Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die Studie von Grüske aufgrund schwerwiegender methodologischer Mängel nicht geeignet ist, die Verteilungswirkungen zwischen Akademiker und Nichtakademikern adäquat zu beschreiben (Kap. 4.2). Auch ältere Studien weisen erhebliche Probleme methodologischer Art auf, weshalb auch ihre Ergebnisse fragwürdig erscheinen (Kap. 4.3 und 4.4). Abschließend soll ein alternatives Verfahren einen Weg aufzeigen, die Verteilungswirkungen zwischen Akademiker und Nichtakademikern besser ermitteln zu können (Kap. 5).

4.1 *Methodologische Vorbemerkungen*

Das grundsätzliche Problem besteht darin, einen Teil der Steuerleistungen der Akademiker als Rückzahlung für empfangene Hochschulleistungen zu deklarieren, obwohl diese Steuerzahlungen unabhängig von der Bildungsbiographie gemäß des Leistungsfähigkeitsprinzips erhoben werden.

Es sollte jedoch klar sein, *dass als Rückzahlung nur jene Steuerzahlungen berücksichtigt werden dürfen, für die das Hochschulstudium kausal ist*. Also kann nur der besteuerte Teil des zusätzlichen, bildungsinduzierten Einkommens als Rückzahlung herangezogen werden.

Es wird gefragt, ob Akademiker die Kosten ihres Studiums selbst tragen. Dies liegt vor, wenn folgende Bedingung erfüllt ist: *Die Nichtakademiker sollen (in der Lebenszeitbetrachtung) durch das Studium der Akademiker nicht schlechter gestellt werden*. Um dies ermitteln zu können, bedarf es einer Vergleichssituation, aus der sich die (materielle) Situation der Nichtakademiker ergibt, wenn es keine öffentliche Bildungsfinanzierung gegeben hätte. Diese Vergleichssituation kann natürlich empirisch nicht ermittelt werden und ist folglich fiktiv. Deshalb bedarf es einiger ökonomischer Annahmen über den Unterschied beider Situationen, der realen und der fiktiven.

Eine nichtöffentliche Hochschulfinanzierung hätte für die Individuen zur Folge, dass der Preis für ihre Hochschulbildung steigen würde. Normalerweise führt dies zu einem Rückgang der Nachfrage, was sich wiederum auf den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum auswirkt. Insofern kann auf Musgrave/Musgrave (1984:678) zurückgegriffen werden, wenn sie schreiben: „In discussing the incidence of various taxes, we have seen that in the longer run, the distribution of the tax burden will depend on the resulting effects on factor supplies, rates of return, and growth.”

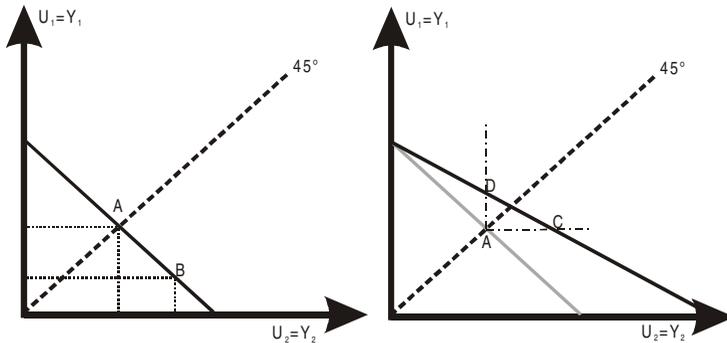
Ein Beispiel mag den Zusammenhang verdeutlichen: Im Zuge der sogenannten *Neuen Wachstumstheorie* ist eine stärkere Humankapitalakkumulation der Schlüssel für höhere Wachstumsraten (endogene Wachstumstheorie; vgl. Barro/Sala-i-Martin 1995:171). Da davon ausgegangen werden kann, dass alle Personen von höheren Wachstumsraten profitieren, würden sich alle besser stellen, wenn der Anteil der Personen mit höherer Humankapitalakkumulation zunimmt. Wenn es jedoch aufgrund einer nichtöffentlichen Hochschulfinanzierung zu einer Abnahme der Humankapitalakkumulation kommt, dann könnten sich alle schlechter stellen.

Ein weiterer Aspekt, der jedoch sehr mit dem eben genannten zusammenhängt, ist die *Berücksichtigung externer Effekte*. Die Frage, ob von externen Effekten durch die Hochschulbildung ausgegangen werden kann, ist die vielleicht strittigste Frage der gesamten Bildungsökonomie⁷.

⁷ Erste Ansätze (vgl. Weisbrod 1962) versuchten, in Folge der klassischen Humankapitaltheorie die externen Effekte zu systematisieren. Erst Blaug (1970) wies darauf hin, dass die angeblichen externen Effekte Teil der Grenzproduktivität seien und folglich internalisierbar sind. Zum anderen sei es zwar richtig, dass von der Wissenschaftsproduktion nicht nur die unmittelbar an ihr Beteiligten (Wissenschaftler und Studenten) profitieren, aber diesem Sachverhalt werde schon dadurch entsprochen, dass die Universitäten öffentlich finanziert werden. Wollte man mit diesem Argument auch die Studierendenfinanzierung rechtfertigen, käme es zu einer Doppelzählung. Folglich sei die Studienentscheidung eines Teils der Gesellschaft nur mit pekuniären externen Effekten verbunden (vgl. Blaug 1970:112). Allerdings spielen für die langfristigen Verteilungswirkungen auch pekuniäre externe Effekte eine Rolle, denn auch sie wirken sich positiv auf die Wohlfahrt der Individuen aus.

In der jüngeren Forschung hat sich wieder eine stärkere Akzentuierung der externen Effekte ergeben. Haveman/Wolfe (1984) trugen in einem Übersichtsartikel diverse Externalitäten zusammen, wie sie in mehreren Studien ermittelt wurden (vgl. Haveman/Wolfe 1984:382-386). Dabei lohnen sich für fast alle dort aufgeführten Externalitäten eine aufführende Behandlung, die hier aus Platzgründen nicht erfolgen kann. Vielmehr kann aufgrund der vielen dort zusammengetragenen Befunde geschlossen werden, dass die Diskussion um die externen Effekte bis heute andauert. De Meulemeester/Rochat (1995:352) resümieren, dass „in the 1960s, the standard view was that these externalities were large in relation to private

Die langfristigen Wirkungen der Bildungsentscheidungen wie etwa das Wachstum machen es zudem notwendig, zwischen *Verteilung* und *Umverteilung* zu unterscheiden. Nicht jede neue Verteilung ist mit einer Umverteilung verbunden. Umverteilung ist qua definitionem die Besserstellung des Einen auf Kosten des Anderen (vgl. Musgrave/Musgrave 1984:11). Wenn von Wachstumseffekten abgesehen wird, dann führt eine neue Verteilung im Vergleich zu einer beliebigen Ausgangssituation auch zu einer Umverteilung. Hingegen muss dies nicht der Fall sein, wenn es zu Wachstumseffekten kommt.



Abbildungen 3a / b: Neuverteilung und Umverteilung

Die Graphiken verdeutlichen den Zusammenhang anhand zweier Personengruppen, 1 und 2. In der Abb. 3a ist die Nutzenmöglichkeitsgrenze⁸ eingezeichnet. Im Schnittpunkt mit der 45°-Linie (Punkt A) liegt eine vollkommene Gleichverteilung vor. Wenn durch eine fiskalische Aktivität die Verteilungssituation verändert wird, indem der Punkt B (neue Verteilung) realisiert wird, dann kommt es zu einer Besserstellung der Personengruppe 2 und zu einer Umverteilung zuungunsten der Personengruppe 1. In Abbildung 3b ist ein Wachstumsprozess berücksichtigt, der in der Verschiebung der Nutzenmöglichkeitsgrenze zum Ausdruck kommt. Nun ist es möglich, vom Punkt A abzuweichen, ohne dass es zu einer Schlechterstellung einer Personengruppe kommt. Jede neue Verteilung auf der neuen

benefits of higher education. Later, they were supposed to be negligibly small (at the end of the seventies) [...and] the pendulum may now be swinging in favor of higher education.” Vor allem aber im Zuge der Neuen Wachstumstheorie spielen externe Effekte eine bedeutende Rolle.

⁸ Es wird vereinfachend unterstellt, dass Nutzen $U = \text{Einkommen } Y$ gilt.

Nutzenmöglichkeitsgrenze zwischen D und C ist nicht mit einer Umverteilung verbunden. Insofern wären einige der in der Einleitung zitierten Passagen aus der Forschungsliteratur zu relativieren.

4.2 Die Längsschnittsuntersuchung von Gröske

4.2.1 Methode

Eine wichtige Einschränkung des Untersuchungsdesigns nimmt Gröske vor, wenn er betont, dass „externe Effekte und weitergehende dynamische Inzidenzwirkungen infolge von Anpassungsreaktionen vernachlässigt werden“ (Gröske 1994:73). Damit sind die von Musgrave/Musgrave genannten Kriterien zur Analyse der langfristigen Inzidenz nicht erfüllt.⁹ Letztlich wird damit unterstellt, dass sich die Individuen *unökonomisch* verhalten, da sie nicht auf Preisänderungen reagieren.

Berechnet wird in dieser Untersuchung die Differenz zwischen den hochschulbezogenen Steuerleistungen des ehemaligen Studenten in dessen Erwerbsphase und den empfangenen Leistungen während des Studiums. Dabei bezieht sich die Analyse nur auf männliche Studierende (vgl. Gröske 1994:101).

Die empfangenen Leistungen entsprechen analog zur Querschnittsanalyse 60% der Hochschulausgaben, was 2% des Gesamtsteueraufkommens entspricht. Liegen die empfangenen Leistungen während des Studiums über den späteren Rückflüssen, dann liegt ein *Nettonutzen* vor, den Gröske als Indiz für eine Umverteilung heranzieht.

4.2.2 Ergebnisse

Insgesamt bezog Gröske fünf Fächer bzw. Fächergruppen in die Untersuchung ein. Für alle ließ sich ein positiver Nettonutzen ermitteln:

- Medizin: 123.000 DM,
- Mathematik/Naturwissenschaften: 92.200 DM,
- Ingenieurwissenschaften: 67.500 DM,

⁹ Abgesehen davon, dass von diesen Einschränkungen das Ergebnis schon sehr stark beeinflusst wird, ist bei Gröske keine Begründung für die Vernachlässigung der externen Effekte zu erkennen. Offenbar geht Gröske von der Existenz externer Effekte aus, denn in seinen Politikempfehlungen begründet er einen Rechtsanspruch auf einen Bildungsgutschein mit externen Effekten (vgl. Gröske 1994:124).

- Sprach- und Kulturwissenschaften: 57.700 DM und
- Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften: 45.100 DM jeweils pro Student.

Dabei sind diese Werte undiskontiert. Akademiker tragen undiskontiert zwischen 24 und 40% der Ausbildungskosten selbst.

"Berücksichtigt man den unterschiedlichen zeitlichen Anfall von Nutzung und Zahllast und diskontiert beide Größen auf den Gegenwartswert, so sinkt dieser Anteil [...] auf 10 bis 20%. Mit anderen Worten: Die Nichtakademiker mit deutlich geringeren Lebenseinkommen übernehmen bis zu 90% der akademischen Ausbildungskosten. In der Lebensbetrachtung kommt es also – im Gegensatz zu einer lediglich auf die Herkunft des Studierenden abstellenden Querschnittsanalyse - zu einer eindeutigen Umverteilung 'von unten nach oben!'" (Grüske 1997:283)¹⁰

4.2.3 Kritik

4.2.3.1 Die Zurechnung der empfangenen Leistungen

Wie schon erwähnt, werden den Studierenden 60 % der Hochschulausgaben als Subventionen zugeschrieben.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass ein Charakteristikum deutscher Universitäten die Einheit von Forschung und Lehre ist:

„Daraus resultiert die Bereitstellung einer Grundausrüstung für die Hochschule, die nicht nach Forschung und Lehre differenziert ist. Auch in der Rechnungslegung der Hochschulen wird [...] nicht nach Forschung und Lehre unterschieden.“ (Wissenschaftsrat 1997:32)

Um den Forschungsanteil zu quantifizieren, sind inzwischen verschiedene Verfahren entwickelt worden, jedoch – darauf hat der Wissenschaftsrat hingewiesen – „lässt [es] keines der Verfahren [...] zu, den Forschungsanteil verlässlich zu berechnen. Im Gegenteil, die Verfahren suggerieren nur eine Scheingenauigkeit“ (ebd.). Die Werte, welche die diversen Verfahren ergeben, haben eine hohe Varianz. Eine einfache Möglichkeit ist es, einfach der Forschung und Lehre jeweils 50% zuzurechnen. Zwar berücksichtigt dieses Verfahren keine tatsächlichen Anteile, jedoch „spiegelt dieses Verfahren keine falsche Genauigkeit vor.“ (Wissenschaftsrat 1997:36).

¹⁰ Dabei wurde eine Diskontrate von 0,05 verwendet

Des Weiteren ist es nicht unproblematisch, alle Hochschulausgaben als Ausgaben für die originären Aufgaben der Hochschulen (also Forschung und Lehre) zu berücksichtigen. In der Bundesrepublik gingen 51% der Gesamtausgaben für die Universitäten in Höhe von 30.773 Millionen DM an den medizinischen Bereich.¹¹ Hierunter subsummiert sind auch reine Gesundheitsausgaben, die zum großen Teil auch dann entstehen würden, wenn die Kliniken keine Universitätskliniken wären. Vermutlich wäre es angebracht, den medizinischen Bereich aus solchen Berechnungen herauszunehmen.

4.2.3.2 Die Zurechnung der Rückzahlung

Grüske möchte der Frage nachgehen, ob Akademiker die Kosten ihrer Ausbildung tragen (vgl. Grüske 1994:277). Dazu bestimmt er mit Hinweis auf das Nonaffektationsprinzip 2% der gesamten Steuerzahlungen als Rückzahlung. Mit dieser Methode sind diverse Probleme verbunden:

a) Trotz vollständiger Rückzahlung kann das Bildungsverhalten das soziale Wohlfahrtsniveau im Vergleich zum alternativen Verhalten verschlechtern.

Als Beispiel möge ein Student eines geisteswissenschaftlichen Faches dienen. In seinem Studiengang befinden sich sehr viele Studierende, so dass die durchschnittlichen Lehrkosten sehr niedrig sind. Nach dem Studium findet dieser Student keine adäquate Beschäftigung und wird Möbelpacker. Hätte er kein Studium aufgenommen, so hätte er eine Lehre zum Bankkaufmann (alternatives Bildungsverhalten) begonnen.

Selbst wenn er mit 2% seiner Steuerzahlungen die empfangenen Leistungen *zurückzahlen* kann, führt sein Bildungsverhalten zu geringeren Steuereinnahmen, wenn angenommen wird, dass er als Bankkaufmann weitaus mehr hätte verdienen können. Mit anderen Worten: Sein Bildungsverhalten führt zwar zu einer Schlechterstellung der anderen Individuen, es hat aber nicht zu einer *Umverteilung* im Sinne Grüskes geführt. Im Gegensatz dazu hat ein ehemaliger Medizinstudent und jetziger Arzt die sehr hohen Kosten seiner Medizinausbildung nicht *zurückzahlen* können, hat jedoch ein deutlich höheres Einkommen (und deutlich höhere

¹¹ Daten für das Jahr 1998; Quelle: bmb+f: Grund- und Strukturdaten; Bereich 7; vgl. auch Barbaro/Wohlfahrt (2000)

Steuerzahlungen) als ein Bankkaufmann. Dieser Arzt hat zwar durch höhere Einkommen und Steuermehrleistungen zu einer Besserstellung (auch) der Nichtakademiker beigetragen, aber dennoch liegt in diesem Fall eine Umverteilung im Sinne Grüskes vor.

b) Es wird ein präwissenschaftlicher Gerechtigkeitsbegriff zugrunde gelegt.

Grüske unterscheidet nicht zwischen Umverteilung und Gerechtigkeit. Wenn Akademiker aus ihrem Studium keinen Nettonutzen ziehen, dann wird allein aufgrund dieser Tatsache auf eine *gerechte* Situation geschlossen. Dabei kann es durchaus sein, dass es zu einer hohen bildungsbedingten Einkommensdisparität zwischen Akademikern und Nichtakademikern kommt, die im Sinne der Rawls'schen einer Gerechtigkeitstheorie als ungerecht erachtet werden kann.

c) Das Zurechnungsverfahren der Rückzahlung ist steuersystematisch problematisch

Grüske möchte ermitteln, ob Akademiker die Kosten ihres Studiums zurückerzahlen. Demnach werden die empfangenen Leistungen als Kredit verstanden und die Rückzahlung wird aus den allgemeinen Steuerzahlungen ermittelt. Das bedeutet, dass ein Teil der Steuerleistungen nicht als solche deklariert wird (da sie eben eine Darlehens- bzw. Kreditrückzahlung sind). Dieses verstößt nicht nur gegen das Nonaffektationsprinzip, sondern auch durch die Verknüpfung von empfangenen Leistungen und Steuerlast gegen das Wesen des Leistungsfähigkeitsprinzip, welches allein auf die Besteuerung abzielt.

Wird ein solches Verfahren trotzdem angewendet, dann liegt ein Verstoß gegen das Postulat der horizontalen Steuergerechtigkeit vor. Ein Nichtakademiker mit gleicher Steuerleistung wie ein Akademiker wird nämlich zu Recht einwenden, dass bei gleicher Leistungsfähigkeit seine Steuerleistungen höher ausfallen.

d) Das methodologische Verfahren führt zwangsläufig dazu, dass Akademiker die Hochschulen nicht alleine finanzieren können.

Es wird nicht ganz klar, was genau Grüske zeigen möchte. Wenn es um die Frage geht, ob auch Nichtakademiker die Hochschulen mitfinanzieren müssen, obwohl sie nicht an ihr partizipiert haben, dann ist das Ergebnis allein schon durch das Verfahren determiniert. Denn nach Grüske werden

die lehrbezogenen Hochschulausgaben mit 2% der gesamten Steuereinnahmen finanziert. Das heißt, dass 2% der Steuerleistungen der Akademiker und auch 2% der Steuerleistungen der Nichtakademiker diese 2% der Gesamtsteuerleistungen erbringen. Es gilt also:

$$(4.2.3.2 - 1) L = \alpha T = \alpha T_A + \alpha T_V; \quad 0 \leq \alpha \leq 1 \quad ,$$

wobei L für die lehrbezogenen Hochschulausgaben steht und der Wert α den Anteil an den Gesamtsteuerleistungen für L repräsentiert. T bezeichnet die Steuerleistungen; die der Akademiker mit dem Index A und die der Nichtakademiker mit dem Index V. Auf den Zeitindex wurde verzichtet (4.2.3.2 – 1) zeigt schon ohne weitere Umformungen auf, dass die Akademiker die aktuellen hochschulbezogenen Hochschulausgaben nur dann alleine tragen können, wenn die Nichtakademiker keine Steuern zahlen. Die Rückzahlung im Sinne Grüskes ist nur möglich, wenn die realen Ausgaben für die Hochschullehre kontinuierlich sehr stark ansteigen oder der Wert α kontinuierlich zunimmt. Im ersten Fall muss für alle Perioden t gelten, dass L kontinuierlich ansteigt, damit es zu einer vollständigen Rückzahlung kommt:

$$(4.2.3.2 - 2) L_t - L_{t-1} = \alpha T_{V,t}$$

Bei konstanten realen Hochschulausgaben ist dies nicht möglich. Nota bene: selbst wenn es zu einer Rückzahlung der Akademiker kommt, müssen Nichtakademiker noch immer für die Hochschulen aufkommen. Grüske ist sich selbst offenbar dieses Problems bewusst, denn er schreibt über seinen Ansatz:

„Um festzustellen, welche realen Wachstumsraten mindestens erforderlich sind, damit Akademiker ihre in Anspruch genommenen Hochschulleistungen über ihre hochschulbezogenen Abgaben zurückzahlen, wird ein dynamischer Ansatz für die Gruppe mit den geringsten Nettovorteilen, den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftlern durchgerechnet. Danach sind mindestens unrealistische 5% reales Wachstum jährlich erforderlich, damit die Absolventen dieser Fächergruppe ihre empfangenen Leistungen selbst finanzieren.“ (Grüske 1994:120).

Allerdings scheint Grüske diesen Sachverhalt nicht als Schwäche seines Ansatzes zu erkennen, sondern als Bestätigung für seine Umverteilungsthese. Man kann auch das Zitat wie folgt paraphrasieren: *Der methodische Ansatz erzwingt unter normalen Umständen das Umverteilungsergebnis.*

Der zweite Fall hat sein natürliches Ende dann, wenn die gesamten Steuerzahlungen für die lehrbezogenen Hochschulausgaben eingesetzt werden ($\alpha=1$).

e) Die Rückzahlung ist nicht unabhängig von der Budgetstruktur.

Es ist schon in Punkt d) erwähnt worden, dass die Rückzahlung auch von dem Anteil α abhängig ist. Es ist theoretisch nicht einsichtig, warum die Höhe der Rückzahlung davon abhängig sein soll, was der Staat mit den übertragenen Ressourcen macht. Entscheidend ist, dass die Ressourcen von Akademikern an den Fiskus und über ihn (auch) an die Gruppe der Nichtakademiker zurückfließen. Hinzu kommt, dass der einzelne Akademiker praktisch keinen Einfluss auf die Struktur der Staatsausgaben hat. Wenn das Hochschulbudget stärker steigt als das Gesamtbudget, dann zahlt er mehr zurück. Wird hingegen das Hochschulbudget stark reduziert, dann ist die Rückzahlung kleiner. Dies ist der Fall, obwohl sich an den gesamten Steuerleistungen nichts geändert hat. Die gesamten Steuerleistungen und ihre Verteilung aber üben Einfluss auf die Wohlfahrt bzw. das Einkommen (auch) der Nichtakademiker aus.

4.3 Die Ermittlung von Steuer-Transfer-Salden durch Pfaff, Fuchs, Köhler (1978)

Pfaff et al. bieten eine weitgehend ausgewogene Diskussion über die Frage, ob eine spezifische Steuer für Akademiker eingeführt werden sollte. Bildung ist nach ihrem Verständnis ein „gemischt privat-öffentliches Gut“ (Pfaff et al. 1978:182), da mit ihr positive externe Effekte verbunden seien. Andererseits kritisieren sie den Status quo der öffentlichen Bildungsfiananzierung aus zwei Gründen:

(1.) Die Partizipation an Bildungsgängen ist stark von der sozialen Schichtzugehörigkeit abhängig (Chancenungleichheit). Diese Chancenungleichheit führt dazu, „dass das System ineffizient (im Sinne von suboptimal) ist, da es offensichtlich nicht von den Fähigsten aller sozialen Schichten in gleichem Maße in Anspruch genommen wird“ (Pfaff et al. 1978:183).

(2.) Pfaff et al. gehen davon aus, dass es aufgrund positiver Transfer-Steuer-Salden (die im weiteren ermittelt werden) zu einer Situation kommt, in der „die niederen die höheren Einkommensgruppen über das Bildungssystem [...] finanzieren“ (ebd.). Insofern vertreten sie die These

von der regressiven Verteilungswirkung. Aufgrund dieser allokativen Ineffizienz (Chancenungleichheit) und aufgrund ungünstiger Verteilungswirkungen plädieren die Autoren für eine Reform der Bildungsfinanzierung.

Methodisch ermitteln sie eine mögliche Akademikersteuer auf zwei Wegen.¹² Die Ermittlung von Transfer-Steuer-Salden soll zeigen, ob die empfangenen Leistungen zurückgezahlt werden. Die positive Differenz könnte als Höhe für eine Akademikersteuer dienen.

4.3.1 Die Zurechnung der empfangenen Leistungen (Transfers)

Die gesamten Universitätsausgaben des Jahres 1970 (6.873 Mio. DM) werden auf die damals aktuelle Zahl der Studierenden (etwa 480.600) umgelegt. So ergeben sich für das Jahr 1970 Kosten pro Studierenden in Höhe von 14.300 DM.¹³ Das heißt, dass der reine Forschungsanteil auf 0% angesetzt wurde. Ebenso umfassen die empfangenen Leistungen der Studierenden die gesamten Gesundheitsausgaben, die im Hochschuletat enthalten sind. Die Problematik wurde bereits ausführlich behandelt und muss hier nicht wiederholt werden.

4.3.2 Die Zurechnung der Rückzahlung

Analog zum Verfahren Grüskes ermitteln die Autoren einen Anteil von 14% für Bildungsausgaben am Gesamtbudget. Den steuerleistenden Individuen wird unterstellt, dass ihre individuelle Verwendung aufgeteilt und diesen Teilbudgets prozentual zugerechnet wird. Insofern zahlen alle Individuen 14% ihrer Steuerleistungen an das Bildungsbudget. Aufgrund des unzureichenden Datenmaterials aus der EVS 1969 konnten nur die Einkommensteuer und die Mehrwertsteuer individuell zugerechnet werden. Beide Steuerarten zusammen ergaben 1970 50,6% der Gesamtsteuerleistungen. Die Zuordnung der verbleibenden 49,4% erfolgt nach einer „Inzidenzhypothese“ (Pfaff et al. 1978:192): Diese Inzidenzhypothese unter-

¹² Pfaff et al. (1978) ermitteln in einem zweiten Verfahren private Ertragsraten. Aufgrund der dort gewonnenen Ergebnisse sehen die Autoren keine Rechtfertigung einer Akademikersteuer. Aus diesem Grund wird das zweite Verfahren nicht weiter behandelt.

¹³ Berücksichtigt werden sowohl Real- als auch Monetärtransfers.

stellt, dass die restlichen Steuern dieselbe Belastungswirkung auf das Individuum ausüben wie die Einkommens- und Mehrwertsteuer.

„Das bedeutet, dass nicht nur die Belastungswirkungen der sonstigen direkten Steuern denen der Einkommensteuer und die der sonstigen indirekten Steuern, sondern dass ein nahezu gleiches Verhältnis im Aufkommen der sonstigen direkten zu den sonstigen indirekten Steuern gegeben ist wie im Aufkommen von Einkommen- zu Mehrwertsteuer.“ (Ebd.:192)

Hinsichtlich der Mehrwertsteuer wird zudem angenommen, dass die durchschnittliche Belastung der Mehrwertsteuer am verfügbaren Einkommen (6,08 %) für alle Individuen gilt. Die Bildungssteuer BS ermitteln die Autoren nach folgender Formel:

$$(4.3.2 - 1) \quad BS = \frac{\alpha}{\frac{E + W}{T}} (E + \beta \times \tilde{Y});$$

wobei α in diesem Fall den Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtbudget wiedergibt, E das Aufkommen aus der Einkommensteuer, W den Ertrag aus der Mehrwertsteuer, T das Gesamtsteueraufkommen und β den Anteil der Mehrwertsteuer am verfügbaren Einkommen darstellen. Im konkreten Fall für das Jahr 1970 wäre dies¹⁴:

$$(4.3.2 - 2) \quad BS = \frac{0,14}{0,506} (E + 0,0608 \times \tilde{Y}).$$

Der Transfer-Steuer-Saldo (TSS) für jede der Personengruppen ergibt sich aus der Formel:

$$(4.3.2 - 3) \quad TSS = Tr_{a,t-1} - \alpha T_{a,t}.$$

Dabei bezeichnet das a im Index den erreichten Schulabschluss des Individuums (insgesamt ergaben sich so sechs Personengruppen; siehe untenstehende Tabelle) und der Index t steht für die Periode. Tr bezeichnet die Transfers.

¹⁴ \tilde{Y} bezeichnet hier das verfügbare Einkommen. Die Formel findet sich bei Pfaff et al. (1978) auf S. 195 mit einem Wert für den Anteil der Mehrwertsteuer in Höhe von 0,0603. Offensichtlich ist dies aber nur ein Druckfehler, da schon zuvor ein Anteil von 6,08% deklariert wurde. Durch die Entrichtung einer Akademikersteuer würde sich das Einkommen der Akademiker verringern und somit auch deren Steuerzahlungen. Dieser Sachverhalt wird von den Autoren berücksichtigt und die obige Formel wird um nötige Anpassungsprozesse ergänzt.

4.3.3 Ergebnisse der Transfer-Steuer-Salden und Kritik

höchster erreichter Ausbildungsabschluss	Transfer-Steuer-Salden
Volksschule	-2.527,47
Mittlerer Reife	-6.878,46
Abitur	-7.361,62
Berufs- Fach- und Technikerschule	-8.367,77
Ingenieurschule	-13.420,61
Hochschule	40.730,55

Abb. 4: Quelle: Pfaff et al. 1978:195

Wie die Tabelle zeigt, können nur Absolventen von Hochschulen einen positiven Transfer-Steuer-Saldo (TSS) verzeichnen. Da der durchschnittliche TSS der Nichtakademiker – 7.711,19 DM beträgt, müsste durch eine Akademikersteuer der

Differenzbetrag in Höhe von 48.441,74 DM (vgl. Pfaff et al. 1978:194) ausgeglichen werden.

Offensichtliche Schwächen ergeben sich aus der Nichtberücksichtigung des Forschungsanteils an den Universitätsausgaben und aus den *Inzidenzhypothesen*. Werden nur 50% als lehrbezogene Ausgaben und somit als Transfers deklariert und die durchschnittliche Studienzeit für das Jahr 1970 von 5,18 Jahren (vgl. Weißhuhn 1977:225; Tab. 15) zugrundegelegt, dann reduzieren sich die Transfers um 5,18/2 mal 14.300 DM = 37.037 DM. Der TSS für Hochschulabsolventen beläuft sich dann auf nur noch 3694 DM. Nimmt man von diesem Betrag die reinen Gesundheitsausgaben heraus, könnte der TSS sogar negativ werden und der TSS der Nichtakademiker merklich steigen. Dies nicht nur, weil die empfangenen Leistungen (Transfers) der Studierenden deutlich niedriger ausfallen, sondern auch, weil der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtbudget sinkt und somit auch die Rückzahlungen der Nichtakademiker. In der Formel (4.3.2 –3) zeigt sich dies darin, dass der Wert $Tr_{a,t-1}$ nur für a := „Hochschulabsolventen“ sinkt. Andererseits sinkt $T_{a,t}$ für alle a .

4.3.4 Resümee

Die Autoren wissen ihre Studie zu relativieren. Resümierend erklären sie: „Die Entscheidung über die Einführung und Höhe einer Sondersteuer für Akademiker lässt sich aus den durchgeführten Modellrechnungen nicht logisch zwingend begründen, weil wichtige Grundfragen entweder ausgeklammert oder – explizit – der politischen Bewertung überlassen werden

müssen.“ (Pfaff et al. 1978 :206). An anderer Stelle betonen die Autoren, dass durch Berücksichtigung etwaiger Anpassungsreaktionen die gewünschten verteilungspolitischen Primäreffekte in Frage gestellt werden können (vgl. Pfaff et al. 1978:207). Zudem merken die Autoren auch an, dass die Einführung einer Akademikersteuer „vor allem für Studenten aus sozial schwächeren [...] Familien“ abschreckend hinsichtlich der Studienaufnahme wirken kann und „die verteilungspolitischen Auswirkungen dieser Anpassungsreaktionen [...] durchaus unerwünscht sein können.“ (Pfaff et al. 1978 :207).

4.4 Das Verfahren von Gernot Weißhuhn (1977)

In seiner Monographie „Sozioökonomische Analyse von Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten“ schlägt Weißhuhn folgendes Verfahren zur Ermittlung der Verteilungswirkungen vor:

Einerseits werden die Kostenrelationen der Ausbildung diverser Personengruppen in Abhängigkeit ihres Bildungsabschlusses ermittelt. Andererseits werden die Relationen der gezahlten Lohnsteuer dieser Personengruppen ermittelt. Der Vergleich beider Werte für jede Personengruppe gibt Aufschluss über die Verteilungswirkung.

Ausbildungsniveau	Kostenkoeffizient in Preisen von 1970	Kostenkoeffizienten unter Berücksichtigung der Arbeitsjahre	Lohnsteuernkoeffizienten je AN
Un- bzw. Angelernte	1,00	1,00	1,00
Nur Realschulabschluss	1,25	1,33	1,33
Nur Abitur	2,32	2,59	1,71
Abitur + Berufsausbildung	3,73	4,21	3,08
Berufsfach- Fach- oder Technikerschule	2,89	3,43	1,67
BFS, FS oder TS + Berufsausbildung	4,30	5,05	3,04
Ingenieurschule	5,90	7,7	3,36
Hochschule	10,66	14,32	3,46

Abb. 5; Quelle: Weißhuhn (1977); Tab. 28 und 33; Daten für 1970

Da unter Berücksichtigung der Arbeitsjahre¹⁵ der Kostenkoeffizient der Hochschulabsolventen 14,32 so hoch ist wie der von un- bzw. angelernten Arbeitnehmern, die Lohnsteuerzahlungen je Hochschulabsolvent jedoch

¹⁵ Vgl. zum Verfahren: Weißhuhn (1977:58)

nur 3,46 mal so hoch ist, folgert Weißhuhn (1977: 59): „für die Bundesrepublik [muss] davon ausgegangen werden, dass die Arbeitskräfte mit niedrigeren Ausbildungsqualifikationen die Kosten einer Höherqualifizierung mitfinanzieren.“

Auch Weißhuhn berücksichtigt bei den Kosten für die Hochschulausbildung nicht Forschungs- und Gesundheitsausgaben (siehe Anmerkung 4 in Tab. 9; S.219). Werden analog die Werte um 50% als Forschungsanteil reduziert, beträgt die Kostenrelation nur noch 7,16. Werden Gesundheitsausgaben herausgerechnet, sinkt dieser Wert nochmals. Die für Weißhuhn hinsichtlich der Verteilungswirkungen kausale Differenz schmilzt dann auf einen Wert, der dem der Abiturienten mit abgeschlossener Berufsausbildung in etwa entspricht.¹⁶

Unabhängig von diesem Problem der Abgrenzung der Kosten ist aus methodologischer Sicht von Interesse, ob der Vergleich zwischen Kosten- und Lohnsteuerkoeffizient eine Aussage über die Verteilungswirkung zulässt.

Im Prinzip ähnelt das Zurechnungsverfahren dem Grüskes. Nur, dass die gesamten Lohnsteuerleistungen zur Finanzierung der Ausbildungsaktivitäten deklariert werden und nicht, wie bei Grüske, ein Teil des Steueraufkommens (α). Insofern kann hier auf die Ausführungen zu Grüske verwiesen werden.

Zudem sei folgendes Zahlenbeispiel angeführt: Ein Akademiker A verursachte Ausbildungskosten in Höhe von 12.400 €. Der Ungelernte V hingegen von nur 1.000 €. In der Lebensbetrachtung zahlt A insgesamt 35.000 € an Lohnsteuer und V 10.000 €. Beide können mit ihren Lohnsteuerzahlungen ihre Ausbildungskosten abdecken. Nach Abzug verbleiben für sonstige Staatsausgaben von A 22.600 € und von V 9.000 €. Es ist nicht ersichtlich, warum es hier zu einer Situation kommt, in der V das Studium des A *mitfinanziert*. Vielmehr gilt, dass die Wohlfahrt des V ungünstiger wäre, wenn A auch als ungelernete Arbeitskraft in das Berufsleben eingestiegen wäre. Weißhuhns Argumentation wäre nur dann nachzuvollziehen, wenn die gesamten Lohnsteuerleistungen für die Hochschulen aufgewendet werden würden. Da das Lohnsteueraufkommen aber nur mit einem Anteil α an die Hochschulen geht, ist die Folgerung, wonach eine

¹⁶ Bei den Werten für die Lohnsteuerleistungen sind jene Werte, die einen Schulabschluss mit einer Berufsausbildung kombinieren, zu relativieren, zu relativieren, da sie als Schätzwerte aufgrund einer Addition der Werte aus Tab. 33 (ebd.: S.248) ermittelt wurden.

Umverteilung nur durch 12,4-fache Steuerleistung verhindert werden kann, unzulässig.

4.4. Zusammenfassung und Vergleich der Längsschnittstudien

Das Grundproblem aller Studien in der Lebensbetrachtung ist der fehlende Vergleichswert. Wenn es möglich wäre, das soziale Wohlfahrtsniveau in einem fiktiven Zustand zu ermitteln, könnte einfach die jeweils neue Situation mit der fiktiven verglichen werden und anhand einer sozialen Wohlfahrtsfunktion eine Aussage über Verteilung, Umverteilung und Gerechtigkeit getroffen werden. Da dieses Verfahren kaum möglich ist, versuchen die Autoren, Indikatoren für die Verteilungswirkung zu ermitteln. Dabei eignen die Modelle, in denen die Analyse stattfindet, oft schon das Ergebnis drastisch ein. In den Studien wird von Wachstumseffekten abgesehen, das Problem der Quantifizierung externer Effekte wird dadurch *gelöst*, dass sie als nicht existent angenommen werden oder, bei Pfaff et al (1978), nicht explizit berücksichtigt werden.

Wichtigster Indikator für die Verteilungswirkung ist die Differenz zwischen empfangenen Leistungen und Lasten der Hochschulausbildung. Allein schon die genaue Quantifizierung der empfangenen Lasten ist aufgrund des Forschungsanteils und der Gesundheitsausgaben nicht möglich. Methodologisch schwerwiegender ist die Ermittlung der Lasten. Da es keine spezifischen Steuern von Akademikern gibt, wurde in den Studien ein Verfahren gesucht, mit dem ein Teil der allgemeinen Steuerzahlungen als Rückzahlung für empfangene Leistungen deklariert wird. Wie schon in den einzelnen Besprechungen der Studien erwähnt, kann keines der Verfahren befriedigen.

Der entscheidende Unterschied zwischen Weißhuhn und Gröske ist der, dass Weißhuhns Gerechtigkeitspostulat allein dann erfüllt ist, wenn Steuer- und Kostenrelationen identisch sind. Hingegen reicht es Gröske, dass die Akademiker die Kosten ihrer Ausbildung selbst tragen (was, wie gezeigt, mit dem Gröskeschen Verfahren praktisch unmöglich ist). Gemeinsam ist ihnen, dass auf die tatsächliche Wohlfahrt der Individuen nicht abgestellt wird. Wollte Weißhuhn dies tun, dann hätte er fordern müssen, dass die Steuerrelation so hoch ist, dass die Nichtakademiker nicht schlechter gestellt werden.

Die hier vorgestellten Verfahren können nicht befriedigen. Folgende Kritikpunkte an der durchschnittsbezogenen Zurechnung können zusammengefasst werden:

1. Das Verfahren gibt keinen Aufschluss über die tatsächliche Wohlfahrt der Individuen und auch nicht über das soziale Wohlfahrtsniveau.
2. Steuersystematisch ist es problematisch, einen Teil der Steuerleistungen als Rückzahlung zu deklarieren. Wird dies trotzdem gemacht, dann stellt sich ein Problem mit der horizontalen Steuergerechtigkeit ein.
3. Die Rückzahlung ist nicht unabhängig von der Ausgabenstruktur des öffentlichen Budgets. Systematischer wäre es, nur akademikerspezifische oder bildungsinduzierte Steuerleistungen als Rückzahlungen zu deklarieren.

5. Ausblick: Wie können die langfristigen Verteilungswirkungen gemessen werden?

Eine kaum noch zu überschauende Forschung beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit den privaten Ertragsraten von Bildungsinvestitionen (vgl. Psacharopoulos 1996 für einen Überblick). Die Ertragsraten ermitteln sich entweder regressionsanalytisch im Sinne des Mincer-Modells (vgl.: Mincer 1974:83-96) oder über das Cost-Benefit Model (vgl. Psacharopoulos 1987). Beim Cost-Benefit Model werden die bildungsinduzierten Einkommen (beispielsweise das Mehreinkommen der Akademiker gegenüber den Nichtakademikern) als Ertrag deklariert und diesem Ertrag werden die Kosten (in diesem Fall also entgangenes Einkommen und spezifische Bildungskosten) gegenübergestellt. Entsprechen sich beide Größen, entsprechen sich auch die Lebenszeiteinkommen und die Ertragsrate beträgt Null.

Analog zur Ermittlung der privaten Rentabilität der Humankapitalinvestition könnte auch die fiskalische Rentabilität ermittelt werden. Dann würden Steuermehreinnahmen durch die Hochschulbildung (entspräche dem besteuerten Teil des zusätzlichen Einkommens) den öffentlichen Aufwendungen für die Finanzierung der Hochschulen gegenübergestellt. Liegt die fiskalische Rentabilität über der Rendite der bestmöglichen Alternative, dann hätte sich die Hochschulausbildung auch für den Fiskus gelohnt. Von dieser fiskalischen Rentabilität könnten dann auch die Nichtakademiker profitieren (etwa durch Steuersenkungen oder steigen-

den Transfers) und es wäre möglich, dass sich die Nichtakademiker trotz der öffentlichen Bildungsfinanzierung besser stellen.

So simpel dieses Verfahren theoretisch auch ist, dürfte es in der empirischen Anwendung viele Probleme bereiten. Zum Beispiel, müssten (eventuelle) externe Effekte berücksichtigt werden, die empirisch nur schwer zu ermitteln sind. Selbst wenn diese Probleme gelöst wären, müsste noch ermittelt werden, wie sich die Inzidenz der Staatsausgaben darstellt, denn Steuermehreinnahmen in Folge einer hohen fiskalischen Rentabilität sagen nur wenig über deren Verwendung und somit auch über die Nutznießer aus.

Vorsichtige Schätzungen können aufgrund einiger neuerer Beiträge in der Forschungsliteratur unternommen werden.

In jüngerer Zeit sind diverse Beiträge veröffentlicht worden, die sich mit dem Einfluss der Besteuerung auf die Humankapitalakkumulation beschäftigen. Trostel (1993) untersuchte den Einfluss einer proportionalen Einkommensteuer auf die Humankapitalakkumulation. Dazu berechnete er Einkommensteuerelastizitäten in Bezug auf den langfristigen und kurzfristige Humankapitalbestand. Er konnte zeigen, dass (unter realistischen Parameterschätzungen) eine Erhöhung der proportionalen Einkommensteuer um ein Prozent (also etwa von 40,0% auf 40,4%) einen langfristigen Rückgang des Humankapitalstocks von 0,388% induziert. Ursächlich hierfür ist, dass privat eingesetzte Ressourcen zur Finanzierung der Ausbildung nicht steuerabzugsfähig sind (vgl. auch Fuest/Huber 2001).

Hierbei handelt es sich wohlbermerkt um eine proportionale Einkommensteuer; die Verzerrungswirkung dürfte folglich im Vergleich zur progressiven Besteuerung noch unterschätzt sein. Die progressive Besteuerung hat in Verbindung mit der Periodenabgrenzung den Effekt, dass der private Bildungsertrag nicht nur größer gleich Null betragen (wie dies bei einem proportionalen Tarif mit vollständiger Steuerabzugsfähigkeit der Ausbildungskosten oder in einem System ohne Besteuerung zu erwarten wäre), sondern höher liegen muss, um die Benachteiligung der progressiven Besteuerung im Zusammenhang mit der Periodenabgrenzung zu kompensieren.

Die isolierte Wirkung der Progression in Verbindung mit der Periodenabgrenzung haben Dapor et al. (1998) auf Basis des US-Steuerrechts und auf Basis von Daten aus dem Jahr 1970 ökonometrisch geschätzt: „the progressivity in 1970 leads to approximately a 5-percent decline in human capital investment“. Auf der Datenbasis 1990 ist der Einfluss in

Abhängigkeit vom ausgewählten Bildungsweg sehr unterschiedlich und liegt zwischen nahe Null und -22%.

Da eine geringere Humankapitalakkumulation entsprechende Wachstumseinbußen zur Folge hätte, würde sie auch die fiskalische Rentabilität verringern.

In einem späteren Aufsatz kommt Trostel (1996) zu dem Ergebnis, dass eine öffentliche Subventionierung der Hochschulkosten als Kompensation für den verzerrenden Einfluss der Einkommensbesteuerung gesehen werden kann.

„Under realistic parameters values, the marginal welfare cost of income taxation is 61 cents per dollar of tax revenue when there is no subsidy. But if half of the explicit costs of education are paid by the government the marginal welfare cost is only 38 cents. Income taxation even ceases to be distortionary at the margin if the subsidy rate is greater than 78 % under the base case parameterization.“ (Trostel 1996:5)

Implizit ist bereits oben die Frage aufgeworfen worden, inwieweit die Wachstumsfortschritte die zusätzlichen Kosten der Bildungssubvention kompensieren können. Hierzu sei auf ein weiteres Ergebnis von Trostel (1996:19) hingewiesen: Die Bildungssubventionierung kann so ertragsreich sein, dass sie keine Kosten verursacht. Will heißen: Die Steuer Mehreinnahmen durch die gestiegene Bildungsaktivität können unter realistischen Annahmen ausreichen, um die Kosten der Subvention zu decken. Wenn dies zutrifft, dann kann davon ausgegangen werden, dass es nicht zu einer Schlechterstellung der Nichtakademiker kommt.

Aber auch unabhängig von Wachstumseffekten zahlen Akademiker mit gleichem Lebenszeiteinkommen wie Nichtakademiker mehr Steuern, wenn sie dieses Lebenszeiteinkommen in einer kürzeren Erwerbsphase erworben haben. Ursächlich hierfür ist die Progressivität der Einkommensbesteuerung in Verbindung mit der Periodenabgrenzung. Das Steuerrecht legt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – regelmäßig Tatbestände zugrunde, die für eine kurze Periode (in der Regel ein Jahr) festgestellt werden. Dabei hat die Besteuerung auf Jahresbasis

„zwar viele praktische Vorteile; aus theoretischer Sicht stellt die jährliche Erfassung steuerlicher Leistungsfähigkeit jedoch einen willkürlichen Einschnitt dar, der oft zu unerwünschten Ergebnissen führt. Theoretisch und ökonomisch einsichtiger ist es, dass die steuerliche Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen an Größen gemessen wird, die sich auf seine gesamte wirtschaftliche Lebenszeit beziehen.“ (Pollak 1990:73).

Offensichtlich müsste demnach bei einem Akademiker und einem Nichtakademiker mit gleichem Lebenszeiteinkommen die gleiche Leistungsfähigkeit unterstellt werden und die Steuer Mehrleistungen des Akademikers stellen eine steuerliche Belastung dar, die mit dem Leistungsprinzip nicht zu rechtfertigen ist. Insofern erscheint es angebracht, diesen Progressionsnachteil als Rückzahlung zu deklarieren.

Sturn/Wohlfahrt (2000) haben jüngst auf diesen Progressionsnachteil (*foregone smoothing benefit*) im Zusammenhang mit der Verteilungswirkung der öffentlichen Bildungsfinanzierung hingewiesen und für Österreich den *foregone smoothing benefit* quantifiziert: Ein dortiger Vollzeitstudent trägt einen Progressionsnachteil in Höhe von 33.400 €. Für Studierende mit einer unterdurchschnittlichen Studienstärke (27.833 €) sowie für Studierende mit geringfügiger Beschäftigung (23.633 €) bzw. Stipendienbezieher (22.200 €) liegt der Progressionsnachteil niedriger.

Für die Bundesrepublik liegen bislang keine Erhebungen vor. Nimmt man jedoch die Daten für Österreich als ungefähre Größe, dann entspricht der Progressionsnachteil in Höhe von 33.400 € in etwa den während des Studiums empfangenen Leistungen. Gröske (1994:142 [Tab. A 15]) etwa ermittelte für Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler lehrbezogene Ausgaben in Höhe von umgerechnet 8.540 € (bei einer Diskontrate von 5%) und undiskontiert in Höhe von 34.614 €.

Eine Rückzahlung wäre dann also auch schon ohne die Berücksichtigung von Wachstumsprozessen und von externen Effekten gegeben.

6. Resümee

Die soeben zitierten Forschungsergebnisse können unter keinen Umständen eine offenbar notwendige neue Untersuchung zu den langfristigen Verteilungswirkungen ersetzen. Eine solche Arbeit steht noch aus. Dazu bedarf es zunächst zuverlässiger Schätzungen über die tatsächlichen Lebenszeiteinkommensverläufe. Nachdem lange Zeit die Datenlage für Längsschnittuntersuchungen sehr dürftig war, könnte auf Basis der Daten des SOEP ein neuer Versuch gestartet werden.

Hingegen erscheint das Ergebnis der Verteilungswirkungen im Querschnitt im Prinzip unstrittig. Gröskes Ergebnis für die Querschnittsbeobachtung, wonach – gemessen an der absoluten Inzidenz – die empfangenen Leistungen der untersten Schicht die Lasten dieser um mehr als das Fünfzigfache übersteigen und – gemessen an der relativierten Inzidenz –

die unterste Einkommensschicht mit über 30% ihres Einkommens profitiert, während dieser Wert für die oberste bei 9% liegt (vgl. Grüske 1994:94), ist eindeutig progressiv. Dabei wird wohl diese Verteilungsprogressivität aufgrund der Nichtbeachtung der Äquivalenzeinkommen noch unterschätzt.

Bislang können wir wenig über die langfristigen Verteilungswirkungen sagen. Vielmehr bleibt festzuhalten, dass der momentane Forschungsstand für die Bundesrepublik Deutschland eher dürftig ist. Ein Forschungsdesiderat ist offenkundig. Vor allem aber für viele deutschsprachige Beiträge und Lehrbücher erscheint eine Überarbeitung der Passagen zu diesem Thema angebracht.

Literatur

- Baran, Paul A./Sweezy, Paul M.: Monopoly Capital. An Essay on the American Economic and Social Order. New York, London (Monthly Review Press) 1966.
- Barbaro, Salvatore/Wohlfahrt, Gerhard: Der Mythos von der Umverteilung. Wer bezahlt die Hochschulen und das Universitätsstudium? In: *Frankfurter Rundschau*, Nr. 76 vom 30.03.2000.
- Barro, Robert J./Sala-i-Martin, Xavier: Economic Growth. New York et al. (McGraw-Hill) 1995.
- Blaug, Mark: An Introduction to the Economics of Education. London (Allen Lane The Penguin Press) 1970.
- Blossfeld, Hans-Peter/Shavit, Yossi (Hrsg.): Persistent Inequality. Changing Educational Attainment in Thirteen Countries. Oxford et al. (Westview Press) 1993.
- De Meulemeester, Jean-Luc/Rochat, Denis: A Causality Analysis of the Link between Higher Education and Economic Development. In: *Economics of Education Review*, 14. Jg. (1995), S. 351-361.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Angleichung der Markteinkommen privater Haushalte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht in Sicht. In: *DIW-Wochenbericht*, 68. Jg. (2001), H. 4/2001, S. 51-56.
- Dupor, Bill/Lochner, Lance/Taber, Christopher/Wittekind, Mary B.: Some Effects of Taxes on Schooling and Training In: *American Economic Review*, 88. Jg. (1998), H. PaP, S. 340-346.
- Faik, Jürgen: Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen. Eine Modifizierung der Sozialhilfe-Skala. In: Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt/Main, New York (Campus) 1998, S. 13-42.

- Fernandez, Raquel/Rogerson, Richard: On the Political Economy of Education Subsidies. In: *Review of Economic Studies*, 62. Jg. (1995), S. 249-262.
- Friedman, Milton: *Capitalism and Freedom* Chicago (The University of Chicago Press) 1962.
- Friedman, Milton: The Role of Government in Education. In: Solo, Robert A. (Hrsg.): *Economics and the public interest*. New Brunswick et al. (Rutgers University Press) 1955. S. 123-144.
- Fuest, Clemens; Huber, Bernd: Tax Progression and Human Capital in Imperfect Labour Markets. In: *German Economic Review*, 2. Jg. (2001), H. 1, S. 1-18.
- Grüske, Karl-Dieter: Tragen Akademiker die Kosten ihrer Ausbildung? Sind Studiengebühren unsozial? In: Böttcher, Wolfgang/Weishaupt, Horst/Weiß, Manfred (Hrsg.): *Wege zu einer neuen Bildungsökonomie. Pädagogik und Ökonomie auf der Suche nach Ressourcen und Finanzierungskonzepten*. Weinheim (Juventa) 1997, S. 277 - 291.
- Grüske, Karl-Dieter: Verteilungseffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland: Personale Indizienz im Querschnitt und im Längsschnitt. In: Lüdeke, Reinar (Hrsg.): *Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung II*. Berlin (Dunkler & Humblot) 1994, S. 71 - 147.
- Hansen, Lee W./Weisbrod, Burton A.: *Benefits, Costs, and Finance of Public Higher Education*. Chicago (Markham) 1968.
- Haveman, Robert H./Wolfe, Barbara L.: Schooling and economic Well-Being: The Role of nonmarket Effects. In: *Journal of Human Resources*, 14. Jg. (1984), S. 377-407.
- Helberger, Christof: Auswirkungen öffentlicher Bildungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland auf die Einkommensverteilung der Ausbildungsgeneration. Schriften des Berichts der Transfer-Enquete-Kommission "Das Transfer-system in der Bundesrepublik Deutschland"; Bd. 4. Stuttgart et al. (Kohlhammer) 1982.
- Krämer, Walter: Falscher Ruf nach Gerechtigkeit. Ohne Studiengebühren bezahlen Arme den Reichen das Studium. In: *Forschung & Lehre*, Jg. 1999, H. 8, S. 401 - 402.
- Mare, Robert D.: Social Background and School Continuation Decisions. In: *Journal of the American Statistical Association*, 75. Jg. (1980), S. 295-305.
- Mare, Robert D.: Educational Stratification on Observed and Unobserved Components of Family Background. Aus: Blossfeld, Hans-Peter/Shavit, Yossi (Hrsg.): *Persistent Inequality. Changing Educational Attainment in Thirteen Countries*. Oxford et al. (Westview Press) 1993. S. 351-376.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Kritik des Gothaer Programms*, in: MEW, Bd. 19. Berlin (Dietz) 1962.
- McPherson, Michael S./Schapiro, Morton O.: Does Students Aid Affect College Enrollment? New Evidence on a Persistent Controversy. In: *American Economic Review*, 81. Jg. (1991), S. 309-318.
- Mincer, Jacob: Investment in Human Capital and Personal Income Distribution. In: *Journal of Political Economy*, 66. Jg. (1958), H. 4, S. 281-302.

- Mincer, Jacob: *Schooling, Experience, and Earnings*. New York and London (Columbia University Press) 1974.
- Musgrave, Richard A./Musgrave, Peggy B.: *Public Finance in Theory and Practice*. 4. A. New York (McGraw-Hill) 1984.
- Pechman, Joseph A.: The Distributional Effects of Public Higher Education in California. In: *Journal of Human Resources*, 5. Jg. (1970), H. 3, S. 361-370.
- Pfaff, Martin/Fuchs, Gerhard/Kohler, Rudolf: Alternative Konzepte zur Berechnung einer Akademikersteuer. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 98. Jg. (1978), H. 2, S. 181-209.
- Pollak, Helga: Anmerkungen zur Gerechtigkeit der Konsumausgabensteuer. In: Bea, Franz X./Kitterer, Wolfgang (Hrsg.): *Finanzwissenschaft im Dienste der Wirtschaftspolitik*. Festschrift für Dieter Pohmer zum 65. Geburtstag. Tübingen (Mohr) 1990. S. 69-85.
- Psacharopoulos, George: Returns to Investment in Education: A Global Update. In: *World Development*, 22. Jg. (1994), H. 9, S. 1325-1343.
- Psacharopoulos, George: The Cost-Benefit Model. Aus: Psacharopoulos, George (Hrsg.): *Economics of Education*. Research and Studies. Oxford (Pergamon Press) 1987. S. 342-346.
- Richter, Wolfram F.: Entstaatlichungspotentiale im Hochschulbereich. Gutachten für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In: Helmstädter, Ernst (Hrsg.): *Vorträge*. Opladen (Westdeutscher Verlag) 1999, S. 37 - 68.
- Shea, John: Does parents' money matter? In: *Journal of Public Economics*, 77. Jg. (2000), S. 155-184.
- Sturn, Richard/Wohlfahrt, Gerhard: *Der gebührenfreie Hochschulzugang und seine Alternativen*. Wien (Verlag Österreich) 1999.
- Sturn, Richard/Wohlfahrt, Gerhard: Who Pays for Higher Education? A Note on the Neglected Role of Income Tax Progression. In: *Finanzarchiv N. F.*, 57. Jg. (2000), S. 126-136.
- Trostel, Philip A.: The Effect of Taxation on Human Capital. In: *Journal of Political Economy*, 101. Jg. (1993), S. 327-351.
- Trostel, Philip A.: Should Education Be Subsidized? In: *Public Finance Quarterly*, 24. Jg. (1996), S. 3-24.
- Weisbrod, Burton A.: Education and Investment in Human Capital. In: *Journal of Political Economy*, 70. Jg. (1962), H. 5, S. 106-123.
- Weißhuhn, Gernot: *Sozioökonomische Analyse von Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten*. Berlin (Duncker & Humblot) 1977.
- Weizsäcker, Carl Christian: Lenkungsprobleme der Hochschulpolitik. In: Arndt, H./Swatek, D. (Hrsg.): *Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften*. Berlin (Duncker & Humblot) 1971, S. 20-78.
- Wissenschaftsrat: *Finanzstatistische Kennzahlen ausgewählter Studiengänge*. Eine Modellstudie. Köln 1997.
- Woll, Artur: *Wirtschaftspolitik*. München (Vahlen) 1985.

Wie wild war Friedrich Merz?

GDS erforscht die Schlacht um die Schumannklause

Rätselraten hat Friedrich Merz, der Chef der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, mit einem *Tagesspiegel*-Interview über seine angeblich wilden Jugendjahre ausgelöst. Studentenhistorisch weniger interessant ist die Frage, wie lang Merzens Haare in seiner Abiturientenzeit waren. Einer näheren Erforschung wert ist aber sein Bericht über die Bonner Schumannklause, damals als Treff der Linken bekannt. Als Aktiver einer sehr verehrlichen KDSStV Bavaria in Bonn will Merz mit „erhobener Faust“ an dem Lokal vorbeigezogen sein und öfter überlegt haben „ob wir da mal reinmarschieren und einen kleinen Bürgerkrieg mit denen anzetteln“. Merz weiter: „Die Kneipe existiert heute nicht mehr, nachdem ein paar Freunde von mir – ich schwöre, ich war nicht dabei – einen Müllcontainer durch die Fensterscheibe geschmissen und das Lokal in Schutt und Asche gelegt haben.“

Diese Schilderung wird von einem, der es wissen müsste, nicht bestätigt: dem Wirt der Schumannklause, nämlich Friedhelm Drautzburg, heute als Inhaber der „Ständigen Vertretung“ des Rheinlandes in Berlin auch bei heimatvertriebenen Unionspolitikern als vertrauenswürdiger Gaffel-

Kölsch-Anbieter mitten in der märkischen Sandwüste akzeptiert. Weder Drautzburg noch sein Nachfolger Wulf Doerk können sich an eine Schlacht um die Schumannklause erinnern; als die Kneipe 1983 dichtmachte, war das Mobiliar noch so intakt, daß es an die Stammgäste versteigert werden konnte. Es sollen zwar durchaus auch Unionsanhänger in der Schumannklause gesichtet worden sein, galt doch das Werbeversprechen, daß es gegen Vorlage eines CDU-Parteibuchs ein Freibier gab; aber – so Drautzburg – „randaliert haben die nie“.

Wo die Zeitzeugen einander dermaßen widersprechen, ist die GDS gefordert, um zu verhindern, daß eine mögliche Episode Bonner Studentengeschichte in der Vergessenheit verschwindet. Wir fragen unsere Mitglieder: Wer kann sich an die Schlacht um die Schumannklause erinnern? Wer war dabei – als Müllcontainerwerfer oder als friedlicher Gast? Ist möglicherweise im Archiv einer sehr verehrlichen Bavaria Entsprechendes verzeichnet? Und hat jemand den stud.iur. Friedrich Merz erkannt, wie er mit erhobener Faust das Lokal passierte? Oder war das gar als sozialistischer Gruß gemeint?

RN

*StudentenKurier. Zeitschrift für Studentengeschichte,
Hochschule und Korporationen Nr. 1/2001*

Bibliographie Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart¹

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

1. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in SBZ/DDR/Ostdeutschland

1.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990 – 1998²

Projektgruppe "Pädagogikstudium Halle" (Hg.): *"Student sein, das war was". Die Anfänge der Pädagogischen Fakultät in Halle von 1945 bis 1954*. Martin-Luther-Universität, FB Erziehungswissenschaften, Halle/S. 1998. 129 S.

Ein aus den 1997er Feierlichkeiten anlässlich der 50jährigen Wiederkehr der Eröffnung der Pädagogischen Fakultät an der Universität Halle entstandenes studentisches Projektseminar beschäftigte sich in drei Arbeitsgruppen mit diesen Anfangsjahren in unterschiedlichen Perspektiven: institutionelle Voraussetzungen und Lehrangebot des

¹ Die Bibliographie erfasst ausschließlich selbständige Publikationen: Monographien, Sammelbände, Broschüren, ggf. auch komplette Zeitschriften-Nummern, sofern diese einen an dieser Stelle interessierenden thematischen Schwerpunkt haben.

² „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle (jeweils im Kapitel 1) fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1999, 566 S., ISBN 3-89271-878-4, 98,-DM.

Pädagogikstudiums, Erinnerungen interviewter ehemaliger Studenten über ihre akademische Ausbildung, Rekonstruktion des bildungs- und politikgeschichtlichen Rahmens in der SBZ und der DDR zwischen 1945 und 1954. Die Ergebnisse dieses Projektseminars wurden in einem Workshop im Juli 1997 präsentiert. Die Broschüre enthält folgende Beiträge: "Studium der Erziehungswissenschaften 1998 (Aus der Sicht eines Betroffenen)" (Kai Ritter), "Die Pädagogische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Ort des Pädagogikstudiums vor 50 Jahren" (Berthold Ebert), "Das gesprochene Wort und das geschriebene" (Kathleen Kühmel), "Aufbau des Pädagogikstudiums von 1946-1950" (Cornelia Dörge), "Analyse von Studienbüchern" (Heike Seupel), "Eröffnung der Universität Halle-Wittenberg und ihre Vorgeschichte" (Kai Ritter), "Studieralltag" (Edith Glaser), "Zusammen arbeiten und studieren" (Claudia Graf/Bettina Krieger), "Geld regiert die Welt und das Leben der Studierenden" (Claudia Graf/Bettina Krieger/Katja Schulze), "(Studenten-)Kultur" (Lydia Lochow) und "Politisches Zeitpanorama 1945-1954/Zeitpanorama Bildungspolitik 1945-1954" (Anke Bornmann/Anja Jeschke/Anja Wiebach).

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt (Hg.): *IM "Raucher". Die Zusammenarbeit eines Studentenpfarrers mit dem Ministerium für Staatssicherheit* (Reihe Sachbeiträge Nr. 5). Magdeburg 1997. 137 S. Bezug bei: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Tel. 0391-5675071.

Als Bestandteil eines Forschungsprojektes der sachsen-anhaltinischen Landesbeauftragten zur Beobachtung von Studentengemeinden durch das MfS widmet sich diese Broschüre der Zusammenarbeit des Studentenpfarrers Dr. Haupt mit der Staatssicherheit. Er habe sich relativ weitgehend auf eine Zusammenarbeit eingelassen. Die Herausgeber wollen mit der Veröffentlichung dieses Falles allen Beteiligten die Möglichkeit geben, ihre Sichtweise darzustellen.

Gursky, André: *Vorgang "Riga". Die "Bearbeitung" eines evangelischen Studentenpfarrers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit* (Reihe Sachbeiträge Nr. 7). Hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998. 131 S. Bezug bei: Landesbeauftragte Sachsen-Anhalt, Tel. 0391-5675071.

Nachdem die Freie Deutsche Jugend zur "Kampfreserve der SED" umstrukturiert und zur alleinigen Interessenvertretung der Jugend erklärt wurde, nahm die Bekämpfung der Jungen Gemeinden und Studentengemeinden zu. In ihnen versammelten sich Schüler und Studenten, um nach Möglichkeiten zu suchen, sich aus christlicher Perspektive in das soziale Zusammenleben einzumischen. Studentenpfarrer wurden häufig zu Vertrauenspersonen und Vorbildern. Die Broschüre ist Teilergebnis eines Forschungsprojektes zur Bearbeitung evangelischer Studentengemeinden der Kirchenprovinz Sachsen durch das MfS. Sie geht den Gründen für die Verhaftung eines Studentenpfarrers 1953 und die darauffolgende Untersuchungshaft beim Ministerium für Staatssicherheit in Halle/Saale und Berlin nach.

Goldschmidt, Dietrich/Schaefer, Hans- Dieter (Hg.): **Entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochschulbildung und Wissenschaft. Die Suche nach neuen Ansätzen.** Hrsg. vom Zentralinstitut für Hochschulbildung, Berlin 1990, 75 S.

Am 8./9. November 1990 wurde vom Zentralinstitut für Hochschulbildung in Zusammenarbeit mit Dietrich Goldschmidt (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) ein Kolloquium abgehalten, das sich mit der Charakterisierung und Wertung der bisherigen deutschen entwicklungspolitischen Aktivitäten auf dem Gebiet von Hochschulbildung und Wissenschaft (soweit letztere von Hochschuleinrichtungen realisiert werden) befaßte. In dem Kolloquium kamen die Vertreter von Mittlerorganisationen ebenso zu Wort wie Wissenschaftler, die die Gestaltung der Entwicklungspolitik, speziell der Bildungshilfe, zum Gegenstand z.T. langjähriger Forschungsarbeiten gemacht haben. Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge: „Neubestimmung der Ansätze in der Entwicklungspolitik – Was heißt dies aus der Sicht der Erfahrungen der DDR in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern?“ (Bärbel Last), „Die sowjetische Bildungshilfe ohne Zukunft?“ (Jürgen Eberhardt), „Hochschulpartnerschaften - Grundlage für den Ausbau internationaler Beziehungen“ (Rüdiger Jütte), „Zur Expertenentsendung der DDR in Entwicklungsländer“ (Bärbel Last).

Buck-Bechler, Gertraude/Jahn, Heidrun: **Studie zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen aus der ehemaligen DDR.** Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1991, 34 S.

Die Bewertung von Studiengängen werde auch dann noch gefragt sein, wenn die Äquivalenz von DDR-Hochschulabschlüssen längst kein Thema mehr ist. Insofern habe die vorliegende Studie eine Doppelfunktion: Übliche formale Kriterien der Bewertung – wie Studiendauer, Zugangsvoraussetzung und Abschlußart – sagten zu wenig über die mögliche Bildungsleistung des Studiengangs aus und bewahrten nicht vor Fehleinschätzungen. Sie wurden deshalb von den Verfasserinnen durch inhaltliche Kriterien ergänzt. Dabei wurden folgende Kriterien analysiert: der spezifische Bildungsauftrag des Hochschultyps, Studienziele, inhaltliche Ausbildungsschwerpunkte und Praxisanteile.

Mutius, Albert von/Jörg Nussberger (Hg.): **Bauen für Studenten. Wohnanlagen in Deutschland seit 1990. Student housing. The German Experience.** Birkhäuser Verlag, Basel 1994. 213 S. Sfr 108,-. Im Buchhandel.

Studentenwohnheime stellen traditionell die preiswerteste Wohnform außerhalb des Elternhauses dar. In westdeutschen Bundesländern stehen zur Zeit der Buchveröffentlichung für ca. 10% aller Studierenden öffentlich geförderte Wohnplätze zur Verfügung. Die Situation in Ostdeutschland stellt sich völlig anders dar: für fast die Hälfte aller Studierenden stehen Wohnheimplätze zur Verfügung. Ziel dieser in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Studentenwerk veröffentlichten Dokumentation zum Studentenwohnraumbau ist es, die in den letzten Jahren vollbrachten Leistungen der Bauherren zu würdigen. Darüber hinaus soll die Vielfalt der baulichen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Schaffung studentischen Wohnraums aufgezeigt werden. Einen Schwerpunkt der Dokumentation bilden naturgemäß die in der 90er Jahren besonders zahlreich restaurierten ostdeutschen Studentenwohnheime, dabei wiederum eine hohe

Anzahl von Plattenbauten, die nicht zuletzt eine auch gestalterische Herausforderung darstellten.

Adler, Henri: ***Brandenburg. Wanderungsgeschehen an den Hochschulen von 1989 bis 1992.*** Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1993, 50 S.

Zusammenstellung und Aufbereitung statistischer Daten.

Scherer, Doris/Anke Burkhardt: ***Hochschulpersonalstellenbedarf im Land Mecklenburg-Vorpommern (ohne Bereich Medizin). Vorausschätzung bis 2015. Untersuchung im Auftrag des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern.*** Hrsg. Von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Berlin 1995. 38 S. + Anh.

Basierend auf dem massiven Stellenabbau in den Jahren 1992/93 an den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns wird mit Blick auf die zu erwartende steigende Studiennachfrage zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Studie von einem erheblichen Stellenweiterungsbedarf ausgegangen. Diese Personalstellenprognose enthält detaillierte Informationen zu Umfang, Struktur und zeitlicher Einordnung der Stellenbedarfsänderungen an mecklenburg-vorpommerschen Hochschulen.

Höpcke, Klaus: ***Personen-Querelen und Politik-Qualität. Zwölf Reden, drei Briefe, eine Presseerklärung, ein Antrag, zwei Mündliche Anfragen an die Landesregierung und ein kulturpolitisches Thesenpapier. Februar - Dezember 1992.*** Erfurt 1992. 127 S.

Aus den in dieser Publikation zusammengestellten Materialien der Tätigkeit des Antrags als Landtagsabgeordneter ist im hiesigen Kontext auf zwei Beiträge besonders hinzuweisen: "Entwicklungsaussichten der Medizinischen Hochschule Erfurt. Mündliche Anfrage an die Landesregierung, 17. September 1992" und "Gegen die Schließung der Medizinischen Hochschule Erfurt, für Thüringer Wissenschaftsentwicklung. Rede in der Aussprache zu Dr. Minister Ulrich Fickels Regierungserklärung zu Thüringens Hochschulstruktur, 12. November 1992".

Höpcke, Klaus: ***Geordnete Verhältnisse? Streitäres aus dem Thüringer Landtag. Im Rückblick: Wie es 1988 zum Ende der Buchzensur in der DDR kam.*** GNN Verlag, Schkeuditz 1996. 272 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Ein Kapitel dieses Band des von 1973 bis 1989 u.a. als stellvertretender DDR-Minister für Kultur und jetzt als Landtagsabgeordneter in Thüringen tätigen Autors widmet sich parlamentarischen Vorgängen im Thüringischen Landtag zu Wissenschafts- und Kulturpolitik. Auf folgende Beiträge sei hier insbesondere hingewiesen: "Minister der CDU/SPD-Landesregierung 'wendet sich' gegen und stimmt für Personalabbau an Thüringer Hochschulen. 10. März 1995 (Landtag)", "Wider den parlamentarischen Leerlauf. 14. September 1995. Landtag", "Ein Schließungsgesetz, das Thüringen schadet. 22. Februar 1996", "'Kaderschmiede' für arbeitslose Pastoren? Über mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrbedarf und den Bedarf an Theologen in Thüringen. 19. April 1996 (Landtag)", "Entzifferungsdienstleistung zu einem

auf Nicht-Transparenz getrimmten Text. 18. März 1996 (Brief an Thüringer Hochschulrektoren)" und "Keine Zeile Nietzsches in der DDR vor 1989? 9. Dezember 1995 (Postskriptum eines Briefes an die Herausgeber der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung')".

Achinger, Gertrud: ***Kuratel und Fürsorge. Studien- und Lebensbedingungen afrikanischer Studierender in Leipzig und Ostberlin vor und nach der Wende*** (Auszeit 3-4/1993). Hrsg. vom World University Service, Wiesbaden 1993. 147 S. DM 5,-. Bezug bei: WUS, Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden.

Die Studie untersucht Lebens- und Studienbedingungen afrikanischer Studierender in der DDR und nach 1990 in Ostdeutschland. Detailliert wurden über Befragungen nahezu alle denkbaren Aspekte, die in diesem Zusammenhang relevant sind, erhoben.

Universität Leipzig, Der Rektor (Hg.): ***Rektoratswechsel 1997*** (Leipziger Universitätsreden, Neue Folge H. 85). Leipzig 1998. 28 S. Bezug bei: Universität Leipzig, Dezernat für Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsförderung, Ritterstraße 26, 04109 Leipzig.

Das Heft dokumentiert die gehaltenen Reden während des Festaktes zur Verabschiedung des scheidenden (seit 1991 amtierenden) Rektors Cornelius Weiss und die Amtseinführung seines Nachfolger Volker Bigl im Dezember 1997.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Dresden (Hg.): ***Leben in zwei Diktaturen. Victor Klemperers Leben in der NS-Zeit und in der DDR. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Verein "Gegen Vergessen - Für Demokratie" am 19. und 20. September 1997 in Dresden***. Dresden 1998. 81 S. Kostenlos bei: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Dresden, Königstr. 6, 01097 Dresden.

Das Heft vereint alle die Beiträge, die sich während der Tagung dem Leben und Wirken Klemperers widmeten. Als Professor für Romanistik lehrte er in Dresden, war dem nationalsozialistischen Rassenwahn ausgesetzt, konnte aber nach der Befreiung bis zu seinem Tod in dieser Stadt seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen. Im hiesigen Kontext ist insbesondere auf folgende Beiträge hinzuweisen: "Mutmaßungen über Victor Klemperers Leben in zwei deutschen Diktaturen" (Klaus-Dietmar Henke), „Zwiespältiger denn je“. Dresden 1945 in Victor Klemperers Tagebuch“ (Günter Jäkel), "Victor Klemperer in der DDR. Eine journalistische Recherche" (Peter Jacobs), "Zur Faszination Victor Klemperers" (Johannes Dirschauer) und „Der Firnis des Tröstlichen“ (Hans-Peter Lühr).

Müller, Hanfried (Hg.): ***Wider die Resignation der Linken. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion. Kirchen- und Zeitgeschichte im Spiegel der Weißenseer Blätter. Nachdrucke aus den Jahren 1982-1992***. Hrsg. im Auftrag des Weißenseer Arbeitskreises, Köln 1994, 256 S., DM 18,-. Im Buchhandel oder bei GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.

Der Band dokumentiert über 50 Artikel aus 10 Jahrgängen der *Weißenseer Blätter*, dem Paria der theologischen Zeitschriftenfamilie in der DDR. Die radikalkommunistisch-christliche Zeitschrift war ein Unikum insofern, als sie vermutlich das einzige Blatt in der DDR war, das die herrschende SED *links* überholte.

Mayr, Alois/Helga Schmidt (Hg.): ***Geographie in Leipzig. Tradition und Neubeginn.*** Institut für Länderkunde Leipzig, Leipzig 1998. 114 S. Bezug bei: Institut für Länderkunde, Geographische Zentralbibliothek, Schongauerstraße 9, 04329 Leipzig

Im Oktober 1996 konnte nach 27 Jahren das Institut für Geographie der Universität Leipzig wieder als eigenständiges Institut seine Tätigkeit aufnehmen. Neben den Grußworten zur Festveranstaltung anlässlich der Gründung des Instituts sind folgende Beiträge von Interesse: "Umfeld, Umbrüche und wissenschaftliches Profil des Geographischen Instituts der Universität Leipzig von 1871 bis 1996" (Hans Richter), "Rückmeldung der Geographie. Position und Aufgaben an der Universität Leipzig" (Helga Schmidt), "Das Institut für Länderkunde Leipzig. Stellung, Aufgaben und Aktivitäten" (Alois Mayr), "Der Projektbereich Urbane Landschaften des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle. Forschungen zu Analyse, Bewertung und Management urbaner Landschaften" (Jürgen Breuste), "Stadt- und Regionalforschung in der Abteilung Ökologische Ökonomie und Umweltsoziologie (ÖKUS) des UFZ-Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH" (Sigrun Kabisch), "Die Sektion Angewandte Landschaftsökologie im UFZ-Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle GmbH" (Rudolf Krönert) und "Zur Geschichte und Gegenwart der Geographischen Gesellschaft zu Leipzig" (Frank-Dieter Grimm).

Bleidick, Ulrich/Ellger-Rüttgardt, Sieglind (Hg.): ***Behindertenpädagogik im vereinten Deutschland. Über die Schwierigkeiten eines Zwiegesprächs zwischen Ost und West.*** Deutscher Studien-Verlag, Weinheim 1994. 232 S. DM 39,-. Im Buchhandel.

Die Beiträge dieser Publikationen erörtern die Schwierigkeiten des deutschen Vereinigungsprozesses in einem Teilbereich des Erziehungswesens. Auf folgende im hiesigen Kontext interessierenden Beiträge sei hingewiesen: "Gedanken zum pädagogisch wirksamen Menschenbild in der DDR und sein Einfluß auf die Sonderpädagogik. Reflexionen und Ausblicke" (Ute Angerhoefer), "Rehabilitationspädagogik und Wissenschaftsstrategie" (Klaus-Peter Becker), "Zur Dialektik des Neubeginns. Hochschulpolitische Analyse des Vereinigungsprozesses am Beispiel der Humboldt-Universität Berlin" (Ulrich Bleidick), "Gibt es Chancen für eine produktive Berührung des sonderpädagogischen Bemühens in den west- und ostdeutschen Landen?" (Bodo Bröse), "Deutsche Sonderpädagogen im Gespräch. Versuche des Dialogs, der Selbstvergewisserung, des Neuanfangs" (Sieglind Ellger-Rüttgardt), "Hilfsschulpädagogik in der DDR. Erfahrungen mit einer Dissertation" (Jürgen Hoffmann), "Vom Neuaufbau sonderpädagogischer Studiengänge im universitären Fern- und Präsenzstudium. Das Beispiel der Fernuniversität Hagen und die Neugründung Potsdam" (Gustav Kanter) sowie "Der Fachbereich Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin. Versuch einer Innovation" (Uwe Koch).

Hüls, Thorsten: *Die Juristenausbildung an der Universität Halle. Von den Anfängen bis zur Neugründung der Juristischen Fakultät im Jahr 1993.* Verlag Cuvillier, Göttingen 1997. 132 + XXVII + XXXVI S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Eine Juristenausbildung an der Universität Halle ist bereits für das Jahr der Universitätsgründung – 1694 – nachweisbar. Der Autor will einen Überblick über die Entwicklung der juristischen Fakultät Halle geben, die sie seither genommen hat. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen steht der Zeitraum zwischen 1945 bis 1993. Dabei thematisiert er auch über die Hallenser Fakultät hinausgehend Entwicklungen und Reformbestrebungen in der Juristenausbildung der DDR, eingebettet in eine Analyse des wissenschaftlichen Personals, der Studierenden und der allgemeinen Hochschulpolitik. Im letzten Abschnitt werden die Umstrukturierungen nach 1989 bis zur Neugründung der Juristischen Fakultät Halle 1993 erörtert.

Neue Sächsische Galerie (Hg.): *Startpunkte. Absolventen der Hochschule für Bildende Künste Dresden, der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig und des Fachbereiches Angewandte Kunst Schneeberg der Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau (FH) stellen sich vor.* Chemnitz 1995. 59 S.

Die Neue Sächsische Galerie in Chemnitz ist die einzige Einrichtung, deren Schwerpunkt auf der Sammlung und Präsentation aller Genre sächsischer Kunst nach 1945 liegt. Mit der Ausstellung "Startpunkte" gab die Galerie erstmals den Absolventen der Hochschule für Bildende Künste Dresden, der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau (FH) die Chance, sich an einem gemeinsamen Ort darstellen zu können. Der Ausstellungskatalog zeigt den Entwicklungsstand dieser drei künstlerischen Ausbildungsstätten.

Uhlmann, Johannes: *Kunst des Elementaren. Die Högnersche Grundlehre des visuell-ästhetischen Gestaltens im Produktdesign. Ein Beitrag anlässlich des 90. Geburtstages von Rudi Högner und des 50. Gründungsjubiläums der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.* Dresden University Press, Dresden 1997. 72 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Diese Publikation anlässlich des 90. Geburtstages von Rudi Högner widmet sich der Högnerschen Grundlehre der visuell-ästhetischen Gestaltens für das Produktdesign und ihrer Weiterentwicklung in und außerhalb der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Högner war 1948 an die Hochschule für Bildende Künste in Dresden berufen worden. 1953 erfolgte die Herauslösung der angewandten Kunst aus der Dresdner Hochschule und ihre Eingliederung in die Hochschule für bildende und angewandte Kunst Berlin-Weißensee. Infolgedessen wirkte Högner fortan von dort aus.

Thom, Achim/Schröder, Christina/Geyer, Michael (Hg.): *Geschichte und Gegenwartsprobleme der Psychotherapie. Zur Stellung Sigmund Freuds und der Psychoanalyse. Freud-Ehrung in Leipzig. Protokollband des Internationalen Symposiums, Leipzig vom 11.-13. Juli 1989.* Hrsg. vom Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften des Bereiches Medizin der Universität Leipzig, Leipzig 1991, 224 S.

Der Band versucht, einen Überblick über die zeitgenössische psychoanalytische Kultur (vor allem des deutschsprachigen Raums) zu vermitteln. In diesem Zusammenhang werden eine Standortbestimmung der Psychoanalyse in der DDR vorgenommen, die Rezeptionsgeschichte kritisch bewertet und realistische Perspektiven für ihre Anwendung aufgezeigt. Die Herausgeber betrachten das Vortragsprotokoll – die Tagung fand im Juli 1989 statt – nicht nur als wissenschaftshistorisches, sondern auch als ein zeitgeschichtliches Dokument. Es zeige, wie weit und mit welchen Mitteln eine produktive Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse, von wissenschaftlichem und persönlichem Interesse motiviert, gedeihen konnte, obwohl die gesellschaftliche Atmosphäre ein solches Engagement nicht begünstigte. In dieser Hinsicht sind vor allem folgende Beiträge von Interesse: „Kontinuität und Diskontinuität der Diskussion zum Verhältnis von marxistischer Philosophie und Psychoanalyse“ (Siegfried Kätzel), „Zum Umgang mit psychoanalytischen Konzepten in der Psychotherapie der DDR“ (Michael Geyer, Werner König, Hans-Joachim Maaz, Christoph Seidler) sowie „Handlungstheoretische Aussagen S. Freuds aus der Sicht der marxistischen Persönlichkeitspsychologie“ (Harry Schröder).

Wolf, Edith (Hg.): ***Das Psychosoziale in Theorie und Praxis. Festschrift für Hans R. Böttcher zum 65. Geburtstag***, Verlag Schöppe und Schwarzenbart, Tübingen/Hamburg 1992, 351 S. DM 24,00. Im Buchhandel.

Böttcher war seit 1976 Professor für Persönlichkeits-, Differentielle und Klinische Psychologie an der Universität Jena und in den 80er Jahren Objekt politischer Disziplinierungsmaßnahmen. Im hiesigen Kontext interessieren folgende Beiträge des Bandes: „Laudatio des Prorektors für Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena“ (Gottfried Meinhold), „Laudatio des Lehrstuhlinleiters Klinische Psychologie an der Universität Rostock und des Leiters der Weiterbildung für Fachpsychologen der Medizin bis 1991“ (Hans-Dieter Rösler), „Erlebte Familienwirklichkeiten – Reflexionen einer Therapeutin vor und nach der Wende in der DDR“ (Claudia Köhle), „Rück- und Ausblick auf Trennungs- und Scheidungsberatung in der ehemaligen DDR“ (Jaqueline Fritsch), „Hans Böttcher und sein Beitrag zur Entwicklung der Partnerschaftsdiagnostik und -therapie“ (Hans-Joachim Meisel). Der Band wird mit einer Bibliographie Hans Richard Böttchers und einem Verzeichnis seiner außeruniversitären Veranstaltungen, die Böttcher in den Jahren von 1981 bis 1991 konzipiert und durchgeführt hat, beschlossen.

Diederichs, Peter (Hg.): ***Psychoanalyse in Ostdeutschland*** (Psychoanalytische Blätter Bd. 11), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998, 140 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Dieser Band des „Psychoanalytischen Blätter“ will einen ersten Überblick geben, wie sich die Psychoanalyse nach dem Umbruch in Ostdeutschland entwickelt hat. Im hiesigen Kontext relevante Beiträge sind: „Mit Sigmund Freud und Iwan Petrowitsch Pawlow im Kalten Krieg. Vom Untergang der Psychoanalyse in der frühen DDR“ (Heike Bernhardt), „Über die Wiederbelebung der Psychoanalyse im Ostteil Berlins seit 1990“ (Elisabeth von Strachwitz), „Vom Dialog zur Institution? Reflexionen über DPV-Kontakte in den neuen Bundesländern“ (Franziska Henningsen), „Psychoanalyse im multimodalen Ansatz – eine ostdeutsche Entwicklung“ (Hans-Joachim Maaz), „Die Übergangsregelung für die Mitgliedschaft in der DGPT“ (Carl Nedelmann) sowie „Gedanken zur psychoanalytischen Identität in West und Ost“ (Peter Diederichs).

1.2. Aktuelle Publikationen

Peer Pasternack (Hg.): **DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg** (Wittenberger Hochschulforschung), Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 315 S. DM 68,-. Im Buchhandel.

Seit seiner Gründung im Jahre 1996 befasst sich HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung nicht allein mit Fragen der aktuellen Hochschulentwicklung und –reform, sondern legt auch Beiträge zu Geschichte und Nachwirkungen des DDR-Hochschulwesens vor. Diese thematisch weitgefächerten Studien waren bislang teils verstreut veröffentlicht, teils nur in Gestalt von Projektberichten oder als Manuskripte verfügbar. Vorliegender Band führt die Studien – zu kompakten Ergebnisdarstellungen verdichtet und aktualisiert – zusammen. Mit dem Untertitel der Kompilation – ‚Eröffnungsbilanz‘ – soll verdeutlicht werden, dass HoF Wittenberg beabsichtigt, seine DDR-bezogenen Aktivitäten im Feld der historischen Hochschulforschung zu intensivieren. Themen der Beiträge sind „Die Idee der Hochschule in der DDR“ (Gertraude Buck-Bechler), der Hochschulbau in der DDR (Peer Pasternack), „Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945“ (Jan-Hendrik Olbertz), „Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994“ (P. Pasternack), die DDR-Militär- und Polizeihochschulen (Anke Burkhardt), die ostdeutsche geistes- und sozialwissenschaftliche Zeitschriftenlandschaft (P. Pasternack), Erziehungswissenschaft im Transformationsprozess (J.-H. Olbertz), „Die Reflexion der DDR-Wissenschaftsgeschichte in den Einzeldisziplinen“ (P. Pasternack), die Hochschulpädagogik in der DDR (J.-H. Olbertz) sowie die ostdeutsche Hochschulforschung 1990 – 2000 (P. Pasternack), „Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Hochschulen“ (P. Pasternack/Katja Schulze) und „Die DDR-bezogenen Bestände der HoF-Bibliothek“ (Kerstin Martin).

Scheler, Werner: **Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriss zur Genese und Transformation der Akademie**. Karl Dietz Verlag Berlin, Berlin 2000. 480 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

In Nachfolge der Preußischen Akademie greift die Tätigkeit der Berliner Akademie mit der Wiedereröffnung 1946 deren Erbe auf, konstituiert sich als eine Wissenschaftseinrichtung mit gesamtdeutscher Option und transformiert über mehrere Etappen zur zentralen Wissenschafts- und Forschungsinstitution der DDR. Sie ändert dabei ihren Charakter von einer traditionellen Gelehrtengesellschaft zu einer Körperschaft, die zugleich eigene Forschungseinrichtungen betreibt und sich den Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR zuwendet. In der Forschung ihrer Institute und der Gestaltung des wissenschaftlichen Lebens reflektiert sich die permanente Wechselwirkung zwischen Selbstbestimmung und externem Einfluss. Die mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen versehene Darstellung markiert die Grundlinien des Entwicklungs- und Transformationsprozesses der Akademie und die Vielschichtigkeit ihres Wirkens.

PDS-Bundestagsfraktion (Hg.): *Arbeiter-und-Bauern-Fakultät. Was war sie und bleibt von ihr für linke Bildungspolitik? Zeitzeugenkonferenz der PDS-Bundestagsfraktion am 9. Oktober 1999 in Halle/Saale*. Berlin 2000. 49 S. Bezug bei: PDS-Bundestagsfraktion, Platz der Republik, 11011 Berlin. Die Dokumentation der Tagung anlässlich des 50. Jahres der Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) enthält u.a. folgende Beiträge: "Zeugenaussage" (Helmut Seidel), "Gedankensplitter oder: Was mir beim Nachdenken über das Thema '50 Jahre ABF und Konsequenzen für linke Bildungspolitik heute' so eingefallen ist" (Günter Wilms), "Ein Tag an der ABF Halle im Jahre 1951" (Werner Gabrysiak), "Mein neuer 'Weg ins Leben', meine 'Wende' war die ABF Halle" (Hans-Albrecht Wullstein), "Von Kontinent zu Kontinent, lerne und lehre und kämpfe, Student" (Helmut Peters), "Unser Hunger nach Bildung war genauso groß wie der Hunger nach Nahrung" (Günter Reichert), "ABF-Geschichte – mehr als eine Sammlung von Erfahrungen" (Wolfhard Frost), "Von der katholischen Religion zum Marxismus" (Gerhard Fuchs), "Wissen. Weisheit. Widerstand" (Julius Leymann), "Mein Beitrag zu einer ABF-Geschichte" (Wolfgang Sterz), "Wir haben das Lernen gelernt und uns durchgebissen" (Ruth Anders), "Zwei Jahre, die mein Leben prägten" (Helga Watzin-Heerdegen), "Von der ungelerten Arbeiterin zur Chefdolmetscherin" (Eva Kolowrat), "Plädoyer für eine ABF-Geschichte" (Alfred Kosing), "Ein bisschen alt und immer noch glücklich" (Irmgard Nolde), "Die ABF II – Vorbereitung auf das Auslandsstudium" (Viola Schubert-Lehnhardt), "Wer schreibt, der bleibt" (Sonja Reichert), "ABF – eine echte Schule des Lebens" (Gudrun Benser), "Eine Saat, die aufgegangen ist" (Georg Hagen), "Sie wollten uns nicht wahrhaben, sondern weghaben" (Günter Herlt), "Frei und offen in die Welt schauen" (Ernst Laboor), "ABF – was war das?" (Kurt Schumacher) und "Schlussfolgerungen für linke Politik heute?" (Roland Claus).

Barck, Simone/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hg.): *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR*. Christoph Links Verlag, Berlin 1999, 751 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Der Band enthält neben Beiträgen zu Publikumszeitschriften auch zahlreiche Artikel zu wissenschaftlichen und semiwissenschaftlichen Zeitschriften in der DDR: „Nur ein ‚herrenloser Hund‘? Die *Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*“ (Heide Damaschun/Andreas Noack/Inge Schubert); „Anspruchsvoll und waghalsig? Die Zeitschrift *Deutsche Architektur/Architektur in der DDR* (1952 bis 1990)“ (Bruno Flierl); „In der Rückschau: Der Traum von der idealen Besetzung“ (zu *Farbe + Raum*, Wolfgang Kil); „Quer. form + zweck“ (Jörg Petruschat); „Wechselbäder einer Verbandszeitschrift. Die *Bildende Kunst*“ (Beatrice Vierneisel); „Auf der Suche nach dem denkenden Künstler. Debatten in der *bildenden kunst* (1947 bis 1949)“ (Tanja Frank); „Zeitgeist im *Forum*. Die Kultur des Streits zwischen 1947 und 1983“ (Ulrike Schuster); „'... and the recent obsession for perverted sexual aspects'? Die *Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik*“ (Anna Christina Giovanopoulos); „Eine film- und fernsehwissenschaftliche Publikationsreihe. Erinnerungen an das ‚schwarze Blatt‘“ (Peter Hoff); „Hommage. Die Anfangsjahre der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (1953 bis 1958)“ (Hans-Christoph Rauh); „Akademische Kommunikation oder gesteuerte Diskurse? Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1953 bis 1989)“ (Matthias Middell), „Vom ‚Segeln‘ nach anderen Landkarten. Aus der Diskussion zu den historischen Fachblättern mit Reinhard Brühl, Guntolf Herzberg, Mario Kießler und Martin Sabrow“; „*Weimarer Beiträge* aus Berlin (I). Diskurswandel einer Zeit-

schrift für Literaturwissenschaft (1962/1963)“ (Gunter Schandera); „*Weimarer Beiträge* aus Berlin (II). Drei entschiedene Einsprüche“ (Eva Nahke, Ursula Reinhold und Siegfried Rönisch); „Schon 1960 auf Westniveau? Das *Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte*“ (Jörg Roesler); „Devisenlieferanten des Akademie Verlages. *Chemisches Zentralblatt* und *Acta Physica Status Solidi*“ (Agnes Tandler); „Zum Geleit: ‚Ein sieghaftes ‚Fahrt frei!‘. Die *deutsche Eisenbahntechnik* bis 1961“ (Burghard Ciesla); „Alugroschen für Visionen. *Der neuerer* war ein echter Zoni“ (Klaus Brunne); „Hohe Auflagen von A bis Z. Zeitschriften im Leipziger Fachbuchverlag“ (Erhard Walter); „Falsche fragen an das Orakel? Die *Einheit* der SED“ (Siegfried Lokatis); „‚Offen antisowjetisch, DDR-feindlich, revanchistisch...‘. Die *theologische Literaturzeitung* im Visier der SED (1963 bis 1971)“ (Siegfried Bräuer); „Momentaufnahmen eines Personalwechsels. Die *Zeichen der Zeit* 1969“ (Jens Bulisch); „Nur in ‚gesellschaftlichem Auftrag‘? Zur Rolle der ‚progressiven‘ christlichen Zeitschriften“ (Günter Wirth); „Vom ‚offiziellen Samisdat‘ zur ‚registrierten Zeitschrift‘. Die *Weißenseer Blätter*“ (Hanfried Müller); „Unüberhörbar wie Kremlglocken“. Zur inoffiziellen Zeitschriftenszene in der DDR (1979 bis 1989)“ (York-Gothart Mix).

Feige, Michael: *Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS* (Reihe Sachbeiträge Nr. 10). Hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1999. 121 S. Bezug bei: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Tel.: 0391-5675071.

Unter den 190.000 Ausländern, die 1989 in der DDR lebten, waren ca. 60.000 vietnamesische Vertragsarbeiter und Studierende. Kooperationsabkommen zwischen den Geheimdiensten beider Staaten seit den 80er Jahren dienten neben der gemeinsamen Ausspionierung von heiratswilligen Bürgern beider Staaten auch der Observation vietnamesischer Vertragsarbeiter und Studierender in der DDR. Der Autor möchte einen Einblick in das Leben der vietnamesischen Arbeiter und Studenten in der DDR geben.

Geiling, Ute/Friederike Heinzl (Hg.): *Erinnerungsreise. Kindheit in der DDR. Studierende erforschen ihre DDR-Kindheiten* (Grundlagen der Schulpädagogik Bd. 32). Schneider-Verlag, Hohengehren 2000. 202 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Die Herausgeberinnen haben Studierende des Lehramts an Grundschulen mit ostdeutscher Sozialisation angeregt, Aspekte ihres eigenen Kindheitsalltags zu erforschen. Das Buch will aber nicht nur ein bloßes Erinnerungsbuch an die Kindheit in der DDR sein, sondern versucht auch, den historischen und gesellschaftlichen Hintergrund einzelner Erinnerungen aufzubereiten. Hinzuweisen ist im hiesigen Kontext vor allem auf den Beitrag der Herausgeberinnen zum Thema "Von der Traumreise in die Kindheit bis zum Buch über DDR-Kindheiten. Ein Beitrag zur Hochschuldidaktik".

Austermühle, Theo (Hg.): *Vom Studentensport zum Hochschulsport* (Sportentwicklungen in Deutschland Bd. 11). Meyer & Meyer Verlag, Aachen 2000. 200 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Der Studentensport in der ehemaligen DDR verkörpere eine der Erfolgsgeschichten der Sportentwicklung in Deutschland. Als obligatorischer Bestandteil des akademischen Fächerkanons sollte er ursprünglich das Idealbild der "allseitig gebildeten Persönlichkeit" auch in der Erwachsenenbildung gewährleisten. Die Zielgröße der "sozialistischen Persönlichkeit" führte jedoch schon zu Beginn des obligatorischen Studentensports (1951) zu Überformungen sportlicher Erziehung und Freizeitgestaltung durch politische Instrumentalisierung, wehrerzieherische Einflüsse und Bevormundungen des organisierten Sporttreibens. Auf der Grundlage eines bisher nicht gesichteten Dokumentenbestandes und von Zeitzeugenaussagen wird den Bestrebungen zur Gründung eines eigenen Studentensportverbandes nachgegangen. Insbesondere wird aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentensport (ADS) sowie des Präsidiums für Hoch- und Fachschulsport (PfHFS) deren bescheidener Spielraum beim Knüpfen internationaler Kontakte in der FISU oder im Umgang mit Vertretern des westdeutschen Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (ADH) dargestellt. Daneben werden (vom Hrsg.) alle relevanten Entwicklungen des DDR-Studentensports nachgezeichnet. Den Teil des Buches zu den 90er Jahren („Gesellschaftlicher Wandel und die Fähigkeit zu konzeptioneller Transformation nach 1990) hat Gerlinde Radde verfasst.

Wegener, Heinz: *Förderung und Hochschulintegration in- und ausländischer Betreuungsstipendiaten der DDR im Vereinigungsprozeß Deutschlands 1986 – 1996. Die DAAD-Arbeitsstelle in Berlin-Mitte* (DAAD-Forum Studien, Berichte, Materialien Bd. 21). Hrsg. vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, Bonn 1999, 373 S.

Der Leiter der Arbeitsstelle stellt in diesem Bericht dar, wie seine Einrichtung die Förderung und die Hochschulintegration der in- und ausländischen Stipendiaten der DDR im inneren Vereinigungsprozeß Deutschlands unterstützt und weitgehend organisiert hat – mit dem wesentlichsten Ergebnis, dass in Folge der deutschen Vereinigung und des Zusammenbruchs der Blöcke nahezu kein ausländischer Stipendiat sein Studium abbrechen musste.

Dohmen, Dieter: *Prognose der Studienzahlen für Mecklenburg-Vorpommern bis 2020*. Hrsg. vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie Köln, Köln 1999, 60 Bl. Bezug bei: FIBS, Platenstr. 39, 50825 Köln

Die Arbeit untersucht die Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten, der Studienanfänger im 1. Hochschul- und im 1. Fachsemester sowie der Studierenden insgesamt auf der Grundlage der zurstellungszeit in Erarbeitung befindlichen Bevölkerungsprognose 2020, die für den Zeitraum von 2010 bis 2020 einen erheblichen Rückgang der Bevölkerung im studierfähigen Alter prognostiziert. Die Prognose der Studierenden- und Studienanfängerzahlen bis 2020 erfolgt differenziert für Universitäten, Fachhochschulen und Fächergruppen.

Mittelstraß, Jürgen: *Die Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Problemlagen und Perspektiven. Vortrag und Diskussion* (Texte zur Hochschulreform H. 1). Hrsg. vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2000. 68 S. Kostenlos bei:

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Werderstraße 124, 19055 Schwerin, E-Mail: presse@kultus-mv.de
Die Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit 1990 grundlegend geändert. Die Pädagogischen Hochschulen und die Seefahrtshochschule sind in die Universitäten integriert, die Hochschule für Musik und Theater ist gegründet worden. Innerhalb der Universitäten wurden Fakultäten und Institute neu errichtet. Außerhochschulische Forschungsinstitute runden das Bild ab. Seit 1990 hat sich die Studierendenzahl auf etwa 26.000 verdoppelt. Im November 1999 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Tagung zur Überarbeitung des Hochschulgesamtplanes des Bundeslandes. Die Broschüre dokumentiert den Vortrag von Jürgen Mittelstraß "Die Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Problemlagen und Perspektiven" sowie die Beiträge der anschließenden Diskussion.

StudentInnenparlament der Humboldt-Universität Berlin (Hg.): **1989-1999. Die Humboldt-Uni 10 Jahre danach** (*UnAufgefordert. Die Studentinnen- und Studentenzeitung der Humboldt-Universität* November 1999). Berlin 1999. 43 S. Bezug bei: *UnAufgefordert*, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Unter dem Titel "Zehn Jahre Wende" widmen sich mehrere Artikel dieser Ausgabe einerseits den Ereignissen während des Herbstes 1989 und andererseits der aktuellen Situation an der Humboldt-Universität: "Wir waren keine Revolutionäre. Vor zehn Jahren wurde an der Humboldt-Universität ein Studentenrat gegründet" (Jens Schley), "Die Uni zusperren für den Umsturz. In der Tschechoslowakei begann die Wende mit einem Studentenstreik" (Christian Domnitz), "Wer war 'Oskar'? Eine Reise durch die DDR-Topographie des Hauptgebäudes" (Ulrike Richter/Jens Schley), "Faule Ossis. Arrogante Wessis. Die Einheitswerkstatt Humboldt-Uni steht zehn Jahre nach der Wende noch am Anfang" (Jens Schley/Simone Schamann), "Humboldt Ost. Fehlende Partnerschaft" (Hans-Dieter Burkhardt), "Humboldt West. Neuankömmling als Störenfried" (Heinz-Elmar Tenorth) und "Ein Gefühl der Zurücksetzung. Was bleibt im öffentlichen Interesse nach zehn Jahren gewendeter Humboldt-Universität" (Ralph Bollmann).

Humboldt-Universität zu Berlin, der Präsident (Hg.): **Frauen an der Humboldt-Universität 1908-1998. Vorträge anlässlich der Festveranstaltung 90 Jahre Frauen an der Berliner Universität 9. Dezember 1998** (Reihe Öffentliche Vorlesungen, H. 99). Berlin 1999. 91 S. Bezug bei: Forschungsabteilung der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Anlässlich des 90jährigen Jubiläums der Immatrikulation von Frauen an der Humboldt-Universität zu Berlin fand im Dezember 1998 eine Festveranstaltung statt. In den in der Broschüre veröffentlichten Redebeiträgen wurde eine Rückschau auf die widersprüchliche Entwicklung der Integration von Frauen in den akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb in den vergangenen neun Jahrzehnten gehalten. Zwei der Vorträge seien herausgehoben: "Emanzipation und Anpassung. 1949-1989. Zwischen staatlicher Frauenförderung und kulturellen Barrieren" (Ulla Ruschhaupt) und "Die Zeit nach 1989. Neuer Aufbruch - wohin?" (Marianne Kriszjo).

Horn, Gisela (Hg.): *Die Töchter der Alma Mater Jenensis. Neunzig Jahre Frauenstudium an der Universität von Jena* (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena), Hain Verlag, Rudolstadt/Jena 1999, 358 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Unter anderem mit folgenden Beiträgen über die Jahre seit 1945: „Die Jenaer Theologieprofessorin Hanna Jursch“ (Ines Fischer), „Geschlechterfragen waren für uns überhaupt kein Thema. Zu einem Interviewprojekt mit Frauen an der Jenaer Universität nach dem Zweiten Weltkrieg (Tanja Bürgel), „Frauen im Ingenieurstudium. Ein Vergleich der Situation in der DDR und in der alten Bundesrepublik“ (Käthe Schneider), „Einigkeit und Recht und Gleichheit. Erfahrungen Jenaer StudentInnen aus Ost und West“ (Jennifer Reddig/Katrin Stiefel).

Wirth, Günter: *Der Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918-1989* (st 3134). Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 2000. 266 S. DM 19,90. Im Buchhandel.

Dieses Buch will mit seinen essayistischen Betrachtungen, literarischen Texten und Erinnerungen ein Potsdam des 20. Jahrhunderts zeigen, das sich neben preußisch-deutschem Militarismus auch einem anderen, einem Weimar verwandten Geist verpflichtet fühlte, selbst wenn dieser marginal, isoliert und einzelgängerisch war. Der Autor versucht, diesen alternativen Geist in historisch konkreten Situationen zu orten und anhand von Menschen, Zeitgenossen der Zeiträume um 1930, 1933 und nach 1945 zu beschreiben. Dies sind Personen aus alteingesessenen bürgerlichen und adligen Familien, aber auch Künstler und Wissenschaftler, die für Potsdams Entwicklung von großer Bedeutung waren.

Pasternack, Peer: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994* (HoF-Arbeitsberichte 1'01). Hrsg. von HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2001. 45 S. Kostenlos bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg. institut@hof.uni-halle.de

In den letzten beiden Jahrhunderten war Wittenberg 177 Jahre lang eine Stadt ohne Universität. 1817 war die Universität Leucorea faktisch aufgehoben worden – administrativ vollzogen als Vereinigung mit der Friedrichs-Universität zu Halle/Saale. 177 Jahre später, 1994, erfolgte die Gründung der Universitätsstiftung Leucorea, die sich in historischer Kontinuität zur Universität sieht. Sie operiert als eigenständig verwaltete Außenstelle der Universität in Halle, und als ihre wesentliche Aufgabe wurde formuliert, zur „Wiederbelebung akademischen Lebens in Wittenberg“ beizutragen. Von Interesse ist daher, woran diese Wiederbelebung vor Ort anknüpfen kann. Die der Untersuchung zu Grunde liegende These lautet: Es hat sowohl nach 1817 wie auch nach 1945 in Wittenberg zwar kein akademisches Leben im engeren Sinne gegeben, sehr wohl hingegen fanden Wissenschaft und Höhere Bildung in relevantem Umfang statt. Diese These wird im vorliegenden Heft für die fünf Jahrzehnte geprüft werden, die unmittelbar der Universitätsstiftungs-Gründung vorangingen: die Jahre zwischen 1945 und 1994. Zum Zwecke der historischen Einordnung ist jedoch ein kurzer Abriss auch der Zeit von 1817 bis 1945 gewidmet. Anlass der Untersuchung ist das 2002 anstehende 500jährige Gründungsjubiläum der Universität Wittenberg.

Rauchfuß, Martina/Lieselotte Hinze (Hg.): ***Frauen fördern Frauen. Dokumentation des Workshops***. Verlag Jüttners Buchhandlung, Magdeburg 1999. 96 S. Im Buchhandel.

Obwohl Frauen heute einen gleichberechtigten Zugang zu Hochschulen und Universitäten haben und ihn in vielen Fachdisziplinen auch wahrnehmen, sind sie in den höchsten akademischen Positionen noch immer stark unterrepräsentiert. Der Workshop widmete sich vor allem dem informellen Mentoring für die Karriere von Akademikerinnen. Im Mittelpunkt standen dabei Erfahrungen von "etablierten" Wissenschaftlerinnen und der von ihnen geförderten jungen Akademikerinnen aus ihrem beruflichen und persönlichen Lebensweg. Desweiteren stellten die Nachwuchswissenschaftlerinnen ein von ihnen bearbeitetes Forschungsthema vor. Auf folgende Beiträge sei hingewiesen: "Physik. Eine Domäne der Männer?" (Margit Zacharias), "Habilitationennetzwerk Berlin" (Gabriele Kaczmarczyk), "Gender Studies an der Humboldt-Universität Berlin" (Katrin Schäfer) und "Besser gebildet und doch nicht gleich" (Gudrun Goes).

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Hg.): ***Professoren gehen in die Wirtschaft 2000***. Magdeburg 2000. 20 S. Bezug bei: Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 4120, 39016 Magdeburg.

Seit 1998 bieten in einer bundesweit einmaligen Initiative Professoren der Magdeburger Universität ihre Fachkompetenz kleinen und mittelständischen Firmen der Region an. Während der vorlesungsfreien Zeit stellen sie honorarfrei Beratung und wissenschaftliches Know-how zur Verfügung. Aus dieser Kooperation haben sich zahlreiche Forschungsk Kooperationen entwickelt, wie auch positive Impulse in der Ausbildung der Studenten gesetzt worden sind. Die Broschüre bietet den Unternehmen weitergehende Informationen zur Initiative, Forschungsgebiete, Ansprechpartner und Anschriften für einen ersten Kontakt.

Koch, Dietrich: ***Das Verhör. Zerstörung und Widerstand***. 3 Bde. Verlag Christoph Hille, Dresden 2000. 671 S. + Anh. DM 39,80. Im Buchhandel.

Der Autor gehörte zu den Studenten und jungen Wissenschaftlern, die 1968 durch das Entrollen eines Plakats mit der Aufschrift „Wir fordern Wiederaufbau“ während eines Konzerts gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche protestiert hatten. Koch war der einzige von den Beteiligten, der wegen Beteiligung an dieser Aktion verurteilt wurde. In seinem Bericht, der durch einen detaillierten Dokumentenband ergänzt wird, beschreibt er mit großer Genauigkeit, welche Methoden die Staatssicherheit anwandte und welchen riesigen Aufwand sie betrieb, ihn in fast zweijährigen Verhören geständig zu machen. Zu der dreibändigen Publikation gibt es eine Website, welche zahlreiche ergänzende Informationen – nicht zuletzt zu Konflikten, die die Veröffentlichung auslöste – bereithält: <http://www.verhoer.de>

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): ***Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig 1998***. Leipzig 1999. 98 S. Bezug bei: Universität Leipzig, Dezernat für Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsförderung, Ritterstraße 26, 04109 Leipzig.

Den in diesem Heft veröffentlichten Berichten des Rektors, der Prorektoren und des Kanzlers – vorgetragen vor dem Konzil im November 1998 – schließen sich ausführliche statistische Daten der Universität Leipzig an.

Universität Leipzig, der Rektor (Hg.): **Bericht des Rektoratskollegiums der Universität Leipzig. Studienjahr 1998/99.** Leipzig 1999. 175 S. Bezug bei: Universität Leipzig, Dezernat für Öffentlichkeitsarbeit und Forschungsförderung, Ritterstraße 26, 04109 Leipzig.

Der in einer neuen Gliederung erscheinende Bericht soll dem Leser gezielter Zugang zu den statistischen Daten und einen besseren Überblick über die wichtigsten Ergebnisse im beschriebenen Zeitraum geben. In den Berichtszeitraum fallen die Diskussionen um die Neufassung des Sächsischen Hochschulgesetzes und die Ausgliederung des Universitätsklinikums als eigenständige Anstalt öffentlichen Rechts aus der Universität durch das Sächsische Hochschulmedizingesetz.

Höpcke, Klaus: **Meinung verpflichtet.** GNN-Verlag, Schkeuditz 2000. 349 S. DM 24,80. Im Buchhandel.

Der von 1973 bis 1989 u.a. als stellvertretender DDR-Minister für Kultur und jetzt als Landtagsabgeordneter in Thüringen tätige Autor stellt in diesem Band eigene Artikel zu unterschiedlichen Themen der Zeitgeschichte zusammen. Im hiesigen Kontext ist auf folgende Beiträge hinzuweisen: "Literatur-Archiv in Weimar. Ständig unentgeltlich nutzbar für alle – oder fürstlicher Schatullenfüller? Rede im Thüringer Landtag, 17. Juli 1998", "Ost-Professoren 'überrepräsentiert'? Zur abenteuerlichen Verharmlosungsrechnung eines Thüringer Ministers" und "Meine akademischen Lehrer. Journalistik-Studium in Leipzig während der 50er Jahre".

Herzberg, Guntolf: **Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR** (Forschungen zur DDR-Gesellschaft). Christoph Links Verlag, Berlin 2000. 272 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

In Form von Artikeln, Vorträgen, Studien und Porträts bemüht sich das Buch um eine Darstellung der Philosophie in der DDR und untersucht ihren Einfluss auf das geistige Leben des Landes. Zudem widmet sich der Autor, Wissenschaftler an der Humboldt-Universität, auch den kontroversen Bemühungen zur Aufarbeitung der Philosophie in der DDR, wie sie Anfang und Mitte der neunziger Jahre stattfanden.

Mesch, Eckardt: **Hans Leisegang. Leben und Werk.** Hrsg. von Collegium Europaeum Jenense. Verlag Palm & Enke, Jena 1999. 307 S. DM 26,-. Im Buchhandel.

Hans Leisegang arbeitete als Professor für Philosophie von 1930 bis 1937 sowie 1945 bis 1948 an der Universität Jena und von 1948 bis 1951 an der Freien Universität Berlin. Das Buch dokumentiert Leisengangs Leben in zwei Diktaturen. Unter anderem enthält es auch Auszüge seiner Gefängnisaufzeichnungen aus dem Winter 1934/35 und Dokumente zu den Ereignissen der später erfolgten Entlassung von der Jenaer Universität 1948.

Humboldt-Universität zu Berlin, der Präsident (Hg.): ***Das Wolfgang-Heise-Archiv. Plädoyers für seine Zukunft*** (Reihe Öffentliche Vorlesungen, H. 98). Berlin 1999. 54 S. Kostenlos bei: Forschungsabteilung der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Das Heft dokumentiert die Vorträge anlässlich der Gemeinschaftsveranstaltung "Treffpunkt Geschichte" des Seminars für Ästhetik an der Humboldt-Universität und der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 1998: "Kultur - Politik - Philosophie. Leben zwischen Realität und Opposition" (Wolfgang Thierse), "Wolfgang Heise und einige Quellen seines Denkens. Ein marxistischer Denker und seine Lektüre(n)" (Renate Reschke), "Kunst kann nicht lügen. Wolfgang Heises eigenwillige Ästhetik" (Achim Trebeß) und "Ohne den Nachlaß geht es nicht ... Über die Zukunft des Wolfgang-Heise-Archivs" (Claudia Salchow).

Wenzel, Catherina: ***Von der Leidenschaftlichkeit des Religiösen. Leben und Werk der Liselotte Richter (1906-1968)*** (Kölner Veröffentlichungen zur Religionsgeschichte Bd. 28). Böhlau Verlag, Köln 1999. 403 S. DM 78,-. Im Buchhandel.

Liselotte Richter war die erste Professorin für Philosophie und Religionswissenschaft in Deutschland. Nach dem Krieg wechselte sie als Philosophieprofessorin an die Theologische Fakultät der Humboldt-Universität. Die Studie über ihr Leben und Wirken bemüht sich insbesondere um die Darstellung ihres wissenschaftlichen Werdegangs, die Zusammenhänge zwischen ihren philosophisch-theologischen Positionen und dem zeitgeschichtlichen Kontext. Zeit ihres Lebens befasste sich Liselotte Richter mit dem klassischen philosophischen Denken und habe damit geistigen Widerstand in der DDR geleistet. So beschäftigte sie sich neben Kierkegaard mit Jakob Böhme, Martin Luther, Johann Arnd, Moses Mendelssohn, Angelus Silesius und René Descartes. Ferner suchte sie die Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Rainer Maria Rilke, Karl Jaspers, Martin Heidegger, Albert Camus, Jean-Paul Sartre und Mahatma Gandhi.

Rothe, Aribert: ***Evangelische Erwachsenenbildung in der DDR. Ihr Beitrag zur politischen Bildung. 380 S. Evangelische Erwachsenenbildung in der DDR. Ihr Beitrag zur politischen Bildung. Exemplarische Quellentexte und Themendokumentationen zur evangelischen Jugend- und Erwachsenenbildung. 188 S.*** Evangelische Verlagsanstalt GmbH, Leipzig 2000. DM 68,-. Im Buchhandel.

Die themen- und gruppenorientierte Erwachsenenarbeit im ostdeutschen Protestantismus war in der DDR nach Ansicht des Autors eine unersetzliche Alternative zum staatlichen Bildungsmonopol. Gemeindegemeinschaften, Haus- und Arbeitskreise sowie Basisgruppen, Frauen- und Männerwerke, Eltern- und Familienarbeit, Studentengemeinden und Akademikerkreise, Kunstdienste, Kirchentage, Offene Arbeit und regionale Bildungseinrichtungen werden exemplarisch beschrieben und dokumentiert. Insbesondere sei im hiesigen Kontext auf die Abschnitte zur evangelischen Bildungsarbeit mit Jungakademikern, zur Evangelischen Forschungsakademie (EFA) sowie zur Theologischen Studienabteilung und zum Konfessionskundlichen Arbeits- und Forschungswerk innerhalb des Kirchenbundes hingewiesen. Im zur Publikation gehörenden Quellenband finden sich u.a. der Konzeptionsentwurf einer Studentengemeinde als Gemeinde,

allgemeine Positionspapiere der Evangelischen Studentengemeinden über das Verhältnis zum Staat DDR, Rundbriefe der Absolventenarbeit, ein Stasi-IM-Bericht zur sächsischen Absolvententagung 1978 und eine Dokumentation der Erarbeitungen der Theologischen Studienabteilung des Kirchenbundes.

Keßler, Mario: *Exilanten und Remigranten. Zwei Studien* (Vielfalt sozialistischen Denkens Bd. 6). Hrsg. von "Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., Berlin 1999. 55 S. Bezug bei: Hella Panke e.V., Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin.

Die in dieser Broschüre zusammengeführten beiden Aufsätze behandeln politische Auffassungen und Wirkungen deutsch-jüdischer Denker, die nach der Errichtung der Naziherrschaft ins Exil gezwungen wurden. Der Naturwissenschaftler Albert Einstein wird in seinen politischen Äußerungen vorgestellt, die bei zeitbedingtem Wandel doch eine jahrzehntelange Kontinuität sichtbar werden lassen. Während Albert Einstein aus nordamerikanischem Exil nie wieder sein Geburtsland besuchte, entschieden sich die im zweiten Aufsatz vorgestellten Wissenschaftler, nach 1945 in die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR zurückzukehren. Sie alle – Ernst Bloch, Hans Mayer, Alfred Kantorowicz, Leo Kofler und Josef Winteritz – hatten eigenständige Auffassungen vom Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und gerieten damit in zunehmenden Widerspruch zur SED-Führung. Sie sahen schließlich keine Möglichkeit des Bleibens im Osten Deutschlands mehr und gingen in den Westen.

Haun, Horst: *Kommunist und "Revisionist". Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956-1959)* (Berichte und Studien, Nr. 21). Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, Dresden 1999. 172 S. DM 12,-. Bezug bei: HAIT, TU Dresden, 01062 Dresden.

Diese historiographiegeschichtliche Arbeit versteht sich als Beitrag zur Erforschung der Etablierung der DDR-Staatshistorie, der allein gültigen 'marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft'. Anlage und Gegenstand machen diesen Beitrag zugleich zu einer Wissenschaftlergeschichte – begrenzt auf drei Jahre im Leben und Wirken des bekanntesten Geisteswissenschaftlers der DDR, Jürgen Kuczynski. Wichtigste Quelle der Studie zur Rekonstruktion der SED-gesteuerten Kampagne gegen Kuczynski sind die Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED.

Jacobeit, Wolfgang: *Von West nach Ost - und zurück. Autobiographisches eines Grenzgängers zwischen Tradition und Innovation*. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2000. 298 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Diese autobiographischen Auszeichnungen wollen einen Einblick in ein deutsches Forscherleben geben. Nach dem Krieg Student und Doktorand in Göttingen, siedelte Jacobeit im Anschluss an die Promotion in die DDR über, um eine Anstellung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin anzunehmen. Mit seiner Arbeit gilt er heute in vieler Hinsicht als ein Wegbereiter einer neuen Volkskunde, die sich zunehmend als Kulturwissenschaft darstellt.

Kos, Olaf: *Technik und Bildung. Eine systematisch-problemgeschichtliche Rekonstruktion bildungstheoretischer Konzeptionen technischer Bildung in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum von 1945-1965*. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1999. 155 S. DM 54,-. Im Buchhandel.

Die Publikation vergleicht ausgewählte theoretische Konzepte technischer Bildung, die in der DDR und der BRD im Zeitraum von 1945 bis 1965 entwickelt worden waren. Im Zentrum der problemgeschichtlichen Rekonstruktion und Analyse stehen die Ansätze von Theodor Litt, Eugen Fink, Wolfgang Reischok und Heinz Frankiewicz.

Gutjahr-Löser, Peter/Dieter Schulz/Heinz-Werner Wollersheim (Hg.): *Theodor-Litt-Jahrbuch 1999/1*. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999, 178 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Im September 1997 nahm die Theodor-Litt-Forschungsstelle an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig ihre Arbeit auf. In diesem ersten Band des Litt-Jahrbuchs sind die Beiträge der beiden ersten Litt-Symposien aus den Jahren 1997 und 1998 zusammengestellt. Das erste Litt-Symposium befasste sich mit der "Heimkehr nach Leipzig", das zweite war der Auseinandersetzung Theodor Litts mit dem Nationalsozialismus gewidmet. Auf zwei Beiträge sei vorrangig hingewiesen: "Theodor Litt. Rückkehr nach Leipzig" (Peter Gutjahr-Löser) und "Theodor Litts Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach dem 8. Mai 1945" (Eva Matthes). Es schließt sich ein Verzeichnis der Schriften Litts an.

Mebus, Sylvia: *Zur Entwicklung der Lehrerausbildung in der SBZ/DDR 1945 bis 1959 am Beispiel Dresdens* (Greifswalder Studien zur Erziehungswissenschaft Bd. 7). Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 1999. 610 S. DM 128,-. Im Buchhandel.

Diese Untersuchung versteht sich als ein Mosaikstein in der Darstellung einer deutschen Lehrerbildungsgeschichte. Ihr Gegenstand ist die Entwicklung der Dresdner Lehrerausbildung von der Phase des Neuanfangs 1945 bis zum Zeitpunkt, an dem eine DDR-spezifische Konsolidierung des Lehrerausbildungskonzepts eingetreten war und an dem auch die an den Dresdner Lehrerausbildungsinstitutionen maßgeblichen Personen, Karl Trinks und Hans Siebert, aus ihren Ämtern schieden. Die Autorin versucht zu hinterfragen, aus welchen Motiven heraus die sächsischen Pionierleistungen, die in den zwanziger Jahren weltweit Anerkennung fanden, für die Lehrerausbildung in der SBZ/DDR nicht aufgegriffen wurden. Die Untersuchung will damit zur Beantwortung der Frage beitragen, welche Mechanismen politischer Machtausübung es in der SBZ/DDR vermochten, einstige Zielvorstellungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit über die Gestaltung der Lehrerausbildung zu verwerfen, sie dogmatisch-dirigistisch zu überlagern. Methodisch verknüpft die Arbeit ideen-, sozial- und institutionengeschichtliche Ansätze.

Borchert, Christian/Almut Giesecke/Walter Nowojcki (Hg.): *Victor Klemperer. Ein Leben in Bildern*. Aufbau-Verlag, Berlin 1999. 223 S. DM 49,90. Im Buchhandel.

Diese Bildbiographie des Romanisten und Zeitzeugen Victor Klemperer (1891-1960) enthält teils seltene Aufnahmen aus seinem Leben vor allem in Berlin, München und

Dresden. Jedem Bild haben die Herausgeber einen Text aus Klemperers Schriften beigefügt.

Jacobs, Peter: *Victor Klemperer. Im Kern ein deutsches Gewächs. Eine Biographie*. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2000. 381 S. DM 19,90. Im Buchhandel.

Diese Biographie versucht eine Gesamtschau auf die Vita des Dresdner Professors.

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Rektor (Hg.): *Festschrift. 100 Jahre Zahnmedizin an der Universität Greifswald. Mit Register der Studenten, Mitarbeiter und Helferinnen* (Lege Artis). Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald 2000. 124 S. Bezug bei: Universität Greifswald, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Domstraße 11, 17487 Greifswald.

Anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns der Universitätszahnarztausbildung in Greifswald fand am 23. September 2000 ein akademischer Festakt in der Aula der Universität statt. Neben Beiträgen zur wissenschaftlichen Ausbildung an der Universität Greifswald enthält die Festschrift auch ein Register aller Zahnmedizinstudenten, die von 1900 bis 2000 in Greifswald immatrikuliert waren. Daneben enthält das Heft u.a. folgende Artikel: "Die Universität Greifswald und ihre Medizinische Fakultät" (Fritz-Ulrich Meyer), "Die Geschichte der Zahnmedizin an der Universität Greifswald" (Fritz-Ulrich Meyer), "August Bier und die Etablierung der Zahnmedizin in Greifswald" (Heinz-Peter Schmiedebach), "Zahnmedizin und Medizin. Eine unabdingbare Einheit. Dargestellt an der Greifswalder Anatomie" (Jochen Fanghänel/Bärbel Miede), "Medizin und Zahnmedizin. Eine unabdingbare Einheit. Dargestellt an der Greifswalder Kieferklinik" (Hans-Robert Mietelmann) und "Forschung am Zentrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde" (Elke Hensel/Thomas Kocher).

Fischer, Wolfgang/Schmiedebach, Heinz-Peter (Hg.): *Die Greifswalder Universitäts-Nervenklinik unter dem Direktorat von Hanns Schwarz 1946 bis 1965. Symposium zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Hanns Schwarz am 3.7.1998* (Lege Artis), Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald 1999, 130 S. Bezug bei: Universität Greifswald, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Domstraße 11, 17487 Greifswald.

Der Band dokumentiert die Beiträge des Symposiums. Im hiesigen Kontext sind folgende Artikel von Interesse „Hanns Schwarz – als Arzt im Spannungsfeld von Wissenschaft, Kultur und Politik“ (Siegfried Lenz), „Psychoanalyse, Psychotherapie und die Lehre von Pawlow im Werk von Hanns Schwarz“ (Heinz-Peter Schmiedebach), „Klinisch-statistischer Bericht über das psychiatrische Krankengut der Universitäts-Nervenklinik Greifswald von 1946 bis 1965“ (Wolfgang Fischer), „Die Elektrokrampftherapie an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Greifswald von 1940 bis 1998“ (Wolfgang Fischer/Andreas Kopf), „Hanns Schwarz (1898 bis 1977) zum 100. Geburtstag unter besonderer Berücksichtigung seiner forensisch-psychiatrischen Arbeiten“ (Stefan Orlob), „Ein psychiatrisches Kolleg. Gehalten zur Eröffnung des Wintersemesters 1946/47“ (Hanns Schwarz). Der Band schließt mit einer Bibliographie von Hanns Schwarz.

Medizinische Fakultät Dresden "Carl Gustav Carus", Der Dekan (Hg.): ***Dresdener Medizin zwischen Krankenhaus und Fakultät*** (Schriften der Medizinischen Fakultät Carl Gustav Carus Neue Folge Bd. 4). Dresden 2000. 122 S. DM 10,-. Bezug bei: Institut für Geschichte der Medizin, Frau Pukall, Lösscherstraße 18, 01309 Dresden.

Folgende Beiträge dieses Bandes sind im hiesigen Kontext relevant: "Personalien aus der Chronik der Medizinischen Akademie und der Medizinischen Fakultät Carl Gustav Carus 1992-2000" (Marina Lienert), "Die Geschichte der Medizinischen Berufsfachschule in Dresden-Johannstadt" (Marina Lienert/Sabine Langhans), "Die Medizinische Klinik seit Gründung der Medizinischen Akademie Dresden 1954 bis 1990" (Hans Haller), "Zur Geschichte der Lebertransplantation der DDR in Dresden" (Helmut Wolff), "Chirurg an der Medizinischen Akademie Dresden von 1959 bis 1969" (Bodo Seifert), "In memoriam. Prof. em. Dr. med. habil. Gerhard Heidelmann" (Hans-Egbert Schröder) und "Abschiedsvorlesung. Prof. Dr. med. habil. Martin Müller am 11.11.1999" (Martin Müller).

Bernhardt, Heike/Lockot, Regine (Hg.): ***Mit ohne Freud. Zur Geschichte der Psychoanalyse in Ostdeutschland*** (Bibliothek der Psychoanalyse). Psychosozial-Verlag, Gießen 2000, 469 S. DM 69,-. Im Buchhandel.

Das Buch ist mit dem Ziel der Spurensicherung aus Archivmaterial und Zeitzeugenbefragungen entstanden: Es geht u.a. um „Sigmund Freud und Iwan Petrowitsch Pawlow im Kalten Krieg. Walter Hollitscher, Alexander Mette und Dietfried Müller Hegemann in der DDR“ (Heike Bernhardt), Alfred Katzenstein (Heike Bernhardt), Edelgard Koeppel, geb. Schneider, „die einzige Psychagogin in der DDR“ (Christiane Ludwig-Körner), Irene Blumenthal (Gerda Jung), Eduard Richard Alexander Beerholdt (Regine Kockot), Peter Schmidt (Ludger M. Hermanns), „Angst vor Freud. Gespräche mit Harro Wendt und Ingrid Tögel“ (Margarete Meador), Kurt Höck (Regine Kockot sowie Petra Sommer), den „unterbrochenen Weg zur analytischen Funktion“ (Michael Knoch), Arnold Zweigs Engagement für Siegmund Freud und die Psychoanalyse in der DDR (Maren Horn). Michael Geyer kommentiert einen (dokumentierten) Text von 1972, den er seinerzeit zusammen mit Jürgen Ott publiziert hatte. Komplettiert wird das Buch durch eine Chronik zur Psychoanalysegeschichte in Ostdeutschland.

Richter, Holger: ***Die Operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR***. Mabuse-Verlag, Frankfurt a.M. 2001, 353 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

In der vorliegenden Arbeit wird die „operative Psychologie“ der Staatssicherheit und das wissenschaftliche bzw. ‚wissenschaftliche‘ Output des Lehrstuhls für Operative Psychologie an der Juristischen Hochschule Potsdam – der Hochschule des MfS – untersucht. Das Buch gibt einen kurzen Abriss über die Geschichte, die handelnden Personen und eine Inhaltsanalyse der wichtigsten Dokumente der Operativen Psychologie. Es wird die Frage beantwortet, inwieweit die Operative Psychologie tatsächlich eine wissenschaftliche Psychologie war. Hierzu wird die Operative Psychologie mit der „offiziellen“ DDR-Psychologie der Zeit verglichen.

Grutzka, Hans: *Robert Havemann und seine Richter. Ein Gerichtsprotokoll aus der Perspektive eines angeklagten ehemaligen DDR-Richters*. Verlag Frieling, Berlin 2000. 208 S. DM 19,80. Im Buchhandel.

Der Autor gehört zu jenen DDR-Juristen, die 1995 wegen "Rechtsbeugung in teilweiser Tateinheit mit Freiheitsberaubung" angeklagt waren, weil sie in den Jahren 1976 und 1979 an der Verurteilung des Regimekritikers Robert Havemann mitgewirkt hatten. Grutzka betrachtet in seiner Beschreibung des Prozeßverlaufes den Versuch bundesdeutscher Richter und Staatsanwälte, im Rahmen eines Strafverfahrens Justizgeschichte aufzuarbeiten, als mißlungen.

Dick, Wolfgang R./Klaus Fritze (Hg.): *300 Jahre Astronomie in Berlin und Potsdam. Eine Sammlung von Aufsätzen aus Anlass des Gründungsjubiläums der Berliner Sternwarte* (Acta Historica Astronomiae Bd. 8). Verlag Harri Deutsch, Frankfurt a. M. 2000. 252 S. DM 32,-. Im Buchhandel.

Anlaß dieses Bandes ist der 300. Jahrestag der Erteilung des Kalender-Patents, der Berufung des ersten Astronomen der Berliner Akademie der Wissenschaften und der formalen Gründung der Berliner Sternwarte. Die Beiträge behandeln allerdings nicht nur die Berliner Sternwarte und deren unmittelbare Nachfolgeeinrichtungen, sondern gehen auf mit der Sternwarte eng verbundene Institutionen ein. Folgende Artikel interessieren hier besonders: "300 Jahre Astronomie in Berlin und Potsdam. Ein Überblick" (Wolfgang R. Dick), "Bemerkungen zur Nachkriegsgeschichte der Sternwarte Babelsberg 1950-1990" (Peter Notni), "Das Astrophysikalische Institut Potsdam (AIP)" (Klaus Fritze), "Vom Kalender-Patent zum Astrophysikalischen Institut Potsdam. Eine Chronik" (Wolfgang R. Dick/Klaus Fritze) und "Auswahlbibliographie zur Geschichte der Astronomie in Berlin und Potsdam" (Wolfgang R. Dick).

Hein-Weingarten, Katharina: *Das Institut für Kosmosforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zur Erforschung der Wissenschaftspolitik der DDR am Beispiel der Weltraumforschung von 1957 bis 1991* (Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 4). Verlag Duncker & Humblot, Berlin 2000. 359 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Ziel dieser Dissertation ist, Einblicke in das Forschungssystem der DDR anhand des Fallbeispiels Weltraumforschung zu bieten. Im Zentrum der Arbeit steht die Aufarbeitung der Geschichte des Instituts für Kosmosforschung (IKF) mit verschiedenen wissenschaftlichen und politischen Einflußfaktoren sowie die Untersuchung der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit. In einem einleitenden Kapitel wird die Entwicklungsgeschichte des IKF dargestellt, bevor im ersten Hauptteil die nationalen Einflüsse auf die Forschungsrichtung Weltraum in der DDR untersucht werden. Betrachtet wird einerseits die Beeinflussung der Forschungsrichtung durch die Akademie der Wissenschaften der DDR. Andererseits befaßt sich der zweite Teil der Arbeit mit dem Aspekt der internationalen Zusammenarbeit. In beiden Hauptkapiteln werden die allgemeinen Ausführungen über organisatorische und politische Aspekte durch Fallbeispiele ergänzt. Ausgewählt wurden verschiedene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben aus unterschiedlichen Zeiträumen. Berücksichtigt wurden dabei sowohl erfolgreiche Entwicklungen als auch Projekte, in deren Ablauf Probleme auftraten. Nach der Zusammenfassung von Problemen und Möglichkeiten des sozialistischen For-

schungssysteme werden diese der Organisationsform der Raumfahrtforschung in der Bundesrepublik und in Europa gegenübergestellt.

Leipziger Ökonomische Societät e.V. (Hg.): **Beiträge der betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Forschung in Sachsen zur Entwicklung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert. 80 Jahre Landarbeits- und Technologieforschung in Pommritz und Gundorf.** Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2000. 368 S. DM 49,-. Im Buchhandel.

Anlässlich eines Doppeljubiläums, der Gründung des Institutes für Landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitsökonomik Gundorf vor 50 Jahren als Nachfolgeeinrichtung der seit 1920 bestehenden Forschungsanstalt für Landarbeitslehre in Pommritz, will diese Tagungsdokumentation einen Rückblick auf eine Periode wissenschaftlichen Wirkens auf dem Gebiet der Betriebs- und Arbeitsökonomik geben. Folgende Beiträge sind im wissenschaftsgeschichtlichen Kontext zu erwähen: "Zur Entwicklung der Landarbeitslehre, Technologie und landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftswissenschaften in Sachsen von 1920 bis 2000" (Otto Rosenkranz) und "Erinnerungen an 80 Jahre Landarbeits- und Agrartechnologieforschung in Sachsen" (Dietmar Brendler/Rotraut Dertitzki/Siegfried Schumann).

Buthmann, Reinhard: **Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung der MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR** (Reihe B. Analysen und Berichte Nr. 1/2000). Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung, Berlin 2000. 311 S. DM 10,-. Bezug bei: BStU, PF 218, 10106 Berlin.

Im Ringen der DDR um wissenschaftlich-technische Höchstleistungen fallen einige Phasen verstärkter Anstrengungen auf: Mitte der fünfziger Jahre Ulbrichts Kampf um die 'technische Intelligenz', von 1969 bis 1972 die Akademiereform und die Zuwendung zur elektronischen Datenverarbeitung sowie in den achtziger Jahren der als technologische Schlacht apostrophierte Versuch, Anschluß an den Weltspitzenstand in der Mikroelektronik zu erreichen. Die Staatssicherheit hatte von Anfang an ein Augenmerk auf die Einrichtungen der Wissenschaft, Technik und Technologie. Im Falle der Priorität der Mikroelektronik im letzten Jahrzehnt der DDR wird dies am Beispiel der expansiven Entwicklung der Abteilung 8 der Hauptabteilung XVIII deutlich. Hauptziel der Arbeit ist die Rekonstruktion der Abteilungen 5 und 8 der Hauptabteilung XVIII unter dem Aspekt ihrer Verwicklung in originäre Belange der Wissenschaft. Es wird sich vor allem mit Fragen der 'Verortung' des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Wissenschaft und Hochtechnologie der DDR beschäftigt. Entsprechend werden die Standardaufgaben beider Abteilungen anhand ihrer wichtigsten Sicherungsobjekte dargestellt. Einzelne Aufgabenkomplexe werden näher beleuchtet, indem die strukturelle Verankerung des MfS in Prozessen des Wissenschaftsbetriebes in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt wird.

Becker, Egon: ***Die Einflußnahme der SED auf die Entwicklung der Technischen Hochschule Magdeburg. Teil 1*** (Preprint Rektorat 1/2000). Hrsg. von Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg 2000. 149 S. Bezug bei: Universität Magdeburg, Rektorat, PF 4120, 39016 Magdeburg.

Der Autor setzt sich in diesem Band mit der politischen Indoktrination der Wissenschaft und der akademischen Lehre an der Magdeburger Hochschule von 1953 bis 1989 auseinander. Im Zentrum stehen dabei die Beschreibung und Analyse des staatssozialistischen Herrschaftsapparates an der Hochschule, der ideologischen Beeinflussung der Studenten, Professoren und Mitarbeiter, der Sicherung des Parteieinflusses auf die Leitungsebenen, Sektionen und Wissenschaftsbereiche, des Einflusses der Partei- und Gewerkschaftsebenen sowie des Hochschulministeriums.

Langenhagen, Hans: ***Entwicklung des elektronischen Gerätebaus des Bereichs Technik/Wissenschaftlicher Gerätebau im Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf 1956-1991*** (Beiträge zur Geschichte des Zentralinstituts für Kernforschung Rossendorf H. 9). Hrsg. von Reinhard Koch, Rossendorf 1999. 46 S.

Der Bericht versucht, die Geschichte des Bereichs am ZfK Rossendorf zu beleuchten und elektronische Geräte und Systeme zu beschreiben, die in dieser Struktureinheit entwickelt worden sind.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Institut für Hochschulforschung Wittenberg (Hg.): ***Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshop am 09./10.05.2000*** (HoF-Arbeitsberichte 4'00). Wittenberg 2000, 83 S.

Das Thema wird in drei Perspektiven behandelt: Nachfrage nach ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen incl. Studienwünsche, Studienangebote und Berufsperspektiven für Ingenieurinnen und Ingenieure; Entwicklungen, mit denen es gelingen soll, die Ingenieurausbildung zu reformieren und dabei internationalen Entwicklungen aufzugreifen; Widersprüche, die sich derzeit in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen Mittel- und Osteuropas zeigen. Einerseits werden die in den 90er Jahren wiederbelebten Formen der Zusammenarbeit deutlich, andererseits die Gefahr, dass bei einer Veränderung der Förderschwerpunkte durch EU-Programme diese Entwicklung gefährdet ist. Der Band enthält u.a. folgende Beiträge: Der Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt aus der Sicht der Ingenieurwissenschaften (Wolfgang Eichler); Der Ingenieurberuf als Studienwunsch (Irene Lischka); Kurzbericht zum Ingenieurbedarf in Sachsen-Anhalt (Katrin Budde); Langfristige Zusammenarbeit zwischen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und Universitäten in Bulgarien (Lothar Mörl); Der Zusatzstudiengang Standort- und umweltgerechte Landwirtschaft in den Transformationsländern an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Thomas Bremer/Michael Grings).

Heismann, Günter: ***Überholen ohne einzuholen. Neue Hochtechnologien zwischen Ostsee und Thüringer Wald***. Aufbau-Verlag, Berlin 2000. 268 S. DM 32,-. Im Buchhandel.

Der Autor prognostiziert die Zukunftsfähigkeit Ostdeutschlands anhand einer Analyse der Entwicklung verschiedener Hochtechnologiestandorte und -regionen seit 1990 in den ostdeutschen Bundesländern.

Becker, Rolf: *Studierbereitschaft und Wahl von ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern. Eine empirische Untersuchung sächsischer Abiturienten der Abschlussjahrgänge 1996, 1998 und 2000*. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Berlin 2000. 40 S. Bezug bei: WZB, Reichpietschufer 50, 10789 Berlin. wzb@wz-berlin.de

Ausgangspunkt dieser empirischen Untersuchung ist zum einen die Frage, warum nach einem rückläufigen Trend bis 1998 die Studierneigung sächsischer Abiturienten wieder angestiegen ist, und zum anderen die Frage, warum sich seit 1996 wieder mehr sächsische Abiturienten für das Ingenieurstudium interessieren. Diese Entwicklung wird anhand der Humankapital- und Werterwartungstheorie zu erklären versucht. Im Vordergrund stehen dabei die Mechanismen, die letztlich zur Entscheidung für oder gegen ein Studium oder ein bestimmtes Studienfach führen.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt in Kooperation mit HoF Wittenberg (Hg.): *Studieren in Sachsen-Anhalt. Dokumentation zum Workshop vom 22./23. November 1999*. Magdeburg o.J. [2000]. 112 S. Kostenlos bei: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt.

Folgende Beiträge sind von besonderem Interesse: "Interdisziplinäre Studiengänge als Chance für eine Karriere" (Klaus-Erich Pollmann), "Ein Ingenieurstudium lohnt sich" (Johanna Wanka), "Anforderungen an Bewerber in musikalisch-künstlerischen Bereichen" (Georg Maas), "Aussichten im Lehrerberuf. LehrerInnen für die Zukunft" (Hartmut Wenzel), "Internationale Studiengänge" (Wolfgang Cornetz), "Studienberatung und Arbeitsamt" (Helmut Lehmann), "Zusammenarbeit von Studienberatung und Arbeitsamt" (Petra Kabisch), "Wann entscheidet sich in Sachsen-Anhalt wer und warum für ein Studium?" (Irene Lischka), "Standorte und regionale Aspekte der Studienentscheidung" (André Wolter), "Zusammenarbeit von Studienberatung und Schule" (Gerd Schüchler), "Studienberatung und berufsbildende Schulen" (Joachim Söhner), "Schulpartnerschaften und Studienberatung" (Thomas Johannes Degen).

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen, Referat Hochschule und Forschung (Hg.): *GEW-Forum "Hochschule 2000. Verantwortung, Probleme, Perspektiven". Redebeiträge*. Erfurt 2000. 30 S. Bezug bei: GEW Thüringen, Geschwister-Scholl-Str. 45, 99085 Erfurt.

Die Dokumentation dieses Forums beinhaltet folgende Redebeiträge: "Die Thüringer Hochschulen. Zur aktuellen Situation" (Jürgen Krause), "Die Zukunft hat begonnen. Perspektiven der Universitätsentwicklung in Thüringen" (Klaus Dicke), "Positionen des Hauptpersonalrates des TMWFK zur Personalentwicklung an den Thüringer Hochschulen" (Peter Weber) und "Die Entwicklung der Thüringer Hochschulen aus Sicht der Studierenden" (Martin Wilde), "Aktuelle Probleme der TU Ilmenau" (Irene Peter).

Stabel, Ralf (Hg.): *Palucca Schule Dresden. Geschichte und Geschichten*. Verlag der Kunst, Dresden 2000. 163 S. DM 29,-. Im Buchhandel.

Die Tänzerin Gret Palucca (1902-1993) gründete 1925 ihre Schule für Modernen Tanz. Nach dem Krieg konnte sie in Dresden wiedereröffnet werden. Heute ist die Palucca Schule Dresden die einzige eigenständige Hochschule für Tanz in Deutschland. Anlässlich ihres 75jährigen Bestehens stellt das Buch, dessen Herausgeber 1999 zur Geschichte der Schule promovierte, die Geschichte und überlieferte Geschichten mit vielen bisher unveröffentlichten Fotos und Originaldokumenten vor. Die Entwicklung der Schule durch vier gesellschaftliche Systeme wird mit ihren Erfolgen und Konflikten chronologisch dargestellt. Thematische Beiträge handeln von den Sommer- und Winterkursen, den Musikern um und der Ausbildung von Choreografen durch Palucca. Folgende Beiträge enthält das Buch: "Seit ich tanze, improvisiere ich". Über die tanzende Pädagogin Palucca" (Ralf Stabel), "Zu eigenem Denken und Handeln führen. Geschichte der Palucca Schule Dresden 1925 bis 1964" (Ralf Stabel), "Jeder Name ein Gesicht. Geschichten aus den Jahren 1965 bis 1980" (Eva Winkler), "Schneller, Höher, Wende. Erinnerungen an die Zeit von 1980 bis 1994" (Hanne Wandtke/Ralf Stabel), "'Ich bin ein Musikus'. sui generis. 'Gegen den Strom'. Reden und Bericht aus den Jahren 1994 bis 1997" (Peter Jarchow/Angela Rannow), "Modern ist keine Stilfrage. Gedanken im Rückblick meiner Amtszeit 1997 bis 2000" (Enno Markwart), "Begegnung zwischen Ost und West. Internationale Sommerkurse des Tanzes" (Gabriele Gorgas), "Aus den Quellen. Winterkurse für Improvisation" (Peter Jarchow), "Musiker um Palucca. Eine Zeitreise" (Waldemar Wirsing), "Vom Schüler zum Choreografen. Wie Paluccas kreatives Vermächtnis fortwirkt" (Volkmar Draeger).

1.3. *Unveröffentlichte Graduierungsarbeiten*

Trampe, Andreas: *Ästhetische Forschung in Graduierungsschriften. Zur Geschichte der Ästhetik in der DDR*. Dissertation, Philosophische Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1999. 321 S.

Neben einem historischen Vergleich ästhetischer Graduierungsthemen steht die Analyse mehrerer Dissertationen im Mittelpunkt. Im Anhang befindet sich zudem eine Bibliographie der in der DDR verfassten Graduierungsschriften zur Ästhetik von 1946 bis 1990.

Gerber, Gerd: *Geschichtsstudium im anderen Deutschland. Das Alltagsleben der Historie im SED-Staat*. Magisterarbeit, Philosophische Fakultät II der Universität Augsburg, Augsburg 1999. 122 S.

Die Arbeit will die DDR-Geschichtswissenschaft in den letzten beiden Jahrzehnten der Existenz der DDR unter dem Aspekt betrachten, wie man in der DDR Geschichte studiert hat, wer studiert hat und wie man zum Studium kam. Dazu wird ein Bild des Alltagsleben im Geschichtsstudium gezeichnet. Die Studienpraxis wird ebenso thematisiert wie das Verhältnis von politischer Indoktrination und fachlicher Leistung.

Niggeling, Gerhard: *Der Hochschulsport in der Bundesrepublik Deutschland (BRD), in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), in Ungarn und in den Vereinigten Staaten (USA). Ein Beitrag zur historischen Entwicklung des Hochschulsports seit dem 2. Weltkrieg (1945-1990) und zu einem kritischen Vergleich seiner curricularen Strukturen.* Dissertation. Magyar Testnevelési Egyetem, Budapest 1995. 453 S.

Neben der Analyse des Hochschulsports in Westdeutschland, Ungarn und den USA geht der Autor im Kapitel II auf die Entwicklung des Hochschulsports in der sowjetisch besetzten Zone und der späteren DDR ein. Ausgehend von der Beschreibung der ideologischen Grundlagen des Sports in der DDR wird der Neuaufbau des Studentensports beschrieben, wobei er vier Phasen unterscheidet und die letzte in die Vereinigung des Studentensports der DDR mit dem Hochschulsport der Bundesrepublik mündet. Im Zentrum der Auseinandersetzung mit dem ungarischen Hochschulsport seit Beginn des 20. Jahrhunderts steht dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Schulze, Burga: *Leben und Werk des Leipziger Chirurgen Herbert Uebermuth (1901 - 1986).* Dissertation. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 2000. 112 S.

Die Arbeit beinhaltet eine Darstellung des Lebensweges und des umfangreichen wissenschaftlichen Werkes des Leipziger Chirurgen Herbert Uebermuth. Nach der Übernahme des Direktorates der Chirurgischen Klinik und des Lehrstuhls für Chirurgie an der Universität Leipzig 1952 gelang es Uebermuth, das durch Kriegswirren und den häufigen Direktorswechsel in der Nachkriegszeit verlorengegangene Renommee der Leipziger Chirurgie neu zu begründen und an Traditionen der bedeutenden Leipziger Chirurgen Carl Thiersch, Friedrich Trendelenburg und Erwin Payr anzuknüpfen.

Ilgner, Maria Barbara: *Gottfried Raestrup (1889 - 1955). Leben und Werk. Ein Beitrag zur Geschichte der gerichtlichen Medizin und Kriminalistik an der Universität Leipzig.* Dissertation. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1999. 100 S.

Der Schwerpunkt dieser Darstellung des Lebens von Gottfried Raestrup liegt auf seiner Tätigkeit als Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin und Kriminalistik von 1934 bis 1946. Dabei berücksichtigt die Autorin die politischen Rahmenbedingungen des Dritten Reiches, des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Desweiteren werden Dokumente zu Raestrups Inhaftierung im "Speziallager" Sachsenhausen ausgewertet. Im zweiten Teil wird auf seine wissenschaftliche Tätigkeit eingegangen, in der sich die Themenkomplexe Pathologie, forensische Toxikologie, forensische Serologie und Kriminalistik herauskristallisierten. Die Darstellung mündet in eine Beschreibung von Raestrups Theoriebildung der Gerichtlichen Medizin, die ihn als späten Vertreter der sogenannten "Deutschen Schule" der gerichtlichen Medizin ausweist.

Tegtmeyer, Urszula: *Die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft für Pharmakologie und Toxikologie der Deutschen Demokratischen Republik und der polnischen Pharmakologischen Gesellschaft in den Jahren 1965 bis 1990.* Dissertation. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 2000. 68 S. + unpagin. Anh.

Die Arbeit untersucht Charakter und Dimensionen der wissenschaftlichen Kontakte zwischen den polnischen und ostdeutschen Pharmakologen und Toxikologen. Zwischen den wissenschaftlichen Gesellschaften war 1975/76 eine offizielle Vereinbarung unterzeichnet worden, woraus drei bilaterale Symposien über die Pharmakologie der zentralen Nervensystems resultierten. Auf dem Gebiet der Toxikologie entwickelte sich die Zusammenarbeit ohne die Beteiligung der Gesellschaften, basierte statt dessen auf einem Regierungsabkommen von 1972 zur Entwicklung neuer Pflanzenschutzmittel. Die Kontakte der Forschungsinstitute beschränkten sich weitgehend auf die Üblichkeiten im Rahmen des internationalen wissenschaftlichen Lebens. Die Arbeit integriert kompakte Darstellungen zu den Gründungen und Entwicklungen der beiden Fachgesellschaften, beleuchtet politische Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der polnisch-ostdeutschen Kontakte und behandelt exemplarisch auch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Literaturinformation.

2. Publikationen zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa³

2.1. Nachträge: Erscheinungszeitraum 1990 - 1998⁴

IZ Sozialwissenschaften (Hg.): *Deutsche Osteuropa-Forschung: Beiträge* (=Newsletter - Sozialwissenschaften in Osteuropa 1998/3). Bonn 1998, unter URL: <http://www.berlin.iz-soz.de/public-ations/newsletter/socsci-eastern-europe/nl1983/>

Unter anderem mit folgenden Beiträgen: Entwicklungslinien, Schwerpunkte und Perspektiven der deutschen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa-Soziologie (Balint Balla/Anton Sterbling), Russlandbezogene Gender-Studies. Zu Forschungsaktivitäten im deutschen Sprachraum (Elisabeth Cheaure), Zeithistorische Osteuropaforschung nach

³ "Osteuropa" steht an dieser Stelle vereinfachend für die früher sozialistischen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die außereuropäischen Staaten, die vormals als Sowjetrepubliken zur UdSSR gehörten. Formal werden hier – wie unter Pkt. 1. – selbständige Publikationen erfasst, d.h. unselbständig erschienene Zeitschriften- und Sammelbandartikel finden sich nicht berücksichtigt. Thematisch sind Publikationen einbezogen, die sich (a) mit der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte osteuropäischer Staaten ab 1917 (Sowjetunion) bzw. ab 1945 (alle anderen Länder), (b) mit der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa seit 1990 sowie (c) mit den west-osteuropäischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen beschäftigen. Berücksichtigung finden Publikationen in deutscher und englischer Sprache.

⁴ „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle (jeweils im Kapitel 2) fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990 - 1998 / Higher education & Research in Eastern Europe. Annotated Bibliography of Monographs and Contributed Works in German and English language 1990 – 1998, HoF Wittenberg, Wittenberg 1999, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, 25.-DM, Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62, 06886 Wittenberg.

1989/90. Aktivitäten auf dem Gebiet der sowjetischen Geschichte (Stefan Creuzberger), Grenzen und Netzwerke: Splitter zur Ost(mittel)europaorientierung der deutschsprachigen Regionalforschung (Josef Langer), Stand und Perspektiven der rechtswissenschaftlichen Osteuropaforschung ("Ostrechtsforschung") in Deutschland - eine Problemskizze (Otto Luchterhandt), Ethnologische Forschungen in Osteuropa: Eine kurze Skizze (Peter Niedermüller), Zu Stand und Entwicklungsaussichten sozialgeographischer Forschung über Ostmittel- und Osteuropa (Jörg Stadelbauer), Schwerpunkte und Desiderata der soziologischen Osteuropaforschung (Anton Sterbling), Wirtschaftswissenschaftliche Osteuropaforschung nach der Wende (Hans-Jürgen Wagener), Wer ist schuld? Bemerkung zu einer zeitgemäßen Debatte über West-Ost-Beziehungen in den Sozialwissenschaften (Dieter Segert), Wissenschaftskooperation Ost - West: Wo liegt die Crux in der Zusammenarbeit? (Christine Teichmann), Westliche Überdetermination des agenda setting der mittelost-europäischen Sozialwissenschaften (Hellmut Wollmann).

IZ Sozialwissenschaften (Hg.): *Newsletter - Sozialwissenschaften in Osteuropa 1998/1, Themenheft Sozialwissenschaften in Polen*. Bonn 1998, unter URL: <http://www.berlin.iz-soz.de/publi-cations/newsletter/socsci-eastern-europe/n1981/index.htm>

Zahlreiche Institutionenprofile und Vorstellungen von Fachzeitschriften.

Stankuniene, Vlada (ed.): *Mobility of Scientists in Lithuania. Internal and External Brain Drain*. Vilnius 1996. 127 p. ISBN 9986-523-22-2. Bezug bei: Institute of Philosophy and Sociology, Saltoniskiu 58, LT-2036 Vilnius, Lithuania.

IZ Sozialwissenschaften (Hg.): *Newsletter - Sozialwissenschaften in Osteuropa 1998/4, Themenheft Sozialwissenschaften in der Ukraine*. Bonn 1998, unter URL: <http://www.berlin.iz-soz.de/publi-cations/newsletter/socsci-eastern-europe/n1984/>

Mit einem einleitenden Beitrag von Vladimir Kopylov: „Die Soziologie in der heutigen Ukraine“. Desweiteren zahlreiche Institutionenprofile und Vorstellungen von diversen Datenquellen, wissenschaftlichen Gesellschaften/Netzwerken sowie Fachzeitschriften.

Tschertok, Boris Ewsewitsch: *Raketen und Menschen. Band 1*. Elbe-Dnjepr-Verlag, Klitzschen 1998. 491 S. DM 50,-. Im Buchhandel.

Der Autor zählt zu den Begründern der russischen Raketenindustrie. Als Mitglied einer von Stalin beauftragten Spezialeinheit ging er im April 1945 nach Deutschland mit dem Ziel der Erbeutung, Reproduktion und Weiterentwicklung der von den Deutschen geschaffenen ballistischen Rakete V2. Von Berlin über Peenemünde gelangt Tschertok im Herbst 1945 nach Thüringen, wo die Institute "Rabe" und "Nordhausen" gegründet wurden. In ihnen schufen 1946 bis zu 7000 Techniker und Arbeiter die Reproduktion und Dokumentation der noch vorhandenen V2-Raketen. Später wurde eine große Anzahl der deutschen Raketenpezialisten nach Rußland verbracht, um dort einen Beitrag bei der Entwicklung der russischen Raketen zu leisten. In diesem Buch übt Tschertok Kritik am Stalinismus und gibt aus seiner Sicht einen Einblick in viele

Vorgänge der deutschen Nachkriegsgeschichte des Zeitraums 1945 bis 1956, so zur Jagd nach den deutschen Spezialisten in Konkurrenz mit den Amerikanern und Briten. Er porträtiert die wichtigsten russischen Raketenspezialisten dieser Zeit sowie deren Lebensumstände.

Soyer, Valery N.: *Lysenko and the Tragedy of Soviet Science*. Translated by Leo Gruliov and Rebecca Gruliov, Rutgers University Press, New Brunswick N.J. 1994, 379 pages. \$39.95. ISBN 0813520878. Im internationalen Buchhandel.

2.2. Aktuelle Publikationen

Dörrenbächer, Heike/Jentzsch, Corinna/Mörstedt, Adrian: *Verzeichnis der universitären Osteuropaforschung in Deutschland*. Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde DGO e.V., Berlin 2000. 72 S. Bezug bei: Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Schaperstraße 30, 10719 Berlin.

Um einen Überblick über die Situation der Osteuropaforschung zu erhalten, führte die DGO im Sommer 2000 eine Fragebogen-Umfrage zum Thema "Was bleibt von der Osteuropaforschung - zur Situation der Fächer an den deutschen Universitäten" durch. Als Nebenprodukt dieser Umfrage wurde dieses Verzeichnis erstellt. Es bietet einen Überblick über die mehr als 600 Vertreterinnen und Vertreter der universitären Osteuropaforschung in Deutschland, die, soweit es die Recherchen ermöglichten, mit Adressen, Telefon- und Faxnummern, Emailadressen sowie Schwerpunkten der Lehr- und Forschungstätigkeit aufgeführt sind. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind nicht enthalten.

Department Information Transfer Eastern Europe at the German Social Science Infrastructure Services (GESIS) Branch Office (Ed.): *Social Science on Eastern Europe* (Newsletter July 2000, special issue), Bonn 2000. 54 S. Bezug bei: Informationszentrum Sozialwissenschaften IZ, Schiffbauerdamm 19, 10117 Berlin

Diese anlässlich des 6. Weltkongresses des International Council for Central and East European Studies (ICCEES) im Jahre 2000 veröffentlichte Sonderausgabe vereint Berichte über die Situation sozialwissenschaftlicher Mittel- und Osteuropaforschung in nord-, west- und südeuropäischen Ländern. Folgende Länder werden im Rahmen von *country reports* vorgestellt: Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden, Schweiz, Spanien und Großbritannien.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Institut für Hochschulforschung Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshop am 09./10.05.2000* (HoF-Arbeitsberichte 4'00). Wittenberg 2000, 83 S.

Das Thema wird in drei Perspektiven behandelt: Nachfrage nach ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen incl. Studienwünsche, Studienangebote und Berufsperspektiven für Ingenieurinnen und Ingenieure; Entwicklungen, mit denen es gelingen soll, die Ingenieurausbildung zu reformieren und dabei internationalen Entwicklungen aufzugreifen; Widersprüche, die sich derzeit in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen Mittel- und Osteuropas zeigen. Einerseits werden die in den 90er Jahren wiederbelebten Formen der Zusammenarbeit deutlich, andererseits die Gefahr, dass bei einer Veränderung der Förderschwerpunkte durch EU-Programme diese Entwicklung gefährdet ist. Der Band enthält u.a. folgende Beiträge: Wirtschaftsbeziehungen zu den MOE-Staaten am Beispiel der FAM (Günter Koch); Erfahrungen mit dem EU-Programm TEMPUS – Hochschulpartnerschaften mit Einrichtungen in den MOE-Staaten (Angelika Sachsenröder); Langfristige Zusammenarbeit zwischen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und Universitäten in Bulgarien (Lothar Mörl); Der Zusatzstudiengang Standort- und umweltgerechte Landwirtschaft in den Transformationsländern an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Thomas Bremer/Michael Grings)

Beyrau, Dietrich (Hg.): *Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler*. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000. 399 S. DM 104,-. Im Buchhandel.

Der Sammelband ist aus einer Reihe von Tagungen im Rahmen eines Projekts "Bildungsgeschichten unter totalitären Bedingungen. Ein Vergleich zwischen NS-Deutschland und Sowjetrußland unter Stalin" hervorgegangen. Im Kontext vergleichender Diktaturforschung untersucht die Publikation das jeweils eigene Profil der Regime Hitlers und Stalins. Russische und deutsche Autoren richten den Blick auf die intellektuellen Berufsgruppen: Schriftsteller, Wissenschaftler, Techniker und Ideologen. Dabei stehen ihr Leben und Arbeiten prägende Mechanismen sowie das Verhalten der systemtragenden, legitimierenden Mehrheit im Mittelpunkt der Betrachtung. Vierzehn Beiträge behandeln den sowjetischen Kultur- und Wissenschaftsbetrieb, zwei sind dem direkten Vergleich und zwei speziell Nazi-Deutschland gewidmet. Im folgenden die im hiesigen Kontext wichtigen Beiträge: "Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR als elitäre Korporation" (Nikolai Korenjuk), "Dialektik als intellektueller Knüppel. Auf der Suche nach einer marxistischen Synthese zwischen Philosophie und Biologie" (Eduard I. Koltschinski), "Der Sturm auf die Agrarwissenschaften" (Tatjana P. Mironowa), "Säuberung und Erziehung. Die kommunistische Parteiorganisation an der Leningrader Universität" (Anschelina P. Kupaigorodkaja), "Aufblühen und Untergang der Landeskunde" (Wladimir S. Sobolew), "Der Nachlaß der Roten Kadenschmiede. Die Lebensläufe der Absolventen des Instituts der Roten Professur" (Lutz-Dieter Behrendt), "Deformationen der Geschichtswissenschaft unter Hitler und Stalin" (Bernd Faulenbach), "Der Kampf um Pawlows Erbe. Die Karriere des Physiologen Leon Orbeli" (Torsten Rütting), "Gefährliche Beziehungen. Experimentelle Biologie und ihre Protektoren" (Kirill Rossijanow), "Rassenhygiene in Deutschland. Eugenik in der Sowjetunion. Ein Vergleich" (Hans-Walter Schmuhl) und "Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsforschung nach 1945" (Christoph Mick).

Hartmann, Anne (Hg.): *Kraftproben. Zum russischen Hochschulwesen und Wissenschaftsbetrieb der neunziger Jahre*. Projekt Verlag, Bochum 2000. 485 S. DM 56,-. Im Buchhandel.

Die Beiträge in diesem Band stammen aus zehn (im Quellenverzeichnis des Bandes verzeichneten) Broschüren, die am Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur der Ruhr-Universität Bochum in den letzten Jahren erschienen sind. Folgende Beiträge sind enthalten: "Der Prozeß geht weiter ... Zur Befindlichkeit der russischen Gesellschaft Mitte der neunziger Jahre" (Anne Hartmann), "Zwischen Umstrukturierung, Krise und Aufbruch. Anmerkungen zu den gegenwärtigen Entwicklungsproblemen russischer Wissenschaftsinstitutionen" (Karl Eimermacher), "Tote Seelen. Die russische Wissenschaft nach der Perestrojka" (Sonja Margolina), "Zur Situation der Hochschulen in der Russischen Föderation" (Karen Akopjan), "Transformationshemmnisse im russischen Hochschul- und Wissenschaftsbereich" (Karl Eimermacher), "Die Reform des russischen Bildungssystems unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen. Ein konstruktives Vorhaben oder destruktiver Mythos?" (Oleg Smolin), "Emigration der Wissenschaftler! Keine Panik" (Aleksandr Allachverdjan, Natal'ja Agamova), "In den Startblöcken" (Elizaveta Ponarina), "Zum System der Lizenzierung, Attestierung und Akkreditierung der Hochschulen in Rußland" (Svetlana Kibardina), "Probleme der Attestierung und Akkreditierung nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen" (Natal'ja Voronina), "Staatliche Kontrolle des Bildungswesens und Qualitätsbewertung" (Natal'ja A. Pecerskaja), "Die Krise des russischen Bildungssystems. Verlautbarungen und Fakten" (Elizaveta Ponarina), "'Kräfte' und 'Hebel' der Bildungsreform" (Anne Hartmann), "Bildungskorruption" (Sonja Margolina), "Private Hochschulen. Neue Eliten" (Gregor Berghorn), "Vom Westen lernen heißt siegen lernen? Anmerkungen zur Reform geisteswissenschaftlicher Ausbildung in Rußland in den neunziger Jahren" (Klaus Waschik), "Gegenwärtige Probleme der Geisteswissenschaften an den Hochschulen und das Institut für europäische Kulturen" (Dmitrij Bak), "Aspekte einer Neuordnung der regionalen Hochschullandschaft in Rußland" (Friedrich Kuebart), "Probleme und Perspektiven der Hochschule in der russischen Provinz" (Andrej Terechin), "Ein Experiment von kurzer Dauer? Private Hochschulgründungen in Rußland. Das Beispiel Samara" (Nikolaj Rymar), "Perestrojka des Hochschulbereichs und ihre Auswirkungen in der Praxis. Am Beispiel der Pädagogischen Universität Vologda" (Svetlana Kibardina), "Die Hochschulen der Stadt Kursk in den Jahren 1992-1995. Zur Situation in der russischen Provinz" (V.V. Gvozdev), "Die russischen Provinzuniversitäten auf der Suche nach ihrer eigenen Identität (am Beispiel der Staatlichen Universität der Republik Burjatien)" (Anatolij Karpov), "Über einige Probleme der Entwicklung des Archivwesens der Russischen Föderation in der gegenwärtigen Situation" (Tatjana Pavlova), "Die Archivwelt Rußlands. Mythen und Wirklichkeit" (Tatjana M. Goraeva), "Einige Probleme bei der Ausbildung der neuen Historikergeneration Rußlands" (Gennadij A. Bordjugov), "Verlagswesen und Buchhandel in Rußland im Bereich der Geisteswissenschaften" (Valerij Anasvili), "Die Geschichtswissenschaft in Rußland und die Bibliotheken. Dimensionen der Zusammenarbeit" (Michail D. Afanas'ev), "Bedingungen eines Strukturwandels des Hochschul- und Wissenschaftssystems in Rußland" (Karl Eimermacher), "Von der Euphorie zur Ernüchterung. Perestrojka der Kooperation" (Anne Hartmann), "Erfahrungen deutsch-russischer Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Situation" (Friedrich Schmidt), "Soziale Problemlagen und professionelle Kompetenz. Zur Kooperation der Evangelischen Fachhochschule Bochum mit der Pädagogischen Universität Vologda" (Ernst-Ulrich Huster), "Das Modell Bochum. Ein Projekt zur Weiterqualifizierung russischer Germanisten an der Ruhr-Universität Bochum" (Paul Gerhard Klusmann/Frank Hoffmann), "Bericht über das TEMUS/TACIS Joint European Project 'Istoriya - International Support for the Teaching of History in Russia and Ya-

roslavl" (Stephan Merl) und "Archive in Moskau und St. Petersburg. Förderung der Infrastruktur und der deutsch-russischen Forschungskoooperation" (Manfred Heine-
mann).

Eimermacher, Karl/Karen Laß (Hg.): *Jung, dynamisch. Erfolgreich?! Studentischer Alltag in Rußland*. Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur, Bochum 2000. 128 S. Bezug bei: Lotman-Institut, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum.

Die Broschüre will dazu beitragen, Wissensdefizite bezüglich der Studierenden in Rußland zu verringern. Mit folgenden Beiträgen: "Russische Studenten der 90er Jahre und der Dialog zwischen den Generationen nach der Perestrojka" (Dmitij Bak), "Russische Studenten der 90er Jahre. Ein soziales Porträt" (Valerij Lukov), "Russische Studenten heute. Eine Momentaufnahme" (Valerij Gvozdev), "Die Studentenschaft der Megalopolis Moskau. Ein soziologisches Mosaik" (Svetlana Sceglöva), "Moskauer Studentenwohnheime in der Marktwirtschaft" (Marija Demcenko), "Studenten-Bau-Trupps verdrängen Schwarzarbeiter aus Moskau" (Jurij Snegirev), "Die Studenten sind bereit zu arbeiten - für mindestens 500 US-Dollar" (Viktorija Averbuch), "Auf Rechnung des Werks zur Universität" (Elizaveta Ponarina), "Plus-minus tausend Wege" (Angelina Federova), daneben sind Presseberichte über studentische Protestaktionen (in deutscher Übersetzung) dokumentiert.

Department of Science and Higher Education of the Ministry of Education (Ed.): *Higher Education in Lithuania and the Recognition of Qualifications*. Wilnius 2000. 110 S.

Das Buch beinhaltet eine kurze Untersuchung des litauischen Hochschulsystems. Dabei wird auch auf Statistiken und die Diskussion der rechtlichen Grundlagen eingegangen, und es werden die Geschichte Höherer Bildung und die Elemente des litauischen Hochschulsystems skizziert.

Lörincz, Jozsef D.: *The Hungarian intelligentsia in Romania between calling and pragmatism*. Ed. by Institute for Central European Studies, Budapest 1999. 47 pp.

Anton, Ted: *Der Mord an Professor Culianu. Rekonstruktion eines Verbrechens*. Insel Verlag, Leipzig 1999. 350 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

1991 wurde der einundvierzigjährige Religionswissenschaftler Ioan Culianu, Nachfolger Mircea Eliades, auf der Toilette seines Chicagoer Instituts, der Divinity School der University of Chicago, erschossen. Der Exilrumäne war politisch engagiert gewesen, und die Securitate hatte sich nach dem Tod Ceausescus keineswegs freiwillig aufgelöst. Vielmehr setzte sie die Einschüchterung von Kritikern im Ausland fort. Ein rechtsradikaler Hintergrund des bis heute nicht abschließend aufgeklärten Mordes ist denkbar, denn Mircea Eliade, dessen Nachlaß u.a. Culianu verwaltete, hatte in der Vorkriegszeit der "Eisernen Garde", der rumänischen Organisation der Faschisten, nahe gestanden. Das Buch ist zum größeren Teil eine Darstellung der wissenschaftlichen Karriere Culianus. Darüberhinaus wagt der Autor Hypothesen über die Hintergründe Culianus Todes.

Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriß zur Genese und Transformation der Akademie, Karl Dietz Verlag, Berlin 2000, 480 S., DM 48,-

Der vorletzte Präsident der DDR-Akademie der Wissenschaften, Pharmakologe von Weltrang, legt seine subjektive Sicht der Geschichte der größten Wissenschaftseinrichtung des kleineren deutschen Staates dar. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um ein Erinnerungsbericht, sondern eher um eine auf Quellenauswertung gestützte Beschreibung der Entwicklung der Akademie der Wissenschaften (AdW), die durch die Wiedergabe von Dokumenten, Beschlüssen, Statistiken und sonstigen Übersichten sowie durch viel Insiderwissen gewaltig an Wert gewinnt. Zugleich erscheint der Eindruck nicht unberechtigt zu sein, daß der Autor versucht, die enge Verflechtung von Politik und Wissenschaft in der DDR zu rechtfertigen bzw. sie kommentarlos zu konstatieren, wie auf S. 202: "Den Gesellschaftswissenschaften der DDR, die der Akademie eingeschlossen, waren bis Herbst 1989 ideologische Grenzen gezogen, die zu überschreiten bedeutete, die führende Rolle der Partei und die damit verbundene zentralistische Steuerung der Gesellschaft zu hinterfragen." Der Leser vermißt eine kritische Hinterfragung, was genau mit solchen trockenen Feststellungen eigentlich gemeint ist, ja überhaupt was eine berufliche und politische Verbundenheit für viele Tausende DDR-Bürger mit der AdW bedeutete. Es gab nämlich einerseits die ideologische Indoktrinierung und andererseits den an den Universitäten zuweilen schmerzhaft vermißten, an der Akademie oftmals durchaus vorhandenen ideologischen Freiraum. Hingewiesen wird an verschiedenen Stellen, ohne die dargelegten Fakten auszudiskutieren, auf die politischen Eingriffe der Partei auf Forschung und Struktur der Akademie. Leider fehlt außerdem eine Auseinandersetzung mit der zu diesen, aber auch zu anderen Fragen im vergangenen Dezennium erschienenen Forschungsliteratur. Denn die Akademie der Wissenschaften der DDR, die in den 80er Jahren über etwa 50 Forschungsinstitute mit annähernd 25.000 Beschäftigten verfügte, von denen etwa ein Drittel Wissenschaftler waren, war seit der Wende 1989 oftmals Gegenstand für historisch-politische und wissenschaftsgeschichtliche Untersuchungen.

Auch wenn eine möglichst an den Dokumenten angelehnte Darstellungsweise legitim und vom Autor wohl auch angestrebt war, wünschte man sich mehr wertende oder kommentierende Urteile. Über weite Streck-

ken liest das Buch sich, als wenn es zu Zeiten der DDR geschrieben worden wäre, allerdings unter Weglassung der damals die "führende Partei" hofierenden Schnörkel.

Diese kritischen Bemerkungen sollen nicht die Leistung schmälern oder die Notwendigkeit eines solchen Buches in Frage stellen. Es ist im Gegenteil für die Wissenschaftsgeschichte der DDR von eminenter Bedeutung, aus berufener Feder einige Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen der Akademie erläutert zu bekommen. Interessant sind vor allem die Darlegungen zur Institutionengeschichte der einzelnen in der AdW vertretenen Wissenschaftsdisziplinen sowie zur Entstehung der institutionalisierten Einheit von Gelehrtenegesellschaft und Forschungsinstituten. Positiv unterscheidet sich die vorliegende Arbeit von verschiedenen Versuchen der jüngsten Wissenschaftsgeschichte dadurch, daß hier von Scheler versucht wurde, die Genese der Akademie in den historischen Kontext zu stellen. So werden einige dargelegte Entscheidungen der Wissenschaftsverantwortlichen in der DDR bzw. der Akademie verständlicher. Es ist nicht immer einfach, die Organisationsstruktur, das Leitungssystem und die Arbeitsweise der AdW nachzuvollziehen, haben sich doch in den viereinhalb Jahrzehnten ihres Bestehens die Existenzbedingungen mehrfach geändert. Nunmehr wird einiges im Aufbau und in der Struktur der AdW deutlicher, wenngleich im Einzelnen nicht alle Fragen beantwortet wurden. So wird auch hier nichts darüber berichtet, warum Ende der 60er Jahre das Institut für Orientforschung aufgelöst worden ist, wovon selbst der Direktor und die Mitarbeiter seinerzeit überrascht worden sind.

Das Buch ist in neun, zum überwiegenden Teil weiter mehrfach untergliederten, Kapitel geordnet. Abgehandelt werden unter anderem die Beziehungen der AdW zur SED-Führung sowie staatlichen Stellen, der Status, die Organisation, Struktur und Leitung der AdW, die Gelehrtenegesellschaft mit ihren Klassen und Sektionen, Kommissionen und Räten sowie die Forschungsinstitute selbst. Ein eigenes Kapitel widmet sich den deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen. Etwas knapp kommen hingegen die internationalen Wissenschaftsbeziehungen weg, wenngleich auch hier über Aufbau, Ausbau und Formen der internationalen Kooperation auf Wissenschaftsebene referiert wird. Unterbelichtet sind die Beziehungen zur Sowjetunion, die ja wohl die intensivste Ausprägung erfahren hatten. Unklar bleibt somit, inwiefern und wie stark es gegenseitige Interaktionen und daraus resultierend Umsetzungen in der Wissenschaftsorga-

nisation und wissenschaftlichen Inhalten gab. Sodann wird auf Publikationen, Veranstaltungen, Patente, Bildung und Qualifizierung eingegangen. Abschließend werden die Institute und Einrichtungen der AdW, wie sie zur Wende in der DDR, also Ende der 80er Jahre, existierten, aufgelistet, wobei auch die Anzahl der Beschäftigten, die Namen der Direktoren, die zur Verfügung stehenden Finanzen, die Wissenschaftsgebiete und Forschungsprofile genannt sind.

Die Darstellung endet mit jenem für die Akademie so schicksalsschwerem Zeitpunkt Ende der 80er Jahre. Die Geschichte der Liquidierung der Gelehrtenesellschaft und der Abwicklung ihrer Forschungsinstitute und Einrichtungen im Zuge der politischen Veränderungen in der DDR 1989/90 und im Gefolge des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 wird hier nicht mehr behandelt. Das bedarf einer gesonderten Darstellung. Das Buch von Werner Scheler bietet hierfür eine recht solide Grundlage. Es ist zu hoffen, daß sich dieser Aufgabe in absehbarer Zeit jemand annimmt.

Ulrich van der Heyden (Berlin)

Wer ist wer? Das deutsche Who's who. Begr. v. Walter Habel. XXXIX. 2000/01. Bundesrepublik Deutschland. Schmidt/Römhild, Lübeck 2000. DM 410,- ISBN 3-7950-2029-8. 1656 S.

Das deutsche Gegenstück zu "Who is who?" erschien erstmals 1905 in Leipzig (Hermann A. L. Degener: Wer ist's?). Bis 1965 war es gesamtdeutsch. Ein interessantes Stück deutscher Geschichte: Vereinte die 13. Ausgabe (1958) die deutsche Prominenz noch in *einem* Band, so kam die 14. Ausgabe, wohl mit Rücksicht auf Empfindlichkeiten der DDR-Führung, in zwei Bänden heraus. In Bd. I "Bundesrepublik Deutschland und Westberlin" (1962) hieß es S. VII: "Ein zweiter Band (Mittel- und Ostdeutschland) ist in Vorbereitung." Bd. II (1965) hatte keinen Untertitel (offenbar verbot sich "Mitteldeutschland" oder ähnliches im Hinblick auf Ostberlin, "DDR" im Hinblick auf Bonn): Laut S. VII waren "5000 (Prominente) aus dem Gebiet der DDR" erfaßt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit; die getrennte Präsentation sollte "bis zur Wiedervereinigung" beibehalten werden. Von der 15. Ausgabe erschien 1967 "Band I (West)".

Es war also weiterhin ein separater DDR-Band geplant (das Vorwort geht nicht darauf ein), aber er ist nicht zustande gekommen. In der 16. Ausgabe (1970) wurde ein spezieller DDR-Band für Anfang 1971 angekündigt (S. V), doch er kam nicht, und in der 17. Ausgabe (1973) wurde dazu nichts gesagt.

Ein eigenes vergleichbares Werk hat die DDR nie hervorgebracht. Zwar gab es einen (gemildert stalinistischen) Personenkult, aber andererseits war die Information über Bildung, Privatleben usw. der "Partei- und Staatsführung" jahrzehntelang ausgesprochen restriktiv. (Über Künstler erfuhr man mehr, aber natürlich nicht so viel und schon gar nicht auf so "poppige" Manier wie in der Bundesrepublik.) Es war eine kleine Sensation, als – lange nach der Gründung der DDR – in der Presse ein Foto erschien, auf dem Ulbricht mit seiner Frau in einem Boot saß und ruderte, und es blieb lange das einzige derartige Foto. Überall wurde dieses Bild gebracht, mit einer Variante, die durch (absichtlich?) seitenverkehrte Wiedergabe bedingt war: In der einen Illustrierten ruderte Ulbricht von links nach rechts, in der anderen von rechts nach links! "Weite und Vielfalt des Sozialistischen Realismus"! Die Gründe für die Abstinenz in bezug auf die 'Intimsphäre' der maßgeblichen Politiker waren unter anderem das starke Sicherheitsbedürfnis (man hielt es für besser, wenn die westlichen Dienste kein auf den ersten Blick noch so unwichtiges Detail aus dem Leben der Führungskaste kannten) und das Gefühl, sich auch gegenüber den Untertanen keine Blöße geben zu dürfen: Wußten die Bürger z. B. von einem Politbüro-Mitglied, daß es eine oder gar mehrere Fremdsprachen konnte (und solche Fälle gab es), so mochte es um so mehr auffallen, daß die anderen keine Fremdsprachen beherrschten, usw. Man bedenke, welche Rolle dieser Punkt im Volkswitz in bezug auf zeitgenössische prominente Politiker spielte, etwa anlässlich einer Gipfelkonferenz: Der englische Premier zum amerikanischen Präsidenten: "I quite agree with you", darauf der französische Präsident: "Me too", danach Kohl: "Me three".

Seit der 30. Ausgabe (1991) ist das Standardwerk wieder gesamtdeutsch.¹ Berücksichtigt sind in der neuesten Ausgabe 30000 "Prominente" bzw. "Multiplikatoren" (S. V) aus allen Bereichen der Gesellschaft, davon sind etwa 2000 Neuzugänge (der jüngste: die 22jährige Franziska

¹ s. meine Rez. in: *Deutsche Literaturzeitung* 114, 1993, 91 ff.

van Almsick). Hier sei vorrangig auf Wissenschaftler eingegangen.² Aufgenommen sind außer Bundesdeutschen Österreicher und Bewohner des deutschsprachigen Teils der Schweiz, im sonstigen Ausland wirkende Deutsche (etwa der Literaturwissenschaftler Reinhold Grimm, der Sprichwortforscher Wolfgang Mieder und der Dirigent Kurt Masur, alle USA) und in Deutschland tätige Ausländer (so der polnische Theaterwissenschaftler und Regisseur Erwin Axer). Die neuen Bundesländer sind jetzt wesentlich besser vertreten, als dies in der ersten Zeit nach der Vereinigung möglich war. "Leerstellen" sind wohl mindestens zum Teil dadurch bedingt, daß Fragebogen nicht rechtzeitig zurückgeschickt wurden.

Angegeben sind durchweg: Beruf, Stellung, Adresse, Geburtstag und -ort, Religionszugehörigkeit, Ehepartner/Lebensgefährte, Kinder, Ausbildung, berufliche Entwicklung, Mitgliedschaft in Klubs (Rotary usw.), Akademien etc., Publikationen, Orden und andere Auszeichnungen, Hobbies, Sprachkenntnisse, bedeutende Vorfahren. Mitgeteilt wird nur, was die/der Betreffende gedruckt sehen möchte (es gibt noch immer Damen, die ihr Geburtsjahr verschweigen!). Schon von daher versteht sich, daß Umfang und Informationsgehalt der Artikel außerordentlich unterschiedlich sind. Knapp 2000 Prominente stellten Porträtfotos zur Verfügung.

Nützliche Beigaben: Ein Geburtstagskalender vom 1. 1. bis zum 31. 12.; ein Nekrolog (seit der letzten Ausgabe verstarben z. B. der Theologe E. Bethge, der Historiker H. Gollwitzer, der Archäologe K. Schefold, der Gräzist E. G. Schmidt,³ der Mathematiker E. Kähler); die obersten Bundes- und Länderbehörden, samt Adresse, und ihre wichtigsten Repräsentanten, mit Foto (Rau, Thierse, Schröder; bei den Ländern die Minister- und Landtagspräsidenten bzw. Regierenden Bürgermeister usw.); eine Übersicht über die Orden der Bundesrepublik, mit Abbildungen. -

Das Werk ist so aktuell, wie es bei dem Redaktionsschluß 15.7.2000 sein kann. Daß der österreichische Byzantinist Herbert Hunger am 9.7.2000 gestorben ist, haben selbst seine Fachkollegen erst sehr viel später erfahren.⁴

Im Abkürzungsverzeichnis fehlen HRK (Hochschulrektorenkonferenz), KAI (Koordinierungs- und Abwicklungsstelle ... Akademie der

² Vgl. meine Rezension von "Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender" in: *hochschule ost* 7, 1998, 236 f. und 8, 1999, 372 f.; Anfang 2001 erscheint die 18. Ausgabe.

³ S. meinen Nachruf in: *Gnomon* 72, 2000, 472 ff.

⁴ Vgl. meinen Nachruf in: Sächsische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1999-2000.

Wissenschaften der DDR), PDS (SPD etc. sind verzeichnet). Der Einband könnte bei einem zu ständiger Benutzung bestimmten Werk noch stabiler sein. Aber auch wenn das Nachschlagewerk einzelne Wünsche offen läßt: Es ist unentbehrlich. Die Daten gibt es übrigens auch auf CD ROM, und sie sind im Internet abrufbar, s. S. V.

2001 erscheint ein speziell Berlin gewidmeter "Wer ist wer?"-Band; er wird weit mehr Berliner Promis enthalten als der hier vorgestellte Band.

Jürgen Werner (Berlin)

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 2001. Bio-bibliographisches Verzeichnis deutschsprachiger Wissenschaftler der Gegenwart. 18. Ausgabe. 3 Bde. Redaktion: Katrin Hoffmann. München: K. G. Saur 2001. Zus.1334 S. Geb. 8°. Zus. 1280 DM. ISBN 3-598-23603-4

Seit 1925 erscheint, ständig auf den neuesten Stand gebracht, der "Kürschner", "Who is who" der deutschen Wissenschaft, nach seinem 'Erfinder' Joseph Kürschner benannt wie der "Duden" nach Konrad Duden. Der traditionelle, monumentale Gelehrtenkalender wird jetzt – ebenso wie, seit 1998, "Kürschners Literatur-Kalender" – von dem K. G. Saur Verlag betreut, und zwar, um dies gleich vorwegzunehmen, gut betreut. Zahlreiche Stichproben ergaben weitgehende Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben. Da die 17. Auflage des Gelehrten-Kalenders von 1996 hier ausführlich vorgestellt worden ist (*hso* 1/1998, 236 f.; 1-2/1999, 372 f.), kann ich mich relativ knapp fassen.

Der diesjährige "Kürschner" umfaßt 66600 WissenschaftlerInnen (gegenüber 60000 in der 17. Ausgabe), davon 12000 zum ersten Mal (S. VII). Alle sind "in der Regel habilitiert und an einer deutschsprachigen wissenschaftlichen Einrichtung [mit Einschluß Österreichs und des deutschsprachigen Teils der Schweiz] tätig", auch Ausländer, doch sind ebenfalls im nichtdeutschsprachigen Ausland arbeitende deutsche Wissenschaftler berücksichtigt wie der Germanist und Volkskundler Wolfgang Mieder (USA), international führender Sprichwortforscher, und der Theaterwissenschaftler Walter Puchner (Griechenland). Man vermißt etwa den Linguisten Bernard Comrie (Leipzig) und den Musikwissen-

schaftler Hans Grüß (Leipzig; zu ihm gibt es immerhin eine kurze redaktionelle Notiz); manche Lücke erklärt sich wohl dadurch, daß die “Kürschner“-Redaktion nicht rechtzeitig ausgefüllte Fragebögen zurück erhielt. – Nach Name und Titel ist jetzt gleich die Wirkungsstätte angegeben (“Prof. U-GH Kassel”), nicht erst beim Cursus honorum. Auch sind nunmehr Web-Site und Homepage mitgeteilt. Nichtselbständige Veröffentlichungen werden wie bisher in Auswahl verzeichnet; vollständige Publikationslisten, wie sie in der 17. Auflage auf CD-ROM erschienen, entfallen. Größerer Übersichtlichkeit wegen sind Übersetzungen fremder Werke durch deutschsprachige WissenschaftlerInnen in der 18. Auflage in einer besonderen Rubrik “Ue” angeführt, und in der neuen Rubrik “P” finden sich Arbeiten und Materialien in Nichtprintmedien: Filme, Patente usw.; aus dem reichhaltigen Artikel über den erfreulicherweise quicklebendigen Walter Jens ersieht man bei “P”, daß sich seit 1997 sein ‘Nachlaß’ in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste befindet: Publikationen, Manuskripte etc. (Bisher liegen nur Archivalien aus dem von ihm begründeten Tübinger Rhetorik-Institut vor; es ist also eher ein ‘Vorlaß’.) – Im Hinblick auf die “zunehmende Interdisziplinarität” (VII) ist die Trennung in Naturwissenschaften/Medizin/Technik einerseits, Geistes- und Sozialwissenschaften andererseits, wie sie in der 17. Auflage praktiziert worden ist, beseitigt (bei der Geographie z. B. war sie schon immer schwierig); jetzt gibt es wieder *ein* einheitliches Alphabet.

Der “Nekrolog” nennt etwa 2000 seit 1996 verstorbene WissenschaftlerInnen, in der Regel mit Fach, Geburts- und Todesdatum, soweit bekannt; z.B. die Mathematiker Hölder, Kähler, van der Waerden, den Physiker Hund, den Soziologen Luhmann, den Politikwissenschaftler Eschenburg, den Spezialisten für deutsch-russische Beziehungen Lew Kopelew, den Byzantinisten Hunger (dazu mein Nachruf in: Sächsische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1900/2000, Stuttgart/Leipzig 2001), die Gräzisten Gigon, Hölscher, Irmscher (da er erst kurz vor Redaktionsschluß starb, hat er noch einen Artikel im Hauptteil), E. G. Schmidt (dazu mein Nachruf in: *Gnomon* 72, 2000, 472 ff.), den Orchesterleitungs-Fachmann Celibidache. – Den “Festkalender” der ‘runden’ Geburtstage gibt es jetzt nicht mehr nur chronologisch, sondern auch alphabetisch, dies wohl für Fachverbände, Rektorate usw., die rasch eine Übersicht über die jeweils fälligen Gratulationen haben möchten; für den Normalverbraucher genügt es, daß die ‘Feste’ im alphabetischen Hauptteil angegeben sind. – Schön wäre es, wenn Nachrufe verzeichnet würden

(mit Nachträgen im Folge-Band), doch bedeutet das erhebliche zusätzliche Arbeit für die Redaktion.

In dem sehr nützlichen Register der Gelehrten nach Fachgebieten sollte die große Rubrik “Klassische Philologie, Byzantinistik, Spät- und Mittellatinistik” – als Fächergruppe, die die Klassische Philologie und ihre Tochterdisziplinen umfaßt – um die Neogräzistik erweitert werden, die in der Regel institutionell und personell mit der Byzantinistik (im Sinne von: Byzantinische Philologie) gekoppelt ist. Daß es statt “Mittel- und Spätlatinistik” (17. Aufl.), der Chronologie der jeweiligen Wissenschaftsobjekte entsprechend, jetzt “Spät- und Mittellatinistik” heißt, ist richtig, geht es hier doch um spätantike und mittelalterliche Sprache und Literatur. Zu erwägen ist die zusätzliche Nennung der Neolatinistik (Eichenseer u.a.). – Das ebenfalls hochwillkommene Verzeichnis wissenschaftlicher Verlage (durchweg mit ihren Arbeitsgebieten, vereinzelt bis hin zu “Kinder- und Jugendbücher” usw.) wäre übersichtlicher, wenn z.B. bei “Walter de Gruyter” der Familienname, der für die alphabetische Einordnung unter G maßgeblich ist, durch Sperrung oder größere Type hervorgehoben würde. Man vermißt den Verlag Adolf M. Hakkert, Amsterdam/Las Palmas de Gran Canaria, der viele wichtige klassischphilologische, byzantinische und neogräzistische Bücher in deutscher Sprache herausbringt. – Eine neue Beigabe, gleichfalls außerordentlich zu begrüßen, ist das Verzeichnis deutschsprachiger Universitäten und sonstiger Hochschulen (Name, Adresse, Telefon, Fax, E-Mail, Internetanschluß). “Deutschsprachig” bedeutet: in Deutschland, Österreich, der Schweiz; auch die Hochschulen der französisch- und italienischsprachigen Schweiz sind verzeichnet (Fribourg, Genf, Lausanne, Neuchâtel; Lugano u. a.). Angeordnet sind sie alphabetisch, primär nach Städten, dann nach Hochschulnamen (innerhalb von “Berlin”: “Alice-Salomon-Fachschule B.” bis “Technische Universität B.”); hier würde die typographische Hervorhebung des Ortes den Benutzer schneller zu dem Gesuchten führen. Zuweilen benötigt er ohnehin eine gewisse Findigkeit: Die “Universität der Bundeswehr München” steht im Alphabet unter ihrem alleinigen Sitzort “Neubiberg”! Ob man in solchen Fällen eine Verweisung anbringen kann? – Wünschenswert wäre die Einbeziehung der Wissenschaftsakademien und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie der Max-Planck-Institute, arbeitet doch ein Teil der im “Kürschner” genannten WissenschaftlerInnen ausschließlich oder hauptsächlich an derartigen Stellen. Im Saur Verlag erscheint übrigens auch das ebenfalls wertvolle “Handbuch

der Universitäten und Fachhochschulen: Deutschland Österreich Schweiz”, zuletzt in 9., überarb. Aufl. 1999.

Auch für die 18. Auflage des “Kürschner” gilt: Es ist ein für alle WissenschaftlerInnen und wissenschaftliche Einrichtungen unentbehrliches Standardwerk (in vorzüglicher Ausstattung: Papier, Druck, Einband), für das man dem auch sonst um die Wissenschaft sehr verdienten Verlag nicht dankbar genug sein kann.

Jürgen Werner (Berlin)

Andreas Keller: Hochschulreform und Hochschulrevolte. Selbstverwaltung und Mitbestimmung in der Ordinarienuniversität, der Gruppenhochschule und der Hochschule des 21. Jahrhunderts. Reihe Hochschule Bd. 4, BdWi-Verlag, Marburg 2000, 559 Seiten, DM 39.80, ISBN 3-924684-91-X.

Vor einiger Zeit saß während eines hochschulpolitischen Insel-Meetings eine Reihe von StudierendenvertreterInnen (u.a. der Rezensent) zusammen, um sich gemeinsam den Kopf darüber zu zerbrechen, wie studentische Interessenvertretung in einer zunehmendem Druck ökonomischer Kategorien ausgelieferten Hochschule aussehen könnte. Sehr schnell geriet die Debatte zu einem allgemeinen Wehklagen über die bittere Solitüde wackerer Studi-FunktionärInnen, die sich aufreiben im Kampf für eine sich hedonistisch aller Atomisierung bereitwillig hingebenden Studiendengesellschaft. Die larmoyante Nabelschau riß schließlich sogar die anwesenden alt-68er Semester vom Hocker und zu aufmunternden Appellen hin. Das half den Jüngeren zwar nicht aus ihrer (ganz ehrlichen) Ratlosigkeit, gab der Veranstaltung aber wenigstens noch den stimmungsstabilisierenden positiven Kick.

Wozu diese Anekdote? Weil an der angeführten Diskussion in der Retrospektive vor allem eines symptomatisch erscheint: Da Studierendenvertretung fast immer ein nur temporärer Lebensinhalt einer Minderheit ist und zudem im Ruch steht, politische Spielwiese für eine nachmals vernünftig werdende und sich ins Seriöse wandelnde Gruppe politischer AkteurInnen zu sein, beschäftigen sich nur wenige wissenschaftlich mit diesem Teilstück des politischen Feldes. Das hat zur Folge, daß Debatten zu

diesem Thema – meist von tagespolitisch involvierten Aktiven geführt – nicht selten ein undurchlässiges Gestrüpp aus halbinformierten und erfahrungsbasierten Tatsachenbehauptungen, Realitätsverweigerungen und historisch belebten Mystifikationen produzieren, welches dann noch verdichtet wird von den selbstlegitimatorischen Verklärungen der Ehemaligen. Der anzuzeigende Band, um nun endlich auf ihn zu kommen, ist daher seit langem nötig gewesen und es ist ihm zu wünschen, das sei vorausgeschickt, daß er die weite LeserInnenschaft, die er avisiert, auch finden wird.

Der Autor, selbst lange Jahre in verschiedenen Funktionen in der Studierenden- und akademischen Selbstverwaltung tätig, hat sich ein beeindruckendes Vorhaben aufgeschultert: Organisations-, Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrealität von der kulturstaatlich verfaßten Ordinarienuniversität des späten 19. Jahrhunderts über die Gruppenuniversität bis hin zu einer in reformerischer Transition befindlichen Hochschule des 21. Jahrhunderts zu analysieren. Dieser chronologische Dreischritt gibt auch die Struktur des Bandes vor, der sich in drei Hauptkapiteln seines Gegenstandes annimmt. Die Arbeit ist nicht vergleichend angelegt, sondern folgt eher dem Modell der historischen Erzählung. Auch erschlägt sie nicht mit theoretischem Barock, sie dürfte vielmehr (wenn dem Fachfremden diese Anmerkung erlaubt ist) mit ihrer rechtlich-institutionengeschichtlichen Perspektive dem Autor innerhalb der Politikwissenschaft nicht den Ruf eines Höhenkamm-Wanderers eintragen – was alles der Rezeptionsfreude potentieller LeserInnen keinen Abbruch tun wird, ganz im Gegenteil.

Ziel des Bandes ist es, zum einen die rechtlich-institutionellen Voraussetzungen für die verschiedenen historischen Gestaltformen der Hochschulselbstverwaltung und (studentischen) Mitbestimmung zu erhellen. Zum zweiten untersucht er hierauf gerichtete politische Strategien und Konzeptionen der Studierendenschaft, wobei es nicht so sehr darum geht, „für welche alternativen Entwürfe einer Hochschulverfassung und studentischer Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechte Studentinnen und Studenten eintreten, sondern insbesondere um studentische Konzeptionen für die Arbeit *in* und *mit* den bestehenden Einrichtungen studentischer Mitbestimmung und Selbstverwaltung“ (S. 24).

Die historischen Teile der Arbeit überzeugen in ihrer Analyse. Gleichwohl sind es besonders die Abschnitte über die Zukunft der studentischen Selbstverwaltung in der gegenwärtigen Hochschulreformdiskussion, die ihrer aktuellen Bedeutung wegen anziehen. Im rechtlich-

institutionellen Teil befaßt sich der Autor vor allem mit der Diskussion um das politische Mandat und die Konsequenzen des ostdeutschen StuRa-Modells für die Möglichkeiten politischer Partizipation von Studierenden. Keller schlägt hier eine Erweiterung des Modells der Gruppenhochschule um basisdemokratische Elemente sowie eine Verbindung „der in Legitimationsnot geratenen parlamentarischen [West] mit der sich zunehmender Beliebtheit erfreuenden fachbezogenen [Ost, Anm. FB] Organisationsstruktur“ vor, „etwa im Sinne einer Institutionalisierung von mit Fachschaftsvertreterinnen und -vertretern besetzten ‚zweiten Kammern‘ neben dem Studentenparlament“ (S. 442).

Die im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren geänderte hochschulpolitische und partizipatorische Praxis der Studierenden um die aktuelle Jahrhundertwende schließlich macht Keller dafür verantwortlich, daß zunehmend nicht mehr von einer typischen politischen Strategie der Studierendenpolitik gesprochen, sondern nur noch ein politisches und partizipatorisches Potential der Studierenden abgeschätzt werden kann. Eine Zurückdrängung links-alternativer Einstellungsmuster, ein sukzessiver Rückzug der Studierenden aus der Hochschule als politischem und sozialem Raum sowie eine zunehmende Verweigerung von Studierenden, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen, hat schwerwiegende Folgen, augenfällig vor allem an einem rasanten Bedeutungsverlust der politischen Studierendenverbände (S. 452) – Erosion der linken Organisationen wie MSB und SHB, engere Anbindung der parteipolitisch orientierten Verbände an die Mutterparteien. Dabei konstatiert Keller allerdings auch Reorganisationstendenzen auf Seiten der emanzipatorischen Linken, ob sich dieser Trend sich allerdings verstetigen könne, sei „nach wie vor offen“ (S. 458).

Die anhaltenden Legitimationskrisen des halben Dachverbandes *fzs* sind Symptom für eine (zumindest im tagesaktuellen Geschäft) immer wieder zu beklagende Organisationsinsuffizienz der deutschen Studierenden. Da im Zuge der Implementierung marktförmiger Wettbewerbsmechanismen als Steuerungsinstrument nicht nur studentische Mitbestimmung, sondern die gesamte Hochschulsebstverwaltung droht, „obsolet zu werden“ (S. 478), plädiert Keller für eine neue Stärkung der Verfaßten StudentInnenenschaften incl. politischem Mandat, die perspektivisch die Inkorporierung der Studierenden in die Hochschule rückgängig machten und den politisch gewollten „Kundenstatus der Studierenden“ reflektierten. Gleichzeitig warnt er davor, nichtverfaßte, direkte Partizipations- und

Artikulationsformen (wie im Streik 1997/98) in Gegensatz zu bringen zu den verfaßten, repräsentativdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten. „Eine Gesamtauswertung der Erfahrungen mit studentischer Politik seit der Ordinarienuniversität zeigt vielmehr, daß historisch beide Kategorien studentischer Partizipation zusammengehören“ (S. 481). „Ziel einer Erneuerung studentischer Partizipationsinstitutionen hätte also nicht etwa eine Anpassung an die ‚institutionelle Entpolitisierung‘ der Studentenschaft im Sinne einer Entinstitutionalisierung der studentischen Mitbestimmung und Selbstverwaltung zu sein, sondern deren Repolitisierung durch eine Erweiterung des überkommenen Partizipationsmodells um neue Beteiligungsformen“ (S. 483).

Damit schließt sich der Kreis zur (offensichtlich) kurzsichtigen Kritik studentisch Aktiver am passiven Studi-Mainstream. Die praktische Umsetzung dieser Erkenntnis ist nun freilich den LeserInnen überlassen. Es hieße, Kellers Arbeit zu überfordern, wollte man von ihr verlangen, 1:1-Übersetzungen in die tägliche Ausübung studentischer Politik zu liefern. Das deprimiert gewiß ein wenig, ebenso wie die aus zeitlichen Restriktionen resultierende Vernachlässigung studentischer Beteiligungen an Qualitätssicherungsmaßnahmen wie Evaluation und Akkreditierung. Auch wenn diese in der Diktion des Autors Teil der Einführung marktliberaler Steuerungskonzepte an den Hochschulen sind, könnten sie doch hinsichtlich einer Beteiligung von Studierenden an (freilich nur begrenzt politischen) hochschulischen Weichenstellungen gerade Teil derjenigen Partizipationsformen sein, die sich nicht in etablierten Bahnen bewegen wollen.

Die auf dem Einband versprochenen „praxisorientierten Reformvorschläge“ könnten daher zu der (nicht befriedigten) Erwartung führen, mit Kellers Arbeit sei endlich das Handbuch der studentischen Selbstverwaltung auf dem Markt, das sich alle sehnlichst wünschen, das aber bisher keiner zu schreiben den Atem hatte. Schließlich: Die Beschreibung der Entwicklung von der absolutistischen Landesuniversität zu Humboldts Brutstätten der „Idee einer freien Wissenschaft“ (S. 30-36) läßt den Historiker die Stirn ein wenig runzeln, wenn sie in Aufklärung, Rationalismus, empirischer Forschung und Induktion die Triebkräfte hin zur modernen Wissenschaft sieht, dabei jedoch Professionalisierungsaspekte und disziplinäre Strategien unterschlägt und zudem, weil auf die Konstitution fixiert, nicht an historischer Tiefe gewinnt. Trotz dieser kleinen Nörgeleien: ein gelungenes Buch.

Falk Bretschneider (Paris)

Autorinnen & Autoren

Thomas Ahbe, Dr. phil., Sozialwissenschaftler und Publizist in Leipzig.
gluemann@rz.uni-leipzig.de

Salvatore Barbaro, Dipl.-Hdl., Volkswirtschaftliches Seminar der Georg-August-Universität Göttingen, Sektion Finanzwissenschaft. sbarbar@uni-goettingen.de

Falk Bretschneider M.A., Historiker, arbeitet an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales und promoviert an der TU Dresden.
bretschn@clipper.ens.fr

Dieter Dohmen, Dr. phil., leitet das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie Köln (FIBS). D.Dohmen@fibs-koeln.de; www.fibs-koeln.de

Jan-Peter Domschke, Prof. Dr. phil. habil., Philosoph, lehrt am Zentralen Bereich Studium fundamentale der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida. domschke@htwm.de

Leo Ensel, Dr., Diplom-Pädagoge und Supervisor, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Leo@aku.physik.uni-oldenburg.de

Peter Förster, Prof. Dr. sc. paed., 1966 bis 1990 Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig (ZIJ), nach Abwicklung des ZIJ Mitarbeit an zahlreichen sozialwissenschaftlichen Studien zur Jugendentwicklung in Ostdeutschland. prof.foerster@gmx.de

Sebastian Gräfe, Student der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Ethnologie an der Universität Leipzig. Sebastian@Graefe.com

Arno Hecht, Prof. Dr. med., bis 1993 Direktor des Instituts für Pathologische Anatomie der Universität Leipzig, lebt in Auerbach/Vogtland.

Ulrich Heublein, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Hochschul-Informationssystem Hannover (HIS), Außenstelle Leipzig.
uheub@rz.uni-leipzig.de

Ulrich van der Heyden, Dr. phil. Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Afrikanistik der Humboldt-Universität zu Berlin.
h1107dpp@rz.hu-berlin.de

Michael Hofmann, PD Dr. phil., Kulturwissenschaftlicher und Soziologe, tätig an der TU Dresden und der Universität Leipzig.

Grit Lemke, Dr. phil., Kulturwissenschaftlerin, seit 1991 freie Mitarbeiterin beim Leipziger DOKFESTIVAL, verantwortlich für Presse/PR, außerdem Mitarbeiterin der internationalen Filmfestivals Cottbus und Sheffield (England), Autorin für Print/TV/Dokumentarfilm. presse@dokfestival-leipzig.de

Bernd Lindner, PD Dr. phil., Soziologe und Historiker, Haus der Geschichte/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig.

Peer Pasternack, Dr. phil., Hochschulforscher am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. pasternack@hof.uni-halle.de

Siegfried Prokop, Prof. Dr. phil., Historiker, von 1983 bis 1996 Professor für deutsche Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, anschließend Projektleiter an der Forschungsstelle für historische und sozialwissenschaftliche Studien Berlin / Verein für angewandte Konfliktforschung.

Eberhard Rebling, Prof. em. Dr. phil., Musikwissenschaftler, von 1959-1971 Professor und Rektor der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin, lebt heute in Ziegenhals.

Anna-Katharina Szagun, Prof. Dr., Professorin für Religionspädagogik an der Theologischen Fakultät der Universität Rostock und Leiterin der Arbeitsstelle Hochschuldidaktik der Universität Rostock. anna-katharina.szagun@theologie.uni-rostock.de

Christine Titel, Dr. rer. nat., Biologin, 1988-1999 wiss. Assistentin an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU), nebenberufliche Qualifikation zur PR-Beraterin (DAPR), seit März 2000 in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der HU tätig, Mitglied im Vorstand der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU). vorstand@damu.de

Jürgen Werner, Prof. Dr. phil., em. Professor für Klassische Philologie an der Universität Leipzig und Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft * Kirchliche Hochschulen * Geistes- und Sozialwissenschaften * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden während des Umbruchs

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden * Hochschulen und MfS * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * *special:* Thomas Neie: Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost * Akademische Medizin * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II * Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland * Bibliotheken in Ostdeutschland * *special:* Edelbert Richter (Hg.): Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort

7. Jahrgang 1998

Themenschwerpunkte: Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR * Ost-Studierende 1998 * „Acht Magnifizenzen“: Bilderstreit in Jena * *Themenhefte:* Peer Pasternack (Hg.): Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 * Falk Bretschneider (Hg.): Hochschulpolitikerneuerung. Perspektiven für Sachsen

8. Jahrgang 1999

Themenhefte: Georg Schuppener (Hg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien * Falk Bretschneider / Peer Pasternack (Hg.): Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen

9. Jahrgang 2000

Themenhefte: Monika Gibas / Frank Geißler (Hg.): Chancen verpaßt – Perspektiven offen? Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung * Thomas Neie (Hg.): Ziemlich prekär. Die Reform der Hochschulpersonalstruktur

Nachbestellungen bis auf wenige Hefte möglich.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 50,-. Jahresabonnement DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,- (Abo-Gebühren inklusive Versandkosten).

Kündigungen: Jeweils bis 4 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, HypoVereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. Probeexemplar	
2. Nachbestellung(en):	
3. mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement	à DM 98,-
4. mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo	à DM 42,-
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.	
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	

Einzusenden an:
Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig,
PF 920, 04009 Leipzig